

Inhalt

Vorwort	9
1. Marginalisierte Städte in der Ära der Globalisierung	11
2. Zur Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes	16
2.1 Definitionsprobleme: Die Kleinstadt als Marginalstadt	16
2.2 Kleinstadt in der Stadtforschung: Zum Forschungsstand	23
2.3 Zur Thematisierung der „kleinen Stadt“ durch die Stadtsoziologie	31
3. Vom Normalfall zum Marginalfall: Historische Entwicklungen und kulturelle Ideologisierung von Kleinstädten	45
3.1 Die „Blütezeit der kleinen Stadt“: Das Mittelalter und sein Erbe	45
3.2 Marginalisierung durch Industrialisierung	51
3.3 Zur Ideologisierung des Marginalen: Kleinstadtromantik und Großstadtkritik	53
3.4 Ideologie und Marginalisierung: Kleinstädte in der DDR	57
4. Von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt	71
4.1 Schrumpfende Städte und Regionen	71
4.2 Besonderheiten der Stadtentwicklung in Ostdeutschland	77
4.2.1 Die sozialistische Stadt als Hypothek	77
4.2.2 Die transformierte Stadt: Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung	82
4.3 Schrumpfende Städte als ein neuer Normalfall der Stadtentwicklung	95
5. Zur empirischen Konstellation marginalisierter Kleinstädte	100
5.1 Theoretische Verortung der Fallstudie	100
5.2 Die lokal-regionale Verortung der Fallstudien	102
5.2.1 Die Auswahl des Untersuchungsgebiets	102
5.2.2 Die Kleinstädte im Untersuchungsgebiet und Auswahl der Fallstudien	111
5.3 Städte im Vergleich: Stadt- und Sozialprofile	124
5.3.1 Stadtprofile: Die Fallstudien	124
Stadtprofil Angermünde	124
Stadtprofil Bad Wilsnack	137

	Stadtprofil Goldberg	151
	Stadtprofil Teterow	167
5.3.2	Sozialprofile: Soziodemografische und sozialräumliche Struktur der Untersuchungsstädte	182
5.3.2.1	Soziodemografische Strukturdaten	183
	Geschlecht und Alter	183
	Haushaltsstruktur	186
	Ehe und Partnerschaft	188
	Schulbildung und Qualifikationsstruktur	189
	Erwerbstätigkeit	192
5.3.2.2	Wohnverhältnisse	197
	Wohndauer	198
	Wohneigentumsverhältnisse	198
5.3.2.3	Berufliche Stellung der Befragten und Einkommensverhältnisse	201
	Berufliche Stellung	201
	Einkommensverhältnisse	202
	Qualifikations- und Berufsstruktur in der DDR-Zeit	204
5.3.2.4	Sozialräumliche Struktur	206
	Alterstruktur und Haushaltsform nach Stadtgebiet	208
	Erwerbssituation und Einkommen nach Stadtgebiet	210
5.4	Typen der Schrumpfstadt	213
6.	Soziokulturelle Potenziale in den Kleinstädten	217
6.1	Soziokulturelle Potenziale und lokale Kultur	218
6.2	Dimensionen soziokultureller Potenziale – empirische Ergebnisse	224
6.2.1	Kulturelle und wirtschaftliche Tradition	224
6.2.2	Regionale Bedeutung	235
6.2.3	Konstellation des lokalen Akteurssystems	239
6.2.3.1	Die Gruppe der Stadtaktiven in den Untersuchungsstädten	240
6.2.3.2	Leitbilder der Stadtaktiven	244
	Bewertung der Entwicklung seit der Wende durch die Schlüsselpersonen	245
	Zukunftsvorstellungen zur Entwicklung der Untersuchungsstädte	249
6.2.3.3	Kommunale Machtverhältnisse	257
6.2.4	Soziokulturelle Ressourcen der Kleinstadtbevölkerung	264
	Ortsansässigkeit, Wohndauer, Bleibe- und Wegzugsorientierung	264
	Wichtigste Bindungsfaktoren an die Kleinstadt	271

Beteiligungsstrukturen in den Kleinstädten	277
Teilhabe an städtischen Mitwirkungsstrukturen und Engagement	286
Zur Bedeutung informeller Netzwerke	289
Zukunftserwartungen: Die Kleinstädte werden nicht untergehen!	293
6.2.5 Tabellarische Übersicht: Zur Wirksamkeit und Ausschöpfung soziokultureller Potenziale	297
 7. Zusammenfassung und theoretische Diskussion	 300
7.1 Lebenssituation und Stadtqualität in den Untersuchungsstädten	301
7.2 Kleinstadt als marginalisierte Lebensweise	306
7.3 Lokales Sozialkapital marginalisierter Städte	316
 8. Literatur	 328
 Abkürzungsverzeichnis	 350
Abbildungsverzeichnis	351
Tabellenverzeichnis	353
 Anhang 1: Inhalt und Methode der empirischen Untersuchung	 356
A Stadtprofile	357
B Schlüsselpersonengespräche	358
C Haushaltsbefragung	359
C1 Erhebungsinstrument und -methodik	360
C2 Stichprobenziehung	362
C3 Repräsentativität des Samples (Probleme der Stichprobe und Gewichtung)	365
 Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet	 369

Since the field work aimed at the integration of diverse regions of behaviour rather than a discovery of new material in a narrowly isolated field, it will be easy to say of much of the specific data presented, "We know that already." Underlying the study, however, is the assumption that by the presentation of these phenomena, familiär though some of them may be, in their interrelatedness in a specific situation, fresh lights may be thrown upon old problems and so give rise to further investigation.

Robert S. and Helen M. Lynd, 1929

Vorwort

Die Geschichte dieser Studie währt ein Bruchteil der Zeit ihres Gegenstandes. Kleinstädte existieren seit dem Mittelalter, ihre Zukunft ist heute in vielen Fällen ungewiss.

Ich habe mich mit diesem Stadttyp seit sechs Jahren auseinander gesetzt, zuvor arbeitete ich in Groß- und Mittelstädten. Erst durch meine Tätigkeit als Referentin am Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg (MSWV) im Jahr 1997 bin ich auf Kleinstädte als Forschungsthema aufmerksam geworden. Der wissenschaftliche Beirat des MSWV beschäftigte sich damals mit den Perspektiven brandenburgischer Kleinstädte. Wissenschaftlich von der Stadt- und Wohnsoziologie, insbesondere der Großsiedlungsdebatte, sowie biografisch von der Großstadt Berlin geprägt, war dies für mich bis dahin ein sehr fremder Stadttyp. Wer lebt hier – oder besser noch – wie kann man hier leben, fragte ich mich. Bei meiner Suche nach Antworten wurde schnell offensichtlich, dass hierzu in der wissenschaftlichen Literatur wenig Klärung zu finden ist. Die enorme Anzahl und Vielgestaltigkeit kleiner Städte, ihre kulturhistorische Bedeutung, aber auch die weitgehende Vernachlässigung dieses Stadttyps in der Stadtsoziologie lenkten mein wissenschaftliches Interesse auf die „Kleinstadt“. Seit 1997 arbeitete ich in unterschiedlichen Zusammenhängen zu diesem Gegenstand. So habe ich drei Lehrforschungsprojekte zu diesem Thema durchführen können: „Kleine Stadt, was nun?“ (1998/1999), „KleinstadtTräume: Lokal-regionale Kulturen als Potenziale der Stadtentwicklung in Klein- und Landstädten in Ostdeutschland“ (1999/2000) und „Ein Netz, das auffängt? Endogene Potenziale von Kleinstädten in Ostdeutschland“ (2001/ 2002). Mit den Studierenden der Projekte konnte ich meine Bemühungen um eine Soziologie der Kleinstadt vertiefen und erste empirische Untersuchungen vor Ort durchführen. Allen Teilnehmenden sei hiermit gedankt.

Entscheidend für die vorliegende Publikation war ein zweijähriges Forschungsprojekt, für dessen Förderung ich der Fritz Thyssen Stiftung herzlich danken möchte. Dadurch wurde die Erhebung der für diese Studie verwendeten empirischen Materialien möglich.

Im Forschungsprojekt arbeitete ich von Januar 2000 bis Dezember 2001 insbesondere mit Carsten Benke als wissenschaftlichem Mitarbeiter sowie zeitweilig Martin Becker, Katrin Seiler und Dirk Bergander als wissenschaftliche Hilfskräfte zusammen. Carsten Benke hat mich insbesondere bei der empirischen Forschung und auch bei der Abfassung des Endberichts durch sachkundige Beiträge unterstützt. Ohne seine historischen Kenntnisse und seine Zuverlässigkeit hätte ich das Forschungsprojekt nicht in der vorgesehenen Weise realisieren können.

Die empirischen Ergebnisse des Forschungsprojekts fanden Eingang in die vorliegende Publikation, die einer ersten Fassung von der Philosophischen Fakultät III, der Humboldt-Universität zu Berlin, im Juli 2003 als Habilitationsschrift angenommen wurde. Hartmut Häußermann verdanke ich in diesem Prozess nicht nur die entscheidende Gewährung von „Freiräumen“, sondern vor allem fachliche Unterstützung und Beratung während des Forschungsprojekts, der Abfassung des Endberichts und bei der Habilitationsschrift. Auch Christine Weiske und Werner Sewing, die mit mir immer wieder das „Kleinstädtische“ diskutierten und mich intellektuell ermutigten, haben mir entscheidend dabei geholfen, das Thema zu bewältigen. Auch ihnen sei herzlich gedankt.

Ein Vorhaben wie „die Habilitation“ ist auf vielfältige Voraussetzungen angewiesen. Ohne die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen des Arbeitsbereichs „Stadt- und Regionalsoziologie“ am Institut für Sozialwissenschaften, mich gerade in der Phase der Endfassung der Arbeit zu unterstützen, wäre mein Projekt „Habilitation“ schlichtweg gescheitert. Susanne Frank, Birgit Glock, Andrej Holm, Carsten Keller, Katrin Luise Läzer, Lena Schulz zur Wiesch, Ingo Siebert und Jens Wurtzbacher habe ich dafür zu danken. Sandra Bernien, Nina Runde, Rebekka Streck und Stefanie Stolper haben mir bei der technischen Fertigstellung der Habilitation dankenswerter Weise engagiert zur Seite gestanden.

Vielen weiteren ungenannten Kolleginnen und Kollegen möchte ich danken, die mich ermuntert, unterstützt und mich beraten haben, die mit ihrem Interesse, ihren Hinweisen und insbesondere als Diskussionspartner wichtige „Anteile“ an dieser Studie haben.

Ein Dank ist schließlich an die Einwohnerinnen und Einwohnern all jener Kleinstädte gerichtet, die sich bereitwillig von der stadtsoziologischen Forschung „untersuchen“ ließen, ohne zu wissen, ob ihnen meine Interpretationen behagen und welche konkrete Verbesserung ihrer Situation damit verbunden sein wird. Sie sind es, denen ich dieses Buch mit herzlichem Dank zueignen möchte.

Berlin (Großstadt) im November 2003

PS: Der Forschungsbericht wurde im April 2002 abgeschlossen und das Manuskript dieser Publikation im März 2003.

1. Marginalisierte Städte in der Ära der Globalisierung

„Stadt“ als Forschungsthema begründet ihre Relevanz aus der Zentralitätsfunktion, die diese für ihr soziales und räumliches Umfeld hat. Als Kristallisation der ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Prozesse ist die Stadt im Spannungsverhältnis von Zentrum und Peripherie immer dem ersteren Pol zugeordnet. Damit wird sie zu einem Indikator gesellschaftlicher Dynamik. Wenn im neueren Stadtdiskurs daher die Global Cities, die westlichen Metropolen und die Megacities das hauptsächliche Interesse auf sich ziehen, so verweist dies auf ein verändertes Verhältnis von Zentrum und Peripherie unter den Bedingungen einer sich globalisierenden Weltwirtschaft. Die bisherige Positionierung von Städtehierarchien innerhalb nationalstaatlicher Territorien wird zusehends überlagert von einem globalen Städtenetzwerk, welches die Knotenpunkte globaler, ökonomischer Transaktionen besetzt. Städte in dieser Weltgesellschaft haben vor allem dann Teil an der Dynamik, wenn diese Knotenpunkte der Netzwerke besetzen.

In diesem Stadtdiskurs ist Marginalisierung identisch mit dem Ausschluss vom globalen Netz. Damit ist sie anders konnotiert als der Begriff der Peripherie: Dieser bezieht seine Bestimmung als Komplementärbegriff zum „Zentrum“. Innerhalb der nationalstaatlichen Integration implizierte dies auch eine Verantwortung des politischen Zentrums für die Anbindung der Peripherie. Daher wurde historisch die Peripherie immer mit staatlichen Interventionen aufrechterhalten. Marginalisierung von Städten hingegen beinhaltet immer auch die Verschiebung ökonomischer und sozialer Zentralität und neue Machtverhältnisse. Im Kontext der Globalisierung bedeutet dies die überwiegende Irrelevanz derart betroffener Regionen für das globale Netzwerk, das wiederum keinerlei „politische“ Verantwortlichkeit für diese übernimmt. Dies betrifft Großräume wie ganze Kontinente, so etwa Afrika sowie auch Teilräume in unmittelbarer Nachbarschaft zu „globalized cities“. Denn selbst an das globalisierte Netzwerk angeschlossene Metropolen können den Status von marginalisierten Städten annehmen, wenn sie in der Innovations- und Qualitätskonkurrenz zurückfallen (vgl. Krätke 1995: 140ff.). Der Begriff der Marginalisierung wird in dieser Verwendung regionalökonomisch verstanden. Er läuft damit Gefahr, das viel folgenreichere soziale „Abhängen“ ganzer Sozialräume vom dominanten Entwicklungspfad auszublenden.

Der in dieser Untersuchung verwendete Begriff „Marginalisierung“ thematisiert das weitestgehende Herausfallen marginaler Regionen und einer spezifischen Weise ausgesetzt. Insbesondere die Zentren fordristischer Produktion, die den Übergang zur Dienstleistungsökonomie nicht bewältigt haben, werden zu marginalisierten Stadträumen.

Marginalisierungen entstehen auch innerhalb globaler Agglomerationen in Form kleinräumiger Exklusion. Die Interpretationen dieser Entwicklung reichen von der Zweiteilung der Stadt – die Dual City (Mollenkopf/Castells (Hg.) 1991; Castells 1991) – bis hin zu komplexeren Konzepten einer Dreiteilung (Häußermann/Siebel 1987) oder Vierteilung (Marcuse 1993). Hier greifen klassische Analyseverfahren der Stadtsoziologie beispielsweise im Rahmen der Segregationsforschung sehr gut.

Eine besondere Form sozial-räumlicher Marginalisierung rückt jedoch weder in den Blick der Globalisierungsdiskussion noch in den Fokus der herkömmlichen Stadtforschung. Selbst in den entwickelten Gesellschaften leben große Teile der Bevölkerung nicht in Großstädten, sondern in einer Vielzahl unterschiedlicher Siedlungsformen, außerhalb städtischer Agglomerationsräume. Dabei handelt es sich um Dörfer, vor allem aber um Klein- und Mittelstädte, die bisher wenig von der Stadtforschung thematisiert werden.

Die Fixierung der Stadtforschung auf Großstädte begründet sich scheinbar damit, dass die klassische moderne Stadtanalyse auf dem Höhepunkt der Industrialisierung in Europa ihren Ausgang hatte. Einzig in dieser Ära war es tatsächlich die europäisch geprägte Welt, einschließlich Nordamerikas, die einen neuen modernen Typus von Großstadtkultur hervorbrachte. Damals löste die Industrialisierung des Nordens einen neuen Prozess der Verstädterung in der nördlichen Hemisphäre aus, während zuvor die großen Städte der Welt in Asien und südlich des Mittelmeers angesiedelt waren. Für die Stadtsoziologie wurde die Großstadt zum exemplarischen Ort der modernen Gesellschaft. Die von dieser Entwicklung abgekoppelte Klein- und Mittelstadt verlor damit, trotz ihrer nach wie vor quantitativ hohen Verbreitung, an gesellschaftlicher Relevanz. Es waren also bereits die Industrialisierung und die moderne Verstädterung, welche die Marginalisierung kleinerer Städte bewirkten.

Die pointierte Verknüpfung von Kleinstadt und Marginalität in dieser Arbeit erschließt ein Forschungsfeld, das zwar städtisch geprägt ist, wenn auch im Diminutiv, in dem an großstädtischer Dynamik orientierte Urbanitätsdiskurse aber nicht greifen. Wie noch genauer zu zeigen sein wird, entstanden diese Diskurse parallel zur Entstehung der modernen Großstädte, sie sind Teil einer großstädtischen intellektuellen Kultur. In diesem Prozess, der eng mit der Industrialisierung verbunden ist, wurden die kleinen Städte bereits von der Entwicklungsdynamik zurückgelassen, sozial und räumlich in einem ersten Marginalisierungsschub abgehängt. Somit ist die fehlende Theoriesprache für das Forschungsthema Kleinstadt selbst bereits ein Ergebnis fortgeschrittener Marginalisierung dieses Stadttyps.

Diesem ersten in ganz Deutschland wirkenden Marginalisierungsschub folgten in Ostdeutschland zwei weitere, die sich aus der Spezifik des sozialistischen Systems und der anschließenden Transformation begründen. Zum einen wurden Kleinstädte in der ehemaligen DDR Opfer einer an Großeinheiten ausgerichteten Industrialisierungspolitik. Ihre Entwicklung stagnierte. Zum anderen wurde nach der Wende die einsetzende Schrumpfung von Ökonomie und Bevölkerung auch in Kleinstädten dramatisch spürbar. Seit der deutschen Einheit hat die spezifische Form der Transformation einen Marginalisierungsschub verursacht, der aktuell für Kleinstädte, und nicht nur für diese, die Existenzfrage stellt. Daher ist eine Analyse der Umgangsweisen mit städtischen Schrumpfungsprozessen umso dringlicher. Unterstellt wird die Irreversibilität des Schrumpfens zumindest mittelfristig, so dass nicht primär Wachstumskonzepte als Lösungsstrategien gesucht werden können. Für Kleinstädte wiederum ist dies besonders relevant, da der Verlust eines historischen und soziokulturellen Kulturgutes droht.

Die Untersuchung der Wechselwirkung von Marginalisierung und Schrumpfung sowie der spezifischen Sozialstruktur kleiner Städte in Ostdeutschland erschließt gleichzeitig das Feld der Transformationsforschung. Diese ging in den 1990er Jahren, vereinfacht formuliert, davon aus, dass die Entwicklung in Ostdeutschland auf eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse hinausläuft. Diese Auffassung speiste sich vor allem aus dem Transfer der „großen Institutionen“ vom Staatssozialismus zum Kapitalismus. Der gleichzeitige Systemwechsel in der politischen Ordnung und in der Wirtschaft, bei den Eigentumsverhältnissen sowie den sozialen Strukturen und Institutionen stellt eine Programmatik dar, die mit der Legitimation eines Staatsvertrages verfolgt werden konnte und kann. Bisherige Transformationsuntersuchungen zur Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft, einschließlich der Städte, thematisierten in diesem Kontext vor allem die Verluste, der in der DDR vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und deren nachteiligen Wirkungen für den Wirtschafts- und Lebensalltag der Städte und für deren BewohnerInnen sowie deren Abstand zur Dominanz- und Aufnahmekultur in Westdeutschland (vgl. z.B. Lutz u.a. (Hg.) 1996 und Strubelt u.a. 1996). Heute ist der „Glaube“ an eine schnelle und erfolgreiche Bewältigung des Transformationsprozesses angesichts der offensichtlichen Problemlagen und des konstatierten ostdeutschen „Eigensinns“ obsolet. Die Entwicklung in sich durchsetzende Erkenntnis, dass entgegen anders lautender Voraussagen hinsichtlich der Anpassung zwischen den alten und neuen Ländern aktuell von wissenschaftlicher Seite eine zeit- und ergebnisbezogene Offenheit der Transformationsprozesse konstatiert wird (vgl. Kaase/Lepsius 2001: 359).

Derzeit besteht Konsens darüber, dass die Transformation weder abgeschlossen noch auf ein vorhersagbares Ergebnis fixiert sein kann. Zunehmend werden Spezifik und Eigenständigkeit der ostdeutschen Situation einschließlich der Stadt- und Regionalentwicklung (vgl. z.B. Reißig 2000 und Hannemann u.a. 2002) konstatiert. Neuere Arbeiten widmen sich deshalb der Analyse der ostdeutschen Situation durch die Verwendung akteurs- und handlungstheoretischer sowie kultursoziologischer Ansätze (vgl. z.B. Bittner 1998).

Diese Herangehensweise wird in der vorliegenden Studie aufgenommen, indem sie untersucht, ob Kleinstädte, zumal in Ostdeutschland, über spezifische soziokulturelle Ressourcen verfügen, die ihr Überleben sichern. Lokale Identität und Ortsbindung sind in kleinen Städten ein Spezifikum, das im Zuge einer Strategie der Mobilisierung endogener Potenziale an Brisanz gewinnt.

Die Arbeit ist in sechs Hauptkapitel geordnet: Kapitel 2 erschließt die inhaltliche Bestimmung von Kleinstädten anhand der vorherrschenden Klassifikationsschemata und in der Tradition spezieller Disziplinen der Stadtforschung, wie der Stadtsoziologie, -geschichte, -planung und -geografie. Kapitel 3 behandelt in einer historischen Rekonstruktion den Entstehungszusammenhang von vormoderner Stadt, kultureller Umwertung der Kleinstadt im Zuge der Industrialisierung und spezifischer Weiterentwicklung dieses Siedlungstyps in der DDR. Kapitel 4 untersucht die „Schrumpfung“ von Städten als neue und auf „Dauer gestellte“ Phase städtischer Entwicklung. Ausgehend von dieser begrifflichen und theoretischen Fassung des Problems werden im Kapitel 5 die Realität marginalisierter Städte, deren Probleme, Chancen und Differenzierungen, am Beispiel ausgewählter Kleinstädte Ostdeutschlands dargestellt. Zunächst werden in Kapitel 5.1 und 5.2 die Kriterien für die empirische Erhebung zusammengefasst und das Untersuchungsgebiet wie die Städteauswahl begründet: Es umfasst das Mecklenburg-Vorpommersche Binnenland und Nordbrandenburg, ein Gebiet, das in der Regionalanalyse der Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung zu „Typen ländlicher Entwicklung in Deutschland und Europa“ als Typ 4, „strukturschwacher ländlicher Raum ohne nennenswerte (aus Bundessicht messbare) Entwicklungspotenziale“, eingestuft wurde. Eine Region, in der 55 Kleinstädte liegen. Für eine tiefer gehende Stadtanalyse wurden Bad Wilsnack, Goldberg, Angermünde und Teterow ausgewählt. Danach werden in Kapitel 5.3 die vier Untersuchungsstädte in Profilen vorgestellt, wobei das Problem der schrumpfenden Stadt besondere Aufmerksamkeit erfährt. Aus den vier Fallstudien ergibt sich eine Typologie, die in Kapitel 5.4. behandelt wird: Schrumpfen ist nicht gleich Schrumpfen. Bereits hier wird die Relevanz stadtspezifischer, interner Faktoren deutlich. Im folgenden Kapitel

6 werden die soziokulturellen Potenziale der Kleinstädte theoretisch wie empirisch aufgeschlüsselt und interpretiert. Das Abschlusskapitel 7 resümiert in seinem ersten Teil die Ergebnisse anhand der Zusammenfassung der empirischen Erhebungen und begründet im zweiten Teil Kleinstädte als Lebensform zwischen Dorf, Suburbia, Groß- und Zwischenstadt. Mit der weiterführenden Diskussion des „lokalen Sozialkapitals“ im dritten Teil des Schlusskapitels wird eine Perspektive auf Handlungspotenziale, die bisher nicht angemessen repräsentiert erscheinen, theoretisch erschlossen. Das Sozialkapitalkonzept erweist sich dabei als produktive Dimension selbst in marginalisierten Städten, sodass der Forschungsbereich „Schrumpfung“ und „Marginalisierung“ nicht länger nur als Thema von Defiziten behandelt werden muss.

2. Zur Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes

2.1 Definitionsprobleme: Die Kleinstadt als Marginalstadt

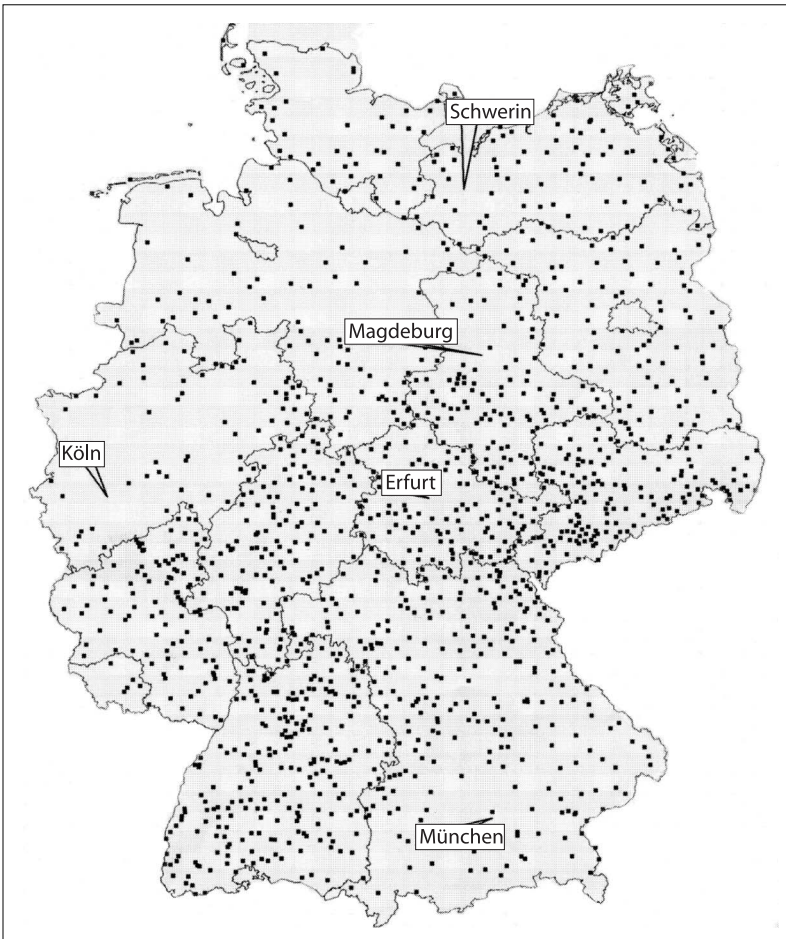
Der vorherrschende Stadttypus in Deutschland ist nicht die gut erforschte Großstadt. Im Gegenteil, „die“ deutsche Stadt ist offensichtlich mittel- und kleinstädtisch geprägt, wie sich aus einem einfachen Vergleich der Verteilung der Stadtgrößenklassen in der Statistik ergibt (vgl. Tabelle 1 und Abbildung 1). In Ostdeutschland ist der Kontrast zwischen der Vielzahl von Klein- und Mittelstädten noch größer als in den alten Ländern. Die ostdeutsche Region ist erheblich ländlicher und kleinteiliger strukturiert und bedeutend schwächer großstädtisch geprägt. Eine Konzentration von Kleinstädten tritt in der Region Chemnitz auf. Eine Vielzahl an Kleinstädten gibt es des Weiteren rund um die Ballungsräume von Berlin und Leipzig. In den ländlich geprägten Gebieten Nordostdeutschlands ist das weitmaschige Netz der Kleinstädte besonders raumprägend, da Groß- und Mittelstädte weitgehend fehlen.

Tabelle 1: Stadtgrößenklassen in der Bundesrepublik Deutschland

Stadtgrößenklassen nach Einwohnern	Alte Bundesländer		Anteil der Stadtbevölkerung in %	Neue Bundesländer		
	Anzahl der Städte	Anteil der Städte in %		Anzahl der Städte*	Anteil der Städte in %	Anteil der Stadtbevölkerung in %
unter 500	1	0,1	0,00	0	0,0	0,00
500 - 999	1	0,1	0,00	10	1,6	0,08
1.000 - 1.999	22	1,5	0,07	41	6,4	0,59
2.000 - 4.999	149	10,4	1,13	220	34,4	7,05
5.000 - 9.999	313	21,9	4,72	158	24,7	10,40
10.000 - 19.999	406	28,4	12,27	102	16,0	13,39
20.000 - 49.999	373	26,1	23,95	85	13,3	24,01
50.000 - 99.999	95	6,6	13,28	11	1,7	7,31
100.000 - 199.999	39	2,7	10,88	5	0,8	5,28
200.000 - 499.999	20	1,4	11,69	7	1,1	19,96
500.000 und mehr	12	0,8	22,01	0	0,0	11,93
Gesamt	1.431	100	100	639	100	100
* Der Ostteil Berlins ist mit seiner Einwohnerzahl bei den Neuen Ländern berücksichtigt, nicht jedoch bei der Zählung der Gemeinden.						

Quelle: StaBA 1999 und eigene Berechnungen

Abbildung 1: Kleinstädte (Städte mit Stadtrecht) in Deutschland unter 20.000 Einwohner am 31.12.1999¹



Quelle: StaBA 2001f; Kartengrundlage: Bundesamt f. Kartographie u. Geodäsie: Verwaltungsgrenzenkarte VG 1000, eigene Berechn., grafische Darst.: Carsten Benke

¹ Bei der Interpretation der grafischen Darstellung ist zu berücksichtigen, dass durch die Vielzahl von Gebiets- und Gemeindereformen, vor allem in dicht besiedelten Gebieten Westdeutschlands wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, der Stadtyp „Kleinstadt“ in der administrativen Gliederung und seiner statistischen Erfassung weniger häufig auftaucht. Die anstehenden Gebiets- und Kommunalreformen in Ostdeutschland werden hinsichtlich der Anzahl der ostdeutschen Kleinstädte zu ähnlichen statistischen Unschärfen führen.

Die geringe Beachtung dieser Siedlungs- und Lebensform in der Forschung ist Ausdruck der realen Marginalisierung der kleinen Städte in Politik und öffentlicher Wahrnehmung. Die Unsicherheit gegenüber dem Thema zeigt sich in der Literatur schon darin, dass eine kohärente Definition nicht existiert. „Kleinstadt“ muss also von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin her und im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt werden.

An dieser Stelle wäre es von besonderem Interesse, die Entwicklung der Bevölkerungszahlen nach Stadtgrößenklassen für die gesamte Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Dies ist jedoch, aufgrund des Aufbaus der offiziellen Statistik, die lediglich nach Gemeindegrößen- und eben nicht nach Stadtgrößengruppen klassifiziert, nicht möglich. Da „Gemeinde“ nicht identisch mit „Stadt“ zu setzen ist, verzerren gerade die unteren Gruppierungen – z.B. Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern – ein dementsprechendes Bild. Für eine solche Aufstellung hätten Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden müssen, die nicht frei erhältlich sind. Trotz dieser Einschränkungen, und da Zahlen ab 1871 in der Literatur recherchierbar sind, ist in Tabelle 2 die Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Gemeindegrößenklassen für die Zeit von 1871 bis 1998 zusammengestellt. Somit ist zumindest eine grobe Orientierung hinsichtlich der Gesamtentwicklung möglich. Deutlich wird über diesen Zeitraum die Verschiebung der Einwohnerzahlen zugunsten der größeren Gemeinden.

Allen Definitionen der Stadtforschung liegt zunächst der *statistische Begriff* der Stadt zugrunde, der sich jeweils an Mindesteinwohnerzahlen orientiert. Dieser stammt aus den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als das damals neue Phänomen „Großstadt“ erstmals wissenschaftlich behandelt wurde, wozu auch defintorische Bemühungen gehörten. Insbesondere die damals aufkommende Städtestatistik diskutierte dieses Problem. Die Festlegung eines allgemein anerkannten Stadtbegriffs scheiterte, man ging dazu über, Städte nach Größenklassen zu definieren. Nach 1871 wurde von der deutschen Reichsstatistik die Einteilung der Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl von 2.000–5.000 als Landstädte, 5.000–20.000 als Kleinstädte, 20.000–100.000 als Mittelstädte und von mehr als 100.000 als Großstädte vorgenommen. Die klare Abgrenztheit, bezogen auf ein einziges, präzise gefasstes Phänomen, bildete zwar einen Vorzug, zeigte aber zunehmend auch Probleme, wie die unzureichende Berücksichtigung qualitativer Phänomene des Städtischen, ganz abgesehen vom Problem der quantitativen Schwellenwerte. So blieb bei dieser Festlegung beispielsweise offen, ob Landgemeinden mit über 2.000 Einwohnern generell städtische Qualitäten hatten. (vgl. Matzerath 1985: 243f.)

Tabelle 2: Bevölkerung im Wandel nach Gemeindegrößenklassen

Von 1.000 Einwohnern (EW) lebten	in Gemeinden über 100.000 EW	in Gemeinden 20.000 - 99.999 EW	in Gemeinden 5.000 - 19.999 EW	in Gemeinden 2.000 - 4.999 EW
1871	48	72	112	124
1880	72	89	126	127
1890	121	98	131	120
1900	162	126	135	121
1905	190	129	137	118
1910	212	133	141	112
1925	267	134	134	109
1964 BRD	333	162	172	121
1989 West Ost	335	260	257	89
	277	225	156	108
1998 West Ost	334	271	260	84
	179	243	213	166

Quellen: von 1871-1925 W. Sombart: 1931, zit. n. Pfeil 1972: 125; für 1964 StaBA 1965: 40; für 1988 StaGemeinden 1989: 121; für 1989 StaGemeinden 1990: S. 89 u. 91; für 1998 StaGemeinden 1999: 103 und eigene Berechnungen

Grundsätzlich ist diese Klassifizierung noch heute gültig, obwohl sie zunehmend als unzeitgemäß angesehen wird, zum einen wegen des Wandels der Siedlungsstruktur und zum anderen wegen des veränderten Zuschnitts der administrativen Grenzen. So wird in Deutschland „neuerdings von Kleinstädten als Gebilden von 20.000 bis 50.000 Einwohnern und von Mittelstädten als solchen bis 250.000 Einwohnern gesprochen“ (Klöpfer 1995: 913).

Da der statistische Stadtbegriff nur Einwohnerzahlen einschließt, nicht aber Aussagen über städtische Funktionen, Sozialstruktur und baulich-räumliche Aspekte des Städtischen, wird er zwar als Grundlage für Stadtklassifizierungen verwandt, zahlreiche Modelle verschiedener städtischer Professionen bemühen sich jedoch um qualitative Differenzierungen. So unterscheiden kulturhistorische Klassifikationen Städte nach ihren historischen Gründungs- und Funktionszusammenhängen beispielsweise zwischen ‚Planstadt‘, ‚Kolonialstadt‘ oder ‚Ackerbürgerstadt‘. Verschiedene andere Autoren entwarfen weitere Modelle zur qualitativen Typenbestimmung von Städten. Bis heute ringt insbesondere die Siedlungsgeografie um eine allumfassende Klassifikation.

Die Schwierigkeiten der Klassifizierung von Gemeinden und der Bestimmung von Städten zeigt ebenso die empirisch-pragmatische Anwendung des statistischen Kleinstadtbegriffs auf die Gemeinden in Ost- und Westdeutschland: In den westlichen Bundesländern rechnet man häufig Gemeinden zwischen 10.000 und 25.000 Einwohnern zu den Kleinstädten, wobei die Grenze nach unten fließend ist. Für die ostdeutschen Bundesländer kann diese quantitative Klassifizierung nicht übernommen werden, weil hier zahlreiche Kleinstädte weniger als 15.000 oder selbst weniger als 10.000 Einwohner haben (vgl. Schäfer u.a. 1992: 32ff.). Diese Verschiedenheit wird besonders deutlich, wenn man die Bevölkerungsverteilung nach unterschiedlichen Gemeindetypen und -größen betrachtet. So leben in den Neuen Bundesländern im Jahre 1999 52,11 % der Gesamtbevölkerung in allen Gemeinden mit bis 20.000 Einwohnern; in den Alten Ländern hingegen nur 40,24 %. Die Bedeutung der Kleinstädte in Ostdeutschland wird so jedoch noch nicht deutlich. Nach dem traditionellen statistischen Kleinstadtbegriff (2.000 bis 20.000 Einwohner) haben die Alten Bundesländer einen Anteil von 34,9 % und die Neuen Länder mit 35,15 % einen kaum höheren Anteil von Kleinstadtbevölkerung (StaBA 2001a: 59f.).

Betrachtet man nur die Gemeinden mit Stadtrecht, ergibt sich ein anderes Bild. Ende 1999 lebten 22,03 % der Einwohner Ostdeutschlands und 13,01 % der Einwohner Westdeutschlands in Kleinstädten in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern und Stadtrecht. Noch deutlicher wird der Unterschied bei einer Obergrenze der Einwohnerzahl von 15.000: In Kleinstädten mit bis zu 15.000 Einwohnern leben in den Alten Ländern nur 8,62 % und in den Neuen Ländern aber 18,22 % der Bevölkerung (StaBA 1999).

Der quantitativ induzierte Begriff „Kleinstadt“ wird zur Kennzeichnung eines qualitativen Stadtyps herangezogen. Eine inhaltliche Bestimmung von „Kleinstadt“ wird professionsspezifisch aus dem historischen, dem statistischen und dem funktionellen Stadtbegriff gebildet. Kleinstadt, Großstadt und Dorf werden ‚e contrario‘ definiert: Kleinstadt im Gegensatz zu Dorf und zu Großstadt. Aufgrund der bisher diskutierten Problematik der Bestimmung von „Kleinstadt“ ist es deshalb notwendig, eine Arbeitsdefinition zu entwickeln, die die Hauptmerkmale des Stadtyps „Kleinstadt“ aus einer Kombination verschiedener qualitativer und quantitativer Merkmale abbildet. Die Kleinstädte in Deutschland bilden eine heterogene Siedlungsgruppe, determiniert durch ihre jeweilige regionale, wirtschaftliche und funktionelle Situation. Ihre statistische Klassifizierung als Siedlungen zwischen 2.000 bis 20.000 Einwohnern mit Stadtrecht beinhaltet keine überfassende Einheitlichkeit dieser Siedlungskategorie. Kleinstädte unterscheiden sich sowohl nach Größe,

Einwohnerzahl, wirtschaftlicher Basis, landschaftlicher Umgebung, nach ihrer Geschichte, ihrer Bebauungsstruktur und architektonischer Gestalt sowie nach ihrer Lage in einem überwiegend agrarisch geprägten Gebiet oder in einem industriellen Ballungsgebiet. Dennoch haben sie wesentliche Gemeinsamkeiten und unterscheiden sich hinsichtlich Problemlagen, Siedlungsform und Lebensweise von Groß- und Mittelstädten sowie von Dörfern. In ihnen durchdringen sich sowohl städtische als auch dörfliche Lebensbedingungen und -weisen, die eine besondere Charakteristik dieser Ortschaften bewirken. Trotz der skizzierten Heterogenität lassen sich einige verallgemeinernde Aussagen über diesen Stadttyp machen:

- Die Anzahl der Einwohner liegt unter 20.000.
- Die wirtschaftliche und die sozioökonomische Struktur wird von nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit bestimmt. Des Weiteren ist die Wirtschaft der Kleinstädte von ortsansässigem gewerblichem Mittelstand geprägt.
- Die baulich-räumliche Struktur ist städtisch geprägt durch ein Vorherrschen geschlossener, mehrgeschossiger Bebauungsformen im Ortskern, der Ausprägung eines Ortszentrums und einem hohen Anteil an Mehrfamilienhäusern.
- Die Kleinstädte haben Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer historischen Entwicklung, da die überwiegende Mehrheit der Kleinstädte im Mittelalter entstanden ist. Eine geringere Zahl sind Bergbaustädte bzw. Residenzstädte oder sind während der Industrialisierung aus Dörfern bzw. Arbeitersiedlungen hervorgegangen.
- Viele Kleinstädte Deutschlands konnten bis heute die Qualität als ‚zentraler Ort‘ erhalten, zumindest auf unterer Stufe. Sie sind lokal-regionales Einkaufszentrum und Bildungsstandort sowie häufig auch Standort von Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Strukturen und Entwicklungsverläufe der Kleinstädte zwischen Ost- und Westdeutschland sind dabei differenziert: Die zahlreichen Kleinstädte der Neuen Länder lagen im Windschatten der staatlich geplanten Entwicklung und konnten vielfach ihre historische Altstadt erhalten. Sie blieben – zumindest in ihrem Kern – vom industriellen Wohnungsbau verschont. Es gibt in Deutschland nur wenige Städte, die eine solche Kontinuität von wirklicher und nicht simulierter Baugeschichte aufweisen. In der alten Bundesrepublik begann, nach einer Phase der Vernachlässigung, spätestens mit der Transformation der Innenstädte in verkehrsberuhigte Konsumzonen auch eine optische Rehistorisierung. Das Aufkommen der Postmoderne forcierte diese Entwicklung seit den 1970er Jahren. In der DDR blieben diese Entwicklungen aus, sodass sich die Kleinstädte zur Zeit der Wende in einer – wenn auch sehr desolaten – Verfassung

präsentierten, die die historische Ausgangslage erheblich originalgetreuer darstellte (vgl. Schäfer u.a. 1992).

Ostdeutsche Kleinstädte sind jedoch zugleich ein besonderer Problemfall. Da die DDR hier kaum Investitionen vornahm, war die Situation der Kleinstädte durch verfallende Bausubstanz, desaströse technische Infrastruktur, hohen Leerstand im Altstadtbereich besonders schwierig. Der damit gegebene hohe Investitionsbedarf wurde nach der Wende durch weitere Probleme verschärft, so durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse und fehlendes Eigenkapital. Auch absorbierten der steuerbegünstigte sowie der subventionierte Neubau von Eigenheimen und Wohnparks außerhalb der Kleinstadtzentren investives Kapital. Ferner leitete die Prioritätensetzung bei der Sanierung der Wohngebiete in industrieller Bauweise zunächst die Aufmerksamkeit an den Rand, was erst mit einem verspäteten Kurswechsel in der Stadterneuerungspolitik kompensiert werden sollte.

Die für die DDR-Zeit charakteristische einseitige Ausrichtung der Stadtwirtschaft auf Landwirtschaft, einen Industriebetrieb, einen Verwaltungssitz oder einen Garnisonsstandort führte nach 1990 zum Verlust der wirtschaftlichen Basis, zu hoher Arbeitslosigkeit und starker Abwanderung. Kleinstädte befinden sich zudem häufig in geografischen Lagen mit ungünstigen Standortbedingungen. Lage und Situation der ostdeutschen Kleinstädte sind regional stark differenziert: So sind die Kleinstädte in Nordostdeutschland stark von den Problemen des ländlichen Raumes bestimmt, während z.B. die Kleinstädte im Chemnitzer Bereich weitgehend in einem (ehemaligen) industriellen Ballungsgebiet lokalisiert sind. Auch in der städtischen Agglomeration Halle-Leipzig gibt es eine Vielzahl von Kleinstädten. Deren regionale (zentralörtliche) Bedeutung wurde schon zur DDR-Zeit als „bescheiden“ bzw. „ganz fehlend“ charakterisiert. Die Großstädte Halle und Leipzig mit ihren übergroßen Großsiedlungen Halle-Neustadt und Leipzig-Grünau sogen viele Einwohner umliegender Kleinstädte und Dörfer auf, wodurch eine enorme Bevölkerungsabwanderung verursacht wurde. Zudem bewirkten die hohe Dichte von Groß- und Mittelstädten in diesem Gebiet, die gute verkehrliche Erschließung des Raumes und der steigende Privatbesitz an Verkehrsmitteln eine Entfunktionalisierung dieses Stadttyps als Versorgungszentrum. Infolgedessen stagnierten die Kleinstädte in ihrer Einwohnerzahl oder wiesen zurückgehende Einwohnerzahlen auf (vgl. Leykauf/Schramm 1981: 116f.).

Eine weitere Besonderheit ergab sich aus der Stellung im DDR-Städtesystem: Ca. 50 % der Kleinstädte in Ostdeutschland zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern waren Kreisstädte. Damit waren sie in z.B. Zuweisungen im Rahmen des staatlichen Wohnungsbaus. Die anderen 50 % der Nichtkreisstädte konnten dagegen, von Ausnahmefällen abgesehen,

kaum staatliche Investitionen verzeichnen, was zu nachteiligen Entwicklungen gegenüber den Kleinstädten mit Kreisstadtfunktion führte.²

Für die Untersuchung kleiner Städte wurde aufgrund der Vielzahl der zu beachtenden Merkmalen eine weitere Konkretisierung des Gegenstands vorgenommen, die den Siedlungstyp „Kleinstadt“ für die empirische Untersuchung charakterisiert und die Grundlage für die Städteauswahl bildet. Als „Kleinstadt“ werden in dieser Arbeit Orte bestimmt (vgl. auch Schäfer u. a. 1992: 33), die

- bis etwa 15.000 Einwohner zählen,
- die hinsichtlich des Stadtgrundrisses, der Bebauungs- und Sozialstruktur städtisch geprägt sind,
- die zentralörtliche Funktionen mindestens der unteren Stufe wahrnehmen,
- die in aller Regel eine lange Tradition des Stadtrechts, häufig seit dem Mittelalter, haben und
- die in der Regel nicht (mehr) Kreissitz sind.

2.2 Kleinstadt in der Stadtforschung: Zum Forschungsstand

Kleinstädte werden durch die deutsche Stadtforschung³ bisher wenig untersucht. Sie bezieht im Allgemeinen ihre Erkenntnisse aus der Forschung in *und* über Großstädte bzw. großstädtische Agglomerationsräume oder

² Zur Vernachlässigung von Kleinstädten siehe Kapitel 3.4 und zur Unterscheidung von DDR-Städten in Wachstums- und Stagnationstypen siehe Kapitel 4.21.

³ Allerdings gibt es beispielsweise in Frankreich eine weitaus umfangreichere explizite Kleinstadtforschung. Ein durchgängiges Thema bilden Untersuchungen, die Wechselwirkungen von Kleinstädten mit ihrer ländlichen Umgebung thematisieren. Auch die Bedeutung dieses Stadttyps im französischen Siedlungsgefüge wird stark diskutiert. Ein wichtiges Zentrum der Kleinstadtforschung existiert an der Universität Toulouse. Allgemein sind die Studien von einer starken Anwendungsorientierung geprägt und stehen im direkten Zusammenhang mit staatlichen Raumordnungsprogrammen oder sind von der 1990 gegründeten Vereinigung für französische Kleinstädte, der „Association des petites villes de France“ (APVF), initiiert (vgl. Benke 2002 und Laborie/Renard (Hg.) 1998). Auch in den USA gibt es eine Tradition der „Small City“-Forschung. Hier ist z.B. „The Center for the Small City“ an der Universität von Wisconsin-Stevens Point zu nennen, das 1979 gegründet wurde: „The Center administers an interdisciplinary minor in Small City Analysis. The purpose of the minor is to direct students who are majoring in academic disciplines such as Political Science, Public Administration and Policy Analysis, Sociology, Geography, Economics, and Natural Resources to the concerns of small cities from a cross disciplinary perspective. The minor emphasizes both an understanding of small cities and skills needed for employment in small city governments, agencies, and businesses.“

auch Stadtregionen. Das scheint nicht unberechtigt zu sein, werden doch vor allem in Großstädten⁴ seit der Industrialisierung die Probleme einer urbanisierten Gesellschaft unmittelbar sichtbar: Großstädte waren der Ort der Entstehung der modernen Lebensverhältnisse und sind die Vorreiter des sozialen Wandels. In Großstädten bündeln sich gesellschaftliche Widersprüche, seien es nun soziale Polarisierung, räumliche Segregation oder auch kommunale Finanznot. Unterschiede und Gegensätze zeigen sich hier auf engstem Raum.

Dennoch lassen sich in den Disziplinen der Stadtforschung sehr wohl Kleinstadtthematisierungen finden. Angesichts des geringen Umfangs der Arbeiten ist es im Folgenden erforderlich, die sehr heterogenen, versprengten Ansätze zusammenzuführen, ohne dabei eine alle verbindende Problemperspektive, geschweige denn theoretische Kongruenz, behaupten zu wollen. Dies wird illustriert an Beispielen aus der Stadtgeschichtsschreibung, der Stadt- und Siedlungsgeografie und der Stadtplanung. Die spezifische Herangehensweise an das Thema „Kleinstadt“ in der Stadtsoziologie wird im nächsten Abschnitt (2.3) behandelt. Zur Vervollständigung der Übersicht zum Forschungsstand werden im Abschnitt 2.2 die Arbeiten referiert, die sich in der Folge der Vereinigung mit der Kleinstadtproblematik in Ostdeutschland auseinandersetzen.⁵

(CSC 2001) Neben der Lehre und eigenen Forschungsprojekten veranstaltet das Center zweijährlich Tagungen zu verschiedenen Problemen der Kleinstadtentwicklung, so z.B. im Jahr 2000 zum Thema „Smart Growth“. Die Tagungsergebnisse werden jeweils in der Reihe „Proceedings: Small City and Regional Community“ veröffentlicht (vgl. ebd.).

⁴ Im Folgenden wird der Begriff „Großstadt“ der Einfachheit halber synonym für alle weiteren Termini zur Kennzeichnung großer städtischer Einheiten verwendet.

⁵ Neben der Stadtsoziologie ist, bezogen auf den sozialwissenschaftlichen Kontext, die Stadt ebenso Gegenstand der „lokalen Politikforschung“. Auf eine spezifische Analyse ihrer Gegenstandsbestimmung und ihrer Forschungsfelder wird hier verzichtet, da diese ebenso großstadtzentriert ausgerichtet ist. Als 1972 eine Gruppe um Rolf-Richard Grauhan den Arbeitskreis Lokale Politikforschung innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gründete, wurde dessen theoretische Konzeption von einem Ansatz getragen, der in Modifikationen bis heute gültig ist. Danach sind die Wandlungen auf der lokalen Ebene in erster Linie als gesamtgesellschaftlich verursacht, insbesondere von den ökonomischen Einflüssen, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben. Somit ist die einzelne Kommune kein abgeschlossenes Sozialgebilde, sondern lokale Entwicklung ist nur vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Prozesse erklärbar. Städte werden als letzte Implementationsstufe zentralstaatlicher Programme erforscht. Dies schließt explizit eine Herangehensweise aus, die etwa Ortsgrößenklassen als Differenzierungsmerkmal heranzieht (vgl. Grauhan 1975: 12). Bis heute hat sich diese

Die Kleinstadt als Forschungsthema ist in allen hier behandelten Disziplinen eher randständig vertreten. Überraschend ist, dass diese Diagnose selbst für die historische Stadtforschung gilt. Es ist explizit die Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, die zu einer polarisierenden Entwicklung von Groß- und Kleinstädten führt. Offensichtlich haben, so Jürgen Reulecke, die damaligen „spektakulären Veränderungen und systembedrohenden Zuspitzungen in den Ballungsgebieten [...] bisher die Stadthistoriker erheblich häufiger zu Analysen gereizt als die Situation in den ‚Passivräumen‘“ (Reulecke 1985: 48). Da diesem Stadttypus eine beträchtliche Bedeutung trotz Industrialisierung und Urbanisierung zukommt, wird heute zunehmend die Notwendigkeit einer eigenständigen historischen Kleinstadtforschung gesehen, da sich kleine Städte als kontinuierliche Elemente der Städtelandschaft erwiesen haben: „Der Mangel an systematischen, auf strukturelle Klärung gerichtete Studien über die kleine Stadt auf dem Weg in die Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts ist evident“ (Zimmermann 1999: 5). Ihre Bedeutung ergebe sich aus ihren vielfältigen Kulturangeboten, der Stellung als lebensweltliche Erfahrungsrealität und schlicht aus ihrer Quantität. An der kleinen Stadt ließe sich letztendlich die „Brechung und Vielgestaltigkeit der historischen Prozesse ablesen“ (ebd.).

Die theoretischen Grundlagen der Disziplin Stadtplanung haben sich seit den 1870er Jahren schrittweise in Auseinandersetzung mit dem einsetzenden Urbanisierungsprozess in Deutschland herausgebildet (vgl. Albers 1975; Kegler 1987). Ihr Gegenstand sind vorwiegend Städte und Agglomerationen mit einer wirtschaftlichen Wachstumsdynamik. Daher wurden stadtplanerische Instrumente vor allem in enger Anpassung an diesen Gegenstand entwickelt: Von der großräumigen Verkehrsplanung über die städtebauliche Leitplanung bis hin zu Bebauungsplänen versucht Stadtplanung, die ökonomische Dynamik in sozial- und stadtverträgliche Raumstrukturen zu überführen. In der Regional- und Landesplanung geht der Blick der Planenden weit über die engeren städtischen Regionen hinaus, erfasst zwar die Vielzahl von Kleinstädten, ohne diese aber als eigenständige Stadtqualität zur Grundlage eines spezifisch planerischen Zugangs zu machen. Insbesondere baurechtlich vorgeschriebene Planungsschritte und -parameter beziehen sich auf komplexe städtische Konstellationen, in denen eine Vielzahl von Nutzungsansprüchen zusammengeführt werden muss. Man geht davon aus, dass das Kernstück des

Sichtweise nicht verändert. Kommunalpolitische Untersuchungen des ländlichen Raums verweisen denn auch durchgängig auf die Großstadtzentriertheit der lokalen Politikforscher, der allgemeinen Politikforschung und selbst der Kommunalpolitik (vgl. z.B. Schneider 1991: 9).

Planungsrechts, der Bebauungsplan, durchaus auf alle Stadtgrößenklassen anwendbar ist bzw. im Fall der Kleinstadt auch darauf verzichtet werden kann. Die Planung von Kleinstädten, so eine verbreitete Auffassung, entspricht nach Maßstab und nach Methode der Stadtteil- und Quartiersplanung. Diese hatte seit den späten 1970er Jahren in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Stadterneuerung Konjunktur. Letztlich fällt auch in dieser Disziplin die Kleinstadt zwischen die beiden Pole Stadt und Land, zwar gibt es eine Dorf-, aber keine explizite Kleinstadtplanung.⁶

Eine Ausnahme stellt die Studie „Kulturanalyse einer ‚historischen‘ Kleinstadt als Grundlage für kommunalpolitische Planungs- und Sozialaufgaben“ von Erika Haindl dar, die trotz planungsbezogener Praxisorientierung aus der Sicht einer stadthnologischen Perspektive die historische Altstadt von Hofheim im Taunus Ende der 1970er Jahre, vermittels akribisch analysierter sozialer und baulicher Besonderheiten, als wesentlichen Ort lokaler Identität identifizierte. Ortsbindung wird in dieser Studie vor dem Hintergrund ökologischer Problematik wieder positiv besetzt und, so die Autorin, aus der Blut- und Boden-Semantik der Kleinstadtideologie (s. Kapitel 3.3) herausgelöst (vgl. Haindl 1983).

Auch der Blickwinkel der Stadtgeografie konzentrierte sich überwiegend auf Großstädte: Erwin Grötzbach, der Begründer einer Kleinstadtgeografie in der Bundesrepublik, dessen Definitionen und Analysen zur ‚Kleinstadt‘ nach wie vor Bezugspunkt der Diskussion sind (vgl. z.B. Stewig 1987, Burdack 1993, Niedermeyer 2000), stellte schon 1963 fest: „Es ist eine auffallende Tatsache, daß neue Aspekte und Methoden der Stadtgeografie kaum je an Kleinstädten erprobt wurden, obwohl letztere an Zahl gegenüber größeren Städten bei weitem überwiegen.“ (Grötzbach 1963: 10) Dass dieses Urteil auch weiterhin berechtigt ist, bestätigt die Wiener Stadtgeografin Elisabeth Lichtenberger: „Stadtforschung ist im Wesentlichen immer Großstadtforschung gewesen. Diese Aussage schließt auch die Geografie ein. In den großen Städten verdichten und potenzieren sich alle Probleme und Konflikte der Gesellschaft. Ihr physischer Stadtraum offeriert gleichzeitig ein sehr viel interessanteres und vielfältigeres Untersuchungsterrain als der von kleinen und mittelgroßen Städten, da sich sowohl die in der Vertikalen stratifizierte Gesellschaft als auch die Einrichtung des arbeitsteiligen Prozesses von Produktion, Ver-

⁶ Gleichwohl lässt sich in der Geschichte der Stadtplanung der Bundesrepublik eine Vielzahl von Arbeiten, die planerische Grundlagen für einzelne Kleinstädte entwickeln, aufzeigen. Historisch herausragend waren bereits früher Bebauungspläne, die in den 1920er Jahren, durch das Büro des Berliner Stadtplaners Hermann Jansen „in etwa 70 Mittel- und Kleinstädten allein in Deutschland“ (Hofmann 1987: 405) erarbeitet wurden.

teilung, Dienstleistung usf. in Subarealen differenzieren.“ (Lichtenberger 1991: 16) Die wenigen deutschsprachigen Studien zwischen den 1950er und 1970er Jahren, die explizit die Kleinstadt zum Forschungsgegenstand hatten, umfassten regional begrenzte Untersuchungen, mit denen eine kleinere Zahl von Orten vergleichend analysiert wurde.⁷ Sie zielten vorwiegend auf die Bestimmung von Typen und Typenreihen und auf die Entwicklung regionaler Kleinstadtsysteme (vgl. Burdack 1993: 5f. und Niedermeyer 2000: 88ff.). Dabei lässt sich ein deutlicher Schwerpunkt der Kleinstadtthematisierung für die Stadtgeografie während der 1970er Jahre ausmachen, um danach weitgehend abzuklingen (vgl. Standl/Burdack 1993, zit. nach Niedermeyer 2000: 88). Nach den 1970er Jahren konstatieren Schäfer u. a. ein geringes Interesse an der „Kleinstadt“ in der alten Bundesrepublik, die sich seit dieser Zeit nur noch der Spezifik der städtebaulichen Sanierung widmete (vgl. Schäfer u.a. 1992).

Als einzig bedeutende siedlungsgeografische Arbeit zur Kleinstadt aus den 1980er Jahren ist der Sammelband „Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein“, von Reinhard Stewig (Hg.) 1987, zu nennen. Anhand 22 ausgewählter Kleinstädte werden die Folgen der raumstrukturellen Prägung des Stadttyps in diesem Bundesland wie auch charakteristische sozioökonomische Prozesse des Wandels und der Beharrung untersucht. Die einzelnen Kleinstadtstudien werden von einem Konzept angeleitet, „die die Stadtbevölkerung auf der demographischen, ökonomischen und sozialen Ebene in den Mittelpunkt rückt, ihre Verhaltensweisen und deren räumlichen Niederschlag, die die Stadt [...] als Funktion gesellschaftlicher Entwicklung sieht und die die individuellen Züge der Entwicklung und Strukturierung einzelner Städte als Abweichungen von allgemeinen Regelmäßigkeiten begreift“ (ebd.: 359). Herausgearbeitet wird die besondere Bedeutung des tertiären Sektors in Städten, die in einem agrarischen Umfeld lokalisiert sind. Auf der Grundlage der Analyse sozialer Merkmale der Bevölkerung definiert Stewig den Typus der Kleinstadt in Schleswig-Holstein als „Versorgungskleinstadt“. Unter Verweis auf Grötzbach (1963) stellt Stewig eine weitestgehende funktionelle Übereinstimmung der untersuchten Kleinstädte mit denen Süddeutschlands fest (vgl. ebd.: 362f.).

Eine neuere deutschsprachige Arbeit zur Entwicklung amerikanischer Kleinstädte wurde 1993 vom Geografen Joachim Burdack vorgelegt. In Auseinandersetzung mit den Themen amerikanischer Kleinstadtforschung, die er einleitend referiert, betont der Autor, dass sich seine

⁷ Vgl. z.B. die stadtgeografische Untersuchung von Gert Duckwitz (1971) zur Situation einer ausgewählten Anzahl von Kleinstädten in der Nordpfalz: „Kleinstädte an Nahe, Glan und Aller“.

Forschungen weniger mit der Entwicklungsproblematik der Kleinstadt auseinandersetze, als vielmehr mit der Frage nach der (positiven) Bewertung des kleinstädtischen Lebens (vgl. Burdack 1993: 2). Die Untersuchung Burdacks, die als Beitrag zur siedlungsgeografischen Typisierung von amerikanischen Kleinstädten am Beispiel einer ausgewählten Region angelegt ist, kommt zum Ergebnis, dass Kleinstädte in den USA nicht losgelöst von der Entwicklung des gesamten Siedlungssystems betrachtet werden können: Einerseits sind sie von den Entwicklungsprozessen abhängig, die von großen Metropolen ausgehen, andererseits verfügen sie jedoch über ein Eigengewicht, Beharrungsvermögen und ein gewisses Maß an Eigendynamik. Dies schlägt sich in einer relativ kontinuierlichen Siedlungsentwicklung nieder. „Die Kleinstädte sind nicht nur ‚Spielball‘ translokaler Kräfte, sondern stabilisierende Elemente der Raumstruktur im ländlichen Raum. Als Zentren im ländlichen Raum werden sie auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle im Siedlungssystem der USA spielen“ (ebd.: 176). Damit bestätigt Burdack, allerdings ohne diesen Zusammenhang herzustellen, die bisherigen Ergebnisse soziologischer Kleinstadtforschung in den USA (vgl. Lynd/Lynd 1956 und 1965 bzw. Vidich/Bensman 1958).

Etwas anders verlief die Entwicklung der Forschung in der DDR. Hier gab es seit Mitte der 1970er Jahre – wenn auch ideologisch stark eingeschränkt – durchaus Bemühungen, die Kleinstadt als wissenschaftliches Untersuchungsfeld und wohnungspolitische Bauaufgabe zu etablieren. Mit diesen Untersuchungen, die insbesondere im Bereich der Siedlungsgeografie und der Städtebauauforschung erfolgten, sollte eine Einordnung der Kleinstädte in das hierarchische System der Städte der DDR geleistet und Investitionen in diesen Stadttyp gelenkt werden (vgl. z.B. Golle 1984 oder Rosenkranz, versch. Jg.). Dazu erfolgten Analysen über den siedlungspolitischen Stellenwert von Kleinstädten, über ihre defizitäre Infrastrukturausstattung und über Möglichkeiten der baulich-räumlichen Sanierung der Innenstädte – auch mit den Erzeugnissen des DDR-Plattenbaus. Mit demselben Ziel thematisierten einige wenige stadtsoziologische Arbeiten die DDR-Kleinstadt (s. Kapitel 3.4).

Seit der Vereinigung hat die Dynamisierung der Raumstrukturen eine kleinere Anzahl von Studien zu ostdeutschen Kleinstädten veranlasst: Hier ist zuerst die im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau erarbeitete Untersuchung „Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern“ (Schäfer u.a. 1992) zu nennen. Diese erste umfassende Darstellung zur Thematik der ostdeutschen Dörfer und Kleinstädte untersucht Probleme und Möglichkeiten der städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung. Die Autoren verweisen in ihrer Untersuchung auf die Spezifik der kleinen Städte in den Neuen

Bundesländern, die darin bestehe, dass die „vorwiegend als ehemalige Ackerbürgerstädte entstandenen und gewachsenen Siedlungseinheiten als ein besonderer und dominanter Typ in der Siedlungsstruktur der neuen Bundesländer eine bedeutsame Rolle spielen“ (ebd.: 6). Insbesondere die kulturhistorisch sehr wertvolle Bausubstanz in den Städten wird als herausragende Qualität benannt.

Zwei weitere Studien zur ostdeutschen Kleinstadt sind vom Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg initiiert worden. Zum einen hat in dessen Auftrag das Institut für Wohnen und Stadtentwicklung Frankfurt/Oder eine umfassende Übersicht „Klein- und Landstädte im Land Brandenburg“ erarbeitet (ISW 1995). Und zum anderen wurde von Hartmut Häußermann und Karin Baumert ein Gutachten „Sicherung und Stabilisierung der Lebensqualität in Klein- und Landstädten in Brandenburg“ erstellt. (SBB 1995, Häußermann 1996a) Dieses Gutachten verweist insbesondere auf die Problematik des Auseinanderdriftens von Außen- und Innenentwicklung: Einem politischen Bekenntnis zur Erhaltung der historisch wertvollen Innenstädte müsse mehr tatsächliche Unterstützung durch Land und Bund folgen, so die Gutachter. Wird den Städten diese Aufgabe selbst überlassen, sei es nötig, auf der Basis von zukunftsfähigen Eigenentwicklungskonzepten den Städten mehr Eigenverantwortung einzuräumen (vgl. Häußermann 1996a).

Beide Untersuchungen analysieren Fehleinschätzungen und -entwicklungen im Hinblick auf die räumliche Ausdehnung durch Neubauten und Einkaufszentren bei einer dramatisch abnehmenden Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahl im Land Brandenburg. Ohne nennenswerte Gegensteuerung und ohne Innovation auf der lokalen Ebene, so warnen die Untersuchungen, würden auch die kleinen Städte dem Muster einer Dezentralisierung und Zersiedlung folgen, wie es von der Großstadtentwicklung her bekannt ist (ebd., SBB 1995 und ISW 1995, insbes. Schreiner 1995).

Nach der Vereinigung widmet sich auch die geografische Forschung in Deutschland vereinzelt wieder der Kleinstadt. In diesem Zusammenhang ist aktuell auf die Dissertation von Martin Niedermeyer „Regulationsweisen der Kleinstadtentwicklung. Eine Analyse peripherer Kleinstädte im Grenzraum von Südthüringen und Nord-Unterfranken“ zu verweisen, die in einem Sammelband veröffentlicht wurde (Niedermeyer 2000). Die Arbeit untersucht Entwicklungsbedingungen von Kleinstädten in einem peripheren, ehemaligen Grenzraum, der nach der deutschen Vereinigung wieder eine zentralere Lage in Deutschland erlangen konnte. Die neue Zentralität der geografischen Lage hat, so Niedermeyer, für die untersuchten Kleinstädte keine ökonomischen und sozialen Veränderungen

ihrer problematischen Situation als „peripher-marginale Städte“ bewirkt (ebd.: 316).

Als solitäre, bemerkenswerte Arbeit ist weiterhin die Untersuchung durch die Soziologin und Biografieforscherin Cordia Schlegelmilch zu nennen, die eine ethnografisch konzipierte qualitative Längsschnittuntersuchung der sächsischen Kleinstadt Wurzen entwickelt hat: Schlegelmilch untersucht seit 1990 zum einen die Veränderungen des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens im Zuge des Transformationsprozesses in dieser Stadt. Zum anderen sollen mit der Untersuchung die unterschiedlichen biografischen Muster rekonstruiert werden, mit denen BürgerInnen in Wurzen die gesellschaftliche Umbruchphase wahrnahmen und wie sie diese in persönlichen Biografien verarbeitet haben (vgl. Schlegelmilch 2002). Eine zusammenfassende Publikation der Untersuchungsergebnisse liegt bisher nicht vor. Jedoch fasst die Autorin in einem unveröffentlichten „Überblick über die Wurzen-Studie“ die bisherigen Ergebnisse wie folgt zusammen: „Die Gemeinde studie in Wurzen macht deutlich, dass regionale Unterschiede sowie mentale Differenzen nicht als rein zeitliche Modernisierungsvollzüge auf ein klar definiertes Ziel, nämlich Anpassung ostdeutscher Strukturen an westdeutsche, zu interpretieren sind. Sie beinhalten auch Chancen für eigenständige ökonomische und kulturelle Entwicklungspfade im Rahmen der Transformation. Insofern die Studie die Verflechtungen von traditionellen und modernen Strukturen analysiert, bestärkt sie Ansätze in der Transformationstheorie, die nicht von linearen sondern reflexiven Modernisierungsprozessen ausgehen“ (ebd.: o.S.).

Zusammenfassend ist ein Defizit an systematischer Kleinstadtforschung festzustellen. Die jüngere Kleinstadtforschung hat ihren Ursprung überwiegend im Informations- und Beratungsbedarf der staatlichen Administration. Für eine weitergehende Analyse lässt sich ein wichtiges Forschungsergebnis, speziell der Stadtgeografie, zu (alt) bundesdeutschen Kleinstädten herausheben. Sie sind vor allem Dienstleistungsstandort für das zumeist agrarische Umland, darauf verweisen die Studien von Grötzbach (1963) und Stewig (1987). Angesichts des Zeitabstandes beider Studien ist damit offensichtlich ein dauerhaftes Merkmal der Kleinstädte benannt. Kleinstädte im Umland von Großstädten hingegen, so das Ergebnis der Untersuchung von Stewig, verlieren ihre Funktionsvielfalt und nehmen tendenziell den Charakter suburbaner „Schlafstädte“ an (vgl. ebd.).

Gerade diese Forschungsergebnisse könnten, wenn auch nicht in der Soziologie generiert, ein Beitrag zur stadtsoziologischen Detailanalyse kleinstädtischer Sozialstruktur sein. Das hierdurch eröffnete Themenfeld wird im nachfolgenden Abschnitt behandelt.

2.3 Zur Thematisierung der „kleinen Stadt“ durch die Stadtsoziologie

Die Analyse der Erkenntnisse der nichtsoziologischen Stadtforschung für die Bestimmung des Untersuchungsthemas wird in diesem Abschnitt vervollständigt, indem im Folgenden die „Stadtsoziologie“ auf ihre Aussagen zur „Kleinstadt“ hin diskutiert wird. Die Stadtsoziologie als Bindestrichdisziplin hat sich erst seit den 1920er Jahren entwickelt, die „Stadt“ wurde aber bereits mit Begründung der Soziologie zu einer Chiffre für sozialen Wandel im Übergang zur modernen Gesellschaft. In ihrer Gründungsphase ist die Stadtthematik in den Versuch integriert, eine disziplinspezifische Theoriesprache zu entwickeln. Eine eigenständige empirische Stadtforschung gab es in dieser Phase nicht. Für die Wahrnehmung und Konzeptualisierung von Stadt ist die Perspektive der Klassiker jedoch bis heute grundlegend. Die Großstadt steht im Zentrum, sie wird als Ort und Chiffre der modernen Gesellschaft verstanden. Stadt bzw. Großstadt war nicht das Forschungsfeld, sondern der Ort, an dem die Grundmuster der modernen Gesellschaft beobachtbar waren. So setzte Georg Simmel, der inspirierende Beobachter der neuen (Berliner) Urbanität zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die Modernität des großstädtischen Lebens gegen die Lebensart in Kleinstadt und Dorf: „Es scheint mir aber auch deutlich an der Entwicklung der Individualität innerhalb des städtischen Lebens erkennbar. Das Kleinstadtleben in der Antike wie im Mittelalter legt dem einzelnen Schranken der Bewegung und Beziehungen nach außen, der Selbstständigkeit und Differenzierung nach innen hin auf, unter denen der moderne Mensch nicht atmen könnte – noch heute empfindet der Großstädter, in die Kleinstadt versetzt, eine wenigstens der Art nach gleiche Beengung“ (Simmel 1903: 199).

Auffallend ist, dass Simmel die vormodernen Städte mit der modernen Großstadt konfrontiert, um so die zeitgenössische Kleinstadt wiederum über die historischen Vorgänger zu definieren. Es entsteht der Eindruck, als würde die Kontrastfolie Kleinstadt nur benötigt um die Spezifik des großstädtischen Individualismus zu akzentuieren. Das oben angeführte Zitat entstammt dem bekannten Vortrag von Simmel über „Die Großstadt und das Geistesleben“ (ebd.), eine Gelegenheitsarbeit anlässlich der deutschen Großstadtausstellung 1903, die neben einer Phänomenologie der Psyche des Großstädters, spricht des männlichen Bürgers, vor allem den komplexen Zusammenhang zwischen Industrialisierung wie Urbanisierung und großstädtischer Lebensweise theoretisch rekonstruiert. Simmels Ziel war es hierbei nicht, die Stadt als Gegenstand soziologischer Analyse zu entfalten, dies erfolgte grundlegend erst durch die Chicagoer Schule, sondern ihm ging es um die Anwendung seiner kulturdiagnostisch angelegten „Philosophie des Geldes“.

Auch Max Weber thematisierte weder Groß- noch Kleinstadt. Seine häufig als Gegenwartsdiagnose missverstandene Beschäftigung mit der Stadt war lediglich ein Baustein zu seiner Theorie der Entstehung des Kapitalismus. Ihn interessierte die vorneuzeitliche Stadt, insbesondere die des Mittelalters, als Entstehungsort von Marktökonomie und bürgerlicher Selbstverwaltung. Nachdem die Geburtshelferfunktion der Stadt mit der Entstehung des neuzeitlichen Staates und der modernen Marktökonomie erfüllt war, erübrigte sich für Weber eine gesonderte Stadtanalyse (Weber 1920/21). Ähnlich ging schon Ferdinand Tönnies vor, der in seiner polaren Geschichtstypologie, publiziert in seinem Hauptwerk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (1887), die vormoderne Gemeinschaft mit der modernen Gesellschaft kontrastiert und die vorindustrielle Stadt dem Gemeinschaftstyp zuordnet. Immerhin glaubte Tönnies, dass man die in der Entfremdung der Großstadt aufgegangenen alten Gemeinschaftsformen durchaus wieder beleben könnte. Allerdings sah er diese Möglichkeit nicht primär in den Kleinstädten, sondern in den neueren Erscheinungen der Genossenschaftsbewegung (Tönnies 1887). Offensichtlich integrierten die Klassiker der Soziologie in Deutschland das Thema „Stadt“ generell nur im Rahmen größerer zeitdiagnostischer Interpretationen (vgl. Sewing 1991: 33f.).

In der nachfolgenden Generation, die wissenschaftsgeschichtlich als „Chicagoer Schule“ den weiteren Verlauf der Stadtsoziologie nachhaltig geprägt hat, wurde das Stadtthema zentral für die Begründung einer empirisch-analytischen Soziologie, die Theoriebildung nur in Wechselwirkung mit empirischer Forschung als wissenschaftlich gelten lässt. Damit wurden eher historisch-spekulative Ansätze in den Bereich der Hypothesenfindung verwiesen. „Nunmehr wurden Objektivität, Empirie, aber auch Methodenstrenge Strebenziele“ (Wiese, v. 1971: 64).

Es waren amerikanische Soziologen, die zum Teil bei den deutschen Klassikern in die Schule gegangen waren, insbesondere bei Georg Simmel (vgl. Lindner 1990: 83ff.). Albion Small, der Gründungsdekan des Chicagoer Soziologiedepartments, übersetzte Simmels Essays ins Amerikanische und publizierte diese im „American Journal of Sociology“. Damit wurde der deutsche Außenseiter als Autorität in den Kanon der neuen amerikanischen Soziologie eingeführt. Robert Park, der Begründer der Chicagoer Stadtsoziologie, der unter anderem bei Simmel studiert hatte, entwickelte dessen Ideen in seinem klassischen Aufsatz „The City“ (Park 1925) zu einer umfassenden Stadtsoziologie als einer Theorie sozial-räumlicher Segregation. Als Einwanderungsstadt war Chicago das soziale Laboratorium, in dem die konfliktreiche Koexistenz verschiedener sozialer und vor allem ethnischer Gruppen in ihren räumlichen Settings, den ‚natural areas‘, studiert wurden.

Theoretisch wurde die Großstadt zunächst, vor allem auch basierend auf umfangreichen empirischen Untersuchungen verschiedenster städtischer Phänomene, also negativ bestimmt: Als Krisenerfahrung von Einwandernden, die aus ihrem überwiegend ländlichen Gemeinschaften, den Primärgruppen heraustraten und als Individuen in den Städten nach neuen Ordnungsmustern suchen mussten. „As a matter of fact, many, if not most, of our present social problems have their source and origin in the transition of great masses of the population – the emigrants, for example – out of a society based on primary group relationships into the looser, freer, and less controlled existence of life in great cities” (Park/Burgess 1921: 56/57). In der Polarität ländlicher Primärgruppen- und großstädtischer Sekundärgruppengesellschaft verschwindet der Stadttyp des ‚small town‘, der keinem der beiden Pole zu zurechnen ist. Es ist zu vermuten, dass die Chicago School ‚Kleinstadt‘ automatisch als der ländlichen Soziologie zugehörig eingestuft hat und diese damit schon im Ansatz kategorial ausgenommen wurde.

Allerdings beeinflusste das Interesse der Chicagoer Soziologie an einer kleinräumlichen Sozialanalyse eine andere Forschungsrichtung, die sich tatsächlich mit kleineren Städten beschäftigte und unter dem Oberbegriff Community-Studies in die Soziologiegeschichte eingegangen ist. Mit dem Begriff „Gemeinde“ wird eine eigenständige soziale Einheit erfasst, die als Institution zwischen Familie und Gesellschaft situiert wird und ganzheitlich beobachtet werden kann (vgl. z.B. König 1972: 273ff.). Die Hinwendung der amerikanischen Forschung zur mittleren und kleinen Gemeinde erklärt sich, folgt man dem Aufsatz „Gemeindestudien“, in dem maßgeblichen Lehrbuch der Frankfurter Schule, den vom Institut für Sozialforschung unter Federführung von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno 1956 herausgegebenen „Soziologischen Exkursen“, vor allem aus deren geringerer Komplexität im Vergleich zur Großstadt. Da sich diese als Ganzes, also als Gemeinden, als nicht erforschbar erwiesen, da sie „alle jene Züge von Komplexität, Unübersichtlichkeit, Entfremdung aufweisen, welche die Orientierung erschweren, so hätten bei Untersuchungen über Großstädte nur die Schwierigkeiten sich wiederholt, denen empirische Analysen über die Gesamtgesellschaft begegnen. Daher ist man darauf verfallen, Modelluntersuchungen über *mittlere* Städte anzustellen, an denen man Urbanisierungstendenzen und deren gesellschaftliche Folgen studieren zu können hoffte und die doch gleichzeitig einigermaßen überblickbar sind. Stillschweigend lag dem die Hoffnung zugrunde, man könne von solchen Mittelstädten extrapolieren, Folgerungen aufs Ganze ziehen, wenn man sich nur recht ins einzelne versenke

und es so sorgfältig auswähle, daß ihm typischer Charakter zugesprochen werden könne“ (IfS (Hg.) 1956: 135).⁸

In der Übersetzung des Begriffs „Community-Studies“ als „Gemeindeforschung“ zeigt sich allerdings ein grundsätzliches Problem der Übernahme von Termini aus einem anderen sprachlichen und kulturellen Kontext. Bezeichnenderweise spricht die Chicagoer Schule nicht von „Community“, wenn sie die Stadt Chicago als Ganze, oder gar die Metropolitan Region meint. Communities liegen unter dieser Strukturdimension, sie beziehen sich auf Nachbarschaften („natural areas“), die durch gemeinsame kulturelle Werte zusammengehalten werden. Gemeinde bezieht sich also immer auf eine Idee von Ganzheit. In Großstädten ist diese Ganzheit nirgendwo repräsentiert und erfassbar, sodass diese alle Züge gesamtgesellschaftlicher Unüberschaubarkeit aufweisen. Nur die Kleinstadt respektive „the small city“ respektive „the community“, und darauf verweist der einflussreiche amerikanische ‚Gemeindeforscher‘ Conrad Arensberg, sei eine „echte“ Gemeinde. Er grenzt sie ab von „unechten“ Gemeinden: „Die räumliche Isoliertheit eines Slums, eines Bergdorfes, einer Nomadensiedlung, einer Gartenstadt der Oberschicht mag ein realitätsgetreues Abbild einer derartig abgesonderten und abgekapselten Subkultur sein. Aber die einzelne Klasse stellt nur einen Teil der Gesellschaft dar; ihre Kultur ist nur Bestandteil eines umfassenderen Ordnungs- und Zivilisationszusammenhangs; ihre unechte ‚Gemeinde‘ ist also nichts als eine abgesonderte Gruppe“ (Arensberg 1974: 108). In dieser Besonderheit der kleinen und mittleren Stadt als einer erfassbaren Einheit vielfältiger Sozialbeziehungen an einem identifizierbaren Ort gründet die ethnologische Forschungsperspektive der Gemeindestudien.

Dieses Konzept von Gemeindeforschung wurde durch die Arbeiten des Ehepaares Helen und Robert Lynd in den 1920er und 1930er Jahren begründet. 1929 publizierten sie die berühmte Studie „Middletown“ und 1937 die Zweituntersuchung „Middletown in Transition“ (Lynd/Lynd

⁸ Die bibliografische Angabe dokumentiert als Herausgeber das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die üblicherweise vorgenommene ausschließliche Zuschreibung der geistigen Urheberschaft der einzelnen Aufsätze des Sammelbandes auf Max Horkheimer und Theodor W. Adorno ist somit nicht gegeben. So heißt es auf der Titellinnenseite des Reprints von 1991: „Dieses Buch, [...], ist eine Kollektivarbeit des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, das von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno geleitet wurde.“ Da ihr Anteil jedoch unbestritten beträchtlich ist, folge ich der Konvention und zitiere nachfolgend Horkheimer und Adorno als Verfasser des hier verwendeten Aufsatzes „Gemeindestudien“.

1956 u. 1965). „Middletown“ gilt als erste, explizit empirische Untersuchung einer Gemeinde und bis heute als methodologische Referenzstudie für eine Vielzahl von nachfolgenden Gemeindestudien. Insbesondere die erweiterte Replikation der empirischen Erhebung nach zehn Jahren – „Middletown in Transition“, gab beiden Studien paradigmatische Bedeutung (vgl. Häußermann 2002: 257). Für die erste Studie wollten die beiden Sozialanthropologen ursprünglich religiöse Praxen und Institutionen einer typischen amerikanischen Kleinstadt untersuchen. Die vorgefundene Vielfalt der Lebenszusammenhänge und die Ergebnisse ihrer umfangreichen, von sozialanthropologischen Methoden geleiteten Erhebungen verschoben jedoch das Forschungskonzept zu einer umfassenden Untersuchung des sozialen Wandels in einer Gemeinde von 1890 bis 1924: „The aim of the field investigation [...] was to study the interwoven trends that are the life of small American city“ (Lynd/Lynd 1956: 3). Als Objekt der empirischen Erhebungen wählte das Ehepaar Lynd die Mittelstadt Muncie im Bundesstaat Indiana aus. Die Auswahl hatte folgende Gründe: „(1) that the city be as representative as possible of contemporary American life, and (2) that it be at the same time compact and homogeneous enough to be manageable in such a total-situation study“ (ebd.: 7). ‚Muncie‘ steht exemplarisch für einen Wandlungsprozess, den viele amerikanischen Kleinstädte aufgrund der Industrialisierung in dieser Zeit vollzogen. Aus einer Landstadt mit 6.000 Einwohnern im Jahre 1885 wurde eine „agressive industrial city“ mit 35.000 Einwohnern im Jahre 1920 (ebd.). Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen und die ihrer drei Mitarbeiterinnen wurden auf über 500 Seiten publiziert und entfalten eine detailreiche Beschreibung der Lebensweise der Familien und des Gemeindelebens. Die Überschriften der sechs Kapitel der Studie spiegeln die untersuchten Themenbereiche wider: I. Getting a Living, II. Making a Home, III. Training the Young; IV. Using the Leisure; V. Engaging in Religious Practices und VI. Engaging in Community Activities. Eine wichtige Erkenntnis ihrer Arbeit war der Nachweis der stärkeren Formalisierung des Gemeindelebens, was am sprunghaften Anstieg der Freizeitassoziationen über mehr als drei Jahrzehnte deutlich wurde. Auch die damals verbreitete Annahme der Klassenlosigkeit von „Middletowns“ wurde durch die Untersuchung widerlegt, indem die Existenz von zwei wesentlichen Gruppen – der ‚business class‘ und ‚working class‘ – nachgewiesen wurde.

Berühmt wurde die erste Studie nicht nur wegen ihres theoretischen Konzepts sondern auch wegen ihrer methodischen Anlage⁹. Indem die beiden sozialanthropologisch geschulten Wissenschaftler beobachtend am Leben der Gemeinde teilnahmen, statistisches und dokumentarisches Material, Interview und Fragebogen verwendeten, wurden die bis dahin vereinzelt existierenden Untersuchungstechniken der modernen empirischen Sozialforschung erschlossen.

Während Muncie in der ersten Studie noch eine prosperierende Industriestadt war, erlitt sie in den späten 1920er Jahren einen Niedergang in Folge der wirtschaftlichen Depression und der Ära des New Deal. Die hieraus resultierenden Veränderungen wurden zum Gegenstand der zweiten Untersuchung, für die die Lynds 1935 nach Muncie zurückkehrten. (Lynd/Lynd 1965) Jetzt wurden die dramatischen Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs auf die Veränderungen in der Sozialstruktur und auf die Einstellungen sowie Verhaltensweisen der Bevölkerung untersucht. Herausragend an dem erweiterten Forschungsansatz war das gegenüber der ersten Studie deutlich neu konzipierte Untersuchungskonzept durch eine Machtanalyse. Das Forschungskonzept wurde ergänzt durch die Untersuchung von Bedeutung und Einfluss der ökonomisch herrschenden Familie, deren Industriebetrieb zum wichtigsten Arbeitgeber der Stadt avancierte, auf die Lebensweisen der Familien und auf das Gemeindeleben. Überraschend war der Nachweis des Beharrungsvermögens des vorherrschenden Selbst- und Gesellschaftsbildes, des „Middletown spirit“, trotz tief greifender Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen wie dem institutionellen Gefüge der Stadt. Mit „Middletown in Transition“ wurde zum Ersten der Grundstein der lange Zeit bedeutenden Community-Power-Forschung gelegt. Und zum Zweiten ist die Studie die erste Untersuchung einer Stadt im wirtschaftlichen Abschwung.

Zwar wurde besonders die Middletown-Studie „zum Anlass und Vorbild zahlloser Studien über kleine amerikanische Gemeinden“, jedoch wurde „deren theoretischer und methodologischer Status immer umstrittener“ (Häußermann 2000: 260). Das Ziel der Kleinstadtforschung bestand häufig darin, die „Community“ als das Ideal einer Lebensweise zu bestimmen, um die „Sicherung der Ordnung der sozialen Dinge“ zu garantieren. Die Tradition dieser Gemeindestudien kulminierte und

⁹ Die methodische Konzeption umfasste eine Vielzahl von Untersuchungstechniken: 1. Participation in the local life, 2. Examination of documentary material, Compilation of statistics, 4. Interviews und 5. Questionnaires (Lynd/Lynd 1956: 506ff.).

wurde gleichzeitig beendet in der Fallstudie von Arthur J. Vidich und Joseph Bensmann (1958) „Small Town in Mass Society“, die mit der Illusion der ‚heilen Welt‘ in der kleinen Gemeinde aufräumte, die für viele Gemeindestudien den normativen Hintergrund abgegeben hatte. In einer dreijährigen Beobachtung des Gemeindelebens in der ländlichen Kleinstadt Springdale (ca. 2.500 Einwohner) in Upstate New York und intensiver Befragungen seiner Einwohner legten die Autoren die Klassen und Machtstrukturen der Gemeinde und deren Verhältnis zu religiösen Orientierungen frei. Insbesondere kontrastierten sie durch ihre empirischen Untersuchungen das positive, friedfertige und homogene Selbstbild der Bewohner mit den realen sozialen Problemen. Eine Stadt mit nur 25 % am Ort Geborenen, mit verschiedenen ethnischen Gruppen und einem spürbaren Bildungsgefälle, so Vidich und Bensman, muss durch eine Vielzahl sozialer Probleme charakterisiert sein. Dahrendorf hat Anfang der 1960er Jahre in einer wissenssoziologischen Gesamtdeutung der amerikanischen Soziologie der Untersuchung von Vidich und Bensman eine große Bedeutung für die Analyse der Veränderungen in der Nachkriegsgesellschaft der USA beigemessen: Der Wert ihrer Studie sei erstens, dass sie sich nicht mit der harmonisierenden Selbstwahrnehmung der Kleinstadtbewohner zufrieden gebe (vgl. Dahrendorf 1968: 86). Die Studie entwickelte eine komplexe Akteursanalyse, in der die Bedeutung sozialer Netzwerke und gruppenspezifischer Machtprozesse aufgedeckt wurden. Hinter dem lebendigen Gemeinsinn, so die Autoren, verberge sich ein allgemeines Angsterlebnis, nicht den sozial sanktionierten Vorstellungen des „normalen Verhaltens“ zu entsprechen. Die Gemeinde habe einen starken „Aufforderungscharakter“, sich an Vereinen und am religiösen Leben zu beteiligen. Jeder Versuch, sich aus dieser Gemeinschaft zurückzuziehen, bedeute eine Verletzung von Rollenerwartungen und werde sanktioniert.

Die zweite Leistung der Studie besteht nach Dahrendorf in dem Nachweis, dass Springdale keine abgeschlossene Gemeinde sei, sondern im Feld der vielfachen Kräfte der „Massengesellschaft“ stehe. Damit sei sie in ihrer Eigenheit zum einen nicht mehr typisch und zum anderen nicht mehr prägend für die amerikanische Gesellschaft (vgl. ebd.: 86/87). Mit dieser Studie fand die Gemeindeforschung wieder Anschluss an die soziologische Tradition gesamtgesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsanalyse. Die konstatierte Abhängigkeit der Gemeinde von den übergreifenden gesellschaftlichen Prozessen wird derart bedeutsam, dass insgesamt die theoretische Bedeutung des Gemeindebegriffs erheblich in Frage gestellt wurde. Gemeinde erscheint bei Vidich und Bensman als eher reaktive Verarbeitungsform gesamtgesellschaftlicher Einflüsse, denn als eigenständiges Zentrum von Aktivitäten: „The invisible social chain reactions

emanating from the outside no doubt alter the life more seriously than the action of visible agents [...]“ (Vidich/Bensman 1958: 283).

Gleichwohl resümierte Ralph Dahrendorf, in seiner oben genannten Gesamtdarstellung zur amerikanischen Soziologie, dass der community-Begriff dennoch zentral für die soziologische Tradition in den USA sei: „Es gäbe eine schöne Harmonie der Analyse, wenn man sagen könnte, daß die drei Grundfesten der amerikanischen Gesellschaft – *democracy*, *mobility*, *community* – auch die drei Hauptthemen der amerikanischen Soziologie wären. Das ist jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht der Fall. [...] Ein klarer Bezug zwischen Soziologie und Gesellschaft erweist sich nur im Hinblick auf das dritte Element der amerikanischen Sozialstruktur, *community*, [...]“ (Dahrendorf 1968: 115).

Die Hervorhebung der Gemeinde als ein für die Gesellschaft exemplarischer Forschungsgegenstand wurde in der bundesdeutschen Soziologie übernommen, als diese in den 1950er Jahren ihren Nachholbedarf an Theoriebildung und Forschungsansätzen vor allem aus den USA deckte (vgl. König 1957, 1958, 1972 und Arensberg 1974). Als spezielle Soziologie untersucht sie, so definiert ein aktuelles soziologisches Wörterbuch, die sozialen Strukturen und Prozesse auf ‚lokaler Basis‘. Die Gemeinde wird in dieser Bestimmung zu einem soziologischen Oberbegriff für alle Siedlungsgebilde, die über die Form von Einzelsiedlungen hinausgehend eine bestimmte Struktur und damit eine soziale und kulturelle Identität ausgebildet haben. Das Spektrum reiche dabei vom Dorf bis zur Weltstadt. (vgl. Schäfers 1989: 223) Diese Bestimmung ist nicht unumstritten, eine Vielzahl von Forschungen werden jedoch dieser Zweigdisziplin zugeordnet: Insbesondere in den 1950er und 60er Jahren war die Gemeindeforschung eine der wichtigen soziologischen Zweigdisziplinen. In dieser Zeit „standen Analysen ganzer Gemeinden im Vordergrund, sei es, um ihre schichtspezifischen Strukturen zu erfassen oder die typischen ‚Daseinsformen der Großstadt‘, ihre ‚nachbarschaftliche Wirklichkeit‘ oder die Entwicklung einer jungen Industriestadt zu erforschen“ (ebd.: 228f.)¹⁰.

¹⁰ Für eine Zusammenschau und Einschätzung wichtiger bundesdeutscher Gemeindestudien vergleiche den Überblick bei Häußermann (1994) „Das Erkenntnisinteresse von Gemeindestudien“ und des Weiteren die Sammlung von Aufsätzen zur „[Die] Entwicklung der Gemeindesoziologie in der Bundesrepublik Deutschland“ (Schmals (Hg.) 1983: 481ff.).

Neben ihren Forschungsbeständen begleitet die Gemeindesoziologie seit ihrer Aufnahme in den Kanon der bundesdeutschen Soziologie eine kritische Reflexion. Bereits 1956 hatten Horkheimer und Adorno erkenntniskritische Bedenken gegenüber möglichen Fehlschlüssen aus Gemeindestudien auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge geäußert (vgl. IfS (Hg.): 145f.) Insbesondere seit Anfang der 1970er Jahre hatten sich ihre wissenschaftlichen Begründungen weitgehend überholt bzw. begegneten diese wachsender Kritik: Die Gemeindeforschung wurde aufgrund der rasanten Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschungsmethoden und -techniken in dieser Zeit als Methode unbedeutender, denn die neuen technischen Möglichkeiten ermöglichten es, die „Gesellschaft“ anhand gemeindeübergreifender Forschungen zu untersuchen. Die substantielle Begründung für die Interpretation ‚Gemeinde als besondere soziale Einheit‘ wurde durch die soziologische Theorieentwicklung entwertet (vgl. Häußermann 1994: 235ff.).¹¹

Dieser Prozess wurde bereits 1961 eingeleitet, als mit dem einflussreichen Buch von Hans Paul Bahrdt „Die moderne Großstadt“ in der Stadtforschung eine entscheidende Fokussierung des Erkenntnisinteresses auf die Urbanitätsproblematik eingeleitet wurde. Während weiterhin

¹¹ Gleichwohl lässt sich seit der Vereinigung ein Versuch der Wiederbelebung von Gemeindestudien feststellen. Eine Anzahl von Studien verwendet dieses Forschungsprogramm zur Analyse des Spannungsverhältnisses von kulturell eingelebten Gewohnheiten und politisch-institutionellen Systemwechsel infolge des Transformationsprozesses (vgl. z.B. Herlyn/Bartels 1994 und Neckel 1999) Ihren Höhepunkt fanden diese Bemühungen im Versuch, eine Arbeitsgruppe „Moderne Gemeindesoziologie“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu institutionalisieren. In dem durch Kai Brauer und Sighard Neckel vertretenen Antrag wird zur Begründung auf die notwendige Erhebung sozialer Phänomene „vor Ort“ verwiesen, um auf diese Weise zu einer empiriegeleiteten Theoriebildung vorzudringen, „die über die Grenzen spezieller Theorien über die Stadt- und Dorfentwicklung“ hinausweist (Brauer/Neckel 1998: 9). Es gehe im Kern um eine Methode der Soziologie, die eine Ergänzung der Biografieforschung und anderer textanalytischer Ansätze der qualitativen Soziologie darstelle, dies in Abgrenzung gegenüber der Stadt- und Regionalsoziologie, in der es um Städte und Regionen „an sich“ gehe, wie der Land- und Agrarsoziologie, die den Agrarsektor und die so genannte „ländliche“ Bevölkerung behandle (ebd.). Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch die Forschungsidee zur Beschreibung lokaler Milieus Methoden der Gemeindeforschung heranzuziehen, hat eine eigene Wirkmächtigkeit entfaltet, wie eine summarische Auflistung aktueller Studien in dem zitierten Rundbrief verdeutlicht. (vgl. ebd.: 11/12)

Gemeindestudien durchgeführt wurden, die sich auf die amerikanische empirische Tradition bezogen,¹² wurde in der Theorie das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit entdeckt. Öffentlichkeit und Privatheit wurden in diesem polarisierungstheoretischen Konzept zum „Grundprinzip städtischer Sozierung“, in der sich Stadt überhaupt erst konstituierte (vgl. Bahrdt 1961: 81ff. und 106ff. sowie Herlyn 1998). Da sich diese soziale Typologie vordergründig leicht verräumlichen ließ – Straße und Platz (Markt) als öffentlicher Raum gegen Wohnung und Parzelle als privater Sphäre – wurde dieser Urbanitätsdiskurs bis heute in der Architektur- und Städtebaudiskussion „begierig aufgegriffen“ (Herlyn 1998: 14), zumal Bahrdt seine Überlegungen in dem 1968 erschienen Buch „Humaner Städtebau“ mit konkreten planungspolitischen „Handlungsanweisungen“ fundierte. In diesem Diskurs, sei er soziologisch oder städtebaulich inspiriert, wird jenseits von Urbanität nur noch die „Peripherie“ – Suburbia – als Gegenpol wahrgenommen und darüber hinaus wird „Land“ zur Residualkategorie, die alles umfasst, was nicht „urban“ ist. Für eine eigenständige Kleinstadt Wahrnehmung ist der theoretische Blick damit nicht gegeben.

Nicht nur der Urbanitätsdiskurs verschob die Perspektiven von der Gemeindeforschung weg. Die Entwertung des soziologischen Gemeindebegriffs wurde auch von den seit den 1970er Jahren dominierenden soziologischen Makrotheorien gefördert. Sowohl die herrschende, aus den USA importierte Modernisierungstheorie als auch die kritische Theorie in der marxistischen Tradition der Dialektik von Produktivkräften

¹² Einen letzten Beitrag dieser Forschungslinie stellt die Untersuchung von Benita Luckmann zur „Politik in einer deutschen Kleinstadt“, publiziert 1970, dar (Luckmann 1970). Eine Studie, die im Titel explizit auf die „Kleinstadt“ Bezug nimmt. Die süddeutsche Kleinstadt Bretten/Baden-Württemberg wurde untersucht. Die Studie beschreibt detailliert Lebenssituation, Sozialstruktur und politische Verhältnisse einer süddeutschen Kleinstadt in der ersten Hälfte der 1960er Jahre. Sie bietet ein dialektisches Bild der Eingebundenheit der „kleinen Lebenswelten der Menschen“ in die bundesdeutsche Industriegesellschaft bei gleichzeitigem Nachweis der Persistenz lokaler Strukturen. Kennzeichnend sei nicht, so Luckmann, das Verschwinden der Gemeinde wie es 1960 von Maurice Stein in seinem Buch „The Eclipse of Community“ analysiert wurde. „Von einer Verdämmerung oder einem Schwund des Lebens in kleinen Gemeinschaften zu sprechen, scheint uns allerdings nicht gerechtfertigt zu sein. Es hat zwar das Leben in kleinen Gemeinden andere Formen angenommen; [...]. Die grundlegenden bio-sozialen Bedürfnisse des Menschen und auch viele seiner darüber hinausgehenden Bestrebungen bleiben weiterhin auf kleine soziale Ordnungsbezüge bezogen und erfüllen sich in ihnen“ (ebd.: 7).

und Produktionsverhältnissen gingen nun von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen aus, in denen regionale, kulturelle und geografische Besonderheiten sozial an Relevanz verloren. In der Modernisierungstheorie wurde „Verstädterung“ zu einem zentralen Indikator für Modernität, und erfasste selbst die modernisierten Lebensverhältnisse auf dem Dorf. Man sprach gar von der „Urbanisierung im Dorf“ (Zapf 1998). Die marxistische Theorie konzentrierte sich ganz auf den Zusammenhang von „großer Industrie“, Weltmarkt und sozialer Revolution. Die Metropole wurde hier zum Ort des Klassenkampfes. Auch die Landwirtschaft wurde, empirisch nicht ganz unzutreffend, unter dem Gesichtspunkt der Industrialisierung gedeutet. Vor diesem Hintergrund wird das Resümee vom Anfang der 1970er Jahre verständlich, das der Stadtsoziologe Bernd Hamm hinsichtlich des Gegenstandes der Stadtsoziologie formuliert: „In der Phase der verstädterten Gesellschaft ist es in der Tat nicht mehr möglich, wissenschaftlich brauchbare Definitionen für „Stadt“ und „Land“ zu finden: Die Stadt wird zur universellen Lebensform, *alle* sozialen Phänomene sind auch Stadtphänomene“ (Hamm 1973: 21; vgl. Häußermann 1994: 236).¹³ Untersuchungen zu einzelnen Gemeinden zielten weniger auf die lokale Spezifik einer Stadt als auf die Tendenzen der ‚Modernisierung‘, also der Anpassung der Stadt an gesellschaftliche Trends (vgl. Pahl 1968).

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass sich die Ausblendung der Kleinstadt spiegelbildlich auch in der komplementären „Soziologie des ländlichen Raumes“ bzw. der Agrarsoziologie findet. Der erstgenannte Forschungszugang widmet seine Untersuchungen dem Dorf, der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum. Kleinstädte, die vor allem als Dienstleistungsstandorte soziale Kristallisationspunkte und regionale Zentren der ländlichen Räume sind, werden traditionell nicht in den Gegenstandsbereich dieser soziologischen Zweigdisziplin einbezogen (vgl. z.B. Schmals/Voigt (Hg.) 1986).

¹³ Hamm plädierte daher für eine neue Begriffsdefinition der Stadtsoziologie als Siedlungssoziologie. Diese Auffassungen hat er vor allem in seinen Publikationen „Organisation der städtischen Umwelt“ (1977) und „Einführung in die Siedlungssoziologie“ (1982) dargestellt. Die Basis seiner Siedlungssoziologie bildet jedoch nicht die Untersuchung des Zusammenhangs von Stadttyp und Gesellschaft, wie der Begriff „Siedlungssoziologie“ zunächst suggeriert, sondern die Analyse eines Raum-Verhaltens-Systems. Sein Konzept entspricht damit einer spezifischen Theorieperspektive im Rahmen einer allgemeinen Soziologie und nicht der theoretischen Konzeptualisierung einer (stadtsoziologischen) Bindestrich-Soziologie (vgl. Hamm 1982: 19).

Die Darlegung des bisherigen Forschungs- und Theoriestandes verdeutlicht eine ambivalente Forschungssituation: Während in der Tradition vor allem der amerikanischen Gemeindeforschung die Kleinstadt als Forschungsfeld ebenso wie Städte mittlerer Größe, ins Zentrum gerückt wurden, hatte die Stadtsoziologie in ihrer Konzentration auf die Großstadt die „Nichtgroßstadt“ wenig systematisch behandelt. Da jedoch genügend Indizien für eine spezifisch kleinstädtische Sozialform in der referierten Forschung zu finden sind, die Kleinstadt also nicht nur eine Residualkategorie im Vergleich zur Großstadt darstellt, ergibt sich die hinreichende Begründung für eine eigenständige Perspektive auf diesen Stadttyp.¹⁴ Zwar kann zunächst nur auf eine rein administrative und statistische Kategorie von Kleinstadt zurückgegriffen werden. Bei aller Willkür dieser Begrifflichkeit wird durch die bisherige Forschung jedoch deutlich, dass es sich bei „Kleinstadt“ um ein Sozialphänomen handelt, das zwar in der Dichotomie von Stadt und Land nicht wahrnehmbar ist, aber dennoch eindeutig der Kategorie Stadt zuzuordnen ist. Gerade der Nachweis der Kleinstadtforschung in den USA, kulminierend in der Arbeit von Vidich und Bensman, dass die Idealisierung einer homogenen, harmonischen Gemeinschaft die Wirklichkeit von Small Town America verfehlt, lässt diesen Schluss zu. Die empirische Kleinstadtforschung weist eine derart große Vielfalt von Sozialbeziehungen nach, dass von einer Identifikation von Kleinstadt mit Gemeinschaft (Tönnies) oder Primärgruppen, die Park in der ländlichen Gemeinde vorherrschen sieht, keine Rede sein kann. Hingegen ist die soziale Komplexität der Kleinstadt

¹⁴ Auf die Bedeutung ortsgrößenspezifischer Unterschiede in der gemeinde-soziologischen Forschung verweist gleichfalls eine der wenigen Studien, die dieses Kriterium in die methodische Konzeption einbezogen hat: Als „lokale Öffentlichkeit“ wurde Ende der 1960er Jahre von Henning Dunkelmann die Bedeutung von bürgerschaftlicher Identität, privater Gruppenbeteiligung und Vereinigungsmitgliedschaften für die Stadtplanung untersucht. Die Studie differenzierte zwischen Landgemeinden, Kleinstädten, Mittelstädten, Großstädten und Millionenstadt, letztere noch einmal in Innen- und Außenbezirk untergliedert. (Dunkelmann 1975: 31) In der Tat konnte die Bedeutung der Ortsgröße für die Beteiligungsbereitschaft gezeigt werden. Die Kleinstädte wiesen ein deutlich höheres Aktivitätsniveau auf als die Landgemeinden, der Autor spricht in diesem Zusammenhang von „durchaus urbanen Verhältnissen“, das von der Großstadt (Kiel) zwar erheblich übertroffen werde, aber bereits wieder Ähnlichkeit mit dem Innenbezirk einer Millionenstadt (Hamburg) aufweise (vgl. ebd.: 198ff.).

nicht sehr hoch, die Zahl möglicher „Mitspielender“ im gesellschaftlichen Leben nicht sehr groß, sodass die Kleinstadt auf ein Minimum an Engagement ihrer BewohnerInnen angewiesen ist. Kleinstädte begründen eher ‚echte‘ Gemeinden, da sie aufgrund ihrer Größe und der damit einhergehenden Verwiesenheit der einzelnen Teilgruppen aufeinander einen Kommunikationszusammenhang und eine, und sei sie noch so rudimentär, gemeinsame Willensbildung nahe legen. Auch wo dies nicht der Fall ist, stiftet „Kleinstadt“ Gemeinsamkeiten, die sich aus der größeren Dichte der Beziehungen und deren räumlicher Bündelung ergeben.

Im Zentrum der Untersuchung von Kleinstädten steht vor allem das Problem des sozialen Zusammenhalts, der nicht mit gemeinschaftlicher Nähe zu verwechseln ist. Er ergibt sich aus städtischen Interaktionsformen, in der eine starke Überschneidung gemeinsamer Mitgliedschaften in Vereinen und sonstigen Assoziationen mit nachbarschaftlichen, familialen und freundschaftlichen Beziehungen ein Netz knüpft aus dem heraus Kleinstadt als Prozess immer wieder hergestellt wird. Anders als in der segregierten Großstadt, für die Georg Simmel die Kreuzung der sozialen Kreise als Spezifikum beschrieben hatte, sind diese in der Kleinstadt viel wahrscheinlicher und vor allem viel notwendiger. Wie auch der amerikanische Soziologe Daniel J. Monti in seiner soziologisch, historisch und politisch fundierten Zusammenschau der amerikanischen Forschung zur Stadt (urban life) „The American City“ (1999) hinsichtlich der Differenzen des Lebens in ‚Cities‘ und ‚Towns‘ herausarbeitet, bedeutet „Kleinstadt“ vor allem die ständige Erzeugung einer Balance zwischen sozialer Ordnung und wirtschaftlichen Interessen durch die BürgerInnen (vgl. ebd.: 79ff.). „Townfolks may be better practiced in ignoring their differences, and city people simply may be too hard-edged to try. [...] The residents of small towns simply may be better practiced in finding ways to accept differences or in not letting them get in the way of more important business“ (ebd.: 84). Das dichtere Netz von sozialen Beziehungen ermöglicht eine genauere Wahrnehmung der dennoch vorhandenen sozialen Schichten und Interessengruppen. Diese größere Sichtbarkeit von Netzwerken dürfte auch Folgen für die Funktionsweise kleinstädtischer Eliten haben. Eine offensichtliche Trennung von Nachbarschaften, Milieus, Subkulturen oder auch ‚natural areas‘ wie sie häufig in Großstädten vorhanden ist, wird in Kleinstädten angesichts der geringen Einwohnerzahl und des dadurch stärkeren Zwangs zur Kooperation unwahrscheinlicher. Diese Überlegung rekurriert auf die Probleme sozialer Kooperation, wie es aktuell durch das Konzept des Sozialkapitals (Putnam) diskutiert wird und macht es für die Interpretation der Forschungsergebnisse zum Schlüsselkonzept. Es ist zu vermuten, dass die Erzeugung eines Zusammenhalts, dessen Zustandekommen empirisch keineswegs zwingend ist,

und sein produktiver Einsatz für die Entwicklung des Gemeinwesens die kritische Dimension in der Frage nach der Überlebensfähigkeit der kleinen Stadt ist. Für die prekäre ökonomische Situation der ostdeutschen Kleinstädte ist die Brisanz dieser Frage sicher noch größer.

3. Vom Normalfall zum Marginalfall: Historische Entwicklungen und kulturelle Ideologisierung von Kleinstädten

Die historische Betrachtung der Entwicklung von Kleinstädten gibt Aufschluss über den Bedeutungswandel dieses Stadttyps im Laufe der Geschichte. Die kleinstädtische Siedlungsstruktur und ihre heutigen Strukturprobleme haben zum Teil sehr weit zurückreichende Wurzeln. Daher ist eine historische Betrachtung des Untersuchungsgebiets, unter besonderer Berücksichtigung der Kleinstädte, notwendig. Analysiert werden der Bedeutungswandel der Kleinstädte im Verlauf ihrer Entwicklung vom Mittelalter, über die Neuzeit, die Industrialisierung im 19. Jahrhundert und ihr Schicksal zur DDR-Zeit. Dabei wurden sowohl ihre wirtschaftlichen, städtebaulichen und sozialkulturellen Strukturen wie auch ihre Funktionen als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum betrachtet.

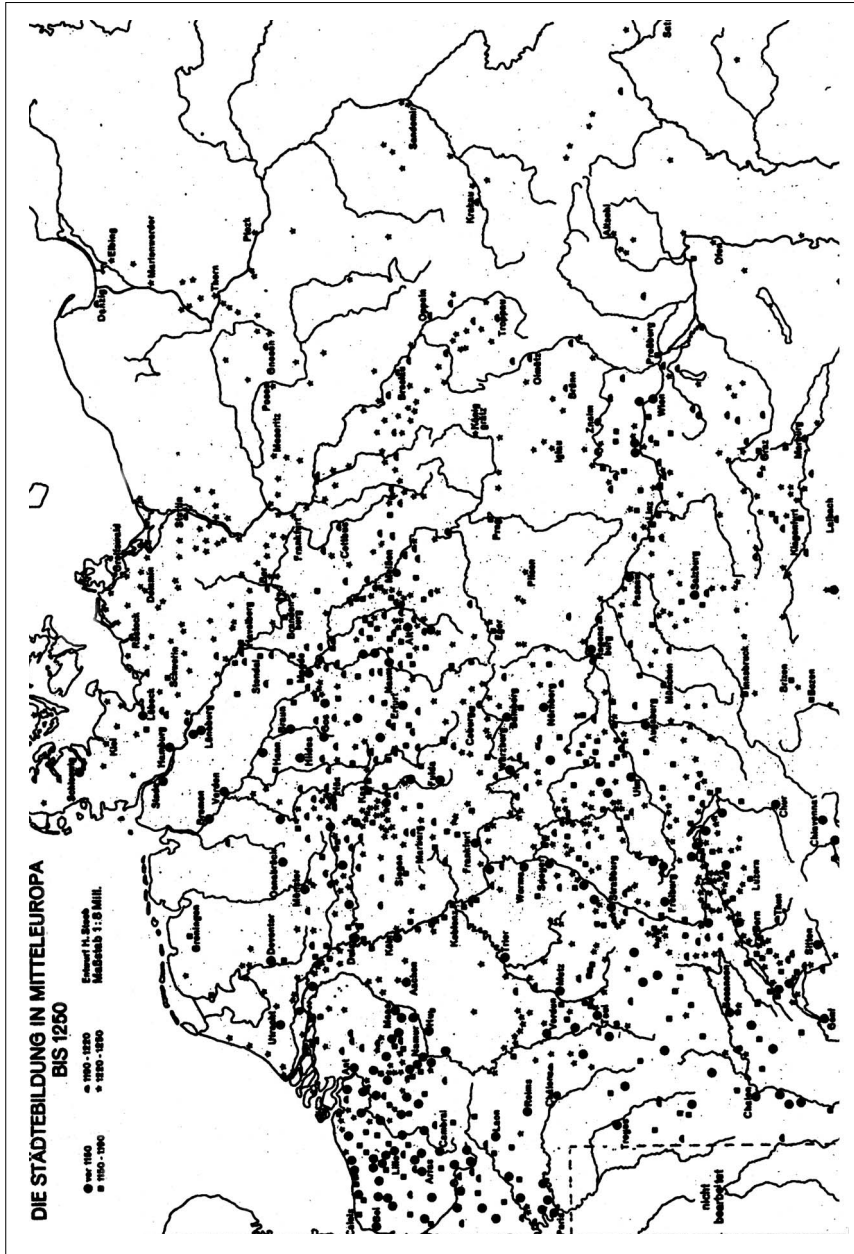
Der nachfolgende, nicht systematische Abriss behandelt zum einen die historische Kleinstadtentwicklung in Deutschland und zum anderen die speziellen Entwicklungstendenzen der Kleinstädte im Untersuchungsraum.¹⁵ Im Kontext dieser sozialgeschichtlichen Betrachtung soll analysiert werden, ob und welche Residuen der historischen Entwicklung heute noch von Bedeutung sind und welche positiven und negativen Prägungen sich aus der Historie ergeben.

3.1 Die „Blütezeit der kleinen Stadt“: Das Mittelalter und sein Erbe

Der Entstehungszeitraum des hier untersuchten Stadttyps fällt überwiegend in das hohe Mittelalter. Während das 12. Jahrhundert als Gründungszeitraum für die „deutsche Stadt“ gilt, hat die überwiegende Zahl der heutigen Kleinstädte in Deutschland ihren Gründungsbezug im 13. Jahrhundert. In dieser Zeit steigerte sich die Zahl der Städte in „geradezu unerhörter Weise“ (Planitz 1954: 161), gleichzeitig wuchs ihre wirtschaftliche und politische Funktion, rechtliche und soziale Strukturen bildeten sich aus. Die Periode von 1150 bis 1400 ist der Hauptentstehungszeitraum des dichten Städtenetzes in Deutschland (Stoob 1979: 159f.). Ein Großteil der Stadtgründungen erfolgte bereits Mitte des 13. Jahrhunderts (Abbildung 2). Viele der Gründungen ab etwa 1250 blieben dauerhaft Kleinstädte, weshalb diese Phase in der deutschen Stadtgeschichte auch als Zeitalter der Kleinstadtgründung bezeichnet wird (Stoob 1956: 44f.).

¹⁵ Für eine detailliertere, regionalgeschichtliche Darstellung des Entwicklungsprozesses von Kleinstädten im Untersuchungsgebiet, insbesondere vom Mittelalter bis zur Neuzeit, siehe die Untersuchung von Carsten Benke (2001b).

Abbildung 2: Die Städtebildung im Mittelalter bis 1250



Quelle: Stöb 1979: 156

Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits ein Grundnetz von Städten, das durch weitere kleinere Gründungen verdichtet wurde. Die Abgrenzung der „Kleinstadt“ von größeren Städten im Mittelalter muss an die Verhältnisse dieser Zeitepoche angepasst werden. Eine Stadt von über 10.000 Einwohnern war im Mittelalter bereits nach ihrer Zentralität, kulturellen und wirtschaftlichen Differenziertheit und politischen Bedeutung eine Großstadt. Als Kleinstädte gelten in der stadtgeschichtlichen Forschung solche mit 200 bis 2.000 Einwohnern und als Mittelstädte solche bis 10.000 Einwohner (vgl. Stooß 1979 und Engel 1993).

Zur Kennzeichnung der Städte im Mittelalter hat sich die Stadtgeschichtsforschung auf den Begriff der mittelalterlichen „Rechtsstadt“ oder kommunalen Stadt oder auch „Vollstadt“ eingestimmt. Ein Bündel von Aspekten bestimmte die Qualität mittelalterlicher Städte: Die ökonomische Verbindung der Stadt mit ihrem agrarischen Umland, der Funktions- und Bedeutungsüberschuss (Zentralität) eines Ortes gegenüber anderen Siedlungen der Umgebung und insbesondere die rechtliche Sonderstellung der Stadt und ihrer Bewohner sowie die politische Organisation ihrer sozial differenzierten Bürger in der Stadtgemeinde. Erst ein landwirtschaftliches Mehrprodukt ermöglichte Lebenschancen für eine städtische Bevölkerung. Die Kleinstädte entstanden zunächst vor allem als Stützpunkte des Fernhandels und der Landesherrschaft. Außerdem spielte die Dienstleistungsfunktion für ein ländliches Umfeld – als Markt- und Verwaltungssitz – eine große Rolle (vgl. Engel 1993: 20f.).

Die Grundlage der Organisation der Stadtbewohner entstand im Kontext der „kommunalen Bewegung“ im späten Mittelalter. Zwar zeitlich verschoben, bildete die „kommunale Bewegung“ auch im ostelbischen Raum die Grundlage zur Entstehung einer relativ autonomen Stadtgemeinde mit eigenem Rechtsbezirk, zur Konstituierung des Stadtbürgertums, zur Erringung städtischer Freiheiten und damit zur Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung (im Allgemeinen durch einen Stadtrat) (ebd. 1993: 51). Diese Institutionen fanden sich zumeist auch in den kleineren Städten, wenn sie auch nicht so ausdifferenziert waren wie etwa in großen Städten beispielsweise Nürnberg oder Lübeck.

Der Stadtgründungsprozess der Kleinstädte im Untersuchungsraum erfolgte im Wesentlichen durch Stadtrechtsbeleihnungen und städtebauliche Regulierungen bestehender Siedlungen bei älteren Markt-, Burg- und Klostergründungen oder durch die planmäßige Anlage von Kolonialstädten ohne Vorgängeransiedlung „aus wilder Wurzel“ (vgl. Planitz 1954: 164). Die brandenburgischen, pommerschen und mecklenburgischen Städte entstanden fast ausschließlich in der hochmittelalterlichen Ostsiedlungsperiode des 12. und 13. Jahrhunderts als völlige Neugründungen, Überformungen vorhandener slawischer Siedlungsplätze oder frühdeut-

scher Burgen. Ältere städtische Traditionen, vergleichbar den Römerstädten und den frühmittelalterlichen Stadtentwicklungen West- und Süddeutschlands, finden sich hier nicht. Während die Städtelandschaft von kleinen, aber mit vollen Funktionen ausgestatteten Städten geprägt wird, fehlen Zwerg- und Minderstädte dagegen weitgehend: Diese finden sich vermehrt erst weiter östlich, in Hinterpommern und in der Neumark. Im späten Mittelalter fanden fast keine (z.B. Wilsnack), in der frühen Neuzeit (z.B. Neustadt/Dosse, Joachimsthal) nur sehr wenige weitere Stadterhebungen statt. Auch das 19. Jahrhundert führte – im Vergleich mit den industriellen Regionen Deutschlands – zu sehr wenigen Neugründungen. In der DDR wurden in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern noch etwa ein Dutzend Orte zu Städten erhoben (zumeist Industriege-meinden und Militärstandorte im Berliner Raum und der Lausitz). Das seit dem hohen Mittelalter entstandene Siedlungssystem hat bis heute eine starke Persistenz bewiesen (vgl. Benke 2001b: 13f.).

Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Stadt unterschied sich deutlich von der ländlich-feudalen Gesellschaft. In den mittelalterlichen Städten lebte zwar nur ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung, die meisten bedeutenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen bildeten sich jedoch als wichtige Strukturelemente der vorindustriellen und industriellen Gesellschaft Mittel- und Westeuropas in den Städten heraus. In der mittelalterlichen Stadt konstituierte sich „das Stadtbürger-tum in einer relativ autonomen Stadtgemeinde mit eigener Rechtsord-nung und städtischen Freiheiten, bei eigener Verwaltung, als Stadtrat, Senat o.ä.“ (Claessens 1995: 222). Die städtische Bevölkerung des Mit-telalters setzte sich aus den Fernhändlern, kleineren Händlern, den zunft-mäßig organisierten Handwerkern und Gesellen zusammen. Außerhalb der rechtlichen Stadtgemeinde standen die unterbürgerlichen Schichten (Tagelöhner, Bettler) und Sondergruppen wie die Juden.

Das späte Mittelalter war eine Blütezeit des Städtewesens auch in Mecklenburg, Pommern und Brandenburg. Die Städte hatten weitgehen-de Selbstverwaltungsrechte erreichen können und unterschieden sich da-rin nicht wesentlich von Städten in anderen Regionen des Reiches. Auch verschiedene binnenländische Städte dieses Raumes waren zeitweise Mit-glied der Hanse, erhielten dadurch aber kaum eine langfristige Prägung. Freie Städte oder Reichsstädte wie in West- oder Süddeutschland gab es in Nordostdeutschland nicht (vgl. Benke 2001b: 11f.).

Stärker als in anderen Regionen erfolgte in der Neuzeit im nordost-deutschen Raum die Brechung der „mittelalterlichen Freiheit“ durch die erstarkende Landesherrschaft – in Brandenburg ausgeprägter als in Mecklenburg – und verringerte die Autonomie der städtischen Entwick-lung nachhaltig. Die Städte wurden in der Folge in hohem Maße von

Entscheidungen der staatlichen Zentrale abhängig. Die Magistrate und Stadträte handelten faktisch als staatliche Organe. Die Unterstellung der Städte unter die Zentralgewalt war jedoch nicht so umfassend wie in der älteren Literatur konstatiert. Trotz der Macht staatlicher Beamter (etwa der Steuerräte oder Militärkommandanten) blieben die alten Institutionen des Rates – mit eingeschränkten Rechten – erhalten und konnten durchaus als Ausdruck städtischen Selbstbehauptungswillens fungieren (ebd.: 13).

Die Entwicklung der Kleinstädte in der frühen Neuzeit und der Industrialisierung ist noch nicht systematisch erforscht (vgl. Zimmermann 1999: 5), obwohl sie auch in der frühen Neuzeit das Städtenetz dominierten: Im 16. Jahrhundert gab es nur 25 Großstädte mit über 10.000 Einwohnern in Deutschland, im Jahre 1800 waren es 60. (vgl. Schilling 1993: 4) Auch in der frühen Neuzeit war Deutschland „das Land der Mittel- und Kleinstädte“: Von etwa 3.500 Städten im Deutschen Reich hatten 3.000 weniger als 1.000 Einwohner (vgl. ebd.: 8).

Die Kennzeichnung der brandenburgischen, pommerschen und mecklenburgischen Kleinstadt und ihrer Bewohner als rückständig und provinziell hat zumindest seit dem 18. Jahrhundert Tradition. Häufig werden alle Kleinstädte in diesem Raum pauschal als Ackerbürgerstädte bezeichnet. Nach dem Dreißigjährigen Krieg waren in den Kleinstädten kaum noch Fernhändler ansässig und ein bedeutender Teil der Bewohner der Kleinstädte in der Landwirtschaft tätig. Dennoch blieb ein dominierender Anteil Handwerker erhalten. Die Städte bestritten – bis auf einige sehr kleine Kleinstädte – jedoch weiterhin ihren Unterhalt im Wesentlichen aus Handwerk und Handel, wenn diese Gewerbe auch auf enge regionale Bezüge beschränkt blieben. Gleichwohl die Kleinstädte weit entfernt waren von den Strukturen der Fernhandels- oder Gewerbestädte anderer Regionen, boten sie gegenüber dem Land immer noch „Modernität und Urbanität“ (vgl. Pröve 1997: 215). Brandenburgische Städte nahmen – auch in der frühen Neuzeit – bei weitem nicht die Sonderrolle ein, die ihnen innerhalb Deutschlands gerne zugebilligt wurde. In ihnen finden sich alle Facetten städtischer Geschichte, wenn auch in bescheidenem Maßstab als in anderen Städtelandschaften. Auch wenn es nicht eine so differenzierte und traditionsreiche stadtbürgerliche Kultur wie in den großen Städten des Westens und Südens und den Hansestädten des Nordens gab, erhielt sich in den Kleinstädten durchaus ein selbstbewusstes Bürgertum.

Jedoch die Stagnation des deutschen Städtewesens der frühen Neuzeit betraf die kleinen Städte besonders stark, während größere Städte in Einzelfällen durchaus noch wuchsen. Die ehemaligen Funktionen im Fernhandel verloren die Kleinstädte spätestens nach dem Dreißigjährigen

Krieg. Die Festigung der Territorialherrschaft beschnitt ihre städtischen Autonomien. Sie blieben aber – je nach Territorium unterschiedlich ausgeprägt – ökonomische, kulturelle und häufig auch administrative Zentren eines ländlichen Umfeldes. Das Bild von der vollständigen Stagnation der Kleinstädte in der frühen Neuzeit ist jedoch unvollständig. Viele Kleinstädte spielten eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ihrer Territorien in der frühen Neuzeit (vgl. Gräf 1997: 12).

Die Sozialstruktur der Kleinstädte wandelte sich nur langsam. Die alten mittelalterlichen Strukturen und Institutionen blieben – obwohl weitgehend inhaltsleer geworden – lange konserviert. Die wenigen Fern- und Großhändler verschwanden weitgehend aus den Kleinstädten, der Anteil von Ackerbürgern nahm zu. Die alten führenden bürgerlichen Schichten erhielten Konkurrenz durch Honoratiorientum oder ein „Gelehrtenpatriziat“ (vgl. Schilling 1993: 35). Mit dem Ausbau des Territorialstaates wurden die Kleinstädte als Verwaltungs- und Garnisonsstädten auch verstärkt Wohnorte von Beamten und Militärs. Der „Schulmeister“, der Landrat, der kleine Fabrikbesitzer oder der Garnisonskommandeur wurden Teil der städtischen Elite. Die Protoindustrialisierung und schließlich die Industrieansiedlungen im 19. Jahrhundert ließen zudem eine mehr oder weniger dünne kleinstädtische Arbeiterschicht entstehen.

Während in der frühen Neuzeit zunächst die Residenzstädte einen Aufstieg erlebten (Schilling 1993: 30) und im 19. Jahrhundert die neuen Industriestandorte, fielen viele Kleinstädte zurück. Damit zeigte sich seit dieser Zeit eine immer stärkere Polarisierung von Groß- und Kleinstadtentwicklung, die sich im 20. Jahrhundert durch die Verallgemeinerung der Urbanisierung jedoch wieder abschwächte (vgl. Zimmermann 1999: 6).

3.2 Marginalisierung durch Industrialisierung

Der nachhaltigste Veränderungsdruck auf das System der Kleinstädte ging von der im frühen 19. Jahrhundert sich abzeichnenden Industrialisierung aus. Gerade die Urbanisierungsgeschichte Deutschlands verzeichnet eine große Anzahl traditionsreicher Klein- und Mittelstädte, die von den Wachstumsentwicklungen im Zuge der Verstädterung durch Industrialisierung im 19. Jahrhundert regelrecht abgekoppelt wurden. Das trifft, so der Historiker Jürgen Reulecke, vor allem auf solche Städte zu, die im Zuge der Vernetzung Deutschlands mit dem neuen Massen- und Schnellverkehrsmittel Eisenbahn ohne einen Anschluss ans Streckennetz blieben oder erst zu einem sehr späten Zeitpunkt daran angeschlossen wurden (Reulecke 1985: 46f.).

Die Urbanisierung Deutschlands bewirkte die Bildung zweier Stadttypen: auf der einen Seite industriell geprägte Großstädte und auf der anderen Seite agrarisch strukturierte Kleinstädte. Die Letztgenannten wurden allmählich provinzialisiert (vgl. Zang (Hg.) 1978) und von den Industrialisierungsprozessen in Teilen und mit Zeitverzögerungen tangiert. Häufig suchten sie den Anschluss an die Industrialisierung durch die Übernahme spezifischer Funktionen im Zuge der neuen großräumigen Aufgabenteilung und Spezialisierung. Reulecke illustriert diese Entwicklungen am Beispiel der Stadt Wittenhausen an der Werra, die um 1820 noch einige hundert Einwohner mehr zählte als beispielsweise die Stadt Bochum. Da Ansätze einer Industrialisierung relativ erfolglos blieben und die Einwohnerzahl stagnierte, wurde Wittenhausen auf seine Funktion als Ackerbürgerstadt fixiert (vgl. ebd. 48f.).¹⁶ Auch für das brandenburgische Rathenow bei Berlin ist historisch eine solche Sonderausbildung nachweisbar. Hier spezialisierte man sich auf die Produktion der typischen roten Dachziegel für die Berliner Gründerzeitbauten. Gerade für Kleinstädte des Berliner Umlandes war eine solche Ausrichtung des Wirtschaftsprofils auf großstadtverbundene Industrien (Berlin) wie Steine und Erden, Holzgewerbe, Brennstoffe charakteristisch (Benke 2001a: 213).

Die Industrialisierung erfasste in einigen Regionen auch Kleinstädte und ließ sie zu großen Industriestädten anwachsen, so beispielsweise im Ruhrgebiet oder schuf nachhaltige industrielle Strukturen auch in kleineren Städten, wie in Baden-Württemberg oder Thüringen. In anderen Regionen verstärkte sich durch die Industrialisierung jedoch der

¹⁶ Die Wittenhausener Bürger machten jedoch, so Reulecke, aus dieser Fixierung eine Tugend, indem sie sich auf eine agrarische Marktlücke spezialisierten: die Produktion von Kirschen. Wittenhausen belieferte einen großflächigen Markt mit diesem landwirtschaftlichen Produkt. Noch heute wirbt die Stadt mit dem Slogan „Willkommen im Kirschenland Werratal“ (Reulecke 1985: 48f.).

Funktionsverlust der Kleinstädte¹⁷. Ihre traditionellen Erzeugnisse des produzierenden Handwerks und des Textilgewerbes wurden durch neue industrielle Waren verdrängt. Dennoch profitierten auch viele Kleinstädte vom Bevölkerungswachstum des 19. Jahrhunderts. Soweit sie keine eigenen industriellen Strukturen aufbauten, blieben sie jedoch häufig nur Zwischenstation auf der Wanderung in die großen Industriezentren (vgl. Rübberdt 1972: 264). Trotz ihrer zunehmenden „Provinzialisierung“ hatten sie auch eine wichtige Mittlerrolle bei der kulturellen Urbanisierung (vgl. Zimmermann 1999: 5). Die Mehrzahl der Kleinstädte versuchte – zeitverzögert – nach dem Vorbild der Großstädte ihre Infrastruktur zu modernisieren, die Lebensbedingungen der Bewohner zu verbessern und Anschluss an die „Moderne“ zu gewinnen.

Im Untersuchungsraum verzeichneten einige wenige Städte einen rasanten Aufstieg durch Industrialisierung oder Ansiedlung von Verwaltungseinrichtungen. Die Mehrzahl der kleinen Städte wurde jedoch nicht von dieser Entwicklung erfasst und konservierte weitgehend ihre frühneuzeitlichen Strukturen. Während die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts in anderen Regionen Deutschlands gerade kleinen Städten zu Gute kam und einen Entwicklungsschub bescherte, lässt sich das in Mecklenburg, Vorpommern und Nordbrandenburg kaum beobachten. Da sich weder besondere Rohstoffvorkommen noch Bevölkerungskonzentrationen oder Verkehrsknoten in diesem Raum befanden, boten sich keine Bedingungen für Industrieansiedlungen. Die Städte, in denen sich keine neuen Industrien ansiedelten, gerieten ins wirtschaftliche Abseits. Das alte Textilgewerbe, soweit es sich nicht industrialisierte und weite Teile des traditionellen Handwerks, soweit es sich nicht vom produzierenden zum reparierenden und dienstleistenden Gewerbe wandelte, ging in den Klein- und Mittelstädten durch die industrielle Entwicklung nieder (vgl. Benke 2001b: 20).

Während in Mecklenburg die neu errichteten Bahnstrecken kaum industrielle Entwicklungen auslösten, setzten in Brandenburg dagegen durchaus kleinstädtische Industrialisierungen ein, zumeist aber mit Industrien, die mit der aufstrebenden Industriestadt Berlin einseitig absatzverbunden und deshalb bei Krisen und Änderungen des Marktverhaltens regelmäßig gefährdet waren (Ziegeleien, Sägewerke, Glasherstellung, Nahrungsgüter, Textilien). Eigenständige Industriezentren außerhalb Berlins entstanden nur in geringem Umfang (im Bereich Finowkanal,

¹⁷ Den siedlungsstrukturell prägenden Kleinstädten in Schleswig-Holstein ist gemeinsam, dass diese im 19. Jahrhundert mit der beginnenden Industrialisierung keinen Anteil am Aufschwung zahlreicher Städte oder selbst dörflicher Siedlungen zu Großstädten hatten (vgl. Stewig (Hg.) 1987: 362).

Brandenburg/Havel, später in der Lausitz). Einen späten Industrialisierungsschub erhielt der Raum zwischen Berlin und der Ostsee erst durch die Ansiedlung von Rüstungsindustrie in den 1930er und 1940er Jahren, von der nach dem Kriegsende kaum nachhaltige gewerbliche Strukturen erhalten blieben (vgl. ebd.: 22f.).

Die Kleinstädte hatten in der Industrialisierung in gewisser Weise eine Position zwischen Land und Großstadt. Teile der Führungsschichten orientierten sich an großstädtischen Lebensformen, ein wesentlicher Teil blieb jedoch älteren Verhaltensmustern der traditionellen kleinstädtischen Honoratiorenordnung verhaftet (vgl. Reulecke 1985: 73).

Im 20. Jahrhundert wurden Kleinstädte – je nach räumlicher Lage – immer stärker in die Entwicklung der Ballungsräume einbezogen: durch die Neuanlage von Industrien und insbesondere durch die Bevölkerungsabwanderung aus den großstädtischen Kernen. In der Zeitspanne zwischen 1925 und 1970 wuchsen die kleineren und mittelgroßen Städte insgesamt deutlicher als die Großstädte und großen Mittelstädte. Diese Auffüllung ländlicher Räume blieb jedoch auf west- und süddeutsche Räume beschränkt und betraf kaum den deutschen Nordosten (vgl. ebd.: 154f.).

Eine Besonderheit der Stadtentwicklung, speziell in den preußischen Provinzen Pommern und Brandenburg, wurde durch die große Rolle des Militärs begründet. Seit dem frühen 18. Jahrhundert wurden viele Städte mit Garnisonen belegt, die die wirtschaftliche und soziale Struktur ganzer Städte oder Landschaften über Jahrhunderte bestimmten. Der Ausbau des Militärs im Kaiserreich, die Hochrüstung im Nationalsozialismus und die Konzentration von Nationaler Volksarmee und sowjetischen Streitkräften im brandenburgischen Raum verstärkten diese Prägung bis 1989 tiefgreifend (vgl. Benke 2001b: 24 und 29).

3.3 Zur Ideologisierung des Marginalen: Kleinstadtromantik und Großstadtkritik

Der sozialstrukturelle und ökonomische Wandel wurde begleitet von einer Veränderung in dem kulturellen Wahrnehmungsmuster von „Kleinstadt“. Diese urbane Siedlungsform bekam nun zwei diametral entgegengesetzte Konnotationen, die sich bis heute erhalten haben: Zum einen fungiert „Kleinstadt“ als Kennzeichnung von rückständigen, kleinbürgerlichen, langweiligen, unmodernen Lebensverhältnissen; der „deutsche Michel“ ist hier zu Hause. Die Kleinstadt ist der Ort des Spießers, eine Zuschreibung, die sich bezeichnenderweise in dieser negativen Deutung bereits im späten 18. Jahrhundert durchsetzte. Je mehr aber im 19. Jahrhundert die industrielle Großstadt sowohl ästhetisch als auch sozial als Bedrohung kultivierter Bürgerlichkeit erschien, desto stärker wurde die Tendenz, ins-

besondere im Bildungsbürgertum, die Kleinstadt zum verklärten Gegenbild der vom „Proletariat beherrschten Großstadt“ (Riehl 1853: 211) zu stilisieren. Damit suggeriert der Begriff bis heute Lebensverhältnisse, die insbesondere großstadtmüde Menschen idealisieren, die mit Stichworten wie Idylle, Überschaubarkeit, Behaglichkeit und Romantik verbunden werden. In der Literatur wird hier von einer spezifisch deutschen Kleinstadtrromantik gesprochen.

Diese war eng mit den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beim Übergang vom Agrar- zum Industriestaat verbunden. Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten führte zu schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, zum Aufbrechen von traditionellen Verhaltensmustern und zur Ausbildung einer neuen sozialen Schichtung der Bevölkerung. In der Wahrnehmung der Menschen wurden die Großstädte nicht als Orte des sozialen Wandels gesehen, sondern als Verursacher dieser Entwicklung. So entstand das Bild von der Großstadt als Moloch, Sündenpfuhl und Ort des Verderbens. Aus der Sehnsucht und dem Verlangen der Menschen nach alten, vertrauten, überschaubaren Lebensverhältnissen und Identität, in einer Zeit, in der nichts mehr so ist, wie es einmal war, wachsen Mythos und Romantisierung der kleinstädtischen Lebensweise. Außerdem kam es im Kaiserreich durch den Strukturwandel und die zunehmende, immer mehr Lebensbereiche erfassende Urbanisierung, zu einer Erosion der Bürgerschaft und des Bürgergeistes. Die Kritik an diesen Verhältnissen formulierte als Gegenbild zur Großstadt eine idealisierte Vorstellung vom „Land“ (vgl. Bergmann 1970). Das Verhältnis von (Groß)Stadt und Land ist seit dieser Zeit durch ein ideologisch motiviertes, scharfes Schwarzweißbild gekennzeichnet. Die pauschale Ablehnung der frühen Großstadtkritik, so wie sie Klaus Bergmann durch die Vermischung von Kleinstadtidealisierung und Agrarromantik jedoch einführt, kann so nicht nachvollzogen werden: Kleinstadt wird in einer Traditionslinie von Wilhelm Heinrich Riehl bis hin zur Kleinstadtkonzeption des Architekten Heinrich Tessenow (Tessenow 1919) im Besonderen abgesetzt sowohl von der geistigen und sozialen Enge des Dorfes als auch von der Anonymität und Sterilität der Großstadt (Riehl 1853; Tessenow 1919: 30). Diese Positionen, die in der kleineren Stadt den Idealtypus bürgerlichen Lebens erkennen, verweisen auf die besondere soziale Qualität des Miteinanders in diesem Stadtypus. Trotz eher romantisch-konservativen Untertönen lassen sich hier Ansatzpunkte einer sozialrealistischen Sicht feststellen. Die Orientierung am „mittleren harmonischen Maß“ (Riehl 1853: 212), die sich auch in der Gartenstadtbewegung beobachten lässt, hat eine starke Quelle in der klassischen Diskussion von Stadtkultur und Stadtgröße.

Gegen Ende des 19. Jahrhundert begann sich somit eine positiv idealisierende Vorstellung von der Kleinstadt als Gegenbild zur „gesichtslosen“ Industriestadt zu etablieren. Im Rahmen der häufig – aber nicht ausschließlich – konservativen Großstadtkritik wurden vielfach positive Seiten des Kleinstadtlebens herausgestellt: Heimatverwurzelung, Überschaubarkeit, Traditionen. Die kulturelle Umbewertung der Kleinstadt blieb im 20. Jahrhundert erhalten.

Eine spezielle ideologische Überhöhung der Kleinstadt erfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus. Hier wurde „Kleinstadt“ als Synonym für ein Lebensideal gesetzt, die der nationalsozialistischen „Blut- und Boden-Politik“ entsprach. Insbesondere Gottfried Feders Städtebaulehrbuch von 1939 bildet eine dem Kleinstadtideal verpflichtete Idealvorstellung von Stadt- und Regionalplanung ab. Die Kleinstadt wurde zusammen mit dem Dorf als Siedlungstyp ideologisch präferiert, obgleich das nur zum Teil in die reale Planungspraxis Eingang fand. „Im ‚Dritten Reich‘ vertrat insbesondere der nationalsozialistische Parteiflügel mit Rosenberg und Darré an der Spitze das Konzept einer rassistisch orientierten Reagrarisierung. Nicht die Großstadt, sondern die Kleinstadt diene als zukünftiges Stadtmodell, das vor allem für die Stadtneugründungen in den eroberten Ostgebieten in Form einer ‚Ortsgruppe als Siedlungszelle‘ bestimmend werden sollte. In diesem Zusammenhang muss auf die traditionelle konservative Großstadtkritik, wie sie sich aus der Jahrhundertwende entwickelt hatte, verwiesen werden. Die Großstadt wurde zum Synonym für Ungesundes und Gefährvolles, für Massenherrschaft und Sittenverfall“ (Saldern, v. 2000: 12). Die besondere systemimmanente Überhöhung von „Kleinstadt“ während des Nationalsozialismus führte als Gegenreaktion nach dem Krieg zur erneuten – nun ideologisch begründeten – Abwertung dieses Siedlungstyps. Hermann Glaser urteilte beispielsweise in seiner Untersuchung über die nationalsozialistischen Wurzeln in deutschen Kleinstädten, dass in „Wirklichkeit jedoch [...] die Kleinstadt seit eh und je auch der soziokulturelle Ort [ist], an dem Muffigkeit und Börsartigkeit, Pedanterie, Prüderie und geistige Engstirnigkeit ins Kraut schießen“ (Glaser 1969: 99).

Die Schattenseiten des kleinstädtischen Lebens wurden in aller Schärfe besonders dort verarbeitet, wo Intellektuelle sich des Bildes der Kleinstadt bedienen, wenn es darum geht, ein Modell geistiger, sozialer und politischer Borniertheit in der Gesellschaft zu studieren. Besonders deutlich wird das in Literatur und Dramatik. Hier lassen sich viele Belege der Behandlung von Kleinstadt als Folie für Gesellschaftskritik finden: Kotzebues Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter“ aus dem Jahr 1803 zählt hier zu den ersten Beispielen der deutschen Literatur. Die im Stück zum Gegenstand spöttischer Kritik gemachte sklavische Beachtung standes-

gemäßer Verhaltensweisen, die die Gesellschaft der Residenzstadt ‚Krähwinkel‘ ultimativ einfordert, ironisiert die Sitten und Gebräuche in einer Kleinstadt. Kotzebues Kritik an den moralisch bornierten und verlogenen kleinstädtischen Verhältnissen überzeugt bis dato, so dass dieses Stück noch heute gespielt wird, insbesondere in Laientheatergruppen. Auch der Schweizer Friedrich Dürrenmatt symbolisiert in seinem Drama „Der Besuch der alten Dame“ (1956) die Verhaltenskonventionen der Wohlstandsgesellschaft am Beispiel einer korrupten Kleinstadtbevölkerung, die durch das verlockende Geldangebot der Titelheldin alle moralischen Skrupel verliert. Die ostdeutsche Schriftstellerin Christa Wolf schildert in ihrem autobiografisch geprägten Roman „Kindheitsmuster“ (1976) eine Kindheit in einer Kleinstadt vor dem Hintergrund des alltäglichen Nationalsozialismus.

Die ideologisch konnotierte Bewertung von „Kleinstadt“ hat sich bis in die heutige Zeit erhalten. Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre wurde die „Kleinstadt“ im Kontext der Suche nach alternativen Lebensformen sogar in dem Maße „rehabilitiert“ als die Ökologiebewegung ebenfalls ein Zurück zum menschlichen Maß – „small is beautiful“ (E.F. Schumacher) – propagierte. In diesem Sinne argumentierte beispielsweise Erika Haindl, indem sie ihr Plädoyer für die Altstadtsanierung der Kleinstadt Hofheim/Taunus mit der Entwicklung alternativer Lebensformen verbindet: „Mobilität [hätte] nicht nur eine Befreiung aus Zwängen gebracht [hat], sondern auch eine maßlose Verschwendung nicht mehr zu ersetzender Ressourcen verursacht, so wird das lebenslange Wohnen im ‚Haus seiner Väter‘ wieder eine Form der Alternative, die das Gegenteil vom ‚Blut-und-Boden-Mythos‘ ist, sondern eher ein Kampf um die Möglichkeit, die Erde vor dem Zustand der Verwüstung zu retten“ (Haindl 1983: 125).

Überdies verwendet heute die städtebauliche Bewegung des New Urbanism Versatzstücke einer Kleinstadtideologie zur Begründung ihres an der Kritik der ausufernden US-amerikanischen Suburbanisierung entwickelten neuen Stadtmodells: Als Problemlösung gegen den Sprawl berufen sich deren Theoretiker explizit auf die traditionelle amerikanische Kleinstadt, indem sie die Nachfrage nach diesem Siedlungstyp demoskopisch belegen: „When the Gallup Organization asked Americans in 1989 [what kind of place they wanted to live in, the most popular choice was] a small town. Only 24 percent chose a suburb, 22 percent a farm, and 19 percent a city“ (Duany/Plater-Zyberk 1992: o.S.). Dass die Kleinstadt in den USA seit den 1970er Jahren einen Popularitätsschub erlebt und von ihren Bewohnern stärker präferiert wird als City und Suburbia, zeigt auch eine stadtsoziologische Studie von David Hummon. Hier werden in der Selbstwahrnehmung der Bewohner, vom Autor vielleicht etwas einseitig

als „small town ideology“ charakterisiert, die sozialen zwischenmenschlichen, nachbarschaftlichen Bindungen der Kleinstadt positiv bewertet (vgl. Hummon 1990: 47ff.).

Tatsächlich schlagen die Vertreter des New Urbanism keineswegs die Gründung eigenständiger Kleinstädte vor, sondern lediglich Siedlungseinheiten im suburbanen Raum, die eine größere Dichte, eine größere Fußläufigkeit (walkability) und die Simulation eines kleinstädtischen Zentrums mit Rathaus, Kirchen und zentralem Platz, beinhalten. Die Kleinstadt wird lediglich als Bild beschworen und dient als normaler Vorort und als Marketingkonzept (vgl. Sewing 1998: 366).

Offensichtlich wirkt die „Kleinstadt“ polarisierend und emotionalisierend: Die einen verbinden mit diesem Stadttyp eine unrealistische Idylle, die anderen sehen in ihr den Ort jeglicher Rückständigkeit. Kaum jemand macht sich die Mühe, die tatsächlichen Lebensverhältnisse wahrzunehmen.

3.4 Ideologie und Marginalisierung: Kleinstädte in der DDR

Kleinstädte in der DDR lagen im Windschatten der politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Im Rahmen der DDR-Territorialplanung wurden jedoch laufend Analysen und Entwicklungsvorstellungen für das DDR-Siedlungssystem erarbeitet, jeweils bestimmt durch die gerade postulierte Wirtschafts- und Strukturpolitik. Auch auf die Kleinstädte wirkte sich die Industrialisierungspolitik der DDR aus, indem sie weitgehend zu Industriestandorten entwickelt wurden. „Wichtigster stadtbildender Faktor in kleinen Mittelstädten und Kleinstädten ist die Industrie. Das Industrieprofil dieser Städte ist nach der Betriebsgrößenstruktur zumeist durch eine Vielzahl kleinerer und in der Regel einen, seltener durch mehrere Großbetriebe geprägt. Veränderungen in der Entwicklungsdynamik, insbesondere der größeren Betriebe, haben infolge der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl und flächenmäßigen Stadtausdehnung spürbare Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung und die sozialdemografische Struktur der Wohnbevölkerung, die Stadtstruktur und Flächennutzung als in größeren Städten“ (Rosenkranz 1989: 24).

Bedeutend war vor allem die raumordnerische Zuordnung der Städte und Gemeinden zu Siedlungskategorien. Denn bei aller Volatilität der DDR-Planung war die Siedlungsstrukturplanung eines der stabilsten Elemente der Raumplanung (Kind 1995: 781f.) und gleichzeitig ihr wichtigstes Instrumentarium (Scherf 1998: 197f.): Diese Siedlungskategorien, 1974 und 1977 in den „Grundsätzen der staatlichen Siedlungspolitik“

festgelegt,¹⁸ waren die grundlegenden Bestands- und Entwicklungstypen, durch die jeweils siedlungsspezifische Charakterisierungen und Ausstattungsnormen fixiert wurden. Kleinstädte¹⁹ wurden danach unter der Siedlungskategorie (SK) 4 eingeordnet, dies in Abgrenzung gegenüber größeren Dörfern, den SK 5 und Mittelstädten SK 3 (vgl. Kind 1995: ebd., Scherf 1998: 198 und Abbildung 3).

„Siedlungskategorien“ bedeutete die Gruppierung aller Orte der DDR nach wesentlich gemeinsamen Merkmalen: nach den Gegebenheiten und nach politisch-ideologisch gewünschten Entwicklungsrichtungen. Dieser Rangordnung – offensichtlich der Theorie der zentralen Orte Christallers folgend²⁰ – wurden dann hierarchisch gegliederte Ausstattungsstufen für die Infrastruktur (Orientierungskenngrößen für Einrichtungsarten, Kapazitäten und Leistungsparameter) zugeordnet (vgl. Scherf 1998: 199/200). Nach den „Grundsätzen und Leitlinien für die staatliche Siedlungspolitik der DDR“ waren Kleinstädte in der Regel als Siedlungszentren für größere Teile eines Kreises oder auch mehrerer Kreise eingestuft. Fast die Hälfte der Kleinstädte bekam die Funktion von Kreisstädten zugeordnet (vgl. Grundsätze 1978).

¹⁸ Die Siedlungskategorien wurden seit 1969 diskutiert und offiziell erstmals 1972 unter dem Titel „Siedlungskategorien der DDR und deren Hauptfunktionen (Entwurf)“ in einem Sonderheft Nr. 1 der Forschungsleitstelle für Territorialplanung, dem Stabsorgan der Staatlichen Plankommission der DDR, veröffentlicht. Damit hatte der Entwurf einen über die fachwissenschaftliche Diskussion weit hinausreichenden offiziell-politischen Status (zit. nach Werner 1985: 5/6).

¹⁹ Auch in der DDR war der Begriff „Kleinstadt“ in der fachwissenschaftlichen Analyse von terminologischer Unschärfe gekennzeichnet. Es dominierte der statistische Stadtbegriff. Offiziell wurden Städte und Gemeinden nach den bekannten statistischen Gemeindegrößenklassen eingeteilt: 2.-5.000, 5.-20.000, 20.-100.000 und über 100.000 Einwohnern. Diese Zuordnung variiert jedoch in der wissenschaftlichen Literatur: Die verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten untersuchen Städte als „Kleinstädte“ entsprechend der jeweiligen Fragestellung und der fachwissenschaftlichen Ausrichtung mit unterschiedlichen Größensfestlegungen hinsichtlich der relevanten Einwohnerzahl. Die verschiedenen Forschungsarbeiten definieren die „Kleinstadt“ nach den Einwohnerzahlen und dem Stadtrecht. Dabei differiert die zugrunde gelegte obere Grenze der Einwohnerzahlen: Je nach Themenstellung der Untersuchung werden Städte mit bis zu 50.000 Einwohnern, mit bis zu 35.000 Einwohnern oder bis zu 10.000 Einwohnern als „Kleinstadt“ bestimmt.

²⁰ Konrad Scherf, einer der wichtigsten Vertreter der DDR-Raum- und Siedlungsplanung verweist auf den Rückgriff der Siedlungsstrukturplanung auf Walter Christaller, der jedoch aus „politisch-ideologischen Gründen explizit eine untergeordnet Rolle“ hatte (vgl. Scherf 1998: 188).

Abbildung 3: Siedlungskategorien der DDR

Siedlungskategorie	
1	Hauptstadt Berlin (komplette Ausstattung)
2	Großstädte (komplette Ausstattung)
3	Mittelstädte (komplexe Ausstattung)
4	Kleinstädte und ausgewählte große Dörfer (erweiterte Grundausrüstung)
darunter	
4a	Kleinstädte mit Zentrumsfunktion (z.T. komplexe Ausstattung)
4b	Kleinstädte ohne Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausrüstung)
4c	große Dörfer mit Zentrumsfunktion (erweiterte Grundausrüstung)
5	große Dörfer (Grundausrüstung b)
darunter	
5a	große Dörfer mit ausgeprägter Umlandfunktion (z.T. erweiterte Grundausrüstung)
5b	große Dörfer ohne ausgeprägte Umlandfunktion (Grundausrüstung b)
6	kleine Dörfer und Wohnplätze
darunter	
6a	kleine Dörfer mit stabilen gesellschaftlichen Funktionen (z.T. Grundausrüstung b)
6b	kleine Dörfer mit rückläufigen gesellschaftlichen Funktionen (Grundausrüstung a)
6c	Kleinstsiedlungen (Grundausrüstung a)
7	Kleinstsiedlungen mit unzureichenden Lebensbedingungen

Quelle: Kind 1995: 781

Unter dem Primat zentralistischer Planung fiel jedoch die SK 4 durch das Planungsraster, da keine verbindlichen Methoden der Städteplanung und des Städtebaus vorgegeben waren, weder in Form von Generalbebauungsplänen noch durch Ortsgestaltungskonzeptionen. Darüber hinaus war die generelle Situation von Kleinstädten aufgrund ihrer Vielzahl und unterschiedlichen regionalen Lagen uneinheitlich und schwer typisierbar, obwohl hier ein Schwerpunkt fachwissenschaftlicher Arbeiten lag.

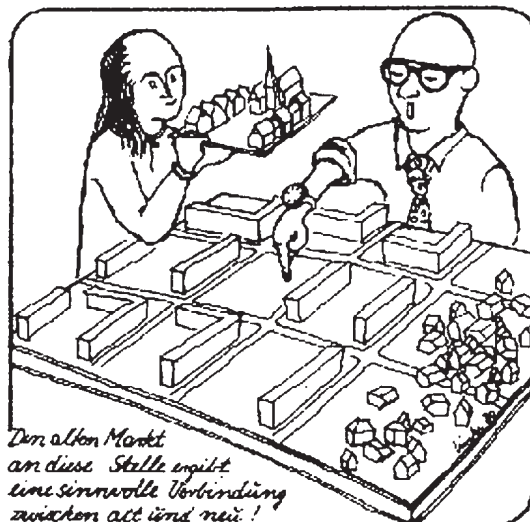
Die defizitäre Situation der DDR-Kleinstädte ist spätestens seit den 1970er Jahren gut dokumentiert und war Thema (unbedeutender) fachpolitischer Beratungen und wissenschaftlicher Forschungstätigkeit, hier vor allem in Form wissenschaftlicher Qualifizierungsarbeiten.

Am umfangreichsten thematisierte die siedlungsgeografische Forschung die Problemsituation der Kleinstädte. Der Forschungsschwerpunkt lag zum einen auf den regionalen Differenzierungen der Siedlungsstrukturen

und deren Klassifizierung und zum anderen auf den Zusammenhängen zwischen territorialen Bevölkerungsprozessen und Entwicklungen der Wohnbausubstanz vor dem Hintergrund des zentralen politische SED-Programms der „Lösung der Wohnungsfrage als sozialem Problem“ (vgl. z.B. Känel 1975; Rosenkranz 1985).

Die Städtebauforschung der DDR hat sich immer auf größere Städte konzentriert. Einzelne Untersuchungen zu den Klein- und Mittelstädten wurden jedoch seit 1970 erarbeitet; eine ausführliche Problemanalyse explizit zu den Kleinstädten wurde Anfang der 1980er Jahre vorgelegt (vgl. Kleinstädte 1981). An der Bauakademie der DDR, speziell dem Institut für Städtebau und Architektur und dem Institut für landwirtschaftliche Bauten, wurden dabei insbesondere Fragen der Entwicklung der Stadtzentren aufgegriffen, so z.B. Probleme der Anwendung der Erzeugnisse des industriellen Wohnungsbaus in diesem Stadttyp (vgl. Köpping/Meinke 1974). Dabei wurde nicht nur fachwissenschaftlich argumentiert. Der an der Bauakademie der DDR tätige Architekt Rolf Linke verdeutlichte die Problematik der Anwendung der Plattenbautechnologie in Kleinstädten – aussagekräftiger als lange Analysen und Problembeschreibungen – mit folgender, treffender Karikatur:

Abbildung 4: Karikatur zur Kleinstadtplanung in der DDR



Quelle: Kleinstädte 1981: 89

Fragen der Sozialstruktur, der Lebensbedingungen und Lebensweise wurden durch die soziologische Stadtforschung der DDR seit den 1980er Jahren thematisiert, blieben aber randständig. Nur an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar wurden explizit soziologische Forschungen zur Kleinstadt durchgeführt: Die benachteiligende und benachteiligte Entwicklung der DDR-Kleinstadt, insbesondere ihre defizitäre Ausstattung in allen Lebensbereichen, sind in diesen Untersuchungen dokumentiert (vgl. Staufenbiel 1989).

Die wissenschaftlichen Arbeiten wurden dazu genutzt, auf die vorhandenen Probleme hinzuweisen, die durch bauliche, planerische und politische Vernachlässigung der Kleinstädte in der DDR entstanden waren. (vgl. z.B. Machalz 1989, Wedekind 1985 und Dövényi 1984) Die Dissertation von Christa Rosenkranz (1987) „Demographische und soziale Probleme der gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung von Kleinstädten“, erarbeitet an der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, verdeutlicht dies exemplarisch: Die Arbeit ist eine Verlust- und Vernachlässigungsdiagnose. „Arbeitskräfte, Investitionen in der Produktion, vor allem in der Industrie und Infrastruktur, wurden auf ausgewählte Groß- und Mittelstädte gelenkt. Damit erfolgte auch in diesen Territorien eine hohe territoriale Konzentration der Produktivkräfte. Für die Fortsetzung dieser Prozesse, insbesondere der damit verbundenen Funktions-, Bevölkerungs-, Arbeitskräfte- und Substanzreduzierung [...] in den Kleinstädten [...], besteht prinzipiell keine Notwendigkeit mehr“ (Autorenkollektiv 1985: 17, zit. nach Rosenkranz 1987: 1). Diese Aussagen können jedoch nicht als neue fachpolitische Kritik interpretiert werden. In der wissenschaftlichen Diskussion hatte sich schon Ende der 1970er Jahre die Erkenntnis durchgesetzt, dass es angesichts der erreichten wirtschaftlichen Entwicklung der DDR nun nicht mehr gerechtfertigt sei, „die Stabilisierung bzw. das Wachstum der Einwohnerzahlen in den Groß- und Mittelstädten weiterhin in erster Linie auf Kosten der Städte und Dörfer herbeizuführen.“ (Scherf 1979, zit. nach Werner 1985: 154) Jedoch widersprach z.B. die Wohnungsbau-Standortplanung solchen Überlegungen völlig: Hiernach wurden weiter die Bezirksstädte und die wichtigsten Wachstumsstädte deutlich bevorzugt (ebd.).

Letztlich stellt die Arbeit von Christa Rosenkranz eine Wiederholung der Problem diagnose dar, die Alfred von Känel schon in seiner Arbeit von 1963 hinsichtlich der Perspektive von Kleinstädten in der DDR vornahm, die gleichzeitig die erste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema in der DDR war: „1. Die Festlegung ihrer Stellung im Siedlungsnetz, 2. Bestimmung ihres Anteils in dem sich zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken der DDR vollziehenden wirtschaftlichen und kulturellen Angleichungsprozess, 3. Lösung der Frage des Verbleibs

der in Zukunft wieder steigenden Arbeitskräftezahl. 4. Maßnahmen der Altstadtsanierung, Bau von Wasserleitungen und Kanalisation“ (Känel, v. 1963: 383).

Das bis in die 1980er Jahre stillschweigend akzeptierte Ausbluten der Kleinstädte war an seine Grenzen angelangt. Dies sowohl aus wirtschaftspolitischen als auch aus bevölkerungspolitischen Gründen: Zum einen konnte die Produktion in den Kleinstädten aus Mangel an qualifizierten Arbeitskräften nicht mehr aufrechterhalten werden und zum anderen wurden die Tendenzen der Entleerung der Städte und der Überalterung der Bevölkerung immer weniger ignorierbar (vgl. Rosenkranz 1987: 1f.). Insbesondere Untersuchungen zu Wanderungsbewegungen in der DDR offenbarten den engen Zusammenhang von Siedlungsgröße und „gesellschaftlich unerwünschter Migration“: Mit sinkender Größe der Gemeinde stieg die Zahl der jungen und höher ausgebildeten Migrierenden (vgl. Tabelle 3). Neben den Gemeinden mit unter 2.000 Einwohnern des ländlichen Raumes dienten besonders die Kleinstädte als Quellort für die administrativen und industriellen Zentren der DDR (vgl. Grundmann/Schmidt 1988: 51ff.).

Tabelle 3: Migrationelle Mobilität der Wohnbevölkerung*

Einwohner	Mobilität in Prozent
unter 2.000	5,185
2.000 bis unter 5.000	4,601
5.000 bis unter 10.000	4,409
10.000 bis unter 20.000	4,178
20.000 bis unter 50.000	3,999
50.000 bis unter 100.000	3,584
100.000 und mehr	2,712

* Summe der Zuzüge + Wegzüge in Prozent zur Einwohnerzahl der Gemeindegrößengruppen

Quelle: Grundmann/Schmidt 1988: 55 (Berechnet nach Stat. Jahrbuch der DDR 1985)

Gleichzeitig bestätigten Untersuchungen der DDR-Stadtforschung eine Zunahme „von sozialen Unterschieden territorialer Art“. Als ‚Soziale Unterschiede‘ wurden in der Terminologie der marxistisch-leninistischen Soziologie Niveauunterschiede in den Lebens- und Arbeitsbedingungen bezeichnet, die hemmend auf die Ausbildung einer „homogen kommunistischen Gesellschaft“ wirkten (vgl. Grundmann 1981: 46f.). Hinsichtlich der räumlichen Ausprägung ‚sozialer Unterschiede‘ wurde z.B. festgestellt, dass schwere körperliche Arbeit in der Landwirtschaft, in Industriegebieten, an Standorten der Metallurgie und in Klein- und Mittelstädten konzentriert war. DDR-Großstädte, insbesondere Universitätsstädte und

die Hauptstadt, seien dagegen territoriale Konzentrationspunkte ‚geistiger Arbeit‘ (ebd.: 47). Diese ‚sozialen Unterschiede‘ wurden selbst von DDR-Forschern als so alarmierend eingeschätzt, dass ein Soziologe (Ferchland 1989), Mitarbeiter am Institut für marxistisch-leninistische Soziologie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED in seiner Habilitationsschrift – damit quasi im „wissenschaftlichen Parteauftrag“, allerdings erst 1989 – die soziale und räumliche Benachteiligung von Kleinstädten als Hemmnis für die Entwicklung der postulierten klassennivellierten Schichtstruktur empirisch nachweisen durfte.

Auch der Aufsatz von Andreas Schubert (1991) rekonstruiert am Beispiel des Ostseebezirks Rostock ‚soziale Unterschiede‘ als territoriale Differenzen der Infrastrukturentwicklung in der DDR und konstatiert ein Großstadt-Kleinstadt-Gefälle, eine hohe Erblast hinsichtlich der Wohnraumausstattung, sowie eine deutliche Benachteiligung in der Wohnraumversorgung für Kleinstadtbewohner.

Die dramatisch prekäre Situation der Kleinstädte führte seit Anfang der 1970er Jahre zu Bestrebungen, die politische Aufmerksamkeit auch unter Hinweis auf den bedeutenden Wohnungsbestand in diesem Stadttyp (vgl. z.B. Golle 1984; Rosenkranz 1987) zu lenken. Als Hauptargumente für die Bedeutung von Kleinstädten auch unter sozialistischen Bedingungen verweisen die Forschungsarbeiten, übereinstimmend, auf zwei funktionale Aspekte:

Funktionsargument: „Die Kleinstädte leisten jedoch einen eigenständigen und notwendigen Beitrag zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In 93 Landkreisen der DDR üben die Kleinstädte Kreisstadtfunktionen aus; eine beachtliche Anzahl ist Industriestandort, Zentrum mit versorgungs- und/oder arbeitsräumlicher Umlandbedeutung, Wohnstandort für Arbeitspendler, Kur- und Erholungsort, Standorte landwirtschaftlicher Produktion u.a.m.“ (Rosenkranz 1987: 2).

Quantitätsargument: „Und die Mehrzahl der Städte der DDR sind Kleinstädte. Von den 1030 Stadtgemeinden der DDR sind 914 Kleinstadtgemeinden. In diesen Kleinstadtgemeinden²¹ leben 36,2% der Stadtbevölkerung der DDR (Stand 1981). Von den etwa 650 Städten mit Stadtstatus waren 1981 512 Kleinstädte. In diesen lebten 3,1598 Millionen Einwohner, darunter in den 419 Kleinstädten ohne Kreisstadtfunktion 2,2305 Millionen Einwohner“ (ebd.).

²¹ Von der staatlichen Statistik der DDR wurden alle Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern zu den Stadtgemeinden gezählt. Solche mit 2.-5.000 Einwohnern wurden als Landstädte und solche mit 5-20.000 Einwohnern als Kleinstädte bezeichnet. Land- und Kleinstädte wurden oft zu Kleinstadtgemeinden zusammengefasst.

Da die siedlungspolitische Entwicklung der Kleinstädte im Rahmen der Raumordnungs- und Städtebaupolitik der DDR einen äußerst geringen Stellenwert hatte, wurde auch die bauliche Entwicklung vernachlässigt: Im Vordergrund der Bau- und insbesondere der Wohnungsbaupolitik standen die administrativen und wirtschaftlichen Zentren – die „Zentren der Makrostruktur“ bzw. die Wachstumspole wie z.B. Schwedt, Hoyerswerda oder die Hauptstadt – der DDR. In Kleinstädten erfolgte im Wesentlichen nur dann eine gezielte städtebauliche Entwicklung, wenn diese im Zuge der politisch-administrativen Neuordnung 1952 zu Kreisstädten²² erhoben worden waren. Die so genannten Nichtkreisstädte blieben jedoch weitestgehend außerhalb der Raumordnungs- und Städtebaupolitik – wenn ihnen nicht eine Bedeutung als Wirtschafts- oder Militärstandort zugeordnet wurde. Beispiele hierfür sind Eggesin in Vorpommern und Goldberg in Mecklenburg. Die Konzentration von Arbeitsplätzen und Neubauinvestitionen in Groß- und ausgewählten Mittelstädten der DDR hatte eine Verschiebung der Einwohnerzahlen zu Lasten der Kleinstädte zur Folge und wurde bewusst in Kauf genommen.

Differenziertheit, Vielfalt und insbesondere die Probleme ostdeutscher Kleinstädte führten 1985 zu einer Klassifizierung von DDR-Kleinstädten durch den Leipziger Geographen Frank-Dieter Grimm in vier Typen (Grimm 1985, zit. nach Schade 1992: 80). Diese Klassifizierung hatte neben ihrer wissenschaftlichen Funktion auch die Alarmierung der Politik zum Ziel, sich endlich mit dem Verfall eines Stadttyps auseinanderzusetzen. Gleichzeitig verdeutlicht diese, bei allen Bemühungen Kleinstädte in das Städtesystem der DDR zu integrieren, eine Unklarheit bzw. Strittigkeit hinsichtlich der systemimmanenten Aufgaben dieses Stadttyps, insbesondere die der Nichtkreisstädte:

- Kleinstädte mit politisch-administrativ fixierter Umlandbedeutung;
- Kleinstädte ohne Kreisstadtfunktion als Zentrum eines ländlichen Umlandes;
- Kleinstädte mit starker Industrie- und anderer ökonomischer Basis;
- Kleinstädte mit vorwiegender Wohnfunktion in Großstadtnähe (Auspendlerorte).

Kleinstädte waren die Stiefkinder der Territorialplanung. Im Unterschied zu politischen Verlautbarungen, die jedem Dorf als Wohn- und Produktionsort der „Klasse der Genossenschaftsbauern“ eine Perspektive

²² Die Abschaffung der föderalen Länderstruktur und der Aufbau der Verwaltung zu einem zentralistisch, hierarchisch gestuften Leitungs- und Planungssystem erhöhte die Anzahl der Stadt- und Landkreise von 143 auf 217. Kleinere, funktions- und ausstattungsschwächere Städte stiegen in den Rang von Bezirks- und

zusicherten²³ gibt es solche grundsätzlichen Äußerungen der ‚Partei- und Staatsführung der DDR‘ zur Perspektive der Kleinstädte nicht. Verfall und Verschleiß der Bausubstanz und hohe Wanderungsverluste – schon zu DDR-Zeiten – waren die Folge. Fred Staufenbiel verweist in einem Aufsatz zur Lebensweise in kleinen Städten sogar auf Ideen, die vermutlich in den 1950er Jahren diskutiert wurden, wonach Kleinstädte zwar eine besondere Siedlungskategorie bilden, „die aber auf Grund der weiteren Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Weiterentwicklung der Vergesellschaftung der Produktion und ihrer Intensivierung keine Perspektive hätten“ (Staufenbiel 1989: 93).

Wenngleich die Zurücksetzung von Kleinstädten in der DDR charakteristisch ist, so gab es städtebauliche Entwicklungen, die zum einen bauhistorisch interessant sind und zum anderen auch die Ausgangssituation nach der Wende definieren. Die baulichen Entwicklungen folgten im Wesentlichen den Postulaten und dem Wandel der Wohnungs- und Städtebaupolitik der DDR. In den 1950er Jahren konzentrierten sich diese auf den Wiederaufbau und die Beseitigung von Kriegszerstörungen. Ende der 1950er und in den 1960er Jahren stand die „sozialistische Umgestaltung der Städte“ im Vordergrund. Es kam zu radikalen Umgestaltungsplanungen selbst für Kleinstädte, deren historischer Stadtkern noch weitgehend erhalten geblieben war.

Spektakulär sind Entwürfe, wie z.B. städtebauliche Neuplanungen für Teterow (Abbildung 5) und Templin (Abbildung 6) dokumentieren. Autoren dieser Entwürfe waren die im DDR-Bezirk Neubrandenburg tätigen Architekten Ferdinand Rupp und Günter Gisder.

Die Begründung des Neubebauungsentwurfes der Altstadt Teterows wurde anlässlich der 725-Jahrfeier der Stadt im Jahre 1960 unter der Überschrift „Das zukünftige Teterow“ veröffentlicht und dokumentiert das für diese Zeit typische städtebauliche Leitbilde, dem auch viele DDR-ArchitektInnen folgten, dessen Wesenszug in der Ablehnung historisch überkommener Stadtstrukturen bestand: „Die Kleinheit der erhaltenswerten Substanz im Verhältnis zum Erneuerungsbedarf einerseits, und

Kreisstädten auf. Dabei spielten – jedoch nicht durchgängig – ebenfalls politisch-ideologische Erwägungen zur Zurücksetzung „bürgerlicher“ Städte, z.B. ehemaliger Residenzstädte mit gut entwickelter zentralörtlicher Infrastruktur, und die Bevorzugung kleinerer Städte, die zu „Zentren der Arbeiterklasse“ ausgebildet werden sollten, eine Rolle: So wurden beispielsweise nicht Neustrelitz sondern Neubrandenburg und nicht Meiningen sondern Suhl zur Bezirksstadt erhoben (vgl. Scherf 1998: 184/185).

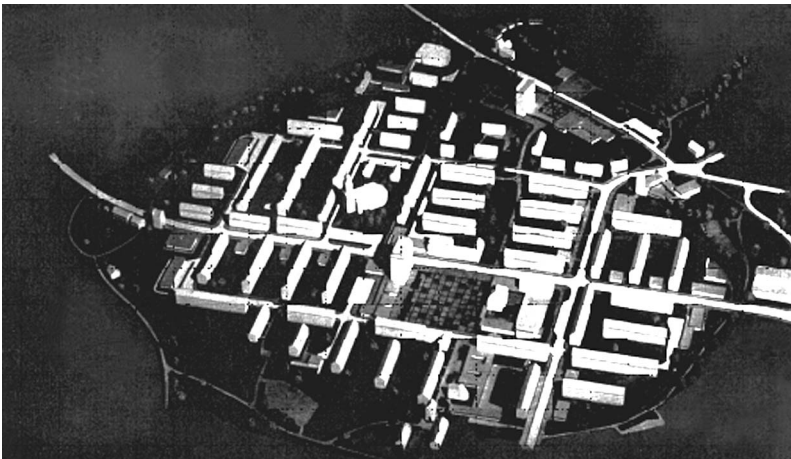
²³ Dem Dorf wurde darüber hinaus als Wohnort von Arbeitspendlern sowie als Erholungsort, somit als stabilem Siedlungselement auf dem Land eine langfristige Perspektive zuerkannt (Scherf 1998: 190).

Abbildung 5: Neubauplanung für die Altstadt Teterow von 1960



Quelle: Rat der Stadt Teterow 1960: 93

Abbildung 6: Neubauplanung für die Altstadt Templin



Quelle: Rupp/Gisder 1959: 607

das Fehlen wichtigster wasserwirtschaftlicher Versorgungseinrichtungen und außerordentlich schlechte Verkehrsverhältnisse andererseits rechtfertigen eine völlige Neuplanung der Stadt unter Vernachlässigung der bisherigen Strukturen und nach den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaus. Die Größe des gesamten Bauvorhabens macht die Anwendung der industrialisierten Baudurchführung notwendig. Die hieraus sich ergebenden städtebaulichen Konsequenzen geben das Recht, gewisse örtliche Gegebenheiten, wie die alte Nebenstraßenführung, unberücksichtigt zu lassen. [...] Die Stadt war klar zu gliedern und weiträumig in aufgelockerter Bebauung, mit breiten Straßen und großen zusammenhängenden Grünflächen anzulegen. Es war notwendig, Plätze für kulturelle Massenveranstaltungen und Volksfeste zu schaffen. Die städtebaulich-architektonische Gestaltung der Stadt musste den siegreichen Ideen des Sozialismus Ausdruck verleihen“ (Rat der Stadt Teterow 1960: 89f.).

Von diesen Planungen wurde glücklicherweise wenig umgesetzt. Nur dort, wo durch Kriegszerstörungen großräumige Neubebauungen nötig wurden und die historischen Altstadtkerne der Kleinstädte zerstört waren, erfolgte der Wiederaufbau entsprechend dem Leitbild der städtebaulichen Moderne. Ein Beispiel ist der Neuaufbau der Altstadt von Demmin (vgl. Abbildung 7), einer alten Hansestadt in Mecklenburg-Vorpommern, die im Zweiten Weltkrieg stark zerstört worden war.

Abbildung 7: Aktuelles Luftbild der Hansestadt Demmin, Stadtrecht zwischen 1236 und 1249



Quelle: BIG Städtebau GmbH 1997: 38

Die bauliche Entwicklung der Kleinstädte war zwar überwiegend von Vernachlässigung gekennzeichnet, folgte aber dort, wo Maßnahmen realisiert wurden, der städtebaulichen Entwicklung der DDR. So war seit den 1970er Jahren das Wohnungsbauprogramm der DDR auch baupolitische Leitlinie für die Kleinstadtentwicklung. In Kleinstädten, die Kreisstadtfunktion hatten, entstanden kleinere DDR-Neubaugebiete in Plattenbauweise, entsprechend der Großsiedlungspolitik (Abbildung 8). Auch der individuelle Hausbau wurde wieder in größerem Umfang gefördert, in dessen Folge entstanden in den größeren Kleinstädten mit Kreisstadtfunktion kleinere Einfamilienhaussiedlungen und einzelne Eigenheime wurden in innenstadtnahen Lagen der Altstädte eingefügt. Dazu wurden auch, analog zur Wohnungsbauserie 70 (WBS 70), spezifische Typenprojekte entwickelt.

Erst zu Beginn der 1980er Jahre erlangten innerstädtische Wohnungsbaustandorte auch in den Kleinstädten relativ an Bedeutung. In geringem Umfang wurde die bisher vor allem privater Initiative überlassene Stadterneuerung jetzt auch staatlich gefördert. Es hatte sich gezeigt, dass die wohnungspolitischen Ziele nur erreicht werden konnten, wenn die Neubauquoten mit Instandhaltungsmaßnahmen ergänzt wurden. Diesen Bemühungen standen allerdings die industrielle Bautechnologie und durchaus thematisierte ästhetische Probleme der „Erzeugnisse des industriellen

Abbildung 8: Neubaugebiet Ost in Teterow



Quelle: Eigene Aufnahme 2000

Wohnungsbaus“ im Weg. Weitere Hindernisse bildeten die „gemischten“ Eigentumsformen und die kleinteilige bauliche Struktur der Kleinstädte. Erneuerungsmaßnahmen blieben letztlich punktuell und betrafen nicht die große Masse der Bausubstanz.

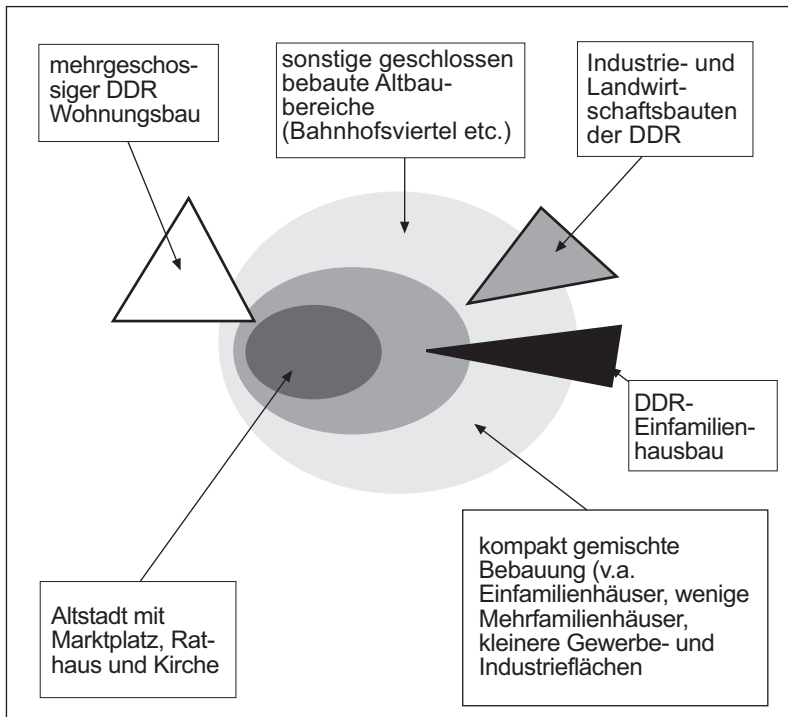
Der Kurswechsel der Städtebaupolitik der DDR, der sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit der Hinwendung zum innerstädtischen Bauen, einer stärker auf Erhaltung setzenden Stadterneuerung und in Forderungen nach stärkerer Berücksichtigung von Kleinstädten andeutet hatte, blieb für die große Zahl der baulich verfallenden, hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Baustrukturen stark gebeutelten Kleinstädte weitgehend ohne praktische Wirkung. Eine wirklich bauliche Erneuerung brachte erst die Wende durch eine Vielzahl erfolgreicher Sanierungsmaßnahmen.

Zusammenfassend charakterisiert Frank Werner (1985), einer der gründlichsten Kenner der DDR Stadtentwicklungs- und Raumordnungspolitik und ihrer Resultate, die bauliche Entwicklung der Kleinstädte zutreffend wie folgt: „Der Siedlungskörper und das Zentrum der kleinen Städte haben nur kleine Neubaugebiete aus den Zeitabschnitten, in denen ihre ansässige Industrie [oder Administration bzw. Militär – Anm. d. Verf.] kurzfristig gefördert wurde. Seit den 70er Jahren schließen sich meist kleinere Eigenheimbebauungen an. Die räumliche Struktur dieser Städte und vor allem ihrer Industrie blieben seit der Vorkriegszeit, damit oft über ein halbes Jahrhundert, unverändert. Die Zentren und Einkaufstraßen sind trotz ihrer zentralörtlichen Bedeutung ebenfalls noch vom alten Baubestand geprägt“ (Werner 1985: 372).

Abbildung 9 verdeutlicht zusammenfassend die baulich-räumliche Struktur der DDR-Kleinstadt durch ein schematisches Modell.

Die disparate Entwicklung der DDR-Städte – Wachstumspole waren ausgewählte Mittel- und die Großstädte – veranlasste Werner zur Klassifizierung des DDR-Städtesystems in zwei Entwicklungstypen: „die kleine und stagnierende Stadt“ sowie „die mittlere und große, wachsende Stadt“ (ebd.: 372f.) (vgl. a. Kapitel 4.2.1).

Abbildung 9: Schematisches Modell der DDR-Kleinstadt



Quelle: Werner 1985: 373; eigene Bearbeitung

4. Von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt

Unabhängig von Lage, Größe, wirtschaftlicher Basis, Geschichte und administrativem Status zeigen sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Wende besonders in den tief greifenden Veränderungen der Städte und Regionen Ostdeutschlands. Schlagworte wie Finanznot, Leerstand und Abwanderung kennzeichnen die aktuelle Problematik. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist deshalb die Perspektive ostdeutscher Städte Gegenstand vielfältiger Debatten. Von den verschiedenen Prognosen jedoch ist nur eine Annahme unwidersprochen: Ostdeutsche Städte „schrumpfen“. Diese Entwicklung kann politisch und wissenschaftlich seit kurzem nicht mehr ignoriert werden: „Die neue Herausforderung heißt Umgang mit Schrumpfung“ (BMVBW 2000: 66), so der Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im November 2000. Und seit diesem Zeitpunkt werden Möglichkeit und Notwendigkeit urbaner Rückbildungsprozesse diskutiert.²⁴ Gegenwärtig ist es politisch korrekt, das „Schrumpfen“ als Muster von Stadtentwicklung auf die Tagesordnung zu setzen.

4.1 Schrumpfende Städte und Regionen

Man sollte nun nicht denken, das Phänomen der Schrumpfung von Städten und Regionen sei ein völlig unerwartetes und nicht vorhersehbares Ereignis. Der ökonomische Strukturwandel seit den 1970er und frühen 80er Jahren offenbarte sich im Niedergang traditioneller Industrieregionen. Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Abwanderung waren Krisensymptome jener Regionen und Städte, die bis dahin als Zentren des industriellen Wachstums galten. Das dominierende Produktionskonzept kennzeichnete die Verbindung tayloristischer Arbeitsorganisation – die Zerlegung der Arbeit in ihre elementaren Bestandteile erhöhte die Produktivität und reduzierte die Qualifikationsansprüche an die Arbeitskräfte – und die Massenproduktion, als Grundprinzip der fordistischen Industrialisierung. Vor allem die Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung, als Folge des Wandels der so genannten Entwicklungsländer von Rohstofflieferanten zu Standorten industrieller Massenproduktion, verschärfte den Konkurrenzkampf auf dem internationalen Markt standardisierter Massenprodukte. Hatte die Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert zu einem explosionsartigen Wachstum städtischer Agglomer-

²⁴ Versuche seitens der Stadtforschung, das Schrumpfen als empirische Realität zu benennen, stießen auf erbitterten Widerstand bei Ministerialbürokratie, Wissenschafts- und Kommunalpolitik.

rationen geführt, so wurde nun eine Implosion dieser Räume konstatiert (Häußermann 1992).

Die Verschiebung im internationalen Wirtschaftsgefüge veränderte zum einen die Regionalproportionen und zum anderen das unhinterfragte Leitbild anhaltend wachsender (Groß)Städte in den entwickelten Industriestaaten. Für die Regionalentwicklung in den USA wird dieser Prozess mit der Formel von der Polarität zwischen dem „booming sunbelt“ und dem „declining-rustbelt“ thematisiert. In Frankreich wiederum wird das Auseinanderdriften der alten industriellen nördlicheren Regionen im Gegensatz zu den dynamischen südlichen Regionen mit der Formel „la France à deux vitesses“ beschrieben. In Großbritannien stehen beispielsweise Manchester und die englischen Midlands exemplarisch für diese Entwicklung. Auch für die Polarisierung der österreichischen Regionalstruktur wurde ein zunehmender Bedeutungsverlust der östlichen zugunsten der westlichen Regionen konstatiert (vgl. Grabher 1988: 19).

Für die alte Bundesrepublik verweist das Schlagwort vom „Süd-Nord-Gefälle“ auf diese Entwicklung, die im Ruhrgebiet und dem Saarland mit der Krise altindustriell geprägter Städte verbunden war (vgl. Friedrichs u. a. 1986). Im Karussell politischer Krisendefinition wurde die herkömmliche Polarisierung „Stadt-Land-Gefälle“ durch die unterschiedlichen Entwicklungstypen städtischer Agglomerationen überlagert (vgl. Häußermann/Siebel 1985: 33 u. 1986a: 14). Die meisten westdeutschen Großstädte, die bis Anfang der 1970er Jahre als Zentren des wirtschaftlichen Wachstums galten, zeigten eine Entwicklung, die durch eine zurückgehende Zahl von Arbeitsplätzen und Einwohnern gekennzeichnet war. „Wachstum ist also in Schrumpfung umgeschlagen. Nur noch wenige Städte haben ein stabiles wirtschaftliches Fundament, und der Gegensatz zwischen wachsenden Agglomerationen und sich entleerendem Land scheint geringer zu werden [...]“ (ebd.), es entstehen „neue Entwicklungstypen von Großstädten“ (Häußermann/Siebel 1986b und 2000). Arbeitsplatz- und Einwohnerrückgang konzentrierten sich vor allem in „altindustriellen Städten“, deren ökonomische Basis auf Bergbau, Kohle, Stahl und Schiffbau basierte.

Diese Diagnose für Großstädte in der Bundesrepublik folgte entsprechend der verlangsamten Entwicklung mit einigen Jahren Verzögerung nach vergleichbaren, noch dramatischeren Analysen von „No growth“ (Rust 1975). Die Begriffe „shrinking cities“ bzw. „decline of cities“ begleitete den Niedergang der altindustriellen Regionen in den USA und in Großbritannien.

Trotz der Offensichtlichkeit des neu entstehenden urbanen Problems hat dies bis Ende der neunziger Jahre keine wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Bemühungen ausgelöst. Hinsichtlich der Ent-

wicklung der westdeutschen Ballungsräume wurde zwar schon 1972 vom Beirat für Raumordnung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover angemahnt, zwischen expandierenden, stagnierenden und schrumpfenden Verdichtungsräumen zu unterscheiden (vgl. Tönnies 1995). Ebenfalls verwiesen Untersuchungen zu Entwicklungschancen niedersächsischer Mittelzentren Ende der 1970er Jahre auf „Stadtentwicklung ohne Wachstum“ bezogen auf die Planungsseckwerte Bevölkerung und Arbeitsplätze. Dies werde, so der Autor der Untersuchung Stefan Hartke, in der überwiegenden Mehrzahl der ländlichen Mittelzentren bis 1990 entwicklungspolitischer Normalfall sein (vgl. Hartke 1978 u. ders. 1984: 22 u. 39). Desgleichen wurde Ende der 1970er Jahre angesichts der konstatierten Schrumpfung der kernstädtischen Bevölkerung, dem verlangsamtem Wirtschaftswachstum, den sich verändernden sozialstrukturellen Rahmenbedingungen und der gewachsenen Umweltbelastung zunehmend über die Notwendigkeit einer „Planung unter veränderten Bedingungen“ diskutiert (vgl. Göb 1977: 150/151).²⁵ Wobei es dabei vor allem darum ginge, so die Empfehlung des Deutschen Rates für Stadtentwicklung vom 27. April 1976 „Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum?“, von der Wachstumseuphorie vergangener Jahrzehnte Abschied zu nehmen (vgl. ebd.). Auch signalisierten Untersuchungen der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, an denen wiederum Stefan Hartke beteiligt war, vom Anfang der 1980er Jahre zu Entwicklungsproblemen des ländlichen Raums in diesem Bundesland, dass auch hier zunehmend eine Städtekulisse vorhanden ist, die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverluste hat und zukünftig haben wird. Dies betreffe explizit das feinmaschige Netz der Zentralen Orte mittlerer Stufe (vgl. Hartke 1984: 18/19). Von diesen Einzelergebnissen und -initiativen ging jedoch kein forschungspolitischer Impuls aus.²⁶ Die Durchsicht der Literatur aus dieser Zeit zeigt allein die wiederholte Betonung der politischen und fachlichen Probleme des für

²⁵ Die genannten vier veränderten Rahmenbedingungen, die städtischen Schrumpfungsprozesse verursachen, werden vom Autor des hier zitierten Aufsatzes „Die schrumpfende Stadt“ dann allerdings vor allem als Problem des Bevölkerungsrückgang in großstädtischen Kernstädten thematisiert.

²⁶ Interessant ist auch ein Beitrag der Architektur, die damals begann, das Terrain des Städtebaus und gar der Regionalplanung wieder zu besetzen: Ende der 1970er Jahre wies der Westteil Berlins einen deutlichen Einwohnerrückgang auf. Als Grundlage einer diesen Schrumpfungsprozess reflektierenden Planung entwickelte der Architekt Oswald Mathias Ungers ein Konzept des urbanen Rückzugs auf Siedlungskerne, so genannter Stadtinseln, innerhalb eines von Frei- und Grünräumen durchzogenen städtischen Großraums. Die Leere zwischen den Inseln sollte zugleich das räumliche Potenzial für mögliche Entwicklungen bieten

altindustrielle Städte konstatierten Schrumpfungsprozesses. Als 1988 die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel das Phänomen des weltweit konstatierten Niedergangs traditioneller Industrieregionen aufgriffen und in dem Aufsatz: „Die Stadtsoziologie und die schrumpfende Stadt“ (Häußermann/Siebel 1988) zusammenfassten und angesichts der Unsicherheit der Sozialwissenschaften „in der Diagnose jenes Wandels, der sich nach der Phase der industriellen Expansion in den letzten 100 Jahren abzeichnet“ (ebd.: 85), lediglich theoretisch diskutierten, inwieweit die klassischen Konzepte der Stadtsoziologie überhaupt die Perspektive des „Schrumpfens“ vorsehen, ernteten sie nach eigener Aussage in Politik und scientific community „steinernes Schweigen“. Dabei hatten sie lediglich die international konstatierte Krise altindustrieller Regionen und das neue Auftreten schrumpfender Großstädte angesichts der „Grenzen des Wachstums“ mit der Frage verbunden, unter welchen Voraussetzungen diese Wachstumsdefizite in eine Strategie der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den strukturschwachen Städten gewendet werden können. Diese Problemformulierung war damals politisch nicht vorstellbar. Sie löste gerade in den ausschließlich im Blickfeld stehenden westdeutschen Städten „mehr Beschimpfungen als Nachdenken aus“, wie es der Stadtsoziologe Thomas Krämer-Badoni in der Einleitung zur Tagung „Das Verschwinden der Städte“ vom November 1996 konstatierte (Tagungsbericht 1997: 4). Und er ergänzte, diese Gedanken seien bis heute nicht diskussionsfähig. Das Problem der fatalen Tabuisierung des Schrumpfens von Städten illustriert auch die Feststellung von Karl Ganser, dem Leiter der IBA Emscherpark im Ruhrgebiet: Da in Regionen ohne Wachstum zum Scheinwachstum gegriffen werde, sei zu fragen, ob dieser „Griff“ nicht besser durch ein „anderes Wachstumsmodell“ abgelöst werden sollte. Aber so Ganser, „Wandel ohne Wachstum ist bislang kaum vorstellbar, in der Theorie auch wenig ausformuliert und politisch-praktisch kaum mehrheitsfähig“ (ebd.: 11).²⁷

Die deutsche Stadtforschung hat diesen Anstoß nicht aufgenommen und nur wenige theoretische Erklärungsversuche für diesen auch empirisch nur in Ansätzen erforschten urbanen Rückbildungsvorgang angeboten. Gleichwohl klassifizierte Jürgen Friedrichs, in einem Aufsatz, mit

(vgl. Kuhnert 1986: 63). Genau diese Ideen finden sich heute beispielsweise in den Überlegungen zur „perforierten Stadt“, wie sie etwa durch den Stadtplaner Engelbert Lüttke Daldrup für Leipzig propagiert werden, wieder (vgl. Lüttke Daldrup 2001).

²⁷ Dies nicht nur wegen des diagnostizierten negativen Entwicklungsprozesses. Auch seine begriffliche Fassung als „Schrumpfung“ rief und ruft auf der kommunalpolitischen Ebene entschiedene Ablehnung hervor.

dem er eine richtungsgebende Funktion innerhalb der Stadtsoziologie beansprucht, ein Forschungsfeld „sozial-räumliche Folgen des ökonomischen Strukturwandels“ – auch er vermeidet den Begriff des „Schrumpfens“ – als zweiten wesentlichen großen Forschungsbereich für die Stadtsoziologie der 1990er Jahre (Friedrichs 1988: 14).

Nach den Gründen zu fragen ist schwierig, jedoch scheinen folgende wichtig zu sein: Zum ersten stieß „Schrumpfen“, wie schon erwähnt, nicht auf Resonanz in der Politik. Es scheint fast, als habe sich die Stadtforschung über Jahre einem „Denkverbot“ der Politik unterworfen, der die Beschäftigung mit Schrumpfung als einer wenig „positiven“ Zukunftsperspektive als nicht opportun galt. Auch wiesen Häußermann und Siebel in dem oben zitierten Aufsatz darauf hin, dass die Stadtsoziologie mit der Behandlung des Schrumpftemas auf Distanz zur Stadtpolitik ginge (vgl. Häußermann/Siebel 1988: 92). Zum zweiten gilt nach wie vor, dass Schrumpfungen und Schrumpfungsprozesse im sozialwissenschaftlichen Diskurs der Moderne nicht thematisiert werden. Angesichts des weitgehend ungebrochenen Festhaltens an der Gleichsetzung von Entwicklung und Wachstum in industriellen und post-industriellen Gesellschaften scheint es berechtigt zu sein, deren ideellen Hintergrund auch in einer „Wachstumsmentalität“ (s.a. Hager/Schenkel 2000) zu vermuten.

Des Weiteren überlagerten drittens die euphorischen Erwartungen, die mit der Wende für urbane und regionale Entwicklungsprozesse diagnostiziert wurden, alle Stimmen, die darauf hinwiesen, dass der „Deindustrialisierungsprozess“ nun auch Ostdeutschland treffen würde und Städte bzw. Regionen also schrumpfen würden. Dieses Argument verweist auf einen vierten Aspekt, der den „Verzicht“ auf die „Schrumpfstadtforschung“ erklärt: Der für Westdeutschland beschriebene Schrumpfungsprozess betraf altindustrielle Städte. Neben den „Verlierern“ des ökonomischen Strukturwandels – die Städte des Saarlandes, des Ruhrgebiets und Bremen – standen die „Gewinner“ wie München, Frankfurt/Main und Stuttgart. Die Schrumpfung einiger städtischer Agglomerationen ging einher mit dem Wachstum bzw. der Expansion anderer Regionen und Städte (vgl. Friedrichs u.a. 1986). Die Hoffnung richtete sich deshalb auf die von den gewinnenden Städten und Regionen ausgehenden dynamischen Wirtschafts- und damit Wachstumskräfte, die zusammen mit dem Strukturwandel in den Verliererstädten nach einer Phase der Stagnation wieder den gewohnten Entwicklungspfad garantieren sollten.

Angesichts der allgemeinen Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft und der besonders prekären Situation in Ostdeutschland erlebt die Forschung zu schrumpfenden Städten und Regionen zurzeit jedoch eine eruptive Ausweitung. Gerade in Ostdeutschland wird die Brisanz des Pro-

blems durch das fast vollständige Wegbrechen der (ost)mitteleutschen Industrieregionen und des nicht funktionierenden wirtschaftlichen Strukturwandels besonders deutlich. Langsam erhärtet sich die Vermutung, dass das „Schrumpfen“ von Stadtregionen ein neues Muster der Stadtentwicklung in Deutschland zu werden droht (vgl. z.B. Hannemann 2000b u. Hannemann u. a. 2002).

Allerdings sind die Ursachen des Schrumpfungsprozesses in den neuen Bundesländern nicht in allen Aspekten mit denen in der alten Bundesrepublik gleich gelagert: Hier ist der durch den technologischen Wandel induzierte Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft Verursacher der Strukturveränderungen der Städte. Die Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland sind auch dadurch verursacht, folgen jedoch nicht linear diesem Muster. Sie sind quantitativ und qualitativ durch Entwicklungen gekennzeichnet, die so bisher historisch einmalig auftreten. Der ostdeutsche Soziologe Wolfgang Engler (2001) verweist zu Recht genau auf diesen Unterschied und warnt vor dem gängigen Denkfehler, dass die deindustrialisierte Gesellschaft des Ostens mit der postindustriellen Gesellschaft des Westens verwechselt werde.

In den neuen Bundesländern hat erstens die DDR-Zeit in den ostdeutschen Städten Systemprobleme hinterlassen, die den Schrumpfungsprozess wesentlich mitbestimmen. Bedingungen, Verlauf und Ergebnisse des Transformationsprozesses sind ein zweites differentes Merkmal für den Schrumpfungsprozess ostdeutscher Städte. Drittens ist im Vergleich zu den alten Ländern schlicht die Anzahl der betroffenen Städte deutlich größer: Schrumpfen ist inzwischen für fast ausnahmslos alle ostdeutschen Städte – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – das Problem. Schwedt, Guben, Stendal, Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, Wolfen und Leinefelde waren die ersten Städte, die einen alarmierenden Wohnungslieferungsstand meldeten; entstanden aus Arbeitsplatzabbau und Bevölkerungsrückgang. Traf es somit zuerst die im Rahmen der Industrieansiedlungspolitik ausgebauten „sozialistischen Werkstädte“, folgten nach und nach immer mehr Städte Ostdeutschlands unabhängig von Größe, Lage und Geschichte. Lediglich einige Gemeinden im Umland größerer Städte konnten von Stadt-Umland-Wanderungsgewinnen profitieren. Auch einzelne kleinere Städte, die sich ein besonderes Wirtschaftsprofil erhalten oder neu schaffen konnten sowie einige der ostdeutschen Landeshaupt- und Universitätsstädte verzeichnen eine weniger dramatische Entwicklung. Und schließlich zeigt sich viertens anhand der zu beschreibenden Schrumpfungstiefe und der wirtschaftlich schwarzen Prognosen, dass ein Strukturwandel nicht die Lösung des Problems sein wird.

Da insbesondere die sozialistische Stadt als Hypothek und die Bedingungen und Ergebnisse des Transformationsprozesses die Besonderheiten der ostdeutschen Schrumpfungsprozesse erklären, werden diese Aspekte nachfolgend eingehender dargestellt.

4.2 Besonderheiten der Stadtentwicklung in Ostdeutschland

4.2.1 Die sozialistische Stadt als Hypothek

Die Entwicklung der DDR-Städte vollzog sich unter gänzlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen, denen einer „sozialistischen Gesellschaft“: Staatliches Bodeneigentum, zentralstaatliche Planung und Stadtverwaltung bestimmten die Entwicklung. Städtebaupolitik, Wohnen und Kommunalpolitik wurden für das „Territorium der DDR“ nach zentralen politischen Vorgaben geplant. Dabei definierte sich die DDR-Gesellschaft als „Ziel-Gemeinschaft“ (Mühlberg 1999: 12): Auferstanden aus dunkler Vergangenheit war die „Gemeinschaft der sozialistischen Werktätigen“, so meinten die Machthabenden, von wissenschaftlich begründeter historischer Überlegenheit geprägt. Hinzu kam eine eigenartige Technikgläubigkeit, die von der Lösung sozialer Probleme durch den „wissenschaftlichen-technischen Fortschritt“, etwa einer Mikrochipproduktion oder einer industrialisierten Bauweise, überzeugt war (vgl. Hannemann 2000a). Deutungsfolie waren allerdings weniger eigenständige Konzeptionen einer sozialistischen Gesellschaft, sondern der theoretische und reale Kapitalismus, wobei im Falle der DDR dieser auf den exegetischen Rückgriff, auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus und die Verhältnisse in der Bundesrepublik reduziert wurde. Sowohl die Machtelite als auch weite Teile der DDR-Bevölkerung sahen die (alt)bundesdeutsche Gesellschaft als Referenzrahmen, an dem politisch-ideologisch wie alltagspraktisch die Realität des „real existierenden Sozialismus“ verglichen und gemessen wurde. An dem man sich orientierte und vor allem der positive „sozialistische“ Gegensatz definierte.

Somit lässt sich zwar kein konsistentes Konzept einer „sozialistischen Stadt“ zeichnen, aber es gibt dennoch Merkmale der sozialistischen Stadtentwicklung in der DDR, die sich aus der – idealtypischen – Differenz zur „kapitalistischen Stadt“ begründen (vgl. auch Häußermann 1995b): Die Nutzungsstruktur der Stadt sollte sich nicht aus den Verwertungsinteressen privater Grundeigentümer und wirtschaftlicher Großunternehmen sowie anderer Akteure ergeben, sondern aus übergreifenden Gesellschaftszielen, Anforderungen und Bedürfnissen. Stadtentwicklung wurde zentralstaatlich geplant und realisiert. Die Instanzen der Kommunalpolitik waren zwar formal „gewählt“. Die unter SED-Herrschaft geführten

lokalen Regime konnten jedoch nicht als kommunale Selbstverwaltung agieren, Unterstellungs- und Finanzierungsverhältnisse verhinderten dies. Die Ausrichtung der Wohnpolitik zielte auf die „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ und damit auf ein altes Ideal sozialreformerischer Bewegung, die die Versorgung der ‚breiten Schichten der Bevölkerung‘ mit Wohnraum und die Vermeidung einer sozial segregierten Stadt beinhaltete. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Städten und im Verhältnis von Stadt und Land, ausgerichtet am postulierten Leitbild der „sozialistischer Lebensweise“, sollte die Reproduktion sozialer Ungleichheit vermeiden. Hinsichtlich der Stadtstruktur galt das Ideal der kompakten und arbeitsgerechten (werktätigen) Stadt: Kleinteilige Zersiedlung und damit Suburbanisierung wurde baupolitisch verhindert, indem Stadterweiterungen im Wesentlichen nur als Errichtung industriell gebauter Wohngebiete realisiert wurden. Der Öffentliche Verkehr und die sozialen Infrastruktureinrichtungen sollten in den DDR-Städten eine extensive Produktion (Schichtarbeit) gewährleisten. Darüber hinaus wurden die städtischen Leistungen auf den Normaltypus einer Kernfamilie mit Kindern orientiert, mit vollzeiterwerbstätigen Elternteilen. Dem Stadtzentrum, schon in den staatlich verfassten „16 Grundsätzen zum Städtebau“ als baulich-räumlicher Mittelpunkt des politischen Lebens der DDR-Bevölkerung definiert, wurde zum einen die Funktion eines repräsentativen Ortes gesellschaftlicher Übereinstimmung durch Schaffung städtebaulicher Dominanten und Demonstrationsflächen zugewiesen und zum anderen die Wohnfunktion als wesentlich für das Zentrum sozialistischer Städte zugeordnet. Schließlich waren Systemideologie und Baupolitik lange Zeit vom Glauben geprägt, die historische Wohnbausubstanz sei in eine sozialistische Stadtgestaltung nicht integrierbar. Auch wurden die Rationalisierungseffekte des industriellen Bauens überbewertet (vgl. Hannemann 2000a). Die fast ausschließliche Orientierung auf den „Neubau“ ist somit ein weiteres Merkmal der sozialistischen Stadt. Aus heutiger Sicht am problematischsten sind in jedem Fall das Liegenlassen der „alten Stadt“, die Unterfinanzierung des Wohnungswesens und die Austrocknung der kommunalen Selbstverwaltung.

Für den beschriebenen Sachverhalt ist jedoch ein weiteres Merkmal entscheidend: Die Debatte zum Phänomen der „sozialistischen Stadt“ hat mit der Suche nach einer einheitlich gültigen Formel, die in der Literatur viel intensiver geführt wird, als es in diesem Kontext darstellbar ist, einen Aspekt aus dem Blick gelassen, der für die Definition des Phänotyps „sozialistische Stadt“ und für das Phänomen des Schrumpfens wesentlich ist: Schon unter sozialistischen Bedingungen differenzierten sich ostdeutsche Städte in solche, die im Blickfeld der Ideologie des sozialistischen Staates lagen und auf Wachstum aufbauten und solche, die

bewusst nicht in diesen Kreis einbezogen wurden. Hier waren Stagnation und Vernachlässigung die Folge. Die zentralstaatliche Siedlungsplanung der DDR definierte Städte, die explizit aus wirtschaftlichen, administrativen oder anderen politisch-ideologischen Gründen von der Planung und damit hinsichtlich der Ressourcenzuweisung bevorzugt wurden. Mit der durchgreifenden Industrialisierung der DDR-Wirtschaft verbunden war seit Mitte der 1960er Jahre eine Ausrichtung der Entwicklungsplanung auf ausgewählte große Industrieansiedlungsprojekte wie z.B. der Ausbau des Rostocker Hafens oder die Ansiedlung erdölverarbeitender Industrie in Schwedt, auf größere Städte und agroindustrielle Zentren. Terminologisch wurden diese Städte als „Zentren der Makrostruktur“ bezeichnet. Dieser Begriff bezieht sich auf die wirtschaftswissenschaftliche Unterscheidung zwischen Makro- und Mikroökonomie. Ihm liegt das Denkmuster von Entwicklungszentren und Wachstumspolen zugrunde (vgl. Werner 1985: 205; Scherf 1998). Die Industriepolitik wurde politisch-kulturell mit der sozialistischen Großstadtideologie verknüpft, die die Funktion dieser Städte darin sah, „Konzentrationsort der Arbeiterklasse“ (s. u.a. Grundmann 1981: 95ff. bzw. Grundmann 1984: 205ff.) zu sein. In exegetischer Auslegung entsprechender Versatzstücke aus den Werken von Marx, Engels und Lenin wurde für die Entwicklung des Stadt-Land-Verhältnisses eine zunehmend nivellierende Entwicklungsrichtung angenommen, wobei den größeren Städten als Zentren der Arbeiterklasse und der modernen Industrieproduktion, aber auch für Wissenschaft und Kultur, die Hegemonie zukam.

Die Siedlungsstruktur der DDR war somit durch eine überzogene räumliche Konzentrations- und Zentralisierungstendenz zugunsten ausgewählter größerer vor allem jedoch mittlerer Städte und zu Lasten der Mehrheit der anderen Städte und Dörfer gekennzeichnet. Seit den 1960er Jahren wurden zunächst sehr wenige ausgewählte industrielle Großvorhaben und entsprechende neue „sozialistische Stadtgründungen“, danach der Aufbau weiterer Zentren der administrativ-politischen und wirtschaftlichen Siedlungsstruktur der DDR begünstigt. Erst seit den 1970er Jahren richtete sich das Augenmerk auf die Ausbildung eines die gesamte Siedlungsstruktur umfassenden „rationellen Siedlungssystems“. Zu diesem Zeitpunkt musste zumindest in den politischen Verlautbarungen die „Bevorzugungspolitik“ revidiert werden, da der überkommene und immer stärker werdende Gegensatz zwischen wachsenden Groß- und stagnierenden Kleinstädten sowie die Vernachlässigung des ländlichen Raumes selbst unter DDR-Bedingungen nicht mehr zu vertreten war (Werner 1985: 203; Scherf 1998). In der Realität aber hatte sich an der Zentralisierungspolitik wenig geändert, wie z.B. die regionale Verteilung des Wohnungsbaus zeigt (Grundmann/Schmidt 1988; Hannemann 2000a). Nur

die Anzahl der zur Förderung vorgesehenen Städte der Makrostruktur nahm im Lauf der Jahre zu: „Von etwa 15-20 auf 25-27 ‚Schwerpunktstädte‘ zu Beginn der 70er Jahre, dann über 42 auf 50 Städte um 1973, [...], auf 113 bzw. 143“ (Werner 1985: 205; s. a. Scherf 1998).

Die folgende Tabelle 4 gibt die Bevölkerungsentwicklung einiger ausgewählter DDR-Städte wieder, und dokumentiert den überproportionalen Wanderungsgewinn an Einwohnern in der Zeit der 1960er Jahre, als das sprunghafte Wachstum der Städte, die zu Zentren der Industrie ausgebaut wurden, die Siedlungs- und Territorialstruktur nachhaltig veränderte.

Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung einiger Städte 1950–1971

	1950 - Anzahl	1971 - Anzahl	1971:1950 in Prozent
Brandenburg/Havel	82.215	93.983	114,3
Hennigsdorf	15.968	24.542	153,7
Hoyerswerda	7.365	59.144	803,0
Gröditz	5.693	8.726	153,3
Schwedt/Oder	6.506	34.292	527,1

Quelle: Grundmann/Schmidt 1988: 73

„Bemerkenswerter, weil beträchtlicher, sind die Konsequenzen, die die Migrationsprozesse für die differenzierte Bevölkerungsentwicklung der verschiedenen Gemeindegrößengruppen hatten.“ (Grundmann/Schmidt 1988: 75): Die Hauptrichtung der Wanderung lief während der DDR-Zeit von den Dörfern, wenn diese nicht zum sozialistischen Hauptdorf erhoben worden waren, über die Kleinstädte, wenn diese nicht Kreisstadtstatus hatten, über die Mittelstädte in die Großstädte. „In den 17 Jahren von 1967 bis 1983 hatten die Gemeindegrößengruppen unter 2000 Einwohner und 2000 bis unter 5000 Einwohner ausschließlich negative Wanderungssalden, während die Größengruppen der Städte ab 20 000 Einwohnern durchweg Wanderungsgewinne verbuchen konnten.“ (ebd.) Die Verschiebung der Einwohnerzahlen zu Gunsten der größeren Städte, insbesondere der industriellen Mittelstädte, ist allerdings nicht nur für diesen Zeitraum festzustellen. Die in Tabelle 5 zusammengestellte Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Stadtgrößenklassen dokumentiert diesen Prozess für die Zeit von 1939 bis 1989.

Kleinstädte hatten im siedlungsstrukturellen Umschichtungsprozess danach die größten Einwohnerverluste und verloren an kultureller Anerkennung und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Zudem bewirkte die zunehmende Motorisierung, der Konzentrationsprozess der Handels

und der kulturellen Aktivitäten auch in der DDR eine Ausrichtung des Alltagshandelns auf größere Städte (vgl. Werner 1985: 211f.) und auf die Hauptdörfer, die Standorte der Kulturhäuser (vgl. Scherf 1998: 195).

Tabelle 5: Wohnbevölkerung auf dem Gebiet Ostdeutschlands von 1939 bis 1989 nach Gemeindegrößenklassen

Stadtge- meinden/ Jahr		2.000 bis unter 3.000 EW	3.000 bis unter 5.000 EW	5.000 bis unter 10.000 EW	10.000 bis unter 20.000 EW	20.000 bis unter 50.000 EW	50.000 bis unter 100.000 EW	100.000 und mehr EW
1939	in 1.000	931,7	1115,9	1418,9	1360,4	1886,9	904,1	4474,1
	in %*	5,5	6,7	8,5	8,1	11,3	5,4	26,7
1950	in 1.000	1086,2	1430,7	1685,9	1646,8	2505,9	874,2	3810,8
	in %*	5,9	7,8	9,2	9,0	13,6	4,8	20,7
1960	in 1.000	991,5	1211,7	1544,2	1668,5	2392,7	887,7	3671,4
	in %*	5,8	7,0	9,0	9,7	13,9	5,2	21,4
1970	in 1.000	916,2	1097,4	1439,5	1619,9	2614,7	1158	3746,6
	in %*	5,4	6,4	8,4	9,5	15,3	6,8	22,0
1980	in 1.000	850,4	1080,4	1299,3	1424,4	2467,6	1316,3	4333,6
	in %*	5,1	6,5	7,8	8,5	14,7	7,9	25,9
1989	in 1.000	768,4	1009,7	1139,4	1426,2	2460	1317,3	4459,8
	in %*	4,7	6,1	6,9	8,7	15,0	8,0	27,1
*Anteil an der Wohnbevölkerung in Prozent								

Quelle: Stat. Amt DDR 1990: 8

Die Details der Differenzierungen nach Gemeindegrößenklassen wären noch im Einzelnen nach den Industriepolitikphasen und denen der Raumordnungspolitik zu untersetzen. Letztlich ist das Ergebnis dieser disparaten Entwicklung die Klassifizierung des DDR-Städtesystems in zwei Entwicklungstypen, wie sie schon 1985 durch Frank Werner, einen der gründlichsten Kenner der DDR-Stadtentwicklungs- und Raumordnungspolitik vorgenommen wurde: „die kleine und stagnierende Stadt“ sowie „die mittlere und große, wachsende Stadt“ (ebd.: 372f.). Aus dem politischen System der DDR resultierte die Polarisierung der Städte in zwei Typen, die durch entsprechende Ressourcenzuteilung erzeugt wurde.

Zusammenfassend lassen sich die Folgen der zentralstaatlichen Planung der Stadtentwicklung in Ostdeutschland wie folgt charakterisieren (vgl. a. Henckel u.a. 1993: 369ff.):

- Koppelung von Stadt und Industrieansiedlung:
Die Gleichung „eine Stadt = ein Industriebetrieb“ begründete die volkswirtschaftliche Spezialisierung der Städte im Rahmen der zentralen Wirtschaftsplanung;
- Strenge hierarchische Gliederung eines Städtessystems mit entsprechender staatlicher Zuweisung von Entwicklungsoptionen;
- Kleinstädte und Dörfer wurden zu Stiefkindern der Siedlungsentwicklung.

Die innere Struktur der Städte wurde entsprechend dem funktionalistischen Städtebau verändert. Insbesondere ‚Wohnen‘ und ‚Arbeiten‘ wurden durch den Bau der DDR-Großwohnsiedlungen unterschiedlichen Stadtgebieten zugeordnet (vgl. Hannemann 2000a).

Deutung und Diskussion der sozialistischen Stadt vor allem in ihrem scheinbaren und vielleicht allzu plakativem Gegensatz zur kapitalistischen Stadt, dominiert die akademische Auseinandersetzung, verblasst jedoch angesichts der realen Ergebnisse des Transformationsprozesses in den Städten, die in eine andere Richtung führen: Der Wandel von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt überlagert den Wandel zur kapitalistischen Stadt. Die aktuellen Probleme, so könnte man meinen, resultieren mittlerweile eher aus einem zu wenig an Marktwirtschaft als einem „zu viel und zu schnell“. Im Folgenden werden zunächst die Bedingungen der Transformation skizziert und anschließend die sich daraus ergebenden grundlegenden Tendenzen der Entwicklung ostdeutscher Städte behandelt.

4.2.2 Die transformierte Stadt: Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden durch den Einigungsvertrag die Rahmenbedingungen des sozialen und ökonomischen Wandels fixiert: der Systemwechsel erfolgte verfassungsrechtlich als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Damit wurde die Transformation wesentlich von einer exogenen Integrationslogik getragen, indem auf Ostdeutschland die Verfassungs-, Rechts-, Institutionen-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der alten Bundesrepublik übertragen wurde. Gleichzeitig führte die schlagartige Öffnung der abgeschotteten sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation Westdeutschlands und dem globalisierten Weltmarkt zu einem drastischen Abbau ihrer wirtschaftlichen Strukturen innerhalb kürzester Zeit. Mit diesen Transformationsprozessen veränderten sich die

Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung Ostdeutschlands massiv. Zusätzlich wandelten die neuen politischen, rechtlichen und sozialen Konfigurationen stadtwirksamer Parameter die Entwicklungsoptionen, deren wichtigste Schlagworte heißen: Wiedereinführung von Privateigentum an Grund und Boden, Privatisierung volkseigener und genossenschaftlicher Mietwohnungen bei gleichzeitiger Restitutionspolitik nach dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ sowie Altschuldenregelung für DDR-Wohnungsunternehmen, Reetablierung der kommunalen Selbstverwaltung bei gleichzeitigem Austausch der lokalen Eliten (vgl. Häußermann 1995b und 1996b), massive Steuervergünstigungen für Investitionen in ostdeutsche Immobilienprojekte und schwerpunktsetzende Subventions- und Förderpolitik von Bund und Ländern gegenüber den Städten und Gemeinden. Die politischen Initiativen zur städtischen Rekonstruktion nach der Vereinigung gingen dominant von den staatlichen Instanzen aus und erzeugten in den Kommunen einen hohen Anpassungsdruck an die Vorgaben der zentralen Förderprogramme. Dadurch wurden bestimmte, im Nachhinein durchaus zu problematisierende „Moden“ in allen Gemeinden gleichermaßen umgesetzt, so beispielsweise die Sanierung der DDR-Neubaugebiete wie auch die Förderung von Wohnungsneubau außerhalb der städtischen Kerne ohne Analyse des ortsspezifischen langfristigen Wohnbedarfs, bis hin zu einer flächendeckenden Ästhetisierung des „öffentlichen Raumes“ mit den immer gleichen Lampen, Betonsteinen und Isolierfenstern.

Alle Veränderungen in den Rahmenbedingungen stehen jedoch im Bann einer grundlegenden Tendenz, die nach 12 Jahren Einigung als säkularer Trend auszumachen ist: der „Deindustrialisierung“. In der Diskussion um Ursachen, Ausmaß und Folgen der allgemeinen Krise globalisierter Wirtschaftsentwicklung mit stagnierendem Wachstum wird dieser Begriff in zwei Zusammenhängen verwendet. Zum einen bezeichnet er die Tertiärisierung der Produktion, zum anderen aber auch den Rückgang traditioneller Produktionsbereiche ohne deren Ersatz durch moderne Dienstleistungen oder andere Gewerbe des tertiären Sektors. Doch auch in dieser doppelten Bedeutung trifft dieser Begriff Ausmaß, Inhalt und Resultat des wirtschaftlichen Strukturwandels und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosigkeit, demografischer Entwicklung und urbaner Rückbildungsprozesse in den neuen Bundesländern nur unzureichend: In Fortführung der sprachlich unschönen, jedoch zutreffenden Begriffslogik, die den Term „Deindustrialisierung“ begründet, sind „De-LPGisierung“ (Dekollektivierung der Landwirtschaft), „De-Administrierung“ und „De-Militarisierung“ gleichermaßen Prozesse mit erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Städte in Ostdeutschland.

Die Forschung zum Abbau von Arbeitsplätzen in der ehemaligen DDR macht es allerdings kompliziert, die eigentlichen Dimensionen dieses Vorgangs darzustellen, weil sie, indem im allgemeinen den Kategorien der bundesdeutschen Statistik bzw. denen der DDR gefolgt wird, überwiegend Industriearbeits-, Landwirtschafts- und Verwaltungsarbeitsplätze im engeren Sinne erfasst. Außerdem ist es fast unmöglich, die genaue Anzahl der im militärischen Sektor der DDR Beschäftigten und damit den Umfang des Arbeitsplatzabbaus zu benennen, weil zum einen die DDR-Arbeitskräftestatistik diesen Bereich nur in geringem Umfang auswies und zum anderen die bundesdeutsche Arbeitskräfteforschung diesen Bereich traditionell nicht in ihre Analysen einbezieht. Exakte quantitative Aussagen zum Arbeitsplatzabbau lassen sich in den oben genannten Schrumpfungsbereichen kaum rekonstruieren. Dies gilt ebenso für die in den Polit- und Massenorganisationen Beschäftigten, denn das politische System des so genannten „demokratischen Zentralismus“ wurde von einem „Wasserkopf“ verwaltet, dessen Arbeitskraftreservoir viel größer war, als das, was normalerweise mit der Staatsquote erfasst wird. Die folgenden Aussagen können somit nur thesenhaft bleiben, da die offiziell erfassten Daten genauere Analysen fast unmöglich machen. Sie begründen jedoch ausreichend das hierbei verfolgte Ziel, zu zeigen, welchen Umfang und welche Wirkung die Erosion²⁸ der wirtschaftlichen Basis in den ostdeutschen Städten hat, dies auch im Unterschied zu ähnlichen Prozessen in den alten Ländern.

Der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie – also die Deindustrialisierung – ist der folgenreichste und schwerwiegendste Vorgang für die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte. „In der Industrie (einschließlich Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung) waren in den letzten Jahren der DDR (Jahresdurchschnitt 1989) fast 3,8 Millionen Arbeitskräfte beschäftigt, hingegen 1993 nun mehr 1,3 Millionen. [...] Auf die Industrie entfielen im Saldo 70% des Arbeitsplatzabbaus im Gefolge der deutschen Einheit“ (Lutz/Grünert 2001: 142). Die eruptive Markttöffnung, ein Umtauschkurs, der weit über der Kaufkraftparität lag und eine erste Angleichung von Löhnen und Gehältern an das westdeutsche Niveau verursachten diesen extrem beschleunigten „Abschmelzungsprozess“ an Arbeitsplätzen (ebd. 139f.). Der Industriesoziologe Rudi Schmidt hat bei der Rekonstruktion dieses Vorgangs auf den engen Zusammenhang von Treuhandpolitik und Wirtschaftsbesatz in Ostdeutschland verwiesen: Auch bei ausgewogener Betrachtung aller Zwänge und Notwendigkeiten, denen die Politik unterlag, so seine Einschätzung, war es die Treuhandpo-

²⁸ Auch die Stadtprofile in Kapitel 5.3.1 dokumentieren vier Beispiele für die Erosion der wirtschaftlichen Basis nach der Wende.

litik, die die Modernisierung der ostdeutschen Industriebetriebe bzw. der -struktur eher behindert als gefördert hat. Insbesondere die treuhandpolitisch erzeugten regionalwirtschaftlichen Verwerfungen wurden erst sehr spät, nach starkem landespolitischem Druck durch eine stärker regionalpolitisch bestimmte Restrukturierung, gemildert (Schmidt 2001: 173f.).

Für viele Städte und Regionen kam dieser Kurswechsel jedoch zu spät, denn die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern ist durch den drastischen Arbeitsplatzabbau, der dazu vor allem Frauen besonders betraf, auch in den nichtindustriellen Bereichen charakterisiert. Hier ist zunächst auf die Landwirtschaft²⁹ zu verweisen: „Im Jahre 1989 stellten Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe (einschließlich Energie, Wasserversorgung und Bergbau) zusammen mit 49% rund die Hälfte aller Arbeitsplätze in der DDR“ (Lutz/Grünert 1996: 73). Gerade der Agrarsektor war für viele Städte im ländlichen Raum, aber nicht ausschließlich für diese, nach der Industrie die wichtigste wirtschaftliche Basis. Immerhin betrug der Arbeitskräftebesatz allein in der Landwirtschaft der DDR am 30. September 1985 850.000 Erwerbstätige, damit war dieser etwa doppelt so hoch wie in dem bevölkerungs- und flächenmäßig viel größeren früheren Bundesgebiet (vgl. BMELF 1992: 5). Wie in den anderen Wirtschaftsbereichen war der Anpassungsdruck an die ostdeutsche Landwirtschaft enorm, der Beschäftigungsrückgang zwischen 1989 und 1993 betrug in diesem Sektor fast 80% und verzeichnete damit den größten Arbeitsplatzverlust aller Wirtschaftsbereiche (Lutz/Grünert 1996: 108; s.a. Pollack 1999: 1468ff.). Die Umstrukturierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu privatwirtschaftlichen Unternehmen ist zwar wesentlich erfolgreicher gelungen als etwa im Industriebereich, aber der Aufstieg erfolgreicher – EU-Subventionssysteme ausschöpfender – Ostagrarunternehmen erfolgte bei gleichzeitigem sozialen Abstieg von Regionen, die bis zur sozialökonomischen Verödung bestimmter Gebiete reicht (vgl. Land 2000). Die Landwirtschaft hat heute kaum noch eine Funktion als wirtschaftliche Basis einer Stadt. Dies ist insbesondere für die Städte im so genannten ländlichen Raum fatal. Eine Jahrhunderte alte Wirtschaftsbasis ging verloren.

Außerdem war die DDR, gemessen an ihrer Größe, im Übermaß von Militär und paramilitärischen Organisationen und Institutionen besetzt

²⁹ Angesichts der hochgradig industrialisierten Landwirtschaft der DDR scheint es auf den ersten Blick plausibel, den Prozess des wirtschaftlichen Strukturwandels auch in diesem Bereich unter den der Deindustrialisierung zu subsumieren. Dagegen sprechen die genossenschaftliche Eigentümerstruktur in der DDR-Zeit und die starke Eigendynamik des Transformationsprozesses im Agrarsektor, dessen Elemente sich stark von denen der Industrie unterschieden (vgl. Land 2000: 211f.).

(vgl. Bluhm 1997). Die „bewaffneten Organe“ der DDR, so die nationale Volksarmee, die Grenztruppen, die Staatssicherheit, wie alle anderen paramilitärischen Organisationen hatten Anteil an der wirtschaftlichen Basis vieler Regionen und Städte, indem sie nicht nur Arbeitsplätze für Militärs und Zivilangestellte bereitstellten, sondern auch Dienstleistungen aller Art nachfragten.³⁰ „Dabei gab es auch in diesem Bereich erhebliche regionale Unterschiede, die aus der Konzentration militärischer Einrichtungen auf die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder, insbesondere im Berliner Raum sowie den Grenzstreifen zur Bundesrepublik und den Nordraum herrührten“ (Menge 1998: 169). Insbesondere kleinere Städte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt hatten bedeutende Anteile an „bewaffneten Organen“ als Grundlage der Stadtwirtschaft. Zudem reichten die Militärareale häufig weit in die Innenstädte hinein. Die fortlaufende Schließung und Zusammenlegung von Dienstposten der Bundeswehr infolge der „strategischen Neuausrichtung der Streitkräfte“ seit 1989 setzen diesen Abbau von Arbeitsplätzen, die an Militäreinrichtungen gebunden sind, fort. Als deren Ergebnis werden „die regionalwirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen stark zu Buche schlagen“ (Standortkonzept 2001: 9).³¹

Zwar mit deutlich geringerem, so doch nennenswertem Anteil müssen in die Charakterisierung von Form und Ausmaß des wirtschaftlichen Rückgangs in ihrer Wirkung auf die Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern der Abbau administrativer Strukturen und Institutionen der DDR einbezogen werden. Viele ostdeutsche Städte definierten ihre Rolle im Städtesystem der DDR durch die administrative Funktion als Kreis- und Bezirksstadt. Die administrative Neugliederung des ostdeutschen Gebiets nach der Einigung führte auch in diesem Bereich zu einem

³⁰ „So setzt nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki ein höchst zwiespältiger Vorgang ein. Zum einen kommt es zu einer erzwungenen vorsichtigen Öffnung des Landes, die den Bürgern durchaus etwas mehr Spielraum gewährt. Zum anderen wird diese Öffnung durch einen gigantischen Ausbau des Sicherheitsapparates nach innen, etwa eine Verdopplung der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter (von etwa 52.700 in 1973 zu 75.100 in 1980 und geschätzten 100.000 in 1989; vgl. Vollnhals 1994: 501) und ein dauerndes Wachstum der Schar der inoffiziellen Mitarbeiter begleitet“ (Bluhm 1997: 8f.)

³¹ Das neue Standortkonzept der Bundeswehr von 2001 sieht einen umfangreichen Abbau von Dienstposten im Rahmen geplanter Standortverkleinerungen oder -schließungen vor. Die Betrachtung nach siedlungsstrukturellen Regionstypen zeigt, dass die verstädterten Räume den weitaus größten Teil des Abbaus zu tragen haben, gefolgt von den ländlichen Räumen und den Agglomerationsräumen. In Ostdeutschland betrifft dies vor allem die Städte Eggesin, Stavenhagen und Schneeberg (vgl. Standortkonzept 2001)

deutlichen Einschnitt in der Arbeitsplatzstruktur der Städte. Die „De-Administrierung“³² betraf zum einen den Statusverlust als Bezirks- und Kreisstadt, den viele Städte hinnehmen mussten und zum anderen den damit verbundenen umfangreichen Arbeitsplatzabbau,³³ der durch die Aufhebung der politischen Führungsstrukturen und die Abschaffung der DDR-Massenorganisationen noch verstärkt worden ist. Von der „Gesellschaft für Sport und Technik“ über die „Liga der Völkerfreundschaft“ bis zum „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR“ verfügten die zahlreichen Organisationen über Bezirks- und zumeist auch Kreisabteilungen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, die im Zuge des Systemwechsels überwiegend abgebaut und nur in den wenigsten Fällen in neue transformiert wurden. (vgl. Herbst u.a. 1994)

Insgesamt ist die Entwicklung der Städte in Ostdeutschland von Funktionsverlusten und wirtschaftlichem Strukturabbau gekennzeichnet. Anders, als es der Begriff „Strukturwandel“, der allgemein zur Beschreibung der Ursachen für das Schrumpfen verwandt wird, suggeriert, hat sich in den letzten Jahren wenig gewandelt. Geht es beim „Strukturwandel“ im Kern zum einen um eine sektorale Verschiebung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, zum anderen um funktionale Verschiebungen in Produktion und Beschäftigung, so hat genau dieser Prozess bisher in Ostdeutschland kaum stattgefunden. Zentrales Problem der ostdeutschen Städte ist nicht die Transformation der wirtschaftlichen Basis, sondern ihre weitgehende Erosion. In Folge dessen entstanden eine hohe Arbeitslosigkeit und eine stagnierende bzw. sich noch weiter reduzierende Wirtschaftsentwicklung, die bis zum jetzigen Zeitpunkt anhält. Dies lässt sich anhand der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit der Wende

³² „In der DDR war es zum einen wegen der legendären Geheimniskrämerei, aber auch aufgrund systematischer Unterschiede schwer, einen [...] Überblick über die öffentliche Verwaltung bzw. den Staatsapparat zu erlangen. In den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen arbeiteten im Oktober 1989 ca. 25.000 Leiter und Mitarbeiter, auf lokaler Ebene in den Räten der Bezirke, Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden ca. 127.000 Mitarbeiter“ (Jann 1996: 526).

³³ „Bezüglich der Reduzierung des aufgeblähten Personalkörpers der alten DDR sind insbesondere auf der Ebene der Kommunen erhebliche Erfolge zu verbuchen. Seit 1990 sind hier die Beschäftigten etwa um ein Drittel reduziert worden, von ca. 1 Mio. Beschäftigten auf inzwischen ca. 650.000“ (Jann 1996: 535). Da der Personalbestand damit Mitte der 1990er Jahre deutlich über dem der alten Länder lag, ist davon auszugehen, dass sich dieser inzwischen weiter vermindert hat.

verdeutlichen:³⁴ Tabelle 6 zeigt in der Spalte „Wirtschaftswachstum“, wie in den neuen Ländern nach einem schnellen Anstieg in den ersten Jahren nach der Wende das Wachstum seit Mitte der 1990er Jahre hinter den alten Ländern zurückbleibt. Die Ursachen für das abgeschwächte Wirtschaftswachstum seit 1997 werden zumeist auf den enormen Rückgang der ostdeutschen Bauwirtschaft zurückgeführt, die sich in der Phase der Transformation übermäßig entwickelt habe und sich nun auf westdeut-

Tabelle 6: Rahmendaten zur Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in den Neuen und Alten Ländern

Jahr	Wirtschaftswachstum (in %) ¹		Arbeitslosenquote ² in % (Jahresdurchschnitt)	
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)
1991			6,3	10,3
1992	1,7	6,2	6,6	14,8
1993	-2,6	8,7	8,2	15,8
1994	1,4	8,1	9,2	16,0
1995	1,4	3,5	9,3	14,9
1996	0,6	1,6	10,1	16,7
1997	1,6	0,5	11,0*	19,5*
1998	2,2	0,5	10,5	19,5
1999	2,0	1,3	9,9	19,0
2000	3,4	0,9	8,7	18,8
2001	0,7	-0,1	8,3	18,9
¹ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
² definiert als Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen				
* wegen Neugliederung der Berliner Arbeitsämter gegenüber den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar				

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA); Statistisches Bundesamt: Statistische Jahrbücher (laufende Jahrgänge), Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

³⁴ In der Statistik können die genauen Angaben zu Städten nicht entschlüsselt werden, da den administrativen Bezugsrahmen Arbeitsamtsbezirke bilden. In größeren Städten lassen sich die Grenzen dieser Bezirke mit denen der Stadtgrenzen vergleichen, während im Fall der vielen kleineren Städte (s. Kapitel 2.1) Orte und jeweilige Region in einem Datensatz zusammen erfasst werden. Deshalb wird in der vorliegenden Studie auf die Gesamtstatistiken für die neuen Bundesländer zurückgegriffen.

sches Niveau zurückbilde. Durchaus vorhandene Wachstumsraten im verarbeitenden Gewerbe (und in einigen Dienstleistungssektoren) werden den generellen Zurückgang jedoch nicht kompensieren (vgl. Priewe 2001: 31f.).

Auch für die weitere Entwicklung sind die Wachstumserwartungen für Ostdeutschland mit einem 0 % BIP-Wachstum (für Deutschland) für 2002 als „eher zurückhaltend“ prognostiziert, wie das Gutachten „Die Wirtschaftsperspektiven der neuen Länder“ im Auftrag der Deutschen Nationalstiftung formuliert (vgl. Wirtschaftsperspektive 2002: 21). Komplementär zur Wirtschaftsentwicklung verhält sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die in der Spalte „Arbeitslosenquote“ erfasst ist. Seit 1991 nahm diese in Ostdeutschland ständig zu, um seit etwa 1997 relativ konstant bei 18-19 % der Erwerbsbevölkerung zu verharren. Seitdem habe sich dieser Indikator jedoch ständig verbessert. Die offizielle („registrierte“) Arbeitslosigkeit bleibe immerhin stabil, so formuliert es die euphemistische Wertung im zitierten Gutachten (vgl. ebd.: 23/24). In Folge dessen charakterisieren hohe Sozialleistungen bei geringem Steueraufkommen und eine starke Abhängigkeit von nationalstaatlichen Transferleistungen das sozioökonomische Profil der ostdeutschen Städte.

Die vorangegangene Analyse des ökonomischen Wandels in Ostdeutschland zeigt, dass dieser nicht nur durch Deindustrialisierung verursacht wurde, sondern einen allgemeinen wirtschaftlichen Strukturabbau bzw. -bruch beinhaltet, der auch die Bereiche Militär, Landwirtschaft und teilweise die Verwaltung umfasst. Zur Kennzeichnung des überwiegend misslungenen Transformationsprozesses der wirtschaftlichen Basis der ostdeutschen Städte, von einigen wenigen „städtischen Leuchttürmen“ wie z.B. Erfurt, Jena, Potsdam und Dresden einmal abgesehen, und zur Unterscheidung von Erscheinungen des „Schrumpfens“, wie sie zunehmend auch für westdeutsche Städte konstatiert werden, ist es somit treffender, das Ergebnis des wirtschaftlichen Strukturwandels als „Deökonomisierung“ zu charakterisieren.

Einer solchen Terminologie könnte entgegengehalten werden, dass sie nicht den Kern der Entwicklungsprozesse charakterisiert, da die fachliche Übersetzung von Ökonomisierung „Vermarktwirtschaftlichung“ bedeutet. „Deökonomisierung“ müsste dementsprechend mit „Entmarktwirtschaftlichung“ übersetzt werden. Die ökonomische Seite der Wiedervereinigung beinhaltet jedoch in Ostdeutschland die Einführung der Marktwirtschaft. Also ist die wirtschaftliche Basis der ostdeutschen Städte durch „Vermarktwirtschaftlichung“ gekennzeichnet. Nur hat diese im Kontext der weitgehend fehlenden Wirtschaftspolitik im Prozess der deutschen Vereinigung und der Wirkungen der Globalisierung dazu geführt, dass „Marktwirtschaft“ kaum die Grundlage ostdeutscher Stadtökonomie

bildet. Schaut man sich die defizitären Haushalte der ostdeutschen Städte an, wird offensichtlich, dass diese überwiegend von Transferzahlungen getragen werden. Selbsterwirtschaftete Einnahmen von der Gewerbe- bis zur Hundesteuer haben einen verschwindend geringen Anteil. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und der Stadtbewohner, die in Arbeitsbeschaffungs- und sonstigen Beschäftigungsmaßnahmen „geparkt“ sind, trifft die Feststellung der Abhängigkeit von Transferzahlungen auch hier zu.

Jedoch ist nicht nur die „Deökonomisierung“ Merkmal schrumpfender Städte in Ostdeutschland, hinzu kommt als weiteres dramatisches Problem der Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger starker demografischer Alterung in den Städten: Dieses Merkmal resultiert zum einen aus der konjunkturellen Abkopplung Ostdeutschlands, die zum Abwanderungsprozess der qualifizierten und mobilen Arbeitskräfte wie Auszubildender in die alten Bundesländer führt. Die außergewöhnlich hohen Fortzüge aus den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) zu Beginn der 90er Jahre haben sich in den folgenden Jahren rasch verringert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Zuzüge aus den alten Bundesländern, sodass der negative Wanderungssaldo der neuen Bundesländer von etwa –170.000 (1991) auf –10.500 (1997) deutlich sank. Seit 1997 erhöhte sich jedoch die Anzahl der Fortzüge aus den neuen Bundesländern wieder, während die Anzahl der Zuzüge in jene leicht zurückgeht bzw. stagniert.

Die Wanderungsverluste der neuen Bundesländer zeigen sich besonders deutlich, wenn man den Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner betrachtet: danach ergibt sich allein 1999 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost ein Wanderungsverlust von minus 3 Personen je 1.000 Einwohner (vgl. Kommission 2002: 23f.). Außerdem kam es in Folge der Wendeereignisse zu einem extremen Rückgang der Geburten. Innerhalb von sechs Jahren, von 1988 bis 1994, sank die Anzahl der jährlich Geborenen um 60 %. Zwischenzeitlich steigt ihre Zahl wieder an, kompensiert jedoch bis heute nicht die Sterberate (vgl. Tabelle 7).

Durch die natürlichen und räumlichen Bewegungen der Bevölkerung ergibt sich eine deutliche Ost-West-Verlagerung und es verstärkt das siedlungsstrukturelle Gefälle Ostdeutschlands, indem die peripheren (ländlichen) Räume gegenüber den Stadtregionen verlieren. Schließlich bewirkt der ausbildungs- und erwerbsbedingte Abgang der jungen Bevölkerung in Ostdeutschland bei gleichzeitiger Zunahme der Lebenserwartung in den neuen Ländern eine ansteigende Alterung der Bevölkerung (vgl. Bucher 1996 und insbesondere Bucher/Kocks 1999).

Ein dritter Prozess bestimmt den Schrumpfungsprozess vor allem in seiner sozialräumlichen Dimension: Seit der Wende lassen sich in und aus ostdeutschen Städten selektive Mobilitätsprozesse beobachten, die teilwei-

Tabelle 7: Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern

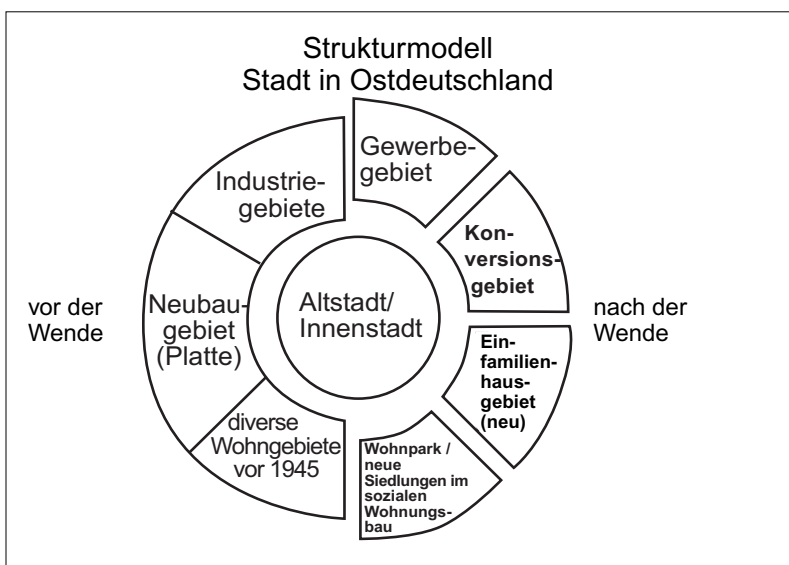
Jahr	Bevölkerung	Geburten	Sterbefälle	Saldo
1970	17.058.000	236.929	240.821	- 3.892
1980	16.737.000	245.132	238.254	+ 6.878
1990	16.111.000	178.476	208.110	- 29.634
1992	15.730.000	88.320	190.175	- 101.855
1994	15.564.000	78.698	181.399	- 102.701
1995	15.505.000	83.847	178.095	- 94.284
1996	15.451.000	93.325	174.511	- 81.186
1997	15.405.000	100.258	167.545	- 67.287
1998	15.332.000	102.862	164.264	- 61.402
1999	15.253.000	106.726	161.285	- 54.559

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher (laufende Jahrgänge)

se Mustern folgen, wie sie westdeutschen Städten entsprechen (vgl. Harth u.a. 1998). Eine große Anzahl von Haushalten zog freiwillig oder auch erzwungenermaßen um (Friedrichs/Häußermann 2001: 329). Diese Prozesse der Wohnungsmobilität zeigen ein Muster, so meint Hinrichs (1996), das sich nach der beruflichen Stellung richtet: Arbeiterhaushalte zogen aus Altbauwohnungen in moderne Nachkriegswohnungen, Angestelltenhaushalte aus DDR-Neubaugebieten in aufgewertete ältere Geschosswohnungen und Selbstständige und Freiberufler ins Wohneigentum überwiegend im Umland. Entscheidendes Merkmal der Wohnungsmobilität ist die Wohnungsversorgung entsprechend der Lebenszyklusphase sowie Verbesserung des Wohnstandards: die meisten vergrößerten ihre Wohnfläche, verbesserten die Wohnungsausstattung und den Wohnungsschnitt. Ob dieses Muster generell so gilt wird fraglich, wenn in Betracht gezogen wird, dass das Ausmaß von Segregation und Gentrifikation, wie es Harth, Herlyn und Scheller mit der Untersuchung von Segregationsprozessen am Beispiel von Magdeburg zeigen (1998), bisher weit hinter dem der westdeutschen Städten zurückbleibt. Die Städte in den neuen Bundesländern unterliegen jedoch Suburbanisierung und Deurbanisierung als dominierenden Prozessen des sozial-räumlichen Wandels. Dieser Vorgang wird gemeinhin in Wachstumsregionen beobachtet, während er in ostdeutschen Städten mit dem Bevölkerungsschwund einhergeht, somit verteilt sich eine zurückgehende Bevölkerung zunehmend auf einer grö-

ßer werdenden Siedlungsfläche. Einer der wichtigsten internen Gründe ist darin zu sehen, dass die Innenstädte durch den Jahrzehnte langen Verfall als Wohnstandorte nicht mehr attraktiv erscheinen. Die einseitige Ausrichtung der DDR-Städtebaupolitik auf den Bau von Großsiedlungen (die DDR-Neubaugebiete) und die fehlenden Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen im historischen Baubestand führten zum baulichen Verfall insbesondere der historischen Stadtkerne (vgl. Hannemann 2000c). Die notwendige Sanierung der historischen Bausubstanz in den Innenstädten verzögerte sich lange aufgrund von Restitution, ungeklärter Eigentumsverhältnisse und fehlendem Eigenkapital der privaten Hausbesitzer. Verschärft wurde die stagnierende Innenentwicklung durch staatliche Förderung der Neuerschließung und -bebauung von Flächen außerhalb der Innenstadt. In Folge dieser Entwicklungen entstanden neue städtische Räume wie Gewerbegebiete, subventionierte Wohnparks und Kleinhaussiedlungen, die eine Ausweitung der städtischen Flächen bei sinkender Nachfrage charakterisieren. Die Abbildung 10 verdeutlicht diese Flächenausweitung in einem Strukturmodell.

Abbildung 10: Strukturmodell der Städte in Ostdeutschland



Entwurf Christine Hannemann; grafische Umsetzung Rebekka Streck

In den ostdeutschen Stadtregionen ist somit die Wohnsuburbanisierung insbesondere in den Groß- und Mittelstädten (vgl. Keim 2001b: 15) das dynamisierende Element der Stadtregionsentwicklung. Nach einer extrem hohen Dynamik der Stadt-Umland-Wanderungen zu Beginn der 90er Jahre, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1996/1997 erreichte, hat sich der Prozess Ende der 90er Jahre inzwischen deutlich abgeschwächt. Die Wohnsuburbanisierung erfolgt zudem unter demografischen Schrumpfungsbedingungen, sodass nicht nur die Städte, sondern auch die Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste erleiden, welche im Gegensatz zu den alten Bundesländern nicht durch Zuwanderungen ausgeglichen werden können (vgl. Aring/Herfert 2001: 43ff.).

Die Verschränkung von Fern- und Stadtumlandmigration bei gleichzeitiger Erschließung großer Randlagen, auch wenn statistisch derzeit für größere ostdeutsche Städte aktuell ein Trend zur Reurbanisierung festgestellt wird, ist mehr als bloße Suburbanisierung. Sie führt zu einer Reorganisation des gesamten Raumes, die man übergreifend als Deurbanisierung bezeichnen kann. War für die DDR eine kompakte Stadtentwicklung charakteristisch, so sind jetzt Dekonzentration und Dispersion die zentralen Elemente der raumstrukturellen Entwicklung. Diese Entwicklung wurde zunächst seit Anfang der 1990er Jahre durch die Ansiedlung von rand- und/oder außerstädtischen großflächigen Einzelhandelseinrichtungen und der Ausweisung von Gewerbegebieten in Gang gesetzt. Seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich eine weitere Ausweitung der stadtstrukturellen Dispersion beobachten, als eine Phase ausgedehnter Wohnsuburbanisierung begann.

Die Stadt-Umland-Wanderung ist kein neues Phänomen der Stadtentwicklung, aber sie erfolgt in Ostdeutschland in einer neuen Größenordnung und mit einer erheblichen Beschleunigung. Vor allem wirkt sie sozial selektiv. Die neuen Wohnangebote werden vor allem von Besserverdienenden und jenen, die Bausparförderung nutzen können, wahrgenommen. Es entstehen sektoral und räumlich ausdifferenzierte Wohnungsteilmärkte innerhalb der Stadtregionen, die mit einer beträchtlichen sozialräumlichen Restrukturierung der Wohnbevölkerung verbunden sind. Die in Ostdeutschland nunmehr mögliche freie Wohnstandortwahl der Bevölkerung entsprechend des individuellen Lebensstils und den ökonomischen Verhältnissen bei schrumpfender Bevölkerung bewirkt eine zunehmende Konkurrenz der Wohnstandorte untereinander, sowohl innerhalb der Städte als auch zwischen den Gemeinden.

Folgt man den amtlichen Bevölkerungsprognosen, so wird diese Dispersion der Bevölkerung und der Flächen in den nächsten Jahrzehnten weiter voranschreiten: Bis 2025, so schätzen diese Annahmen werden die ostdeutschen Städte bis zu 25 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren (vgl.

Krautzberger 2001: 40). Es entstehen neuartige Stadtregionen, die in mehr oder weniger zusammenhängende Teilgebiete zerfallen. Daneben ist die Entwicklung einer großflächigen Ausdehnung von Städten aufgrund von weiträumigen Eingemeindungen zu beobachten.

Nicht zuletzt gibt es insgesamt eine Tendenz zur Verlagerung lokaler Dominanzen in städtische Randgebiete mit der Folge der Innenstadtverödung: In den letzten Jahren haben zahlreiche Innenstädte einen weitgehenden Funktionswandel verkraften müssen. Die für sie charakteristische Konzentration von öffentlichen Einrichtungen, Geschäftsleben und Veranstaltungen ist heute in vielen ostdeutschen Innenstadtkernen auf ein Minimum reduziert. Des Weiteren hat der zunehmende Durchgangsverkehr die „Unwirtlichkeit“ von Innenstädten und -stadtrandbereichen für die Wohnbevölkerung bewirkt. Die Belastung der Innenstadt und das Wohnen im Umland sind nichtintendierte Folgen einer Politik, die das Gegenteil der offiziellen, räumliche Zersiedlung bekämpfenden Planungsstrategie bildet. Eine Schere zwischen Politikfolge und Planungsziel, die mittlerweile realistisch als eine neue Form städtischer Siedlung aufgenommen wird und als „Zwischenstadt“ (Sieverts) typisiert wird. Ein planerischer Lösungsweg ist damit jedoch nicht benannt.

4.3 Schrumpfende Städte als ein neuer Normalfall der Stadtentwicklung

Noch immer wird der Schrumpfungsprozess in der beschriebenen Verschränkung verschiedener Problemlagen nicht durchgängig als gravierendes Problem vieler Städte anerkannt.³⁵ Die ostdeutsche Transformationsökonomie ist nach wie vor durch Strukturdefizite ohne Aussicht auf Besserung gekennzeichnet und auch die enormen Transferzahlungen überdecken teilweise die Wirkungen der ökonomischen Erosion. Vielfach wird noch versucht, „Schrumpfung“ auf den demografischen Faktor und den Wohnungsleerstand zu reduzieren (vgl. Keim 2001b: 17). Im Falle Ostdeutschland konzentriert sich die Debatte um „schrumpfende Städte“ auf der policy-Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Stadtumbau-Ost“³⁶, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss von Wohnbauten erarbeitet wurden.

Das Programm ist aber wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden. Der Diskurs dazu folgt – stark vereinfacht – der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = „Platte“ = Rückbau (Abriss). Damit wird nicht nur die Deökonomisierung der ostdeutschen Städte ausgeklammert. Auch weiter reichende Dissoziations- und Diffusionseff-

³⁵ Dies ist selbst in Ostdeutschland noch der Fall. So resümiert die Studie „Stadtumbau in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, die in ausgewählten Städten integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte vergleichend analysiert hat: „Das wahre Ausmaß des Problems wird in diesen Städten vielfach noch nicht ausreichend erkannt. Entweder herrscht seitens der Kommunen noch ein Festhalten an überkommenen Entwicklungszielen vor oder man möchte die eigenen kommunalpolitischen Bemühungen und Ergebnisse der vergangenen Jahre durch ein solches Konzept nicht ‚schlecht reden‘. Auch wollen einzelne Wohnungseigentümer (gemeint sind Wohnungsunternehmen – CH) ‚derzeit das wahre Ausmaß des Problems noch nicht erkennen. Die Ursache dafür liegt oft im Eingeständnis, dass dann die Existenz des eigenen Unternehmens gefährdet wäre [...]‘ (Stadtumbau 2001: 1f.).

³⁶ Die Brisanz der städtischen Schrumpfungsprozesse evozierte Anfang 2002 die politisch-administrative Ausweitung des Problemraumes auch auf die alten Länder: Die Mittel der Städtebauförderung wurden so strukturiert, dass „neben den Mitteln für die Städtebauförderung West erstmals zusätzlich Mittel für den Stadtumbau in den alten Bundesländern bereit stünden. Im Bundeshaushalt 2002 sind 15 Mio. Euro für Pilotprojekte in den westlichen Bundesländern ausgewiesen. Sie seien Teil eines Forschungsvorhabens, in dem untersucht werden soll, inwieweit auch dort infolge des Strukturwandels ein Stadtumbauprogramm erforderlich ist.“ (BMVBW 2002: o.S.)

fekte werden ignoriert und gravierende Probleme des rasanten Bevölkerungsverlustes, der sich eben nicht nur im Leerstand von Plattenwohnungen, sondern z.B. auch in leer laufenden Innenstädten zeigt und der mit einer dramatischen demografischen Alterung bei gleichzeitiger räumlicher Diffusion der Stadtbevölkerung gekoppelt ist, ausgeblendet. Nicht nur der prognostizierte absolute Bevölkerungsrückgang, sondern auch die Bevölkerungszusammensetzung und die der Haushaltsstrukturen signalisieren mittel- und langfristigen Handlungsbedarf. Bedeutsam ist hier die Zunahme der Einpersonenhaushalte insbesondere in größeren Städten. Die traditionelle Kernfamilie wird zunehmend zur Minderheit. Außerdem generiert die Verschiebung der Altersstruktur einen dramatischen Wandel der städtischen Bevölkerung. Der Altersdurchschnitt der StadtbewohnerInnen wird sich deutlich erhöhen, wie es demografische Hochrechnungen nahe legen. Durch den Rückgang der Kindergeneration muss von immer weniger familiären Unterstützungssystemen für ältere Menschen ausgegangen werden.

Die gleichzeitig prognostizierte steigende Anzahl der Haushalte kompensiert nicht den Wohnungsüberhang in den Neuen Ländern, der angesichts seiner Überdimensionalität nicht mehr als vorübergehende Erscheinung zu verstehen ist oder sich auch nicht, etwa im Zuge der Osterweiterung, wieder regulieren wird. Vielmehr ist der Wohnungsüberhang zu einem deutlichen Zeichen für eine auf Dauer gestellte Entwicklung geworden, reicht jedoch als Zustandsbeschreibung für die Ursachen und Folgen schrumpfender Stadtentwicklung nicht aus. Ein solches Verständnis engt die Entwicklung von Lösungen für dieses neue Phänom ein. Die Ursachen müssen in der Verknüpfung von Deökonomisierung und Depopulation verortet werden, ein Prozess, der von Globalisierung bzw. Europäisierung und Abbau des deutschen Sozialstaates überlagert wird. Aus diesem Gesamtprozess resultieren dann „überflüssige“ (Kil 2001), „perforierte“ (Lütke Daldrup 2001) und übergreifend die „schrumpfenden Städte“ (vgl. Hannemann 2000b; Weiske/Schmidt 2000; Keim (Hg.) 2001b, Glock 2002).

„Schrumpfende Städte“ sind, so die ironische Wendung der Dramatik durch eine Berliner Architektengemeinschaft, der „prosperierendste“ Stadttyp Deutschlands“. Die „verlassene Stadt“ (Kohl u.a. 2002: o.S.) ist innerhalb weniger Jahre mit möglichen 2,3 Millionen Einwohnern zur zweitgrößten Stadt Deutschlands aufgestiegen. Die Substanz der verlassenen Stadt setzt sich zusammen aus ungenutzten Gewerbebauten, geschlossenen sozialen und kulturellen Einrichtungen, aufgegebenen Verwaltungssitzen, leerstehenden Wohnungen und brachliegenden Industrie- und Konversionsgebieten. In den Regionen verfallen aufgegebene Militärraue und LPG-Bauten wie -Flächen. Betraf der Leerstand anfänglich

im wesentlichen Gründerzeitviertel und vorindustrielle Stadtteile; kamen zunächst Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur hinzu und ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend die Wohnquartiere in den sanierten Altstädten und in den sanierten Großsiedlungen. Läden und andere Handels- und Kultureinrichtungen der Innenstadt unterlagen der Konkurrenz von Einkaufszentrum und Multiplexkino.

Die Angaben zum genauen Wohnungsleerstand in Ostdeutschland differieren zwar, entscheidend ist jedoch, dass ein erheblicher Anteil nicht nur die ostdeutschen Großsiedlungen betrifft, sondern ebenso die innerstädtischen Altbauten erfasst hat. Eine umfassende Übersicht zum Zeitpunkt 2000 bietet der Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ vom November 2000. Der Bericht gibt an, dass in Ostdeutschland eine Million Wohnungen – das sind 13% des Bestandes – leer stehen. Jedoch werde nur knapp die Hälfte davon am Markt angeboten. Der „Rest“ stehe für den Wohnungsmarkt wegen „Ausbuchung“ oder Unbewohnbarkeit nicht zur Verfügung (BMVBW 2000).

Die neue Qualität der Schrumpfungsprozesse in Ostdeutschland ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. Deökonomisierung, Depopulation und Deurbanisierung erzeugen verkoppelt mit dem Abbau sozialstaatlicher Auffangmechanismen eine Abwärtsspirale, die als strukturelle Schrumpfung alle städtischen Lebensprozesse erfasst.

„Im Prinzip geht es um einen umgekehrten Verlauf früherer Wachstums- und Verdichtungsprozesse“ (Keim 2001b: 17). Ostdeutsche Städte stehen für eine Stadtentwicklungsoption, für die es keine hergebrachten, erprobten und belastbaren Bewältigungsstrategien gibt (vgl. Krautzberger 2001: 40). Stadtentwicklung ist in Deutschland wie in Europa auf die Steuerung von Wachstum und die Erneuerung von Bestehendem eingespielt. Hierfür existieren Regelungen und Instrumente, die seit vielen Jahrzehnten als bewährt erachtet werden. Variation und Kritik bezogen sich jahrelang beispielsweise auf die Vernachlässigung ökologischer Aspekte oder bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Kinder und Frauen. Der Forschungsbedarf ist erkannt: „Dennoch wirken die meisten Stellungnahmen ratlos. Es gibt zwar rasche, praktisch ausgerichtete Maßnahmen – die Fachressorts des Bundes und der ostdeutschen Länder drängen darauf –, doch ob tatsächlich in hinreichendem Umfang das hierfür erforderliche Wissen verfügbar ist, muss bezweifelt werden“ (Keim 2001a: 1).

Erst seit Ende der 1990er Jahre haben Schrumpfungsprozesse die Aufmerksamkeit von Stadtforschung und -planung, Städtebau und Architektur gefunden. Ein neuer Diskurs begründet ein neues Forschungs- und Praxisfeld. Der Umgang mit aufgegebenen Stadtregionen der Industrie-

und Arbeitsgesellschaft wird daher in Ostdeutschland in einer Laborsituation erforscht, deren Ergebnisse auch in den westlichen Industrieregionen relevant sein können.

Der neue Diskurs beinhaltet gleichzeitig eine Auseinandersetzung um die begriffliche Fassung von „Nicht-Wachstumsprozessen“. So diskutiert Karl-Dieter Keim unterschiedliche „Denkrichtungen“ als Gegenteil zu Wachstum – „Schrumpfung“, „Stagnation“, „Kontraktion“ und „Niedergang“ – und erläutert ihre theoretischen Implikationen. Alle diese Begriffe kennzeichnen unterschiedliche Problemrichtungen, „eine Entscheidung zugunsten eines dieser Leitbegriffe erscheint nicht zwingend“ (Keim 2001b: 18/19). Auf der planerischen und politischen Ebene jedoch sei die Einführung eines positiv besetzten, normativen Begriffs notwendig: Hier schlägt Keim den Begriff der „Regenerierung“ vor. Dieser Leitbegriff „soll im Sinne“ einer positiven Intentionalität die [...] Problemdefinition mit den für hilfreich erachteten Handlungsperspektiven in Beziehung setzen. Mit dem Wort Regenerierung soll gleichzeitig der Anklang von ‚Erholung‘ und ‚Erstarkung‘ eines komplexen Systems verbunden werden. [...] Hingegen entstammt der Begriff ‚Stadtumbau‘ der politisch-symbolischen Rhetorik. Es ist verständlich, dass Politik und Verwaltung eine Sprachregelung bevorzugen, die das Problem als handhabbar erscheinen lässt“ (ebd.: 19/20). Der inzwischen vorhandene öffentliche und wissenschaftliche Diskurs hat bisher diese Überlegungen nicht aufgenommen.

Letztlich offenbart sich bei der Auseinandersetzung mit den Schrumpfungsprozessen in Ostdeutschland das Problem eines Modells von Ökonomie und Gesellschaftsentwicklung, das nur auf Wachstum basiert. Ein Dilemma, das auf konstitutiv problematische Strukturen der westlichen Moderne verweist, wie sie etwa Gegenstand des sozialwissenschaftlichen Diskurses über „Kontinuitätsbrüche der Moderne“ in den 1980er Jahren waren. Die damals geführte Debatte um Symptome, Missbildungen und Prognosen des Übergangs von der modernen zur „postmodernen“ Gesellschaft thematisierte, angesichts der politischen und ökonomischen Krisenerfahrungen, „Modernität“ auch als hochgradig prekäres Entwicklungsziel. Claus Offe hat dabei explizit auf das Phänomen der Unumkehrbarkeit als konstitutives Problem der Moderne aufmerksam gemacht. Allein schon wegen der Höhe der Investitionsmittel sei in sozio-technischen Systemen wie z.B. einer Autobahn (oder z.B. die Gewerbegebieterschließung in jeder noch so kleinen ostdeutschen Siedlung – CH), so Offe, ein außerordentlicher Revisionswiderstand sozusagen eingebaut. Ein Autobahnbau eröffne eine Vielzahl von Optionen, verschließe jedoch für alle relevanten Zeithorizonte eine entscheidende Option, und zwar, auf sie auch verzichten zu können (vgl. Offe 1986: 104). Im Zusammenhang mit der Schrumpfungsdebatte bekommt diese Problemformulierung

eine neue, wenn auch anders gelagerte Aktualität. Aufgrund der Augenfälligkeit des Schrumpfungsproblems müssen zwingend Antworten auf das Phänomen der Umkehrbarkeit gefunden werden. Eine „Null-Option“, d.h. die Weigerung, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen und sich für Handlungen zu entscheiden, die über den simplen Abriss von Plattenbauten hinausreichen, ist politisch, ökonomisch, kommunal und vor allem sozial nicht mehr akzeptabel. Der Diskurs zum Stadtbau-Ost und -West wird hier wichtige Erfahrungen und Orientierungen entwickeln.

Städte, die Schrumpfungsprozesse verkraften müssen, haben nach Häußermann und Siebel (1988) zwei Möglichkeiten: Entweder negieren sie die Entwicklung und hoffen wieder auf „bessere Zeiten“ – das ist die bisher gängige Haltung – oder sie akzeptieren den Schrumpfungsprozess, vollziehen einen Paradigmenwechsel und implementieren eine Stadtentwicklungspolitik, die versucht, diesen Vorgang zu steuern. Damit stellt sich die Frage nach den Chancen des Schrumpfens.

Chancen sind zunächst in den Potenzialen zu suchen. Diese sind ihrer Natur nach „Spekulationen“ auf die Zukunft. Sie müssen im Fall der ostdeutschen Städte mehr oder weniger außerhalb der ökonomischen Entwicklungen gesucht werden.³⁷ Was können ökonomische Potenziale ohne Wachstum sein? Hier herrscht auf Seiten der Forschung bisher die gleiche Ratlosigkeit wie in der Politik. Einzelne Zentren von Hochtechnologieentwicklung, etwa in Jena oder Dresden, sind schwerlich als verallgemeinerbare Problemlösungsmodelle zu verstehen. Es gilt daher, sich bei einer exemplarischen Analyse nicht auf die industriellen oder kulturellen Leuchttürme zu fokussieren, sondern städtische Konstellationen, in denen die verschiedenen Schrumpfungsdimensionen idealtypisch zusammen kommen und das Schrumpfungssyndrom daher am besten interpretierbar werden lassen, in den Vordergrund zu heben.

Dies wird in den folgenden Kapiteln ausgeführt werden.

³⁷ Angesichts der wirtschaftlichen Probleme prognostizierte schon 1993 die Studie „Entwicklungschancen deutscher Städte – Die Folgen der Vereinigung“ (Henckel u.a.: 1993) die zukünftige Relevanz außerökonomischer Entwicklungsfaktoren für ostdeutsche Städte. Damals jedoch noch ohne jede Politikrelevanz.

5. Zur empirischen Konstellation marginalisierter Kleinstädte

5.1 Theoretische Verortung der Fallstudie

Die historische Analyse der Kleinstadtentwicklung und die Untersuchung der Gegenwartssituation ostdeutscher Städte hat eine Sequenz von Marginalisierungs- und Schrumpfungsphasen für Kleinstädte insbesondere in den neuen Bundesländern rekonstruiert. Ergebnis dieser Sequenz ist eine spezifische Kumulation von Problemlagen. Anders als Großstädte oder traditionelle Industriestandorte sind Kleinstädte von einer Überlagerung von Marginalisierungsschüben gekennzeichnet. Gleichwohl waren und sind sie in der Lage ihre Stadtidentität, wenn auch hoch prekär, zu wahren. In Kleinstädten scheint es also besondere soziale Ressourcen zu geben, die strukturelle Verwerfungen, Brüche und Stagnation auffangen und die Persistenz des Städtischen gewährleisten. Kleinstädte bieten sich daher als eine Verbindung von sozialen Bausteinen, die sich zur Untersuchung von Entwicklungspotenzialen dieser Gemeinden gerade in der internen sozialen Konfiguration eignen, besonders an.

Die empirische Untersuchung, deren zentrales Thema die Identifikation von Entwicklungspotenzialen in Kleinstädten mit Schrumpfungsprofil ist, nimmt ebenfalls ein klassisches Paradox in der bisherigen Gemeindeforschung auf. Die Stärke der alten Gemeindeforschung bestand darin, der kleinen Gemeinde ein individuelles Profil als Sozialraum zuzuweisen. Die Abkopplung der Gemeindestudien von den makrosozialen Prozessen hatte sich jedoch als kontraproduktiv erwiesen und wurde mit der Untersuchung von Vidich und Bensman (1958) überwunden. Insbesondere die Analyse der Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Ostdeutschland, einschließlich die der Kleinstädte, bestätigt auf den ersten Blick die Überdeterminierung durch exogene, gesamtgesellschaftliche Prozesse. Die Kumulation von Marginalisierung und Schrumpfung wäre aber, würde sie deterministisch begriffen, letztlich das Ende der kleinen Stadt in Ostdeutschland. Dies ist empirisch offenkundig nicht der Fall. Auf der Suche nach endogenen Entwicklungsqualitäten wird also im Folgenden davon auszugehen sein, dass die Sozialbeziehungen und die Bedingungen für kulturelle Identität in den Kleinstädten hinreichend überlebensfähig wirken. Der methodische Ansatz der empirischen Versuchung als Vergleich verschiedener Fälle mit ähnlichen Grundvoraussetzungen – *similar cases*³⁸

³⁸ Im „Anhang 1: Inhalt und Methode der empirischen Untersuchung“ wird das Forschungsdesign, die Kriterien für die Erarbeitung der Stadtprofile sowie die Grundlagen der Schlüsselpersonengespräche und der telefonischen Haushaltsbefragung erläutert.

– vermutet unterschiedliche endogene Kompetenzen im Umgang mit den strukturellen Grundproblemen.

Die soziologische Fragestellung wird also zunächst die lokalen Akteurskonstellationen, die Ressourcen der Stadtbevölkerung, die kulturellen und wirtschaftlichen Traditionen sowie die regionale Konfiguration definieren müssen, um dann die Differenzierungen in den verschiedenen Fällen zu untersuchen. Mit der Auswahl unterschiedlicher Kleinstädte werden gleichzeitig Problembündelungen unterschiedlicher Ausprägung erfasst: Es wird die jeweilige Schrumpfungssituation analysiert, um sie dann in ein Verhältnis zum Problembewältigungspotenzial der jeweiligen Stadtgesellschaft zu setzen.

Die Forschungsidee des empirischen Teils besteht zusammengefasst darin, die Analyse der Problembündelung von Kleinstadt, Schrumpfung und Marginalisierung mit einer stadtsoziologischen Fragestellung zu verbinden: Erstens bezieht die deutsche Stadtforschung ihre Erkenntnisse überwiegend aus der Großstadtforschung. Die Siedlungsstruktur Deutschlands ist jedoch in starkem Maße von Klein- und Mittelstädten geprägt. Kleinstädte sind dabei ein Stadttyp, über den es bisher wenig konsistente Forschungen gibt. Entwicklungschancen lassen sich nicht nur allgemein nach Region und Stadt differenzieren, sondern es ist offensichtlich, dass der Siedlungstyp und damit der Stadttyp zunehmend entscheidender für die Spezifik von Perspektiven wird. Nach einer ausgeprägten Phase der Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land werden infolge von Globalisierung/Regionalisierung und Transformation nicht nur regionale sondern auch lokale Differenzierungen wieder bedeutender. Es ist bekannt, dass die lokale und regionale Inzidenz von globalen und nationalen Entwicklungstrends eine große Variabilität kennzeichnet. Zumal die regionalen und lokalen Strukturen Deutschlands stark differieren. Dies betrifft besonders die Differenz von verstädterten und peripheren Regionen. Die Zunahme von räumlichen Disparitäten wird inzwischen nicht mehr nur als „Problem“ klassifiziert, sondern neuerdings alarmierend als „Gefahr“ für eine ausgewogene, gleichwertige Raumentwicklung gekennzeichnet.

Zweitens wird eine Weiterentwicklung des in der soziologischen Forschung erst in Ansätzen vorhandenen Konzepts der „schrumpfenden Stadt“ angestrebt: Handlungsorientierungen für Städte mit dauerhaft abnehmender Bevölkerungszahl und wirtschaftlich stagnierender Entwicklung sollen analysiert werden. Mit diesem Ansatz werden Alternativen zu einer Entwicklungsstrategie zur Diskussion gestellt, die auf die Abstrahierung von externen Wachstumspotenzialen setzt – denn diese sind nach gegebenem Forschungsstand und nach Einschätzung der wissenschaftlichen Politikberatung kaum vorhanden. Mögliche Lösungsstrategien

könnten für andere betroffene Städte und Regionen Relevanz haben. Die zunehmend disparaten räumlichen Verwerfungen Deutschlands künden von einer Entwicklung, die umfassender und tief greifender wirkt, als dass sie weiterhin mit dem Begriff „Ost-West-Problem“ zu bezeichnen ist. Dafür sprechen vor allem die Tendenzen der gesamtdeutschen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung.

Das Forschungsfeld „schrumpfende Kleinstädte“ wird drittens bisher vorwiegend von der Regionalökonomie bearbeitet. Diese hat bei ihrer Suche nach Ansätzen wirtschaftlicher Entwicklung in ökonomisch schwachen Gebieten das Konzept der ‚endogenen Potenziale‘ eingeführt. Die Bedeutung regionaler „Begabungen“ als ein langfristig wirksamer Faktor ökonomischer Entwicklungen thematisiert soziokulturelle Eigenschaften in Form von „regionalen Kulturen“. Der Übergang von der Regionalökonomie zu einer soziokulturellen Analyse eröffnet die Möglichkeit, das Potenzial kleinstädtischer Lebensformen soziologisch zu reformulieren. Dabei wird sich herausstellen, dass das in der Politikwissenschaft erfolgreiche Konzept des „Sozialkapitals“ als Schlüsselbegriff entwickelt werden kann. Dieses ermöglicht es städtische Sozialbeziehungen nicht nur unter der Defizitperspektive zu thematisieren, sondern die produktiven und konstruktiven Potenziale zu benennen. In Kapitel sieben wird diese stark politikwissenschaftlich geführte Diskussion, die von den wirkmächtigen Arbeiten zum „Sozialkapital“ durch Robert Putnam angestoßen wurde, referiert. Es wird sich herausstellen, dass ihr soziologischer Ertrag für die Fragestellung dieser Arbeit beträchtlich ist. Die Weiterentwicklung dieses Konzepts wird mit dem Begriff „lokales Sozialkapital“ (Kapitel 7.3) die zentralen Ergebnisse des Forschungskonzepts kategorial fassen. Die Einbeziehung des Sozialkapitalkonzepts hat sich erst im Verlauf der Studie als sinnvoll herausgestellt und war nicht Grundlage ihrer empirischen Konzeption. Für einen theoretischen Ausblick und eine weiterführende Konzeptualisierung wird daher auf das Schlusskapitel verwiesen. Nur so ist eine kohärente Begriffsarbeit leistbar.

5.2 Die lokal-regionale Verortung der Fallstudien

5.2.1 Die Auswahl des Untersuchungsgebiets

Als Untersuchungsgebiet wurde der nordostdeutsche Raum innerhalb der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg gewählt. Dabei wurde die Untersuchung auf die Teile des Mecklenburg-Vorpommerschen Binnenlandes und Nordbrandenburgs beschränkt, die sich außerhalb der weiteren Entwicklungsräume Berlins und der großen Städte und Tourismusorte der Ostseeküste befinden. Dieser Raum wurde zum Untersuchungsgegenstand bestimmt, weil sich hier die Problemlagen

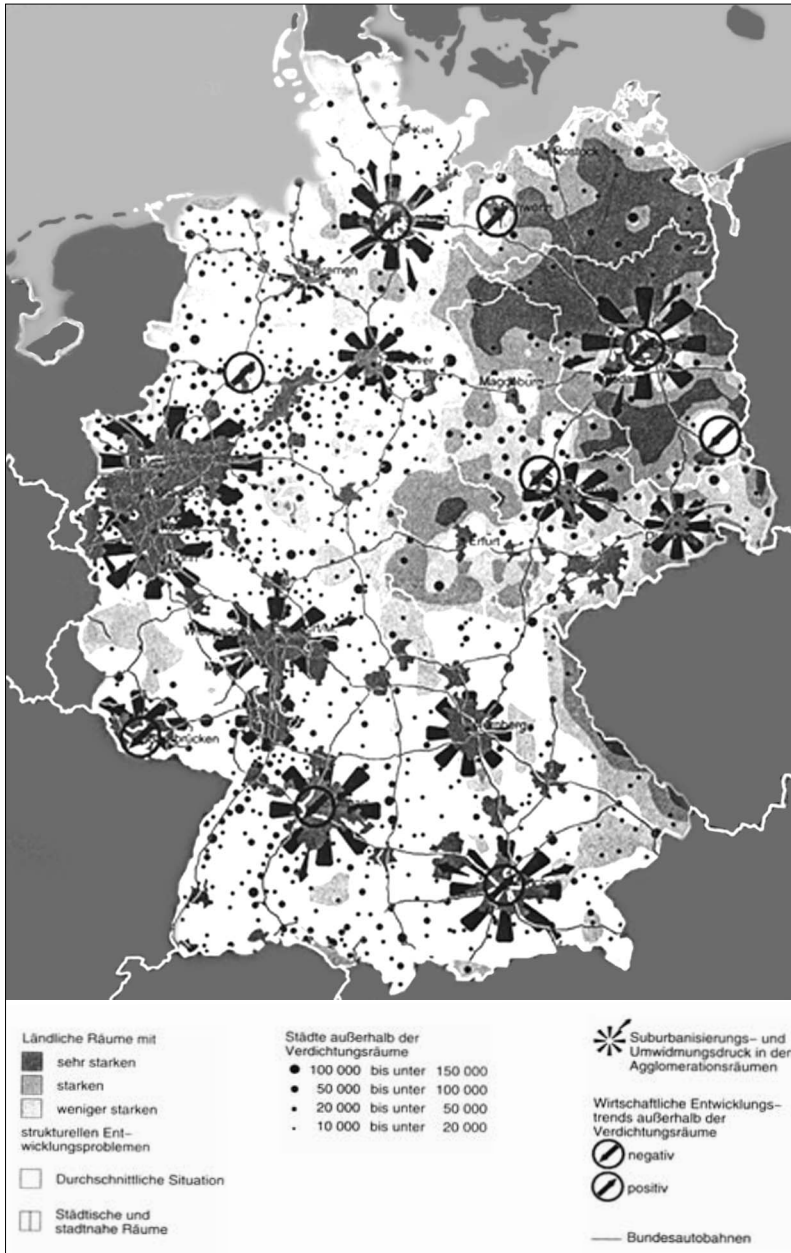
der Entwicklung von schrumpfenden Städten besonders deutlich zeigen, indem sie durch die regionale Lage noch einmal verschärft werden: Die periphere Region ist durch eine sehr geringe Besiedlungsdichte und große Strukturdefizite gekennzeichnet. Gleichwohl besitzt dieses Gebiet ein dichtes Netz von Kleinstädten und Landschaftsräume von hoher Qualität. In diesem Kapitel werden die Auswahl des Untersuchungsraumes begründet und seine Charakteristika beschrieben.

Die geografische Gebietsauswahl für das Forschungsprojekt basiert auf einer Typisierung ländlicher Räume Deutschlands, die 1995 für den deutschen Beitrag zu einem europäischen Raumentwicklungskonzept erarbeitet wurde (vgl. Irmen/Blach 1996). Die deutschlandweite Regionalanalyse der (ehemaligen) Bundesanstalt für Raumkunde und Landesplanung (BfRL) über „Typen ländlicher Entwicklung in Deutschland und Europa“ erfolgte im Kontext der Bildung des Europäischen Binnenmarktes und der Bestimmung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Regionen. Über eine bloße Abgrenzung der Besiedlungsdichte hinaus wurden in diese Analyse sozioökonomische Indikatoren einbezogen, um verschiedene Kategorien ländlicher Räume identifizieren und abgrenzen zu können. Die Regionalanalyse orientierte sich an Kriterien zur wirtschaftlichen Dynamik, an der Lage bzw. Anbindung an die großen Städte und Stadtregionen und den (messbaren) Potenzialen in Tourismus und in der Landwirtschaft. Die Typisierung hatte das Ziel, die Vielfalt ländlicher Problem- und Konfliktkonstellationen aus Bundessicht auf einige wenige typische Konstellationen zu verdichten (vgl. ebd.: 721f.). Die Autorinnen unterscheiden dabei anhand siedlungsstruktureller und wirtschaftlicher Gesichtspunkte vier Typen ländlicher Entwicklung (vgl. ebd.: 722ff. und Abbildung 11):

- Typ 1: Ländliche Räume in günstiger Lage bzw. im weiteren Einzugsbereich von Agglomerationsräumen;
- Typ 2: Ländliche Räume außerhalb der großen Verdichtungsregionen, aber mit deutlicher wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik;
- Typ 3: Ländliche Räume mit relativ günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft und/oder Potenziale im Tourismus und
- Typ 4: Strukturschwache ländliche Räume ohne nennenswerte (aus Bundessicht messbare) Entwicklungspotenziale.

Unter den letztgenannten, nach siedlungsstrukturellen und wirtschaftlichen Defiziten und Entwicklungschancen ungünstigsten Typ fallen auch die „peripheren Regionen der Neuen Länder“ und dazu gehören „weite Teile des Mecklenburg-Vorpommernschen Binnenlandes und Nordbrandenburgs“ (Irmen/Blach 1996: 725). Da der Abgrenzungsvorschlag

Abbildung 11: Strukturschwache ländliche Räume 1996



Quelle: Irmen/Blach 1996: 721

„Strukturschwache ländliche Räume“ 1995 aufgrund der Datensituation noch nicht die Gebietsreform in den Neuen Ländern berücksichtigen konnte, wurde ein Jahr später durch die BfLR eine Aktualisierung des Abgrenzungsvorschlags vorgenommen (vgl. Irmen/Blach 1997). Die präzisierte Bestimmung von „strukturschwachen ländlichen Räumen“ in Deutschland beruht auf der „Zusammenschau zweier Indizes: dem Siedlungsstrukturindex und dem Index Wirtschaft und Arbeit“ (ebd.: 1). Die Berechnungsmethode wurde dabei weiterentwickelt, um vor allem Regionen zu identifizieren, „die gleichzeitig ländlich geprägt sind und wirtschaftliche Entwicklungsprobleme aufweisen.“ (ebd.) Dabei wurden Einwohnerdichte, Siedlungsdichte, „Ländlichkeit“, Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche und Erreichbarkeit des nächsten Verdichtungsraums zur Bestimmung der Siedlungsstruktur und die Arbeitslosenquote, die Steuerkraft der Gemeinden, die Dauerarbeitslosigkeit, Industrieinkommen und die Branchenkonzentration zur Beschreibung der Wirtschaftsstruktur herangezogen.

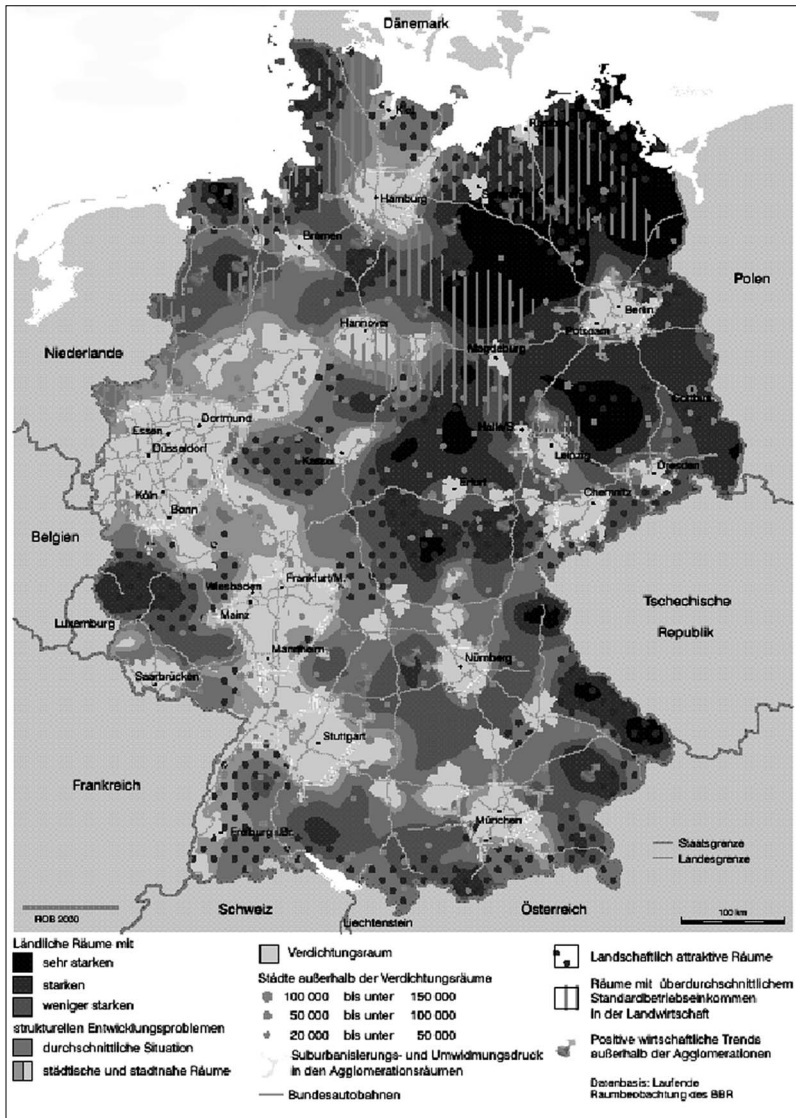
Durch diese neuen Berechnungen und die modifizierte Datengrundlage ergaben sich gewisse Modifikationen bei der Abgrenzung des stark strukturschwachen Raumes in Nordostdeutschland. Teile des Gebietes des Kreises Oberhavel wurden jetzt außerhalb der untersten Kategorie eingeordnet, ebenso größere Teile Westmecklenburgs. Dagegen ist die Uckermark, die 1995 noch außerhalb dieses Raumes lag, im neuen Abgrenzungsvorschlag enthalten. Die beschriebene Systematik zur Abgrenzung strukturschwacher Räume von 1997 wurde auch im Raumordnungsbericht 2000 (vgl. ROB 2000: 63ff.) verwendet und mit aktuellen Daten kartografisch umgesetzt. Somit stellen sich die Typen ländlicher Räume in Deutschland wie in Abbildung 12 dargestellt dar.

Die Gebietszuordnung zu strukturschwachen ländlichen Räumen nach dem Stand 1997 grenzt die Regionen (Flächen) Ostdeutschlands genauer ab, die dem Typ 4 zugeordnet werden (vgl. Tabelle 8).

Das ausgewählte Untersuchungsgebiet in Nordostdeutschland bildet die bei weitem größte zusammenhängende Region der Raumkategorie „Typ 4“: Von der Fläche von insgesamt 26.389 km² ländlicher Räume mit „sehr starken strukturellen Entwicklungsproblemen“ befinden sich 19.947 km² in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (ebd.:7).

Der so definierte Untersuchungsraum orientiert sich im Wesentlichen an dieser Abgrenzung, kommt aber in einigen Bereichen zu modifizierten Begrenzungen. Da mit sich ändernden Indikatorenwerten, differierenden Berechnungsmethoden und insbesondere mit neuen administrativen Strukturen immer wieder im Detail unterschiedliche Abgrenzungen entstehen müssen, ohne dass sich einzelne Gebiete strukturell real gewandelt haben, wurde eine Abgrenzung gewählt, die ihre äußeren Grenzen vor

Abbildung 12: Strukturschwache ländliche Räume 2000



Quelle: ROB 2000: 69

Tabelle 8: Flächenverteilung in strukturschwachen ländlichen Räumen nach Ländern – Aktualisierung der Abgrenzung nach dem Verfahren der kumulierten Defizite

Bundesland	Gesamt km ² Fläche 1996	Ländliche Räume mit strukturellen Entwicklungsproblemen		
		sehr stark	stark	weniger stark*
Schleswig-Holstein	15770,3		2049,4	1436,4
Hamburg	755,3		656,6	
Niedersachsen	47610,6	1219,6		22598,6
Bremen	404,2			
Nordrhein-Westfalen	34076,7			3156,1
Hessen	21114,7		1459,0	5350,7
Rheinland-Pfalz	19845,5		2536,7	4983,3
Baden-Württemberg	35751,6			1904,5
Bayern	70550,7	984,2	7761,7	25833,9
Saarland	2570,2			
Alte Länder	248449,9	2203,8	14463,4	65263,5
Berlin	890,9			
Brandenburg	29475,5	9580,8	18418,8	1366,9
Mecklenburg-Vorpomm.	23169,5	10367,2	12491,5	
Sachsen	18412,6		4964,8	5743,8
Sachsen-Anhalt	20437,9	5406,4	8277,3	4596,7
Thüringen	16170,6	1035,1	7869,5	6730,8
Neue Länder	108557,2	26389,5	52021,9	18438,2
Bundesgebiet	357007,1	28593,3	66485,3	83701,7
* In einigen ländlichen Kreisen der Alten Länder beruht die Zuordnung auf sehr starken siedlungsstrukturellen Defiziten, während wirtschaftliche Entwicklungsdefizite nicht vorhanden sind.				

Quelle: Irmen/Blach 1997: 7

allem aus denen umliegender Räume mit grundsätzlich und auch sehr langfristig wirksamen anderen Entwicklungspotenzialen gewinnt.

Ziel war es, die siedlungs- und wirtschaftsstrukturell vergleichbaren Gebiete in ganz Nordbrandenburg außerhalb des Einflussbereiches der Hauptstadt Berlin und das gesamte Mecklenburg-Vorpommersche Binnenland außerhalb der wirtschaftlich dynamischeren Küstenregion und des Einflussbereiches der Großstädte Rostock und Schwerin zu untersuchen. Die Abgrenzung umschließt einen weitgehend homogenen Raum

mit ähnlicher wirtschaftlicher Ausgangslage, historischer Prägung und vergleichbarer Siedlungsstruktur.

Hierbei handelt es sich um Räume, die in hohem Maße durch Kleinstädte geprägt sind, traditionell wenig Industrie besitzen und außerhalb des Einflussbereiches von Agglomerationsräumen und wirtschaftlichen Entwicklungsgebieten liegen. Gemeinsam ist ihnen die erhaltene wertvolle Kultur- und Naturlandschaft und Siedlungsstruktur bei einer gleichzeitig sehr geringen Bevölkerungsdichte.

Von dem in der BfLR-Studie 1997 bzw. dem Raumordnungsbericht 2000 identifizierten zusammenhängenden Bereich mit sehr starken Entwicklungsproblemen wurden jedoch nicht alle Gebiete berücksichtigt. Zum einen beschränkt sich die Untersuchungsregion auf das Binnenland, da für Küstenregionen grundsätzlich andere Entwicklungsmuster angenommen werden, während im Abgrenzungsvorschlag von 1997 auch die vorpommersche Küste in das Gebiet mit sehr starken strukturellen Entwicklungsdefiziten eingeordnet ist.

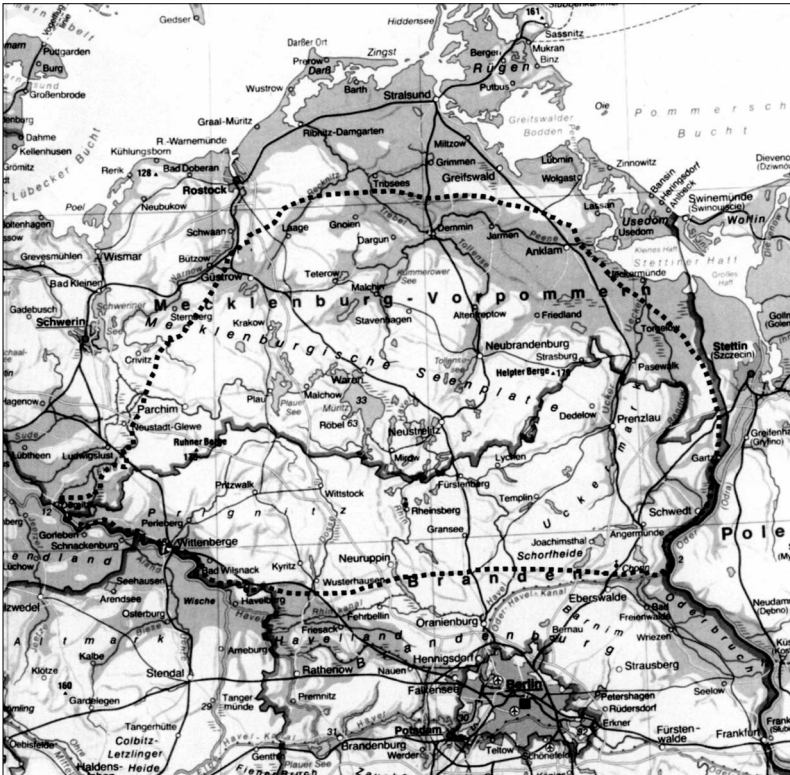
Außerdem wurde auf die Einbeziehung von Teilen des Landes Sachsen-Anhalt, wo ähnlich strukturierte Bereiche an das Untersuchungsgebiet anschließen, aus Gründen der Konzentration auf den nordostdeutschen Raum verzichtet. Ebenso wurden einige Bereiche in den brandenburgischen Kreisen Ostprignitz-Ruppin und Havelland nicht einbezogen, um die Untersuchungsregion ganz auf den Norden Brandenburgs zu beschränken.

Das Untersuchungsgebiet umfasst, basierend auf der Abgrenzung der BfLR-Studie von 1997, im Wesentlichen Räume der untersten Kategorie („sehr starke Defizite“). In Brandenburg wurden nur im Bereich Oberhavel und einem kleinen Teil der Prignitz Bereiche mit „starken strukturellen Entwicklungsdefiziten“ berücksichtigt. Ein Teil dieser Räume war noch im Abgrenzungsvorschlag von 1996 in der untersten Kategorie erfasst worden.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden über die Kategorie „sehr starke Entwicklungsprobleme“ hinaus einige Bereiche der Kreise Parchim und Güstrow in West-Mecklenburg, die der Kategorie „Räume mit starken Entwicklungsproblemen“ zugeordnet sind, in die Abgrenzung einbezogen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden über die Kategorie „sehr starke Entwicklungsprobleme“ hinaus einige Bereiche der Kreise Parchim und Güstrow in West-Mecklenburg, die der Kategorie „Räume mit starken Entwicklungsproblemen“ zugeordnet sind, in die Abgrenzung einbezogen. Insbesondere in diesem Raum wechselt die Einschätzung nach den ausgewerteten BfLR-Studien häufiger. Die Teile der betroffenen Kreise, die miteinbezogen wurden, ähneln in ihrer Struktur jedoch den Räumen mit sehr starken Strukturdefiziten. So konnte ein Großteil des mecklen-

burgischen Binnenlandes im Rahmen der Untersuchung betrachtet und eine nachvollziehbare Grenze des Untersuchungsgebietes gefunden werden.

Abbildung 13: Abgrenzung des Untersuchungsgebietes



Quelle: Diercke Weltatlas 1996: 19; eigene Nachträge

Im Bundesland Brandenburg schließt das Untersuchungsgebiet die Kreise Uckermark und Prignitz komplett, fast den gesamten Kreis Ost-Prignitz-Ruppin, den Norden des Landkreises Oberhavel sowie kleinere Teile im Norden des Kreises Barnim ein. In Mecklenburg-Vorpommern umfasst das Untersuchungsgebiet die Kreise Müritz, Mecklenburg-Strelitz und Demmin komplett und weite Teile der Kreise Parchim und Güstrow, sowie die binnenländischen Teile von Ostvorpommern und Uecker-Randow. Außerdem wird das Gebiet der kreisfreien Stadt Neubrandenburg vom Untersuchungsgebiet umschlossen.

Im Untersuchungsgebiet existieren keine Großstädte. Neben Neubrandenburg als größter Stadt mit 80.000 Einwohnern befinden sich nur noch

sieben Städte im Untersuchungsraum, die mehr als 15.000 Einwohner haben. Industrieansiedlungen gibt es nur punktuell, industrielle Ballungen fehlen ganz. Traditionell war dieser Bereich von Landwirtschaft geprägt und von erheblicher Strukturschwäche gekennzeichnet. Die Regionalanalyse der BfLR hat gezeigt, dass die Problemlagen geringe Siedlungsdichte, hohe Arbeitslosigkeit und unbedeutende Investitionstätigkeit kumulieren. Mit dem Landkreis Uckermark umschließt das Gebiet den größten Kreis der Bundesrepublik (3.058 km²), der mit ca. 53 Einwohnern pro km² auch einer der am dünnsten besiedelten Landkreise Deutschlands ist (LUA 1996: 99). Noch geringere Werte erreichen die Landkreise Prignitz mit 48 EW/km² und Ost-Prignitz-Ruppin mit 46 EW/km² (ebd.: 305). Die geringsten Werte lassen sich in einigen mecklenburgischen Kreisen feststellen: So hat der Landkreis Mecklenburg-Strelitz nur eine Einwohnerdichte von 42 EW/km² und der Landkreis Müritz nur 41 EW/km² (Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte 1998: 13).

Bei den als „strukturschwach“ identifizierten ländlichen Gebieten handelt es sich weder um eine (quantitative) ‚Restkategorie‘ noch um eine einheitliche (qualitative) Problemkategorie. Vielmehr existiert eine Vielfalt ländlicher Entwicklungstypen, die sich auf regionale Kontexte zurückführen lassen. Entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung ländlicher Regionen haben die „jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen und die regionalen Konstellationen“ (Irmen/Blach 1996: 720). In den „strukturschwachen ländlichen Räumen ohne nennenswerte Entwicklungspotenziale“ (Typ 4) bündeln sich verschiedene Problemlagen, wie der Raumordnungsbericht 2000 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zusammenfassend signalisiert: „Die Bevölkerungsdichte ist extrem gering, die technische und soziale Infrastruktur häufig unzureichend, das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln eingeschränkt. Die im Agrarsektor arbeitslos gewordene Bevölkerung kann nicht im industriellen oder Dienstleistungssektor aufgefangen werden. Die Investitionstätigkeit bewegt sich auf geringem Niveau. Anhaltende Bevölkerungsverluste, vor allem der jungen und qualifizierten Bevölkerung und dazu noch geringe Geburtenzahlen gefährden mittel- bis langfristig den Fortbestand dieser Räume als funktionsfähige Siedlungsräume und Kulturlandschaften. Im europäischen Integrationsprozess drohen sie weiter aus dem Blickfeld zu geraten, denn für den Anschluss an die trans-europäischen Netze liegen sie zu peripher.“ (ROB 2000: 64) Positiv wird jedoch konstatiert, dass die größten Vorteile dieser Kategorie „in dem hohen Wert der Kulturlandschaft und dem hohen Leistungspotenzial der Umweltressourcen“ liegen (ebd.: 64).

Die Analyse von Irmen und Blach aus dem Jahr 1996 weist jedoch schon darauf hin, dass es in den als extrem strukturschwach beschriebe-

nen Räumen nicht nur „Land, sondern auch Stadt“ gibt. Eine nachhaltige Raumentwicklung sei hier nur möglich, wenn Infrastrukturangebote und wirtschaftliche Aktivitäten auf diese zentralen Orte konzentriert werden (vgl. Irmen/Blach 1996: 727).

5.2.2 Die Kleinstädte im Untersuchungsgebiet und Auswahl der Fallstudien

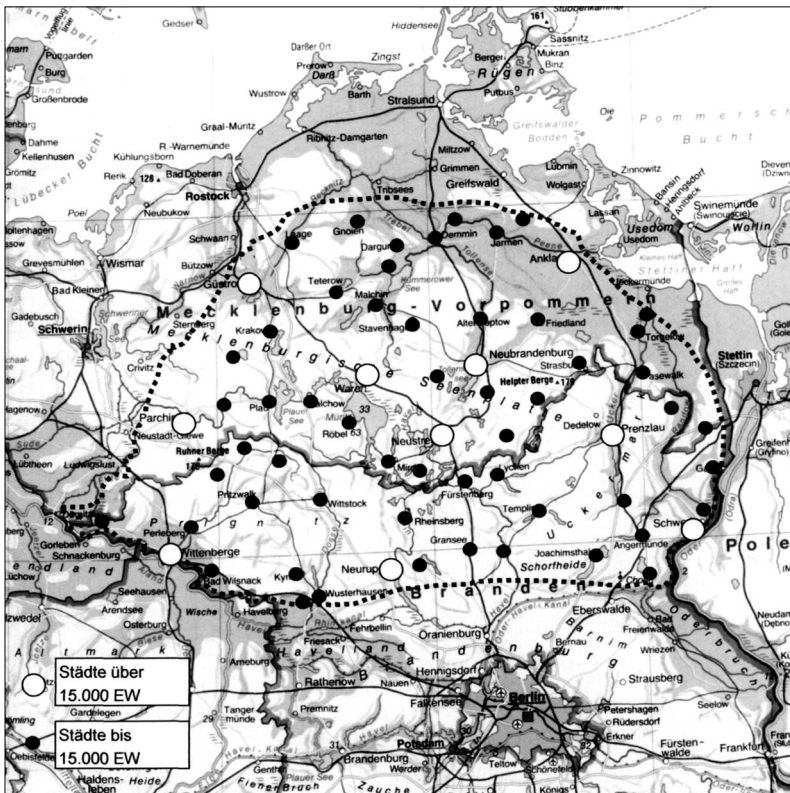
Zur Auswahl der vier Untersuchungsstädte des Forschungsprojektes, für die Stadtprofile erarbeitet und in denen Schlüsselpersonengespräche sowie Bewohnerbefragungen durchgeführt wurden, war eine Grundaufnahme aller in Frage kommenden Städte im betrachteten Raum notwendig. Von zwei Voraussetzungen wurde dabei ausgegangen: Zum einen sollte die Bevölkerungszahl unterhalb von 15.000 Einwohnern liegen und zum anderen war der Besitz des Stadtrechts ausschlaggebend (siehe Kapitel 3.1).

Innerhalb des Untersuchungsgebietes gab es danach 55 Städte (vgl. Abbildung 14), die diese Kriterien erfüllen. Die größeren Städte im Untersuchungsraum – Neuruppin, Wittenberge, Prenzlau und Schwedt in Brandenburg sowie Anklam, Güstrow, Neustrelitz, Parchim, Waren und Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern – wurden entsprechend der Definition des Untersuchungsgegenstandes nicht in die Grundausswahl einbezogen. Außerdem bleiben alle Ortschaften, die kein Stadtrecht besitzen, auch wenn diese eine Bevölkerungszahl entsprechend einer Kleinstadt aufweisen, außerhalb der Betrachtung.

Für das Untersuchungsgebiet wurde in einem ersten Schritt tabellarisch eine Übersicht aller Orte, die im Rahmen des Forschungsprojektes als Kleinstädte angesehen werden, erarbeitet (Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet).³⁹ Für die 55 Städte wurde eine Kurzanalyse der wichtigsten demografischen, wirtschaftlichen, historischen und räumlichen Basisangaben vorgenommen. Im Einzelnen wurde die Entwicklung der Einwohnerzahl seit 1989 (Spalte 4), der administrative Status (Spalte 5) und die landesplanerische Zuordnung (Spalte 6) erfasst. Außerdem wurden das Datum der Stadtgründung (Spalte 7) und grundlegende historisch-städtebauliche Merkmale (Spalte 8) aufgenommen. Die funktionell-wirtschaftlichen Merkmale (Spalte 9) und die

³⁹ Für die tabellarische Übersicht wurde eine Vielzahl an Quellen verwendet, auf die in der Tabelle nicht verwiesen werden konnte. Im Einzelnen wurde auf folgende Quellen für die Analyse der Basisangaben zurückgegriffen: diverse Informationsbroschüren u. Internetpräsentationen der Städte; BIG Städtebau GmbH 1997; Wieden/Schmidt (Hg.) 1996; Enders 1984; Enders 1997; Engel u.a. 2000; Göschel (Hg.) 1984; Heinrich 1985; ISW 1995; Keyser 1939; LDS Bbg 2000; StaLA MV 2000.

Abbildung 14: Städte im Untersuchungsgebiet



Quelle: Diercke Weltatlas 1996: 19; eigene Nachträge

Entwicklung während der DDR-Zeit (Spalte 10) sind weitere Aspekte, die zur Kurzcharakteristik der Städte herangezogen wurden. Insgesamt zeigte sich, dass fast alle Städte durch deutliche Bevölkerungsverluste und erhebliche wirtschaftliche Probleme gekennzeichnet sind. Ein großer Teil der Städte hat ein in seiner baulichen Struktur weitgehend erhaltenes Altstadtzentrum und eine qualitativ wertvolle landschaftliche Umgebung.

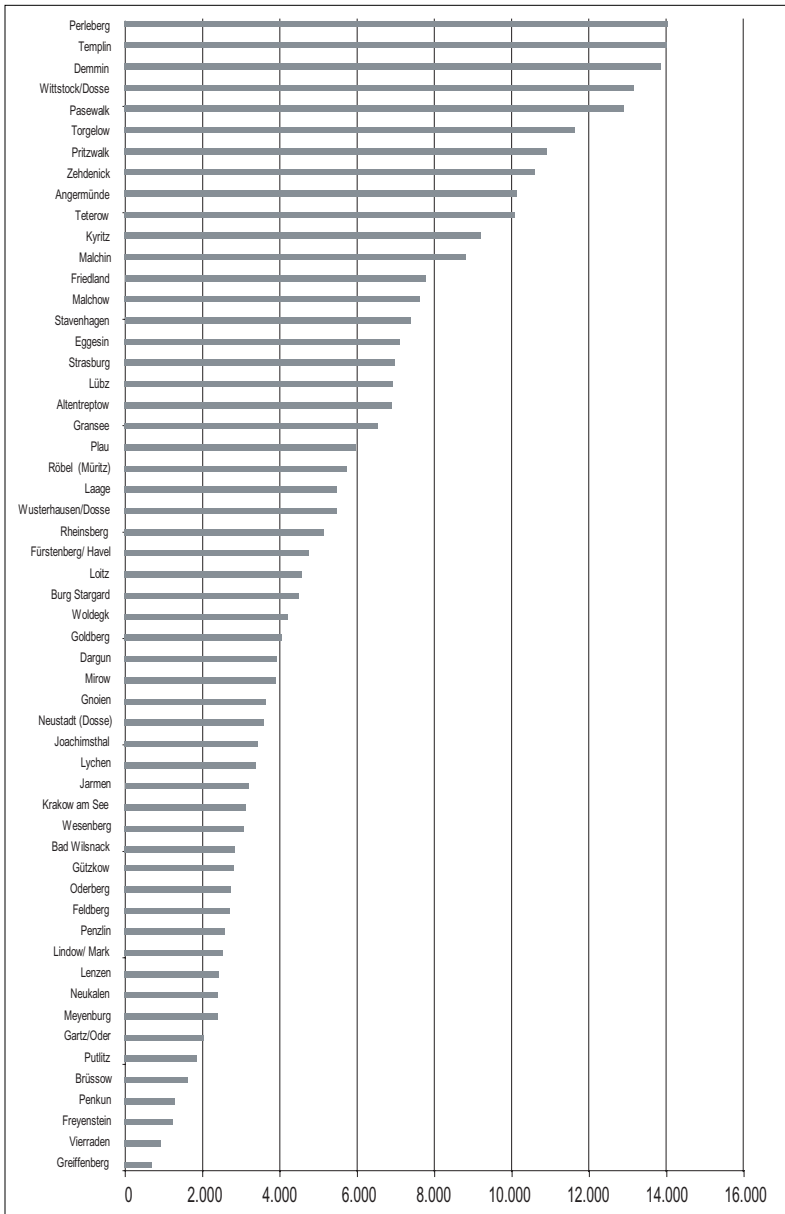
Fast alle Städte des Untersuchungsgebietes zeichnen sich durch eine jahrhundertelange Tradition des Stadtrechtes aus. Die durchschnittliche Größe der Städte liegt bei etwa 6.000 Einwohnern, wobei die Einwohnerzahlen der einzelnen Kleinstädte zwischen der kleinsten mit etwa 2.000 und der größten Stadt mit knapp unter 15.000 Einwohnern ohne er-

kennbare Ballung linear verteilt sind (vgl. Abbildung 15). Viele Städte wiesen schon deutliche Bevölkerungsrückgänge im 19. Jahrhundert auf, da sich industrielle Entwicklungen kaum in diesem Raum durchsetzen konnten. Fast alle Städte verzeichneten jedoch nach 1945 zunächst eine deutliche Zunahme der Einwohnerzahl durch Flüchtlinge und Vertriebene. Die meisten dieser Städte stagnierten während der DDR-Zeit auf diesem Stand oder verloren Einwohner. Gerade in den letzten Jahren der DDR zeigten sich in vielen Städten Bevölkerungsrückgänge. Seit der Wende beschleunigte sich der Rückgang der Einwohnerzahlen bis auf ganz wenige Ausnahmen stark. Die durchschnittliche Bevölkerungsabnahme zwischen 1989 und 1999 liegt bei etwa 10 %. Insgesamt erlitten sieben Städte Rückgänge von über 15 %, während bis heute lediglich fünf Städte Bevölkerungszuwächse verzeichnen, dies aber zumeist aufgrund von Eingemeindungen.

Die bauliche Struktur der Städte ist in ihrer Grundform ähnlich. Der Kern des 12. oder 13. Jahrhundert ist häufig noch gut zu erkennen und durch die regelmäßige Straßenanlage der mittelalterlichen Gründung mit Parallelstraßensystem, zentralem Markt, Rathaus – zumeist aus dem 18. oder 19. Jahrhundert –, mittelalterlicher Stadtkirche, Stadttoren und Befestigung geprägt. Die Bausubstanz der Bürgerhäuser stammt zumeist aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Außerhalb der Altstadt gibt es oft ein gründerzeitliches Wohnquartier am Bahnhof, randstädtische Kleinhaussiedlungen (überwiegend Einfamilienhäuser) vor allem der 1930er, 1970er und 1990er Jahre sowie häufig ein oder mehrere kleinere DDR-Neubaubgebiete. In Verwaltungszentren (Kreissitzen), Industrie- und Garnisonsstandorten umfassen diese Neubaubgebiete häufig eine deutlich größere Fläche und Anzahl von Wohneinheiten als die historischen Stadtbereiche und sind damit sowohl stadtbildprägend als auch Wohnort eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Etwa 11 % der Städte haben durch Kriegszerstörungen fast ihre komplette Altstadt verloren. Außerdem besaßen vier der Städte (7 %) mit Stadtrecht historisch nie ein „städtisches“ Ortsbild.

Die kleinen Städte dieses Raumes werden hinsichtlich ihres stadthistorischen Typs häufig pauschal als Ackerbürgerstädte bezeichnet. Allerdings trifft dies nur für einen kleinen Teil der 55 Städte im Untersuchungsraum im engeren Sinne zu. Nur wenige Städte waren überwiegend durch ausschließlich Landwirtschaft betreibende Ackerbürger geprägt. Der Begriff „Ackerbürgerstadt“ ist, wenn überhaupt, nur auf kleine Kleinstädte anwendbar. Fast alle lebten darüber hinaus von Handwerk und Handel, wenngleich beides auf regionale Absatzmärkte beschränkt blieb. Die größeren Kleinstädte besaßen des Weiteren wichtige Markt- und Dienstleistungsfunktionen für ihr ländliches Umfeld und waren Sitze von Ämtern oder Kreisverwaltungen.

Abbildung 15: Einwohnerzahlen der Kleinstädte im Untersuchungsgebiet 1999



Quellen: Melderechtlich registrierte Einwohner, n.: StaLa MV 2000 und LDS Bbg 2000

Die meisten Städte besitzen nur eine geringe industrielle Tradition. Häufig sind Betriebe typisch ländlicher Industrien (Baustoffindustrie, Lebensmittelindustrie) anzutreffen. Die DDR siedelte nur in wenigen Fällen in größerem Maßstab neue Industrien in den Städten an, bestehende Betriebe wurden jedoch fast immer weitergeführt. Als häufige Neuanlagen sind vor allem Textilfabriken und Betriebe des Nahrungsmittelgewerbes (z.B. Molkereien, Schlachthöfe) zu nennen. Als kleine Industriestädte – auch im eigenen Selbstverständnis – lassen sich nur Zehdenick, Lübz und Perleberg bezeichnen. Seit dem 18. Jahrhundert waren zahlreiche Städte Sitz von Garnisonen. In den 1930er und 1940er Jahren und nach 1945 wurde diese militärische Prägung noch wesentlich verstärkt.

Etwa 30 % der Städte hatten während der DDR-Zeit den Status einer Kreisstadt. Nach 1993/94 konnten nur drei Städte – Perleberg, Demmin und Pasewalk – diesen behaupten. Die meisten der Städte unter 10.000 Einwohnern sind heute Amtssitze. Nur wenige kleine Städte – zumeist die mit unter 3.000 Einwohnern – sind amtsangehörig, wobei sie jedoch mehrheitlich als Amtssitz und geschäftsführende Gemeinde fungieren.

Von der Regionalplanung wurden fünf Städte (9 %) als Mittelzentren und sieben Städte (12,7 %) als Mittelzentren mit Teilfunktionen eingestuft. Die Mehrzahl der Städte ist als Grundzentrum (Brandenburg) bzw. Unterzentrum (Mecklenburg-Vorpommern) ausgewiesen (55 %). Elf der sehr kleinen Kleinstädte wurden durch die jeweiligen Planungsverbände in die unterste zentralörtliche Ausweisung – „Kleinzentrum“ (Brandenburg) bzw. „Ländlicher Zentralort“ (Mecklenburg-Vorpommern) – eingeordnet, die in der Regel zumeist großen Dörfern zugewiesen werden. Damit besitzen sie nur noch eine sehr geringe zentralörtliche Funktion.

Anhand der durch die Kurzanalyse gewonnenen Erkenntnisse lässt sich die Grundgesamtheit der Städte, die für eine Untersuchung in Frage kommen, verringern. Nach dem Ausscheiden einiger Sonderfälle, deren Untersuchung im Rahmen des Projektes nicht fruchtbar erschien (z.B. Städte mit komplett zerstörten Stadtkernen, Suburbanisierungsorte nahe gelegener Mittelstädte und ausgeprägte Tourismusorte), wurden aus dem verbliebenen Städtesample von 36 Städten vier Untersuchungsorte ausgewählt. In Tabelle 9 sind die Grunddaten der 55 Städte der Grundausswahl und der 36 Städte der engeren Auswahl tabellarisch zusammengefasst.

Für die vertiefende Untersuchung wurden jeweils zwei Städte aus der Gruppe „große“ Kleinstädte um 10.000 Einwohner (Angermünde in der Uckermark und Teterow in der Mecklenburgischen Schweiz) und zwei Städte aus der Gruppe „kleine“ Kleinstädte um 3.000 Einwohner (Bad Wilsnack in der Prignitz und Goldberg in Westmecklenburg) bestimmt. Trotz aller Gemeinsamkeiten innerhalb dieses Stadtypus wurde bei der Auswahl auf eine unterschiedliche Ausstattung der Untersuchungsstädte

mit Chancen für die zukünftige Entwicklung geachtet, um ein möglichst repräsentatives Bild zu gewinnen und eine angenäherte Typik innerhalb des Städtesamples abbilden zu können. Einige Städte weisen spezielle Entwicklungsverläufe und wirtschaftliche Besonderheiten auf, die eine Vergleichbarkeit mit der überwiegenden Mehrzahl der anderen Kleinstädte nicht rechtfertigen. Da die Untersuchung solcher Sonderfälle im Hinblick auf die Forschungsfragen keine weitergehenden Erkenntnisse versprach, wurden diese Städte nicht in die engere Auswahl einbezogen. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Stadttypen:

Reine Militärstädte

Ein Sonderfall ist die Kleinstadt Eggesin. Als ehemalige reine Militärstadt - deren Prägung weit über die einer normalen Garnisonsstadt hinausging - ist sie für die angestrebte Untersuchung nicht geeignet.

Kriegszerstörte Städte

Eine größere Gruppe von Städten, insbesondere im östlichen Brandenburg und in Vorpommern hat durch Kriegseinwirkungen oder Brände nach 1945 weitgehend ihre historische Bausubstanz verloren. Sie wurden zumeist nicht Maßstab gerecht mit Block- und Plattenbauten wiederaufgebaut. Da fast keine bauliche Kontinuität der ehemaligen Kleinstadt mehr zu erkennen ist und die Bewahrung eines großen Teils der kulturhistorisch wertvollen Bausubstanz als Charakteristikum der Kleinstädte im Sinne des Forschungsprojektes dienen sollte, wurden diese Städte aus der weiteren Auswahl ausgeschlossen. Dabei handelte es sich um die Städte Friedland, Woldeck, Gartz und Demmin (s.a. Abbildung 7).

Städte ohne städtisches Erscheinungsbild

Eine weitere Bedingung war das Vorhandensein einer städtischen Baustruktur. Einige Orte, die im 19. und 20. Jahrhundert zu Städten erhoben wurden, haben sich baulich und strukturell jedoch nie über ihre dörfliche Struktur hinausentwickeln können und wurden deshalb nicht in die engere Auswahl übernommen: Torgelow, Dargun und Mirow.

Suburbanisierungsstädte

Ebenfalls aus der weiteren Betrachtung ausgeschlossen wurden Kleinstädte, die heute vor allem Suburbanisierungsorte von Mittelstädten der Region sind und sich deshalb kaum mehr eigenständig als zentrale Orte eines ländlichen Umfeldes betrachten lassen. Das sind im Einzelnen: Vierraden nahe Schwedt und Burg Stargard nahe Neubrandenburg.

Tourismusstädte und Kleinstädte mit größeren Investitionen

Als Sonderformen wurden ferner Kleinstädte ausgeschlossen, die durch besondere touristische oder wirtschaftliche Entwicklung nicht mit der Mehrzahl der anderen Städte zu vergleichen sind. Sehr stark durch Tourismus geprägte Orte wie Röbel, Rheinsberg und das durch Gewerbeansiedlung begünstigte Stavenhagen wurden deshalb nicht in die engere Aus-

wahl übernommen. Hierbei war die Abgrenzung schwer vorzunehmen. Es gibt eine Reihe von Kleinstädten, die ebenfalls eine positive Tourismusentwicklung verzeichnen oder Standorte wichtiger Investitionen sind, wo diese Struktur aber noch nicht völlig überwiegt. Diese Städte wurden in der engeren Auswahl belassen (z.B. Templin, Bad Wilsnack, Plau, Krakow).

Kleinstädte

Schließlich wurden die kleinsten Kleinstädte unterhalb von 2.000 Einwohnern nicht weiter untersucht, da dies zum einen ein relativ seltener Fall ist und städtische, auch kleinstädtische Strukturen hier am wenigsten wahrzunehmen sind. Hierbei handelt es sich um die Städte Penkun, Putlitz, Brüssow, Freyenstein und die mit 700 Einwohnern kleinste Stadt im Untersuchungsgebiet Greiffenberg.

Die bisher geschilderte Auswahl hat das Städtesample im Sinne der Konzeption der „most similar cases strategy“ vereinheitlicht und verkleinert. Die 36 verbliebenen Städte besitzen hinsichtlich administrativer, historischer, demografischer und stadtstrukturellen Aspekte ähnliche Voraussetzungen. Insbesondere bestehen Übereinstimmungen in folgender Hinsicht:

- Eindeutigkeit der kleinstädtischen Erscheinungsform;
- Rückgang der Bevölkerung und Funktionsabbau durch Verlust der wirtschaftlichen Basis;
- Gering verbliebene gewerblich-industrielle Substanz und Restbestände der Dienstleistungs- und Einzelhandelsfunktion für das ländliche Umland;
- weitgehend erhaltenes historisches Ortsbild.

Die realistischerweise anzutreffenden Unterschiede zwischen den Städten bestehen in der Stadtgröße und der spezifisch wirtschaftlich-funktionalen Tradition. Weitere Differenzierungen, die jedoch insgesamt vernachlässigt wurden, da ansonsten jeder Stadtvergleich undurchführbar ist, bestehen in:

- der Qualität des baulichen Erbes;
- der geografischen Lage und der Verkehrsanbindung;
- der zentralörtlichen Ausweisung durch die Landes- und Regionalplanung und der infrastrukturellen Ausstattung.

Ausgehend von der analysierten Similarität der Untersuchungsstädte der engeren Auswahl wird nachfolgend die Wahl der vier cases expliziert. Die Städte in der engeren Gruppe haben alle eine tendenziell gut erhaltene historische Bausubstanz. Ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen variieren nicht sehr stark voneinander. Bei der Auswahl der vier Städte stand deshalb der unterschiedliche Umgang mit den gebotenen Chancen

und bestehenden Problemen im Vordergrund. Als wesentliche Felder der Chancenausstattung wurden folgende Merkmale festgelegt:

- Qualität und Grad der Erhaltung der Bausubstanz
- Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Tradition/aktuelle wirtschaftliche Entwicklung
- Entwicklung während der DDR
- Lage und Verkehrsanbindung
- Zentralörtliche und administrative Stellung
- Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs
- funktionaler Bedeutungsverlust bzw. -gewinn nach der Wende

Die vier auszuwählenden Untersuchungsstädte sollten des Weiteren die wichtigsten Varianten innerhalb der engeren Städteauswahl abdecken und eine angenäherte Typik der Kleinstädte hinsichtlich der unterschiedlichen Chancenausstattung repräsentieren. Dazu wurden zwei „Städtepaare“ gebildet: jeweils zwei größere (um 10.000 Einwohner) und zwei kleinere Kleinstädte (um 4.000 Einwohner). In jedes „Städtepaar“ wurden eine Kleinstadt mit geringerer Chancenausstattung sowie eine mit besserer Chancenausstattung einbezogen. Außerdem wurden folgende Aspekte bei der Städteauswahl berücksichtigt:

Um den Untersuchungsraum in Ansätzen gleichmäßig abzudecken und um im Ergebnis Aussagen treffen zu können, die Gültigkeit für den gesamten Raum haben, sollten zwei Städte aus Brandenburg und zwei aus Mecklenburg-Vorpommern ausgewählt werden. Eine gleichmäßige Streuung der Untersuchungsstädte wurde jedoch nicht angestrebt. Zur Abdeckung der verschiedenen Traditionen eines administrativen Zentrums sollten zwei ehemalige Kreisstädte, die 40 % innerhalb der engeren Auswahl ausmachen, und zwei Städte ohne diese administrative Funktion ausgewählt werden.

Um der Verteilung der Chancen durch die heutige landesplanerische Ausweisung gerecht zu werden, sollten zwei Unter- bzw. Grundzentren (52,8 % der Städte in der engeren Abgrenzung) und je ein Mittelzentrum (16,7 %) und ein Teilfunktionsmittelzentrum (19,4 %) ausgewählt werden.

Der Abgleich aller dargelegten Auswahlmerkmale mit den Städten der „engeren Auswahl“ ergab letztlich – in alphabetischer Reihenfolge – die Städteauswahl (s. Abbildung 16).

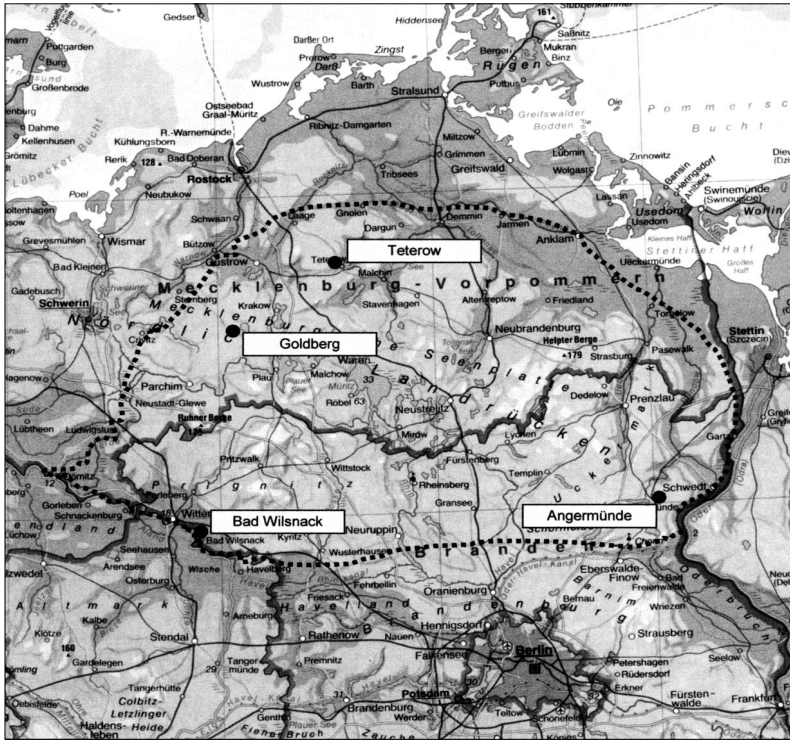
Angermünde in Brandenburg als größere Kleinstadt repräsentiert den Typus einer ehemaligen Kreisstadt mit geringen gewerblichen Traditionen und einer geringeren Chancenausstattung. Trotz großer touristischer Potenziale und guter Verkehrsanbindung ist die momentane wirtschaftliche Lage problematisch, die Bevölkerungszahl geht stark zurück. Bis auf

Tabelle 9: Vergleich der Grunddaten der Städte der Grundausswahl und der Städte der engeren Auswahl

Grunddaten	Städte der Grundausswahl	Städte der engeren Auswahl
DDR-Status		
Kreisstadt in der DDR	15 27,3%	13 36,1%
Keine Kreisstadt in der DDR	40 72,7%	23 63,9%
	55	36
Heutiger administrativer Status		
Kreisstadt	3 5,5%	2 5,6%
Amtsangehörig und gleichzeitig Amtssitz	21 38,2%	10 27,8%
Amtsfrei	28 50,9%	24 66,7%
Amtsangehörig/ nicht Sitz der Amtsverwaltung	3 5,5%	0 0,0%
	55	36
Landesplanerischer Status		
Mittelzentrum	5 9,1%	4 11,1%
Grundz. mit Teilfunktionen Mittelz.	7 12,7%	7 19,4%
Unterkern/Grundzentrum	31 56,4%	19 52,8%
Ländlicher Zentralort/Kleinzentrum	10 18,2%	6 16,7%
Landlicher Versorgungsort	2 3,6%	0 0,0%
	55	36
Alter (bezogen auf die Stadtrechtsverleihung)		
1200-1499	45 81,8%	33 91,7%
1500-1899	5 9,1%	3 8,3%
1900ff	5 9,1%	0 0,0%
	55	36
Typus		
"Ackerbürgerstadt" (Stadt mit geringen gewerblich-administrativen Funktionen)	35 63,6%	21 58,3%
Amts/Gewerbe/Marktstadt (trad. Handels- und Gewerbefunktion, Verwaltungssitz)	11 20,0%	7 19,4%
Industriestadt	4 7,3%	4 11,1%
Militärstadt, dominierende Garnison	3 5,5%	2 5,6%
Sonderfunktion (Bäder- und Erholungsort, Residenz)	2 3,6%	2 5,6%
	55	36
Bausubstanz		
vollständiger Erhalt mit herausragenden Ensembles und wichtigen Einzeldenkmälern (Befestigung, Stadtkirche etc.)	10 18,2%	8 22,2%
vollständiger Erhalt mit durchschnittlicher Bausubstanz oder Teilerstörung bei Erhalt eines herausragenden Stadtensembles	29 52,7%	22 61,1%
teilweise Zerstörung, Erhalt von wichtigen Einzeldenkmälern oder Teilensembles	6 10,9%	6 16,7%
Totalzerstörung und unmaßstäblicher Neubau	6 10,9%	0 0,0%
kein städtisches Siedlungsbild	4 7,3%	0 0,0%
	55	36

Quelle: siehe FN 39, S. 111 und eigene Berechnungen

Abbildung 16: Karte des Untersuchungsgebietes mit den vier Untersuchungsstädten



Quelle: Diercke Weltatlas 1996: 19; eigene Nachträge

einen kleinen Teil ist die historische Bausubstanz innerhalb der Altstadt erhalten geblieben. Mit Stadtkirche, Klosterkirche und Rathaus besitzt die Altstadt auch herausragende Einzeldenkmale. In Teilen lassen sich die Städte Kyritz und Malchin ebenfalls diesem Typ zuordnen.

Bad Wilsnack in Brandenburg ist eine kleinere Kleinstadt mit einer vergleichsweise guten Chancenausstattung durch die Konzentration der Entwicklung auf ihre historische Tradition als Kurstadt. Wie die meisten kleineren Kleinstädte hat die Stadt eine geringe Tradition als Verwaltungs- und Industriestandort. Sie ist in ihren gut erhaltenen baulichen Strukturen, nicht aber in ihrer städtebaulichen Anlage, als typische Kleinstadt des Raums anzusehen. Die Bevölkerungszahl ist seit 1989 nur in geringem Umfang zurückgegangen (ähnliche touristische bzw. Kurbedeutung hätten auch Plau oder Krakow).

Goldberg in Mecklenburg repräsentiert den Typus der kleineren Kleinstadt mit geringerer Chancenausstattung. Die ursprüngliche „Ackerbürgerstadt“ ohne gewerbliche und administrative Traditionen besitzt heute schlechte Entwicklungsperspektiven, weil mit der ehemals ansässigen Garnison die wichtigste Wirtschaftsbasis weggebrochen ist und die Bevölkerungszahl sehr stark abnimmt. Goldberg hat ein fast vollständig erhaltenes Altstadtzentrum, jedoch ohne herausragende Einzeldenkmale (ähnliche Städte sind Jarmen, Neukalen, Oderberg oder Wusterhausen).

Teterow in Substanz innerhalb der planmäßig angelegten Altstadt ist weitgehend erhalten. In Teilen sind die Städte Templin (weniger Gewerbe), Wittstock, Pritzwalk vergleichbar.

Die vier Untersuchungsstädte repräsentieren mit dieser Auswahl eine weitgehende Ähnlichkeit hinsichtlich der Anforderung „most similar cases“. Die folgende tabellarische Zusammenstellung (vgl. Tabelle 10) fasst die Kriterien stadtspezifisch zusammen, die für die ‚Ähnlichkeit‘ der gewählten Untersuchungsstädte kennzeichnend sind. Gleichzeitig wird verdeutlicht, dass die ausgewählten Fälle den wichtigsten Varianten unterschiedlicher „Chancenausstattung“ innerhalb der Vielfalt der Kleinstädte im Untersuchungsraum entsprechen. Ergänzend werden mit der Abbildung 17 die charakteristischen Merkmale im Zusammenhang mit der Bewertung als „Chancenausstattung“ der Untersuchungsstädte tabellarisch zusammengestellt.

Tabelle 10: Auswahl der Untersuchungsstädte in der Region „Typ 4: Strukturschwache ländliche Räume ohne nennenswerte (aus Bundessicht messbare) Entwicklungspotenziale“ n.d. Kriterium „most similar cases“

Stadt	Teterow	Goldberg	Bad Wilsnack	Angermünde
Stadtrecht	seit ca. 770 Jahren	seit 754 Jahren	seit ca. 600 Jahren	seit ca. 770 Jahren
Einwohnerzahl	zwischen 2.000 und 10.000	zwischen 2.000 und 10.000	zwischen 2.000 und 10.000	zwischen 2.000 und 10.000
wirtschaftliche Situation	Arbeitsplatz-abbau (Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung)	Arbeitsplatz-abbau (Industrie, Landwirtschaft, Militär)	Arbeitsplatz-abbau (Industrie, Landwirtschaft)	Arbeitsplatz-abbau (Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung)
Städtebauliche Situation	städtische Struktur u. histor. Altstadt, DDR-Neubaugebiete	städtische Struktur u. histor. Altstadt, DDR-Neubaugebiete	städtische Struktur u. histor. Altstadt	städtische Struktur u. histor. Altstadt, DDR-Neubaugebiete
Bevölkerungs-entwicklung	starker Bevölkerungsrückgang	starker Bevölkerungsrückgang	starker Bevölkerungsrückgang	starker Bevölkerungsrückgang
Altersstruktur im Vergleich	ähnlich	weitgehend ähnlich, aber mehr Jüngere	weitgehend ähnlich, aber mehr Ältere	ähnlich
Administrativer Status	Kreisangehörig (Kreisstadtverlust)	Kreisangehörig	Kreisangehörig	Kreisangehörig (Kreisstadtverlust)
Arbeitslosenquote	sehr hohe Arbeitslosenquote	sehr hohe Arbeitslosenquote	hohe Arbeitslosenquote	sehr hohe Arbeitslosenquote
Infrastruktur	Infrastrukturabbau	starker Infrastrukturabbau	geringer Infrastrukturabbau	Infrastrukturabbau

Abbildung 17: Chancenausstattung der Untersuchungsstädte

Stadt	Bevölkerungs- entwicklung 1989-99	Admin.Status: Entwicklung gegenüber DDR	Chancen durch landes- planerische Zuordnung	Verkehrliche Lage	Wirtschaftliche und kulturelle Traditionen	Aktuelle wirt- schaftliche Entwicklung	Historisch- bauliche Merkmale	Stadt- sanierung	Touristische Lage
Angermünde	Mittlere Ver-luste (-10,6); gebremste Rückläufigkeit	Kreisstadt- verlust 1993	Grundzentrum mit Teilfunktion Mittelzentrum, über 3 Mittelzentren in der Nähe	Gute Straßenan- bindung, sehr guter Bahnanschluss	Lange Tradition als regionales Verwaltungszentrum, wenig Industrie, großes PCs, Dienstleistungszentrum für Landwirtschaft	Stagnation: landw. Produktion, wenig verarb. Gewerbe	Histor. Altstadt und herausragende histor. Gesundheitsanz Gesundheitsanz	Stadt- sanierung voran- geschritten	Gute Chancen: histor. Altstadt + bedeutende Landschaft (Großmündsee und Oderflut)
Bad Willnack	Kaum Verluste (-2,3); aktuell geringe Zunahme	seit 1994 Amtsitz: Bad Willnack/ Weiten (Umland + Stadt)	Grundzentrum Kurstadt- entwicklung	Mittlere Straßen- anbindung, sehr guter Bahn- anschluss	Im Mittelalter Wallfahrtsort, seit 1907 Tradition als Kurort, kleinere Betriebe, Landwirtschaft, Auspendergemeinde	Wachstum: vor allem als Kurstadt, kleine spezialisierte Gewerbe	Histor. Stadtkern, ein herausragendes Baudenkmal	Stadt- sanierung stagniert	Sehr gute Chancen: Wunderblut-Kirche, Havel-mündung, Eiblandschaft, Kur- /Thermalbad
Goldberg	Starke Verluste (-20,7); andauernd rückläufig	Ohne Veränderung, Konkurrenz zu starkem Umlandart	Untierzentrum	Mittlere Straßenanbindung; OV: schlecht (Bus seltener, Bahnhof zu)	Ackerbürgerstadt, in der DDR Garnisonsstadt, keine Gewerbebetriebe	Niedergang des verarb. Gewerbes und Abzug der Garnison	Histor. Stadtkern, keine herausragenden Bauten	Stadt- sanierung stagniert und Verfall	Begrenzte Chancen: Schwitzer Heide, See verlandet, Vogelbeobachtung
Teterow	Mittlere Ver-luste (-12,4); aktuelle Stabilisierung	Kreisstadt- verlust 1994	Mittelzentrum mit Teilfunktionen	Gute Straßen- anbindung, mittlere Bahnbindung	Alte Handels- und Handwerkerstadt, DDR: Kreisstadt, Industrie; Traditionen: Motorradrennen, Hechteage, Burgwall; Thünen	Wachstum Biochemo-logie, Einkaufszentrum für weite Umland	Histor. Stadtkern und einige bedeutende Bauten	Stadt- sanierung voran- geschritten	Gute Chancen: histor. Altstadt, Berggrünungen + Hechtefest, Meck.bg. Schweiz

5.3 Städte im Vergleich: Stadt- und Sozialprofile

Sozialwissenschaftliche Fallstudien handeln in der Regel von spezifisch-ortsgebundenen Konstellationen. Sozialstrukturanalysen operieren hingegen zumeist mit sozialen Kategorien, die keinen Raum- und Ortsbezug beinhalten. Im Folgenden werden beide Ebenen aufeinander bezogen, indem die sozialstrukturelle Analyse der Kleinstadtgesellschaft an die Entfaltung einer spezifischen Stadtidentität in der historischen Zeit gebunden wird. So sehr die Sozialstruktur in den Untersuchungsstädten auch vergleichbar ist, umso mehr aber ist die spezifische Ortsidentität, also der symbolische Ortsbezug (Treinen), abhängig von der individuellen „Biografie“ der jeweiligen Stadt. In diesem Sinne stellen die einzelnen Kleinstädte Repräsentationen eines allgemeinen Typus dar, sind aber zugleich „historische Individuen“ (Max Weber). Deshalb werden zunächst die einzelnen Untersuchungsstädte in ihren historischen, kulturellen und baulichen Besonderheiten dargestellt und danach in ihren soziodemografischen Merkmalen und sozialräumlichen Strukturen analysiert. Der genaue methodische Zugang der empirischen Untersuchung wird ausführlich im Anhang 1 dargestellt.

5.3.1 Stadtprofile: Die Fallstudien⁴⁰

Stadtprofil Angermünde

„Wie eine gewaltige Weltstadt lag Randemünde [Angermünde] da, mit seiner mächtigen Marienkirche, dem Kloster, dem Pulverturm, und überhaupt. Der Zug hielt an, und Hermann erklärte, wie groß und reich die Stadt sei und dass es da wohl tausend Jungens gäbe. So müssen die Goten vor Rom gestanden haben.“

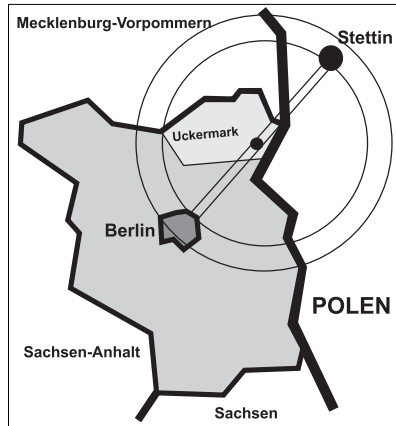
Ehm Welk: Die Heiden von Kummerow

Angermünde liegt in der südlichen Uckermark zwischen den Städten Schwedt, Prenzlau und Eberswalde, ca. 70 km nordöstlich von Berlin und 60 km südlich von Stettin (vgl. Abbildung 18). Die Stadt besitzt eine der am besten erhaltenen historischen Stadtanlagen der Uckermark.

Die verkehrliche Anbindung der Stadt ist günstig. Sowohl über Straße und über Schiene ist die Stadt an die Hauptstrecken angebunden. Die Fahrzeit mit dem Regionalexpress vom Berliner Zentrum beträgt etwa 1,15h. Die Stadt ist zum einen über die Bundesstraße 2 mit Berlin verbunden und zum anderen mit der Autobahn A11 über den nahe gelegenen Abzweig Joachimsthal günstig zu erreichen.

⁴⁰ Die Stadtprofile in diesem Kapitel basieren auf den ausführlichen Darstellungen im Forschungsbericht „Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadttyp?“ (vgl. Hannemann/Benke 2002: 91ff.)

Abbildung 18: Lage von Angermünde



Quelle: <http://www.angermuende.de> 8.8.2001

Angermünde liegt außerhalb des engeren Verflechtungsbereiches Berlin-Brandenburg. Als Teil des Landkreises Uckermark gehört die Stadt zur Planungsregion Uckermark-Barnim. Sie ist als Grundzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums ausgewiesen. Im Nahbereich, in dem Angermünde grundzentrale Versorgungsfunktionen übernimmt, leben in 17 Gemeinden 15.615 Einwohner (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim 1996: 20). Neben der Versorgungsfunktion eines Grundzentrums soll die Stadt „aufgrund vorhandener, einzelner Einrichtungen zur Deckung des gehobenen Bedarfs [...] auch mittelzentrale Versorgungsaufgaben übernehmen“ (ebd.: 12).

In der Planungsregion liegt Angermünde mit seinem zentralörtlichen Status im Rang jedoch hinter Eberswalde, dem einzigen Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums, und den vier Mittelzentren Templin, Bernau, Schwedt und Prenzlau (ebd.: Karte zentralörtliche Gliederung). Im Entwurf des Landesentwicklungsplanes erscheint die Stadt deshalb als „weißes Gebiet“ außerhalb der zu fördernden Entwicklungszentren. Mittelfristig strebt Angermünde deshalb gemeinsam mit Schwedt den Status eines „Mittelzentrums in Funktionsergänzung“ an. (Bürgermeister A 2001).

Nach ausländerfeindlichen Übergriffen durch rechtsradikale Jugendliche hat Angermünde ein rechtsextremes Image, wie die ganze Region Uckermark. Dagegen gibt es in der Stadt engagierte Bestrebungen, lokal und überregional durch kulturelle Programme (Konzerte, Ausstellungen) und die Fortschritte der Stadtsanierung positiver wahrgenommen zu werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden der Stadt heute von der

Regionalplanung vor allem durch die gute verkehrliche Erschließung („Verkehrsknotenpunkt der südlichen Uckermark“), die historische Bau- substanz und die Lage in einer touristischen Region mit den Großschutz- gebieten Schorfheide und Unteres Odertal zugebilligt (vgl. Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim 1996: 12). Sowohl der Regi- onalplan als auch der Wirtschaftsplan des Landkreises Uckermark sehen für Angermünde lediglich im Tourismus Möglichkeiten für eine neue wirtschaftliche Entwicklung. Die Ziele der Stadtentwicklung konzentrier- en sich dementsprechend stark auf die Förderung des Tourismus. Zum einen sollen die natürlichen Vorzüge der landschaftlich reizvollen Umge- bung unter dem Slogan „Angermünde, die Stadt an den drei Seen“ ver- marktet werden und zum anderen soll die fortschreitende Sanierung des Altstadt-kerns Besucher in die Stadt ziehen (vgl. Abbildung 19). Auch die Sicherung des Strandbades, des Tierparks und des neuen Informations- zentrums für die Schorfheide sowie der Ausbau des Rad- und Wanderwe- genetzes und die Schaffung weiterer Übernachtungsmöglichkeiten sollen bessere Rahmenbedingungen für den Tourismus schaffen. (vgl. PLK Städ- tebau 2000: 44) Nach dem Grundsatzbeschluss der Stadt vom 26.2.1997 ist geplant, Angermünde außerdem zu einer „mittelständischen Wohn- und Gewerbestadt“ zu entwickeln.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung eröffnet die Osterweite- rung der EU, insbesondere die in wenigen Jahren zu erwartende Mitglied- schaft Polens, neue Perspektiven wirtschaftlicher Verflechtung, allerdings auch erhebliche Gefahren für den lokalen Arbeitsmarkt.

Abbildung 19: Luftbild von Angermünde

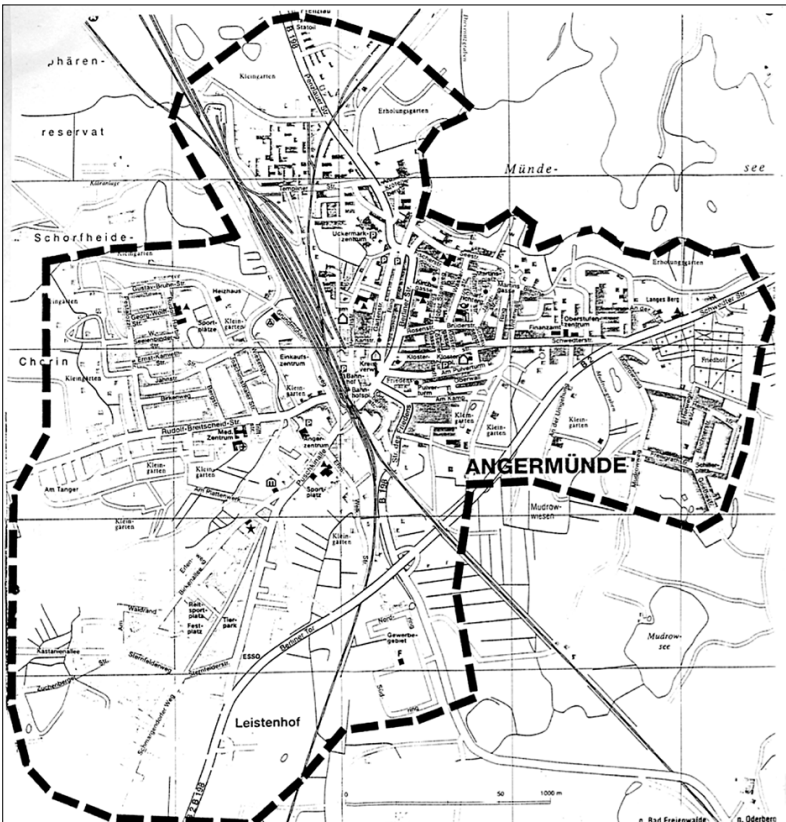


Quelle: Schwabenflugbild D-91601 Dornbühl

Die Kernstadt Angermündes (Abbildung 20), die das Untersuchungsgebiet bildete, setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen: der historischen Altstadt östlich des Bahnhofs bis zum Mündsee und der Weststadt jenseits der Bahnstrecke mit gründerzeitlichem Baubestand am Bahnhof und einem größeren Neubaubereich aus DDR-Zeiten sowie einigen Einfamilienhausgebieten. Am Rande der Altstadt finden sich außerdem noch weitere Einfamilienhausbereiche und nördlich ein zweites Wohngebiet in industrieller Bauweise.

Im Rahmen der Gemeindeneugliederung in Brandenburg erfährt Angermünde statistisch 2002 einen erheblichen Einwohnerzuwachs. Die Gemeinden des Amtes Angermünde-Land haben sich im November 2001

Abbildung 20: Die Kernstadt Angermündes



Quelle: VSK Verlagsgesellschaft Stadtplan u. Kreiskarte mbH: Faltpplan Angermünde, eigene Einträge, o.M.

für den Anschluss an Angermünde entschieden, dessen Einwohnerzahl dann auf etwa 16.000 steigen wird (vgl. MOZ 2001).

Die Gründung der Stadt Angermünde⁴¹ erfolgte im Zuge der Ostsiedlungsbewegung am Ort einer slawischen Vorsiedlung um das Jahr 1233. Im Jahre 1284 wurde Angermünde erstmals „civitas“ genannt (vgl. Heinrich 1985: 7). Die Stadt wuchs schnell und spätestens 1302 hatte die bauliche Entwicklung Angermündes den räumlichen Umfang erreicht, den die Stadt bis ins 19. Jahrhundert behalten sollte (vgl. Keyser 1939: 473). Bis zum 16. Jahrhundert entwickelte sich Angermünde zu einem wichtigen Markt- und Fernhandelsort.

Mit dem Ausgang des Mittelalters endete die erste Blütezeit Angermündes. Seit dem 16. Jahrhundert nahm die Bedeutung als Fernhandelsort durch die Verlagerung der Handelsrouten ab. Wie die gesamte Uckermark hatte die Stadt im Dreißigjährigen Krieg schwer zu leiden. Nach der Zerstörung im Jahre 1637 verlor die Stadt endgültig jede wirtschaftliche Bedeutung über die Uckermark hinaus (vgl. ebd.: 474).

Eine tiefer gehende Prägung und einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung erfuhr die Stadt erst seit dem späten 18. Jahrhundert durch die Verlagerung von staatlichen Institutionen nach Angermünde: 1817 wurde der Kreis Angermünde gebildet. Mit weiteren Ansiedlungen von Justiz-, Steuer-, Post- und Eisenbahnverwaltungen konnte sich die Stadt auf diese Weise in den nächsten Jahrzehnten zu einer bedeutenden Verwaltungs- und Beamtenstadt im nördlichen Brandenburg entwickeln (vgl. ebd. und Engel 2000 u.a.: 7). Durch ihre Stellung als Verwaltungsmittelpunkt der südlichen Uckermark erlebte die Stadt eine erneute Blütezeit und wuchs um mehr als das Dreifache. Die sehr frühe Eisenbahnanbindung (bereits im Jahre 1843) führte zu weiterem Stadtwachstum, hatte jedoch kaum Industrialisierung zur Folge.

Durch die Belebung der Stadtentwicklung konnte Angermünde um 1840 erstmals seit dem Mittelalter mit einer Stadterweiterung über die Grenzen der historischen Altstadt hinaus beginnen. Die drei Haupttore der Stadtbefestigung wurden in diesem Zusammenhang bis 1846 abgetragen (vgl. Keyser 1939: 474). Auch nach 1900 wurde die Industrialisierung von der Stadtverwaltung kaum gefördert. Trotz der guten Verkehrsanbindung siedelte sich kein größerer Industriebetrieb an. Charakteristisch blieb die Entwicklung Angermündes zu einer Beam-

⁴¹ Den Namen Angermünde erhielt die Stadt bei ihrer Gründung von Tangermünde, das auch ursprünglich meist als Angermünde bezeichnet wurde. Deshalb wurde Angermünde lange Zeit „Neu-Angermünde“ genannt. Tangermünde bezieht sich auf den Ort Angermund bei Düsseldorf (Rat der Stadt 1983a: 7).

tenstadt durch den Sitz der Kreisverwaltung und verschiedener anderer Behörden des Staates und der Reichsbahn (vgl. ebd.).

Die geringe Industrialisierung prägte die Bevölkerungsstruktur der Stadt: Arbeiter waren wenig vertreten. Neben den Verwaltungsangestellten lebten hier hauptsächlich Beschäftigte der Landwirtschaft. Die Garnison, die in der Stadt mehr als hundert Jahre lokalisiert war, wurde 1926 nach Neuruppin verlegt, so dass ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein formendes Bevölkerungsmerkmal verloren gingen (vgl. Engel u.a. 2000: 8).

In der DDR-Zeit blieb Angermünde Kreisstadt. Auch wurden die meisten Vorkriegsbetriebe fortgeführt, jedoch nur wenige industrielle Neuansiedlungen vorgenommen: Das Emaillierwerk (bestand seit 1883, VEB Stanz-Emaillierwerk) und die Kalksandsteinfabrik (VEB Kalksandsteinwerk) wurden erweitert. Ebenso wurden der Schlachthof (VEB Fleischwarenfabrik), die Molkerei (etwa 200 Beschäftigte) und das Bahnbetriebswerk ausgebaut (vgl. Enders 1986: 26). 1973 wurde außerdem ein „Agrochemisches Zentrum“⁴² (für insgesamt 33 LPGs und VEGs der Umgebung) gegründet, das 1983 etwa 120 Beschäftigte hatte. (vgl. Rat der Stadt Angermünde 1983: 80) Im großen Kreis Krankenhaus waren etwa 250 Menschen beschäftigt. Außerdem entstanden der Kreisbetrieb für Landtechnik (aus der ursprünglichen Maschinen-Ausleih-Station), der VEB Getreidewirtschaft mit großen Siloanlagen im Norden der Stadt, ein Kraftfahrzeuginstandsetzungsbetrieb (VEB Kraftverkehrskombinat Betriebsteil Angermünde) und das Landbaukombinat. Aus der Zusammenfassung kleinerer Bauhandwerksbetriebe entstand zunächst der VEB Ausbau Nord und letztlich der Kreisbaubetrieb (ebd.: 50).

Insgesamt wurde die wirtschaftliche Struktur Angermündes in der DDR-Zeit wenig verändert; die industriellen Investitionen in der südlichen Uckermark konzentrierten sich weitgehend auf Schwedt, so dass Angermünde zunehmend in Konkurrenz zu dieser neuen Industriestadt geriet. Diese band Investitionen in Wohnungsbau und Infrastruktur an sich, bis sie als kreisfreie Stadt aus dem Kreisverband ausgegliedert wurde. Zunächst konnte Angermünde jedoch durch die Errichtung von Wohnungen für die Bauarbeiter und ersten Beschäftigten der Schwedter Großbetriebe, der VEB Petrolchemisches Kombinat (PCK) und der VEB Papier- und Kartonwerke Schwedt (PKS) profitieren. Im Verlauf der weiteren Entwicklung geriet die Stadt jedoch immer stärker in den industriellen Windschatten Schwedts.

Das Auf und Ab der Stadtentwicklung zeigt sich auch in der Entwicklung der Bevölkerungszahl der Stadt. (vgl. Abbildung 21) In der

⁴² Agrochemische Zentren (ACZ) waren für eine spezifische Form landwirtschaftlicher Dienstleistungen zuständig, für Düngung und Pestizidaustrag.

spätmittelalterlichen Blütezeit Angermündes betrug die Einwohnerzahl der Stadt etwa 2.000 (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 18). Der wirtschaftliche Bedeutungsverlust und insbesondere die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges ließen die Einwohnerzahl in der Folgezeit dramatisch sinken: Während des 17. und 18. Jahrhundert betrug die Bevölkerungszahl der Stadt zwischen 150 (1663) und 1.700 (1733) Einwohnern. Erst im 19. Jahrhundert wuchs die Stadt wieder: Bis 1840 auf 3.600 Einwohner, auf 7.334 im Jahre 1895 und auf 9.476 im Jahre 1939. Durch den starken Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen verzeichnete die Stadt 1946 das erste Mal knapp über 10.000 Einwohner. Den höchsten Einwohnerstand erreichte Angermünde 1964 mit 12.308 Einwohnern. Seitdem sank die Einwohnerzahl bis zum Ende der DDR auf 11.423 (vgl. Engel 2000 u.a.: 5). Insbesondere die Anziehungskraft des nahe gelegenen neuen Industriestandortes Schwedt sorgte für diese Bevölkerungsabwanderung (vgl. Heinrich 1985: 7).

Den dramatischsten Wandel seit der Neuzeit erfuhr die Wirtschaftsstruktur der Stadt mit der Vereinigung. Am 30.6.1990 gab es 6.769 Arbeitsplätze, die sich (vgl. Tabelle 11) wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilten (vgl. Planungsgruppe Nord-Ost 1991b: 27):

Tabelle 11: Erwerbstätige nach Arbeitsstätten in Angermünde 30.6.1990

Wirtschaftsbereiche	Arbeitsplätze	in %
Industrie	847	12,5
Bau	272	4,0
Sonstiges prod. Gewerbe	177	2,6
Landwirtschaft, Forst- und Nahrungsmittelgewerbe	496	7,3
Verkehr, Post, Nachrichten	1.430	21,1
Handel	1.100	16,3
Geldwirtschaft	383	5,7
Bildung, Kultur, Gesundheit	1.639	24,2
Öffentliche Verwaltung	264	3,9
Private Handwerker	133	1,9
Sonstiges	28	0,4
Gesamt	6.769	

Quelle: Planungsgruppe Nord-Ost 1991b: 27

Die Systematik lässt sich nicht ohne weiteres mit der bundesdeutschen Statistik vergleichen. Insgesamt ist jedoch mit kaum 20 % der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe ein sehr niedriger Wert festzustellen. Eine auffallende Konzentration von Arbeitsplätzen gab es im Bereich Verkehr, Post, Nachrichten sowie Bildung, Kultur und Gesundheitswesen.

Nach 1990 wurden die meisten landwirtschaftlichen Industrien der Stadt stillgelegt oder extrem verkleinert. Zusätzlich beeinträchtigte der

Kreisstadtverlust im Jahre 1993 die wirtschaftliche Grundlage der Stadt und ihr 175 Jahre altes Selbstverständnis als Verwaltungshauptstadt der Region erheblich. Nur wenige verarbeitende Betriebe konnten sich stark verkleinert halten.

Ende Dezember 1998 waren von den 3.751 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort Angermünde 3,5 % in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei tätig, 21,7 % im produzierenden Gewerbe, 26 % im Handel, Gastgewerbe und Verkehr und 48,8 % in sonstigen Dienstleistungen (LDS 2001c). Damit zeigt sich eine starke Kontinuität der Verteilung der Beschäftigtenstruktur mit der DDR-Zeit – bei allen Einschränkungen, die man beim Vergleich der unterschiedlichen Wirtschaftssystematiken machen muss. Die absolute Anzahl der Beschäftigten ist durch Betriebsschließungen allerdings stark zurückgegangen.

Im größten Gewerbegebiet der Stadt ‚Oderberger Straße‘, das seit 1993 im Süden der Stadt angelegt wurde, sind erst 29 % der 27 ha belegt: u.a. sind hier ein großer Getränkevertrieb, eine Fensterbaufirma, die Feuerwehr, der Bundesgrenzschutz, ein Fachgroßhandel und ein Autohaus ansässig. Das einzige produzierende Gewerbe, das sich hier ansiedelte, ist die Firma Preußen Email GmbH mit 15 Beschäftigten, welche aus dem VEB Emaillewerk, das seinen Standort in der Altstadt aufgeben musste, hervorgegangen ist (Bürgermeister A 2000). 2001 konnten Ansiedlungsverträge mit einer Druckerei und einem Holzverarbeitenden Betrieb geschlossen werden (Bürgermeister A 2001).

Die große Molkerei und das Kalksandsteinwerk wurden nach 1990 stillgelegt. Zwei Getreidegroßhandelsunternehmen haben ihren Sitz in Angermünde und führen, wenngleich mit sehr geringer Beschäftigtenzahl, die Tradition Angermündes als Markort der Uckermark weiter. Das größte private Unternehmen der Stadt – eine Spedition – beschäftigt 135 Mitarbeiter, während die meisten anderen deutlich weniger als 50 Beschäftigte haben (Wirtschaftsförderung Angermünde 2001: 2).

Investitionen und damit Institutionen, die nach der Wende in der Stadt etabliert wurden, und den Kreisstadtverlust kompensieren sollten, gehören zum Bereich des öffentlichen Sektors: Besonders bedeutend war hier die Ansiedlung des Bundesgrenzschutzes mit etwa 220 Beamten im neuen Gewerbegebiet ‚Oderberger Straße‘ (Bürgermeister A 2000). Weiterhin erfolgte der Neubau des Finanzamtes, von Einrichtungen der Stadtverwaltung, eines Polizeireviers in der Altstadt und von Außenstellen der Kreisverwaltung Uckermark. Zukünftig wird zudem die Verwaltung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin in einem alten Speichergebäude in der Altstadt ihren Sitz haben (vgl. MOZ 2000). Im Jahre 2001 waren immerhin noch etwa 1.350 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst

und Sozial- und Gesundheitseinrichtungen in Angermünde beschäftigt (Wirtschaftsförderung Angermünde 2001).

Im Jahr 2000 gab es 3.646 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt. Dazu kamen noch etwa 500 Selbstständige und Unternehmer, womit etwa 4.150 Arbeitsplätze in Angermünde bestanden (Wirtschaftsförderung Angermünde 2000a). 1998 standen 1.812 Auspendlern 1.984 Einpendlern zu Angermünder Arbeitsstellen gegenüber. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat in den letzten sechs Jahren abgenommen: 1994 betrug die Zahl noch 4.486, 1996 bereits nur noch 3.730, 1998 mit 3.751 nur geringfügig mehr (Wirtschaftsförderung Angermünde 2000a).

Die Deökonomisierung Angermündes führte zu einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in der Stadt. Im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstädten wies die Stadt im Juni 2001 mit einer offiziellen Arbeitslosenquote (vgl. Tabelle 12) von etwa 17 % (LDS 2001a), bezogen auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren), den höchsten Wert auf. Zu diesem Zeitpunkt waren in Angermünde 1.166 Arbeitslose registriert. (BAA 2001) Die Anzahl von Sozialhilfefällen betrug Ende 1999 166, bei insgesamt 367 betroffenen Personen. (vgl. ebd.) Im Vergleich zu 1995 (183 Zahlfälle, bei 421 Personen) hat sich die Zahl leicht verringert (Wirtschaftsförderung Angermünde 2000b).

Tabelle 12: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Angermünde

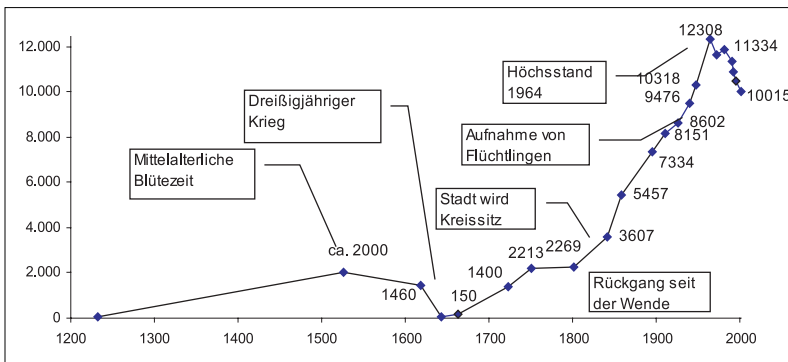
Stadt Angermünde	Arbeitslose jeweils Ende Juni	Anteil der Frauen an den Arbeitslosen	Sozialhilfeempfänger
1994	740	k.A.	294
1995	763	k.A.	421
1996	902	57,5 %	385
1997	1.048	55,2 %	570
1998	964	56,5 %	368
1999	974	55,7 %	367
2000	1.172	k. A.	k. A.
2001	1.166	52,9 %	k. A.

Quelle: Arbeitsamt Eberswalde 2000; Wirtschaftsförderung Angermünde 2000b und 2000c; BAA 2001

Der wirtschaftliche Erosionsprozess wird auch durch den Rückgang der Einwohnerzahlen seit 1990 deutlich: von 11.423 Einwohnern im Jahre 1989 auf 10.217 im Jahre 1999. Mitte 2000 wurde mit 9.934 Ein-

wohnern erstmals seit mehr als 50 Jahren wieder die Grenze von 10.000 Einwohnern unterschritten (vgl. Abbildung 21). Der Anteil der unter 15-Jährigen ging von 21,1 % im Jahre 1990 (LUA 2000) auf 13,0 % im Jahre 2000 (LDS 2001a) zurück und entspricht damit weitgehend der rückläufigen Entwicklung im gesamten Land Brandenburg; von 20,5 % im Jahre 1990 auf 14,1 % 1999 (LDS 2001b).

Abbildung 21: Einwohnerentwicklung Angermünde.



Quelle: Göschel (Hg.) 1984: 18; Rat der Stadt Angermünde 1983: 18; Engel 2000 u.a.: 5; Keyser 1939: 474; LDS 2001a; Grafik Carsten Benke

Der Anteil der über 65-Jährigen nahm von 12,5 % (1990) auf 17,9 % (2000) (LDS 2001a) dagegen etwas stärker als im Landesdurchschnitt zu (von 12,1 % 1990 auf 14,9 %: Stand 1999) (LDS 2001b). Der Anteil der unter 15-Jährigen ging von 21,1 % im Jahre 1990 (LUA 2000) auf 13,0 % im Jahre 2000 (LDS 2001a) zurück und entspricht damit weitgehend der rückläufigen Entwicklung im gesamten Land Brandenburg; von 20,5 % im Jahre 1990 auf 14,1 % 1999 (LDS 2001b). Der Anteil der über 65-Jährigen nahm von 12,5 % (1990) auf 17,9 % (2000) (LDS 2001a) dagegen etwas stärker als im Landesdurchschnitt zu (von 12,1 % 1990 auf 14,9 %: Stand 1999) (LDS 2001b).

Die zentrale städtebauliche Entwicklungstendenz nach 1990 war die „Rückgewinnung“ der Altstadt durch die Stadtsanierung. Insgesamt hat sich die städtebauliche Grundstruktur der Gesamtstadt nach 1990 nicht wesentlich gewandelt. Nur einige neue Einfamilienhausgebiete wurden, vor allem im Anschluss an bestehende Siedlungsgebiete, ausgewiesen. Weitergehende Planungen aus den ersten Jahren nach 1990 wurden inzwischen zurückgenommen.

Die Altstadt ist durch alte Bausubstanz geprägt; nur wenige Bauten stammen aus der Nachkriegszeit. In der gesamten Altstadt waren, so

eine Analyse von 1991, von 364 Hauptgebäuden nur 40 (11 %) nach 1948 erbaut worden, während deren Anteil in der Gesamtstadt bei etwa einem Drittel liegt. Fast die Hälfte (49,2 %) der Gebäude stammt aus der Zeit zwischen 1818 und 1870. 92 Gebäude, das sind 25,3 % wurden im Zeitraum von 1871 bis 1918 errichtet. Nur geringen Anteil an der Bausubstanz haben Bauten aus den Jahren vor 1818 (31 oder 8,5 %) oder aus den Jahren 1919 bis 1948 (6 % oder 22 %). Acht Gebäude standen 1991 leer, vier waren Ruinen (Planungsgruppe Nord-Ost 1991a: 1991: Tab 3).

Seit 1995 steht die gesamte Altstadt unter Ensemble-Denkmalschutz. Im Geltungsbereich dieser Satzung sind „der mittelalterliche Stadtgrundriss, das historisch gewachsene Erscheinungsbild der Stadt, charakterisiert durch Höhe, Anordnung, Proportion und Material der baulichen Anlagen, die Maßstäblichkeit der Bebauung, Straßen- und Platzraumbildung, die Gestaltung, Befestigung und Bepflanzung der unbebauten Flächen sowie die Silhouette der Stadt geschützt“ (SVV 1999: 2). Seit 1992 besteht hier zudem eine Erhaltungssatzung. 1995 wurde das Sanierungsgebiet in der Altstadt formell ausgewiesen. Darüber hinaus wurde für die Altstadt in Zusammenhang mit der Sanierung eine Gestaltungssatzung aufgestellt. 1994 errang Angermünde in einem Bundeswettbewerb eine Goldmedaille für seine Altstadtsanierung.

In der gesamten Stadt waren 1990 59 % der 1.396 Wohngebäude in Privatbesitz, 28 % Volks- und 12 % Genossenschaftseigentum (LDS GWZ 95 Uckermark 1996: 41).⁴³ Bis 1995 stieg dieser Privatanteil auf 68 % und 20,5 % des Wohnungsbestandes befanden sich im Besitz von kommunalen bzw. staatlichen Institutionen bzw. Wohnungsbaugesellschaften (ebd.: 57). Der Anteil der Privathäuser ist trotz der Steigerung seit 1990 mit 68 % immer noch der niedrigste aller Untersuchungsstädte. Im Vergleich hat Angermünde mit einem Anteil von 20,7 % Eigentümerwohnungen gegenüber 79,3 % Mietwohnungen (Stand 1995) die geringste Eigentümerquote (ebd.: 128f.). Die Wohnungsgesellschaft Angermünde, als größter Einzeleigentümer in der Stadt, besitzt heute 974 Wohnungen im Neubaugebiet und 379 Wohnungen im Altbaubereich (BWG 2000).

Auch die politischen Machtverhältnisse haben sich mit der Wende stark gewandelt. Seit 1990 stellt die SPD den Bürgermeister der Stadt und war in den bisherigen Kommunalwahlen immer stärkste Fraktion in

⁴³ Der Anteil des privaten Eigentums bei den Wohneinheiten war jedoch sehr viel geringer, da vorwiegend kleine altstädtische Häuser und Einfamilienhäuser im Privatbesitz waren, während sich die großen Mietshäuser in staatlichem oder genossenschaftlichem Besitz befanden.

der SVV. Bei der ersten Kommunalwahl nach der Wende 1990 wurde die SPD mit 35,7 % deutlich vor CDU und PDS (mit jeweils etwa 21 %) stärkste Fraktion. Der B.F.D. erhielt 4,9 %, sonstige Wählervereinigungen 10,5 %. Bei den Wahlen im Jahr 1993 konnte sich die SPD erheblich auf 40,6 % steigern, während die PDS mit etwa 20 % ihr Ergebnis hielt. Die Wählergemeinschaft überholte mit 19 % deutlich die CDU (13 %). Seit der Kommunalwahl vom 27.09.1998 sind in der SVV vier Parteien bzw. Vereinigungen vertreten: Die SPD mit acht, die CDU mit drei, die PDS mit fünf und die Freie Wählergemeinschaft mit sechs Abgeordneten. Es lässt sich ein konstant hoher Stimmenanteil für die SPD feststellen, während die CDU vor allem zugunsten der wachsenden Wählergemeinschaft abgenommen hat (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Angermünde

Wahl-jahr	Beteiligung	CDU	SPD	PDS	FDP/ BFD	Grüne/ B90	Wähler- gemein- schaft	Einzel- bewerber	Son- stige
		in % der gültigen Stimmen							
1990	68,7	21,4	35,7	21,7	4,9	0,0	5,8	0,0	10,5
1993	58,5	12,9	40,6	20,3	3,0	1,5	19,0	0,8	
1998	73,9	14,0	35,2	21,5	2,6	0,0	25,3	0,0	

Quelle: LDS 2000a

Zwischen den Mitgliedern der SVV und den örtlichen Vereinen ist eine enge personelle Verflechtung erkennbar: Von 22 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind acht Vereinsvorsitzende und zwei Ehepartner von Vereinsvorsitzenden.

Der 1990 gewählte Bürgermeister (SPD) blieb, trotz eines Volksbegehrens im Jahre 1997 für seine Absetzung wegen Führungsschwäche, bis zu seiner Krankschreibung im Jahre 1999 im Amt, und wurde erst im Jahre 2000 von dem jetzigen Amtsinhaber (SPD) abgelöst. Dieser wurde bei der ersten direkten Bürgermeisterwahl im April 2000 mit über 61,5 % der Stimmen gegen den Kandidaten der Freien Wählergemeinschaft im Amt bestätigt (Bürgermeister A 2000).

Angermünde besitzt mit 64 eingetragenen Vereinen (Mai 2000) eine umfangreiche Vereinskultur. Den größten Anteil nehmen die 25 Sportvereine ein. Daneben gibt es vier wirtschaftliche Vereine, acht musikalische und kulturelle Vereine, acht Jugendvereine und 26 sonstige Vereine (Stadtverwaltung 2000). Der Karnevalsverein, der nach 1990 gegründet wurde und heute zwischen 80 bis 100 Mitgliedern zählt, ist durch seine

Veranstaltungen sehr präsent in der Stadt. Durch kulturelle Aktivitäten treten auch der Verein zur Förderung der Blasmusik und der Heimatverein hervor. Der Schützenverein, dessen Tradition bis ins 17. Jahrhundert zurück reicht, wurde 1992 als „Schützengilde 1696 e.V. Angermünde“ neu begründet. Die Volkssolidarität ist in Angermünde bestehen geblieben und hat eine wichtige Position in der Altenbetreuung gewonnen. Vor kurzem ist der Klosterverein, zur Förderung der baulichen Unterhaltung der Klosterkirche, entstanden.

Die größte Kirchengemeinde in der Stadt ist die evangelische Kirche. Daneben bestehen noch seit 1854 eine sehr aktive evangelisch-lutherische Gemeinde, eine katholische Gemeinde (seit der Reformation erstmals wieder 1853), die neuapostolische Kirche (seit 1983), die methodistische Kirche (seit 1980) und die französisch-reformierte Kirche (seit 1687) (vgl. Engel u.a. 2000: 8f.).

Angermünde ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Ortskernen in Brandenburg“ und im Verein „Gmünder Städte in Europa“. Partnerbeziehungen bestehen seit 1982 mit der Stadt Strzelce Krajeńskie/Polen und seit 1990 mit den nordrhein-westfälischen Städten Espelkamp und Lügde.

Neben dem städtischen Heimatmuseum (z.Z. nur Sammlung ohne Ausstellungsräume, lediglich kleinere Ausstellungen in Klosterkirche und Pulverturm) befindet sich in der Stadt das Ehm Welk Literatur Museum, zu Ehren des Schriftstellers, der bei Angermünde geboren wurde, sowie westlich der Stadt das Naturparkinformationszentrum Blumberger Mühle. Angermünde besitzt außerdem den einzigen Tierpark der Uckermark, der im Freizeit- und Kulturleben der Stadt eine wichtige Rolle einnimmt und nach dem Krieg auf dem Gelände eines Stadtparks entstanden ist.

Das Kreiskulturhaus („Kaisergarten“) wurde in der Stadt nach 1945 eingerichtet und bestand bis 1991. Das Gebäude steht heute leer. Das einzige Kino in der Stadt wurde 1992 geschlossen. Am Rande der Altstadt entstand nach 1990 eine Sport- und Mehrzweckhalle. Mit dem Angermünder Musiksommer in der Marienkirche, den Tierpark- und Strandbadfesten, dem Schützenfest, einem Tanzmusikwettbewerb, Ausstellungen in der Klosterkirche und dem Internationalen Hartgesteinsymposium haben sich jedoch eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen in der Stadt neu oder wieder etabliert. So sind heute die „Uckermärkischen Blasmusiktage“ das wichtigste Fest der Stadt.

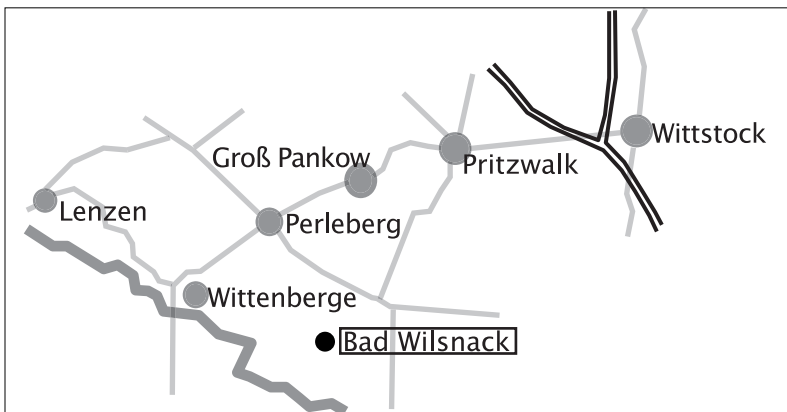
Stadtprofil Bad Wilsnack

„... Als bald danach Johann v. Wepelitz [...] den Havelberger Bischofsstuhl bestieg, war das „Heilige Blut von Wilsnack“ schon in der ganzen christlichen Welt berühmt. Es kamen Pilger nicht nur aus der Mark und allen Teilen Deutschlands, auch aus Schweden, Dänemark, Norwegen, Polen und Ungarn. Die Ungarn kamen alle Jahr an vierhundert Mann stark und unterhielten ein Wachlicht von solcher Größe, dass es oben von dem hochgelegenen Orgelchor her angesteckt werden musste. Der Andrang war so groß, dass die durch den Dorfbrand verarmten Bauern sich als Gastwirte wieder auftraten, Handwerker gesellten sich ihnen, um für das Sorge zu tragen, was die Tausende von Pilgern brauchten und so wuchs die Stätte derart, dass man ihr Wall und Mauern und ein Stadtrecht gab.“

Theodor Fontane 1888: Fünf Schlösser S. 19/20

Bad Wilsnack, nach seiner Einwohnerzahl kaum größer als ein Dorf, besitzt in seinem Kern den baulichen Charakter einer ländlichen Kleinstadt. Die Stadt liegt im brandenburgischen Landkreis Prignitz, nahe der Grenze zur Altmark. Die Anbindung der Stadt an das Schienennetz ist sehr gut. Die Fahrzeit zum Berliner Zentrum beträgt mit der direkten Anbindung durch einen Regionalexpress etwa 1 ½ Stunden und nach Hamburg mit Umsteigen etwa 2 ½ Stunden. An das übergeordnete Straßennetz ist die Stadt durch die einige Kilometer nördlich des Ortes verlaufende Bundesstraße 5 angeschlossen (vgl. Abbildung 22).

Abbildung 22: Lage von Bad Wilsnack



Quelle: <http://www.fremdenverkehr-prignitz.de/home/main.htm>: 6.8.2001

Seine größte Bedeutung besaß Wilsnack im späten Mittelalter, als es ein Wallfahrtsort mit europaweiter Anziehungskraft war. Noch heute ist Wilsnack vor allem durch die große „Wunderblutkirche“ – die „Glucke von Bad Wilsnack“ – bekannt (vgl. Abbildung 23).

Abbildung 23: Luftbild von Bad Wilsnack



Quelle: Kurstadt Bad Wilsnack ca. 1999, Dombühl: Schwabenflugbild

In der DDR hatte Bad Wilsnack keine Kreisstadtfunktion und gehörte zum Kreis Perleberg, Bezirk Schwerin. Der Ort galt als „Landstadt mit bedeutendem Auspendleranteil von 20 bis 30 %“, dessen wirtschaftliche Grundlage die Betreuungs- und Versorgungsfunktion für ein relativ begrenztes Umland bildete (Känel 1975: 55). Zudem förderte die DDR den Badebetrieb seit 1949 weiter und die Kureinrichtungen wurden zu einem Rheumasanatorium ausgebaut (vgl. Göschel 1984 (Hg.): 493). Insgesamt wurde die Stadt in der DDR-Zeit nur wenig überformt, weder wirtschaftlich, noch baulich oder sozialstrukturell. Das Fehlen von DDR-Geschosswohnungsbau und größeren Industrieansiedlungen erwiesen sich nach 1990 als Entwicklungschance für die Stadt.

Prägend für die Stadt war die sich nach 1900 mit der Entstehung der Moorbadeanstalt entstehende kurstädtische Tradition. 1929 erhielt Wilsnack den Kurstadtstatus. Nach 1990 wurde dieser Status erneut, allerdings bisher nur vorläufig, verliehen. Bis heute unternimmt die Stadt unter dem Motto „Bad Wilsnack. Ein Bad mit Tradition“ bzw. „Gesunde Stadt Bad Wilsnack“ große Anstrengungen, alle Einrichtungen zu schaf-

fen, um diesen Titel auch dauerhaft zu sichern und überregionale Anziehungskraft zu gewinnen (Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 1999:1).

Außerdem soll der Fremdenverkehr ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Stadt werden, die sich selbst nunmehr auch als „Tor zur Elbtalau“ bezeichnet. Allerdings gibt es Spannungen zwischen der Klinikleitung und dem Rathaus in Bad Wilsnack. Gemeinsame Entwicklungsziele sind zwar auf dem „Papier“ formuliert, in der Realität existiert aber eine sowohl baulich-räumliche als auch politisch-wirtschaftliche deutliche Trennung der Stadt in Klinikbereich und Altstadt.

1990 wurde Bad Wilsnack mit dem gesamten Kreis Perleberg dem Land Brandenburg zugewiesen, zu dem es bis 1952 gehört hatte. Seit der Landkreisneuordnung im Jahre 1993 gehört Bad Wilsnack zum Landkreis Prignitz. Im selben Jahr wurde das Amt Bad Wilsnack-Weisen mit Amtssitz in Bad Wilsnack gegründet. Neben der Stadt Bad Wilsnack, mit einem ehrenamtlichen Bürgermeister, der auch Vorsitzender des Amtsausschusses ist, gehören weitere Gemeinden mit insgesamt 7.304 Einwohnern zum Amtsbereich. 40 % davon leben in der Gemeinde Bad Wilsnack (vgl. Stadt Land Fluss 2000: 23).

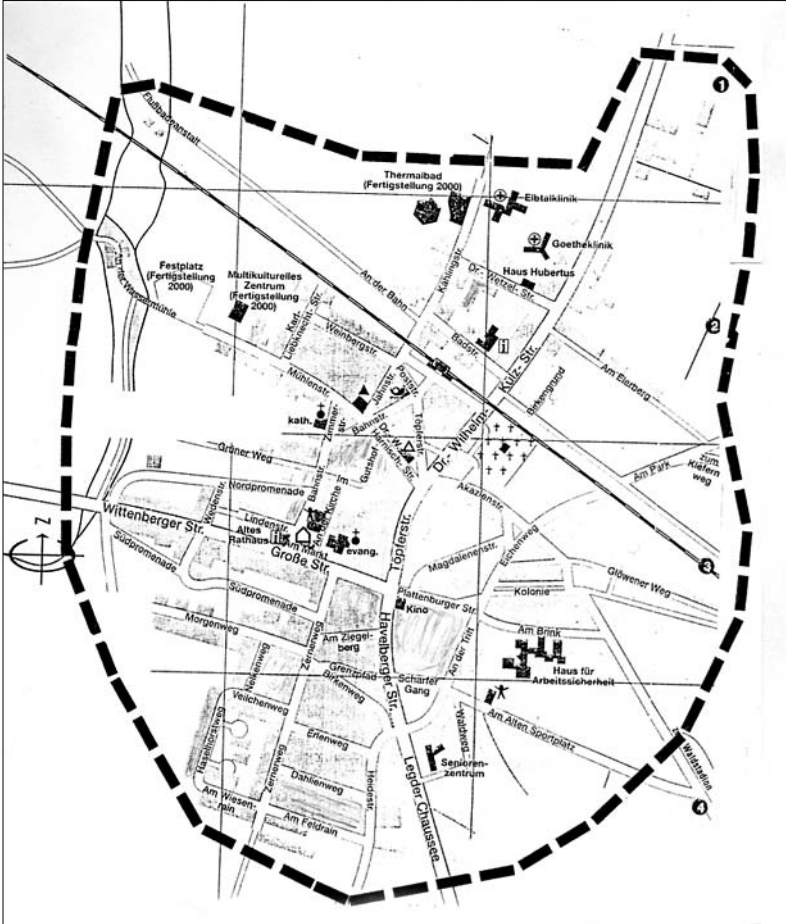
Neben seiner Funktion als administratives Zentrum wurde der Stadt auch der Status als Grundzentrum für die ländliche Umgebung zugewiesen. In den Jahren 1996/97 wurde durch den Bau der Geschäftszeile „Im Gutshof“ mit Geschäften und sozialem Wohnungsbau die zentralörtliche Ausstattung verstärkt. Außerdem bietet die Altstadt mit 32 Läden (Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 1999: 5) ein breites Angebot. Durch die Konzentration auf die Innenentwicklung konnte eine Ausweitung von Handels- und Gewerbeflächen auf den Ortsrand weitgehend vermieden werden.

Landesplanerisch ist die Stadt Teil des Planungsraumes Prignitz-Oberhavel, der sich aus den Kreisen Prignitz, Ost-Prignitz-Ruppin und Oberhavel zusammensetzt. Die Stadt liegt im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs im Einflussbereich des Mittelzentrums Wittenberge und des Grundzentrums mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums Perleberg. Die Regionalplanung weist Bad Wilsnack als Grundzentrum mit der besonderen Funktion als Kur- und Wohnort aus. Dementsprechend ist die Stadt- und Gewerbeentwicklung auf den Ausbau des Kurort-Charakters der Stadt ausgerichtet (Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel 1998).

Das Gemeindegebiet von Bad Wilsnack reicht heute somit weit über den Bereich der Kernstadt hinaus. Es umfasst eine Fläche von 6.565 ha und neben der eigentlichen Stadt Bad Wilsnack weitere Ortsteile. Im Stadtprofil wird die Kernstadt betrachtet, der heutige Ortsteil Bad Wils-

nack, zu dem die Altstadt und zumeist unmittelbar anschließende Einfamilienhausgebiete gehören (vgl. Abbildung 24).

Abbildung 24: Die Kernstadt von Bad Wilsnack



Quelle: VSK Verlagsgesellschaft Stadtplan und Kreiskarte mbH: *Faltplan Angermünde, eigene Einträge, o.M.*

Im November 2000 lebten in der Kernstadt 2.268 Einwohner (Einwohnermeldeamt 2000).⁴⁴ Bad Wilsnack hat seit 1990 keinen drastischen

⁴⁴ Die statistischen Angaben im Stadtprofil beziehen sich in der Regel, wenn nicht anders angegeben, auf die Gesamtgemeinde. Bei der Beschreibung der Geschichte und städtebaulichen Struktur beschränkt sich die Darstellung jedoch auf die

Einwohnerrückgang zu verkraften. Obwohl die Einwohnerzahl zunächst rückläufig war, stabilisierte sie sich seit 1996.

Wilsnack wurde um 1300 als Kirchdorf gegründet. Der Name geht auf das altpolabische ‚Vilsn‘ak‘ zurück, was soviel wie „Ort an einem Erlengehölz“ heißt. Die Umwandlung des Dorfes in eine Stadt wurde durch die Entwicklung einer Wallfahrtsstätte in der Wilsnacker Kirche verursacht. Im Jahre 1384 wurden Wilsnack und die so genannten drei „Wunderbluthostien“ erstmals in einem päpstlichen Ablassbrief erwähnt: Infolge einer Brandschatzung des Ortes im Jahre 1383 wurden der Legende nach auf dem Altar der verwüsteten Kirche drei unversehrte, blutende Hostien gefunden (vgl. Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983: 7f.). Diese „Wunderbluthostien“ sorgten in den folgenden Jahrhunderten für eine nahezu europaweite Bekanntheit und einen reichen Pilgerstrom aus dem Deutschen Reich, Ungarn, Polen, Dänemark und England (vgl. Heinrich 1985: 394). Das Pilgerwesen war einer der lukrativsten Wirtschaftszweige des Mittelalters. Schon 1384 wurde der Bau einer neuen Wallfahrtskirche, der Wunderblutkirche St. Nikolai, begonnen. Bis 1552 war Wilsnack einer der wichtigsten Wallfahrtsorte in Nordeuropa und einer der fünf bedeutendsten Wallfahrtszielpunkte des christlichen Abendlandes (vgl. Cors 1930).

Aufgrund dieser Entwicklung konnte sich Wilsnack die wirtschaftlichen und rechtlichen Attribute einer Stadt aneignen. Im Jahr 1397 wurde Wilsnack erstmals „oppidum“ genannt, was darauf hindeutet, dass es nicht mehr als Dorf galt und sich zu einem Markort gewandelt hatte (vgl. Engel u. a. 2000: 18). 1471 erhielt der Ort die städtische Gerichtsbarkeit (vgl. Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983: 8). Erneute städtische Rechte wurden 1513 zugesichert und gefestigt, jedoch ohne dass der Ort explizit Stadt („civitas“) genannt wurde. Die dörfliche Bevölkerungsstruktur wandelte sich in diesen Jahren zu einer städtischen: Zahlreiche Gewerke entstanden, Handwerker und Kaufleute siedelten sich an. Wilsnack wurde zum wirtschaftlichen Handwerks- und Gewerbezentrum eines – begrenzten – Gebietes (vgl. ebd.).

Mit dem Jahr 1552 endete die Wunderblutwallfahrt, da der erste evangelische Geistliche der Stadt – Joachim Ellefeld – die „Wunderbluthostien“ als heidnische Götzenanbeterei verbrannte. Damit fand auch die wirtschaftliche Blütezeit des Ortes ihr vorläufiges Ende. „Die vielen Handwerker, Händler und Herbergsvermieter in Wilsnack waren auf ihre Kunden und Gäste, nicht auf das ländliche Umfeld der Stadt orientiert,

im Zentrum der Untersuchung stehende Kernstadt, die weitgehend dem Ortsteil Bad Wilsnack entspricht.

wo sie außerdem auf das Bannmeilenrecht von Perleberg stießen“ (ebd.: 10). Außerdem war der Ort nach 1558 von Stadtbränden und Seuchen betroffen (vgl. BIG Städtebau GmbH 1998: 13).

Die Stadtentwicklung der frühen Neuzeit war weitgehend von Stagnation geprägt. Um 1730 hatte die Stadt nur etwa 700 Einwohner. Wilsnack wurde durch den Einflussbereich der umliegenden Städte (z.B. Perleberg) und die Herrschaftsansprüche ihrer neuen Stadtherren eingeschränkt (Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983: 40). Aus der Herrschaft des Havelberger Bischofs war der Ort nach der Säkularisierung zunächst an den brandenburgischen Kurfürsten gelangt, der Wilsnack als adlige Mediatstadt in den Besitz der Familie von Saldern übergab (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 492), die die Stadt Jahrhunderte im Besitz behalten sollte.

Die Stadtentwicklung der frühen Neuzeit war weitgehend von Stagnation geprägt. Um 1730 hatte die Stadt nur etwa 700 Einwohner. Wilsnack wurde durch den Einflussbereich der umliegenden Städte (z.B. Perleberg) und die Herrschaftsansprüche ihrer neuen Stadtherren eingeschränkt (Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983: 40). Aus der Herrschaft des Havelberger Bischofs war der Ort nach der Säkularisierung zunächst an den brandenburgischen Kurfürsten gelangt, der Wilsnack als adlige Mediatstadt in den Besitz der Familie von Saldern übergab (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 492), die die Stadt Jahrhunderte im Besitz behalten sollte.

Da der Anteil klassischer Ackerbürger relativ gering war, die Stadt besaß nur wenig eigenes Land, das sie zudem gegenüber den Ansprüchen der Stadt- und Gerichtsherren von Saldern verteidigen musste, lässt sich Wilsnack treffender als „Landstädtchen“ (vgl. Heinrich 1985: 393) mit städtischem Handwerk und Ackerbürgern bezeichnen. Mit den Reformen der Kommunalverfassung im 19. Jahrhundert verloren die von Saldern 1808 und 1849 ihre Rolle als Stadt- und Gerichtsherren und Wilsnack gewann größere Selbstständigkeit (vgl. Engel 2000 u.a.: 21).

Im Jahre 1846 wurde die Bahnlinie Berlin-Hamburg eingeweiht und die Stadt erhielt erstmals einen Bahnhof. Im Gegensatz zum nahe gelegenen Wittenberge konnte Wilsnack diese sehr frühe Anbindung an eine Eisenbahnhauptstrecke nicht zur Ansiedlung von Industrie nutzen und stagnierte weitgehend in seinen frühneuzeitlichen Strukturen.

Erst im 20. Jahrhundert gelang es der Stadt wieder, ihre Entwicklung zu dynamisieren. Die kommunalen Infrastrukturen konnten ausgebaut werden. Das zentrale Ereignis war die Entdeckung eisenoxidgehaltiger Moorerde bei Wilsnack im Jahre 1906, was schon im darauf folgenden Jahr zum Bau einer Moorbadeanstalt führte. Der Kurbetrieb brachte zahlreiche Patienten und Besucher nach Wilsnack. 1929 wurde Wilsnack offiziell zum Kurort Bad Wilsnack erklärt (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 493) und entwickelte sich darüber hinaus zu einem Berliner Ausflugsziel.

Den Zweiten Weltkrieg überstand Bad Wilsnack im Wesentlichen ohne Schäden. Das wichtigste Standbein der Wirtschaftsentwicklung blieb der Kurbetrieb. Schon 1946 wurde der Badebetrieb wieder aufgenommen. Die auf die Behandlung von Rheuma spezialisierte Klinik entwickelte sich mit etwa 150 Beschäftigten vor 1990 zum größten Arbeitgeber in der Stadt (Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 2000a). Außerhalb des eigentlichen Kurbereiches entstand im Süden als weitere größere soziale Einrichtung ab 1959 ein großes Pflegeheim (vgl. Hahn 1984: 140).

Die Land- und Forstwirtschaft blieb in der Nachkriegszeit eine wirtschaftliche Grundlage Bad Wilsnacks. Die erste LPG wurde 1953 gegründet. 1973 wurden alle bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften an die LPG „Deutsch-sowjetische Freundschaft“ in Groß Lüben angeschlossen. (vgl. Enders 1997: 965) Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft ging in der DDR-Zeit zwar kontinuierlich zurück, mit 17 % der Beschäftigten war sie aber auch noch im Jahre 1981 ein wichtiger – weit über dem Durchschnitt der DDR und der anderen Untersuchungsstädte liegender – Wirtschaftsfaktor (Gemeindespiegel 1981).

Durch die Ansiedlung bzw. den Ausbau kleinerer spezialisierter Industriebetriebe in den 1950er Jahren vergrößerte sich die Bedeutung der Industrie geringfügig: Noch 1956 gab es in Bad Wilsnack nur 127 Beschäftigte in Industrie und größeren Gewerbebetrieben (Kreis Perleberg 1956: 100). Der VEB Cleo Schreibgeräte (Flaggschiff war der Cleo-Skribent) wurde in diesem Jahr westlich der Altstadt angesiedelt und hatte Ende der 1980er Jahre etwa 85 Beschäftigte. Außerdem wurde 1958 die PGH Gloria gegründet, die seit 1972 unter dem Namen VEB Schaltelektronik fortgeführt wurde. Der Betrieb stellte vor allem Steuerschränke her und zählte in den 1980er Jahren 125 Mitarbeiter. Das Nähmaschinenwerk Wittenberge hatte eine Außenstelle in Bad Wilsnack, in der Nähmaschinenteile hergestellt wurden. Seit 1970 gab es außerdem noch den VEB Hoch- und Tiefbau mit etwa 40 Beschäftigten (Enders 1997: 965 und Amtsverwaltung Bad Wilsnack-Weisen 2000a). Im Jahre 1981 arbeiteten 39,4 % der erwerbstätigen Bevölkerung im Bereich Industrie und Bauwesen und 43,7 % in sonstigen Bereichen (Gemeindespiegel 1981).

Nach 1990 war die wirtschaftliche Entwicklung zunächst von Strukturabbau in allen Wirtschaftsbereichen der Stadt gekennzeichnet. Nachdem jedoch die Entscheidung gefallen war, dass die Kurkliniken als marktwirtschaftliche Unternehmen weitergeführt werden können, hat Bad Wilsnack diese private Initiative aufgenommen und den Kurortcharakter der Stadt ausgebaut. 1993 wurde die neue Elbalklinik als Rehabilitationsklinik eröffnet. 1995 konnte die um- und ausgebaute Goetheklinik wieder den Betrieb aufnehmen. Daneben gibt es heute noch als dritte

Großeinrichtung das Kurmittelhaus, das auf ambulante Kuren spezialisiert ist. Ein Kurhotel und der Kurpark ergänzen die Kurangebote. 1997 konnte durch die Stadt eine Bohrung nach Thermalwasser erfolgreich abgeschlossen werden (vgl. Amt Bad Wilsnack-Weisen 1998: 4). Das von der Stadt neu errichtete Thermalbad wurde am 21.12.2000 eröffnet, eine Mehrzweckhalle (u.a. Sporthalle und Bibliotheksstandort) sowie ein Gradierwerk⁴⁵ im Jahr 2001. Daneben sind weitere Baumaßnahmen (vor allem Freiraumgestaltungen, Kurpark) in Planung (vgl. PR 2001b). Alle Kur- und Wellnesseinrichtungen konzentrieren sich jedoch nördlich des Wilsnacker Bahnhofs, der eine städtebauliche Barriere in der Stadt bildet (vgl. Abbildung 24).

Die Kurstadtentwicklung erzielte spürbare Arbeitsplatzeffekte. Viele der Beschäftigten des Kurbetriebes kommen jedoch – aus Mangel an qualifizierten WilsnackerInnen – aus anderen Orten der Region (Bürgermeister B 2001). Wichtig für das schnelle Wachstum des Kurbetriebes war das Engagement des regionalen Trägers KMG – Klinik Management Gesellschaft⁴⁶, die einer Initiative eines Arztes der ehemaligen DDR-Kliniken zu verdanken ist. Er ist heute der Geschäftsführer des Unternehmens, das mehrere Einrichtungen in der Prignitz betreibt, sich aber vor allem auf Bad Wilsnack konzentriert (vgl. TS 2000). Zum Standort Bad Wilsnack sind heute 500 Mitarbeiter der KMG zugeordnet (vgl. KMG 2000), jedoch nur etwa 250 am Ort beschäftigt (vgl. Amtsverwaltung Bad Wilsnack-Weisen 2000a). Einen weiteren Aufschwung erhofft man sich durch die Besucher der Kurgäste und einen ansteigenden Tagestourismus nach Bad Wilsnack. Inklusive des Ortes Ledge bietet Bad Wilsnack heute 222 Hotelbetten, 85 Privatunterkünfte und 218 Betten in der Reha-Klinik (vgl. Amtsverwaltung Bad Wilsnack-Weisen 1999: 6).

Als weitere wichtige Neuansiedlung konnte 1995 das „Haus für Arbeitssicherheit“ der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft nach Bad Wilsnack geholt werden. Die Berufsgenossenschaft hatte sich für diesen Standort entschieden, nachdem die zuerst anvisierte Ansiedlung in der größeren Nachbarstadt Wittenberge von der Stadtverwaltung nicht unterstützt wurde. Die Fortbildungsstätte bietet heute etwa 40 Arbeitsplätze (Bürgermeister B 2001).

⁴⁵ Im Gradierwerk rieselt das Wasser der Wilsnacker Heilsole auf ein großes Holzgerüst. Der dadurch entstehende mineralhaltige Wasserdampf wird zur Behandlung von Atemwegserkrankungen eingesetzt (PR 2001a).

⁴⁶ Die KMG – Kliniken Bad Wilsnack GmbH ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und firmiert jetzt als KMG Kliniken AG. Sie betreibt eine Vielzahl an Untergesellschaften, mit einem Spektrum von Krankenhäusern bis zu Baugesellschaften.

Auch die zwei wichtigsten produzierenden Betriebe aus DDR-Zeiten existieren – verkleinert und in anderer Rechtsform – mit ihrer spezialisierten Produktion weiter in der Stadt. Neben der Firma Cleo Schreibgeräte (ehemals VEB Cleo) mit heute etwa 80 Beschäftigten (vgl. PR 2001c) und der Firma S & E Schaltelektronik (ehemals VEB Schaltelektronik) mit 21 Beschäftigten (S & E Schaltelektronik GmbH 1999) gibt es im Gewerbegebiet nördlich des Bahnhofs noch kleinere Firmen für Elektroanlagen, Fensterbau sowie eine Metallwarenfirma (Amtsverwaltung Bad Wilsnack-Weisen 1999: 5).

Von den großen LPG-Einrichtungen sind nur wenige Arbeitsplätze erhalten geblieben: Neben einer Agrargenossenschaft mit heute etwa 30 Mitarbeitern gibt es nur zwei „Wiedereinrichter“ auf dem Gemeindegebiet Bad Wilsnacks (Bürgermeister B 2001).

Im Juni 2000 waren 215 Arbeitslose in Bad Wilsnack registriert (vgl. Tabelle 14), darunter 118 Frauen und 34 Jugendliche unter 25 Jahren. Das entspricht einer Quote von 15,8 %, während in der Prignitz insgesamt eine Arbeitslosenquote von 18,2 % bestand (angenäherte Verteilrechnung auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen) (Arbeitsamt Neuruppin 2000). Bezogen auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) hatte Bad Wilsnack im Juni 2001 eine offizielle Arbeitslosenrate von etwa 10,5 %. Damit wies die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstädten den niedrigsten Wert auf. Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen ging von 63,6 % im Jahre 1995 signifikant auf 50,6 % im Jahre 1999 und 43,9 % im Jahre 2001 zurück (LUA 2000 und BAA 2001). Von 974 Beschäftigten im Juni 2000 mit Wohnort Bad Wilsnack waren 144 in Teilzeitarbeit beschäftigt. Dieser hohe Wert

Tabelle 14: Arbeitslose in Bad Wilsnack

Stadt Bad Wilsnack	Arbeitslose jeweils Ende Juni	Anteil der Frauen an den Arbeitslosen, in %
1996	127	63,0
1997	172	59,9
1998	184	51,6
1999	172	50,6
2000	215	54,9
2001	198	43,9

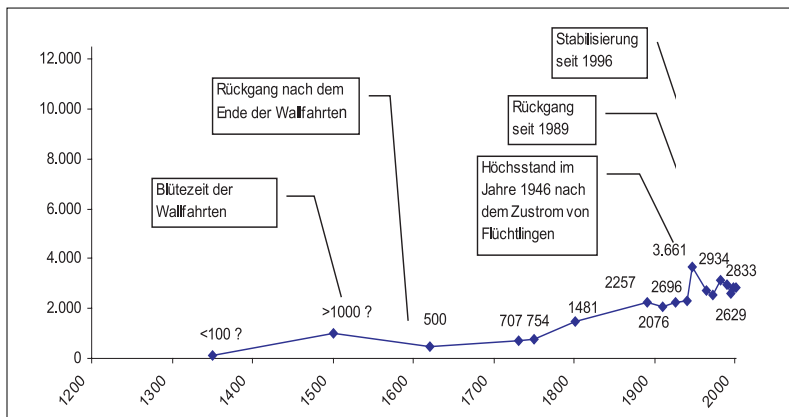
Quelle: Arbeitsamt Neuruppin 2000 und BAA 2001

hängt, ebenso wie der vergleichsweise geringe Frauenerwerbslosenanteil, mit dem Bedarf der Kurklinik nach Pflege- und Reinigungspersonal zusammen (Arbeitsamt Neuruppin 2000). Im November 2000 gab es 67 Wohngeldempfänger und 14 Einzelpersonen bzw. Haushalte, die Sozialhilfe bezogen (Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 2000b).

Ende Dezember 1998 waren von den 993 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort Bad Wilsnack 4,3 % in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, 33 % im produzierenden Gewerbe, 18,8 % im Handel, Gastgewerbe und Verkehr und 43,8 % in sonstigen Dienstleistungen tätig (LDS 2001c). Im Vergleich mit den anderen vier Untersuchungsstädten zeigt sich bei allen Sektoren ein mittlerer Wert. In Bad Wilsnack konnte sich die gewerbliche Struktur – von einer geringeren Ausgangsbasis aus – relativ gut stabilisieren.

Die Wechselfälle der Stadtgeschichte spiegeln sich auch in der Einwohnerentwicklung (vgl. Abbildung 25) wider: Besonders in der Zeit als Wallfahrtsort hatte die Stadt im 15. Jahrhundert wahrscheinlich deutlich mehr als 1.000 Einwohner. Danach sank die Einwohnerzahl wieder. Um 1730 hatte die Stadt etwa 700 Einwohner. Das ganze 19. Jahrhundert über gab es einen Einwohnerzuwachs, wenn auch phasenweise mit Rückgängen. Während der Zeit als Moorheilbad blieb der Bevölkerungszuwachs mit etwa 10 % zwischen 1910 und 1939 begrenzt. Die Bevölkerungszahl vergrößerte sich erst durch die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Stadt wuchs im Jahre 1946 auf 3.661 Einwoh-

Abbildung 25: Einwohnerentwicklung in Bad Wilsnack



Quellen: LDS 2001b, Engel 1999, Keyser 1939, Enders 1997, Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983; Einwohnerzahlen ab 1974 mit eingemeindeten Ortsteilen (Zahl für Ortsteil Bad Wilsnack); Grafik: Carsten Benke

ner an. Bis 1971 sank diese Zahl auf 2.542 Einwohner. In den Jahren bis 1981 nahm die Zahl (u. a. wegen Eingemeindungen) zeitweise auf 3.136 Einwohner zu (vgl. Enders 1997: 966). Nach der Wende sank die Einwohnerzahl zunächst von 2.934 im Jahr 1989 und auf 2.604 1996. Bis Ende 2000 nahm die Bevölkerungszahl wieder geringfügig auf 2.833 zu (LDS 2001b), davon auf 2.268 in der Kernstadt ohne die dörflichen Ortsteile (Einwohnermeldeamt 2000). Die aktuellen Entwicklungen lassen vermuten, dass die Annahmen der Flächennutzungsplanung, die von einer stabilen und positiven Bevölkerungsentwicklung ausgehen (vgl. Stadt Land Fluss: 56), realistisch sind.

Städtebaulich besitzt Bad Wilsnack eine sehr kleinräumige Struktur: Der Stadtkern ist entlang der ‚Großen Straße‘ und wenigen weiteren angrenzenden Straßenabschnitten konzentriert (vgl. Abbildung 23). Dieses Gebiet ist die Altstadt und heute als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Außerhalb der ‚Großen Straße‘ endet die geschlossene Bebauung, um in eine Einfamilienhaussiedlung der unterschiedlichsten Epochen überzugehen. Lediglich in Richtung des Bahnhofes setzt sich eine dichtere Bebauung – vorwiegend mit Bauten der Jahrhundertwende – fort.

Da Bad Wilsnack ursprünglich als Dorf und nicht als Gründungsstadt der Ostsiedlung entstand, besitzt die Altstadt heute keinen für die Region typischen planmäßigen städtischen Grundriss. „Der städtebauliche Reiz besteht vor allem darin, dass die spätmittelalterliche Struktur der geschlossenen Straßenbebauung in ihrer ganzen Differenziertheit vollkommen erhalten ist“ (BIG Städtebau GmbH 1999: 4).

Dominiert wird die Altstadt, wie die gesamte Stadt, vom Bau der ehemaligen Wallfahrtskirche, die in ihrer Dimension einer Stadt von vielfacher Größe entspricht. Dabei ist der Bau aus dem 15. Jahrhundert nur ein Torso geblieben und war ursprünglich weitaus größer projektiert. Einen wesentlichen Verlust erlitt die Bausubstanz der Stadt, als 1976 das Prälatenhaus (das Schloss der von Saldern) abbrannte und 1981 abgerissen wurde (vgl. Hahn 1984: 140). Von der Schlossanlage blieb nur der Park erhalten. Bereits 1977 wurde das Ensemble der Stadtmitte mit Rathaus und Kirche in die Denkmalliste eingetragen (vgl. BIG Städtebau GmbH 1998: 20).

Die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus und die DDR-Zeit haben fast keine baulichen Spuren in der Altstadt hinterlassen. Zu DDR-Zeiten wurden kaum Gebäude abgerissen und keine Änderungen im Straßensystem vorgenommen (ebd.: 23). Die Altstadt blieb weitgehend erhalten, wenn auch nur wenig für die Instandhaltung der Gebäude getan wurde. Der Verfall der Kernstadt war jedoch nicht ganz so dramatisch wie in anderen historischen Altstädten, da er durch private Initiative z.T. aufgehalten werden konnte.

Mit den verschiedenen Kliniken und Kureinrichtungen nördlich der Bahn ist seit Anfang des 19. Jahrhundert ein weiterer Siedlungsschwerpunkt der Stadt entstanden (s. Abbildung 24). Die nach der Einigung errichteten Großbauten im Kurbereich haben die Siedlungsgrenze weit in die Landschaft hinaus geschoben. Gegenüber der Altstadt bildet dieser Bereich einen weitgehend abgegrenzten Ortsteil, der zunehmend den Charakter einer Nebenstadt gewinnt. Nur ein Fußgängerweg durch die Bahnhofsanlage und eine ICE-Streckenunterführung „verbinden“ beide Stadtteile.⁴⁷ Die ausgedehnten Versorgungsangebote für Patienten und Gäste im Klinikbereich lassen auch nutzungsstrukturell nur wenige Beziehungen zur Altstadt entstehen.

Bad Wilsnack hatte schon zu DDR-Zeiten einen sehr hohen Anteil von im Privatbesitz befindlichen Gebäuden. Von den 765 Gebäuden der Stadt waren im Jahre 1990, kurz vor der Vereinigung, nur 9 % in staatlichem Besitz bzw. in Verwaltung, 3 % in genossenschaftlichem, aber 85 % in privatem Besitz (LDS GWZ 95 Prignitz 1996: 60f.). Bis 1995 nahm der Anteil der in privatem Besitz befindlichen Gebäude auf über 90 % zu. Der genossenschaftliche (1,3 %) und der staatliche bzw. kommunale Besitz (7,6 %) spielt dagegen kaum eine Rolle (ebd.: 54f.). Gegenüber den anderen Untersuchungsstädten besitzt Bad Wilsnack mit einem Anteil von 63,5 % Eigentümerwohnungen eine um das Doppelte bis Dreifach höhere Eigentümerquote (ebd.: 108f.).

Auch die politischen Machtverhältnisse der Stadt sind durch Besonderheiten charakterisiert. Während der DDR hatte die Stadt nie einen SED-Bürgermeister. Er wurde bis zur Wende von der LDPD gestellt (Bürgermeister B 2001). Der heutige ehrenamtliche Bürgermeister (CDU) kam 1960 aus der Nachbarstadt Wittenberge nach Wilsnack. Er hat vor 1990 verschiedene Firmen in der Region geleitet, so unter anderem bis 1978 die PGH Gloria (heute S & E Schaltelektronik), danach übernahm er die Leitung beim VEB-Cleo (heute Cleo Schreibgeräte). 1985 machte er sich selbstständig mit der Elektrifizierung von Kirchenglocken. Seit der Schaffung des Amtes Bad Wilsnack/Weisen ist er der ehrenamtliche Bürgermeister. Seit 2000 ist er zudem hauptamtlich als Leiter beim Westprignitzer Zweckverband Trink- und Abwasser tätig.

⁴⁷ Die Altstadt und der Kurbereich sind durch die für den ICE ausgebaute Bahntrasse getrennt. Zwischen beiden Teilen hat sich durch die Schließung der ebenerdigen Bahnübergänge die Trennung verstärkt. Eine aufwendige Tunnelverbindung wurde im Osten der Stadt nur für den Autoverkehr erbaut. Fußgänger sind jetzt auf den Tunnel unter dem Bahnhof beschränkt. Gerade für Klinikgäste mit Gehproblemen ist dies eine Barriere und sie werden städtebaulich von einem Besuch der Altstadt regelrecht abgeschreckt.

Für die Entwicklung seit 1990 (vgl. Tabelle 15) ist das weitgehende Fehlen der PDS in der kommunalen Politik bemerkenswert sowie die wichtige Stellung von zwei Wählergemeinschaften und Einzelbewerbern. Bei der Kommunalwahl von 1993 errangen die Wählergemeinschaften 30 %, die CDU 22 %, die FDP 20 %, die SPD 16 % und Einzelvorschläge 7 % der Stimmen. Seit der Wahl von 1998 sitzen in der SVV sechs Mitglieder der CDU, zwei Vertreter der Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG), drei der SPD und zwei der FDP, einer der „Wählergruppe Kurgesellschaft“ und ein Einzelbewerber. In der Wählergruppe sind vor allem Vertreter des Kurbetriebes engagiert, dies durchaus als Gegenspieler zu den Mitgliedern der anderen politischen Vereinigungen (Bürgermeister B 2000).

Tabelle 15: Kommunalwahlergebnisse von Bad Wilsnack

Wahl-jahr	Beteili-gung	CDU	SPD	PDS	FDP/ BFD	Grüne/ B90	Wähler- ge mein- schaft	Einzel- bewer- ber	Son- stige
		in % der gültigen Stimmen							
1990	83,7	42,2	19,4	5,5	23,6	0,0	0,0	0,0	9,4
1993	65,5	22,2	16,4	3,9	20,4	0,0	30,1	7,0	
1998	77,1	31,5	20,6	0,0	10,3	0,0	27,3	10,3	

Quelle: LDS 2000a

Das Vereinsleben ist in Wilsnack traditionell stark ausgeprägt. Im 19. Jahrhundert entstanden die Freiwillige Feuerwehr (1894), der Turnverein (1864) und später weitere Turn- und Gesangsvereine. Auch ein Verschönerungs-, ein Krieger- und ein Bürgerverein werden in den Schriften für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erwähnt (vgl. Keyser 1939: 672). Eine herausgehobene Stellung nahm die Schützengilde ein, deren Gründung schon in den Anfangsjahren der Stadt liegen soll (vgl. Cors 1930). Diese Vereinstradition wurde jedoch in der DDR-Zeit nicht fortgeführt. Bemerkenswert ist allerdings, dass der Männer-Gesangsverein Amecitia, der bereits seit 1873 existiert, als einziger Verein auch in der DDR-Zeit weiter bestand und sich erfolgreich gegen alle Versuche der sozialistischen Vereinnahmung wehren konnte.

Nach 1990 wurde der Schützenverein unter dem Namen „Schützengilde Bad Wilsnack e.V.“ neu begründet und hat heute durch seine Festi-

vitäten eine wichtige Rolle in der Stadt übernommen. Insgesamt gibt es laut Vereinsregister 17 Vereine (Amtsgericht Perleberg 2000) sowie einige vereinsähnliche Organisationen. Die größte Gruppe der Vereine bilden sechs Sportvereine, die zumeist auf jeweils eine Sportart ausgerichtet sind. Neben Fußball bieten sie auch Volleyball, Gymnastik und Tennis an. Neben dem traditionsreichen Gesangsverein besteht mit dem Spielmannszug ein weiterer musikalischer Verein.

Aus privater Initiative wurden die „Ellefeld-Festspiele“ innerhalb des Prignitzsommers ins Leben gerufen, die an die Ereignisse während der Reformation in Bad Wilsnack erinnern und heute das wichtigste Stadtfest darstellen.⁴⁸ Dazu wird jährlich vom Gewerbeverein ein Weihnachtsmarkt organisiert.

Die Freiwillige Feuerwehr ist noch kein Verein und wird vom Amt getragen. Bei verschiedenen städtischen Aktivitäten, wie der Maibaumaufstellung und dem Osterfeuer, ist sie engagiert. Ebenfalls nicht als Vereine geführt werden ein Kirchenchor und ein kirchlicher Frauenkreis, die beide von der protestantischen Kirche, der wichtigsten Konfession in der Stadt, getragen werden. Die katholische Gemeinde, die es erst wieder seit dem 19. Jahrhundert in der Stadt gibt, ist sehr klein.

Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es den „Kneipp-Verein Bad Wilsnack e.V.“, der vor allem Tourismusmarketing betreibt und seit 1999 „Kneipp Wanderungen“ anbietet. Nicht auf die Stadt beschränkt, jedoch eng mit Bad Wilsnack verbunden, ist der Fremdenverkehrsverband und Kulturverein Prignitz e.V. Als kultureller Verein existiert eine Interessengruppe, die aus dem Kulturbund hervorgegangen ist.

Mit Freizeiteinrichtungen ist die Stadt insgesamt gut ausgestattet: 2001 eröffnete das Thermalbad, die Stadt konnte zudem eine Mehrzweckhalle mit Bibliothek neu bauen, im selben Jahr erstmals ein kleines Heimatmuseum eröffnen und ein kleines Kino konnte sich bis heute halten.

⁴⁸ Es erinnert an die Geschichte der Wunderbluthostien und an ihre Vernichtung durch den ersten evangelischen Geistlichen der Stadt – Joachim Ellefeld – indem die historischen Ereignisse von den StadtbewohnerInnen in einem großen Mittelalterspektakel nachgespielt werden.

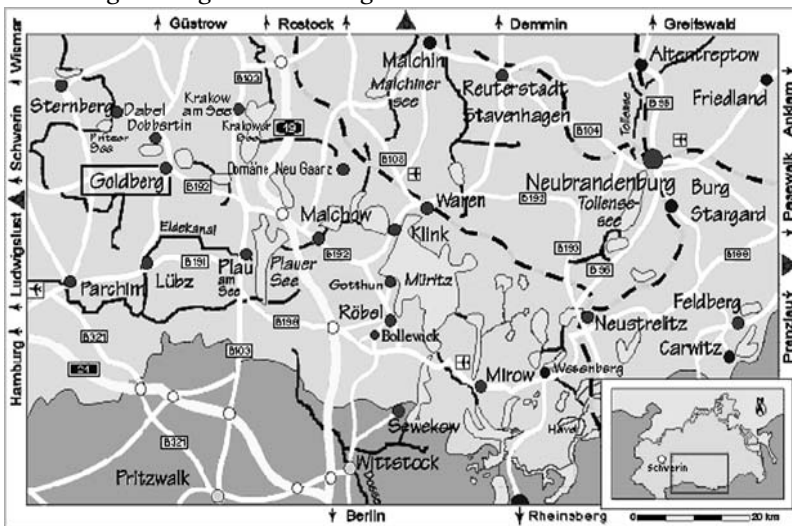
Stadtprofil Goldberg

„Jedermann tun wir kund, dass von der göttlichen Erbarmung begünstigt unsere Väter seligen Andenkens durch fleißige Betreibung das Land Parchim christlichen Anbauern überlassen haben, dieselben sowohl aus fernen als nahen Gegenden einladend, in derselbigen Provinz die Stadt Goldberg erbautet haben.“

Bestätigung des Stadtrechtes durch den Parchimer Fürsten 1248

Goldberg liegt im Landesinneren von Mecklenburg-Vorpommern, etwa 30 km südlich der Kreisstadt Güstrow nahe des Goldberger Sees am Rande des Naturparks „Nossentiner/Schwinzer Heide“ (vgl. Abbildung 26). Die Stadt befindet sich abseits wichtiger Verkehrsstrassen, seit 1996 besteht kein Bahnanschluss mehr. Die Fahrzeit von Berlin mit der Bahn und Anschlussbus beträgt fast 4 ½ Stunden, von Hamburg aus etwa eine Stunde weniger. Von Berlin aus ist die Stadt über die A 24 und A 19 über die B 192 (Bundesstraße Wismar-Neubrandenburg) zu erreichen. Kürzer ist die Verbindung nach Hamburg über die Bundesstraße und die A 24.

Abbildung 26: Lage von Goldberg



Quelle: <http://www.all-in-all.com/karte5.htm>: 1.8.2001

Goldberg war eine klassische mecklenburgische Ackerbürgerstadt mit geringer gewerblich-industrieller Tradition und ohne über ihr direktes Umland hinausgehende zentralörtliche Funktionen. Während der kurzzeitigen Entwicklung als Kurort nach der Entdeckung der „Stahlquelle“

in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewann Goldberg einige Jahre überregionale Bedeutung. Heute wird darauf Bezug genommen, indem sich die Stadt als „Goldberg, das ehemalige Kurbad im Herzen Mecklenburgs“ bezeichnet. Prägender für die gegenwärtige Situation war jedoch ihre Neudefinition in der DDR-Zeit ab 1963 als Garnisonsstadt. Als Militärstandort, der nach 1989 geschlossen wurde, hatte die Stadt in der DDR-Zeit eine militärpolitische „überregionale“ Rolle. Des Weiteren hatte Goldberg keine über die Stadt hinausgehende administrative oder wirtschaftliche Funktion und gehörte als Nichtkreisstadt zum Kreis Lübz (Bezirk Schwerin). Die Bedeutung des Ortes als Garnisonsstadt wurde durch die Territorialplanung nicht abgebildet, obwohl die Stadt dadurch Entwicklungsvorteile durch staatliche Investitionen hatte.

Die Stadt hat in ihrem Kern bis heute einen kleinstädtischen Charakter erhalten. Auch wenn im Zuge des Ausbaus zum Militärstandort, außerhalb der Kernstadt eine DDR-Neubausiedlung, der so genannte

Abbildung 27: Die „Lange Straße“ in Goldberg



Quelle: Eigene Aufnahme

„rote Hügel“, errichtet wurde (vgl. Abbildung 28). Wohnnutzungen überwiegen, nur die „Lange Straße“ – die tatsächlich eine Länge von 1.000 m aufweist – vermittelt das Bild einer kleinen ‚Einkaufsmeile‘ (vgl. Abbildung 27). Zu Goldberg gehören seit 1950 weitere dörflich geprägte Ortsteile bzw. Siedlungen. Außerdem ist das weitgehend leer stehende Gelände der ehemaligen NVA-Garnison im Besitz der Stadt.

Seit 1994 gehört die Stadt zum Landkreis Parchim. Goldberg ist heute eine amtsfreie Gemeinde. Der Sitz des Amtes Mildenitz, welches das gesamte Umland Goldbergs umfasst, befindet sich in der Stadt (vgl. Regionaler Planungsverband Westmecklenburg 1996: Karte 3). Überlegungen zur Vereinigung von Stadt und Amt scheiterten bisher an den unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Gemeinden, so z.B. über die Standorte der Schulen im Umland Goldbergs oder in der Stadt (vgl. SVZ 2000b). Zurzeit arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft aus Goldberg und den betreffenden Gemeinden eher widerwillig an der unvermeidbaren Zusammenlegung (Bürgermeister G 2001).

Abbildung 28: Luftbild von Goldberg



Quelle: <http://www.parchim-landkreis.de/bilder/goldberg.jpg>; 3.8.2001

Zusammen mit den Kreisen Nordwestmecklenburg und Ludwigslust, der Hansestadt Wismar und der Landeshauptstadt Schwerin gehört der Landkreis zum Regionalen Planungsverband Westmecklenburg. Im Regionalplan ist Goldberg als Unterzentrum ausgewiesen und hat einen zu versorgenden Nahbereich mit insgesamt 8.780 Einwohnern (Regionaler Planungsverband Westmecklenburg 1996: 33). Innerhalb des Planungsraumes liegt Goldberg in einem „besonders strukturschwachen ländlichen Raum“ (ebd.: Karte 5).

Das Neukloster-Wariner-Sternberger-Golberger Seengebiet, zu dem auch die Stadt und ihr Umland zählt, wird von der Regionalplanung als ein Fremdenverkehrsentwicklungsraum eingestuft, nicht jedoch als ein

- höherwertiger - Fremdenverkehrsschwerpunktraum wie z.B. der Raum Neukloster-Warin-Sternberg. Eine touristische Profilierung des Ortes ist angesichts der zahlreichen Städte mit ähnlicher oder besserer Ausgangslage in der Region unwahrscheinlich.

Seit 1990 hat die Stadt offiziell eine Partnerschaftsbeziehung mit der Gemeinde Raisdorf in Schleswig-Holstein, die jedoch weitestgehend ruht.

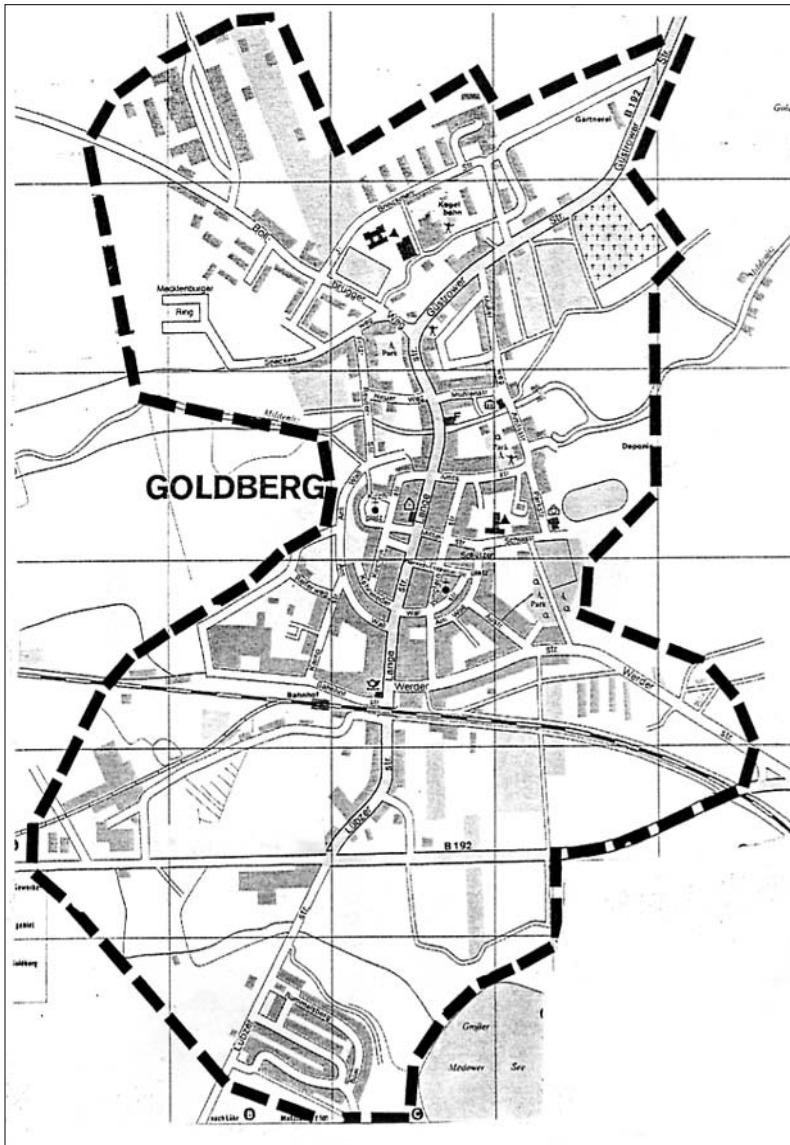
Das Stadtgebiet, das im Rahmen der Untersuchungen betrachtet wurde (vgl. Abbildung 29), umfasst neben der historischen Altstadt, die im 19. Jahrhundert entstandenen Bebauungen am Bahnhof und entlang der Hauptstraße, die Kleinsiedlungen und Einfamilienhausgebiete des 20. Jahrhundert sowie das Neubaugebiet in Plattenbauweise.

Im Jahre 1227 wurde erstmals ein Dorf namens Goltz⁴⁹ nahe dem Ort der späteren Stadt Goldberg erwähnt. 1248 erhielt der Ort das Parchimer Stadtrecht im Rahmen der Ostsiedlung dem Fürsten von Parchim: Aus dem wendischen Goltz wurde Goldberg. Die Stadt wurde als „Kolonialstadt“ regelmäßig, mit drei parallelen Hauptstraßen, aber ungewöhnlicherweise ohne zentralen Markt projektiert (vgl. Wieden/Schmidt 1996: 33f.). Alle städtischen Institutionen bildeten sich in den folgenden Jahren voll aus. So wurde 1281 beispielsweise erstmals ein städtischer Rat erwähnt (vgl. Keyser 1939: 290). Seit 1316 war in der nahe gelegenen Burg, dem späteren Amtshaus, eine kleine fürstliche Residenz einer Nebenlinie angesiedelt (vgl. BIG Städtebau GmbH 1997: 58). Nach 1374 wurde diese Residenz jedoch bereits aufgegeben (vgl. Festkomitee 1998: 13). Eine zentralere Stellung innerhalb Mecklenburgs oder über das unmittelbare Umland hinaus konnte sich daraus für die Stadt nicht entwickeln. Alle wichtigen Verkehrsströme gingen an der kleinen Ackerbürger- und Handwerkerstadt schon im Mittelalter vorbei (ebd.: 4). Die Stadt stand zudem in Konkurrenz zum nahen Kloster Dobbartin, das riesige Ländereien im Norden der Stadt besaß und auch bis 1541 die Durchsetzung der Reformation der Stadt verhindern konnte (ebd.: 18).

In der frühen Neuzeit stagnierte die Stadtentwicklung weitgehend. 1500 und 1728 zerstörten Brände die Stadt (vgl. BIG Städtebau GmbH 1997: 58). Der Dreißigjährige Krieg verursachte einen starken Bevölkerungsrückgang auf nur noch 139 Einwohner (vgl. Festkomitee 1998: 16) durch Pest, Brände und Plünderungen. In der Neuzeit verlor die Stadt zunehmend ihre Autonomie. So wurden seit 1570 der Stadtrichter und seit 1795 der Bürgermeister direkt vom Landesherren ernannt (vgl. Keyser 1939: 290).

⁴⁹ Den Namen erhielt Goldberg 1248 nach dem wendischen Dorf Golcze und bekam diesen durch Pribislav I. von Parchim verliehen.

Abbildung 29: Die Kernstadt Goldbergs



Quelle: Stadt Goldberg u. Weka Verlag 1998: 4; eigene Einträge, o.M.

1816 brachten die Entdeckung der „Stahlquelle“ und der Aufbau des Badetriebes mit eisenhaltigem Wasser Handwerk und Gewerbe wie dem städtischen Leben einen bedeutenden Aufschwung und die Bevölkerung wuchs zwischen 1800 und 1830 von etwa 1.000 auf 2.083 Einwohner auf mehr als das Doppelte (vgl. Festkomitee 1998: 16).

Diese Entwicklung war jedoch nicht von Dauer. Schon seit 1850 wirkte sich die Konkurrenz der neuen Ostseebäder negativ auf Goldbergs Kurbetrieb aus. Die Kurgastzahlen gingen zurück. Außerdem zerstörte ein Brand 1896 das Kurbad. Nach dem vereinfachten Wiederaufbau konnte niemals wieder an die alte Tradition angeknüpft werden. Das Bad blieb jedoch bis nach dem 2. Weltkrieg geöffnet und diente zuletzt als Wannebadeanstalt für die Goldberger BürgerInnen (Museumsleiter 2000).

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war Goldberg, wie viele stagnierende Mecklenburgische Landstädte, von starker Auswanderung nach Amerika betroffen (vgl. Festkomitee 1998: 67 und OZ 2000). Auch der seit 1887 bestehende Bahnanschluss an die Nebenlinie Wismar-Karow konnte der Stadtentwicklung keine wesentlichen Entwicklungsimpulse geben. Nach der „Boomphase“ des Kurbetriebes wurde Goldberg weitgehend wieder auf den Status einer Ackerbürger- und Handwerkerstadt zurückgeführt. Die einzige bemerkenswerte Entwicklung im Zeitraum bis zum Zweiten Weltkrieg war die in den 1930er und 1940er Jahren vorgenommene Stadterweiterung durch die Einfamilienhaussiedlung Rummelsberg.⁵⁰

Die Zeit nach 1945 brachte durch den Zuzug von Flüchtlingen wieder einen deutlichen Bevölkerungszuwachs. Um der gewachsenen Bevölkerung Arbeit geben zu können, wurden bestehende Betriebe ausgebaut und neue, vor allem aus dem Nahrungsmittelsektor, angesiedelt. Zudem wurde in Goldberg seit 1963 eine große Garnison der NVA stationiert. Das Militär bestimmte als Arbeitgeber das Wirtschaftsleben der Stadt entscheidend (vgl. AC Itzehoe 1994: 21). Dabei handelte es sich nach bisherigen Erkenntnissen um mindestens vier Truppenteile: ein Panzerregiment (PR-8 „Artur Becker“), ein Regiment Raketentruppen (RA-8 „Hermann Schuldt“), die Pionierabteilungen Bataillon Chemische Abwehr 8 und ein Bataillon Funkelektronischer Kampf Nr. 5 „Paul Verner“ sowie um eine Arbeitskräftebasis der NVA. Nach bisherigen Erkenntnissen waren mindestens 1.200 „Mann“ in den drei erstgenannten Truppenteilen stationiert (Militärarchiv Freiburg). Ortsansässige berichteten jedoch von 3.000 stationierten Militärangehörigen.⁵¹

⁵⁰ Im Rahmen des nationalsozialistischen Einfamilienhausbaus entstanden mehrere Kleinsiedlungen und so genannte „Volkswohnungen“ (Festkomitee 1998: 19).

⁵¹ Die Informationen zu Struktur und Truppenstärke wurden von Herrn Dr. Torsen Diedrich, Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam, zur Verfügung

Zusammen mit der industriellen Entwicklung in der Landwirtschaft führte diese Militäreinrichtung ab 1963 zu erheblichem Wohnungsneubau im Norden von Goldberg. Während die Offiziere und ihre Familien im Neubaugebiet der Stadt wohnten, wurden das Kasernengebiet und große umliegende Bereiche am Goldberger See und im Forst für die GoldbergerInnen gesperrt. Die traditionelle Umrundung des Goldberger Sees war verwehrt, ebenso der Zugang zur Schwinzer Heide, die nunmehr als Manöver- und Schießplatz genutzt wurde, was zu andauerndem Unmut in der Altgoldberger Bevölkerung führte.

Während der DDR galt Goldberg als „Agrar-Industrie-Stadt mit Erholungsfunktion“ und war Sitz eines Gemeindeverbandes (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 17). In begrenztem Umfang wurde Industrieansiedlung in Goldberg gefördert, wobei die mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen Betriebe dominant blieben (vgl. AC Itzehoe 1996: 30).

Im Einzelnen wurden folgende Betriebe angesiedelt bzw. ältere Fabriken fortgeführt (vgl. Tabelle 16): VEB Holzbau (hervorgegangen aus einer älteren Sägerei „Paul Behrens“, seit 1953: WGK Schwerin, BT Holzindustrie mit 92 Beschäftigten im Jahre 1981), Rohrleitungsbau und Tiefbau (VEB Tiefbau Schwerin BT Goldberg), Kfz-Instandsetzung (VEB KIW Güstrow), ZBE Trockenwerk und Bade- und Wassersport (vgl. ebd.: 31). Eine wichtige industrielle Ansiedlung waren die Kleiderwerke (VEB Kleiderwerke Güstrow BT Goldberg), die vor allem Arbeitsplätze für Frauen (insbesondere Familienangehörige der NVA) boten. Ein Agrochemisches Zentrum entstand 1973 (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 17 und Stadt Goldberg 1987: 25) und befand sich im Südwesten der Stadt an der Crivitzer Chaussee (vgl. AC Itzehoe 1994: 33).

Schon zu DDR-Zeiten arbeiteten zahlreiche Einwohner außerhalb der Stadt. Vor allem die Sozialeinrichtungen des Klosters Dobbertin und die Industrien in der Stadt Lübz boten Arbeitsplätze für die GoldbergerInnen (Bürgermeister G 2000). In Goldberg waren 1981 34,1 % der Erwerbstätigen in Industrie und Bauwirtschaft, 11,6 % in Land- und Forstwirtschaft und 54,3 % in sonstigen Bereichen beschäftigt (Gemeindespiegel 1981). Damit war die Stadt deutlich gewerblich geprägt, während ihr Umland von Land- und Forstwirtschaft dominiert war.

Die Zeit nach der Wende brachte für Goldberg im Vergleich aller Untersuchungsstädte die einschneidendste Deökonomisierung: Die Schließung der meisten Betriebe, die Reduzierung der landwirtschaftlichen Unternehmen und den Abzug der Garnison. Heute gibt es keine größeren Betriebe mehr. Nur einige mittelständische Bau- und Handwerksbetriebe

gestellt. Zum Bataillon chemische Abwehr konnten keine Angaben gefunden werden.

Tabelle 16: Wichtige Betriebe 1981 in Goldberg

Betriebe	Arbeitsplätze
<i>Landwirtschaft und Nahrungsmittelgewerbe</i>	
LPG (P) Goldberg	202 (1986: 225)
LPG (T) Goldberg	98
ZBE Lübz/Goldberg ACZ	180
ZBE Trockenwerk	31
ZBE Melioration	178
BHG Goldberg	14
VEB Getreidewirtschaft	7
Molkerei und Käsewerk	19
Summe	729
<i>Sonstige Industrie und Dienstleistungen</i>	
VEB Kleiderwerke Güstrow	181
VEB WGK (Wohnungs- u. Gesellschaftsbaukomb.) Schwerin, BT Holzindustrie (Möbel)	92
VEB VTK (Verkehrs- und Tiefbau) Schwerin	90
Gebäudewirtschaft	52
Fernmeldebau	34
VEB KIW Güstrow (Kfz-Instandsetzung)	20
VEB Baumechanik	12
Deutsche Post	16
Summe	497

Quelle: AC Itzehoe 1996: 26 und 30

sind nach 1990 neu entstanden. Das größte Unternehmen der Stadt ist heute ein Baubetrieb. Einer der wichtigsten Arbeitgeber der GoldbergerInnen sind die Sozialeinrichtungen des nahen Klosters Dobbartin (Bürgermeister G 2000). Eine bedeutende Ansiedlung war 1994 der Bau des Altenpflegeheims des Diakonischen Werkes in der Stadt.

Hoffnungen setzte die Stadt auf eine touristische Entwicklung, welche sich bisher nicht erfüllt haben. Der Goldberger See kann durch seinen Charakter als flacher morastiger Muldensee nur wenig Tourismus anziehen. Zumal im Umland attraktivere Angebote, wie z.B. die überregional bekannte Kleinstadt Plau am See und der Plauer See existieren.

Die Stadt bietet jedoch noch ein vergleichsweise breites Angebot im Einzelhandelsbereich. So sind nach 1990 auf Brachflächen in der Innenstadt zwei größere Einkaufsmärkte entstanden (vgl. AC Itzehoe 1996: 32). Allerdings konkurrieren diese mit drei weiteren Supermärkten am

südlichen und nördlichen Stadtrand. Der Anteil der Innenstadt an den Verkaufsflächen ist zurückgegangen. Bemerkenswert ist die Vielzahl von Gaststätten (etwa zwölf), die sich vor allem wegen der großen Nachfrage durch die Garnison in der DDR-Zeit begründet.

In der Stadt waren im November 2000 223 Betriebe mit insgesamt 423 Arbeitnehmern angemeldet (nicht gezählt Selbstständige ohne Beschäftigte und öffentlicher Dienst). Der größte Betrieb in der Stadt ist im Jahr 2000 die Goldberger Tief- und Wasserbau GmbH mit 60 Arbeitnehmern. Danach folgen die Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG mit 17, die Technik und Dienstleistungen R. Weber mit 12, die Sturm & Neumann Rohrleitungsbau GmbH mit 10 und die Baudienste GmbH Fiebeck mit 9 Arbeitnehmern (Gewerbeamt Goldberg 2000).

Im Vergleich mit den anderen Untersuchungsstädten hat Goldberg immer noch einen hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, dies zumeist im krisenhaften Baugewerbe. Einen deutlich unterdurchschnittlichen Wert hat Goldberg im Bereich sonstiger Dienstleistungen (ohne Handel und Verkehr). Das Arbeitsplatzangebot in der Stadt ist insgesamt sehr gering. Die geringe Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Goldberg zeigt den hohen Pendleranteil, der 1998 mit 765 Personen angegeben wurde (StaLA MV 1999: 429). Im Vergleich zur Beschäftigtenzahl von 1.469 am Wohnort liegt diese fast doppelt so hoch (StaLA MV 2000a). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Goldberg ist zwischen 1998 und 1999 von 765 auf 714 um 6,7 % gesunken (ebd.).

Im Juni 2001 waren 385 Goldberger arbeitslos gemeldet (vgl. Tabelle 17), davon 172 Langzeitarbeitslose (BAA 2001). Bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) hatte Goldberg im Juni 2001 eine Arbeitslosenrate von 13,6 % (StaLA MV 2001a und BAA 2001). Die offiziellen Arbeitslosenquoten (bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen) waren nur für den Amtsbereich Lübz zu ermitteln. Im Juli 2000 betrug diese (bezogen auf alle abh. ziv. Erwerbspersonen) 19,9 %, wobei die Quote unter den Frauen mit 22,4 % deutlich über der Quote der Männer 17,5 % lag.

Entsprechend der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung unterlag die Einwohnerzahl Goldbergs erheblichen Schwankungen (vgl. Abbildung 30): Während die Stadt im Mittelalter einmal etwa 500 Einwohner hatte, verringerte der Dreißigjährige Krieg diese Zahl auf 140 Einwohner. Erst das 19. Jahrhundert brachte durch die Kurstadtentwicklung einen sprunghaften Anstieg: Um 1800 hatte die Stadt etwa 1.000 Einwohner, 1830 2.083 und 1850 bereits 2.579 (vgl. Festkomitee 1998: 16). Der Zuwachs verlangsamte sich mit dem Ende der Kurstadtentwicklung jedoch deutlich. 1900 lebten 2.906 Einwohner in

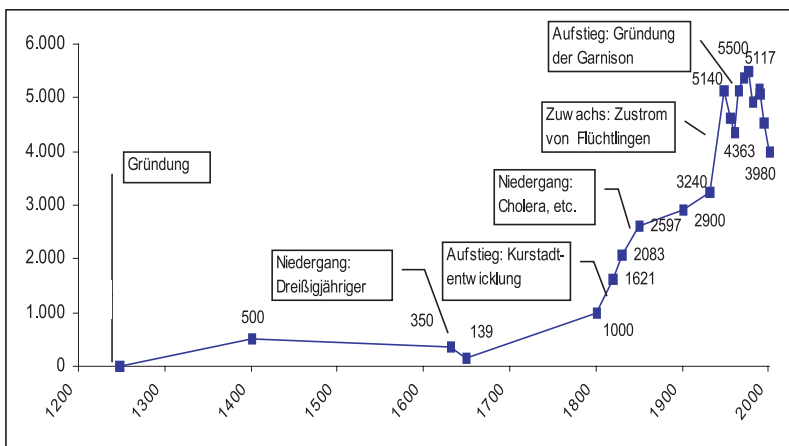
der Stadt, 1933 waren es 3.235 (vgl. Keyser 1939: 289). Die Kriegsfolgen führten zum Anstieg der Einwohnerzahl auf 5.138 im Jahre 1948 (vgl. Stadt Goldberg 1987: 15). Nach zeitweisem Rückgang erhöhte sich die Einwohnerzahl bis 1976 auf den Höchststand von ca. 5.500 (ebd.: 28) vor allem durch die Ansiedlung der NVA.

Tabelle 17: Arbeitslose in Goldberg

Stadt Goldberg	Arbeitslose jeweils Ende Juni	Anteil der Frauen an den Arbeitslosen, in %
1995	348	k. A.
1996	360	63,3
1997	422	k. A.
1998	424	55,9
1999	327	52,9
2000	389	53,0
2001	385	51,2

Quelle: AA Schwerin 2000, BAA 2001

Abbildung 30: Einwohnerentwicklung in Goldberg



Quellen: StaLA MV 2001a, StaLA MV 1999: 425, StaLA MV 1996: 33, Keyser 1939: 289, Stadt Goldberg 1987 und Usbeck 1978: 88b; Grafik: Carsten Benke

Nach der Wende nahm die Einwohnerzahl Goldbergs rapide um 24 %, von 5.168 im Jahre 1989 auf 3.931 Ende 2000, ab (StaLA MV 2001a). Fast jeder vierte Einwohner hat demnach die Stadt verlassen.

Der historische Stadtkern ist in der städtebaulichen Grundstruktur seit dem Mittelalter erhalten, die Bauten stammen zu weiten Teilen aus dem 18. und frühen 19. Jahrhundert. „Die Stadt weist insgesamt eine geschlossene Bebauung von hohem städtebaulichem, architektonischem und kulturgeschichtlichem Wert auf“ (vgl. AC Itzehoe 1994: 24). Im Stadtbild der Goldberger Altstadt herrschen Fachwerkhäuser des 18. und 19. Jahrhunderts vor, daneben gibt es Ziegel- und Putzbauten aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die zahlreichen Ackerbürgerhäuser mit breiten Durchfahrten und großen Hofbereichen, insbesondere in den kleineren Seitenstraßen, dokumentieren die historische Bedeutung der Landwirtschaft für die Stadt. Besonders prägende Bauten im Stadtkern sind das Rathaus von 1828, die gotische Backsteinkirche aus dem 14. Jahrhundert, die Reste einer Burganlage im jetzigen Amtsgebäude und eine ehemalige Wassermühle (heute Heimatmuseum). (ebd.: 8 und 24)

Nur entlang der Durchgangsstraße nach Norden und Süden hat sich die Stadt seit 1945 deutlich über die Altstadtgrenzen hinaus erweitert. Prägend ist das Neubaugebiet in Plattenbauweise – vorwiegend für die Angehörigen der Garnison – das nördlich der Altstadt errichtet wurde. Die Errichtung auf einem Hügel bewirkte eine „weithin sichtbare dominierende Lage des Wohngebietes oberhalb der Stadt“ (vgl. Hahn 1984: 94). Da in diesem Gebiet zahlreiche NVA-Offiziere wohnten, erhielt der gesamte Neubaubereich im Goldberger Volksmund die Bezeichnung „Roter Hügel“ oder auch „Kommunistenhügel“.

Seit 1990 hat sich die städtebauliche Grundstruktur der Stadt nicht gewandelt. Der in der DDR-Zeit angelegte Gegensatz in der Entwicklung zwischen Altstadt und Neubaugebiet hat sich eher noch verstärkt. Das Neubaugebiet wurde aufwendig saniert, aber auch Baulücken innerhalb der Altstadt wurden, insbesondere entlang der Langen Straße, mit Wohn- und Geschäftshäusern geschlossen. Eine neue Einfamilienhaussiedlung, mit mittlerweile 20 Häusern, wurde nach 1990 im Norden der Altstadt, westlich des Plattenbaugebietes angelegt. Im Süden der Altstadt liegen heute mehrere größere Anlagen ehemaliger LPGs und einige Gewerbebetriebe brach. An der Crivitzer Chaussee im Südwesten der Stadt wurde ein neues Gewerbegebiet erschlossen. Der Stadt gelang zwar die schnelle Bereitstellung des Gebietes, doch kam es kaum zu Ansiedlungen (zur Zeit ein Baubetrieb, ein Autohaus, Lagerflächen).

Die Kernstadt zeigt bis heute eine starke Nordsüdausrichtung, da der Goldberger See und die Niederungen der Mildeitz westlich und östlich kaum Bebauung zuließen. Ein enger Bezug der Altstadt zur Landschaft ist damit erhalten geblieben (vgl. AC Itzehoe 1994: 8).

Der Flächennutzungsplan befindet sich schon seit 1996 in Bearbeitung. Ein Entwurf wurde bis heute nicht abgeschlossen. Als Leitlinien der Stadtentwicklung werden die weitere Ausweisung von Wohnbauflächen, die Schaffung von Gewerbeflächen, die Entwicklung der sozialen Infrastruktur, der Erhalt und die Entwicklung der Erholungspotenziale des Gemeindegebietes sowie die Förderung des Fremdenverkehrs im Sinne eines „sanften Tourismus“ genannt (vgl. ebd.: 7). Der Entwurf des Flächennutzungsplanes rechnet gemäß den Aussagen der Regionalplanung mit einem weiteren Bevölkerungsverlust der Stadt. Im Extremfall wird für das Jahr 2010 eine Einwohnerzahl von 3.600 prognostiziert (vgl. ebd.: 23). Als Ziel der Stadt wird jedoch in den vorliegenden Unterlagen noch eine Stabilisierung und Steigerung der Einwohnerzahl auf 5.000 bis zum Jahr 2010 genannt (vgl. ebd.: 25).

Abbildung 31: Neubaugebiet mit neuer Brunnenanlage in Goldberg



Quelle: eigene Aufnahme

Da der Fremdenverkehr zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor werden soll, ist eine Entwicklung des ehemaligen Kasernengeländes für verschiedene Erholungs- und Gesundheitseinrichtungen „angedacht“. (ebd.: 25) Ein Hotel und ein Campingplatz befinden sich schon seit längerem an diesem Standort. Als Neuansiedlung scheint sich, wenn überhaupt, nur eine Einrichtung aus dem Gesundheitsbereich (Pflegeheim des Klosters Dobbertin) zu realisieren (vgl. SVZc 2001).

Im Gegensatz zur Erneuerung des Neubaubereiches ist die Sanierung der Altstadt vergleichsweise wenig fortgeschritten. Der Schwerpunkt der Stadtentwicklung in der Altstadt liegt in der Sanierung des Bestandes, Baulücken finden sich heute in der Altstadt – nach der Bebauung einiger Brachen an der Langen Straße – kaum. Die Planungen werden durch denkmalpflegerische Belange bestimmt (vgl. BIG Städtebau GmbH 1997: 59). Stadt-sanierungsmaßnahmen wurden insbesondere seit 1993 in Angriff genommen. Eine Sanierungssatzung wurde 1995 aufgestellt. Fast 80 % der Straßen sind bereits saniert (vgl. BIG Städtebau GmbH 2000). Die Bausubstanz der privaten Gebäude ist bis heute unter zu Hilfenahme von Städtebauförderungsmitteln jedoch nur zu etwa 25 % modernisiert worden (ebd.). Einige Häuserreihen befinden sich noch in ruinösem Zustand. Die Sanierung gerät in letzter Zeit zunehmend ins Stocken, da die Fördermittel weitgehend aufgebraucht sind und selbst viele sanierte Häuser leer stehen (Bauamt Goldberg 2000).

Ein Problem für die Stadtsanierung sind die denkmalpflegerischen Auflagen, die für erhebliche Kostensteigerungen sorgen und von der Stadt kaum zu finanzieren sind. Die Sanierung von Gemeinbedarfs- und Folge-einrichtungen ist bis auf die Schule am Schützenplatz bisher noch kaum

Abbildung 32: Der neu gestaltete Schützenplatz mit der sanierten Grundschule in Goldberg



Quelle: Eigene Aufnahme

durchgeführt worden (vgl. Abbildung 32). Die Sanierung des Rathauses hat im Jahre 2001 begonnen (Bürgermeister G 2001).

Von den 1.805 Wohneinheiten in Wohngebäuden, die Goldberg im Jahr 1995 besaß, waren mehr als die Hälfte (982 WE, bzw. 54,4 %) in der Zeit zwischen 1948 und 1990 errichtet worden. Damit hat Goldberg den höchsten Neubauanteil aller Untersuchungsstädte. Der zweite Schwerpunkt liegt in der Zeit vor 1919, aus der insgesamt 569 Wohneinheiten (31,5 %) stammen. Mit 227 Wohnungen (12,58 %), die zwischen 1919 und 1948 errichtet wurden, ist die Zwischenkriegszeit im Vergleich mit den anderen Untersuchungsstädten relativ wenig vertreten. Im Zeitraum 1991 bis 1995 sind insgesamt 27 neue Wohneinheiten entstanden (StaLA GWZ 95 Parchim 1996: 36). Der Anteil von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ist mit 37 % (Stand 1995) im Vergleich zu den anderen Städten unterdurchschnittlich (ebd.: 25), da sich durch die Neubauten seit den 1960er Jahren heute ein Großteil der Wohnungen in mehrgeschossigen Mietshäusern befindet.

1990 waren in der gesamten Stadt noch 25,5 % aller Wohngebäude in Volkseigentum, 5,8 % genossenschaftlich, aber 68,6 % in Privatbesitz (ebd.: 22). Der Anteil der Wohneinheiten in Volks- und Genossenschaftsbesitz war jedoch deutlich höher. 1995 befanden sich noch 20,6 % der Wohngebäude in öffentlichem Besitz, davon die überwiegende Anzahl bei der Wohnungsgesellschaft, 2,8 % der Wohnbauten waren genossenschaftlich und 75,9 % in privatem Einzelbesitz (ebd.: 16).

Bei der ersten freien Kommunalwahl 1990 konnte die SED-PDS mit dem bisherigen SED-Bürgermeister an ihrer Spitze noch einen sehr hohen Stimmenanteil erringen. Bei diesen Wahlen erhielt die PDS 25,9 % der Stimmen, die CDU 20,8 %, die SPD 10,9 % und die FDP 24,3 %. Die sonstigen Listen (vor allem die Bürgerinitiative für Goldberg - BIG) erhielten 18,1 % (StaLA MV 1995: 269). Die BIG wurde im Oktober 1990 vor allem als Initiative gegen den NVA-Standort und für die Öffnung des Ufers des Goldberger Sees gegründet. Durch den Zusammenschluss aller anderen Parteien kam der heutige Bürgermeister, ein ehemaliger SED-Kommunalpolitiker, zu DDR-Zeiten Bürgermeister eines benachbarten Dorfes, ins Amt. 1994 erhielt die PDS 21 % der Stimmen (4 Mandate), die CDU 29,5 % (5 Mandate), die SPD 22,8 % (4 Mandate) und die FDP 17,7 % (3 Mandate). Die Wählergemeinschaft BIG errang 9 % der Stimmen (1 Mandat) (ebd.: 269).

In der Stadtvertretung sind seit 1998 die CDU mit 33 % (5 Mandate), die SPD mit 16,1 % (3 Mandate) die FDP mit 22,1 % (3 Mandate), die PDS mit 20,6 % (3 Mandate) und die unabhängige Wählergemeinschaft (BIG) mit 7,2 % und einem Abgeordneten vertreten (Tabelle 18). Problematisch ist die Instabilität der Goldberger SPD. Innerhalb dieser Fraktion

kam es im Jahre 2000 zur Spaltung und anschließender Auflösung der Fraktion (Bürgermeister G 2001). Eine Spaltung der SPD-Fraktion und Übertritte hatte es auch schon in der früheren Wahlperiode gegeben.

Tabelle 18: Wahlen zur Stadtvertretung in Goldberg

Wahl-jahr	Beteili-gung	CDU	SPD	PDS	FDP/BFD	Grüne/B90*	BIG	Einzel-bewerber	Son-stige
		in % der gültigen Stimmen							
1990	77,3	20,8	10,9	25,9	24,3				18,1
1994	63,8	29,5	22,8	21,0	17,7	0,0	9,0	0,0	
1999	48,4	33,0	16,1	20,6	22,1		7,2	1,0	
(*Daten für Grüne/B90 und Wählergemeinschaft 1990 unter Sonstige)									

Quelle: StaLA MV 1995: 268 und StaLA MV 2001b

Im März 2001 fanden erstmals nach der veränderten Kommunalverfassung direkte Bürgermeisterwahlen statt. Dabei wurde der bisherige parteilose Amtsinhaber mit 51,9 % und Unterstützung von CDU und FDP im Amt bestätigt. Es gab drei Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei 57,5 % (vgl. SVZ 2001b). Sie ist seit 1990 rückläufig: Während die Wahlbeteiligung 1990 mit über 77 % noch über dem mecklenburgischen Durchschnitt lag, sank diese 1994 auf 63,8 % und 1999 auf 48,4 % und lag damit 5 bis 6 % unter dem Landesdurchschnitt (StaLA MV 1995: 268 und StaLA MV 2001b).

Goldberg zeichnet sich durch eine ausgeprägte Vereinskultur aus. Um 1900 gab es bereits 36 Vereine in Goldberg (vgl. Festkomitee 1998: 78). 1999 zählte das Vereinsregister 15 Vereine, davon zwei Sportvereine, drei Angelvereine, vier Gartenvereine und ein Tanzverein. Seitdem sind weitere Vereine entstanden, so beispielsweise ein zweiter Tanz- und Trachtenverein und ein Schulförderverein. Zur Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr, die seit 1874 besteht, wurde vor einigen Jahren ein Förderverein gegründet. Dazu gibt es weitere Assoziationsverbünde wie z.B. einen Posaunenchor.

Die traditionsreichste Vereinigung ist heute der Schützenverein, der bis in das 18. Jahrhundert zurück reicht, 1945 aufgelöst wurde und sich 1991 als „Grüner Jäger“ neu konstituierte. Eine weitere traditionsreiche Vereinigung ist der seit 1906 ununterbrochen existierende Posaunenchor (kein e.V.), der eng mit der evangelischen Kirche verbunden ist. Seit einigen Jahren fungiert er als ökumenische Vereinigung in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche. Daneben bestehen heute unter anderem ein Karnevalsclub, Heimatverein, Jugendklub, Seniorenklub der Volkssolidarität und Sportvereine.

Insbesondere der Vereinssport spielt eine große Rolle in der Stadt. Die geringe Zahl der Sportvereine ist dadurch begründet, dass der TSV Goldberg – mit 580 Mitgliedern einer der größten Vereine des Landkreises – in insgesamt sieben Sportabteilungen untergliedert ist, die sonst üblicherweise in Einzelvereinen organisiert sind (vgl. SVZ 2001a). In mehreren mecklenburgischen Ligaklassen sind die Abteilungen der Fußballer und Handballer gut vertreten. Als weitere Abteilung gehört dem TSV auch der Karnevalsclub an, der in der Stadt – im Gegensatz zu anderen Städten – eine herausragende Rolle einnimmt. Von den kulturellen Vereinen ist insbesondere der Heimatverein hervorzuheben, der eng mit dem Museum verbunden ist. Traditionsreich sind auch die Kleingartenvereine der Stadt (vgl. SVZ 2000a).

Die größte Kirche der Stadt ist die evangelisch-lutherische Kirche, die etwa 1.100 Mitglieder hat (vgl. Festkomitee 1998: 42). Neben der evangelischen Gemeinde gibt es seit etwa 75 Jahren eine katholische Gemeinde mit heute 600 Gemeindemitgliedern, die vor allem durch Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Sudetenland angewachsen ist. Seit der Ansiedlung von Flüchtlingen aus Pommern und Ostpreußen nach 1945 gibt es auch eine neuapostolische Gemeinde mit 94 Mitgliedern.

Jeden zweiten Samstag im Juli des Jahres findet als neu begründete Tradition seit 1990 das Strandfest statt. Das Fest am Goldberger See ist heute das Stadtfest. Außerdem gibt es seit mehr als 100 Jahren ein Kinderfest. Seit 1990 hat sich in Goldberg wieder eine Faschingstradition (mit Sitzungen und Umzügen) etabliert, die es letztmalig in den 1950er Jahren gab.

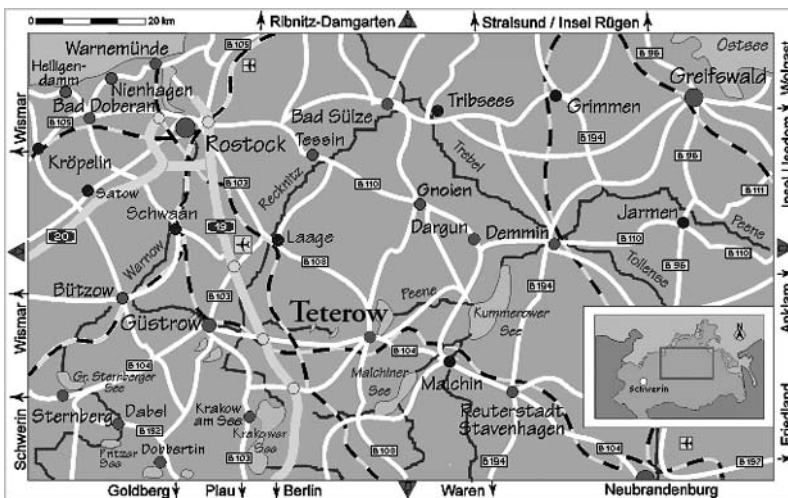
Die größte kulturelle Einrichtung der Stadt ist das Heimatmuseum („Naturmuseum“) mit seinem bemerkenswerten heimatkundlichen und naturkundlichen Fundus. Zukünftig soll hier auch die Bibliothek eingerichtet werden. Das ehemalige Kulturhaus der NVA wird bei wichtigen Anlässen (z.B. Karneval), wie schon zur DDR-Zeit als Veranstaltungsort genutzt. Das Kino in der Langen Straße wurde nach der Wende geschlossen.

Stadtprofil Teterow

„Es fingen einst zwei Fischerknecht'
Vor Zeiten einen großen Hecht,
Doch wollten speisen ihn die Leut'
Bei einer späteren Festeszeit;
Mit einer Glocke warf man gleich
Ihn deshalb wieder in den Teich.
Am Boot macht' einen Kerbschnitt man,
Damit man ihn auch finden kann.
Der Hecht jedoch, das war nicht schön,
Verschwand auf Nimmerwiedersehen.“
Teterower Hechtsage

Teterow liegt im geografischen Mittelpunkt Mecklenburg-Vorpommerns zwischen den Kreisstädten Güstrow und Malchin, an der Bahnlinie Neubrandenburg-Güstrow-Rostock, der B 104 Neubrandenburg-Güstrow-Schwerin und der B 108 Waren-Teterow-Rostock (Abbildung 33).

Abbildung 33: Lage von Teterow



Quelle: <http://www.mvweb.de/staedte/teterow/map.html>: 9.8.2001

Die Entfernung zu den Großstädten Berlin und Hamburg beträgt jeweils 200 km, nach Rostock – zur größten Stadt des Bundeslandes – nur 50 km. Die Fahrzeit mit der Bahn ins Berliner Stadtzentrum beträgt mit einmaligem Umsteigen etwa 3 Stunden und 15 Minuten. Nach Hamburg werden 2 Stunden und 40 Minuten benötigt. Die Fahrt auf der Autobahn zum Berliner Stadtzentrum dauert ca. 2,5 Stunden. Die zur Zeit

noch ungenügende Straßenverbindung nach Hamburg wird sich in den nächsten Jahren durch die Ostseeautobahn erheblich verbessern.

Teterow hat sich historisch als eine Handwerker-, Händler- und Ackerbürgerstadt mit wichtigen Dienstleistungsfunktionen für das ländliche Umfeld entwickelt. Im 20. Jahrhundert gewann die Industrie eine größere Bedeutung in der Stadt. Nach 1952 war Teterow über mehr als vier Jahrzehnte Kreisstadt. Diesen Kreisstadtstatus verlor sie 1994 durch die Vereinigung der damaligen Kreise Teterow und Güstrow an Güstrow, das zur Kreisstadt des neuen Landkreises Güstrow wurde. Die Stadt hat ihr historisches Ortsbild in der Altstadt während der DDR-Zeit weitgehend bewahren können (Abbildung 34). Außerhalb der Altstadt sind bis 1989 mehrere Neubausiedlungen in Plattenbauweise errichtet worden. In den letzten Jahren sind zudem zahlreiche Einfamilienhausgebiete und Gewerbeflächen am Stadtrand entstanden.

Teterow besitzt einige identitätsstiftende Merkmale, die der Stadt eine bundesdeutsche Bekanntheit verschaffen, so beispielsweise die „größte Grasrennbahn Europas“ für Motorradwettkämpfe. Die landschaftlich schöne Lage wird unter dem Slogan „Teterow – Perle der Mecklenburgischen Schweiz“ als touristische Attraktion vermarktet.

Abbildung 34: Luftbild von Teterow 1997



Quelle: Dust/Kunz 1999: 7

Die Stadt gehört heute als Teil des Landkreises Güstrow zum Regionalen Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock, wie auch die Hansestadt Rostock und der Landkreis Bad Doberan. Teterow liegt außerhalb des engeren Einflussbereiches des Oberzentrums Rostock. Der umgebende ländliche Raum ist überwiegend touristisch und agrarisch geprägt (vgl. Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg/Rostock 1994: Karte Regionales Raumordnungsprogramm).

Teterow ist von der Landesplanung als Mittelzentrum mit Teilfunktion ausgewiesen. Die Teilung der mittelzentralen Funktionen erfolgt mit dem in der benachbarten Planungsregion gelegenen Mittelzentrum mit Teilfunktion Malchin. Der Versorgungsbereich Teterows als Mittelzentrum umfasst neben der Stadt die Gemeinden des Amtes Jördenstorf, des Amtes Teterow Land und des Amtes Gnoien mit 30.051 Einwohnern (insgesamt 31 Gemeinden). Im Nahbereich Teterows, für den die Stadt die grundzentralen Versorgungsfunktionen übernimmt, leben 16.173 Einwohner in insgesamt zehn Gemeinden (ebd.: 29).

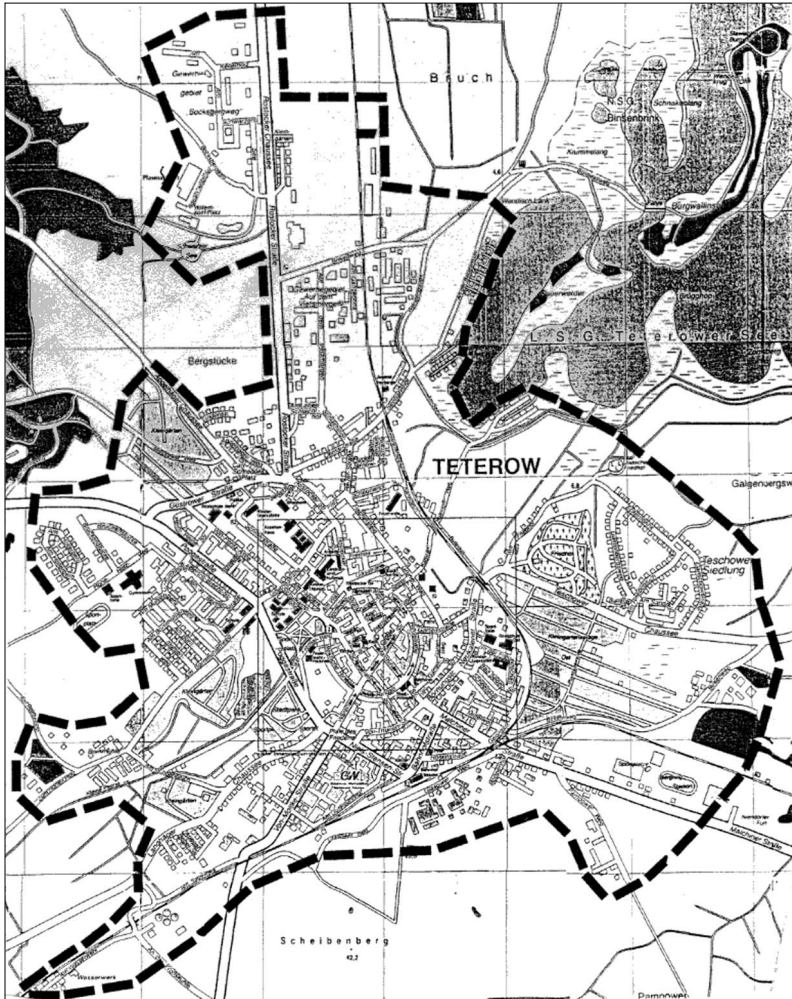
Innerhalb des Planungsverbandes liegt Teterow nicht in den Bereichen, die als „besonders strukturschwach“ charakterisiert sind (ebd.: Karte 2). Der „Erholungsraum Mecklenburgische Schweiz um Teterow“ ist einer der drei binnenländischen Fremdenverkehrsschwerpunkträume des Planungsverbundes (ebd.: 76). Durch die erhaltene Altstadt wird Teterow von der Regionalplanung auch für den Kulturtourismus als geeignet angesehen (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 21).

Im Rahmen der Untersuchung wurden die inneren Stadtteile Teterows, ohne die weit außerhalb liegenden, eingemeindeten Dörfer und Siedlungen, betrachtet⁵² (vgl. Abbildung 35). In Teterow lebt von den ca. 10.000 Einwohnern ein wesentlicher Teil der Bevölkerung der Stadtgemeinde außerhalb der Altstadtgrenzen, zumeist in Mietschausbauten der Jahre 1955 bis 1989 (Meldebehörde Teterow 2000).

Die Stadt verfolgt das Ziel einer touristischen Entwicklung eher halbherzig, obwohl die landschaftlichen Qualitäten des Umlandes und die ästhetischen Qualitäten der Stadtarchitektur gerade eine solche Entwicklungsstrategie nahe legen. Stattdessen hat die Gemeinde bewusst mit dem Neubau des Biomedizin-Technikums Teterow (BMTT) und der Ansiedlung der PlasmaSelect AG, einem Entwicklungs- und Produktionszentrum für Biotechnologie- und Medizintechnikprodukte einen anderen Schwerpunkt gesetzt. Damit soll gegen die Deökonomisierung der Stadt eine neue wirtschaftliche Kernkompetenz entwickelt werden, die zu einer wirtschaftlichen Neuprofilierung der Stadt führen kann (vgl. NK 2000a).

⁵² Die statistischen Angaben beziehen sich jedoch in der Regel auf das gesamte Gemeindegebiet, einschließlich der Dörfer.

Abbildung 35: Die Kernstadt Teterows



Quelle: Stadtplan Teterow o.J., eigene Einträge

Die Stadt Teterow (slawisch Auerhahnort) entstand im Rahmen der Ostsiedlung in der Nähe eines 1171 von den Dänen zerstörten slawischen Zentralortes (Wieden/Schmidt 1996: 126) und besitzt wahrscheinlich seit 1235 das Stadtrecht. Seit 1272 ist die Stadt urkundlich nachweisbar (vgl. Keyser 1939: 339). Seit dieser Zeit ist auch ein städtischer Rat als Selbstverwaltungsorgan der Stadt vorhanden. Dieser befand sich häufig im Konflikt mit kirchlicher Macht und dem ansässigen landesherrlichen

Vogt (vgl. Rat der Stadt Teterow 1955: 5), konnte aber seine Rechte sichern und auch noch über das Mittelalter hinaus in Teilen beibehalten.

Bis 1316 gehörte die regional bedeutsame Handels- und Handwerkerstadt zur Herrschaft Werle-Parchim, seit 1374 zu Werle-Güstrow und schließlich seit 1436 zum Haus Mecklenburg-Schwerin (vgl. Wieden/Schmidt 1996: 126). Die Stadt war Mittelpunkt einer landesherrlichen Vogtei (einer kleineren Verwaltungs- und vor allem Hochgerichtseinheit). Im späten Mittelalter wurde Teterow zum Amt Güstrow gelegt. Mit den bis 1400 entstandenen Stadtmauern und -toren war die bauliche Ausformung der mittelalterlichen Stadt weitgehend abgeschlossen. In fruchtbarer Umgebung und an fischreichen Gewässern sowie einer wichtigen Handelsroute zwischen Hamburg und Stettin und zur Ostsee gelegen, hatte sich die Stadt im Mittelalter günstig entwickeln und mit drei Vieh- und Krammärkten ein wichtiges regionales Zentrum werden können. Die Bevölkerungsstruktur war von Handwerkern verschiedenster Gewerke, Ackerbauern und Kaufleuten geprägt (Neubert 1997: 106 und Göschel (Hg.) 1984: 454).

In der frühen Neuzeit endete die Blütezeit Teterows und die einst bedeutende Handelstätigkeit nahm ab. Zwischen 1632 und 1793 zerstörten insgesamt vier Brände weite Teile der Stadt. Nach den Zerstörungen und Epidemien des Dreißigjährigen Krieges und spätestens nach dem Nordischen Krieg – 1700 bis 1721, Plünderungen durch Schweden, Dänen und Sachsen (vgl. Neubert 1997: 107 und Wieden/Schmidt 1996: 127) – stagnierte die Stadt auf dem Status einer Handwerker- und Ackerbürgerstadt (vgl. Jezmann 1999) mit etwas höherem Anteil von Gewerbe und Handel. Die Bedeutung als Markort der ländlichen Umgebung blieb jedoch erhalten. Ein weiterer Rückschlag für die Stadtentwicklung war 1806 die Besetzung der Stadt durch napoleonische Truppen (vgl. Rat der Stadt Teterow 1985: 16).

Seit den 1820er Jahren entwickelte sich die Stadt wieder positiv: Ein deutlicher Bevölkerungszuwachs dokumentiert dies, begründet wesentlich durch die zuwandernde Landbevölkerung nach der, in Mecklenburg sehr spät im Vergleich mit dem übrigen Deutschland erfolgten, Aufhebung der Leibeigenschaft (ebd.). Die Entwicklung ermöglichte die Anlage neuer Vorstädte (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 25) und den Ausbau der städtischen Infrastruktur. Für eine kleine Stadt relativ früh, wurde 1862 die Gasversorgung der Stadt aufgenommen. Bereits 1864 wurde Teterow durch den Eisenbahnbau nach Güstrow und Malchin an die Bahn angeschlossen. Eine begrenzte Industrialisierung wurde dadurch gefördert (u.a. Maschinenfabriken, Sägewerke). Wirkliche Großbetriebe mit deutlich über hundert Beschäftigten waren jedoch nicht darunter (vgl. Neubert 1997: 107).

Im 20. Jahrhundert verlangsamte sich das Bevölkerungswachstum und die Stadt war insbesondere nach 1918 von den wirtschaftlichen Problemen Mecklenburgs in der Zwischenkriegszeit betroffen. In den 1920er Jahren gerieten viele Industriebetriebe der Stadt in die Krise, so ging beispielsweise eine Maschinenfabrik in Konkurs. Die gewerblichen Strukturen blieben jedoch im Wesentlichen erhalten und weiteten sich in den 1930er Jahren wieder aus (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 25).

1929/30 entstand der „Bergring“ als Europas größte Grasbahnrennstrecke für Motorräder, die der Stadt, die sich seitdem auch „Teterow, die Bergringstadt“ nennt, bis heute überregionale Bekanntheit sichert (vgl. Göschel (Hg.): 453f.).

Das Ende des Zweiten Weltkrieges, den Teterow unzerstört überstand, brachte mit den zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen einen erheblichen Bevölkerungszuwachs. Von 8.000 Einwohnern im Jahre 1940 wuchs die Bevölkerung auf etwa 9.600 im Jahre 1946 und 11.000 im Jahre 1950 an (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 25). Zum Teil siedelten die Zuwanderer später auf die nach der Bodenreform aufgeteilten Großgüter der Umgebung über (vgl. Neubert 1997: 108).

In der DDR-Zeit erfuhr die Stadt durch den Ausbau von Industrie- und Verwaltungsstandorten eine Förderung. Nach der Auflösung des Landes Mecklenburg wurde Teterow 1952 Teil des Bezirkes Neubrandenburg und erhielt den Kreisstadtstatus. Teterow fungierte damit als administratives und ökonomisches Zentrum eines Agrarkreises. Zusätzlich entwickelte sich die Stadt in gewissem Umfang zum Industrie- und Erholungsort (vgl. ebd.).

Ein großer Teil der privaten mittelständischen Wirtschaft existierte noch nach 1945: Zwei Maschinenfabriken, ein Landmaschinenreparaturbetrieb, der Schlachthof und eine Kerzen- und Seifenfabrik gab es bis in die 1950er Jahre (vgl. Rat der Stadt Teterow 1955: 4). In den folgenden Jahren wurden sie überwiegend in VEBs überführt: In den 1980er Jahren gab es, neben metallverarbeitenden Betrieben, vor allem Werke zur Verarbeitung land- und forstwirtschaftlicher Produkte. Außerdem war die Stadt Sitz von drei LPGs, eines Bekleidungswerkes und einer Meliorationsgenossenschaft (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 453).

Zu den wichtigsten Betrieben (vgl. Tabelle 19) gehörte der Schlachthof mit 365 Beschäftigten (1981) und die seit 1966 betriebene Konsumgroßbäckerei (vgl. Dust/Kunz 1999: 114). Vor 1990 hatte sie 150 – vorwiegend weibliche – Beschäftigte. Der VEB Rationalisierungsbau hatte vor 1990 etwa 300 Arbeitnehmer und existiert heute noch als Privatunternehmen mit 60 Beschäftigten (Bürgermeister T 2000a). Vor 1990 spielte auch die Rüstungsindustrie eine wichtige Rolle in der Teterower Wirtschaft: Im Ort befand sich ein großes Panzerreparaturwerk. Es

entstand aus den nach dem Kriege zum „Apparate- und Maschinenbau“ vereinigten privaten Maschinenbaubetrieben der Stadt und produzierte zunächst vor allem Ausrüstungen für die Ostseewerften (vgl. Rat der Stadt Teterow 1955: 6). Nach 1971 wurde das Werk zum „Betriebsteil Teterow des Reparaturwerkes Neubrandenburg“. Es war für die Reparatur von schweren Militärlastern und Schützenpanzerwagen zuständig und hatte 1957 etwa 500 (vgl. Dust/Kunz 1999: 60) und in den 1980er Jahren 737 Beschäftigte (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 42). Ein Teil des Betriebes wurde nach 1990 als Privatunternehmen im Metallgewerbe mit heute 70 Mitarbeitern fortgeführt. Im weiteren Sinne mit dem Militär verbunden war das Kleiderwerk im Ort (Kleiderwerk Altentreptow, Betriebsteil Teterow), das seit 1971 mit etwa 200 und 1988 mit 311 (ebd.: 42) vor allem weiblichen Beschäftigten (Näherinnen) Uniformhosen für die NVA und außerdem Textilien für C&A produzierte.

Tabelle 19: Wichtigste Betriebe 1988 in Teterow in der DDR-Zeit

Betrieb	Arbeitsplätze
Reparaturwerk Neubrandenburg	737
Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb (SVB)	365
VEB Teterower Industriewerke	219
Konsum-Großbäckerei (seit 1966)	254
BT Teterow des Kleiderwerkes Altentreptow, 1971	311
VEB Elektrotechnik	93

Quelle: A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 42

Während der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Bauwesen in der Stadt im Jahre 1951 lediglich 15,3 % betrug, stieg er bis 1971 erheblich auf 37,3 % und bis 1981 auf 44,3 % an. Die Land- und Forstwirtschaft spielte 1981 mit nur noch 8,3 % der Erwerbstätigen (ebd.: 42 und Gemeindespiegel 1981) im Vergleich zum gesamten Kreis Teterow mit fast 32 % eine untergeordnete Rolle (vgl. StaLA MV 1996: 229).

Das wichtigste kommunale Gebäude – das Rathaus – wurde nach 1945 aus der Verfügung der Stadt genommen und war seit 1945 in Nutzung der sowjetischen Armee und später Sitz des Polizeikreisamtes (vgl. Dust/ Kunz 1999: 14). Erst mit dem Ende der DDR konnte 1990 die Stadtverwaltung wieder ihren angestammten Platz im Rathaus vom Polizeikreisamt übernehmen.

Die Bausubstanz und Infrastruktur der Altstadt wurden während der DDR-Zeit zwar stark vernachlässigt, der Schwerpunkt der städtebauli-

chen Entwicklung aber nicht ausschließlich auf eine Außenentwicklung gelegt und die Altstadt als Zentrum respektiert. Im Norden, Westen und Osten der Stadt entstanden seit den 1960er Jahren kleinere Neubaugebiete in Plattenbauweise (vgl. Dust/Kunz 1999: 114/115). Außerhalb der Altstadt wurden zahlreiche Sozial- und Infrastruktureinrichtungen mit überörtlicher Bedeutung angesiedelt: z.B. ein Kreiskrankenhaus, ein Kinderkrankenhaus, eine Hilfsschule, ein Kino, das Kreiskulturheim, eine Kreislandwirtschaftsschule und eine Kreisbibliothek. Diese Einrichtungen, z.T. Erweiterungen bestehender Einrichtungen (z.B. das Kreiskrankenhaus), befanden sich aber noch in engerer räumlicher Nähe zur Altstadt (vgl. Göschel (Hg.) 1984: 453 und Dust/Kunz 1999: 66).

Der tief greifenden Deökonomisierung nach 1990 fielen die meisten Industriebetriebe (z. B. Industrierwerke, Panzerreparaturwerk) zum Opfer. Durch die Schließung der Konsumbäckerei und des Kleiderwerks waren zudem die in der DDR-Zeit gezielt geschaffenen Frauenarbeitsplätze betroffen. Darüber hinaus führte die Kreisgebietsreform von 1994 zum Verlust des Kreisstadtstatus. Der Rückzug staatlicher Institutionen wurde 1999 durch die Schließungen des Amtsgerichts und 2001 der Kfz-Zulassungsstelle besiegelt.

Die heutige industrielle Struktur Teterows (vgl. Tabelle 20) zeichnet sich sowohl durch einige erhaltene ältere gewerbliche Grundlagen als auch durch Neuansiedlungen aus. Einzig der VEB Schlachthof konnte erfolgreich als „Löbblein Fleisch“ erhalten bleiben und ist heute mit 120 Arbeitsplätzen ein wichtiger Arbeitgeber. Die Stadt ist außerdem seit einigen Jahren durch eine erfolgreiche Gewerbeneuansiedlungspolitik geprägt. Insgesamt wurden seit 1990 in Teterow etwa 1,5 Milliarden DM⁵³

Tabelle 20: Wichtige Arbeitgeber in Teterow 2001 (Auswahl)

Firma	Beschäftigte
PlasmaSelect	ca. 150
Löbblein Schlachthof	120
TEKU Teterower Kunststoffwerke	50
BMTT	38
Krankenhaus Teterow	160
Stadtwerke mit Naherholungs-GmbH	100

Quelle: A&S GmbH Neubrandenburg 2000, Stadt Teterow 2001 und eigene Recherche

⁵³ Auf die Umrechnung der DM-Angaben in Euro wurde in dieser Studie bewusst verzichtet, da zum Zeitpunkt der Untersuchung dies die gültige Währungseinheit war.

investiert, davon etwa 70 % von privater Seite und 30 % aus öffentlicher Hand. (Hauptamt 2000) Dennoch konnten die Probleme der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Bevölkerungsabwanderung bisher nicht gelöst werden, insbesondere für die schlechter qualifizierten Einwohner.

Ein Schwerpunkt der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe liegt im Baubereich (vgl. NordLB 1997: 11). Aber auch Betriebe des verarbeitenden Gewerbes spielen noch eine vergleichsweise große Rolle. Mehrere Gründungen von mittelständischen Unternehmen nach 1990 erfolgten von Teterowern, die zumeist Abteilungsleiter in früheren VEBs waren und nach 1990 die Ausgründung dieser Bereiche betrieben (Hauptamt 2000 und Stadt Teterow 2001).

Die neu ausgewiesenen Gewerbegebiete sind schon seit 1997 mit mehr als 50 Unternehmen und insgesamt 1.000 Arbeitsplätzen (vgl. NordLB 1997: 11) gut ausgelastet. Mit der 1998 erfolgten Grundsteinlegung für ein Biotechnologiezentrum im Gewerbegebiet „Bocksbergweg“ gelang der Stadt die Ansiedlung einer Zukunftstechnologie. In den verschiedenen Betrieben des Biotechnologiezentrums arbeiten heute etwa 100 Personen. Das Zentrum entstand für 18 Mio. DM in Regie der Stadt, die Kosten wurden zu 80 % vom Land gefördert (Hauptamt 2000). In enger Verbindung dazu hat die Biotechnologiefirma „PlasmaSelect“ im selben Gewerbegebiet Anfang 2000 ein neues Fertigungswerk mit derzeit etwas mehr als 100 Mitarbeitern in Betrieb genommen (vgl. PlasmaSelect 2001a). Angesichts der erheblichen Verluste der Aktie und der Probleme mit der Vermarktung der Produkte in der jüngsten Zeit sind die geplanten Erhöhungen der Belegschaft nicht mehr zu erwarten. Ende 2001 zeichnen sich Entlassungen von Mitarbeitern – bis zu 40 in ganz Mecklenburg – ab (vgl. PlasmaSelect 2001b). Das Management der Firma ist wegen der schlechten verkehrlichen Anbindung wieder nach Hamburg gezogen.

Die Entwicklung der Biotechnologie in Teterow ist wesentlich auf die enge Verbindung der Stadt und des Bürgermeisters zu Professor Horst Klinkmann (ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften) zurückzuführen. Klinkmann als einer der wichtigsten Protagonisten der Biotechnologie in Mecklenburg und Gründer von Biotechnologiefirmen setzte sich für die Wahl seiner Geburtsstadt als Standort ein (vgl. KS 2000 und Bürgermeister T 2001).

Weitere Unternehmen der Bio- und Medizinbranche befinden sich in Verhandlungen über eine Ansiedlung in der Stadt. Die Ansiedlung der German Carbon GmbH (Aktivkohleherstellung) mit zukünftig 37 Arbeitsplätzen (zurzeit mit 7 Mitarbeitern im Biotechnikum) ist gelungen und das neue Produktionsgebäude befindet sich im Bau (vgl. OZ 2001). Auch die Zusage eines Einwegspritzenherstellers, ein Werk in der Stadt zu errichten, ist wahrscheinlich (Hauptamt 2000). Ebenso ist eine Mem-

bran-Technologie Firma im Gespräch mit der Stadt (vgl. NK 2001a). Ende 2001 planten zwei weitere kleinere Biomedizinfirmen aus Rostock im BMTT Räume zu mieten. Die Stadt sieht sich im Verbund mit Rostock und Greifswald innerhalb eines entstehenden „BioCon Valleys“ und setzt große Hoffnungen auf weitere Ansiedlungen dieser Branche. Eine notwendige Erweiterung des BMTT kann die Stadt jedoch zurzeit nicht finanzieren (vgl. NK 2001b).

Neben diesen Ansiedlungen im Biotechnologiebereich entstanden nach 1990 ein überregional wichtiges Dentallabor, eine Bauschutttaufbereitungsanlage und Logistikunternehmen (vgl. Stadt Teterow 1999a: 6). Außerdem wurde im Gewerbegebiet Pampow-Koppelberg im Südosten der Stadt (in dem auch der Schlachthof angesiedelt ist) ein Existenzgründerzentrum errichtet, in dem sich vor allem Computerfirmen und eine Tischlerei niedergelassen haben (Hauptamt 2000).

Zu den größten Arbeitgebern in der Stadt gehören des Weiteren öffentliche Einrichtungen, das Krankenhaus mit 160 und die Stadtwerke mit etwa 100 Beschäftigten (vgl. Stadt Teterow 2001). Neben der Versorgung der Stadt und Teilen des Umlands mit Strom, Wasser und Gas übernehmen die Stadtwerke mit ihrer 100 %igen Tochter „Freizeit- und Naherholungsgesellschaft Teterow GmbH“ auch Aufgaben im Bereich der Tourismusförderung. Sie betreiben unter anderem die Gaststätte und Pension „Wendenkrug“. Auch der städtische Bauhof gehört zu den Stadtwerken.

Eine wichtige Investition für die soziale Infrastruktur war nach 1990 der Bau eines neuen Gymnasiums für etwa 30 Millionen DM, der noch unter der Regie des Altkreises erfolgte (Hauptamt 2000).

Der Tourismus entwickelte sich in den letzten Jahren günstig, wenn auch noch Ausstattungsmängel bestehen (vgl. NordLB 1997: 21 und A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 55). 1998 gab es 28.217 Gästeübernachtungen in der Stadt⁵⁴ (StaLA MV 1999: 127). Bei der Tourismusentwicklung setzt man vor allem auf hochwertige Einrichtungen. Im Zeitraum 2000 bis 2001 wurde ein Golfpark im Ortsteil Teschow errichtet. Das zugehörige Hotel der gehobenen Klasse ist auf eine Bettenzahl von 200 ausgelegt. In den Golfpark wurden insgesamt 40 Millionen DM investiert (Hauptamt 2000 und TS 2001).

Die Stadt versucht zur Zeit als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ registriert zu werden und ihre Angebote im touristischen Bereich dem-

⁵⁴ Zum Vergleich: Das entspricht etwa einem Drittel des Wertes von Güstrow. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, sind die Übernachtungszahlen der beiden Städte etwa gleich (Zahlen erfassen nur Betriebe mit mehr als neun Betten) (ebd.).

entsprechend auszubauen (z.B. weitere Hotelbauten, Wanderwege am Teterower See, Ausbau der Badestelle etc.). Obwohl die Stadt der Ansicht ist, dass „die Einbindung Teterows in das überregionale Rad- und Reitwegenetz [...] erfolgt ist“ (vgl. Stadt Teterow 1999b: 6), liegen gerade im Bereich der Radwege noch große Defizite. Bestehende touristische Anziehungspunkte sind neben der Altstadt das Ehrenmal auf den Heitbergen, die Burgwallinsel und der Bergring, der zusätzlich um eine Speedwaybahn ergänzt wird. Die stärkere Bedeutung, die in letzter Zeit dem Tourismus beigemessen wird, zeigt sich auch an dem Mitte 2000 erfolgten Beitritt zum Fremdenverkehrsverband Mecklenburgische Schweiz (NK 2000c).

Die Stadt bildet noch immer das Einkaufszentrum der Region, Konkurrenz durch große Einkaufszentren auf der grünen Wiese außerhalb der Stadtgrenzen gibt es nicht. In der weiteren Umgebung sorgen jedoch die Einkaufsmöglichkeiten in Rostock und die Shoppingmall in Stavenhagen für das Abfließen von Kaufkraft. Der Einzelhandel in der Altstadt entwickelt sich erst langsam, da das Angebot vielfach noch nicht spezifisch für ein Mittelzentrum ist. Insbesondere Versicherungsagenturen, Bankfilialen und Bürofunktionen siedeln sich in den letzten Jahren anstelle von Ladennutzungen in der Altstadt an (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 1999: Bestandserfassung), während vor allem Lebensmittel- und Textilgeschäfte weitgehend fehlen. Außerdem gelten fehlende Parkplätze und der Leerstand des Kaufhauses in der Altstadt als Problem für die Einzelhandelsentwicklung. Darüber hinaus hat die Altstadt Schwierigkeiten, sich gegen die – noch auf Gemeindegebiet befindlichen – Einkaufszentren und Supermärkte am Rande der Stadt zu behaupten: Im Norden der Stadt ist ein Einkaufszentrum mit der breiten Produktpalette eines Kaufhauses entstanden. Weitere große Märkte, vor allem im Lebensmittelbereich, befinden sich im Neubaugebiet Teterow Nord (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 51). Außerdem gibt es einen großen Baumarkt und einen Möbelmarkt am Rand der Stadt.

Die Landwirtschaft spielt heute in Teterow kaum noch eine Rolle. Es gibt nur wenige Nachfolgeunternehmen der ansässigen LPGs. Im Jahre 1998 waren nur noch 1,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Teterow in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 37,6 % im produzierenden Gewerbe, 17,3 % in Handel und Verkehr und 44,5 % in sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen) (StaLA MV 2001c). Während der Anteil im produzierenden Gewerbe gegenüber 1981 weitgehend stabil geblieben ist (soweit die Zahlen aus unterschiedlichen Systematiken vergleichbar sind), sank der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten deutlich zugunsten der anderen Wirtschaftsbereiche. Bei der Gegenüberstellung mit den anderen Untersuchungsstädten hat Teterow den geringsten Anteil an Beschäftigten in der Land- und

Forstwirtschaft und einen sehr hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe.

Gegenüber 4.509 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort Teterow im Juni 1998, sank diese Zahl bis 1999 um 6,2 % auf 4.231 (StaLA MV 2000b). Trotz vergleichsweise vieler Gewerbebetriebe in der Stadt entwickelt sich die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk Teterow (etwa der Altkreis) mit konstant etwa 19,8 % (Stand Juni 2000) im Vergleich zu den auf 18,2 % in Güstrow und 15,3 % in Bützow gesunkenen Werten innerhalb des Landkreises (Durchschnitt 18,3 %) ungünstig (vgl. SVZ 2000c). Für viele neue Arbeitsplätze lassen sich qualifizierte Arbeitnehmer nur auswärts finden. Gegenüber 1999 mit 830 und 1998 mit 863 Arbeitslosen ist diese Zahl in der Stadt auf 1.067 im Juni 2001 gestiegen (vgl. Tabelle 21). (Bürgermeister T 2000a und BAA 2001) Bezogen auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter hatte Teterow im Juni 2001 mit etwa 15,3 % Arbeitslosen im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstädten einen überdurchschnittlichen Wert (StaLA MV 2001a und BAA 2001).

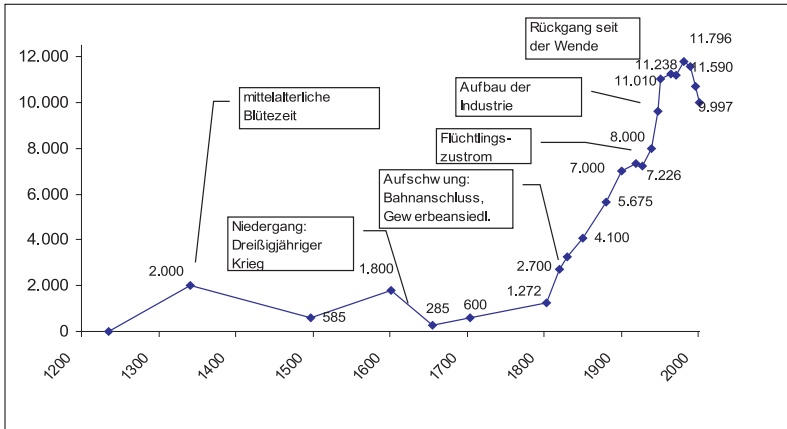
Tabelle 21: Arbeitslose in Teterow

Stadt Teterow	Arbeitslose jeweils Ende Juni	Anteil der Frauen an den Arbeitslosen, in %
1997	945	56,8
1998	863	54,9
1999	830	55,3
2000	975	48,7
2001	1.067	49,9

Quelle: Bürgermeister T 2000b und BAA 2001

Die demografische Entwicklung der Stadt spiegelt den Verlauf der Geschichte (Abbildung 36): Im Hochmittelalter soll Teterow bis zu 2.000 Einwohner gehabt haben. Um 1496 hatte Teterow nachweislich nur etwa 585 Einwohner (vgl. Stadtmuseum 1999: 36). Die Zahl blieb mit einigen kriegs- und pestbedingten Schwankungen bis in das 18. Jahrhundert hinein konstant. Erst nach 1800 verzeichnete die Stadt nach langer Stagnation einen deutlichen Bevölkerungszuwachs. Von 2.700 Einwohnern im Jahre 1819 stieg die Einwohnerzahl um 65 % auf 4.100 im Jahre 1850. Die beginnende Industrialisierung ließ die Einwohnerzahl bis 1900 wiederum auf 7.000 ansteigen. Danach verlangsamte sich die Entwicklung; bis 1940 wuchs die Bevölkerungszahl nur noch um 1.000 Personen auf 8.000 an (vgl. Keyser 1939: 339 und Neubert 1997: 111).

Abbildung 36: Einwohnerentwicklung in Teterow



Quellen: StaLA MV 1996: 33; StaLA MV 1999: 113, StaLA MV 2001a, Meldebehörde Teterow 2000, Keyser 1939: 339 und Rat der Stadt Teterow 1985: 36-38; Grafik: Carsten Benke

Nach 1945 stieg die Bevölkerungszahl durch die Aufnahme von Flüchtlingen erneut erheblich an. 1950 lebten 11.000 Menschen in Teterow. Durch die Industrieansiedlungen blieb die Einwohnerzahl während der DDR auf hohem Niveau, während die Einwohnerzahl des Kreises sich sehr stark von 46.170 im Jahre 1952 (vgl. Kreis Teterow 1953: 7) auf nur noch 30.901 im Jahre 1990 verringerte (vgl. Kreis Teterow 1991: o. S.). Der Bevölkerungsrückgang betrug in Teterow seit der Wende etwa 13,7 %: Von 11.590 Einwohnern im Jahre 1989 ging diese auf 9.997 im Jahre 2000 zurück, verlangsamte sich jedoch in den letzten Jahren. (StaLA MV 2001a) Während der Wanderungssaldo 1991 bei -16,3 je 1.000 Einwohner und 1993 bei -13,5 lag, ist er bis 1998 auf -3,9 zurückgegangen (MfAB MV 2000).

Der noch nicht rechtskräftige Flächennutzungsplan sieht den Ausbau des Gewerbestandortes, die Sanierung der Altstadt und der anderen historischer Ortsteile, den Neubau von Wohnungen, die Verbesserung der technischen Infrastruktur und der Gemeinbedarfseinrichtungen vor. Die Nutzung vorhandener Flächenpotenziale soll dabei der bereits begonnenen Zersiedlung entgegen wirken. Der Landschaftsraum soll für Naherholung und Tagestourismus bewahrt werden (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 93).

Der Schwerpunkt der Stadtentwicklung Teterows liegt jedoch seit 1991 auf der Sanierung der historischen Altstadt. Ein Großteil der Teterower Altstadt steht unter Denkmalschutz und gehört zum Sanierungsgebiet

„Historischer Stadtkern“, das etwa 16 ha umfasst (vgl. B.D. 1999). Ein beträchtlicher Teil der Altbebauung ist seit 1991 bereits saniert worden. Dieser Anteil soll bis 2002 auf 95 % steigen (Bauamt 2000).

Der Wohnungsbestand in der gesamten Stadt nahm in den letzten Jahren von 4.280 Wohneinheiten (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 38) im Jahre 1995 auf 4.498 im Jahre 1998 zu (vgl. StaLA MV 1999: 125). 1995 betrug die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner 26,0 qm (vgl. MFAB MV 2000). Bis 2000 war die Fläche auf 27,1 qm je Einwohner angewachsen (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 38). Sie liegt damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt und stellt die schlechteste Wohnflächenausstattung in den Untersuchungsstädten dar.

Der DDR-Wohnungsbestand (Stand 1995) macht mehr als die Hälfte des Wohnungsangebotes in der Stadt aus: Etwa 40 % wurden von 1949 bis 1981 und 12 % von 1982 bis 1990 errichtet. Der zweite Schwerpunkt liegt im Zeitraum bis 1918, aus dem mehr als ein Drittel der Wohnungen stammt. Der Anteil von Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern ist mit 37 % im Vergleich der Untersuchungsstädte relativ gering (vgl. A&S GmbH Neubrandenburg 2000: 39).

1990 waren in der gesamten Stadt 22 % aller Wohngebäude Volkseigentum, 8 % genossenschaftlich und 69 % in Privatbesitz. (StaLA MV GWZ 95 Güstrow 1996: 22f.) Der Anteil der Wohneinheiten in Volks- und Genossenschaftsbesitz war jedoch – bedingt durch die großen Einheiten in den Neubaugebieten – deutlich höher. 1995 befanden sich 16,5 % der Wohngebäude in kommunalem Eigentum, davon die überwiegende Anzahl bei der Wohnungsgesellschaft, 5 % waren genossenschaftliches und 77 % privates Eigentum (ebd.: 18f.).

Der parteilose Bürgermeister Teterows ist seit 1990 im Amt und war 1990 Kandidat für das Neue Forum. Er wird heute weitgehend von allen Parteien in der Stadtvertretung getragen. Am 9.12.2001 wurde er ohne Gegenkandidaten mit 91 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 34,8 % auf acht Jahre wieder gewählt (vgl. NK 2001c).

In der ersten Stadtvertretung nach der Kommunalwahl vom 6. Mai 1990 waren von der CDU zehn (35,8 %), von der PDS fünf (18,2 %), von der SPD vier (16 %) und vom BFD⁵⁵ drei (11,7 %) nominierte Personen vertreten, außerdem zwei Kandidaten der Aktion Demokratie (Grüne und Neues Forum) und je einer vom Heimatbund Teterow, vom Bauernverband und von der DBD. In der zweiten Wahlperiode nach

⁵⁵ Bund Freier Demokraten. Eine der 1990 neu gegründeten liberalen Parteien in der DDR und im selben Jahr nach der Vereinigung der Liberalen in Ost und West in die FDP aufgegangen

Juni 1994 waren zehn CDU-, sieben SPD-, fünf PDS- und zwei FDP-Vertreter bzw. Vertreterinnen in der Stadtvertretung (StaLA MV 1995: 103). In der dritten Wahlperiode seit Juni 1999 sitzen 12 CDU, 7 SPD und 6 PDS-Vertreter/innen im Stadtparlament (StaLA MV 2001b). (vgl. Tabelle 22)

Tabelle 22: Wahlen zur Stadtvertretung in Teterow

Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	PDS	FDP/BFD	Sonstige
		in % der gültigen Stimmen				
1990	70,1	35,8	16,0	18,2	11,7	18,3
1994	65,0	38,7	28,7	24,8	7,8	
1999	45,6	46,9	30,1	23,0		

* Daten für Grüne/B90 und Wählergemeinschaft 1990 unter Sonstige

Quelle: StaLA 1995: 102 und StaLA MV 2001b

Wie in den meisten Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns hat sich in den zehn Jahren seit 1990 eine Drei-Parteien-Konstellation mit einer vergleichsweise starken Stellung der CDU in der Stadtvertretung herausgebildet. Schon 1990 und 1994 hatte die CDU in Teterow eines der höchsten Wahlergebnisse in Mecklenburg.

In der Stadt sind mit Stand 1999 64 Vereine registriert (Teterow.de 2001). Darunter befinden sich 17 Sportvereine, von denen vor allem der MC Bergring e.V., SSV Einheit Teterow e.V. (u.a. Handball) und der SV Teterow 90 e.V. (Fußball) von Bedeutung sind. Die längste Tradition hat der Schützenverein, der erstmals 1514 erwähnt und 1650 wiederbegründet wurde (vgl. Keyser 1939: 340). Mit der Gründung des „Schützenverein Teterow 90 e.V.“ im Jahre 1990 wurde an die alte Schützentradi-tion der Stadt angeknüpft. Bisher ist der Verein jedoch noch nicht stark öffentlich in Erscheinung getreten. Eine herausragende Rolle unter den Sportvereinen spielt der MC Bergring (gegründet 1957), der jährlich zu Pfingsten das Bergringrennen organisiert.

Neben den Sportvereinen haben Vereinigungen, die dem kulturellen Bereich zugeordnet werden, eine große Bedeutung in der Stadt: Die erste Neugründung eines Vereins nach der Wende war der Heimatbund Teterow e.V. am 1.2.1990, der unter anderem wesentlich die Organisation des Teterower Hechtfestes gestaltet. Im Jahre 2000 kamen etwa 20.000 Besucher zu diesem mittlerweile wichtigsten Stadtfest (vgl. NK 2000b). Das traditionelle Hechtfest, mit Anspielungen an Teterows Ruf „Schilda des Nordens“, nimmt die Tradition der seit 1912 durchgeführten Heimat-feste wieder auf, die während der DDR-Zeit nur unregelmäßig gefeiert wurden (vgl. Dust/Kunz 1999: 94ff.).

Im kulturellen Bereich sind außerdem noch der Museumsverein, der Fremdenverkehrsverein und der Förderverein der Kunst- und Musikschule von Bedeutung. Musikalisch ist für die Stadt der Madrigalchor Teterow wichtig, der schon zahlreiche auswärtige Erfolge verbuchen konnte (vgl. NK 2000d).

Des Weiteren sind sechs Kleingartenvereine und 27 sonstige Vereine in der Stadt registriert. Unter den sonstigen Vereinen befinden sich unter anderem der Feuerwehrverein, der auch kulturelle Veranstaltung durchführt, der Landfrauenverein und die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Auf dem Gebiet der gewerblichen Interessenvertretung gibt es zwei konkurrierende Vereinigungen: der Verein mittelständischer Unternehmer, in dem vor allem Bauunternehmer, Besitzer von Autohäusern oder kleinen verarbeitenden Betrieben organisiert sind und der Handels- und Gewerbeverein, der die altstädtischen kleinen Gewerbetreibenden vereint.

Die wichtigste Religionsgemeinschaft in der Stadt ist traditionell die evangelisch-lutherische Kirche, die auch ein bedeutender Träger sozialer Einrichtungen ist. Die katholische Gemeinde gibt es erst seit 1904 wieder in Teterow. Der Zustrom von Flüchtlingen (Sudeten, Schlesier etc.) nach 1945 ließ eine größere Gemeinde entstehen, die heute ebenfalls eine wichtige Rolle in der Stadt spielt. 1999 wurde der Grundstein für ein neues katholisches Kirchengebäude in der Nähe des Bahnhofs gelegt. Ebenso wie die evangelische Kirche betreibt die katholische Kirche eine Reihe von sozialen Einrichtungen in der Stadt. Seit 1995 besteht im Gewerbegebiet Koppelberg das „Bischof-Theissing-Haus“, das als Jugendbegegnungsstätte fungiert. Desgleichen hat sich durch den Zustrom von – vor allem pommerschen und ostpreußischen – Flüchtlingen nach 1945 eine neuapostolische Gemeinde in der Stadt gebildet. Außerdem gibt es eine evangelisch-freikirchliche Gemeinde und eine „Freie Christengemeinde Teterow e.V.“

Auch wenn das Teterower Kino 2001 geschlossen wurde, sind in der Stadt wichtige kulturelle Institutionen bis jetzt erhalten geblieben: So ein Heimatmuseum und eine kommunale Galerie. Überhaupt bietet die Stadt eine bemerkenswerte Vielzahl an (hoch)kulturellen Ereignissen: Ausstellungen finden auch in der Stadtmühle, in der Bibliothek und im Rathaus statt.

5.3.2 Sozialprofile: Soziodemografische und sozialräumliche Struktur der Untersuchungsstädte

Da bisher wenig Erkenntnisse darüber vorliegen, wer in Kleinstädten lebt, bildete die Erhebung soziodemografischer und -ökonomischer Strukturdaten der Befragten bzw. der Haushalte, in denen sie leben, einen wesentlichen Schwerpunkt der Haushaltsbefragung. Neben der Beschreibung

der Bevölkerungsstruktur und Lebenssituation in den Untersuchungsstädten wurden insbesondere, soweit es die Datenlage zuließ, Vergleiche zur Bundesrepublik und zu Ostdeutschland hergestellt. Ein Schwerpunkt der Auswertung lag des Weiteren beim Vergleich der Situation innerhalb der Untersuchungsstädte. In diesem Kapitel werden zunächst Alter, Geschlecht, Familiensituation, Haushalts- und Qualifikationsstrukturen, Erwerbsstatus, Wohnsituation, Berufsgruppen und Einkommensverhältnisse analysiert und in ihrer sozialräumlichen Differenzierung dargestellt.

5.3.2.1 Soziodemografische Strukturdaten

Geschlecht und Alter

Von der Gesamtzahl der Befragten sind nach der Gewichtung der Umfragewerte entsprechend der Verteilung der amtlichen Statistik der Städte (Ende 1999) 47,7 % Männer und 52,3 % Frauen. Dies entspricht weitgehend den durchschnittlichen Werten der Geschlechterverteilung in den neuen Bundesländern von 48,9 % Männern zu 51,1 % Frauen (StaBA 2001a: 59). Auch die Verteilung der Geschlechter innerhalb der Altersgruppen und zwischen den Untersuchungsstädten weicht nicht von den durchschnittlichen Werten ab.

Entgegen der landläufigen Annahme einer starken demografischen Alterung der Kleinstädte in Ostdeutschland, zeigen das altersstrukturelle Profil der Befragten, ebenso wie die amtlichen Daten für die Untersuchungsstädte⁵⁶, nur geringe Abweichungen von den Werten für die Neuen Länder insgesamt.

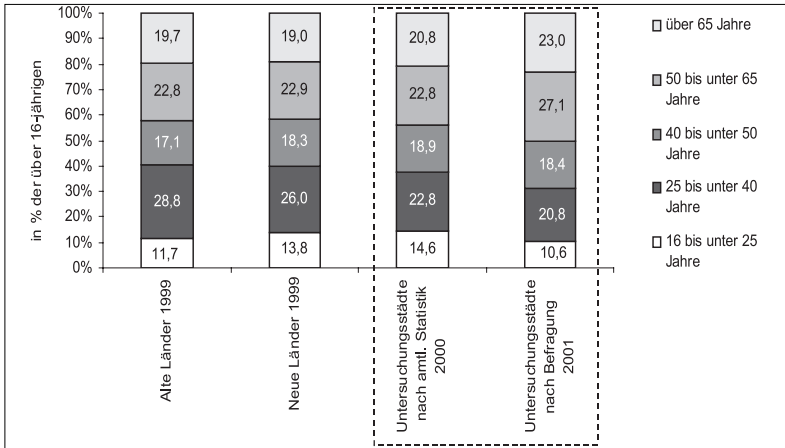
Im Vergleich der Daten der Untersuchungsstädte mit den amtlichen Zahlen für die Bundesrepublik (vgl. Abbildung 37) sind die älteren Jahrgänge etwas stärker vertreten: 23,0 % der Befragten bzw. 20,8 % nach der amtlichen Statistik der Städte waren über 65 Jahre; im Durchschnitt der Bevölkerung der Neuen Länder besaß diese Altersgruppe einen Anteil von 19 % (StaBA 2001e).⁵⁷ Die Altersgruppe der 25- bis unter 40-Jährigen ist mit 20,8 % in der Haushaltsbefragung (22,8 % nach der amtlichen Sta-

⁵⁶ Die Angaben gelten für das gesamte Gemeindegebiet (Stand Ende 2000), das auch einige kleinere außerhalb der Kernstadt liegende Ortsteile einschließt. In allen Untersuchungsstädten zeigen sich Abweichungen des Ergebnisses der Haushaltsbefragung von den Daten der amtlichen Statistik für die jeweiligen Städte in einzelnen Altersgruppen um lediglich ca. vier Prozentpunkte nach oben und unten.

⁵⁷ Stand Ende 1999; alle Prozentzahlen der amtlichen Statistik sind hier aus Gründen der Vergleichbarkeit auf die Bevölkerung über 16 Jahren bezogen und nicht auf die Gesamtbevölkerung.

tistik) im Vergleich zum Schnitt der Neuen Länder, der 26,0 % beträgt, weniger repräsentiert.

Abbildung 37: Vergleich der Altersstruktur der Untersuchungsstädte und der Bundesrepublik

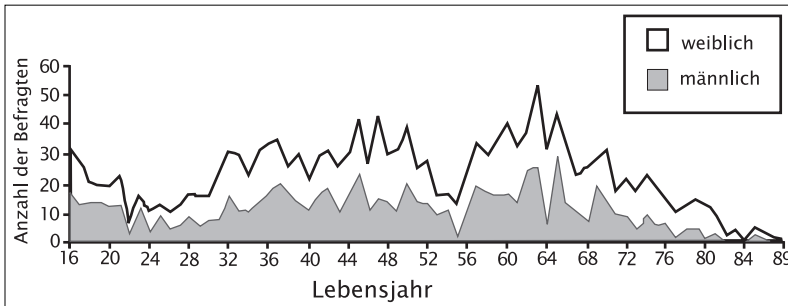


Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N=1.683$; amt. Daten Ende 2000: StaLA MV 2001a; LDS Bbg 2001; Bundesrepublik: Ende 1999: StaBA 2001e: 38–44

Diese Werte deuten nur bedingt auf eine überdurchschnittlich ältere Bevölkerung in den Kleinstädten hin: Die jüngste erfasste Altersgruppe (16 bis unter 25 Jahre) liegt in der Stichprobe bei einem Anteil von 10,6 %, in der amtlichen Statistik der Städte für Ende 2000 bei 14,6 %. Dieser letzte Wert liegt über dem Durchschnitt der Neuen Länder mit 13,8 % und noch deutlicher über dem Wert der Alten Länder mit 11,7 %. Die Abgrenzung der Daten bei 16 Jahren liefert jedoch ein falsches Bild der zukünftigen Altersstrukturentwicklung. Würde auch die außerhalb der Stichprobe der Haushaltsbefragung liegende Gruppe der bis unter 16-Jährigen einbezogen werden, zeigte sich, dass die Untersuchungsstädte mit 14,8 % leicht hinter dem Schnitt der Neuen Länder (14,9 %), aber schon deutlich hinter dem der Alten Länder (17,2 %) liegen (StaLA MV 2001a, LDS Bbg 2001 und StaBA 2001a: 59). Hier deutet sich für die zukünftige Entwicklung ein Rückgang des Kinderanteils in den Untersuchungsstädten an. Die Kleinstädte werden in Zukunft, wie viele andere ostdeutsche Städte, zu kinderarmen Städten.

Bei Betrachtung der einzelnen Alterskohorten (vgl. Abbildung 38) wird ein weiterer Entwicklungstrend deutlich: Um das 20. Lebensjahr

Abbildung 38: Altersstruktur nach Lebensjahren



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N=1.683$

gibt es einen starken Rückgang bei der Anzahl der Befragten, der etwa bis zum 30. Lebensjahr reicht. Es fehlen offensichtlich die Jahrgänge, die aufgrund des Ausbildungs- und Arbeitsplatzmangels in Ostdeutschland in die Alten Länder abgewandert sind.

Zusammenfassend weist die Altersstruktur der Befragten in den Untersuchungsstädten eine ähnliche Verteilung auf: Ca. 50 % der Befragten sind unter 50 Jahre und ebenso 50 % über 50 Jahre alt. Dabei haben die Befragten in Bad Wilsnack mit 50,6 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt, während dieser in Goldberg bei 48,3 Jahren liegt. Der Altersdurchschnitt der Befragten aller Städte beträgt somit 49,5 Jahre. Die Differenzierung der Altersstruktur nach Altersklassen in den vier Untersuchungsstädten ergibt folgendes Bild: Bei der jüngsten Altersgruppe – 16- bis unter 25-Jährigen – sind die Unterschiede zwischen den Städten am geringsten ausgeprägt; alle entsprechen, mit kleinen Abweichungen, dem Durchschnittswert in dieser Altersklasse. Ähnliches gilt für die Altersgruppe der 25- bis unter 40-Jährigen. Auch in der Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen sind die Abweichungen zwischen den Städten gering: Teterow stellt mit 29,8 % den größten Anteil der Befragten in dieser Gruppe, und Angermünde mit 25 % den geringsten. Ein Unterschied zwischen den Untersuchungsstädten tritt in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen auf: Hier weist Goldberg mit 23,5 % einen höheren Anteil als die anderen drei Untersuchungsstädte auf. Deren Werte liegen zwischen 16,4 und 17,4 % in dieser Altersgruppe. Eine weitere Differenz zeigt sich bei der Altersgruppe der über 65-Jährigen: Während im Durchschnitt aller Untersuchungsstädte 23,0 % der Befragten dieser Altersgruppe angehören, sind das in Bad Wilsnack 25,8 % und in Goldberg jedoch nur 18,8 %. Dies obwohl Goldberg von allen vier Städten die stärksten ökonomischen Verluste seit der Wende hinnehmen musste, denn die

Stadt hat den höchsten Anteil von DDR-Wohnungsbau im Verhältnis zum Gesamtwohnungsbestand aller Untersuchungsstädte.

Haushaltsstruktur

In den Kleinstädten leben wesentlich weniger Personen in Einpersonenhaushalten und deutlich mehr in Zwei- und Mehrpersonenhaushalten als im Bundesdurchschnitt: Nur 21,3 % der Haushalte sind Einpersonenhaushalte gegenüber 36,5 % in der gesamten Bundesrepublik und 34,1 % in den Neuen Bundesländern. Betrachtet man die durchschnittliche Haushaltsgröße unabhängig von der Haushaltsform, so zeigt sich, dass im Vergleich mit den Zahlen für die Bundesrepublik der Anteil von Einpersonenhaushalten in den Kleinstädten stark unterdurchschnittlich ist (StaBA 2001b: 12).

Mit 37,3 % haben Zweipersonenhaushalte den größten Anteil in den Untersuchungsstädten. Damit liegt der Anteil über dem Schnitt der Alten (33,1 %) und der Neuen Bundesländer (34,6 %). Ebenfalls überdurchschnittlich ist der Anteil der Dreipersonenhaushalte – 20,1 % gegenüber 14,1 % in den Alten und 17,3 % in den Neuen Ländern – und der Vierpersonenhaushalte – 16,7 % gegenüber 11,6 % in den Alten und 11,3 % in den Neuen Ländern. Auch der Anteil der Fünf- und Mehrpersonenhaushalte liegt mit 4,6 % über dem Schnitt der Neuen Länder (2,7 %) und nur leicht unter dem der Alten Länder (4,7 %) (StaBA 2001b: 12).

Im Schnitt besteht ein Haushalt in den Untersuchungsstädten aus 2,48 Personen, damit ist der Durchschnittshaushalt im Vergleich zum Bundesgebiet etwas größer: In Westdeutschland leben durchschnittlich 2,17 und in Ostdeutschland 2,15 Personen in einem Haushalt; im gesamten Bundesgebiet 2,16 (StaBA 2001b: 12). Diese Differenz wird jedoch aufgehoben, wenn die Werte der Untersuchungsstädte mit den Daten für vergleichbare Gemeindegrößen bundesweit in Beziehung gesetzt werden: In Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,33 Personen und in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern 2,44 Personen (StaBA 2001a: 63).

Von den vier Untersuchungsstädten hat Goldberg mit durchschnittlich 2,67 Personen pro Haushalt die höchste Zahl, gefolgt von Bad Wilsnack mit 2,51, Angermünde mit 2,47 und Teterow mit 2,45 Personen pro Haushalt. Die höhere Personenzahl in Goldberg ist mit der größeren Anzahl von Haushalten mit Kindern begründet.

Betrachtet man alle Haushaltsformen *mit Kindern* (Tabelle 23), zeigt sich gegenüber dem Bundesdurchschnitt ein höherer Anteil: In den Untersuchungsstädten leben in 27,8 % der Haushalte Kinder unter 18 Jahren, im Bundesdurchschnitt dagegen nur in 24,3 % der Haushalte. Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte *ohne* Kinder in den Untersuchungs-

Tabelle 23: Vergleich der Haushaltsform in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik

	Haushaltsform				
	Einpersonen- haushalt	Mehrpersen- haushalte ohne Kind*	Mehrpersen- haushalte mit Kind	davon mit einem Kind	davon mit mehr- eren Kindern
	Haushalte in %				
Bundesgebiet	36,1	39,7	34,3	12,4	11,9
Untersuchungs- städte	21,3	50,9	27,8	16,0	11,7
Angermünde	23,5	51,8	24,7	14,3	10,4
Bad Wilsnack	21,0	51,6	27,4	15,6	11,8
Goldberg	17,3	49,1	33,6	19,3	14,3
Teterow	22,2	50,8	27,0	15,8	11,2
*alle Zahlen auf Kinder unter 18 Jahre bezogen					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewicht., N=1.681; StaBA 2001a: 63 (Stand 5/2000)

städten liegt jedoch deutlich über dem Bundesschnitt. Desgleichen sind Mehrpersonenhaushalte in den Untersuchungsstädten – sowohl mit oder ohne Kinder – deutlich stärker vertreten als im Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist in Goldberg im Vergleich der Untersuchungsstädte mit 33,6 % überdurchschnittlich (in 19,3 % der Haushalte lebt ein Kind und in 14,3 % mehr als ein Kind). In den anderen Untersuchungsstädten liegt dieser Anteil zwischen 24,7 % und 27,4 %. Offensichtlich lässt sich hier ein Zusammenhang mit der Altersstruktur der Wohnbausubstanz herstellen: Dort wo DDR-Wohnungsbau erfolgte, zeigt sich bis heute ein erhöhter Kinderanteil.⁵⁸

Im Durchschnitt der Untersuchungsstädte leben insgesamt 0,41 Kinder in jedem Haushalt. Trotz großem Anteil der Haushalte mit einem Kind liegt der Durchschnitt insgesamt nahe dem Bundesdurchschnitt (0,4 Kinder pro Haushalt), da der Anteil von Haushalten mit mehreren Kindern geringer ist (StaBA 2001a: 63). Mit durchschnittlich 0,51 Kinder pro befragtem Haushalt hat Goldberg wiederum die höchste und Angermünde mit 0,37 die geringste Kinderzahl. Bad Wilsnack und Teterow haben jeweils 0,4 Kinder pro Haushalt.

⁵⁸ So hat Goldberg laut amtlicher Statistik mit 54,4 % den höchsten Anteil an DDR-Wohnungsbbausubstanz der vier Untersuchungsstädte.

Auch in den Haushalten, in denen heute keine Kinder mehr leben, war das sehr häufig der Fall: Ein Großteil der Befragten hat eine Elternphase durchlaufen. Von allen mindestens 20-Jährigen Befragten gaben 83 % an, Kinder zu haben (unabhängig von deren Alter). Dabei stellt Angermünde mit 81,4 % den niedrigsten Anteil, gefolgt von Teterow mit 82,8 % und Bad Wilsnack mit 82,5 %. Den mit Abstand größten Anteil hat auch hier Goldberg mit 86,1 %.

Ehe und Partnerschaft

Für die Beschreibung des Familienstandes werden in die nachfolgende Auswertung nur die Befragten über 18 Jahre einbezogen. Hier zeigt sich zunächst (vgl. Tabelle 24), dass in den Kleinstädten der Anteil der Verheirateten mit 59,3 % (58 % für zusammenlebende und 1,3 % für getrennt lebende Ehepaare) leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt (62 % Alte Länder, 61 % Neue Länder). Verwitwet sind 13,2 % der Befragten, was erkennbar über dem Bundesdurchschnitt (10 % West, 9 % Ost) liegt. Auch der Anteil der „Geschiedenen“ ist mit 8,1 % leicht über dem Bundesdurchschnitt-West (6 %) und entspricht ziemlich genau dem Durchschnitt der Neuen Länder (8 %), während der Anteil der Ledigen im Vergleich niedriger ausfällt: 19,4 % gegenüber 21 % im Bundesdurchschnitt. (Wohlfahrtssurvey 1998: 2.10-2.15) Insgesamt sind die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt beim Familienstand gering.

Tabelle 24: Vergleich des Familienstandes in den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik

Familienstand	Untersuchungsstädte				Gesamt	Alte Länder 1998	Neue Länder 1998
	Anger- münde	Bad Wilsnack	Gold- berg	Tete- row			
	in % der Befragten bzw. Bevölkerung über 18 Jahre						
verheiratet	54,8	56,5	65,0	57,4	58,0	62,0	61,0
verheiratet/ge- trennt lebend	1,6	1,5	1,5	0,6	1,3	1,0	1,0
ledig	20,6	17,1	17,0	21,5	19,4	21,0	21,0
geschieden	9,5	9,9	5,0	7,5	8,1	6,0	8,0
verwitwet	13,4	15,0	11,5	12,9	13,2	10,0	9,0

Quelle: Haushaltsbefragung, gewichtet, N=1.620, nur Befragte über 18 Jahre; Wohlfahrtssurvey 1998: 2.10-2.15

Da gerade in den Neuen Ländern ein hoher Anteil von Personen lebt, die zwar nicht mehr oder noch nicht verheiratet sind, aber trotzdem in einer Partnerschaft leben, geben die Angaben zum Zusammenleben mit einem Partner oder einer Partnerin genauer darüber Auskunft, wie sich die realen Partnerschaftsverhältnisse der Befragten darstellen: In den Untersuchungsstädten leben 66,9 % aller Befragten über 18 Jahre mit einem Partner oder einer Partnerin zusammen. Im Vergleich mit der Bundesstatistik ist dies ein etwas geringerer Wert: Danach leben 70 % (West) bzw. 72 % (Ost) der über 18-Jährigen mit einem Partner zusammen (Wohlfahrtssurvey 1998: 2.9). Dieser geringere Anteil ist mit einem höheren Anteil von Verwitweten in den Untersuchungsstädten begründet, was wiederum mit der Altersstruktur korrespondiert.

Schulbildung und Qualifikationsstruktur

Der Vergleich⁵⁹ der höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüsse in den Untersuchungsstädten mit den Daten der amtlichen Statistik der Bundesrepublik zeigt (vgl. Tabelle 25), dass der Anteil der Befragten, die die Fachhochschul- und Hochschulreife besitzen, in den Untersuchungsstädten mit 17,9 % etwa im Bundesdurchschnitt von 19,1 % (StaBA 2001a: 377) liegt und nur leicht (um 1,8 Prozentpunkte) über dem Schnitt der Neuen Länder. Der wichtigste Unterschied zu den Werten der Bundesstatistik zeigt sich im deutlich geringeren Anteil von Volksschul- und Hauptschulabschlüssen. Für die Untersuchungsstädte liegt der Anteil an diesen Anschlüssen durchschnittlich bei 26,7 %, während er für die Neuen Länder 33,1 % und für die Alten Länder 49,8 % aufweist.

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse in den Neuen Ländern ist generell weniger polarisiert, dies bildet einen deutlichen Unterschied zum Bundesgebiet. Insbesondere mittlere Bildungsabschlüsse sind in den Untersuchungsstädten stark vertreten. Höhere Abschlüsse sind sogar prozentual mehr vorhanden als in den Neuen Ländern insgesamt.

Der Vergleich zwischen den Untersuchungsstädten hinsichtlich der Schulabschlüsse zeigt Differenzen: Die Verteilung der Schulabschlüsse in Bad Wilsnack zwischen höheren und niedrigeren Abschlüssen ist stärker polarisiert. Angermünde und Teterow befinden sich im Durchschnitt der Untersuchungsstädte. Goldberg hat sowohl den geringsten Anteil an Abiturienten als auch an Volks- und Hauptschulabsolventen, während die Stadt den höchsten Anteil an Personen mit mittlerer Reife aufweist.

⁵⁹ Zum Vergleich der Werte der Haushaltsbefragung mit der Systematik der amtlichen Statistik mussten einige Kategorien (insbesondere diejenigen, die spezielle DDR-Abschlüsse berücksichtigen) zusammengefasst werden, um eine Vergleichbarkeit zu erreichen. Beim Vergleich der einzelnen Städte (s.u.) untereinander wurden diese Einzelkategorien wieder dargestellt.

Tabelle 25: Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung in den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik

Schulabschluss	Mit Angaben zur allgemeinen Schulbildung					
	noch in schulischer Ausbildung	mit allgemeinem Schulabschluss				keinen Abschluss
		Volks- schul-/ Haupt- schulab- schluss	Polytech. Ober- schule, Realschu- le oder gleichw. Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hoch- schulreife	keine Angaben	
	in % der Bevölkerung über 15 (Bund) bzw. 16 Jahre (Untersuchungsstädte)*					
Bundesre- publik insg.	4,5	46,5	26,4	19,1		3,5
Früheres Bundesgebiet	4,4	49,8	22,0	19,9		4,0
Neue Länder	4,9	33,1	44,4	16,1		1,5
Untersu- chungsstädte	2,3	26,7	51,3	17,9	0,8	0,9
Angermünde	2,4	26,0	50,0	20,0	0,2	1,4
Bad Wilsnack	2,3	30,3	44,5	21,4	1,2	0,3
Goldberg	2,7	25,0	58,0	12,5	1,2	0,6
Teterow	2,0	26,1	52,9	17,0	1,0	1,0
* Die Angaben für die Bundesrepublik beziehen sich auf die Bevölkerung über 15 Jahre						

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681; StaBA 2001a: 377
(Stand 4/2000)

Bad Wilsnack hat mit 15,9 % den größten Anteil von Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, gefolgt von Angermünde mit 13,8 % und Teterow mit 11,2 %. Deutlich darunter liegt Goldberg mit einem Anteil von 8,6 %. Insgesamt kann festgestellt werden, dass Angermünde und Teterow ein höheres Schulbildungsniveau als Bad Wilsnack aufweisen, da diese Stadt durch die stärkere Bildungspolarisierung weniger mittlere Abschlüsse aufweist.

Vergleicht⁶⁰ man die Berufsbildungsabschlüsse für die Untersuchungsstädte mit den Werten der Bundesstatistik, so zeigt sich, dass diese weitgehend dem der Neuen Bundesländer entsprechen. Lediglich der Anteil der Befragten ohne Abschluss ist in den Untersuchungsstädten unterdurchschnittlich (vgl. Tabelle 26).

⁶⁰ Um einen Vergleich mit der Haushaltsbefragung mit den Zahlen des statistischen Bundesamtes zu ermöglichen, mussten Kategorien aggregiert werden. Die Angaben werden beim Vergleich der Untersuchungsstädte wieder stärker differenziert.

Tabelle 26: Vergleich beruflicher Bildungsabschlüsse der Bevölkerung in der Bundesrepublik 2000 und in den Untersuchungsstädten

Bevölkerung mit beruflichem Abschluss					
	Berufli.- betriebl. Ausb./Lehre, berufli. Schul- ausbildung	Fachschul-, Meister Techniker- schule, Berufsaka- demie	Fachhoch- schul- abschluß	Hochschule und weiter- führender akade- mischer Grad	Kein Abschluß
	in % der Bevölkerung über 15 Jahre bzw. 16 Jahre m. Angaben zum Abschluss*				
Früheres Bundesgebiet	50,0	7,3	4,4	6,3	31,6
Neue Länder u. Berlin Ost	55,0	13,6	4,7	5,9	20,7
Unter- suchungs- städte	56,9	16,9	5,1	8,4	12,8
Angermünde	56,7	17,2	5,8	8,8	11,4
Bad Wilsnack	57,8	16,7	3,4	8,9	13,2
Goldberg	57,7	16,3	3,6	8,0	14,3
Teterow	55,8	17,2	6,4	7,8	12,8
* Die Angaben Bund beziehen sich auf die Bevölkerung über 15 Jahre, in Untersuchungs- städten über 18 Jahre.					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N=1.683$; StaBA 2001a: 378 (Stand 4/2000)

Der Vergleich der höchsten beruflichen Qualifikation zwischen den Untersuchungsstädten ergibt im Wesentlichen ein ähnliches Muster wie bei den Schulabschlüssen (vgl. Tabelle 27): Das geringere Bildungsniveau in Goldberg bei den allgemein bildenden Schulabschlüssen ist bei den Berufsbildungsabschlüssen weniger stark ausgeprägt. Der Anteil der Fachhochschul- und Hochschulabsolventen liegt hier aber deutlich unter dem Durchschnitt, ebenso der Anteil der Fachschulabsolventen. Allerdings ist der Anteil der Absolventen von Meister-, Techniker-, Berufs- und Fachakademien mit 8 % stark überdurchschnittlich.

Den höchsten Anteil von Befragten, die Fachhochschul- und Hochschulabschluss oder weiterführende akademischer Grade besitzen, hat im Vergleich Angermünde mit 14,6 %, gefolgt von Teterow mit 14,2 %. Einen deutlich geringeren Anteil an diesen Abschlüssen haben Goldberg mit 11,6 % und Bad Wilsnack mit 12,3 %. Die Kleinstädte, die in der DDR-Zeit nicht Kreisstädte waren, haben demnach bis heute ein deutlich geringeres Bildungsniveau.

Tabelle 27: Höchste berufliche Qualifikation in den Untersuchungsstädten

Berufsausbildung	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % aller Befragten				
keine	11,4	13,2	14,3	12,8	12,8
beruflich-betriebliche Berufsausbildung/Lehre	50,5	50,3	51,2	47,2	49,6
beruflich-schulische Berufsausbildung	6,2	7,5	6,5	8,6	7,2
Fachschule	11,4	12,1	8,3	12,4	11,2
Meister-, Techniker- Berufs- oder Fachakademie	5,8	4,6	8,0	4,8	5,7
Fachhochschule	5,8	3,4	3,6	6,4	5,1
Hochschule	8,4	8,6	7,1	6,8	7,7
weiterführenden akademischen Grad	0,4	0,3	0,9	1,0	0,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681

Erwerbstätigkeit

Ein wichtiger Aspekt zur Charakterisierung der Lebenssituation in den untersuchten Kleinstädten ist die Erwerbs- bzw. die Nichterwerbstätigkeit. Zur Einschätzung der Erwerbssituation wurden außerdem Angaben zur Arbeitszeit (Stunden und Rhythmus) und zur Entfernung des Arbeitsortes erhoben.

Erwerbssituation

Von allen Befragten befinden sich 40,9 % in einer Erwerbstätigkeit oder in einem Ausbildungsverhältnis (davon 38,6 % in Erwerbstätigkeit und 2,3 % in Ausbildung) (vgl. Tabelle 28). Mit 37,3 % liegt diese Quote bei den weiblichen Befragten deutlich unter der der Männer mit 44,7 %. Von Arbeitslosigkeit, ABM oder Umschulung sind insgesamt 14,5 % aller Befragten betroffen, die Frauen mit 13,9 % etwas geringer als die Männer mit 15,2 %. Der Anteil von Rentnerinnen und Vorruheständlerinnen bei den Frauen liegt mit 40,4 % über dem Gesamtdurchschnitt von 36,6 % aller Befragten und deutlich über dem Anteil der Männer mit 32,3 %. Der Anteil an Studierenden und Wehr- bzw. Zivildienstleistenden beträgt lediglich 0,5 % bzw. 0,6 %.

Setzt man die Angaben der Befragten zur Arbeitslosigkeit in Beziehung zur Anzahl der Erwerbspersonen (alle Erwerbstätigen, Auszubildenden und Arbeitslosen) errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 22,9 %. Im Vergleich mit den Zahlen für die Bundesrepublik, die auf einer leicht

Tabelle 28: Vergleich des Erwerbsstatus nach Untersuchungsstädten und Geschlecht

Erwerbsstatus: Sie sind zurzeit ...?	Untersuchungsstädte				nach Geschlecht		Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	männl.	weibl.	
	in % der Befragten						
Schüler	4,2	4,6	4,2	4,4	5,1	3,7	4,3
Student	0,8	0,6	0,6	0,2	0,6	0,5	0,5
Auszubildender	1,2	2,6	2,7	2,8	2,7	1,8	2,3
Rentner/ Pensionär/ Vorruhestand	39,5	37,2	31,3	36,8	32,3	40,4	36,6
im Haushalt / in der Kinder- erziehung	2,0	2,0	3,3	3,0	0,9	4,1	2,6
arbeitslos bzw. Null-Kurzarbeit	12,0	11,2	14,3	11,4	13,1	11,2	12,1
Wehr- oder Zivildienst	0,0	1,4	0,3	0,8	1,2	0,0	0,6
erwerbstätig	38,3	39,8	40,6	36,8	42,0	35,5	38,6
Umschulung/ Fortbildung (Arbeitsamt)	1,6	0,0	2,1	1,8	1,7	1,2	1,5
in einer ABM Stelle	0,4	0,0	0,6	2,0	0,4	1,5	0,9

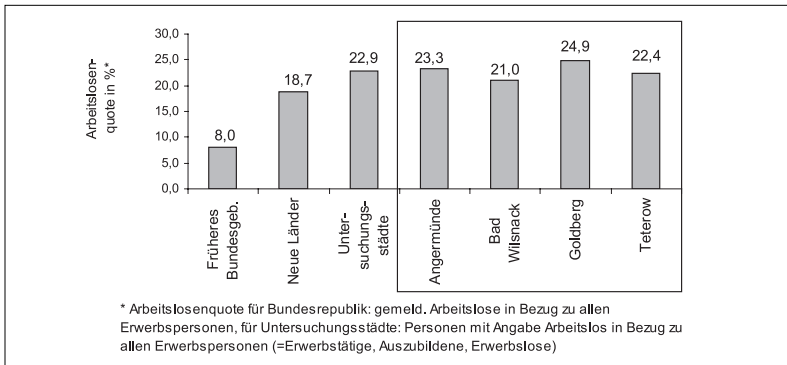
Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N = 1.681$

differierenden Grundlage⁶¹ berechnet werden, zeigt sich damit eine hohe Arbeitslosenquote in den Untersuchungsstädten: In der Bundesrepublik West betrug die Arbeitslosenquote im Januar 2001 8 % und in den Neuen Ländern 18,7 % (BAA 2001).

Die höchste Arbeitslosenquote hat Goldberg mit 24,9 %; während Bad Wilsnack mit 21 % die niedrigste Quote aufweist (vgl. Abbildung 39). Diese Stadt hat, wie schon die Analyse der Altersstruktur zeigte, mit 31,3 % von den Untersuchungsstädten die niedrigste Rentnerquote, dabei gleichzeitig den höchsten Arbeitslosen/Umschüler/ABM-Anteil mit 17 % und auch den höchsten Erwerbstätigenanteil mit 43,3 % (einschließlich Auszubildende).

⁶¹ Dieser Anteil ist nicht vollständig mit der amtlichen Quote und deren komplexer Berechnungsbasis vergleichbar: Beispielsweise ist es möglich, dass jemand in der offiziellen Statistik als Vorruheständler geführt wird, sich selber jedoch in der Haushaltsbefragung als arbeitslos bezeichnet hat.

Abbildung 39: Arbeitslosenquote in Bezug zu den Erwerbspersonen im Januar 2001



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N=1.681$; BAA 2001 (Stand 1/2001)

Berechnet man die Erwerbsquote auf Grundlage der erwerbsfähigen Bevölkerung (16 bis unter 65 Jahre) und der Erwerbstätigen (Erwerbstätige einschließlich Auszubildende und ABM), so ist der Anteil in Bad Wilsnack mit 57,6 % am höchsten, während die anderen Untersuchungsstädte Anteile zwischen 53,1 % und 53,8 % aufweisen. Mit 51,9 % liegt die Erwerbsquote der Frauen nur vergleichsweise gering unter der der Männer (56,7 %).

Arbeitszeit und -rhythmus

Die von den erwerbstätigen Befragten angegebene durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 39,9 Stunden (vgl. Tabelle 29) und liegt damit leicht über dem Schnitt der Neuen Länder (38,7), jedoch deutlich über der Arbeitszeit in den Alten Ländern (36,7) (StaBA 2001c: 11).

Die reguläre Vollbeschäftigung ist die überwiegende Beschäftigungsart in den Untersuchungsstädten: 62,1 % aller Beschäftigten arbeiten 35 bis 44 Stunden, davon gaben 45,5 % der Befragten an, exakt eine 40-Stundenwoche zu haben. Allerdings gibt es deutliche Abweichungen von der 40-Stundenwoche im weiteren Sinne (35 bis 44 Stunden): 18,6 % arbeiten weniger als 35 Stunden; orientiert man sich an der Grenze von 40 Stunden sind es nur 32,7 %, die weniger Stunden arbeiten. In der Bundesrepublik waren im Jahr 2000 etwa 19,5 % der abhängig beschäftigten Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt, in den Alten Ländern 21,5 % und in den Neuen nur 12,6 % (StaBA 2001c: 28). Soweit man die Zahlen der Befragung und die auf anderen Definitionen basierenden amtlichen Zah-

Tabelle 29: Vergleich von Wochenarbeitsstunden und Schichtarbeit in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik

	durchschnittliche Wochenarbeitsstunden (N = 639)	Schichtarbeit (N = 647)
	<i>in % der Erwerbstätigen</i>	
Alte Länder 2000	36,7	.*
Neue Länder 2000	38,7	.*
Bundesrepublik 2000	.*	10,9
Untersuchungsstädte	39,9	23,2
Angermünde	39,9	25,7
Bad Wilsnack	36,3	26,8
Goldberg	42,2	25,2
Teterow	40,7	16,4
*keine Angaben erhältlich		

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet; StaBA 2001c: 11, 13 (Stand 4/2000)

len vergleichen kann,⁶² zeigt sich ein höherer Anteil von Teilzeitbeschäftigung in den Untersuchungsstädten als im Bundesdurchschnitt.

Halbtagsarbeit, mit bis zu 20 Stunden pro Woche, ist mit 5,1 % in den Untersuchungsstädten relativ gering verbreitet. Mit 13,6 % ist der Anteil derjenigen, die mehr als halbtags, aber weniger als Vollzeit arbeiten (zwischen 21 und 34 Stunden) hoch. Insbesondere in Bad Wilsnack tritt diese Spanne der Wochenarbeitszeit mit 18,5 % häufiger auf. Mit 19,1 % der Beschäftigten gab ein relativ großer Anteil der Befragten in den Untersuchungsstädten eine Arbeitszeit von mehr als 45 Stunden an.

Sehr stark weicht Goldberg von der Verteilung der anderen Städte ab: hier gaben mit 54,4 % der Befragten unterdurchschnittlich viele an, 35 bis 44 Stunden zu arbeiten. 19,1 % arbeiten 45 bis 50 Stunden und 12,5 % über 50 Stunden. Auch die durchschnittliche Stundenzahl liegt mit 42,2 Stunden in Goldberg deutlich über dem Durchschnitt der Untersuchungsstädte.

Wie schon in der DDR-Zeit spielt die Schichtarbeit in den Untersuchungsstädten eine große Rolle: 23,2 % aller Erwerbstätigen gaben an, in Schichtarbeit tätig zu sein, während der durchschnittliche Anteil an den

⁶² Die amtliche Definition der Teilzeitarbeit orientiert sich am Vergleich der vereinbarten Arbeitszeit mit der durchschnittlichen Tarifarbeitszeit für den Tarifbezirk und die Branche, wobei unerheblich ist, ob der befragte Erwerbstätige in einem Betrieb mit oder ohne Tarifbindung arbeitet. Da keine Tarifarbeitszeiten für die Befragten bekannt sind, sind die Zahlen nur eingeschränkt vergleichbar, bieten jedoch einen Vergleichsmaßstab.

Erwerbstätigen im Bund im Mai 2000 nur 10,9 % betrug (StaBA 2001c: 13). Den mit deutlichem Abstand geringsten Anteil an Schichtbeschäftigten hat Teterow mit 16,4 %, während die anderen Städte über 25 % liegen.

Arbeitsort und Pendeln

Trotz aller wirtschaftlichen Probleme arbeitet ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen innerhalb der Untersuchungsstädte: Ca. 57 % der befragten Erwerbstätigen gaben an, in der Stadt zu arbeiten, in der sie wohnen; komplementär sagten 43 %, dass sie Pendler seien (vgl. Tabelle 30).

Tabelle 30: Arbeit in der Stadt oder Pendler

	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Pendler, die Angaben machten				
Arbeit in der Stadt	60,0	53,6	45,2	64,1	56,7
Pendler	40,0	46,4	54,8	35,9	43,3

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=647

Der höchste Anteil von in der Stadt beschäftigten Erwerbstätigen findet sich in Teterow mit 64,1 %, gefolgt von Angermünde mit 60,0 %, Bad Wilsnack 53,6 % und Goldberg mit 45,2 %.

Fast die Hälfte der pendelnden Erwerbstätigen bewegt sich in einem Nahbereich von bis unter 10 und 10 bis 25 km (insgesamt 45,2 %) und 28,0 % in einem mittleren Bereich von 25 bis unter 50 km (Tabelle 31). Diese Pendlerentfernungen sind stark von der geografischen Lage der jeweiligen Stadt abhängig: Die hohen Pendleranteile in der Entfernung über 50 km weisen z.B. in Angermünde auf den Zielort Berlin hin. In

Tabelle 31: Entfernung zum Arbeitsort

Pendlerentfernung	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Pendler, die Angaben machten				
bis unter 10 km	2,7	8,6	22,2	11,1	11,2
10 bis unter 25 km	32,0	56,9	25,0	25,4	34,0
25 bis unter 50 km	34,7	15,5	20,8	39,7	28,0
50 und mehr	30,7	19,0	31,9	23,8	26,9

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=268

Goldberg ist der Anteil der Fernpendler größer als in den anderen Städten. Dies deutet sowohl auf Pendlerbeziehungen in Richtung Hamburg als auch Berlin hin.

Goldberg hat insgesamt einen hohen Pendleranteil von 54,8 % und einen hohen Anteil von Nahpendlern: 22,2 % aller Pendler fahren nur bis zu 10 km zu ihrem Arbeitsplatz außerhalb Goldbergs. Dabei handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit vor allem um Arbeitsplätze im Kloster Dobbertin und in den Gewerbegebieten der umliegenden Dörfer.

Die Anzahl von Fernpendlern ist im Vergleich nicht sehr hoch (vgl. Tabelle 32): Etwa 26,9 % der Pendler – 11,3 % aller Erwerbstätigen – fahren täglich über mehr als 50 km zur Arbeit. Das ist ein höherer Wert als in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern im gesamten Bundesgebiet: Hier pendeln nur 6,3 % der Erwerbstätigen über eine Entfernung von mehr als 50 km. Allerdings fehlen Zahlen, die sich nur auf Kleinstädte (ohne dörfliche Gemeinden) der Neuen Länder beziehen. Hier ist wahrscheinlich, dass die Zahlen dann deutlich höher liegen würden.

Tabelle 32: Erwerbstätige nach Entfernung zur Arbeit

	Entfernung zur Arbeitsstätte			
	Arbeit zu Hause oder bis unter 10 km*	10 bis unter 25 km	25 bis unter 50 km	50 km und mehr
	in % aller Erwerbstätigen			
Untersuchungsstädte gesamt	62,5	14,3	11,8	11,3
Angermünde	61,4	12,7	13,8	12,2
Bad Wilsnack	59,8	12,7	6,8	8,3
Goldberg	57,9	13,5	11,3	17,3
Teterow	69,1	8,8	13,8	8,3
Gemeinden unter 10.000 Einwohnern	46,1	33,5	14,1	6,3
Neue Länder	54,8	28,2	11,0	6,0
Alte Länder	55,2	29,7	10,9	4,3
* In den Untersuchungsstädten wurden diejenigen, die mit Arbeitsort in ihrer Stadt zur Entfernungskategorie bis 10 km gerechnet.				

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=647; StaBA 2001c: 39, 41, eigene Berechnung (Stand 4/2000)

5.3.2.2 Wohnverhältnisse

In diesem Teil werden die Wohndauer der Befragten wie die Ansässigkeit der Familie in der Stadt als auch die Wohneigentumsverhältnisse dargestellt, um Rückschlüsse zuziehen, inwieweit diese Faktoren die Bindung

an die Stadt beeinflussen. Nicht nur die Dauer der persönlichen Anwesenheit, sondern auch die Dauer familiärer Traditionen wie auch Wohneigentum können Bindungen an die Stadt und Verhaltensweisen im kommunalen Leben (z.B. Vereinszugehörigkeit und Engagement für die Stadt) konstituieren. Nachfolgend wird zunächst eine Beschreibung von Wohndauer und Wohnsituation gegeben. Die vermuteten Zusammenhänge werden in Kapitel 7.2 diskutiert.

Wohndauer

Die durchschnittliche Ansässigkeit der Familie der Befragten beträgt 65,3 Jahre. Die Unterschiede zwischen den Städten sind sehr gering. Ein Fünftel der Familien der Befragten lebt in allen Untersuchungsstädten seit mehr als 100 Jahren.

Bei der Familienansässigkeit zeigt Bad Wilsnack bemerkenswerte Ergebnisse: Es hat mit 22,8 % den größten Anteil von Familien, die schon vor der vergangenen Jahrhundertwende zugezogen sind (mit geringem Vorsprung) und mit deutlichem Abstand den höchsten Anteil von Familien, die nach der Wende in die Stadt gekommen sind (11,7 %). Die geringen Werte für den Familienzuzug in der Zeit von 1945 bis 1960 und 1961 bis 1990 (beide Zeitspannen zusammen 33,4 %) zeigen die Stagnation während der DDR-Zeit.

Ein Schwerpunkt der Zuwanderung zeigt sich bei allen Städten in der Zeit von 1900 bis 1945 (33,6 %) und in der Zeit von 1945 bis 1960. Das waren zum Großteil die Flüchtlinge und Vertriebenen des Kriegsendes und der Jahre unmittelbar nach 1945. Insbesondere trifft dies für Goldberg zu: Von allen Familien sind 15,6 % in den wenigen Jahren der Zeitspanne von 1945 bis 1950 zugewandert.

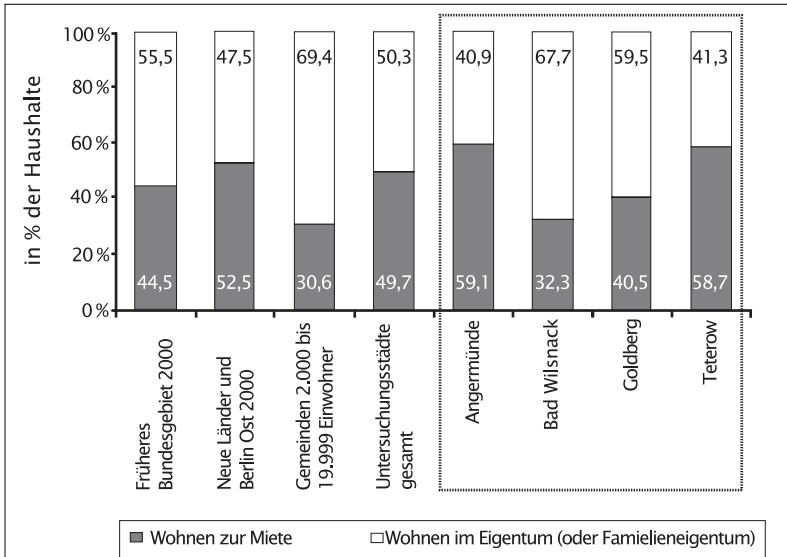
Die durchschnittliche persönliche Wohndauer der Befragten in der Stadt beträgt 35,3 Jahre, bei einem Durchschnittsalter der Befragten von 49,5 Jahren, wobei Bad Wilsnack mit 34 Jahren den niedrigsten und Angermünde mit 36,1 Jahren den höchsten Wert aufweist.

Wohneigentumsverhältnisse

Während die Wohndauer der Befragten und ihrer Familien in den Untersuchungsstädten relativ kongruent ist, zeigt sich bei den Wohnverhältnissen eine deutliche Zweiteilung (Abbildung 40): Etwa die Hälfte der Befragten wohnt zur Miete, die andere im Eigentum bzw. im Eigentum ihrer Familie.⁶³ Der Eigentümerwohnungsanteil (einschließlich Familienbesitz) liegt mit 49,7 % dabei insgesamt in den Kleinstädten über dem

⁶³ Nicht zu verwechseln mit den Werten der statistischen Ämter über die „Eigentumsquote“, die den Anteil der Wohnungen, die vom Eigentümer be-

Abbildung 40: Wohnsituation der Haushalte: Eigentum oder Miete?



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, $N=1.670$, ALLBUS 2000: 360, eig. Berech.

durchschnittlichen Anteil in den Neuen Ländern (47,5 %), aber unter dem Anteil der Alten Länder von 55,5 % (ALLBUS 2000: 360). Größer ist der Abstand im Eigentümeranteil im Vergleich mit Gemeinden von 2.000 bis 19.999 Einwohnern im gesamten Bundesgebiet, die einen Anteil von 69,4 % an Eigentum oder Familienbesitz haben⁶⁴ (ebd.; eig. Berech.).

Eine ausgeprägte Eigentümerstadt ist Bad Wilsnack: Hier leben 67,7 % im Eigentum. Die Wohneigentumsstruktur der Stadt ähnelt damit stärker denen einer westdeutschen Kleinstadt. Auch in Goldberg ist dieser Anteil – trotz DDR-Neubaugebiet – mit 59,5 % überdurchschnittlich hoch, während in den beiden – größeren – Städten Teterow und Angermünde der Anteil nur bei 40,9 % und 41,3 % liegt.

wohnt werden, bezeichnet. Haushaltsbefragung und Allbus haben dagegen Personen erfasst, die im eigenen oder im Eigentum der Familie wohnen.

⁶⁴ Zu beachten ist, dass die Größenklassen administrative Gemeinden darstellen und auch einen großen Anteil nicht kleinstädtischer, dörflicher Kommunen und Wohnorte beinhalten. Würde man diese Gemeindegrößengruppe auf die Neuen Länder einschränken – was wegen der dann geringen Fallzahl bedenklich ist – ergäbe sich rechnerisch ein Eigentümeranteil von 62,4 %.

Ein Zusammenhang der Dauer der Familienansässigkeit mit dem Besitz von Wohneigentum ist nur bedingt zu erkennen. Der Anteil steigt nur sehr leicht mit der Dauer der Ansässigkeit: Haushalte mit einer Ansässigkeit schon vor 1900 wohnen zu 55,6 % im Eigentum, Familien, die zwischen Mauerbau und Wende zugezogen sind, zu 51,9 %. Mit 28,6 % ist der Eigentümeranteil derjenigen, die nach der Wende zugezogenen sind deutlich geringer: Der Zuzug in die Kleinstädte erfolgte offensichtlich nur zu einem geringen Teil in Wohneigentum.

Zur vertiefenden Analyse der Wohnsituation der Befragten wurde die Möglichkeit der Nutzung eines Gartens, Kleingartens, Bootsanlegeplatzes oder eines sonstigen Grüngrundstücks erfragt (vgl. Tabelle 33). Hier waren Mehrfachnennungen möglich, da theoretisch der gleichzeitige Besitz mehrerer Garten-, Grün- und Freizeitgrundstücke denkbar ist.

Tabelle 33: Nutzungsmöglichkeiten von Garten-, Grün- und Freizeitgrundstücken

	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	Gesamt
	in % der Befragten*				
Garten an Wohnung bzw. am Haus	52,6	74,0	55,6	39,6	53,8
Garten in einer Kleingartenanlage	21,7	7,0	26,1	29,8	21,9
Grundstück mit Wochenendhaus	5,4	3,0	2,1	4,6	4,0
Unbebautes Grundstück	1,9	1,6	1,6	1,5	1,7
Bootshaus bzw. Bootsanlegestelle	0,9	0,3	0,5	3,0	1,3
Nein	20,3	15,9	17,0	25,9	20,4
* Mehrfachantworten möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.682

Die Nutzung von Garten, Kleingärten etc. ist in den Kleinstädten sehr verbreitet: Fast 80 % der Befragten gaben an, ein solches Grundstück nutzen zu können. Mehr als die Hälfte der Befragten (53,8 %) hat die Möglichkeit, einen Garten an der Wohnung zu nutzen. Weitere 21,9 % haben einen Garten in einer Kleingartenanlage. Und es gibt einige wenige, die beides – Garten und Kleingarten – besitzen. Hier zeigen sich innerhalb der vier Städte deutliche Unterschiede: Nur 7 % der Bewohner Bad Wilsnacks haben einen Kleingarten. Allerdings haben auch 74,0 % der Haushalte einen Garten am Haus. Der Anteil von Kleingartenbesitzern ist insbesondere in den Städten mit hohem Neubaugebietsanteil – also Teterow und Goldberg – hoch.

Auch weitere Formen von „Grünland“ bzw. „Erholungsgrundstücks besitz“ sind in den Kleinstädten verbreitet: 4 % haben ein Grundstück mit Wochenendhaus, 1,7 % ein unbebautes Grundstück und 1,3 % ein Bootshaus (3 % der Befragten in Teterow mit dem für Bootssport attraktiven See).

5.3.2.3 Berufliche Stellung der Befragten und Einkommensverhältnisse

Berufliche Stellung

Die kleinen Städte sind heute vor allem Angestelltenstädte: Die Anteile dieser Gruppe liegen in allen Untersuchungsstädten über den Werten, sowohl für das alte wie das neue Bundesgebiet (vgl. Tabelle 34). Gleichzeitig ist der Anteil der Arbeiter geringer: Dieser beträgt 26,5 % im Vergleich zu 32,9 % in den Alten Ländern und 40 % in den Neuen Ländern. In Bad Wilsnack ist der Anteil der Angestellten mit 63 % der Befragten besonders hoch, während Arbeiter mit nur 21 % vertreten sind.

Tabelle 34: Vergleich der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf zwischen den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik

Berufliche Stellung	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Untersuchungsstädte gesamt	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow
	in % der Erwerbstätigen						
Arbeiter	32,9	40,0	26,5	24,1	21,0	30,1	30,6
Angestellte	48,7	47,4	57,7	59,2	63,0	53,7	55,2
Beamte (einschl. Bundeswehr)	7,1	4,2	4,8	5,2	8,0	2,2	3,8
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige und Landwirte)	11,3	8,4	11,0	11,5	8,0	14,0	10,4

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=648; StaBA 2001d: 92 (Stand 4/1999)

Auffällig ist der sehr geringe Anteil von Arbeitern unter den Frauen (vgl. Tabelle 35): Nur 10,2 % der erwerbstätigen Frauen in den Untersuchungsstädten sind Arbeiterinnen gegenüber 23,8 % im Schnitt

der Alten und 24,6 % der Neuen Länder (StaBA 2001d: 94). Während die Anteile von Beamtinnen und Selbstständigen unter den weiblichen Erwerbstätigen der Untersuchungsstädte weitgehend im Schnitt der Untersuchungsstädte liegen, weist der der Angestellten mit 81 % gegenüber dem Durchschnitt der Neuen Länder von 67 % einen deutlich höheren Wert auf.

Tabelle 35: Vergleich der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung und Geschlecht in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik

Berufliche Stellung	Untersuchungsstädte		Alte Länder		Neue Länder	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
	in % der Erwerbstätigen					
Arbeiter	10,2	41,7	23,8	39,8	24,6	52,6
Angestellte	81,0	36,0	62,8	38,2	67,0	31,5
Beamte (einschl. Bundeswehr)	3,2	6,3	5,2	8,5	2,7	5,4
Selbstständige (einschl. mithelfende Familienangehörige und Landwirte)	5,7	16,1	8,3	13,5	5,8	10,6

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=648; StaBA 2001d: 94 (Stand 4/1999)

Einkommensverhältnisse

Als wichtiger Indikator zur Beurteilung der Lebensverhältnisse in den Kleinstädten wurde das Haushaltseinkommen erhoben (vgl. Tabelle 36), wobei die Befragten hier, wenn sie keine konkrete Summe nennen wollten, die Möglichkeit hatten, sich in eine vierteilige Einkommensskala einzuordnen.

Die Unterschiede im Haushaltseinkommen zwischen den vier Untersuchungsstädten sind relativ gering. Außerdem entsprechen die Haushaltseinkommen der durchschnittlichen Einkommensstruktur der Neuen Bundesländer. Lediglich die Gruppe derjenigen, die zwischen 4.000 und 6.000 DM verdienen, ist mit 21,8 % etwas größer als im Durchschnitt der Neuen Bundesländer (18,9 %). Allerdings ist gleichzeitig der Anteil der Bezieher von Einkommen über 6.000 DM mit 5,5 % geringer als im Schnitt der Neuen Länder mit 7,2 % (StaBA 2001b:16f). Auch der Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen in den Untersuchungsstädten nach unterschiedlichen Haushaltsgrößen mit denen der Neuen Länder (vgl. Tabelle 37) ergibt keine Besonderheiten.

Tabelle 36: Vergleich des Haushaltsnettoeinkommens zwischen den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik

	Unter 1.800 DM	1.800 DM* bis unter 4.000 DM	4.000 DM bis unter 6.000 DM	6.000 DM und mehr	Sonstige**
	<i>Haushalte in %</i>				
Neue Länder und Berlin Ost	20,0	51,5	18,9	7,2	2,0
Früheres Bundesgebiet	15,0	42,5	22,5	15,0	7,7
Untersuchungsstädte	20,2	52,5	21,8	5,5	-
Angermünde	19,4	54,2	21,5	5,0	-
Bad Wilsnack	17,9	52,7	22,9	6,5	-
Goldberg	21,7	50,0	22,1	6,2	-
Teterow	21,6	52,2	21,1	5,0	-
* Bei den Untersuchungsstädten. unter 2.000 DM					
** Selbstständige in der Landwirtschaft bzw. Haushalte, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit in der Landwirtschaft ist, sowie ohne Angabe					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.321; StaBA 2001b: 9 (Stand 5/2001)

Tabelle 37: Vergleich der Haushaltseinkommen nach Haushaltsform zwischen den Untersuchungsstädten und den neuen Ländern

Höhe des monatlichen Nettoeinkommens, einschließlich aller weiteren Leistungen (Kindergeld etc.)	Untersuchungsstädte					Neue Länder	
	1-Personen-haus-halt	2-Personen-haus-halt	3-Personen-haus-halt	4 und mehr Per-sonen	Gesamt	1-Personen-haus-halt	Mehr-perso-nen-haus-halte
	in % befragten Haushalte						
unter 1.800 DM*	56,4	12,7	10,3	4,6	20,2	49,1	5,1
1.800* bis unter 4.000 DM	40,8	68,6	48,3	39,2	52,4	46,3	54,1
4.000 bis unter 6.000 DM	1,7	16,7	33,9	41,2	21,8	1,8	27,7
Über 6.000 DM	1,0	2,0	7,4	15,0	5,5	0,7	10,5
sonstige**	-	-	-	-	-	2,1	2,5
*Zahlen für Untersuchungsstädte: Einkommensgrenze 2.000 DM							
**Bei Neuen Ländern Selbstständige in der Landwirtschaft bzw. Haushalte, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit in der Landwirtschaft ist, sowie ohne Angaben							

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.317; StaBA 2001b: 8f.

Qualifikations- und Berufsstruktur in der DDR-Zeit⁶⁵

Aussagen zur Veränderung der Qualifikations- und Berufsstruktur und ihrer Wandlungen sind nur in einem Längsschnitt möglich. Da aber für die entscheidende Bestimmung der städtischen Sozialstruktur zum Zeitpunkt der DDR kein verwendbares Material bezogen auf Kleinstädte zur Verfügung steht, bedurfte es einer Hilfskonstruktion, um dennoch annäherungsweise Aussagen zum Berufsstatus zu erfragen. Zur Beschreibung der Veränderung der Beschäftigtenstrukturen in Kleinstädten gegenüber der DDR-Zeit wurde nach der beruflichen Stellung und der Branche vor 1990 gefragt. Außerdem wurde auch die höchste berufliche Qualifikation Ende 1990 erhoben.

Die Angaben zur beruflichen Qualifikationsstruktur zu DDR-Zeiten zeigen, dass Facharbeiter und Meister in den Untersuchungsstädten am stärksten vertreten waren (Tabelle 38). Der Anteil der Fach- und Hochschulabsolventen entsprach dem Wert in der DDR.⁶⁶ Die Un- und Angelernten waren mit 7,6 % etwas weniger vertreten als im Schnitt der DDR

Tabelle 38: Vergleich der höchsten beruflichen Qualifikationen vor 1990 zwischen den Untersuchungsstädten

Berufsabschluss vor 1990	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten, die vor 1990 einen Beruf ausübten und Angaben machten				
un- und angelernt	6,5	6,5	8,2	8,9	7,6
Teilfacharbeiter	3,6	3,1	2,5	0,7	2,4
Facharbeiter	56,8	58,1	57,0	55,8	56,8
Meister	8,9	6,9	11,5	5,8	8,1
Fachschule	14,1	13,7	11,5	17,9	14,6
Hochschule	10,1	11,7	9,3	10,9	10,5

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.401

⁶⁵ Hier, wie in mehreren weiteren Fragekomplexen, wurden Qualifikations- und Berufsstrukturen der Befragten aus der Zeit von vor 1990 – soweit das nach Alter und Wohndauer zutreffend war – erfragt. Diese Fragen dienen der Analyse der Beschäftigtenstruktur der Kleinstädte zu DDR-Zeiten. Allerdings können die Zahlen dazu nur eingeschränkte Hinweise geben. Es ist nicht bekannt, welche Bevölkerungsgruppen besonders durch Wegzug betroffen waren und welche Gruppen zugezogen sind. Ebenso verzerrt der Abgang durch Sterbefälle das Bild. Da jedoch keine Daten aus der DDR-Zeit vorlagen, wurde dieser Weg gewählt, um zumindest angenäherte Aussagen treffen zu können.

⁶⁶ DDR 1988: 8 % Hochschul- und 13,9 % Fachschulabsolventen, bezogen auf die Beschäftigten in der sozialistischen Wirtschaft (ohne PGH) (Scherf u.a. 1990: 108).

(13,3 %) (Scherf u.a. 1990: 108; eig. Berech.). Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsstädten auch hier gering.

Mit 3,7 % der Befragten, die vor 1990 berufstätig waren, hatte Bad Wilsnack den höchsten Anteil von Selbstständigen während der DDR-Zeit. Die anderen drei Städte hatten einen Anteil von 1,0 bis 1,4 %. Dieser höhere Anteil Bad Wilsnacks zeigt sich auch bei der Betrachtung der Zahlen der Volkszählung von 1981: 2,7 % der Beschäftigten waren hiernach Selbstständige. Die anderen Städte hatten Werte zwischen 0,8 und 1,9 % (VBWGZ 1981).

Vergleicht man den Anteil der Selbstständigen in der gesamten DDR – hier liegen Zahlen von 1989⁶⁷ vor – mit den Zahlen für die Untersuchungsstädte, so zeigt sich, dass in den Kleinstädten kein signifikant größerer Anteil von Selbstständigen in der DDR-Zeit zu erkennen ist.

Ein genaueres Bild der Wirtschaftsstruktur der Kleinstädte zur DDR-Zeit vermitteln die Antworten auf die Frage nach den Wirtschaftsbereichen, in denen die Befragten vor 1990 tätig waren (vgl. Tabelle 39): Hier zeigt sich, dass 12,2 % der erwerbstätigen Befragten vor 1990 Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft waren. Im DDR-Durchschnitt waren dies 10,8 % (Stat. Amt DDR 1990: 125).⁶⁸

Die stärkste Branche war in den Kleinstädten die Industrie, obgleich sie mit einem Anteil von 24,7 % an den Beschäftigten eine deutlich geringere Rolle als im Durchschnitt der DDR spielte. In diesem Bereich waren im Jahre 1989 37,3 % aller Beschäftigten tätig (vgl. ebd.).

Der Anteil der im Bereich „Handel und Dienstleistung“ Beschäftigten lag in den Untersuchungsstädten mit 16,4 % über dem Durchschnitt der DDR: Hier waren 10,3 % der Beschäftigten im „Handel“ tätig. Außerdem können noch die 3,0 % der Beschäftigten aus dem Bereich „Sonstiges“ hinzugerechnet werden. Auch hinter dieser Kategorie der DDR-Statistik verbergen sich teilweise Dienstleistungen (Stat. Amt DDR 1990: 127). Somit zeigt sich die große Bedeutung der Untersuchungsstädte als Dienstleistungsstandorte für ihr Umland auch zur DDR-Zeit.

Zwei der wichtigsten Beschäftigungsbereiche der Befragten werden dem öffentlichen Sektor zugerechnet: Der staatliche Bereich (Verwaltung/Partei/Armee) mit 10,0 % und der Bereich Soziales, Medizin und Bildung mit 17,9 %. Der erste Bereich ist deutlich stärker in den beiden ehemaligen Kreisstädten Angermünde und Teterow ausgeprägt. Auch in Bad

⁶⁷ 1989 gab es offiziell 2,1 % Selbstständige (Kommissionshändler, Einzelbauern, private Handwerker, Freiberufler, private Händler) in der DDR (Stat. Amt DDR 1990: 128).

⁶⁸ Siehe Fußnote 67.

Tabelle 39: Angaben der Befragten zur Berufstätigkeit vor 1990 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche, in denen die Befragten vor 1990 tätig waren, zu Hauptgruppen zusammengefasst	Untersuchungsstädte				Gesamt	DDR 1989
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow		
	in % der vor 1990 erwerbstätigen Befragten mit Angaben					
Land/Forst/Fischereiwirtschaft	9,5	12,8	15,7	12,1	12,2	10,8
Industrie	20,0	26,2	25,2	28,0	24,7	37,3
Bauwirtschaft	7,9	6,7	12,9	6,9	8,4	6,6
Prod. Handwerk	3,3	5,4	2,8	3,6	3,7	3,2
Verkehr/Post/Fernmeldewesen	10,0	4,7	4,2	3,8	5,9	7,6
Handel/Dienstleistung	20,5	12,1	15,0	16,2	16,4	10,3
Soziales/Medizin/Bildung	16,7	22,1	16,7	16,8	17,9	-
Staat/Partei/Armee	11,5	7,7		7,0	12,4	-
Sonstige nichtproduzierende Bereiche*						21,4
Sonstiges	0,5	2,7	0,3	0,2	0,8	3,0
*Kategorie in amtlicher DDR-Statistik (u. a. Staat/Partei/Bildung etc.)						

Quelle: Untersuchungsstädte: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.426; Stat. Amt DDR 1990: 127

Wilsnack sind die öffentlichen Bereiche – vor allem durch den stärker ausgeprägten medizinischen Komplex – überdurchschnittlich vertreten.

In mehreren Kategorien weicht die Stadt Angermünde stark vom Durchschnitt ab: Der Anteil der Industriebeschäftigten ist hier mit 20 % weit unterdurchschnittlich, während der staatliche Bereich mit 11,5 % leicht überdurchschnittlich und insbesondere der Bereich Verkehr/Post/Fernmeldewesen (z.B. durch hier ansässige Reichsbahneinrichtungen) mit 10 % und Handel und Dienstleistung mit 20,5 % stark überdurchschnittlich ausgeprägt sind: Auch diese Zahlen zeigen die geringe gewerbliche Prägung der traditionellen Verwaltungs- und ländlichen Dienstleistungsstadt Angermünde.

5.3.2.4 Sozialräumliche Struktur

Im folgenden Abschnitt werden die soziodemografischen Daten der Haushaltsbefragung hinsichtlich ihrer Verteilung im Raum analysiert. Es soll geprüft werden, ob das Phänomen der Segregation auch in Kleinstädten auftritt. Zu diesem Zweck wurden die Untersuchungsstädte in drei Teil-

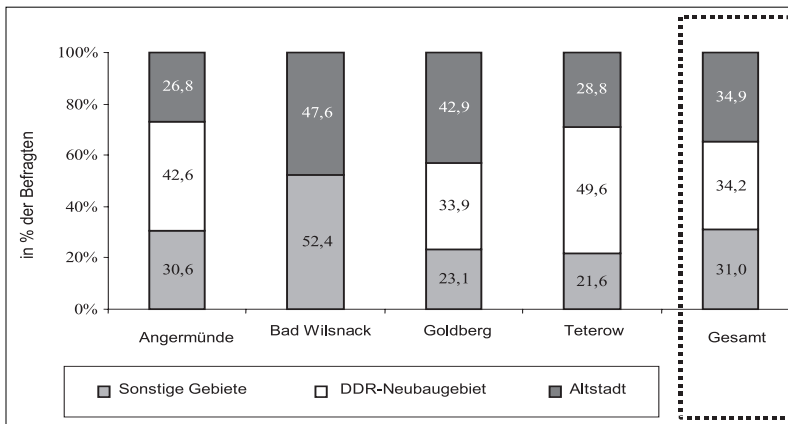
bereiche gegliedert, die in Verbindung mit anderen Daten ein Bild der sozialräumlichen Struktur innerhalb der Städte vermitteln:

1. Altstadt: Dieses Gebiet umfasst die historischen Grenzen der Gründungsstadt, die weitgehend identisch mit der mittelalterlichen Stadt bis zur ehemaligen Stadtmauer ist;
2. DDR-Neubaugebiet: Als Neubaugebiete werden geschlossene Bebauungen mit DDR-Geschossmietwohnungsbau bezeichnet, Einzelbebauungen mit Mietshäusern werden hierbei nicht erfasst;
3. Sonstige Gebiete: Sie umfassen zumeist gründerzeitliche Gebiete nahe des Bahnhofs, Gebiete mit Siedlungsbau der 1920er und 1930er Jahre und vor allem Einfamilienhausgebiete aus allen Epochen der Stadtentwicklung. Eine weitere Unterteilung der „sonstigen Gebiete“ erschien nicht sinnvoll, da es sich zumeist nicht um exakt abgegrenzte und begrifflich bestimmbare Einheiten handelt.

Insgesamt zeigt sich eine annähernd proportionale Verteilung der Bevölkerung auf die drei Teilbereiche (vgl. Abbildung 41). Im Durchschnitt aller Städte verteilt sich die Bevölkerung zu jeweils etwa einem Drittel auf die „Altstadt“ (34,9 %), die geschlossenen „Neubaugebiete“ aus der DDR-Zeit (34,2 %) und die „sonstigen Gebiete“ (31,0 %).

Bei dieser verallgemeinernden Aussage ist zu beachten, dass Bad Wilsnack kein DDR-Neubaugebiet besitzt. In allen Städten mit einem Neubaugebiet liegt dessen Anteil an der Bevölkerung deshalb zumeist

Abbildung 41: Bewohner in Stadtgebietstypen nach Untersuchungsstädten



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.680

deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Den geringsten Bevölkerungsanteil in der „Altstadt“ besitzt Angermünde mit nur 26,8 % der Befragten. Den höchsten Anteil hat Bad Wilsnack mit 47,6 %. Hoch ist auch der Anteil in Goldberg: Trotz eines großen Neubaugebietes leben 42,9 % der Befragten in der „Altstadt“.⁶⁹

Die Analyse der Ansässigkeitsdauer der Familien zeigt, dass in der „Altstadt“ 56,4 % der Befragten aus Familien kommen, die schon vor 1945 hier ansässig waren, im Gegensatz zu 47,3 % in den „DDR-Neubaugebieten“. Diese Unterschiede sind jedoch nicht sehr stark, wenn man bedenkt, dass die „Neubaugebiete“ vor allem für Zuziehende der 1960er bis 1980er Jahre gebaut wurden: Zumindest sind heute die „Neubaugebiete“ keinesfalls nur durch Zugezogene geprägt, sie sind vielmehr durch eine Mischung von altansässigen und neu hinzugezogenen Bewohnern charakterisiert.

Altersstruktur und Haushaltsform nach Stadtgebiet

Es lässt sich anhand der erhobenen Daten nur eine geringe demografische Segregation nach dem Alter innerhalb der Städte feststellen (vgl. Tabelle 40). Insbesondere sind die Unterschiede in der Alterszusammensetzung zwischen „Altstadt“ und „DDR-Neubaugebiet“ insgesamt gering: So gibt es beispielsweise keine Dominanz der älteren Bevölkerung in der Altstadt. Der RentnerInnenanteil ist hier zwar höher als im Durchschnitt, jedoch kaum höher als im „Neubaugebiet“ (wobei hier mehr Vorruhestandler leben). Unterschiede zeigen sich jedoch im Vergleich zum Gebietstyp „sonstige Gebiete“, der neben Gründerzeitbebauung vor allem Einfamilienhäuser umfasst und eine deutlich jüngere Bevölkerung aufweist.

In der Altersgruppe von 16 bis unter 25 Jahren weist die „Altstadt“ mit 7,3 % gegenüber dem „DDR-Neubaugebiet“ mit 9,7 % zwar einen geringeren Wert auf, weitaus deutlichere Unterschiede ergeben sich jedoch zum „sonstigen Gebiet“: Hier leben 15,4 % der Befragten in dieser Altersgruppe.

Die Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen weist die stärksten Differenzierungen nach Gebietstypen auf: Von dieser Gruppe leben 23,9 % in der Altstadt, 25 % im „sonstigen Gebiet“ und eine deutliche Mehrheit, 32 % der Befragten, im „Neubaugebiet“. Offensichtlich leben in den Neubaugebieten Bewohner, die mit Bau der randstädtischen Siedlungen zumeist in den 1970er bis 1980er Jahren hier eingezogen und nach der Wende auch nicht weggezogen sind. Die Altersgruppe der über 65-Jäh-

⁶⁹ Hier ist zu berücksichtigen, dass in Goldberg an einigen Stellen die Abgrenzung wahrscheinlich schwierig ist und deshalb mutmaßlich auch gründerzeitliche Bereiche als Altstadt gezählt werden, z.B. entlang der Langen Straße und am Bahnhof.

Tabelle 40: Altersstruktur nach Wohnort in der Stadt

Altersgruppe	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	in % der Befragten			
16 bis unter 25 Jahre	7,3	9,7	15,4	10,6
25 bis unter 40 Jahre	22,5	19,0	21,2	20,9
40 bis unter 50 Jahre	19,1	15,0	21,7	18,5
50 bis unter 65 Jahre	23,9	32,0	25,0	27,0
über 65 Jahre	27,1	24,3	16,7	23,0

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.318

rigen ist dagegen in der „Altstadt“ nur wenig stärker vertreten als in den „Neubaugebieten“ – 27,1 % im Vergleich zu 24,3 % –, beide Gruppen liegen jedoch deutlich über den Anteilen in den „sonstigen Gebieten“ (16,7 %).

Die Beschreibung der demografischen Struktur der Städte nach Gebietstypen ergibt hinsichtlich der Verteilung nach der Haushaltsform folgendes Bild (Tabelle 41): Zwar hat die Altstadt mit 24,1 % den größten Anteil von Singlehaushalten (gegenüber 21,3 % im Durchschnitt), gleichzeitig jedoch auch einen durchschnittlichen Anteil von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern und einen unterdurchschnittlichen Anteil von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Am stärksten durch Mehrpersonenhaushalte mit Kind/ern geprägt sind die „sonstigen Gebiete“ (insgesamt 31,9 % davon mit einem Kind 16,7 % und mit mehreren Kindern

Tabelle 41: Haushaltsformen nach Stadtgebietstyp

	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	in % der Befragten			
Einpersonenhaushalt	24,1	22,8	16,5	21,3
Mehrpersonenhaushalt	47,1	53,8	51,5	50,8
Mehrpersonenhaushalt mit einem Kind	17,6	13,8	16,7	16,0
Mehrpersonenhaushalt mit mehr als einem Kind	10,9	9,2	15,2	11,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.676

15,2 %), während Einpersonenhaushalte hier unterdurchschnittlich stark vertreten sind (16,5 % im Vergleich zu 21,3 % im Gesamtergebnis).

Mit 28,9 % liegt der Anteil der Altstadtshaushalte mit Kindern unter 18 Jahren fast im Durchschnitt aller Gebietstypen (28,0 %), während die „Neubaugebiete“ mit 23,5 % unterdurchschnittlich und die „sonstigen Gebiete“ überdurchschnittlich viele Haushalte mit Kindern (vgl. Tabelle 42).

Tabelle 42: Kinder im Haushalt nach Stadtgebietstyp

	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
Kinder im Haushalt	28,9	23,5	32,0	28,0
Keine Kinder im Haushalt	71,1	76,5	68,0	72,0
	<i>durchschnittliche Kinderzahl je Haushalt</i>			
Kinder je Haushalt	0,41	0,33	0,50	0,41

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.679

Erwerbssituation und Einkommen nach Stadtgebiet

Die sozialräumliche Differenz ist bei Verteilung der Erwerbsstatusgruppen auf die einzelnen Gebietstypen von geringeren Unterschieden charakterisiert als die der Haushaltsstruktur. Mit 47,9 % weisen die „sonstigen Gebiete“ einen etwas höheren Anteil von Personen in Erwerbstätigkeit oder einem Ausbildungsverhältnis auf, während in der „Altstadt“ nur 40 % und in den „Neubaugebieten“ nur 35,1 % erwerbstätig sind.

Soweit hier unterschiedliche Verteilungen bestehen, sind sie zumeist auf die unterschiedliche Altersstruktur zurückzuführen (vgl. Tabelle 43): Der mit 47,9 % über dem Durchschnitt von 40,0 % liegende Anteil der Erwerbstätigen (mit Auszubildenden) in den „sonstigen Gebieten“ gegenüber der „Altstadt“ sowie der unterdurchschnittliche Anteil der Rentner resultiert aus der jüngeren Altersstruktur der Bewohner der „sonstigen Gebiete“. Der höchste Anteil von Arbeitslosen (einschl. ABM und Umschulung) zeigt sich in den „Neubaugebieten“ mit 17 % von allen Befragten. Die Gründe sind auch hier vor allem in der Altersstruktur zu suchen. Immerhin sind 32 % der befragten Bewohner in den „Neubaugebieten“ 50 bis unter 65 Jahre alt, also in der Altersgruppe, die zurzeit die größte Schwierigkeit hat, einen Arbeitsplatz zu finden und noch nicht das Pensionsalter erreicht hat.

Tabelle 43: Erwerbsstatus nach Stadtgebietstyp

	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	in % der Befragten			
Schüler/Student/ Wehrdienst	3,7	4,5	8,8	5,6
Hausfrau/-mann/ Kindererz.	2,9	1,9	3,1	2,6
Rentner/ Vorruhestand	39,2	41,4	28,1	36,5
Arbeitslos/ABM/ Umschulung	14,1	17,0	12,1	14,5
Erwerbstätig/Aus- zubildender	40,0	35,1	47,9	40,8

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681

Nicht alle Unterschiede können vollständig durch unterschiedliche Alterszusammensetzungen in den Stadtbereichen erklärt werden. Betrachtet man einzelne Altersgruppen im erwerbsfähigen Alter, wird erkennbar, dass eine sehr schwach entwickelte Segregation zwischen den drei städtischen Teilbereichen auftritt: So sind von der Personengruppe der 25- bis unter 50-Jährigen in der „Altstadt“ 68,3 % und im „Neubaugebiet“ 65,6 % erwerbstätig, während der Anteil der Erwerbstätigen in den „sonstigen Gebieten“ mit 76,1 % höher liegt.

Auch bei der genauen Betrachtung des RentnerInnenanteils zeigen sich strukturelle Unterschiede: Der Anteil der Rentner ist in der „Altstadt“ und im „DDR-Neubaugebiet“ mit 39,2 % bzw. 41,4 % ähnlich hoch. Es ergibt sich jedoch eine Differenz, wenn man die genaue Alterszusammensetzung betrachtet: In der „Altstadt“ sind 30,9 % der RentnerInnen unter 65 Jahren, im „Neubaugebiet“ mit 41,2 % deutlich mehr. Auf alle Befragten Neubaugebietsbewohner bezogen sind hier 17 % sicher VorruheständlerInnen (die heute über 65-Jährigen können auch seit Jahren im Vorruhestand sein), in der „Altstadt“ sind das nur 12,1 %. Der Anteil von „jungen Alten“ ist demnach im „Neubaugebiet“ deutlich größer. Dessen Bewohner waren besonders von den Strukturumbrüchen nach 1990 betroffen.

Die Verteilung der Einkommensklassen auf die Stadtgebiete (vgl. Tabelle 44) zeigt, dass die mittleren Einkommen (2.000 bis 4.000 DM) relativ gleich über die Gebietstypen verteilt sind. Unterschiede ergeben sich nach Einkommensklassen: Die Befragten, die laut Angaben über ein Haushaltsnettoeinkommen von über 4.000 DM zu verfügen, sind in der „Altstadt“ und den „sonstigen Gebieten“ gegenüber den „DDR-Neubaugebieten“ stärker vertreten. In den „sonstigen Gebieten“ ist der Anteil der

Befragten, die Angaben über ein Haushaltsnettomonatseinkommen von über 6.000 DM zu verfügen, höher.

Tabelle 44: Haushaltseinkommen nach Stadtgebietstyp

Haushaltsnettomonatseinkommen	Altstadt	DDR-Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	in % der Befragten			
unter 2.000 DM	22,7	23,7	13,6	20,2
2.000 bis unter 4.000 DM	50,1	55,6	51,9	52,5
4.000 bis unter 6.000 DM	22,5	17,5	26,0	21,9
über 6.000 DM	4,7	3,2	8,5	5,4

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.318

Die sozialräumliche Struktur der Kleinstädte ist im Vergleich zu Großstädten, die zunehmend segregierte Stadtgebiete aufweisen, insgesamt von Homogenität gekennzeichnet. Auch die „Altstadt“ ist nicht der Wohnort „sozial Schwacher“, eher zeigen sich Probleme im „Neubaugebiet“ mit einem höheren Anteil von Vorruhestandlern und Erwerbslosen. Wenn sich sozialräumliche Segregationen deutlicher manifestieren, dann betrifft dies einzelne Wohnblöcke: Kleinstädte sind zu klein für großflächige Segregation. Am ehesten ist sie bei nicht sanierten Plattenbauten zu beobachten, die als Wohnungsangebot für Haushalte mit niedrigerem Einkommen vorgehalten werden.

5.4 Typen der Schrumpfstadt

Wie in Kapitel 4 ausgeführt wurde, enthält das Konzept „schrumpfender Städte“ drei zentrale Dimensionen. Entscheidend ist erstens die Erosion der wirtschaftlichen Basis von Städten, die hier als Deökonomisierung bezeichnet wird und insbesondere den Abbau der Arbeitsplätze beinhaltet. Hinzu kommt zweitens der demografische Aspekt von Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Schließlich wird dieser Prozess von einem Deurbanisierungs- bzw. Suburbanisierungsprozess begleitet, der die sozialräumliche Struktur verschiebt, indem die Außenentwicklung in den letzten zehn Jahren auf Kosten der Innenentwicklung forciert wurde. Während die Wohnsuburbanisierung nur in geringem Maße ein Problem für die untersuchten Kleinstädte ist, bewirkt gerade die Deurbanisierung für diese einen anhaltenden Funktionsverlust als zentraler Ort. Zudem sind auch in diesen Städten wichtige Funktionen, die für das Überleben der Innen- bzw. Altstädte entscheidend sind, hier vor allem der alltägliche Einkauf, zwar noch auf dem Stadtgebiet angesiedelt, aber eben im äußeren Bereich. Auch für kleine Städte ist zunehmend eine Peripherisierung zentraler Funktionen charakteristisch.

Die vier ausgewählten Untersuchungsstädte – Angermünde, Bad Wilsnack, Goldberg und Teterow – weisen seit der Wende Entwicklungsverläufe auf, die den oben genannten Kriterien „schrumpfender Städte“ folgen. Allerdings sind diese Dimensionen entsprechend der Spezifik der überkommenen Wirtschaftsstruktur wie der Zentralitätsfunktionen unterschiedlich ausgeprägt. Seit der Wende sind die Untersuchungsstädte in unterschiedlichem Maße von Wirtschaftsabbau, Arbeitslosigkeit, Funktionsverlust, Bevölkerungsrückgang resp. -alterung betroffen. Schrumpfen ist somit nicht gleich schrumpfen: Zunächst lassen sich Städte mit weniger dramatischer Schrumpfung und solche mit stärkerer dramatischer Schrumpfung unterscheiden: Bei zwei der vier Städte – Bad Wilsnack und Teterow – sind sogar Ansätze einer neu entstehenden wirtschaftlichen Basis vorhanden. Goldberg und Angermünde haben hingegen in den letzten zehn Jahren eine deutlich negativere Entwicklung zu verzeichnen. Besonders prekär ist die Situation in Goldberg.

In einer ersten Schlussfolgerung zeigen sich somit zwei Entwicklungsrichtungen, die in einer weiteren Differenzierung in vier Typen⁷⁰

⁷⁰ Typus bezieht sich in diesem Verfahren auf eine je spezifische Verarbeitungs- und Bewältigungsform des strukturell vorgegebenen Schrumpfungsprozesses. Typus in dieser Verwendung meint also nicht, wie im Idealtypusbegriff von Max Weber, eine fokussierte Steigerung von Wirklichkeitsdimensionen, aber auch nicht eine Gruppenbildung von Elementen mit interner Homogenität.

der „schrumpfenden Stadt“ gegliedert werden können. Zum einen gibt es Städte, bei denen eine Trendwende identifiziert werden kann, und andere, bei denen diese nicht beobachtbar ist. Unter „Trendwende“ soll im Folgenden nicht eine neue Wachstumsdynamik verstanden werden, sondern ein Bremsen des Abbaus und eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis der jeweiligen Stadt. Im Fall von Bad Wilsnack kann hierbei sogar bereits von einer Konsolidierung gesprochen werden, während sich Teterow in einem Prozess der Stabilisierung befindet. Angermünde gehört zu den Städten, bei denen bisher keine Trendwende sichtbar wird, in denen somit Stagnation ohne Stabilisierung zu beobachten ist. Goldberg befindet sich weiter in der Abwärtsspirale der Erosion. Diese Typen des Schrumpfens werden im Folgenden zusammenfassend charakterisiert.⁷¹

– *Die konsolidierte Stadt: Bad Wilsnack*

Bad Wilsnack kennzeichnet eine sich verfestigende Entwicklung zum Kurort. Die Kureinrichtungen konnten erfolgreich weitergeführt und ergänzt werden. Wie viele der kleineren ostdeutschen Kleinstädte hat die Stadt eine geringe Tradition als Verwaltungs- und Industriestandort. Der wirtschaftliche Strukturwandel seit der Wende hatte in der Stadt zwar auch den Verlust der wirtschaftlichen Basis zur Folge, jedoch mit geringerer Tragweite als in den anderen Untersuchungsstädten. Da die Wirtschaftsstruktur der Stadt weniger stark industriell geprägt war und sich die wenigen spezialisierten verarbeitenden Betriebe – wenn auch mit deutlich weniger Arbeitsplätzen – nach 1990 halten konnten, hatte die Stadt in diesem Bereich weniger Verluste zu erleiden als die anderen Untersuchungsstädte.

Die Stadt profitiert außerdem von der privatwirtschaftlichen Fortführung der Kurkliniken und hat den Ausbau dieses Wirtschaftsstandbeins, auch durch die Übernahme finanzieller Risiken, stark vorangetrieben. Allerdings stehen Bürgermeister und Klinikchef in einem persönlich sehr distanzierten Verhältnis: „Die Stadt braucht die Klinik, aber die Klinik nicht die Stadt“, so die Auffassung bei der Klinik Management Gesellschaft. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Rathaus und Klinikleitung könnten im Falle einer Überwindung dieser persönlichen Differenzen im Sinne einer weiteren Konsolidierung erheblich besser genutzt werden.

Auch die günstige Verkehrsanbindung an Berlin wirkt konsolidierend. Die Kur- und Wellnesseinrichtungen wie die attraktive landschaftliche Umgebung lassen eine weitere Steigerung des Tourismus erwarten.

⁷¹ Die dieser Typenbildung zugrunde liegende Städteauswahl ist in Kap. 5.2.2 begründet.

Bad Wilsnack verkörpert den Typus der schrumpfenden Kleinstadt, die seit der Wende nach anfänglichen Verlusten an Bevölkerung und Wirtschaft seit Mitte der 1990er Jahre diesen Rückgang aufhalten konnte. Die Probleme waren geringer als in den anderen Städten, die bestehenden Chancen wurden strategisch durch privatwirtschaftliches Engagement und administrative Cleverness geschickter genutzt. Diese positive Entwicklung zeigt sich demografisch an dem – wenn auch noch geringen – Bevölkerungszuzug seit 1996, und wirtschaftlich an der geringeren Arbeitslosigkeit im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt. Der geringfügige Zuzug wird allerdings das Problem der demografischen Überalterung nicht beheben. Auch birgt die Monostruktur aus Kurkliniken und Wellness (Spaßbad) beträchtliche Risiken. Das überforderte deutsche Gesundheitssystem garantiert keine Dauernachfrage, ebenso wie die Freizeitorientierung ständig neue Attraktionen sucht, so dass die Inflation der Spaßbäder vermutlich langfristig angesichts der gesamten Wirtschaftssituation in der Region zu einem Einbruch führen kann.

– *Die stabilisierte Stadt: Teterow*

Die mecklenburgische Stadt Teterow hat mit der Kreisgebietsreform von 1994 ihre Jahrzehnte alte administrative Rolle, und damit auch einen entscheidenden Standortfaktor verloren. Ihre breite gewerbliche Basis wurde nach 1990 durch die rapide Deindustrialisierung stark reduziert. Diesem Rückgang wird allerdings durch eine erfolgreiche Neuansiedlung von Gewerbe entgegengewirkt. Mit dem neuen Standbein der Biotechnologie hat man zwar eine Zukunftstechnologie gewonnen, dennoch ist deren ökonomische und soziale Basis keineswegs gesichert. Die heutige Wirtschaftsstruktur Teterows zeichnet sich außerdem durch die Fortführung einiger älterer gewerblicher Grundlagen aus. Die schlechte Verkehrsanbindung bleibt nach wie vor ein Entwicklungsproblem.

Teterow verfügt zudem über touristische Attraktoren, also Anziehungspotentiale, mit denen die Stadt ihre überregionale Bekanntheit vermarkten kann, auch wenn sie bisher dieses Potenzial noch nicht hinreichend erschließt. Mit der „Hechtsage“ verfügt die Stadt über eine anekdotische Imagekonstruktion, die als Anlass, beispielsweise für das Stadtfest zu einem touristischen Markenzeichen geworden ist. Trotz erfolgreicher Wirtschaftsstrukturpolitik konnten jedoch bisher die Probleme der wachsenden Arbeitslosigkeit, insbesondere für die geringer qualifizierten Einwohner und der Bevölkerungsabwanderung nicht gelöst werden.

– *Die stagnierende Stadt: Angermünde*

Auch Angermünde verlor mit der Verwaltungsreform eine lange Tradition als Kreisstadt, die bereits 175 Jahre währte. Eine zweite gewerbliche Basis

hatte die Stadt nicht entwickeln können. Auch in der DDR-Zeit verhin-
derte das nahe gelegene Schwedt den Aufbau einer industriellen Basis.
Die geringen gewerblichen Strukturen der Stadt gingen nach der Wende
weitgehend verloren. Die momentane wirtschaftliche Lage ist durch ge-
ringen Wirtschaftsbesatz, hohe Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsabwan-
derung gekennzeichnet.

Angesichts einer guten Verkehrsanbindung an die Bahnstrecke Berlin-
Stettin und einer attraktiven landschaftlichen Lage zwischen fünf Seen
sowie einer vorbildlich restaurierten Altstadt und weiterer touristischer
Möglichkeiten in der Umgebung, ist das Tourismuspotenzial der Stadt
beträchtlich. Dass dieses bisher nicht zum Tragen gekommen ist, lässt
sich auch auf eine verspätete Einigung auf übergreifende Ziele durch die
lokalen Eliten zurückführen.

– Die erodierende Stadt: Goldberg

Goldberg, die einzige „Ackerbürgerstadt“ in dieser Studie, hat nur geringe
gewerbliche und administrative Traditionen. Was in der DDR-Zeit als
Aufwertung wirkte, die Etablierung der Stadt als NVA-Standort, erweist
sich heute als großer Entwicklungsnachteil. Nach Schließung der Garni-
son und fast aller landwirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen
ist in Goldberg nur noch eine rudimentäre wirtschaftliche Basis gegeben.
Starker Bevölkerungsschwund und hohe Arbeitslosigkeit sind die Folge.

Hauptarbeitgeber sind heute lediglich das Pflegeheim und Unterneh-
men im benachbarten, sich gut entwickelnden „Hauptdorf“ Dobbartin.
Eine touristische Profilierung des Ortes ist angesichts von vielen Städten
mit ähnlicher oder besserer Ausgangslage in der unmittelbaren Umge-
bung schwierig. Den gravierenden strukturellen Problemen, dies kommt
erschwerend hinzu, entspricht auf der Akteursseite eine weitestgehende
Selbstblockade der lokalen Elite.

Der hier verwendete Begriff von „Typus“ verdeutlicht somit unterschied-
liche Verarbeitungsformen und -prozesse des Schrumpfens der Untersu-
chungsstädte. Er beruht auf der empirischen Fallrekonstruktion und auf
einer systematischen Stilisierung der Differenzen im Gegensatz zu den
Gemeinsamkeiten in den Fallbeispielen. Die im Durchgang durch die
Stadt- und Sozialprofile gewonnenen differenzierten Einsichten in die
Entwicklungszusammenhänge seit der Wende, sprechen dafür, die Typen-
differenz nicht nur in der strukturellen Dimension der Deökonomisie-
rung zu suchen, sondern auch in der Nutzung von endogenen Potenzia-
len durch die Stadtgesellschaft und die lokalen Eliten. Das nachfolgende
Kapitel 6 behandelt die Analyse dieser jeweils spezifisch lokal-regionalen
Kultur.

6. Soziokulturelle Potenziale in den Kleinstädten

Da die strukturellen Rahmenbedingungen marginalisierter Städte hochgradig defizitär sind und auch durch staatliche Stützungsmaßnahmen von außen nur begrenzt ausgeglichen werden können, stellt sich die Frage nach Potenzialen einer Entwicklung, die nicht ausschließlich exogen konzipiert ist. Auf der Suche nach Entwicklungsoptionen, trotz prekärer wirtschaftlicher Situation werden in der geografischen, ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Regionalforschung sowie in der Raumplanung seit den 1980er Jahren Konzepte diskutiert, deren Fokus mit Begriffen wie „autozentrierte Entwicklung“, „Entwicklung von unten“, „endogene Entwicklung“ oder/bzw. „Entwicklung von innen“ skizziert wird. Damit wird verstärkt auf Entwürfe verwiesen, die die Individualität von regionaler und lokaler Kultur als Handlungsoption auf eine mögliche Entwicklungsperspektive betonen (vgl. z.B. Hahne 1985; Lindner 1994; Hartke 1996; Johannsson u.a. 2001). Ursache dieser Überlegungen waren die seit den 1970er Jahren konstatierten wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Wandlungen, die eine neue Perspektive auf die Grundlagen regionaler Entwicklung zur Folge hatten. Verringerte Wachstumsraten, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und ökologische Krisenerfahrungen evozierten eine wachsende Skepsis an Möglichkeiten, Entwicklungsfortschritte mit den bekannten Mitteln zu erreichen. Der verminderte Spielraum von Strategien, die auf der Diffusion exogener Impulse beruhte, wurde unter den Bedingungen eines gesunkenen räumlich verteilbaren Entwicklungszuwachses überdeutlich (vgl. Hahne 1985: 29). Während bis dahin im Gefolge der älteren Modernisierungstheorien regionale oder lokale Strukturen auf ihre Anpassung an den vorherrschenden Entwicklungsprozess hin untersucht wurden, entwickelten sich als Reaktion auf die zunehmende Unzufriedenheit mit dieser Herangehensweise Überlegungen, die ihren zentralen Bezugspunkt in der Entfaltung innerräumlicher Entwicklungspotenziale sehen (vgl. ebd.: 35).

Natürlich herrschen auch unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie die Zwänge des Systems. Allerdings erweitert sich gleichzeitig das Interventionspotenzial der Regionen bzw. Kommunen. Daher wird hier nach den regionalen und lokalen Besonderheiten bzw. den abweichenden Elementen (Alleinstellungsmerkmalen) einer regionalen Kultur gefragt. Diese werden daraufhin untersucht, ob und wie weit sie die regionale Entwicklung fördern oder hemmen (vgl. z.B. Kujath (Hg.) 1998). Da „Kultur“ immer an Akteure gebunden ist, rücken somit die Potenziale der StadtbewohnerInnen und deren Ressourcen materieller und vor allem immaterieller, also kultureller und sozialer Art, in den Blickpunkt. Wie eine solche Analyse im Kontext des gewählten Untersuchungsgegenstandes und -feldes zu konzipieren ist, wird im folgenden Abschnitt entwi-

ckelt, um daran anschließend empirische Ergebnisse der kleinstädtischen Potenzialanalyse darzustellen.

6.1 Soziokulturelle Potenziale und lokale Kultur

Die Bedeutung von ‚regionaler‘ bzw. ‚lokaler Kultur‘ wird mit einer Veränderung der Entwicklungspfade moderner Gesellschaften begründet. Globalisierte Märkte, wachsende internationale Verflechtung, Akkumulationsstrategien auf der Basis neuer Technologie und sichtbar gewordene Grenzen der Naturnutzung limitieren die Reichweite des industriegesellschaftlichen Entwicklungstypus inzwischen historisch und räumlich. Seine zentrierenden und vereinheitlichenden Tendenzen werden immer mehr von sozialen und regionalen Differenzierungen abgelöst. Da die Leistungsfähigkeit und der ökonomische Erfolg einer Region in den industriellen bzw. post-industriellen Gesellschaften immer weniger von ihren unmittelbaren physischen Ressourcen abhängen, werden Qualitäten wichtiger, die man pauschal als „regionale Kultur“ bezeichnen kann. Damit sind normative Orientierungen, Verhaltensweisen, Umgangsformen, Qualifikationen und beispielsweise die Art industrieller Beziehungen gemeint, die für eine Region „typisch“ sind, und in denen sich trotz nivellierender Tendenzen in der Industrialisierungsepoche Traditionsbestände erhalten haben, die unter veränderten Umweltbedingungen eine neue Bedeutung erfahren (vgl. Piore/Sabel 1985). Weil dies so ist, mehrten sich Versuche, regionale Identitäten neu zu entdecken oder gar neu zu konstruieren. Eine Pionierstudie in dieser Hinsicht war die Untersuchung von Miegel u.a. (1991) „Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland: Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung“. Diese hat soziokulturelle Merkmale von Regionen in ihrer Bedeutung für die ökonomische Entwicklung untersucht. Der Habitus und die Mentalitäten der Menschen sowie eingespielte soziale Beziehungen werden in dieser Perspektive zu einer Qualität des Raums, die auch für den ökonomischen Erfolg entscheidend ist. „Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede“ zeigen sich einerseits in einem stärker personenbezogenen, individualistischeren und andererseits in einem mehr gruppenbezogenen, kollektivistischeren „Seins- und Gesellschaftsverständnis“ (Miegel u.a.: 119).

Auf die Bedeutung soziokultureller Qualitäten von Entwicklung verwies auch die kritische Auseinandersetzung der Regionalforschung mit ihren eigenen Grundlagen im Zuge der zunehmenden Unzufriedenheit mit den bisherigen Konzepten der Regional- und Raumordnungspolitik. Diese erschienen zunehmend ungeeignet, zur Herstellung und Erhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen unter veränderten sozioökonomischen Verhältnissen beizutragen. In diesem Zusammenhang wurde das Schlag-

wort des „endogenen Potenzials“ bzw. der „endogenen Entwicklung“ eingeführt (vgl. Häußermann 1992). Die Strategie endogener Entwicklung, wie sie zu Beginn der 1980er Jahre entwickelt wurde, war ursprünglich ein Alternativkonzept zu den bisher auf externe Unterstützung ausgerichteten Strategien. Grundlegend war ein (neues) Verständnis von Entwicklung, das diese nicht nur mit quantitativen oder gar monetären Indikatoren messen wollte, sondern auch mit qualitativen und strukturellen Dimensionen. Entwicklung wird in diesem Konzept als integraler Prozess definiert, in dem ökonomische, soziale, politische und ökologische Faktoren miteinander in Beziehung stehen und aufeinander einwirken. Nicht nur ökonomische Kriterien, sondern auch kulturelle, soziale, politische und ökologische Werte, die Einbeziehung sozialer Kosten wie auch langfristige Effekte prägen dieses Verständnis von Entwicklung. Endogene Entwicklung wird als ein territoriales Konzept verstanden, in dem Region nicht nur als wirtschaftlicher Nutzungsraum, sondern ebenso als kultureller Identitätsraum, als ökologischer Lebens- und als politischer Entscheidungsraum betrachtet wird (vgl. Krätke 1995: 254).⁷²

In Westeuropa sind derartige Konzepte und Strategien zunächst in Österreich und in der Schweiz entwickelt und auch umgesetzt worden. Im England und den USA sind ähnliche Vorstellungen unter dem Begriff „Self-Reliance“ bzw. „Self Reliant Development“ diskutiert worden (vgl. Kilper 1998).

Angesichts der heutzutage nahezu ubiquitären Verwendung der Formel „endogene Potenziale“ ist es hilfreich, sich auf die Vorstellungen zu besinnen, die ursprünglich mit der Strategie endogener Entwicklung verbunden waren. Wie Brugger (1984) zeigt, liegt der Strategie endogener und eigenständiger Regionalentwicklung ein territoriales Gesamtverständnis von räumlicher Entwicklung zugrunde, die Region als Nutzungs-, Identifikations- und Entscheidungsraum definiert. Er verweist insbesondere auf die Grundeinsicht: Voraussetzung einer jeglichen Strategie endogener

⁷² Ein anderer Forschungsstrang im Themenfeld des Niedergangs von städtischen Strukturen ist mit der Revitalisierungsforschung seit den 1970er Jahren begründet worden. Dieser wird in der Fachliteratur jedoch im Zusammenhang mit der Suche nach Aufwertungsstrategien für einzelne Stadtteile – innerstädtische Wohngebiete oder randstädtische Großsiedlungen – im Zuge sozialstaatlicher Interventionsmaßnahmen diskutiert. Forschungen, die Revitalisierungsmöglichkeiten ganzer Städte und Regionen behandeln, gibt es bisher nicht. Eine Ausnahme ist die aktuelle Untersuchung von Kabisch und Linke zu den Revitalisierungschancen ostdeutscher Gemeinden in Randlagen von (DDR)Tagebaugebieten im Raum Leipzig. Gemeinden, deren Fortexistenz durch den Braunkohleabbau

Entwicklung sei es, dass überhaupt ein entwicklungsfähiges Potenzial existiere und zwar in wirtschaftlicher, politischer und soziokultureller Hinsicht, und dass dafür eine tragfähige ökologische Grundlage bestehe.

Der Begriff „endogen“ impliziert Wandlungsprozesse, „die aus dem Inneren eines Systems oder Komplexes von Beziehungen wirken“ (vgl. Wienold 1994: 166). Endogenes Potenzial wird also als eine Ressource bestimmt, die im Inneren eines Systems entsteht und als gezieltes Handeln mobilisierbar ist. Endogene Potenziale prägen die spezifischen Kompetenzen und Profile einer Region bzw. Stadt ebenso wie naturräumliche Besonderheiten, kulturelle und historische Eigenarten. Dazu gehören vor allem auch die historisch begründete Ausprägung bestimmter Berufsstrukturen sowie geistige und manuelle Fertigkeiten, die auf das Begabungsreservoir einer Region Auswirkungen haben. (vgl. ebd.) Damit wird das Humankapital, also die Befähigung der Menschen durch Ausbildungssystem und Bildungsstrukturen, in den Mittelpunkt gerückt. Wenn zusätzlich in die Definition von endogenem Potenzial die Infra-, Bau- und Siedlungsstruktur einer Region bzw. Stadt eingeführt wird, so sind diese wiederum nur dann wirksam, wenn sie von Akteuren entsprechend genutzt und mobilisiert werden (vgl. auch Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 1993).

Während sich die traditionelle Regionalpolitik auf exogene Wachstumsimpulse konzentriert (bspw. durch Qualifizierung zurückgebliebener Gebiete für die Ansiedlung neuer Betriebe), werden beim endogenen Entwicklungsansatz die materiellen Ressourcen (z.B. Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten) nur im Blick auf die soziale Vernetzung thematisiert, die sie entsprechend produktiv nutzt: Größeres Gewicht wird auf die Berücksichtigung und Einbeziehung der vor Ort vorhandenen institutionellen und kulturellen Eigenschaften sowie dem Netz von Firmen und Bildungseinrichtungen, welche Wissenstransfer und Kooperation möglich machen, gelegt. Dabei (bilden) „die Qualifikation der Arbeitskräfte, der Unternehmer und der öffentlichen Verwaltungen, ihre Einstellung gegenüber Arbeit, Technik, Bildung, Wettbewerb und Kooperation, die Qualifikation einer Region hinsichtlich der Wohn- und Lebensbedingungen [...] ein mehr oder weniger trag- und entwicklungsfähiges komplexes Feld, das durch Politik weder schnell verändert noch hergestellt werden kann“ (Häußermann 1992: 20f.).

Man kann gegen eine derartige Orientierung an singulären Qualitäten bei der Erklärung regionaler Disparitäten einwenden, dass die Wirtschafts- und Beschäftigungslage einer Stadt oder Region sicher stärker von den Investitionsentscheidungen der Unternehmen abhängt als von der mentalen Ausstattung der dort lebenden Individuen und dass mit

der Feststellung von Korrelationen noch nichts über Kausalitäten gesagt ist. Aber aus zwei Gründen darf man es sich wohl doch nicht so leicht machen: Zum einen ist die Persistenz verschiedener regionaler „Kulturen“ ausdrücklich nicht bzw. keineswegs vollständig auf ökonomisch-strukturelle Faktoren zurückzuführen. Zum anderen kann eine Argumentation, in der einer Region und der in ihr lebenden Bevölkerung nicht nur Verantwortung, sondern auch Entscheidungsfreiheit über mögliche ‚Zukünfte‘ zugetraut werden, gerade heute mit erhöhter Aufmerksamkeit rechnen und sei es nur deshalb, weil andere Rezepte nicht mehr greifen. Dies setzt voraus, dass es sich tatsächlich um Entscheidungsfreiheiten handelt und nicht nur um das Abschieben von Verantwortung („blaming the victim“).

Hintergrund ist die Überlegung, dass soziale [„soziokulturelle“] Aspekte für die Lösung von lokalen Problemen eine größere Rolle spielen als bisher angenommen. Solche Kulturen können als Wahrnehmungen, Bewertungen und habituelle Praktiken von StadtbewohnerInnen und lokalen Eliten sowie als Struktur und Orientierung von Assoziationen identifiziert werden. Zu den lokalspezifischen Qualitäten und Potenzialen gehören Vertrauensbestände, Zugehörigkeits- und Verantwortungsgefühle, gemeinsame Zielvorstellungen sowie Intensität und Wirksamkeit bürgerschaftlichen Engagements. Die Idee einer Analyse der lokalen Kultur beruht auf der durch die neuere Forschung begründeten Annahme, dass soziale Beziehungen und Netzwerke für die Existenzsicherung einer Stadt und ihre mögliche Entwicklung bedeutsam sind. Selbst in der Volkswirtschaftslehre verfolgt eine bedeutsame Forschungsrichtung die Theorie von Wachstumsgewinnen durch ‚good policy‘. Wesentlichen Anteil daran haben das Aufkommen und die wachsende Popularität der so genannten „Neuen Wachstumstheorien“ seit Ende der 1980er Jahre. Unter der Bezeichnung „Neue Wachstumstheorie“ oder „Endogene Wachstumstheorie“ wurden zahlreiche mathematische Wirtschaftsmodelle entwickelt, in denen die gleichgewichtige Wachstumsrate des Sozialproduktes endogen bestimmt, das heißt anhand grundlegender Parameter der Modelle ausgedrückt wird. Die neoklassische Wachstumstheorie der 1960er Jahre erkannte, dass nicht Kapitalakkumulation, sondern technischer Fortschritt Quelle dieses Wachstums ist. Nunmehr entwickelte auch die ökonomische Forschung formale Modelle, die die Ursachen technischen Fortschritts durch „good policy“ thematisieren. Humankapitalakkumulation und zielgerichtete Forschungsarbeit stehen im Zentrum der Neuen Wachstumstheorien (vgl. Johansson u.a. 2001).

Perspektiven für Städte mit prekären ökonomischen Rahmenbedingungen müssen solche Potenziale in Entwicklungskonzepte einbeziehen. Zunehmend wird die Erkenntnis bedeutsam, dass Impulse eher durch die Aktivierung endogener lokaler Ressourcen als durch externe Effekte

geschaffen werden können. Dies gilt nicht nur für die hier thematisierte Kleinstadt, sondern betrifft eine Vielzahl von deutschen Städten mit erodierender Wirtschaftsbasis.

Die Konzentration auf die soziokulturelle Dimension endogener Potenziale, die im Konzept ‚endogener Potenziale‘ angelegt ist, wird durch die besondere Schrumpfdynamik der Fallstudien gestützt. Obwohl alle Städte ähnlichen objektiven Rahmenbedingungen unterliegen, lassen sich dennoch unterschiedliche lokale Verarbeitungsformen analysieren. Diese Differenzen können nicht allein, nicht einmal primär aus Variationen der externen Faktoren abgeleitet werden. Offensichtlich sind es auch interne soziokulturelle Verarbeitungsweisen, die die zu erklärende Differenz begründen. Dies wirft die Frage nach der Entstehung und den Dimensionen eines solchen „Reservoirs“ an Handlungsoptionen auf.

Auf Basis der theoretischen Überlegungen ergeben sich Fragestellungen und Untersuchungsdimensionen, die auf vier Zusammenhänge hinweisen: Soziokulturelle Entwicklungschancen können sich ergeben (1) aus der kulturellen und wirtschaftlichen Tradition, (2) aus der regionalen Bedeutung der jeweiligen Kleinstadt, (3) aus der Konstellation des lokalen Akteurssystems und (4) aus den soziokulturellen Kompetenzen der Kleinstadtbevölkerung:

Kulturelle und wirtschaftliche Tradition: Kulturelle und wirtschaftliche Traditionen und Bedingungen gehören zu den Faktoren, die die Zukunftschancen der Kleinstädte definieren und damit die Potenziale bedingen. Dabei kann es nicht darum gehen, die allgemein veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie Deindustrialisierung u. ä. erneut zu beschreiben. Vielmehr ist zu untersuchen, an welche wirtschaftlichen und kulturellen Traditionsbestände die jeweilige Kleinstadt anknüpfen kann, welche Entwicklungsoptionen sich daraus ergeben und wie diese bisher aufgenommen und umgesetzt worden sind.

Regionale Bedeutung: Diese Untersuchungsdimension beinhaltet die Rolle der Kleinstadt im jeweiligen regionalen Umfeld. Sie bezieht sich auf die These, dass ein Potenzial der kleinen Stadt in ihrer Funktion als „regionale Hauptstadt“ zu suchen ist. Dabei ist zu untersuchen, aus welchen Elementen sich dieses Potenzial extrahieren lässt.

Konstellation des lokalen Akteurssystems: Das Verhältnis und die Struktur der lokalen Akteure sind für die Untersuchung schon deswegen von Relevanz, weil im Zuge des Rückbaus der sozialstaatlichen Verantwortung für die Kommunen zunehmend die Eigenstrukturierung, die Akquisition- und Netzwerkfähigkeit und die individuellen Begabungen der in der Kommune agierenden Entscheidungsträger wichtiger werden. Das „Wohl und Wehe“ einer Stadt wird von den persönlichen Managementqualitäten einzelner Personen bestimmt. Dazu zählen Kommunikationsfähig-

keit, Verantwortungsbereitschaft und so genanntes kreatives und pragmatisches Denken und Handeln. In einer von ausgeprägter funktionaler Differenzierung und der damit einhergehenden Arbeitsteilung charakterisierten modernen Gesellschaft garantiert das Kriterium Fachlichkeit im kommunalpolitischen Kontext, in dem es um komplexe und weitreichende Entscheidungen mit der Berücksichtigung der verschiedensten Interessen und Teilbereiche für die gesamte Kommune geht, nicht mehr allein die ausreichende Kompetenz zur Erfüllung dieser Aufgaben. Da in den Kommunen der Neuen Bundesländer in den verantwortlichen Positionen sowohl Vertreter der alten (kommunistischen) als auch der neuen (aus der Bürgerrechtsbewegung aufgestiegene Laien) Eliten zu finden sind, können in dieser Dimension deutliche Variationen erwartet werden.

Soziokulturelle Ressourcen der Kleinstadtbevölkerung: Eines der wichtigsten Potenziale für die Zukunftsfähigkeit der Kleinstädte besteht in der Stabilität eines bedeutenden Anteils der Wohnbevölkerung. Worin die spezifischen Qualitäten der Bevölkerungsstruktur genau liegen, welche Assoziationsverhältnisse (Vereine, Einflusstrukturen, Stadtbewusstsein) und wie diese etwa als Träger der Nutzung und Erneuerung der historisch wertvollen Bausubstanz zu nutzen sind, wäre zu untersuchen. Aussichten für die Entwicklung eines neuen „Stadtbürgerbewusstseins“, das zur DDR-Zeit bekämpft wurde und ausgelöscht werden sollte, werden analysiert.

Zur Bewertung der Bedeutung dieser vier endogenen Dimensionen werden die in den empirischen Untersuchungsschritten gewonnenen Erkenntnisse analytisch zugeordnet, um darauf aufbauend deren unterschiedliche Effekte zu diskutieren. Die folgende Tabelle 45 gibt eine Übersicht dieser Zuordnung:⁷³

*Tabelle 45: Soziokulturelle Potenziale in Kleinstädten –
Quellen für Interpretationen und Wertungen*

Dimensionen	Empirische Untersuchungsschritte
Kulturelle und wirtschaftliche Tradition	Stadtprofile Schlüsselpersonengespräche Haushaltsbefragung
Regionale Bedeutung	Stadtprofile Schlüsselpersoneninterviews Haushaltsbefragung
Konstellation des lokalen Akteurssystems	Schlüsselpersoneninterviews Haushaltsbefragung
Soziokulturelle Ressourcen der Kleinstadtbevölkerung	Haushaltsbefragung Schlüsselpersoneninterviews

⁷³ Die genaue Methodik der Untersuchung ist im Anhang 1: Inhalt und Methode der empirischen Untersuchung dargestellt.

6.2 Dimensionen soziokultureller Potenziale – empirische Ergebnisse

6.2.1 Kulturelle und wirtschaftliche Tradition

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass die Traditionen in allen vier Städten in unterschiedlicher Weise zum Tragen kommen, aber insgesamt nur noch bedingt als Potenzial wirken. Dies wird explizit auch von den Stadtaktiven so wahrgenommen. Der Traditionsbegriff, der auf lang zurückreichende Überlieferungen verweist, ist also in kleinen Städten Ostdeutschlands als Bezugspunkt häufig nicht mehr zentral.

Alle vier Untersuchungsstädte weisen übereinstimmend gemeinsame Merkmale auf, die für die Tradition wichtig sind. Vor allem wird die jeweilige Kleinstadt als „Heimat“ verstanden. Qualitäten, die dieses fördern, sind die Schönheiten der landschaftlichen Umgebung und das weitgehende Fehlen industrieller Ansiedlungen. Die historische Bedeutung als landwirtschaftlich geprägter Ort, der häufig von den Stadtaktiven mit dem Begriff „Ackerbürgerstadt“ bezeichnet wird, ist ein weiterer Aspekt der Heimatbindung.

Auf die Frage nach wichtigen Traditionen und kulturellen Stärken in den Kleinstädten antworteten die Schlüsselpersonen zunächst häufig negativ.⁷⁴ Die DDR-Zeit habe vieles zerstört. Auch sei die „Kultur etwas benachteiligt in der Kleinstadt“ (G3). Werden im weiteren Gespräch Traditionen und kulturelle Stärken benannt, wird am häufigsten auf Vereine, Stadtfeste und Kulturveranstaltungen verwiesen. Bei den Vereinen werden vor allem Schützen- und Sportvereine und deren Veranstaltungen

⁷⁴ A3: „Die kulturelle Seite könnte besser sein.“

A4: „Kulturell passiert hier nicht viel.“ „Der Karnevalsverein setzt ein Highlight.“

A5: „Kulturelle Stärken habe ich hier noch nicht gefunden, das tut mir Leid.“

A9: „Das habe ich bis heute nicht herausgekriegt.“

A7: „Erhalten nicht, sondern neu herausgestellt.“

A12: „Traditionen, ganz schwer zu sagen.“ „Jetzt hat man sich identifiziert. Jetzt sind wir Uckermärker und ganz spezielle Uckermärker, die Angermünder.“ „In meiner Schulzeit wusste ich noch nicht, was Vereine sind.“

G1: „Erhalten hat sich da nichts.“

G4: „Also, die Stadt selber hat in meinen Augen gar keine kulturellen Stärken. Das, was hier an Kultur reingebracht wird, das wird von Vereinen und Gruppen reingebracht. Aber von seiten der Stadt wird dann immer nur noch der Hut aufgesetzt.“

T4: „Der Heimatkundeunterricht war ganz erbärmlich.“ „Viele wissen gar nicht, welche Schönheiten in der Umgebung existieren.“ „[Zu Tellow] auch auf so einer Kuhblake gibt es Kultur.“

genannt. In allen vier Städten wird betont, dass viele Traditionen erst nach der Wende (wieder) begründet wurden.⁷⁵ Häufig wurde dabei an Traditionen aus der Vor-DDR-Zeit angeknüpft. Nur in drei Fällen haben sich Traditionen über die DDR-Zeit hinweg erhalten können: der Männerchor Amicitia in Bad Wilsnack, das Bergringrennen in Teterow und der Posaunenchor in Goldberg. Wobei der Männergesangsverein die einzige Vereinigung in den untersuchten Kleinstädten ist, die es schon seit dem 19. Jahrhundert gibt. Das Bergringrennen in Teterow wird seit 1930 veranstaltet und der Posaunenchor in Goldberg existiert seit 1906. Alle anderen „Traditionen“ sind Gründungen aus der DDR-Zeit bzw. erst seit der Wende neu oder wieder begründet worden.

Das seit Anfang der 1990er Jahre in allen Untersuchungsstädten etablierte jeweilige Stadtfest ist die wichtigste neue Tradition: Zwei Drittel der Befragten (67,3 %) waren auf dem letzten Stadtfest (Tabelle 46). Dabei waren 61,1 % der Befragten Besucher auf dem Fest und 6,2 % aller Befragten als Akteur bei der Organisation und Durchführung engagiert.

Tabelle 46: Stadtfestteilnahme nach Untersuchungsstädten

Waren Sie auf dem letzten Stadtfest?	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten				
Ja	70,5	49,8	53,1	85,9	67,3
Nein	29,5	50,2	46,9	14,1	32,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.682

Bei der Betrachtung der einzelnen Städte zeigt sich der weitaus höchste Wert in Teterow sowohl bei den Besuchern und Besucherinnen (77,8 %) als auch den Akteuren und Akteurinnen (8,1 %): Insgesamt waren 85,9 % der Befragten auf dem Hechtfest (vgl. Abbildung 42). Die geringste Beteiligung gaben die Befragten in Bad Wilsnack mit 45,3 % und 4,1 % (Besucher und Akteur) an. Allerdings handelt es sich bei den „Ellefeld-Festspielen“ um ein relativ neues Fest, das nicht wie das „Hechtfest“ in Teterow eine längere Tradition (seit 1989, aber anknüpfend an ältere

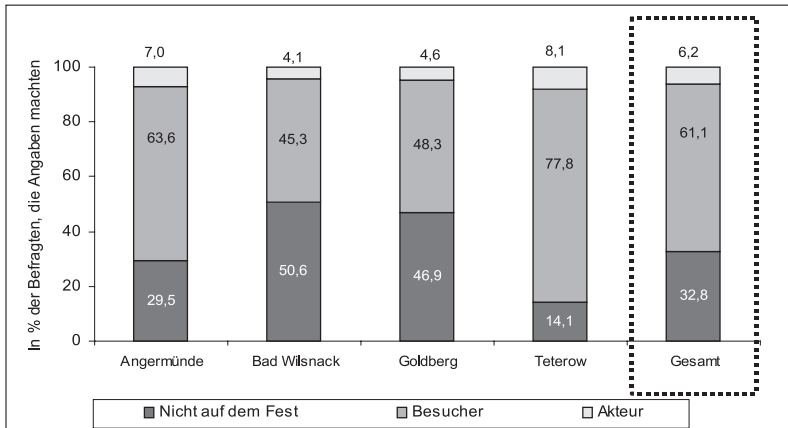
⁷⁵ A13: „Traditionen waren bis zur Wende relativ wenige da, danach haben sich viele herausgebildet.“

G3: „Mit Traditionen ist nicht mehr viel in Goldberg.“ „Die Jungs [des Posaunenchores] sind gut drauf.“

G8: „In Goldberg müssen Traditionen erst wieder entwickelt werden.“

Heimatfeste) besitzt. Die Beteiligungen in Goldberg und Angermünde liegen im Durchschnitt aller Städte.

Abbildung 42: Stadtfest: Besucher oder Akteur



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.680

Dabei ist die Akzeptanz der Stadtfeste keinesfalls auf ältere Bevölkerungsgruppen beschränkt, sondern umfasst alle Altersgruppen: Den höchsten Wert zeigen die zwischen 16- und 25-Jährigen mit einem Anteil von 68,8 % als Besucher und 9,8 % als Akteur.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind ebenfalls relativ gering: 70,1 % der Männer und 64,8 % der Frauen waren auf dem letzten Fest. Während bei den Besuchern noch ein leichtes Übergewicht der Männer herrscht, sind die Frauen mit einem Akteursanteil von 6,2 % gleichauf mit den Männern (6,3 %).

Auch alle weiteren Einflussfaktoren – Bildung (fast keine Abweichungen zwischen den einzelnen Gruppen), Erwerbsstatus (Erwerbslose und Rentner sind etwas weniger auf den Festen vertreten), Dauer der Ansässigkeit der Familie – bleiben weitgehend ohne Einfluss auf die Besuchshäufigkeit der Stadtfeste: Die Kleinstadtfeste erreichen alle Schichten der Kleinstadtbevölkerung. Das Stadtfest ist das zentrale Ereignis der Kleinstädte, in dem alle Bewohner einschließlich der Besuche der Fortgezogenen ihre informellen Kontakte intensivieren und somit über ein gemeinsames Erlebnis ihre Ortsbindung und lokale Identität erneuern.

Als „kulturelle Stärken“ werden in Angermünde, Teterow und Goldberg zumeist Kulturveranstaltungen bzw. deren Träger benannt. Hier zeigte sich, dass in den stärker sozialistisch überformten Kleinstädten ein Verständnis von „Kultur“ dominiert, das bürgerschaftliche Traditionen

nicht in den Kulturbegriff einbezieht. In Bad Wilsnack wird dagegen explizit auf die Tradition als Handwerker- und Gewerbestadt verwiesen.

Die besondere Bedeutung der Kleinstädte als historische Stadt zeigen auch die Ergebnisse der Haushaltsbefragung. 26,2 % der Befragten gaben an, „sehr stolz“ und 55,8 %, „stolz“ auf die Stadttradition zu sein (vgl. Tabelle 47). Teterow weist hier mit 36,7 % der Nennungen bei „sehr stolz“ den höchsten Wert auf, gefolgt von Bad Wilsnack mit 32,1 %. Goldberg liegt mit 12 % mit deutlichem Abstand am Ende. Aber auch in dieser Stadt sagen immerhin 58,7 %, dass sie „stolz“ auf die historische Tradition der Stadt sind. Insgesamt ist in allen Städten eine deutliche Mehrheit der Kategorien „stolz“ und „sehr stolz“ (von 70,7 % in Goldberg bis 89,2 % in Teterow) zu verzeichnen.

Tabelle 47: Sind Sie stolz darauf, dass Ihre Stadt eine Stadt mit langer Tradition ist?

	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Anger- münde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten				
ich bin sehr stolz darauf	21,3	32,1	12,0	36,7	26,2
ich bin stolz darauf	56,6	56,4	58,7	52,5	55,8
ich bin nicht besonders stolz darauf	14,7	7,8	19,2	7,2	11,9
ich bin gar nicht stolz darauf	2,8	1,4	6,3	1,6	2,9
weiß nicht	4,6	2,3	3,9	2,0	3,2

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.677

Der höchste Wert im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich bei den 50- bis unter 65-Jährigen, von denen 30,5 % „sehr stolz“ sind, dicht gefolgt von den über 65-Jährigen mit 30,1 %. Deutlich geringere Werte weisen die übrigen Altersgruppen auf: 22,3 % der 16- bis unter 25-Jährigen, 21,8 % der 25- bis unter 40-Jährigen und 22,6 % der 40- bis unter 50-Jährigen entschieden sich für die Kategorie „sehr stolz“.

Zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Altstadt, der Neubaugebiete und der sonstigen Gebiete lassen sich nur vergleichsweise geringe Unterschiede feststellen. 28 % der Altstadtbewohner und 26,8 % der Neubaugebietsbewohner sind „sehr stolz“. Etwas deutlicher fallen mit 23,7 % die Bewohner der sonstigen Gebiete ab: Hier ist die Bindung an die historische Tradition geringer, bedingt möglicherweise durch die räum-

liche „Entfernung“ zur Altstadt und den größeren Anteil von erst kürzlich zugezogenen Personen.

Analysiert man die Antworten nach der Wohndauer der Familie in der Stadt, so zeigen sich deutlichere Unterschiede: „Sehr stolz“ sind 32,2 % derjenigen, deren Familie schon vor 1900 in der Stadt gewohnt haben (Tabelle 48). Dagegen haben diejenigen, deren Familien nach der Wende bzw. zwischen Mauerbau und Wende zugezogen sind mit 17,8 % bzw. 17,7 % für die Nennung „sehr stolz“ geringe Werte: Die Dauer der Familienansässigkeit beeinflusst die Identifikation mit der historischen Tradition der Stadt.

Tabelle 48: Stadttradition und Familienansässigkeit

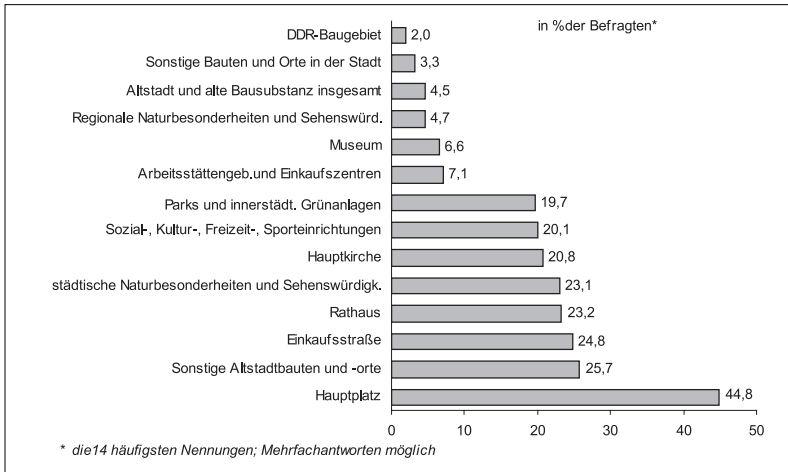
Stolz auf die Stadttradition	Familienansässigkeit				
	Nach der Wende	Seit dem Mauerbau bis zur Wende (1961–1989)	Seit dem Kriegsende bis zum Mauerbau (1945–1960)	Seit der Jahrhundertwende bis zum Kriegsende (1900–1945)	Schon vor 1900
	in % der Befragten				
ich bin sehr stolz darauf	17,8	17,7	22,7	29,9	32,2
ich bin stolz darauf	57,8	60,8	58,2	54,9	56,6
ich bin nicht besonders stolz darauf	12,2	16,3	12,8	10,5	8,1
ich bin gar nicht stolz darauf	5,6	1,4	4,5	1,9	2,0
weiß nicht	6,7	3,8	1,8	2,8	1,0

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.314

Ein Vergleich der Antworten nach dem Erwerbs- und Nichterwerbsstatus der Befragten zeigt, dass Rentner und Vorruheständler mit 30,8 % in der Kategorie „sehr stolz“ den höchsten Wert aufweisen. Arbeitslose (mit ABM und Umschulung) unterscheiden sich interessanterweise nur wenig von den Erwerbstätigen (21,4 % zu 25,4 %). Die Zugehörigkeit zu einer Erwerbsstatusgruppe hat offensichtlich – wenn man die Verzerrung durch die unterschiedlichen Alterszusammensetzungen vernachlässigt – kaum Einfluss auf den „Stolz“ auf die Stadt.

Auch die Befragungsergebnisse nach den beliebtesten Orten, Plätzen und Gebäuden zeigen, dass der Hauptplatz und die „sonstigen Altbauten und -orte“, also die historische Mitte der Städte, räumliches Zentrum der Stadtidentifikation sind (vgl. Abbildung 43). Je nach stadträumlicher Situation zeigen sich zwischen den Städten in der Bewertung konkreter

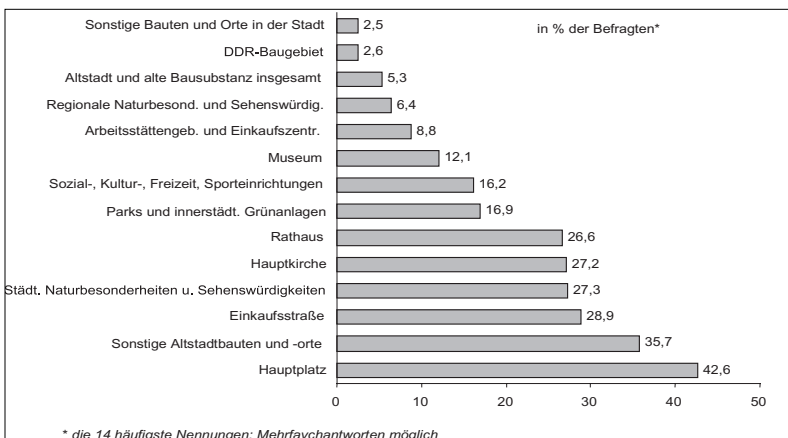
Abbildung 43: Welche Straßen, Orte oder Plätze in der Stadt haben Sie besonders gern?



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.556

Orte, Plätze und Gebäude Unterschiede. Jedoch die klassischen Fixpunkte einer Kleinstadt – Marktplatz, Rathaus, Hauptstraße, Stadtkirche – werden in der Regel in allen Städten am häufigsten genannt, sowohl als Orte, die man „besonders gern“ hat, als auch als Orte, die man Gästen „am liebsten zeigen würde“ (vgl. Abbildung 44).

Abbildung 44: Gebäude, Orte, Plätze, die die Befragten am liebsten ihren Gästen zeigen würden



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.580

Noch vor der Hauptkirche (20,8 %) und dem Rathaus (23,2 %) nennen 44,8 % der Befragten den jeweiligen städtischen Hauptplatz als einen Ort, den sie „besonders gern haben“, fast ebenso viele (42,6 %) würden ihn Gästen zeigen. Wenn sich der Hauptplatz an exponierter städtebaulicher Position befindet, wird er auch häufig genannt: Die enge Beziehung zum Hauptplatz zeigt sich insbesondere in Angermünde mit einem Spitzenwert von 65 % (vgl. Tabelle 49). Die Stadt, in welcher der Hauptplatz am wenigsten genannt wird, ist Bad Wilsnack. Das ist zum einem durch das überregional bedeutsame Bauwerk der Wunderblutkirche bedingt, das die Aufmerksamkeit auf sich zieht (47,4 % haben die Kirche „besonders gern“ und 63,8 % würden sie ihren Gästen zeigen). Zum anderen bekam das gerade neu eröffnete Thermalbad zahlreiche Nennungen. Deshalb sind in Bad Wilsnack die Prozentwerte für „Sozial-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen“ bei den persönlichen Vorlieben mit 58,8 % und bei den Orten, die man Gästen zeigt, mit 51,9 %, sehr hoch.

Sonstige Altbauten und -komplexe werden nach dem jeweiligen Hauptplatz mit 25,7 % am zweithäufigsten genannt als Orte, die man gerne hat; mit 35,7 % auch als solche, die man Gästen zeigen würde. In dieser Kategorie wurden die Nennungen von allen altstädtischen Gebäuden und Orten, außer dem Rathaus, der Hauptkirche und der Einkaufsstraße, zusammengefasst (z.B. bestimmte Bürgerhäuser, Stadttore etc.). Die Städte mit großräumiger Altstadt und zahlreichen weiteren Einzeldenkmälern – Angermünde und Teterow – haben hier mit jeweils 50 % weitaus mehr Nennungen als die kleineren Städte Goldberg und Bad Wilsnack mit 10 bis 14 %, die neben Rathaus und Stadtkirche nur wenige weitere Sehenswürdigkeiten innerhalb der Altstadt besitzen.

In den Städten, in denen das Rathaus saniert ist und an städtebaulich zentraler Stelle steht, sind die Nennungen sehr stark ausgeprägt. In Goldberg – hier ist das Rathaus noch unsaniert – wird ihm eine geringe Bedeutung beigemessen.

In **Angermünde** wirkt vor allem die Tradition als Verwaltungstadt fort. Ein drastischer Einschnitt war für Angermünde der Kreisstadtverlust im Jahre 1993. Heute hat es nur noch den Status eines Grundzentrums mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums. Darüber hinaus wirkte sich die bevorzugte Entwicklung von Schwedt zur DDR-Zeit für Angermünde negativ aus. Als entscheidende Ausgangsbedingungen für die heutige Situation werden der lange Status als Kreisstadt und dessen Verlust, die geringe industrielle Tradition und der weitere Abbau von Gewerbe und Landwirtschaft nach 1990, die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit und die Abwanderung gesehen. Einerseits ist diese Verwaltungstradition Hindernis für eine neue gewerbliche Entwicklung, andererseits weiterhin eine wichtige wirtschaftliche Basis. Zwar konnte die Stadt in geringem

Tabelle 49: Welche Gebäude, Plätze, Orte würden Sie am liebsten Ihren Gästen zeigen?

Gebäude, Ort, Plätze, die die Befragten Gästen zeigen würden	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten, Mehrfachantworten möglich				
Hauptplatz	61.5	25.8	24.8	47.5	42.6
sonstige Altstadtbauten und -orte	53.4	10.0	14.3	50.4	35.7
Einkaufsstraße	26.6	33.4	31.7	26.1	28.9
Städt. Naturbesonderheiten und Sehenswürdigkeiten	35.7	1.6	23.2	40.0	27.3
Hauptkirche	21.3	63.8	13.8	15.5	27.2
Rathaus	35.5	21.1	12.6	30.9	26.6
Parks und innerstädt. Grünanlagen	14.0	24.0	12.3	17.5	16.9
Sozial-, Kultur-, Freizeit-, Sporteinrichtungen	3.3	51.9	11.1	6.6	16.2
Museum	1.2		42.4	12.2	12.1
Arbeitsstättengebiete und Einkaufszentren	1.1	31.9	0.7	5.1	8.8
Reg. Naturbesonderheiten und Sehenswürdigkeiten	2.7	9.3	9.3	6.1	6.4
Altstadt und alte Bausubstanz insgesamt	10.0	2.1	1.8	5.3	5.3
DDR-Baugebiete	0.2		12.3	0.5	2.6
Sonstige Bauten	1.8	3.2	4.2	1.6	2.5
Nachwendebaugebiete	0.2	6.4	3.5	1.1	2.4
Gastronomie	0.6	2.8	0.4	3.6	2.0
Sonstiges	0.8	1.7	1.5	1.0	1.2
Gesamte Stadt	0.2	1.3	1.3	1.5	1.0
Kleingarten- und Bootshausanlagen	0.2	0.6	2.8	0.4	0.8
Nichts	0.2		1.4		0.3

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.580

Maße Verwaltungstraditionen und -funktionen erhalten, aber durch diese Prägung erfolgte keine Neuausrichtung auf andere gewerbliche Entwicklungen. Für die Tradition als äußerst bedeutend wird des Weiteren in den Schlüsselpersonengesprächen der seit der Wende rekonstruierte historische Stadtkern hervorgehoben.⁷⁶

Außerdem werden die gesamte Infrastruktur, die Nähe zu Berlin und zur Ostsee und „Uckermärker zu sein“ als traditionell bedeutsam für die Stadt angesehen. Die heute wichtigsten Traditionen sind in Angermünde die Blasmusiktage, die Freiwillige Feuerwehr, der Tierpark und der Schützenverein sowie der Karneval und die Sportvereine. Auch ein Gewerbebetrieb, das Emailwerk, wird als einzige gewerbliche „Tradition“ benannt. In den Schlüsselpersonengesprächen wird häufig angemerkt, dass „Kultur“ in Angermünde eher weniger zu finden sei. Aber der Musiksommer (mit Konzerten auf der Wagnerorgel), das Hartgesteinsymposium, die Chöre, das Ehm-Welk-Museum und die Klosterkirche werden als kulturelle Stärken betrachtet.⁷⁷

Die wichtigsten Traditionen in **Goldberg** sind nach Aussagen der ExpertInnen das Strandfest, das Kinderfest, der Karneval, das Schützenfest,

⁷⁶ A10: „Der Betrachter, der Angermünde nicht kennt, empfindet es als wirkliche Kleinstadt.“

A13: „Angermünde ist eine typische uckermärkische Kleinstadt, mit viel Charme, mit schöner alter Bausubstanz, vielen schönen Fachwerkbauten und alter Innenstadt, die für mich als Bauunternehmer logischerweise sehr wichtig ist.“

⁷⁷ A1: „Es hat sich eine Menge getan. Auf die Blasmusiktage möchte keiner mehr verzichten.“ „Am Freibad Wollitzsee sind ganze Generationen groß geworden.“ „Auf den Storch auf dem Pulverturm freuen sich alle Angermünder.“

A2: „[...] stolz auf die mittlerweile wieder erstrahlende historische Altstadt.“ „In der Einstellung zu Kunst und Kultur ist Angermünde eher unterentwickelt.“

A10: „Das Emailwerk ist ein kleines Aushängeschild.“ „Ach die Blasmusiktage, die darf ich um Gotteswillen nicht vergessen.“

A11: „Zusammenzukommen und dann bis zum Hellwerden zusammenzubleiben, das ist eine Stärke der Angermünder.“

A12: „Ich hoffe, dass diese Sache nicht ausstirbt [der Heimatkalender], weil es meistens sehr alte Leute sind.“ „Was sich in Angermünde sehr doll entwickelt hat, ist unser Karnevalsverein.“ „Ich denke, wenn man es auf die Bevölkerungszahl umrechnet, wird hier am Ende noch mehr geboten als in Berlin.“

A13: „Das [Vereinsleben] ist eigentlich das kulturelle Leben dieser Stadt, ein anderes gibt es eigentlich kaum.“

A14: „Alles, was ein bisschen bodenständig ist, [...] wird auch angenommen.“

A14: „Kunst in gewisser Tradition - die Klamotten [Material für das Hartgesteinsymposium] finden wir auf unseren Feldern [...] aus der Erde geboren. Es werden hier bestimmte Dinge angenommen, auf deren Grundlage man was entwickeln kann und das hält nur, weil es akzeptiert wird.“

der Sportverein sowie der Spielmannszug, die Feuerwehr und die Fahrradtour um den See.⁷⁸ Die kulturellen Stärken werden in den Tanzgruppen, dem Karnevalsclub sowie dem Spielmannszug, dem Heimatmuseum, dem Trachtenverein, dem Sportverein und dem Fremdenverkehrsverein gesehen. Auch die Arbeitsplatzstruktur Goldbergs als Garnisonsstandort und landwirtschaftlich geprägtem Ort, die im Verlaufe der Entwicklung seit der Wende fast völlig weggebrochen ist, wirken als Traditionen weiter. Diese Prägung hemmt die Entwicklung anderer Perspektiven.

In Teterow⁷⁹ fielen durch den Kreisstadtverlust zwar Verwaltungsfunktionen weitgehend weg, aber an die gewerblichen Traditionen konnte angeknüpft werden, indem Teile des verarbeitenden und des landwirtschaftlich orientierten Gewerbes erhalten wurden. Ebenso wird die kulturelle Tradition „Bergring“ fortgeführt. Angesichts der insgesamt nicht ausreichenden Tragfähigkeit dieser Wirtschaftsbasis für die Stadt brach man erfolgreich aus den vorhandenen Traditionen aus, indem sich mit der Ansiedlung von Biomedizinunternehmen die Wirtschaftsbasis erweiterte. Als wichtige Tradition wird in Teterow nach Angabe der ExpertInnen auch auf das Hechtfest, dem die Erzählungen der Teterower „Schildbürgerstreiche“ zugrunde liegen, verwiesen. Bei den kulturellen Stärken werden die Galerie am Kamp, das Schalmeienorchester und wiederum die Schildbürgerstreiche, der Heimatbund, der Bibliotheksverein, der Museumsverein und noch mal das Hechtfest genannt. Außerdem sei für Teterow wichtig,

⁷⁸ G5: „Der Karnevalsclub hat ganz große Bedeutung. Er hat ein großes Programm, das kommt immer toll an.“

G11: „Wer von den Männern was von sich hielt, der ging zur Feuerwehr.“ „Feuerwehr ist auf alle Fälle Tradition [...] das ist auch mit die einzige Tradition, die abgesehen von Kirche, durchgehalten hat.“

⁷⁹ T2: „Das älteste Stück ist der Bergring.“

„Die Galerie [Galerie Kamp] ist Nummer eins seit der Wende.“

T3: „[Das Bergringrennen] ist die größte Veranstaltung in Mecklenburg, da kann auch Hansa [Rostock] nicht dran tippen.“

T4: „Teterow hat nie Glanzlichter gehabt wie ein Theater und eine Schauspieltruppe.“ „Klinkmann ist ja ein Sohn der Stadt, der ja eine Berühmtheit ist.“

T6: „Das, was man sich erhoffte, von unserem Heimatbund, dass man sagt, wir knüpfen ganz und gar an Traditionen an und werden uns überall präsentieren, in unseren Trachten, in unsren Gegebenheiten, ist wünschenswert, ist aber nicht gegeben.“ „Kulturell ist das, was aktuell läuft.“

T7: „Die Verbindung zum Wasser, zur Natur, ist Tradition.“ „[...] also alte Sachen, die es nur in Teterow gab, es gibt nicht etwas ganz Besonderes vorzuweisen.“ „Das sind die Sachen, die es überall gegeben hat.“ „Die Schützenvereine waren ja überhaupt die Träger der Heimatfeste, da ging 'ne Menge aus von denen.“ „Was Herausragendes [zu finden] ist echt schwierig.“

T10: „Weltschönste Grasrennbahn.“

dass es in der Stadt zwei besonders kulturinteressierte Persönlichkeiten gebe: den Bürgermeister und den Bauamtsleiter.

Nur **Bad Wilsnack** hat zielgerichtet seine spezifisch kulturelle und wirtschaftliche Tradition als Kurstadt weiterentwickeln und ausbauen können. Außerdem konnten Teile des spezialisierten verarbeitenden Gewerbes fortgeführt werden. Dazu bildet die „Wunderblutkirche“, die eigentliche Gründungstradition der Stadt, einen wichtigen kulturellen und touristischen Anziehungspunkt. In Bad Wilsnack werden von den ExpertInnen als wichtigste Traditionen der Männerchor Amicitia, der wieder belebte Schützenverein und die neu begründeten Ellefeld-Festspiele angesehen. Des Weiteren werden Sportvereine und Wunderblutkirche sowie Badkultur, Handwerkerstruktur, Feuerwehr, Sängertreffen, Gesundheitsbewusstsein der Bürger als „Tradition“ genannt. Als kulturelle Stärken werden wiederum der Chor und Chorveranstaltungen in der Wunderblutkirche sowie Veranstaltungen vom Schützen- und Sportverein aufgezählt. Auch die Kurklinik und die Veranstaltungen der Klinik-Management-Gesellschaft seien für die Kultur Bad Wilsnacks bedeutsam.⁸⁰

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, trotz weitestgehend verlorener Traditionsbezüge in der DDR-Zeit und während des Migrationsprozesses zwischen 1945 und 1961, dass der Bedarf an Traditionen sehr groß ist. Seit der Wende sind ältere Traditionen neu aufgenommen worden und dienen nun als symbolischer Bezugspunkt für „Heimat“. Hier erweist sich, dass Stadtfeste, Schützenvereine und ähnliche kommunale Inszenierungen, zumindest in Kleinstädten nicht als „Festivalisierung“ gedeutet und damit abgewertet werden sollten.

⁸⁰ B2: „Das Vereinsleben spielt hier eine große Rolle.“

„Tradition als Kurstadt und mit der Wunderblutkirche.“

B4: „Wer was auf sich gibt, ist da drin [im Gesangsverein].“

B6: „Das gesamte Innenstadtleben ist durch Handwerk und Gewerbetreibende geprägt, die hier seit Jahrzehnten zu Hause sind und ihre Geschäfte haben.“

B9: „Es ist immer schon Mal ein Vorteil, wenn man sagen kann, wir sind Bad und stellen was dar.“

B10: „Wir haben hier eine sehr gute Bühne durch die Kirche [...], dieser Tradition wird man sich bewusst.“

B12: „Wir hatten noch nie eine Laientheatergruppe. Um so etwas aufzubauen, dafür eignete sich die Struktur von Wilsnack nicht.“

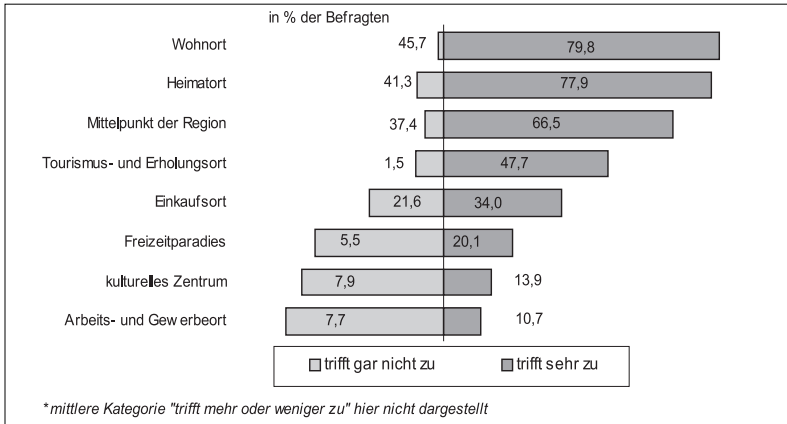
6.2.2 Regionale Bedeutung

Obwohl die regionale Bedeutung der Kleinstädte, wie in den Stadtprofilen analysiert, als Entwicklungspotenzial durchaus von Belang ist, wird diese in der Wahrnehmung durch die Stadtaktiven als nicht sehr handlungsrelevant angesehen. In allen vier Städten wird die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden der Umgebung und der Region für die weitere Existenz der Städte vor allem in Bezug auf die Erhaltung der Infrastruktur und den Ausbau des Tourismus als wichtig erachtet. Insbesondere die zunehmende Umlandfunktion der jeweiligen Kleinstadt für die ältere Bevölkerung, da diese wegen ihrer geringeren Mobilität auf Versorgungseinrichtungen in der näheren Umgebung angewiesen ist, sei wachsend.

Auf der administrativen Ebene zeigen sich allerdings deutliche Probleme und Differenzen: In Teterow und Angermünde hat die Neustrukturierung der Kreise Probleme in der Beziehung zu den neuen Kreisstädten Prenzlau und Güstrow hervorgerufen. Von allen Städten werden die Beziehungen zu den Partnerstädten zwar offiziell als gut bezeichnet, allerdings wird darauf hingewiesen, dass sich diese Beziehungen häufig zwischen den Verwaltungen oder auf Vereinsebene abspielen. Angermünde und Teterow hatten als Kreisstädte in der DDR-Zeit eine größere Umlandbedeutung. Angermünde konnte durch die Ansiedlung des Bundesgrenzschutzes und der Biosphärenverwaltung diese Bedeutung stabilisieren. Teterow gewann durch seine wirtschaftliche Entwicklung und als Arbeitsort an Umlandbedeutung. Durch das Verbleiben des Sozialamtes und der Kfz-Zulassungsstelle – die inzwischen jedoch geschlossen wurde – in der Stadt Teterow wird auch durch diese Funktionen eine Umlandbedeutung begründet. In Goldberg beschränkt sich diese fast ausschließlich auf die Einkaufsfunktion. In Bad Wilsnack führt die positive Entwicklung als Amtssitz, Kurort und durch (hoch)kulturelle Ereignisse (Konzerte in der Wunderblutkirche) zu einer leichten regionalen Bedeutungssteigerung der Kleinstadt.

Zeugnisse zur Bedeutung der Städte für die Region ergeben sich auch aus der Haushaltsbefragung in den Städten. Hier zeigt sich, dass 66,5 % der Befragten ihre Stadt als „Mittelpunkt der Region“ einschätzten (vgl. Abbildung 45). 47,7 % bewerten ihre Stadt als Tourismus- und Erholungsort und nur 34 % als Einkaufsort. Geringe Bedeutung wird der Kleinstadt als „Freizeitparadies“ (20,1 %) und „kulturelles Zentrum“ (13,9 %) beigemessen. Die Charakterisierung ihrer Stadt als „Arbeits- und Gewerbeort“ hat für die Kleinstadtbewohner mit 10,7 % die geringste Bedeutung. Die Reihenfolge der Bewertung der einzelnen Punkte unterscheidet sich in den einzelnen Untersuchungsstädten unwesentlich,

Abbildung 45: Bedeutung der Stadt nach Einschätzung der Befragten*



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.680

nur die Stärke der Einschätzung der Bedeutung variiert. In allen Städten ist die Bedeutung als „Heimatort“ am stärksten.

Als „Mittelpunkt der Region“ wird vor allem Teterow gesehen (74,8 %). Angermünde liegt diesbezüglich in der Einschätzung der Bewohner mit 65,8 % hinter Bad Wilsnack mit 66,3 % und Goldberg mit 55,8 %. Hier zeigt sich eine sehr selbstbewusste Beurteilung Bad Wilsnacks, das real eine deutlich geringere Zentralität als Angermünde besitzt.

Werden die Bedeutungszuweisungen der Städte mit dem Alter der Befragten korreliert, so zeigt sich, dass die Bewertung „Mittelpunkt der Region“ von allen Altersgruppen übereinstimmend als bedeutsam eingeschätzt wird. Signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen zeigen sich bei der Bedeutung als „Einkaufsort“. Hier schätzt die jüngere Bevölkerung ihre Städte weitaus geringer als Einkaufsort. Die 16- bis 25-Jährigen schätzen die Kleinstädte zwar als „kulturelles Zentrum“, aber auch als „Freizeitparadies“ haben sie einen geringen Stellenwert.

Die Realität der Stadt-Umland-Beziehung hingegen entspricht nicht immer den Einschätzungen. In den Schlüsselpersonengesprächen wurde die Zusammenarbeit mit den umliegenden Städten und Gemeinden zwar als gut angegeben, sie konnte aber nicht als lebendiger Austausch dargestellt werden. Es scheint sich um sozial erwünschte Darstellungen zu handeln. Die Stadtaktiven verstehen die Politik ihrer Kommune vor allem als Einzelkampf. Inwieweit die Abgrenzung Ergebnis von schlechtem Desinteresse oder gar traditioneller Feindschaft oder bloße Ignoranz ist,

scheint im Einzelfall unterschiedlich zu sein. Im Ergebnis jedoch ist die jeweilige Stadtpolitik auf den „Kirchturm“ ausgerichtet.

In **Angermünde** hat sich die Funktion als Dienstleistungsort für das Umland eingeschränkt erhalten, während die administrativen Faktoren weitgehend weggefallen sind. Die möglichen Potenziale aus der guten Verkehrsanbindung an Berlin im Zusammentreffen mit der landschaftlich herausragenden Lage konnten bisher nicht genutzt werden. Mehrmals werden von den Angermünder StadtextpertInnen die schlechten Beziehungen zur heutigen Kreisstadt Prenzlau erwähnt. Beziehungen zwischen den beiden Städten beschränken sich auf die Ebene der Verwaltung. Zur Begründung werden die räumliche Entfernung, die schlechte verkehrliche Erreichbarkeit und die Tatsache, dass Prenzlau bis 1993 einem anderen Landkreis angehörte, angegeben. Letzteres wird auch als Grund für die schlechten Beziehungen zum räumlich näheren Templin genannt. Gute Beziehungen werden dagegen zu Eberswalde und Freienwalde beschrieben, da diese Städte vor 1993 im gleichen Bezirk wie Angermünde waren. Die Beziehung zu den umliegenden Gemeinden wird aufgrund der Gemeindegebietsreform als schwierig eingeschätzt. Die Bewohner der Dörfer befürchten, von Angermünde majorisiert zu werden. Außer wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen werden keine weiteren Bindungen gesehen. Nur von einer Zusammenarbeit mit Schwedt werden Entwicklungsmöglichkeiten für Angermünde erwartet.⁸¹

Bad Wilsnack hatte nie eine ausgeprägte zentralörtliche Bedeutung für sein Umland. Als Amtssitz ist es nach 1990 durchaus Bezugspunkt für einige Dörfer der Umgebung geworden. Durch den Kurstadtausbau und die touristischen Sehenswürdigkeit der Wunderblutkirche konnte die

⁸¹ A1: „Die kleinen Gemeinden haben Angst geschluckt zu werden.“

A2: „Ich habe ein gespaltenes Verhältnis zum Landkreis.“ „Mit Schwedt haben wir Angermünder ein Problem [...] eine künstlich hoch gepuschte Stadt. 40 Jahre lang wurde dort was geboten, was an Angermünde immer nur vorbeifloss. Dort gab es hoch qualifizierte, gut bezahlte Arbeit [...], das führte zu einem gewissen Neid.“

A4: „Die beiden Städte [Angermünde und Schwedt] rücken zusammen.“

A5: „Ehe sich ein Angermünder ein Angebot von Schwedt und Eberswalde holt, kuckt er was Paule nebenan macht und drückt mit dem den Preis.“

A8: „Schwerer Weg [bei der Zusammenarbeit in der Region].“

A10: „Eine einzelne Kleinstadt kann heute nicht mehr bestehen.“

A12: „Templin, ‚wo ist denn das?‘ sagen die Menschen.“

A14: „Also, es [die Zusammenarbeit] wird denke ich zunehmen, weil die Städte selbst, wie Angermünde, können in der Zukunft nicht alle Umlandsfunktionen rein aus ihrer Kommune für andere vorhalten, weil ja mehr und mehr die Kommunalverwaltung, [...], auch zum Dienstleister wird.“

Stadt ihre regionalen und überregionalen Entwicklungspotenziale nutzen und erweitern. In den Schlüsselpersonengesprächen wird erwähnt, dass die umliegenden Städte und Gemeinden „neidisch“ auf die Entwicklung von Bad Wilsnack seien, insbesondere auf die Entwicklung als Kurort und als Sitz des Hauses der Arbeitssicherheit. Dies wird auch mit einem „Zuviel“ an Selbstbewusstsein von Seiten der Bad Wilsnacker begründet. Dennoch wird die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Amt eher positiv beschrieben. In Bezug auf die umliegenden Städte wird die Zusammenarbeit mit Wittenberge häufig als positives Beispiel herausgestellt. Als Beispiel wird auf die Einigung in Bezug auf das Schwimmbad verwiesen. Beide Städte haben ein Spaßbad mit unterschiedlichen Attraktionen.⁸²

Goldbergs Funktion als Garnisonsort führte bereits in der DDR zur Vernachlässigung als zentraler Ort für das Umland zu fungieren. Die Stadt hat bis heute als Einkaufsort eine geringe zentralörtliche Bedeutung. Darüber hinaus verhindern die ungünstige räumliche Lage, die mangelhafte Verkehrsanbindung und die wenig ausbaufähigen touristischen Möglichkeiten die Entwicklung regionaler Potenziale.

Die Stadt steht seit der Wende in einer unproduktiven Konkurrenz sowohl zum Amt Mildnitz wie auch zum Nachbardorf Dobbertin, als auch zur ehemaligen Kreisstadt Lütz. Dies wird als benachteiligend angesehen, denn die Zusammenlegung der Verwaltungen von Goldberg und des Amts Mildnitz ist bisher gescheitert. Es kommt zu einer wechselseitigen Blockade verschiedener Gebietskörperschaften. Die Beziehungen zu den Nachbargemeinden waren schon zu DDR-Zeiten schwierig,⁸³ so die StadtextpertInnen, und Goldberg hätte immer ein „Dornröschendasein“ geführt.

⁸² B4: „Bad Wilsnack ist die heimliche Hauptstadt der Prignitz.“ [zum Neid anderer Städte auf Bad Wilsnack]: „Ich denke, dass man manchmal mit ein bisschen weniger Arroganz von unserer Seite, auch von der politischen Ebene, da rangehen sollte und ein bisschen diplomatischer sein müsste.“

B5: „Es ist nicht so viel Sinn da, dass man jetzt extra nach Wittenberge fahren muss, um da einzukaufen.“

B6: „... weil Wilsnacker einfach schwierige Leute sind und die Wilsnacker Gemeinde ein stark ausgeprägtes Ego besitzt und damit sich selbst oftmals als Nabel der Welt betrachtet.“

B8: „Ich würde sogar so sagen, dass die [Perleberger und Wittenberger] neidisch auf uns sind, auf das, was erreicht worden ist.“ „Das Ganze passte denen nicht so.“

⁸³ G2: „Es war so, dass im ehemaligen Kreis Lütz Goldberg eigentlich immer ein Stiefkind war.“

Teterow hat seine Umlandbedeutung weitgehend erhalten können, befindet sich aber in starker Funktionskonkurrenz zur Kreisstadt Güstrow. Der Stadt Güstrow wird vorgehalten, aus Neid um die Ansiedlung der Biotechnologieunternehmen positive Entwicklungen blockieren zu wollen (z.B. bei Bauvorhaben). Für die regionale Entwicklung ist weiterhin die historisch schwierige Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Malchin, die ihren DDR-Kreisstadtstatus ebenfalls verloren hat, kennzeichnend. Die negative Zusammenarbeit mit einigen Gemeinden wird durch den Kreisstadtverlust begründet. Mit den anderen Gemeinden des Umlandes wird die Zusammenarbeit als eher gut bezeichnet. Als ein Grund hierfür wird auf das überörtliche Engagement des Bürgermeisters verwiesen.⁸⁴ Die mangelnde Ausschöpfung der touristischen Potenziale von Stadt und Umland ist ebenfalls auf die noch weitgehend fehlende Kooperation Teterows mit seinem Umland zurückzuführen.

Für alle Untersuchungsstädte gilt generell, dass die zentralörtliche Funktion für das Umland rückläufig ist. Gerade als Dienstleistungsorte verlieren sie an Bedeutung, da die private Motorisierung und der Abbau des öffentlichen Verkehrs die Erreichbarkeit erschwert und gleichzeitig eine Vielzahl anderer Standorte in Reichweite der Umlandbewohner liegt. Wo außergewöhnliche Attraktionen wie etwa Freizeitangebote (Spaßbad oder Tierpark) bestehen, ergeben sich verstärkende Potenziale aus der regionalen Bedeutung.

6.2.3 Konstellation des lokalen Akteurssystems

Einen besonderen Stellenwert im Untersuchungsprojekt hatten die Analyse der Gruppe der „Stadtaktiven“ und deren Leitbilder für die Zukunft der jeweiligen Untersuchungsstadt. Da zu dieser Gruppe nicht nur Angehörige der administrativen, politischen oder wirtschaftlichen Elite gehören, wird zur ihrer Kennzeichnung nachfolgend der Begriff „Stadt-

G3: „Schon mein Großvater sagte: Goldberg und Dobbertin [Nachbardorf] konnten nie miteinander.“ „Irgendwann gibt es Kampf um Schule [mit dem Amt Mildnitz].“

G8: „[...] allgemein als zwiespältig, weil ein gewisses Konkurrenzdenken da ist, was den größten Wirtschaftsfaktor Tourismus angeht.“ „Es fehlt der Zusammenhalt.“

G11: „Wir haben eigentlich den Gedanken, einmal zusammenzukommen.“

G12: „Den Gemeinden gefällt es nicht, dass Goldberg so zerstritten ist.“

⁸⁴ T3: „Das [die Zusammenarbeit] geht recht gut, bis auf Güstrow. Die sind neidisch.“ „Die Güstrower sind nun böse, weil wir ja nicht wenig dumm sind.“ „Das geht mir runter wie Öl, dass wir [mit der Biotechnologieansiedlung] Güstrow ‚einen‘ gemacht haben.“

aktive“⁸⁵ verwendet. Die soziologische Analyse der Personengruppe, die durch die gewählte Untersuchungsmethode – Reputations- und Schneeballmethode – gebildet wurde, beschreibt die Konstellation der Stadtaktiven in den Untersuchungsstädten (vgl. Anhang 1).

6.2.3.1 Die Gruppe der Stadtaktiven in den Untersuchungsstädten

Das Durchschnittsalter der Schlüsselpersonen beträgt 53,4 Jahre. In Teterow waren diese im Durchschnitt mit 50,8 Jahren am jüngsten und in Goldberg mit 57,7 Jahren am ältesten. In Bad Wilsnack waren die Schlüsselpersonen im Durchschnitt 53,7 Jahre alt und in Angermünde 52,6 Jahre. Offensichtlich sind es die 45- bis 60-Jährigen einer Stadt, die sich für die Stadtentwicklung engagieren. Auch die Tatsache, dass es sich überwiegend um männliche Personen handelt, verweist auf ein traditionelles Geschlechterverhältnis. Fast alle Schlüsselpersonen sind verheiratet und die Frauen halten den Männern „den Rücken frei“. Fast alle Interviewten waren zur DDR-Zeit nicht in der Stadtpolitik aktiv. Erst die Ereignisse der Wende motivierten zum Einstieg in die Kommunalpolitik: „Weil man endlich selber etwas tun wollte“; „weil es sonst die Falschen machen“; „weil man sich verantwortlich für die Stadt fühlt“. Viele der Stadtaktiven waren zwar nicht in der DDR-Bürgerbewegung aktiv, jedoch gehören sie zu den Menschen, die den gesellschaftlichen Wandlungsprozess in ihrer

T4: „Wenn mal Not ist, kann man auch anrufen [in den anderen Verwaltungen] und fragen ‚wie macht ihr das‘. Das geschieht jedoch sehr selten. Jeder hat seine Tagesprobleme und löst diese vor Ort.“

T6: „Sehr kompliziert [...] da kommt jetzt die Neid- und Missgunstfrage auf.“ „Wo der Kopf [der Bürgermeister] hingeh, geht auch der Schwanz hin.“ „Teterow hat sich zu einer kleinen hübschen Stadt herauskristallisiert, nur 10, maximal 15 Jahre weiter gedacht, unterscheidet sich Teterow nicht mehr von einer Kleinstadt in den Altbundesländern.“

T7: „Mit Malchin geht's nicht.“ „Aber es war ein Unding, viele waren gegen ein Zusammengehen mit Malchin.“ „Jeder versucht, für sich etwas herauszuholen.“ „Überall herrscht Egoismus.“ „In Teterow hat sich eine Menge getan. [...] Güstrow hat immer dagegen [...], hat Zusagen verweigert [...], es waren Neid und Missgunst, dass nicht die Kreisstadt das auf dem Tisch hatte.“

T9: „Zwischen den Städten gibt es [...] einen richtigen Kampf. Also, das wird uns schon geneidet, was hier gelaufen ist.“ „Es gibt da schon Spannungen, weil wir uns als kleine Stadt da so durchwühlen.“

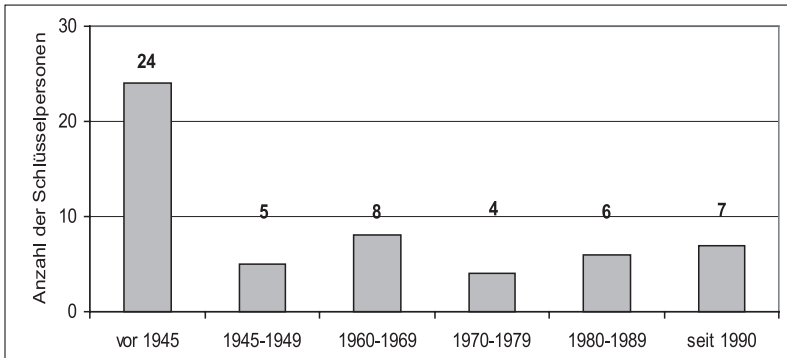
⁸⁵ Als Schlüsselpersonen wurden Akteure bestimmt, die zu den lokal-formellen Eliten, mit administrativen oder politischen Positionen in der Stadt, gehören oder von den Kontaktpersonen als weitere wichtige Akteure im öffentlichen Leben der Kleinstadt benannt wurden.

Stadt durch ihr Engagement vorangetrieben haben. Der Berufsstatus weist die Stadtaktiven überwiegend als selbstständige Gewerbetreibende, Angestellte der Stadtverwaltung und als Führungskräfte mittelständischer Unternehmen aus. In drei der untersuchten Städte wurde auch dem jeweiligen Vertreter der Kirche eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Die Stadtaktiven haben mit einer Ausnahme eine ostdeutsche Biografie, was sich insbesondere im fast einheitlichen Muster der beruflichen Qualifikation niederschlägt: 23 haben einen Hochschulabschluss (42,6 %), 16 einen Fachschulabschluss (29,6 %), acht einen Meistertitel (14,8 %) und sieben eine Facharbeiterausbildung (13 %) als höchsten berufsbildenden Abschluss. Von den 29 Schlüsselpersonen, die in den Untersuchungsstädten schon sehr lange ortsansässig sind, haben die meisten nur während des Studiums oder der Armeezeit außerhalb ihrer Heimatstadt gelebt. Von den 25 Stadtaktiven, die nicht in den Untersuchungsstädten geboren wurden, dort aufgewachsen oder in diese nach dem Zweiten Weltkrieg umgesiedelt sind, kommt die Mehrheit aus einer anderen Kleinstadt. Seit dem Zeitpunkt des Zuzugs haben sie die Untersuchungsstadt für keinen längeren Zeitraum verlassen. Die Erfahrung einer spezifisch anderen als der kleinstädtischen Lebensweise haben daher nur die wenigsten der Stadtaktiven. Über 80 % von ihnen wohnen lange in der Stadt. Zum Teil sind ihre Familien seit mehreren Generationen in der Stadt ansässig. Nur eine Person ist nach der Wende aus Niederbayern in eine der Untersuchungsstädte zugezogen. 24 der Stadtpersonen – 44,4 % – sind in der jeweiligen Untersuchungsstadt geboren und/oder aufgewachsen. Zählt man die fünf Personen, die zwischen 1945 und 1949 als Umsiedler in den Untersuchungsstädten ansässig wurden, zur Gruppe der Personen hinzu, die schon sehr lange in den Untersuchungsstädten leben, so beläuft sich die Zahl der „sehr lange Ortsansässigen“ auf 29 (53,7 %). Zwölf der Stadtaktiven zogen zwischen 1960 und 1979 und sechs zwischen 1980 und 1989 aus beruflichen und familiären Gründen während der DDR-Zeit zu. Nach 1990 sind sieben der Stadtaktiven in die jeweilige Kleinstadt zugezogen (vgl. Abbildung 46). Eine der Schlüsselpersonen ist kurz vor dem Zeitpunkt der Leitfadengespräche pensioniert worden und in eine andere Stadt der Region verzogen. Drei Viertel der 54 Schlüsselpersonen (41= 75,9 %) sind damit „länger ortsansässig“, sie leben schon mindestens seit den 1970er Jahren in den Untersuchungsstädten.

Zum Zeitpunkt der Wende waren 22 Schlüsselpersonen Parteimitglieder; 14 davon in der SED und acht in einer der DDR-Blockparteien. Vier der befragten Personen sind zur DDR-Zeit aus einer Partei ausgetreten: drei aus der SED und einer aus der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Eine Person wurde zu DDR-Zeiten aus der SED

Abbildung 46: Ansässigkeit bzw. Zuzug der Schlüsselpersonen



Quelle: Schlüsselpersonenbefragung 2001/2002

„rausgeworfen“. Seit der Wende sind insgesamt 14 Personen Mitglied einer Partei und drei weitere in einer Wählergemeinschaft: CDU: 6 – SPD: 4 – PDS: 2 – FDP: 2 – Wählergemeinschaft: 3.

28 (51,9 %) der Stadtaktiven sind beruflich an die jeweilige Stadt gebunden, sie sind z.B. Angestellte der Stadtverwaltung, von städtischen Betrieben oder der Kirche. Ohne eine derartige berufliche Verknüpfung engagieren sich 26 (48,1 %) der Schlüsselpersonen, sie sind Mitglieder des Stadtparlaments oder wichtiger Vereine.

Drei von vier Stadtaktiven (40 = 74,1 %) haben in ihrer Stadt mindestens zwei wichtige stadtrelevante Funktionen, wie Angestellte/r bei der Stadtverwaltung und gewählter Stadtvertreter oder auch örtliche Gewerbetreibende und Vereinsmitglied bzw. -vorsitz. 42 der Stadtaktiven (77,8 %) sind in einem oder mehreren Vereinen Mitglied. Davon sind 25 in einem, zwölf in zwei, vier in drei und eine Person in vier Vereinen. Von den Vereinsmitgliedern stellen 16 (38,1 %) auch den Vereinsvorsitzenden. Zwölf (22,2 %) der Schlüsselpersonen sind in keinem Verein Mitglied. 14 der Stadtaktiven sind Mitglieder des jeweiligen Stadtparlaments, von denen drei Vorsteher bzw. Präsident sind (vgl. Tabelle 50).

Die berufliche Tätigkeit der Schlüsselpersonen stellt sich wie folgt dar (vgl. Tabelle 51): Insgesamt sind bzw. waren 25 Gewerbetreibende (zwei pensioniert), 24 Angestellte der Stadt bzw. in städtischen Unternehmen (zwei davon im Ruhestand), vier Kirchenvertreter (einer im Ruhestand) sowie ein Berufspolitiker.

Von den 23 aktiven Gewerbetreibenden sind sieben Bauunternehmer, sieben Einzelhändler, sechs in einem sonstigen mittelständischen Unternehmen tätig und drei Hotel- bzw. Gaststättenbesitzer (vgl. Tabelle 52). 16 der noch nicht pensionierten Stadtangestellten arbeiten in leitender

Position: sieben in der Stadtverwaltung, zwei (drei) bei Wohnungsunternehmen⁸⁶ und drei bei anderen kommunalen Unternehmen. Drei der Schlüsselpersonen sind als Museumsleiter tätig.

Tabelle 50: Anzahl der Aktivitäten der Schlüsselpersonen in den Untersuchungsstädten

Anzahl Aktivitäten in der Stadt	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	Gesamt
Eine	7	2	0	5	14
Zwei	7	5	11	6	29
Drei	2	5	2	2	11
Gesamt	16	12	13	13	54

Tabelle 51: Schlüsselpersonen und berufliche Tätigkeit

	Gewerbetreibende		Stadtangestellte		Kirchen- vertreter	Politiker	Gesamt
	aktiv	pensioniert	aktiv	pensioniert			
Angermünde	6	0	8	1	1	0	16
Bad Wilsnack	7	1	3	0	1	0	12
Goldberg	7	0	4	0	1 (pens.)	1	13
Teterow	3	1	7	1	1	0	13
Gesamt	23	2	22	2	4	1	54

Tabelle 52: Gewerbetreibende und Wirtschaftsstatus

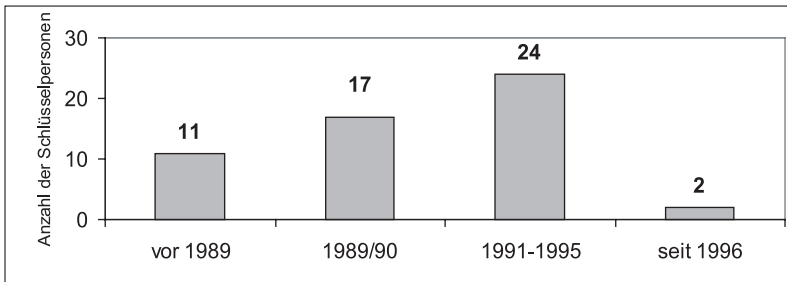
	Bau- unternehmer	Einzel- händler	sonst. mittelständ.	Hotel- bzw. Gast- stättenbesitzer	Gesamt
Angermünde	1	2	2	1	6
Bad Wilsnack	2	2	3	0	7
Goldberg	4	1	0	2	7
Teterow	0	2	1	0	3
Gesamt	7	7	6	3	23

Quelle Tabelle 50 - 52: Schlüsselpersonenbefragung 2001/2002

⁸⁶ Eine Schlüsselperson ist pensioniert und gleichzeitig Geschäftsführer einer Wohnungsgenossenschaft.

Elf der 54 StadtxpertInnen haben schon zu DDR-Zeiten aktiv Stadtpolitik betrieben, wobei zwei SED-Funktionäre waren und ein Dritter bei der Zivilverteidigung tätig war. Die überwiegende Mehrheit – 43 Personen – engagiert sich allerdings erst seit der Wende: „Das war das Schöne an der Wende, dass man sich jetzt einbringen konnte.“ (A2) Ein Drittel (17 Personen) aller Stadtaktiven haben dabei zur Wendezeit (1989/90) mit ihrem Engagement für die Stadt begonnen, während knapp die Hälfte (26 Personen) erst nach der Wende aktiv wurde; hauptsächlich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (24 Personen). Zwei sind seit 1996 aktiv (vgl. Abbildung 47).

Abbildung 47: Engagementbeginn der Schlüsselpersonen



Quelle: Schlüsselpersonenbefragung 2001/2002

28 der Stadtaktiven haben sich nach der Wende beruflich verändert. 13 von ihnen haben sich selbstständig gemacht. Addiert man die elf Selbstständigen aus der DDR-Zeit hinzu, so waren von den 54 Schlüsselpersonen kurz nach der Wende 24 selbstständige Unternehmer/Einzelhändler. Eine Person ist Mitbegründer eines lokalen Fernsehsenders und leitete vor der Wende die „Station junger Naturforscher“.

6.2.3.2 Leitbilder der Stadtaktiven

Die Entwicklung der Kleinstädte ist in hohem Maße von Entscheidungen der Stadtaktiven bestimmt. Zur Analyse ihrer Leitbilder werden in diesem Abschnitt zunächst die Bewertung von Entscheidungen, die seit der Wende die Stadtpolitik bestimmten. Daran anschließend werden die Zukunftsvorstellungen der städtischen Akteure dargestellt.

Bewertung der Entwicklungen seit der Wende durch die Schlüsselpersonen

Allgemein resümieren die StadtexpertInnen für die Städte sowohl positive als auch negative Entwicklungen seit der Wende: Als äußerst negativ wird von allen der wirtschaftliche Niedergang benannt. In Angermünde und Teterow wird zusätzlich der Kreisstadtverlust beklagt. Positiv wird von allen Schlüsselpersonen betont, dass die Politik der Altstadtsanierung generell in jeder Stadt eine richtige Entscheidung gewesen sei. Das klingt aus heutiger Sicht selbstverständlich, war aber angesichts des baulichen Zustands der Altstädte und der akzeptierten Hinnahme ihres Niedergangs als überholte Stadtstruktur zur DDR-Zeit nicht durchgängig erwartbar. Erst die Erfolge der Stadtsanierung haben den Altstädten wieder ein positives Image vermittelt. In den Städten in denen die Bemühungen um Gewerbeansiedlung zum Teil erfolgreich waren, wird dies als positiv für die Entwicklung benannt.

In Angermünde überwiegt, im Vergleich zu den anderen Städten, das klare Bekenntnis zur Altstadtsanierung. Die Altstadtsanierung, die nach 1990 gegen den Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung entschieden wurde, wird als Verdienst dem Bauamtsleiter zugerechnet, der Fördermittel beantragte und genehmigt bekam. Insbesondere werden die Rathausanierung und die Markt- und Platzgestaltung (Bahnhofsplatz, Kirchplatz) hervorgehoben. Als eine positive Entscheidung wurde die Entwicklung eines Gewerbegebietes eingeschätzt, die allerdings zu spät entschieden wurde. Auch der Beschluss zum Bau der Ortskernumfahrung, die frühzeitige Aufstellung eines Flächennutzungsplans und der erfolgreiche Kampf um die Erhaltung des Finanzamtes in der Stadt seien positiv für die Stadt entschieden worden. Als äußerst nachteilig wird der Verlust des Kreisstadtstatus beklagt.⁸⁷ Als weitere positive Maßnahmen

⁸⁷ A1: „Der Baudezernent war damals sehr weitsichtig.“

A2: „Warum erst Planung, fragten die Bürger. Aber ab 1993 fing das geordnete Klotzen an.“

A8: „Wenigstens, dass das Finanzamt hier geblieben ist.“

A9: „Sich selber wahrnehmen und die eigenen Stärken nutzen.“

A10: „Es ist schlimm, aber man hat nur diesen einen Bezugspunkt [Altstadt].“

„In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird die Stadt eine Augenweide sein.“

A11: „Wir hatten mit den ersten Flächennutzungsplan in Brandenburg. [...] Das hat uns über viele Jahre gut hinweggeholfen.“ „Wenn man jetzt von Angermünde spricht, weiß man, dass die Altstadt gemeint ist.“

A12: „Ich denke doch die Entscheidung für die historische Altstadt.“ „Das [die Stadtsanierung] war zu 90 % der Verdienst des Bauamtsleiters.“

A14: „Sich dazu zu bekennen, die Stadt von innen nach außen zu entwickeln, ist eine positive Entscheidung.“

und Entwicklungen werden die Ansiedlung des Bundesgrenzschutzes, das Verbleiben des Finanzamtes, die Ansiedlung der Verwaltung des Biosphärenreservats sowie der Ausbau der städtischen Infrastruktureinrichtung genannt. Einzelne Beispiele für gut gelungene Maßnahmen waren weiterhin kulturelle Festivitäten, die Erhaltung des Tierparks, die Einrichtung eines Gymnasiums sowie der Bau von Eigenheimen, um die Bewohner in der Stadt zu halten.⁸⁸

Da Bad Wilsnack schon zu DDR-Zeiten den Status eines ‚Kurorts‘ besaß, wird einhellig als wichtigste Entscheidung nach der Wende die Sicherung dieser Qualifizierung sowie die Weiterführung der Kurklinik angegeben. Diese Fortführung wird von der Mehrheit der Befragten als das Engagement des heutigen Geschäftsführers der Klinik-Management-Gesellschaft anerkannt, der die Klinik als ehemaliger angestellter Arzt nach der Wende privat weiterführte. Im Zusammenhang mit dem Kurstatus werden auch der Bau der neuen Klinik und der Bau des Thermalbades als wichtiger Beschluss für die Stadt geschätzt. Außerdem sind die Sanierung der Altstadt sowie die Ansiedlung und Einbindung des „Hauses der Arbeitssicherheit“ (Ausbildungsstätte der Industrie und Handelskammer), die Arbeitsplätze geschaffen hat, positiv für die Stadt. Weitere wesentliche Entscheidungen waren die Sanierung des Innenstadtkerns (Gutshofbebauung) und die Verhinderung der Ansiedlung von Supermärkten und Autohäusern am Stadtrand. Auch die Straßensanierung, der Bau der Kanalisation und die Gestaltung des Stadtparks werden hervorgehoben. Bad Wilsnack wurde darüber hinaus aktives Mitglied im Fremdenverkehrsverein und der brandenburgischen Bädervereinigung. Der Stadt, stellvertretend dem Bürgermeister, wird aber auch vorgeworfen, die Aufnahme in das „Gesunde Städtenetzwerk“ noch nicht besser genutzt zu haben, wodurch sich die Stadt viele Chancen habe entgehen lassen.⁸⁹

⁸⁸ A1: „Angermünde ist nicht wiederzuerkennen.“

A6: „Da wird man immer wieder die Sanierung anführen müssen.“

A13: „Die Entwicklung ist nicht besser geworden.“ „Nur die Weiterführung der Sanierung, weiter nichts [...], wir haben ein paar Verwaltungseinrichtungen gekriegt, das kann man als Entwicklung bezeichnen.“

⁸⁹ B4: „Die wichtigste Entscheidung ist, dass die Klinik weiter existiert hat, dass [Name des Geschäftsführers der KMG] so mutig war und die GmbH gegründet hat und wir nach einem Vierteljahr Schließung wieder losgelegt haben, und einfach mutig vorangegangen sind.“

B6: „Das [die Entscheidung den innerstädtischen Gutshof zu bebauen] war nach meiner Ansicht eine ganz tragende Entscheidung, was jahrzehntelang das Stadtbild hier prägen wird.“

B7: „Mit der innerstädtischen Bebauung haben wir es verstanden, das Zentrum der Stadt in der Stadt zu lassen.“

In Goldberg fiel es den Schlüsselpersonen äußerst schwer, etwas Positives über die Stadtentwicklung zu sagen.⁹⁰ Der Abzug der NVA/Bundeswehr wird zwar von der Mehrheit der Schlüsselpersonen als negativ, jedoch von einigen wenigen Stadtaktiven als positiv gewertet.⁹¹ Auch die Nichtnutzung der Fläche, die einst die NVA beanspruchte, wird bemängelt, da sie große Potenziale biete, die bisher nicht vermarktet werden. Die Sanierung der Altstadt und die Erhaltung der Altbauten gelten auch in Goldberg als eine der wichtigsten positiven Entscheidungen nach der Wende. Als positiv wird ferner die Sanierung des Neubaugebietes gesehen, es wird aber vereinzelt darauf hingewiesen, dass dies eine Entscheidung gegen die Altstadt sei. Auch die Anlage der Kanalisation wird positiv bewertet, obwohl die Kosten pro Anlieger als viel zu hoch bezeichnet werden. Der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses, der Bau von Einfamilienhäusern, die Straßensanierung, die Schulsanierung, der Neubau des Altenpflegeheims, die Supermarktsiedlung sowie Erhaltung und Sanierung des Badestrandes am Goldberger See werden als gelungene Maßnahmen geschätzt. Nachteilig für die weitere Stadtentwicklung war jedoch die Vorgehensweise bei der Planung der Abwassererschließungsanlagen, wodurch die Stadt eine Million DM Vertragsstrafe zahlen musste, die die Verschuldung der Stadt in die Höhe trieb. Ein wichtiger Beschluss war weiterhin die rechtzeitige Ausweisung eines Gewerbegebietes, das allerdings als viel zu groß und schlecht vermarktet bewertet wurde und heute weitgehend leer steht.⁹²

B2: „Und dann ist für Wilsnack sehr schön, dass man nicht im Außenbereich gebaut hat, [...] sondern dass man im Zentrum die Dinge, Kaufhallen etc., errichtet hat.“

B8: „So was besonders Hervorragendes in den letzten fünf Jahren zu favorisieren, ist schwierig, es war eigentlich alles wichtig.“

B10: „Es sind zwei Bürgermeister [...], jeder macht seins, er [der Klinikchef] will seins machen und das ist nicht gut, anstatt an einem Strang zu ziehen, das ist oft schon so weit gewesen, dass man gesagt hat, wir blockieren die Sache und machen es selber.“

⁹⁰ G4: „Was ich nun direkt als Bürger der Stadt als gelungen ansehe. Nein, kann ich Ihnen nichts sagen.“ „Das [die Straßensanierung] hat es vorher nicht gegeben, da hat er [der Bürgermeister] natürlich Recht.“

G7: „Von der Stadt hab' ich noch nicht gehört, dass da irgendwas saniert worden ist.“

⁹¹ G3: „Da fragen sie was Schweres.“ [...] „Man kann sich darüber [Abzug der NVA/Bundeswehr] streiten.“

G6: „Ich bin heute noch gegen die Bundeswehr. Jede Mark ist noch zu viel.“

⁹² G2: „Insofern, war das [Gewerbegebiet] zwar eine gute Entscheidung, aber die erhoffte Wirkung ist ausgeblieben.“

In Teterow wird als wichtigste Entscheidung nach der Wende die Nutzung einer glücklichen privaten Konstellation gesehen. Diese führt 1998 zur Ansiedlung eines Biotechnologiezentrums, dem dann Anfang 2000 eine Biotechnologiefirma (PlasmaSelect) folgte. Weitere wichtige Beschlüsse, die als nachgeordnet gewertet werden, waren der Neubau des Gymnasiums, die Anlage neuer Eigenheimsiedlungen und der Ausbau der Infrastruktur. Im Zuge der Erschließung der Gewerbegebiete wird die Umstrukturierung und Sicherung des Schlachthofes als eine zentrale positive Entscheidung betrachtet. Des Weiteren ist der Verbleib und Fortbestand des Bergringrennens, das schon seit Ende der 1920er Jahre als Attraktion und Anziehungspunkt für Teterow galt, eine wichtige Entscheidung für die Ausstrahlung der Stadt. Als nachteilig für die weitere Stadtentwicklung werden Probleme mit der ehemaligen Treuhand genannt.

Außerdem wird in Teterow die Altstadtsanierung als wichtig für die Stadt gesehen. Weiterhin seien der Bau der Kanalisation und die Neuanlage des Golfplatzes positiv, ebenso die Auslastung des Gewerbegebietes, der Bau von drei Alten- und Pflegeheimen, die Straßenerneuerung sowie die durch den Bau der Kanalisation wiedergewonnene Wasserqualität des Teterower Sees.⁹³

G5: „Es ist das Verdienst der Wohnungsgesellschaft, dass das Neubaugebiet so schön saniert wurde.“

G8: „Aber es [das Gewerbegebiet] hat dann doch nicht das gebracht, was man sich davon versprochen oder erhofft hat.“

G9: „Es gab viele wichtige Entscheidungen.“ [rechtzeitige Erschließung eines Gewerbegebietes, der Beschluss eines Sanierungsgebietes in der Altstadt und die Regelung der Abwasserentsorgung]

G11: „Es ist ja nach der Wende mehr gebaut worden, als in zehn Jahren vor ihr.“ „Ich habe immer den Eindruck, dass die meisten Goldberger lieber ihre alten Katen abreißen und Neues hinsetzen würden, aber Neubauten haben kein Gesicht.“

G13: „Bewusste Entscheidung gegen die Altstadt [Sanierung des Neubaugebietes].“

⁹³ T1: [Bedeutung der Biotechnologie] „Ganz enorm.“

T3: „Für die Ausstrahlung der Stadt, dass das Bergringrennen weitergeht.“ „Jetzt kann es sein, dass das Gewerbegebiet zukunftsträchtig ist, mit Plasma[Select].“

T4: „Wir haben dann Gewerbeflächen so schnell wie möglich geschaffen.“ „Das war eine widerliche Behörde [die Treuhand].“ „Da ist nun der Glücksfall mit der Biomedizin.“ „Und wir können mit Stolz nach Teschow blicken, wo aus dem Gutshaus ein großer Hotelkomplex entsteht und auch der Golfplatz schon Formen annimmt.“

Zukunftsvorstellungen zur Entwicklung der Untersuchungsstädte

Die Meinungen der Schlüsselpersonen über die zukünftige Entwicklung ihrer Stadt sind insgesamt sehr unterschiedlich und reflektieren die jeweils aktuelle wirtschaftliche und stadtpolitische Situation. Übereinstimmend wird die Hoffnung geäußert, keinen weiteren Bevölkerungsverlust mehr zu erleiden. Als Hauptproblem für die zukünftige Entwicklung werden fehlende Arbeitsplätze und mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche genannt. Außerdem geht man, außer in Teterow, davon aus, dass es zukünftig keine größeren Gewerbeansiedlungen mehr geben wird. In Teterow sind neue Gewerbeansiedlungen schon geplant.

Die StadtxpertInnen sehen ihre Stadt zukünftig vornehmlich als Wohnort und eventuell als Altersruhesitz für Einwohner aus den umliegenden Dörfern und/oder für großstadtmüde Menschen. Weiterhin wird auf Tourismus gesetzt, da nach Meinung der Schlüsselpersonen jede Stadt Tourismuspotenziale vorweisen kann. Als Projektionen für die Kleinstadtvisionen dienen häufig positiv bewertete, d.h. landschaftlich gut gelegene und touristisch attraktive Städte Westdeutschlands, beispielsweise bayerische Kleinstädte und Städte im Nordseebereich. Auch die Altstadtsanierung sollte in jeder Stadt zukünftig fortgeführt und ausgeweitet werden. Während die ExpertInnen Teterows und Bad Wilsnacks – beide Städte haben eine relativ gute wirtschaftliche Situation – ihre Zukunft ausschließlich als Solitärstädte und in Distanz zu anderen Städten der Region definieren, gehen die Schlüsselpersonen Angermündes und Goldbergs – beide kennzeichnet eine schlechte wirtschaftliche Lage – davon aus, dass nur in einer Verknüpfung mit anderen Städten und Gemeinden der Region Entwicklungschancen zu finden sind. Die EU-Erweiterungen spielen bei den Überlegungen der Schlüsselpersonen so gut wie keine Rolle.

T6: „Ich staune manchmal, was ist das denn. Es ist schon unwahrscheinlich, was passiert ist. In Teterow ist die Uhr nicht stehen geblieben, sondern sie funktioniert.“

T7: „Ich denke, dass die Sanierung der Stadt total große Fortschritte gemacht hat und jetzt auch augenfällig ist.“ „BMTT [Biotechnologiezentrum] auf jeden Fall.“

T8: „Sie [die Stadt] hat sich gute Partner gesucht.“

T9: „Schwer zu sagen.“ „Es war so viel Bewegung drin.“ „Die wichtigste Entscheidung war sicherlich, dass man sich als Verwaltung zusammengerufen hat, dass man schnell in den ganzen Kram reinkam, in den neuen Ablauf, dass man schnell Kontakte nach Schwerin aufgebaut hat [...], dass man mit den Gewerbegebieten ganz früh anfang, war eigentlich relativ wichtig, dass man versucht hat, den Schlachthof zu erhalten, war auch wichtig.“

Im Einzelnen haben die StadtextpertInnen in den Untersuchungsstädten folgende Vorstellungen über die Zukunft ihrer Stadt:

Für die Zukunft **Angermündes** wird angenommen, dass sich die Stadt zum Wohnort und Altersruhesitz mit Umlandbedeutung entwickeln wird. Vor allem die Altstadt müsse als Wohnort entdeckt werden. Dadurch könne auch die Abwanderung in die Einfamilienhäuser der Umgebung gestoppt werden. Besonders ein weiterer Bevölkerungsverlust auf unter 10.000 Einwohner wäre sehr nachteilig für die Zukunft der Stadt. Zukünftig sollte die Zusammenarbeit mit Schwedt angestrebt werden. Große Industrieansiedlungen werden für Angermünde nicht mehr erwartet. Das Potenzial liege im Tourismusbereich. Hierzu sollte sich Angermünde als „Tor zu den Großschutzgebieten“ entwickeln. Aber auch die Hoffnung auf die (Wieder)Ansiedlung einer Fachhochschule wird verwiesen – man sieht sich nach wie vor als Verwaltungsstadt. Als negativ für die Zukunft wird angemerkt, dass die Finanzsituation der Kommune immer schlechter wird. Die zukünftige Entwicklung hänge weiterhin von den Entscheidungen der Deutschen Bahn über ihre Verbindungen ab.⁹⁴

Die Perspektiven für **Bad Wilsnack** werden im Allgemeinen als positiv eingeschätzt, wobei die Stadt vornehmlich als Standort für Gesundheitseinrichtungen angesehen wird. Insbesondere sind das Kurklinik, das Thermalbad und die verschiedenen Therapieangebote. Dadurch komme Bad Wilsnack eine große Umlandbedeutung für Norddeutschland zu. Es wird eine krisensichere Zukunft für die Stadt vorausgesagt und eine Zunahme der Gästezahlen in der Stadt erwartet. Für Außenstehende/Frem-

⁹⁴ A2: „Da bin ich hin- und hergerissen.“

A3: „Ich sehe das eigentlich ganz optimistisch. Wenn das Stadtbild sich weiter so entwickelt, sagen wir fünf Jahre, dann stimmt das alles hier.“ „In fünf Jahren sind wir die attraktivste Stadt im Umland Berlins.“

A4: „Die Stadt ist auf dem richtigen Weg.“

A5: „Geld wird immer fehlen.“

A6: „Es geht weiter.“

A7: „Ach, dazu ärgere ich mich zu sehr über die zentrale Politik, zu viele Fragen sind offen.“ „Habe kein leuchtendes Bild von Angermünde.“

A11: „Eigentlich wollen sich die Leute nichts schenken lassen, aber es ist kein Weg da, wie es geht.“ „Man muss sich dem Tourismus öffnen.“ „Auch die Polen werden mal Geld haben.“ „Wir haben [an Natur etc.] nichts, was andere nicht auch haben.“

A12: „Im Moment ein bisschen im Nebel verschwommen.“ „Unser ehemaliger Landrat hatte die Vision, Angermünde könnte eine Stadt werden, wo sich müde Großstädter zur Ruhe setzen.“

A13: „Es wird sich nichts wesentlich ändern, es wird sich hier kein Gewerbe ansiedeln, kein größeres.“

de müsse die Stadt allerdings noch anziehender werden. Da es attraktive Baugrundstücke gibt, könnte sich die Stadt auch zu einem Wohnort für Familien und ältere Bürger entwickeln. Um allerdings für Familien interessant zu sein, muss der Status als Schulstandort erhalten bleiben und Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen werden. Auch wurde die Vision geäußert, dass sich Bad Wilsnack zu einem idyllischen Städtchen nach bayerischem Vorbild entwickeln könnte.⁹⁵

In **Goldberg** überwiegen negative bzw. pessimistische Entwicklungsprognosen. Goldberg werde auch in Zukunft ein kleiner Ort in „wunderschöner Umgebung“ bleiben, daher liege das zukünftige Potenzial der Stadt hauptsächlich im Tourismus. Es werden keine größeren Industrieansiedlungen erwartet. Die Zukunft wird als negativ eingeschätzt, sofern die Bevölkerungsentwicklung weiterhin rückläufig sei. Dadurch verschärfe sich die Finanzsituation der Stadt weiter. Es ist daher nach Ansicht der StadtextpertInnen dringend erforderlich, für die Jugendlichen Ausbildungsplätze und weitere Perspektiven zu schaffen, um sie in der Stadt zu halten. Des Weiteren benötigt die Stadt Bevölkerungszuwachs,

⁹⁵ B3: „Dass das Leben in der Stadt rege ist [auch nach Geschäftsschluss] und die Leute gerne durch Bad Wilsnack wandeln, wie z. B. durch Husum und Cuxhaven.“ „Wenn ich abends nach acht Uhr spazieren gehe und die Stadt voller Leute ist [...]“

B4: „Klein, fein und mittendrin.“

B5: „Die Zukunft ist eigentlich rosig, man muss sie nur nutzen.“

B6: „Ich hoffe, dass man hier in der Lage ist, eine so maßvolle Politik zu betreiben, dass man nicht in zehn Jahren eine Stadt mit 10.000 Einwohnern vorfindet.“

B7: „Wichtig ist, aus meiner Sicht, dass es gelingt, die hier ansässigen Betriebe und Institutionen zu behalten und das Arbeitskräftepotenzial behalten werden kann und ausgebaut wird.“

B9: „Man hat hier eine schöne Landschaft, das wird von den Einheimischen gar nicht mehr gesehen.“

B10: „Ein idyllisches Städtchen, wie so ein kleiner Kurort in Bayern unten, mit idyllischen Straßen. Dass man auch mal Geld hat, nicht 08/15 irgendwo seine Rabatte anzulegen, sondern schon ein bisschen mit Aufwand, mit ein bisschen Geld ein bisschen Flair zu machen. Ja, und dass wir dann dem gerecht werden, was eigentlich einen Kurort ausmacht, dass man die Gastronomie, die Sozialeinrichtungen, Hotels, dass das alles funktioniert und dass nicht abends um Achte die Bürgersteige hochgeklappt werden, dass um zwölf Uhr die Leute promenieren. So malt man sich 'ne Stadt aus und dass die Vollbeschäftigung da ist, dass wir auch 'n bisschen Industrie herkriegten um Einnahmen zu haben, in die Gewerbegebiete, so ist es nicht. Ja, Kurort werden und bleiben.“

B11: „Wenn das Thermalbad [fertig ist], wird das ein supermodernes Ding. Heute fahren die Leute nach Lüchow-Dannenberg, ich nehme an, dass die dann hierher kommen.“

der aber nur über neue Arbeitsplätze erreicht werden könne. Es wird von Seiten der StadtextpertInnen eine Zunahme der demografischen Alterung angenommen, eine Entwicklung zur „Greisenstadt“. Als negativ für die zukünftige Entwicklung werden weiterhin die Einstellung des Bahnverkehrs sowie die Einschränkung des Busverkehrs gesehen. Wenn überhaupt Hoffnungen geäußert werden, dann beziehen sich diese auf den Tourismus aufgrund der landschaftlichen Qualitäten der Umgebung.⁹⁶

Die Zukunft wird für Teterow im Großen und Ganzen positiv eingeschätzt. Dabei gehen die StadtextpertInnen vom „Wirtschaftsstandort Teterow“ sowie vom Bergring als Anziehungspunkt aus. Für die Zukunft werde die Altstadtanierung fortgeführt und auch auf altstadtnahe Stadtteile ausgedehnt. Als positiv wird der Beitritt der Stadt in den Tourismusverband eingeschätzt. Der Tourismus wird demnach als zukünftiges Potenzial angesehen. Die Gewerbeansiedlung wird sich ebenfalls positiv

⁹⁶ G1: „Gewerbe und Industrie seh‘ ich nicht drin. Also bleiben wir mehr oder weniger ein kleines Örtchen mit wunderbarer Umgebung.“

G2: „[...] bei der Bevölkerungsentwicklung, schlecht.“

G4: „Wenn es uns nicht gelingt, in Goldberg wirklich Arbeitsplätze zu schaffen und Leute hier zu fesseln, wird Goldberg zwar immer eine Stadt bleiben, aber mit immer weniger Einwohnern.“

G6: „So optimistisch glaube ich nicht.“ „Sonst wird es noch ein bisschen öder werden.“

G7: „Es ist sehr, sehr schwer, normalen Leuten wirtschaftliche Probleme einzutrichtern.“

G8: „Wenn man optimistisch ist, dann sagt man, Goldberg entwickelt sich und wenn man pessimistisch ist, dann sagt man, Goldberg verödet.“ „In den letzten Jahren hat mir das immer in der Seele wehgetan: Familie XY, Vater 33, Frau 30 und zwei Kinder von acht und zehn Jahren, zieht weg. Das tut einem dann schon weh. Das sind im Prinzip vier Kunden [...].“ „Das negative Szenario ist dann das, dass hier Grasbüschel über die Straße wehen wie in ‚Tombstone‘.“

G9: „Wenn es uns nicht bald gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen, dann wird uns die Jugend noch mehr abwandern.“ „Die Jugend, die jetzt weggegangen ist, würde sofort zurückkommen, wenn sie hier Arbeit finden würden.“ „Veralterte Greisenstadt.“

G10: „Was soll ich dazu sagen?“ „Ich denke mal auf der Touristenschiene muss Goldberg noch ein bisschen mehr machen.“

G11: „In einer Art sehe ich das große Problem: Wo finden die jungen Leute Arbeit? Wenn das Problem nicht gelöst wird, sieht es schwierig aus.“

G12: „Angst vor der Zukunft“ [fehlende Arbeitsplätze; kein produzierendes Gewerbe; Abbau des Handwerks; Bevölkerungsentwicklung; Wegzug der Jugendlichen]

G13: „Die Zukunft ist nur mit den umliegenden Gemeinden machbar. Als Stadt alleine hat Goldberg keine Chance.“

auswirken. Dadurch hofft man, dass sich mehr „hochkarätige Leute“ ansiedeln werden, die die Entwicklung weiter vorantreiben. Als nachteilig wird jedoch die hohe Arbeitslosigkeit angesehen. In Teterow wird von einer weiteren Gewerbeansiedlung ausgegangen, da die Ansiedlung von neuen Unternehmen bereits geplant bzw. realisiert worden ist. Es wird weiterhin erwartet, dass sich Teterow in den nächsten 10-15 Jahren wie eine Stadt in den alten Bundesländern entwickeln könnte, während zu anderen Städten in der Umgebung „krasse Unterschiede“ entstehen werden. Als hemmend für die weitere Entwicklung wird allerdings die hohe Verschuldung der Stadt gesehen.⁹⁷

Als wichtigste Zukunftsaufgabe wurde von den StadtextpertInnen in allen Untersuchungsstädten, neben der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausbau des Tourismus einschließlich entsprechender Marketingkonzepte genannt. Dabei werden in den einzelnen Städten neben diesen übergreifenden Problemen jeweils unterschiedliche Aufgabenbereiche benannt:

In **Angermünde** müsse sich nach Ansicht der StadtextpertInnen die Einstellung der Bewohner gegenüber Besuchern und Ausländern ändern und bessern. In der Innenstadt sollte eine verkehrsfreie Zone (Fußgängerzone) geschaffen und mit weiteren Cafés und anderer touristischer Infrastruktur belebt werden. Auch die schon vorhandenen Geschäftsstraßen sollten eine bessere Gestaltung erhalten. Die Stadtsanierung

⁹⁷ T1: „Wirtschaftsstandort Teterow“

T2: [Teterow sollte ein] „Einkaufsort mit touristischen Ambitionen und einer schönen gemütlichen Atmosphäre werden.“ „Ich hoffe, dass wir weiter überleben.“

T3: „Kraft Führungsspitze in Teterow meine ich, haben wir gute Aussichten in Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europa.“ „Für die Innenstadt hat Plasma noch keine lose Mark gebracht.“ „Die [von PlasmaSelect] schotten sich ab.“ „Die denken, sie kommen hier in die Taiga.“

T5: [Zukunft] „Mit einem lachenden und einem weinenden Auge.“ „Ich hoffe, dass all die Pläne mit den Ansiedlungen gelingen, und dass dadurch ein paar mehr Leute auch in die Stadt kommen und auch hier wohnen. Und ich hoffe sehr, dass die Stadt in touristischer Hinsicht aufgeschlossener wird.“

T6: „Wir werden ein Kristallstück werden und wir werden Sachen und Zeiten entgegengehen, wo ich immer sage: Es ist gar nicht abzusehen, was mit uns noch passiert, weil, ich habe so das Gefühl, dass so manche Dinge auf uns zukommen werden, wo man aufpassen muss, dass man sich überhaupt noch beherrscht.“

T7: „Von den Arbeitslosen kommen wir nicht runter.“

T8: „Eine lebendige Kleinstadt, die lebt von der Industrie, durch ihre Lage, also Tourismus und gewisse Handwerks- und Kleinindustrie.“

T12: „Betriebe sind voll integriert und werden noch in 100 Jahren existieren.“

T13: „Wenn die zusätzliche Firmen bleiben, also Biomedizin oder Plasma, dann [ist die Zukunft] sehr positiv.“

muss fortgesetzt und abgeschlossen werden. Zudem müsse die Stadt für das Heimatmuseum Ausstellungsräume bereitstellen und einrichten. All diese Maßnahmen sind bauliche und mentale Veränderungen, um den Tourismus konsequent auszubauen und fördern zu können. Für eine weitere touristische Erschließung der Region sollte ein „Bustourenkonzept“ von Angermünde aus aufgebaut sowie das Konzept der „Märkischen Eiszeitstraße“ fortgeführt werden. Durch weitere Industrieansiedlungen erhoffen sich die ExpertInnen, die Abwanderung der Jugendlichen zu verringern.⁹⁸

In **Bad Wilsnack** richten sich die wichtigsten Veränderungen für die Zukunft nicht, wie in den anderen Städten, auf die Arbeitsplatzproblematik, sondern auf die Entwicklung und den Ausbau des Tourismus und die damit zusammenhängenden gestalterischen und verkehrlichen Belange. Dabei seien die Stadtparkgestaltung, die Bahnhofsgestaltung mit dem Vorplatz, die Erweiterung des Kurparks, die Anlage eines Grüngürtels an der Bahnlinie sowie der Bau einer Sport- und Mehrzweckhalle besonders wichtig. Auch die Straßen und das Radwegenetz müssten weiter ausgebaut werden. Der Bürgermeister solle sich mehr dafür einsetzen, dass das Verhältnis der Stadt zur Kurklinik verbessert wird, um so die „Teilung der Stadt“ aufzuheben. Durch deren verbessertes Zusammenspiel sollen mehr Gäste in die Stadt gelockt werden.⁹⁹ Ein wichtiges zu lösendes Pro-

⁹⁸ A1: „Heute wird noch jedes ‚B‘-Kennzeichen angemuffelt.“
A2: „Wir Angermünder nehmen unsere Probleme zu wichtig.“
A3: „Die Besucher müssen hier beschäftigt werden.“ [es fehlen innerstädtische Cafés und andere touristische Anlaufpunkte]
A4: „Eines Tages werden wir junge Leute suchen.“ „Die Guten sind schon weg, unter uns [gesagt], es ist nur noch der Schrott da.“ „Der Bildungsstand in der Uckermark war nie so hoch wie in anderen Regionen. Hier waren sie Treckerfahrer, Melker, Viehfütterer und Steinesammler.“
A5: „In den Läden kriegen sie nichts zu kaufen.“ „Ja, diese eigenartigen Öffnungszeiten!“
A6: „Vielleicht könnte man nach 87 Jahren mal das Museum eröffnen.“
A7: „Ändern? Den Weg weitergehen, Fremde herholen.“
A11: „Die Stadt kann tun was sie will - sparen und sparen - aber es wird alles aufgefressen.“
A14: „Ein Investitionsklima darf man nicht auf den Lippen tragen, man muss es beweisen.“

⁹⁹ B4: „Ich denke, dass wir uns bemühen müssen, Leuten Mut zu machen, die hier in Geschäftsbetriebe, also in Ladengeschäfte, investieren.“ „Ich denke halt, dass was ich eigentlich von Anfang an gesagt habe, dass wir uns jetzt daran machen müssen, die Feinarbeiten zu machen. Jetzt müssen wir anfangen, wie wenn das Haus steht, jetzt muss es geschmückt werden. Und das geht nur mithilfe der Bürger.“

blem, so meinen viele ExpertInnen, betreffe Ordnung und Sauberkeit, insbesondere die Pflege der öffentlichen Straßen und Grünflächen sowie der privaten Grundstücke. Auch die Kirche und ihr Umfeld sollten noch verschönert werden.

Der Schwerpunkt in **Goldberg** sollte für die Zukunft nach Meinung der ExpertInnen bei der Gewerbeansiedlung sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen liegen, um die Einnahmequellen der Stadt zu verbessern und den jungen Leuten eine Perspektive zu geben. Ein weiterer Schwerpunkt ist, wie in den anderen Städten auch, die Entwicklung und der Ausbau des Tourismus, wodurch ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Hier wird erwähnt, dass der Tourismus zu DDR-Zeiten besser funktionierte als heute. Für den Ausbau des Tourismus gäbe es noch zu wenig private Zimmervermietungen in der Stadt. Ein weiterer Hinderungsgrund für die Tourismusentwicklung ist der Verfall des Armeegeländes. Ein Experte nannte die Wahl eines neuen Bürgermeisters als wichtige Änderung für die Zukunft. Als weiterhin wichtig werden eine Umgehungsstraße, die weitere Stadtsanierung und die damit einhergehende positive Veränderung des Stadtbildes, eine bessere Vermarktung der Stadt, vernünftige Radwege sowie die Innenstadtbelebung angesehen.¹⁰⁰

In **Teterow** waren die ExpertInnen mit der bisherigen Stadtentwicklung zufriedener. Hier wurde nur Weniges genannt, das der Änderung bedürfe. Drei Schlüsselpersonen sahen gar keine Notwendigkeit für Veränderungen. Vielmehr solle auf dem aufgebaut werden, was bisher geleistet wurde. Als Zukunftsaufgabe wurde auch in Teterow die weitere

B7: „Ich finde es toll, wenn ich Sonntagmorgen mit meiner Frau am Frühstückstisch sitze, [...] wir wohnen so günstig, dass wir zwei Parkplätze vor der Türe haben, [...] und da kommen Autos mit Berliner Nummernschild an und schnallen ihre Fahrräder ab [...] und machen in der Region eine schöne Tour.“

B10: „Wenn das Gespräch mit der Klinik stattfindet, hätten wir schon viel erreicht.“

¹⁰⁰ G1: „Das wichtigste für mich [...] ist es, mit aller Macht zu versuchen, hier Gewerbe anzusiedeln.“

G2: „Das Allerwichtigste wäre, wenn es gelingen könnte, irgendein Gewerbe anzusiedeln, das die jungen Menschen wieder an diese Stadt bindet.“ „Wenn ich auf Dauer ein Missverhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen habe, dann wird es problematisch.“ „Da ist niemand mehr für die Grundschule.“

G7: „Das Allerwichtigste ist, dass Arbeit geschaffen wird.“

G10: „Das Wichtigste ist eigentlich, dass sich die Stadt noch bemüht, Gewerbebetreibende hier her zu bekommen, bzw. Arbeitsplätze zu schaffen.“

G12: „Schandflecke beseitigen!“

G13: „Noch mal die abklappern, die schon mal wollten.“ [zur Gewerbeansiedlung]

Entwicklung des Tourismus als Schwerpunkt genannt. Dazu gehöre ein größeres Hotel, das aber vom Bauamtsleiter verhindert werde. Die ExpertInnen sehen in einem Hotelbau auch die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen, da es in den neuen Industrieansiedlungen (Biotechnologie) fast keine Arbeitsplätze für die eigenen Bewohner gebe. Das seien hoch spezialisierte Arbeitsplätze, für die die TeterowerInnen nicht die entsprechenden Qualifikationen hätten. Auch der aktuelle Rückzug eines Investors für ein weiteres Ferienhausgebiet wird negativ gesehen, die Fläche bleibe jedoch reserviert. Als weitere Schwerpunkte werde die Schaffung einer Fußgängerzone, die Innenstadtgestaltung und -belebung, der Ausbau der Radwege und der Badeanstalt, die Vermarktung der innerstädtischen Einkaufsmöglichkeiten (wie z.B. die Wiedereröffnung des Kaufhauses) angesehen. Für das Bergringrennen müssten mehr Parkplätze eingerichtet werden. Auch eine Änderung der Straßenreinigungssatzung (Möglichkeit der privaten Trägerschaft) solle erfolgen.¹⁰¹

Zusammenfassend ist der große Realismus als wesentliches Merkmal des Leitbildes der Stadtaktiven festzuhalten. Man orientiert sich an den Erfahrungen der alten Bundesrepublik, setzt mittelfristig auf Förderung durch Bund und Länder und sieht vor allen Dingen in den qualitativen Standortfaktoren Voraussetzungen für touristische und

¹⁰¹ T1: „Ich ärgere mich jetzt aktuell über nichts.“

T4: „Geändert? Ist schwer zu sagen, sondern Fortführung von dem was läuft.“
„Ich sehe nicht die Notwendigkeit für einen grundlegenden Richtungswandel.“
„Das [Ferienhausgebiet] wäre auch eine echte Kapazität gewesen, die auch hier Leben und Bewegung in die Stadt gebracht hätte.“ „Die Verkehrslösung ist noch nicht die ideale.“

T5: „Und das ist etwas, was ich nicht verstehen kann. Die Stadt engagiert sich eigentlich für eine Kleinstadt gar nicht schlecht für Kultur und solche Sachen, aber so mal zu überlegen, was man machen könnte, dass eben solche Menschen mit einem anderen Bildungsstand hier bleiben, das ist nicht drin.“

T6: „Sollen wir noch was ändern?“ „Da sag‘ ich einfach: aufbauen auf dem, was wir haben, weiterentwickeln, das is okay. Ich muss da nichts geändert haben.“

T8: „Für das, was die Stadt sein will oder sein kann, müsste für den Tourismusbereich die Stadt attraktiver gemacht werden, was Sauberkeit und solche Sachen, was Angebote betrifft, z.B. Badeanstalt am See, was das Mittelzentrum, also die Region betrifft. Für die Innenstadtstruktur müsste noch einiges getan werden.“

T9: „Das Wichtigste ist, dass die Leute selbst zu ihrer Stadt einen anderen Bezug bekommen.“

T10: „Es müsste einen Knall geben und sämtliche Umweltgesetze müssten von dem einen auf den anderen Tag für nichtig erklärt werden und neu zur Disposition gestellt werden.“

T12: „Die Ringstraße ist ein Schandfleck.“

freizeitorientierte Entwicklungen. Die Vorstellungen eines selbsttragenden Wirtschaftswachstums werden eher vermieden. Die weiblichen Schlüsselpersonen waren in ihrer Beurteilung auffallend skeptischer und kritischer. In einem Punkt äußerten sich die sonst affirmativer antwortenden männlichen Schlüsselpersonen ebenfalls explizit kritisch: Als ein Entwicklungshemmnis wurde die gleichgültige Mentalität der lokalen Bevölkerung gegenüber Besuchern benannt.

6.2.3.3 *Kommunale Machtverhältnisse*

Kommunale Machtverhältnisse sind zunächst durch die demokratische Verfasstheit von Gesellschaft und Kommunen offiziell nach Parteien und Mehrheitsverhältnissen strukturiert. In jeder Stadt existieren jedoch unterhalb dieser offiziellen Machtverteilung Strukturen und Akteure, die in unterschiedlicher Intensität und Art Einfluss auf die Entscheidungen in den Städten haben. In diesem Abschnitt wird untersucht, inwieweit diese durch andere Strukturen und Akteure ergänzt, konterkariert oder auch paralyisiert werden. Hinsichtlich der realen Machtstrukturen in den Städten wird zunächst auf die offiziellen Institutionen der jeweiligen Kleinstadt (Stadtparlament, Bürgermeister, Verwaltung) verwiesen. Als wichtigste Institution wurde von den Schlüsselpersonen am häufigsten die Stadtverordnetenversammlung bzw. das Stadtparlament genannt (26 Nennungen). An zweiter Stelle steht der Bürgermeister, er wird insgesamt 16-mal erwähnt. Der Stadtverwaltung wird vor allem als Vorbereiter für Beschlüsse der jeweiligen Stadt wesentliche Bedeutung eingeräumt. Dies wird als ein nicht unbeachtlicher Machtfaktor dargestellt, da die meisten Vorschläge der Verwaltung im jeweiligen Stadtparlament bestätigt werden.

Die Parteien spielen im Machtgefüge der jeweiligen Untersuchungsstadt nur eine untergeordnete Rolle. Goldberg ist die einzige Stadt, in der den Parteien eine Bedeutung für die Stadtpolitik beigemessen wird. Dabei wird auf Kontinuitäten aus DDR-Zeiten hingewiesen. So war die Liberal-Demokratische Partei Deutschland (LDPD) schon zu DDR-Zeiten mitgliederstark (v.a. Handwerker und Lehrer) und es seien nun ehemalige SED-Kader, die jetzt für die CDU in der Stadtverordnetenversammlung tätig sind.

Neben den offiziellen Strukturen wird häufig auch auf örtliche Unternehmer und einzelne Persönlichkeiten hingewiesen. So werden in Teterow und Angermünde neben dem Bürgermeister jeweils weitere Personen namentlich genannt, die unmittelbar Einfluss auf Entscheidungen in der

Stadt haben. In Angermünde¹⁰² und Goldberg¹⁰³ ist darüber hinaus auch von einer „Mafia“ die Rede, die die Stadtpolitik vor allem im Baubereich maßgeblich beeinflusse. Relativ eindeutig auf eine Person fixiert, sind die Machtverhältnisse in Teterow¹⁰⁴ und Bad Wilsnack. Hier wird, im Gegensatz zu den anderen Städten, der Bürgermeister als der Regent der Stadt von einer Vielzahl der Schlüsselpersonen angesehen. In Teterow beruhe die dominante Rolle des Bürgermeisters jedoch auch auf der funktionellen Arbeitsteilung mit der Person seines Stellvertreters: Der Bürgermeister mache die Außenpolitik und sein Stellvertreter sei für „Inneres“ zustän-

-
- ¹⁰² A1: „Da ich auch Abgeordneter war, kann ich das gut einschätzen.“ [zur SVV]
A2: „Zu sagen ‚der Bürger regiert‘, wäre zu platt.“
A6: „Eigentlich regieren die wirtschaftlichen Zwänge.“ „Die Stadt ist im Klammergriff einer kleinen Mafia [...] Meister [Name eines örtlichen Bauunternehmens].“ „Manches ist etwas eigenartig im Baugewerbe.“
A8: „Da bin ich ganz gemein und sage ‚die Verwaltung‘.“ „Das Rathaus, nicht die SVV.“
A9: „Sie [die SPD-Vertreter] geben sich Mühe, gar keine Frage.“
A14: „Man muss vielleicht mal so sagen, dass 80% der Vorschläge, die typischerweise sowieso durch die Verwaltung kommen, das Parlament fast einstimmig passieren.“
- ¹⁰³ G3: „Mir lag es eben auf der Zunge, ich wollte sagen, in Goldberg regiert die Mafia.“ „Die Herrschaften haben Narrenfreiheit.“ [niemand schreitet dagegen ein] „Man muss nur eine simple Frage stellen, wer hat den Vorteil?“ „Alles geht seinen sozialistischen Gang.“ „Die Leute treffen nicht objektiv Entscheidungen, sondern vertreten subjektiv ihre eigenen Interessen.“
G4: „Die regieren die Stadt, indem sie ihre eigenen Interessen vertreten.“
G6: „[...] Häuflein betuchter Männer.“ „Normalerweise sollte es nach den Personen gehen, hier ist das aber nicht so, [...] sondern nach Parteien.“
G7: „Wir haben hier keinen, der so fest im Sattel sitzt, oder auch finanziell so stark ist, dass der sagen könnte, ich könnte hier bestimmen.“ „Ich denk’ mal, regiert werden wir in ein paar Wochen oder Monaten nicht mehr alleine, sondern dass wir zwangsverwaltet werden.“
G8: „Die offiziellen Strukturen sind auch die eigentlichen Strukturen.“
- ¹⁰⁴ T1: „Man kennt sich, einige ortsansässige Unternehmen sind auch in den Ausschüssen.“
T2: „Sie [die Stadtvertretung] ist gewählt und entscheidet auch.“
T4: „Wir [die Verwaltung] können nicht willkürlich unseren Fantasien nachgehen, sondern müssen diese gewählten Vertreter der Bevölkerung vorstellen und deren Zustimmung dafür einholen.“
T6: „Es ist leider so, dass man oftmals, wenn so‘ne Entscheidungsfelder da sind, das Gefühl hat, dass es nur um Politikgerangel geht, d.h. Parteigerangel.“
T7: „[Der Bauamtsleiter ist ein] gutes Gespann mit dem Bürgermeister.“ „Er setzt

dig. Die Stadt werde politisch von zwei Personen „regiert“, dies aber nicht als ‚Alleinherrschende‘, sondern in ständiger Kopplung zu den im Wirtschaftsbereich tätigen Stadtaktiven. In Bad Wilsnack ist der Bürgermeister in der Stadt (ohne Klinikbereich) zwar weitgehend unangefochten, jedoch wird auffällig oft die „Spaltung der Stadt“ erwähnt. Gemeint ist damit der Konflikt zwischen der Klinikgesellschaft und der Verwaltung bzw. dem Stadtparlament. Dabei bildet der Bürgermeister den politischen Pol und der Chef der Klinik Management Gesellschaft (als wichtigster Arbeitgeber der Stadt) den ökonomischen Pol in der Stadtpolitik. Es wird bemängelt, dass beide Pole sich gegenseitig bekämpfen und nicht an einem Strang ziehen. Somit gebe es in Bad Wilsnack zwei nebeneinander stehende „Mächte“, welche die Stadtpolitik beherrschen.¹⁰⁵

sich durch mit einer unglaublichen Sturheit, ich vergleiche ihn immer mit Helmut Kohl.“ „In der Kommunalpolitik sollte man nach den Leuten gehen.“

T10: „Es gibt in Teterow nicht diesen Unsinn von Regierung und Opposition.“

T11: „Da würde ich sagen, es wird natürlich auch hier durch bestimmte Aktivitäten und Personen ein gewisser Einfluss reingetragen, aber letztendlich passiert in dieser Stadt nichts, was nicht durch die große Masse und die Mehrheit der Stadtvertreter getragen wird.“

T13: „Es gibt keinen [zum Bürgermeister], der es besser machen könnte.“

¹⁰⁵ B2: „Nach meinem Dafürhalten ist es so, wie es im Gesetz festgeschrieben ist, so läuft das [die Zusammenarbeit der Stadt mit der KMG] hier.“

B3: „Noch regiert die Stadt [und nicht die Klinikgesellschaft], auch wenn es gerne anders gewollt wäre; aber das kann man nicht machen“

B4: „Es sind mir zu wenig die gewählten Vertreter.“ „Die Stadt ist ohne die KMG nichts, aber umgekehrt auch nicht.“

B5: „Hier in der Stadt habe ich nicht den Eindruck, dass überhaupt jemand regiert, dass der mit der Faust auf den Tisch haut und sagt, wie es gemacht wird.“

B6: „Ich hoffe, es regieren die Stadtverordneten.“

B7: „In der Stadtpolitik muss ich sagen, funktioniert es für meine Begriffe wunderbar.“ „Wir haben 1993 die UWG [Unabhängige Wählergemeinschaft] ins Leben gerufen, weil wir gesagt haben, wir sind zu DDR-Zeiten parteilos gewesen und wollen den Zustand auch beibehalten und trotzdem Flagge zeigen, wenn es um die Kommunalpolitik geht.“

B9: „Das frage ich mich manchmal auch.“

B10: „Es regieren schon die Stadtverordneten. Regieren tut eigentlich der Bürgermeister.“

B11: „[Das Sagen] über sein Territorium hat er, der [Name des Chefs der KMG].“

B12: „Die Stadt ist geteilt, vor den Schranken, hinter den Schranken.“ [Stadt und Klinikgelände].

Die Beschreibung der realen Machtverhältnisse wird vervollständigt durch Aussagen über die drei wichtigsten Personen der Stadt:

Angermünde:

Bürgermeister	14 Nennungen
Bauamtsleiter	9 Nennungen
Gewerbetreibender/SVV-Vorsteher	5 Nennungen
Gewerbetreibender (Baubetrieb)	5 Nennungen
Stadtkämmerer	5 Nennungen

Bad Wilsnack:

Bürgermeister	11 Nennungen
Gewerbetreibender (Bauunternehmen)/Vorsitzender des Bauausschusses/ SVV-Mitglied	7 Nennungen
Geschäftsführer eines örtlichen Unternehmens/ Mitglied SVV	5 Nennungen

Goldberg:

Bauunternehmer/Mitglied-Stadtvertretung/ Fraktionsvorsitzender	13 Nennungen
Mitglied Stadtvertretung (Fraktionsvorsitzender)	11 Nennungen
Bürgermeister	8 Nennungen

Teterow:

Bürgermeister	11 Nennungen
1. stellvertretender Bürgermeister/Hauptamtsleiter/ Mitglied Stadtvertretung	6 Nennungen

In drei der vier Untersuchungsstädte wird dem Bürgermeister, als „loka-
lem Oberbürger“, die Rolle der wichtigsten Person zugeschrieben. Nur
in Goldberg wird der Bürgermeister nicht genannt. Nach der Anzahl der
Nennungen durch die Schlüsselpersonen steht er hier auf Rang drei. In
Teterow fällt auf, dass keine einzelne Person an dritter Stelle steht. Diesen
Platz teilen sich mit jeweils zwei Nennungen 5 verschiedene Personen.
Die Führung in Teterow wird von zwei Personen dominiert, während in
Angermünde und Bad Wilsnack nach den Bürgermeistern eine relativ
breite Spitze existiert.

Die Erkenntnisse zur Bedeutung von Bürgermeister und Stadtverwal-
tung in der Kommunalpolitik werden durch die Ansicht vieler Schlüsselpersonen bestätigt, dass für die Problemlösung in den Kleinstädten zuerst
mit 23 Nennungen die Stadtverwaltung und dann der Bürgermeister,
der 22 mal genannt wurde, zuständig seien. Das Stadtparlament steht
als „Problemlöser“ mit 8 Nennungen an dritter Position. Unterscheidet

man wiederum nach den vier Städten, so fällt auf, dass in Angermünde in erster Linie die Stadtverwaltung als „Problemlöser“ gesehen wird, während diese Rolle in Bad Wilsnack hauptsächlich der Bürgermeister übertragen bekommt. In Goldberg und Teterow ist die Erwartung an den „Problemlöser“ zwischen Bürgermeister und Stadtverwaltung eher ausgeglichen.

Die bisherigen Aussagen zur Bedeutungszuweisung von Stadtpolitik und ihren Hauptakteuren werden durch unterschiedliche Einschätzungen zum Verhältnis von Parteien- und Sachpolitik zwischen den einzelnen Städten leicht modifiziert:

In **Angermünde** sind sich die Schlüsselpersonen nicht einig, ob die Parteipolitik wichtig oder unwichtig für die Stadtpolitik ist. Einerseits spiele sie eine untergeordnete Rolle hinter den Sachfragen und den einzelnen Personen, andererseits komme ihr aber neuerdings eine wichtige und wachsende Bedeutung zu. Es herrsche häufig Parteipolitik vor. Persönliche Beziehungen spielen in Angermünde ebenfalls eine Rolle. Des Weiteren gäbe es Beziehungsgeflechte zwischen Politik und Unternehmern (Unternehmerstammtisch). Eine wichtige Rolle in der Angermünder Stadtpolitik komme demnach beiden, der Parteipolitik und den persönlichen Beziehungen, zu. Es gäbe eine Mischung aus Partei- und Persönlichkeitspolitik.¹⁰⁶

In **Bad Wilsnack** basiere die Stadtpolitik auf einer Konsensfindung: Es werde der Dialog mit den BürgerInnen gesucht und diese würden in die Entscheidungen einbezogen. Die Parteipolitik spiele, so besagen die meisten Antworten der Schlüsselpersonen, eine untergeordnete Rolle. Entscheidend seien die einzelnen Personen. Die Politik in Bad Wilsnack wird als sachbezogen dargestellt. Während die Parteien als nicht dominant bezeichnet werden, wird der „normale Menschenverstand“ als maßgeblich beschrieben.¹⁰⁷

Auch in **Goldberg** wird von vielen Schlüsselpersonen die Parteipolitik zwar zunächst als zweitrangig deklariert, im Konkreten jedoch auf dauernde Streitigkeiten hingewiesen. Entscheidungen werden vorrangig durch einzelne Personen getroffen. Aber es wird auch in Goldberg eine

¹⁰⁶ A6: „Die SPD ist etwas dominierend, das fällt schon auf.“ „Es geht dann doch sehr stark über die Personen.“

A11: „Dann gibt es ein halbes Jahr Gelaber [...] und es passiert nichts.“ „In der SSV gibt es eine Hand voll Personen, die das bestimmen.“ „Es fehlt an Köpfen.“

¹⁰⁷ B7: „In Wilsnack ist das so, da wählt man keine Partei, sondern eine Person.“ „Das Primat ist [...] die Person.“

B4: „Die Wilsnacker, die mich gewählt haben, die haben mich nicht als FDP gewählt, die haben mich als [Name der Schlüsselperson] gewählt.“

Mischung der Entscheidungsfindung durch Persönlichkeiten (und ihrer Netzwerke) und durch Parteien konstatiert. Des Weiteren wird für Fehlentwicklungen in der Stadtpolitik die „Cliquenwirtschaft“, vereinzelt wird hier auch von „Mafia“ gesprochen, einzelner Personen und deren Beziehungen verantwortlich gemacht.¹⁰⁸

In **Teterow** spiele Parteipolitik eine nebensächliche Rolle. Entscheidungen würden überwiegend von einzelnen Personen und nach Sachbeurteilungen getroffen und nicht nach den Parteien.¹⁰⁹

Insgesamt ist die von den Schlüsselpersonen stark betonte Konsensorientierung bei Entscheidungsfindungen bedeutsam. Konflikte innerhalb einer Stadt werden vorrangig durch die „Stadt“ entschieden: entweder durch den Bürgermeister, durch das Stadtparlament und seine Ausschüsse oder durch die Verwaltung. In einigen Fällen gibt es jedoch auch öffentliche Diskussionen mit den BürgerInnen. Diese werden jedoch selten von der Stadt angeboten, aber auch von den BürgerInnen oft unzureichend wahrgenommen. Auch würden Entscheidungen zu bestimmten Konflikten allzu oft über die Köpfe der BürgerInnen getroffen. Selten werde auf die Meinung der EinwohnerInnen Wert gelegt, die beispielsweise versuchen, sich in Form von Unterschriftensammlungen gegen einige Entscheidungen der Stadt zur Wehr zu setzen.

Die besondere Bedeutung, die den politisch-administrativen Entscheidungsträgern, insbesondere dem Bürgermeister, zugerechnet wird, bestätigen Aussagen aus der Haushaltsbefragung (vgl. Tabelle 53): Hier wird, mit deutlichem Abstand, an erster Stelle der Bürgermeister als derjenige angesehen, der die Probleme in der Stadt lösen solle: 71,4 % der Befragten erwarten dies von ihrem Bürgermeister. Noch 50,3 % sehen als „Problemlöser“ die Stadtverwaltung und 39,6 % das Stadtparlament. Die weiteren Nennungen fallen dagegen ab: Nur 15,2 % erwarten eine Problemlösung von der Landesregierung, 7,6 % von den Parteien, 6,2 % von Gewerbe- und Wirtschaftsverbänden, 6,1 % von der Bundesregierung und 5,4 % von „den Bürgern“ selbst. Diese Reihenfolge ist in allen vier Städten fast identisch.

Bemerkenswert ist, dass den „Parteien“ nur eine geringe, allerdings je nach Stadt differenzierte, Bedeutung zugesprochen wird. Insbesondere in Bad Wilsnack erwarten nur 2,2 % der Befragten von diesen die Lösung

¹⁰⁸ G12: „In Goldberg wird Parteipolitik mit Kommunalpolitik verwechselt.“

G7: „In Goldberg, denke ich mal, wäre es sicherlich schon öfter mal weiter vorwärts gegangen, wenn nicht Parteienstreitigkeiten im Vordergrund stehen würden.“

¹⁰⁹ T3: „Parteipolitik, ganz bestimmt nicht [...], vielleicht im Detail.“

T13: „Parteipolitik wird mehr an die Seite gerückt.“

Tabelle 53: Von wem erwarten Sie die Lösung der Probleme?

Von wem erwarten Sie die Lösung der Probleme?					
	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten, die Angaben machten*				
Bürgermeister	65,9	76,7	65,3	77,3	71,4
Stadtverwaltung	50,9	52,3	45,4	51,5	50,3
Stadtparlament	38,2	43,9	36,7	39,9	39,6
Landesregierung	17,0	16,0	10,6	15,8	15,2
Parteien	8,0	2,2	12,9	7,3	7,6
Gewerbe-/Wirtschaftsv.	3,0	7,4	8,7	6,9	6,2
Bundesregierung	7,9	3,5	4,7	6,9	6,1
Alle Bewohner	5,9	6,0	6,1	4,1	5,4
ext. Berater/Invest.	1,9	9,2	1,8	2,8	3,6
Sportvereine	1,0	1,5	6,9	1,5	2,4
Sanierungsträger	1,4	2,3	1,5	2,6	2,0
Kirche	1,4	2,0	2,3	1,4	1,7
Kom. Untern. und Wohnungsgesell.	0,5		0,8	4,1	1,5
Landkreis, sonstige Behörden	1,9		1,2	1,7	1,3
Sonstige Vereine	1,4	1,2	1,0		0,9
Schule, Sozial- und Kultureinrichtungen	0,6	0,9	1,2	0,6	0,8
Bestimmte Personen	0,2	0,9	0,3	1,4	0,7
europäische Union	0,9	0,7	0,3	0,6	0,7
Schützenvereine	0,7	0,4	0,9		0,5
sonstiges	0,6	0,6	0,8	0,2	0,5
Tourismusvereine	1,0		0,7		0,4
von keinem	10,2	5,1	10,0	5,3	7,7
* Mehrfachantworten möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.594

der Probleme. In Goldberg gaben dies jedoch 12,9 % der Befragten an. Gleichzeitig ist die Bewertung der Rolle des Stadtparlaments entgegengesetzt: Hier hat Bad Wilsnack den höchsten und Goldberg den niedrigsten Wert: Das eher konfliktgeprägte Stadtparlament Goldbergs genießt offensichtlich wenig Vertrauen, während die Stadtverordnetenversammlung in Bad Wilsnack als Institution ein gutes Ansehen hat.

Die Erwartung an externe Investoren als „Problemlöser“ ist gering und liegt nur bei 3,6 %. Lediglich in Bad Wilsnack findet sich mit 9,2 % ein höherer Wert, der auf die Bedeutung der Kliniken als Hoffnungsträger verweist. Insgesamt sind die Erwartungen der KleinstadtbewohnerInnen an „Problemlöser“ von außen – seien es Investoren, das Land, der Bund, Europa – sehr gering. Hier dokumentiert sich noch einmal die realistische Sichtweise, die den Blick auf die eigene Gemeinde als einzige Quelle für Problembewältigungsstrategien richtet und verweist auf die Potenziale der Stadtbevölkerung die im folgenden Kapitel analysiert werden.

6.2.4 Soziokulturelle Ressourcen der Kleinstadtbewölkerung

Das soziokulturelle Potenzial einer Gemeinde wird ganz wesentlich von der Qualifikationsstruktur ihrer Bewohner geprägt. Diese ist in den Untersuchungsstädten noch stark durch das Bildungswesen und die Wirtschaftsstruktur der DDR bestimmt. Daher ist das Profil einer Angestelltenkultur vorherrschend, während Selbstständige weitestgehend fehlen. Auch nach der Wende hat sich ein nennenswerter Mittelstand immer noch nicht stabilisieren können. Diese hemmende Wirkung einer der neuen Wirtschaftsordnung nicht angepassten Qualifikationsstruktur wird verstärkt durch die spezifisch kleinstädtische Wertestruktur. Sie fördert eher defensive und konventionelle Einstellungen, während gerade innovatorisches und risikobereites Handeln nötig ist.

Neben diesen Einschränkungen verweisen die Ergebnisse der Haushaltsbefragung jedoch auf eine Vielzahl von Handlungspotenzialen, die in den soziokulturellen Ressourcen der Kleinstadtbewölkerung latent vorhanden sind. Im Folgenden sollen die einzelnen Faktoren vorgestellt werden.

Ortsansässigkeit, Wohndauer, Bleibe- und Wegzugsorientierung

Die durchschnittliche Ortsansässigkeit der Familien der Befragten beträgt 65,3 Jahre. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Städten sehr gering: Hier hat Teterow mit 65,6 Jahren fast gleichauf mit Angermünde mit 65,5 Jahren den höchsten Durchschnitt. Bad Wilsnack liegt mit 64,9 Jahren noch nach Goldberg mit 65,1 Jahren an letzter Stelle. In Goldberg wirken sich insbesondere die starken Zuzüge der 1960er und 1970er Jahre mindernd auf die Familienansässigkeitsdauer aus, während es sich in Bad Wilsnack um Zugezogene der letzten Jahre handelt. Ein Fünftel

der Familien der Befragten lebt seit mehr als 100 Jahren in der Stadt (vgl. Tabelle 54). Das trifft auf alle untersuchten Kleinstädte etwa in gleichem Maße zu.

Tabelle 54: Wie lange ist Ihre Familie schon in der Stadt ansässig?

Famlienansässigkeit	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten, die Angaben machen konnten				
nach der Wende (seit 1990)	5,4	11,7	3,3	5,8	6,4
seit dem Mauerbau bis zur Wende (1961–1989)	13,4	12,4	15,9	17,5	14,9
seit Kriegsende bis zum Mauerbau (1945-1960)	27,5	21,0	22,5	23,4	23,9
seit der Jahrhundertwende bis zum Kriegsende (1900-1945)	34,3	32,1	36,6	32,1	33,6
schon vor der Jahrhundertwende (vor 1900)	19,5	22,8	21,7	21,2	21,1

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.403, ohne Angaben „weiß nicht“

Bei der Familienansässigkeit zeigt Bad Wilsnack bemerkenswerte Ergebnisse: Es hat mit 22,8 % den größten Anteil von Familien, die schon vor der vergangenen Jahrhundertwende zugezogen sind (mit geringem Vorsprung) und mit deutlichem Abstand den höchsten Anteil von Familien, die nach der Wende in die Stadt gekommen sind (11,7 %). Die geringen Werte für den Familienzuzug in der Zeit von 1945 bis 1960 und 1961 bis 1990 (beide Zeitspannen zusammen 33,4 %) sind Indiz für die Stagnation während der DDR-Zeit. Im Gegensatz dazu hatten die anderen Städte in dieser Zeit durch den Ausbau von Verwaltung, Industrie oder Garnison einen größeren Zuzug. Beide Zeitabschnitte weisen für die anderen drei Städte einen Zuzugsanteil zwischen 38,4 % und 40,9 % auf.

Ein Schwerpunkt der Zuwanderung liegt bei allen Städten in der Zeit von 1900 bis 1945 (33,6 %) und in der Zeit von 1945 bis 1960, während dieses Zeitraumes wanderten 23,9 % der Familien zu. Es handelte sich zu einem großen Teil um Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Kriegsende 1945. Insbesondere in Goldberg wird dies deutlich: Von allen Familien sind 15,6 % in wenigen Jahren, 1945 bis 1950, zugewandert. In Teterow und Goldberg erklärt sich der Bevölkerungszuwachs aus der Ansiedlung

von Verwaltung und Industrie bzw. Garnison von 1961 bis 1989: 17,5 % bzw. 15,9 % der Familien sind in diesen Jahren zugewandert.

Auffallend ist der geringe Anteil alteingesessener Familien, nur ein Fünftel war schon vor 1900 ansässig. Durch die starken Flüchtlingszuströme der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Abwanderung nach Westdeutschland bis 1961 und danach in die größeren Städte der DDR, der Zuzug durch Industrie-, Militär- und Verwaltungsansiedlungen in der DDR-Zeit und die Abwanderung seit der Wende hat sich die Bevölkerungsstruktur der Kleinstädte erheblich verändert.

Die durchschnittliche persönliche Wohndauer der Befragten in der Stadt beträgt 35,3 Jahre, bei einem Durchschnittsalter der Befragten von 49,5 Jahren, wobei Bad Wilsnack mit 34 Jahren den niedrigsten und Angermünde mit 36,1 Jahren den höchsten Wert aufweist.

Einen hohen Anteil von erst kürzlich zugezogenen Bewohnern hat Bad Wilsnack: 18,7 % der Bad Wilsnacker leben seit weniger als zehn Jahren in der Stadt (vgl. Tabelle 55). Das sind doppelt so viele Zugezogene wie z.B. in Angermünde (9,8 %). Dagegen ist der Anteil derjenigen, die zwischen 1960 und 1980 zugezogen waren, in Bad Wilsnack wesentlich geringer: Hier gab es – nach kriegsbedingtem Flüchtlingszustrom – keine starken Zuwanderungen zu DDR-Zeiten.

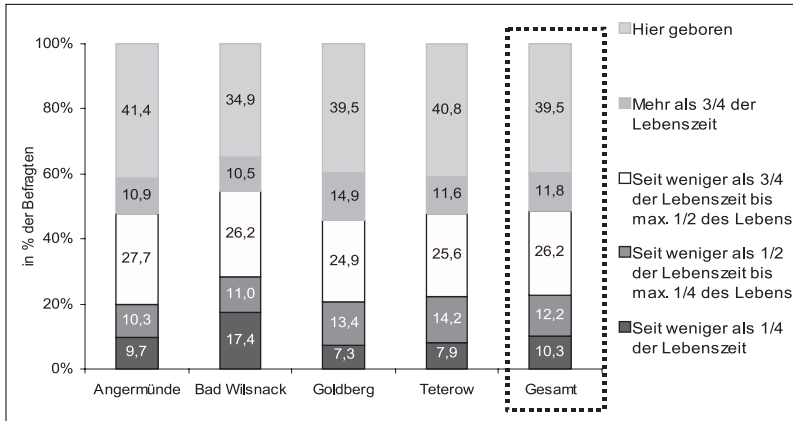
77,5 % der Befragten leben mehr als die Hälfte ihres Lebens in der jeweiligen Kleinstadt (vgl. Abbildung 48). Durchschnittlich 39,5 % der Befragten wurden dort auch geboren. Hinsichtlich der Bleibe- und Wegzugsorientierung geben zwei Drittel – 65,0 % – der befragten Klein-

Tabelle 55: Persönliche Wohndauer in der Stadt

Wohndauer in Jahren	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	<i>in % der Befragten</i>				
seit 1 bis 10 Jahren (seit 1990)	9,8	18,7	7,5	9,4	11,1
seit 11 bis 30 Jahren (seit 1971 bis 1989)	26,3	22,7	32,1	32,1	28,4
seit 31 bis 40 Jahren (seit 1961 bis 1970)	22,6	17,5	19,4	17,6	19,4
seit 41 bis 50 Jahren (seit 1950 bis 1960)	19,3	17,6	17,5	16,7	17,8
seit 51 bis 56 Jahren (seit 1945 bis 1949)	11,2	10,3	14,6	11,3	11,7
seit 57 bis 68 Jahren (seit 1933 bis 1945)	5,9	6,8	5,7	7,7	6,6
seit mehr als 68 Jahren (vor 1933)	4,9	6,3	3,2	4,9	4,9

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.663

Abbildung 48: Relative Ansässigkeit in der Stadt



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.661

stadtbewohner an, „langfristig hier wohnen bleiben“ zu wollen (vgl. Tabelle 56). 15 % haben manchmal den „Gedanken an wegziehen“ und 9,6 % der Befragten wollen „ziemlich sicher“ aus der Stadt abwandern. Lediglich 10,4 % haben sich darüber „noch keine Gedanken gemacht“. Zwischen den Untersuchungsstädten sind die Unterschiede vergleichsweise gering. Nur Goldberg weicht etwas vom Durchschnitt ab. Hier äußern nur 58,4 % der Bewohner, dass sie sicher in Goldberg bleiben wollen.

Auch hinsichtlich des Wohnortes in der Stadt zeigen sich kaum Unterschiede (vgl. Tabelle 57): Die Werte für Altstadt und DDR-Neubaugebiet sind weitgehend gleich. Nur bei den sonstigen Gebieten ist die

Tabelle 56: Bleibe- und Wegzugsorientierung

Gedanken an Wegzug oder Verbleib in der Stadt	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Anger- münde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten				
langfristig hier wohnen bleiben	65,3	66,3	58,4	68,1	65,0
noch keine Gedanken gemacht	8,6	11,5	12,3	10,0	10,4
manchmal Gedanken an wegziehen	15,8	13,8	18,3	12,8	15,0
ziemlich sicher irgendwann wegziehen	10,2	8,4	11,1	9,0	9,6

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.679

Tabelle 57: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Wohnort in der Stadt

Gedanken an Wegzug oder Verbleib in der Stadt	Wohnort in der Stadt			Gesamt
	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	
	in % der Befragten			
langfristig hier wohnen bleiben	64,6	66,1	64,3	65
noch keine Gedanken gemacht	10,6	10,6	9,7	10,3
manchmal Gedanken an wegziehen	15,8	15,8	13,1	15,0
ziemlich sicher irgendwann wegziehen	9,1	7,5	12,9	9,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.679

Wegzugsabsicht etwas stärker ausgeprägt. Hier ist einerseits zwar der Anteil der in Eigentum wohnenden größer, andererseits ist die durchschnittliche Ansässigkeitsdauer der Bewohner der sonstigen Gebiete geringer.

Wesentlich stärkere Unterschiede der Bleibe- und Wegzugsorientierung ergibt die Betrachtung der verschiedenen Alters- und Erwerbsstatusgruppen. Insbesondere bei den unter 25-Jährigen gibt fast die Hälfte der Befragten (47,8 %) dieser Altersgruppe an, „ziemlich sicher wegziehen“ zu wollen (vgl. Tabelle 58). Weitere 24,4 % spielen manchmal mit dem Gedanken an Wegzug. Aber schon bei der nächst höheren Altersgruppe, den 25- bis unter 40-Jährigen, sind die Wegzugsabsichten deutlich geringer. Nur noch 12,6 % der Befragten dieser Altersgruppe wollen „sicher wegziehen“. Über die Hälfte (56 %) legt sich darauf fest, langfristig in der Stadt bleiben zu wollen; am niedrigsten liegt dieser Anteil mit 50,7 % in Goldberg, am höchsten mit 60,4 % in Teterow.

Tabelle 58: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Alter

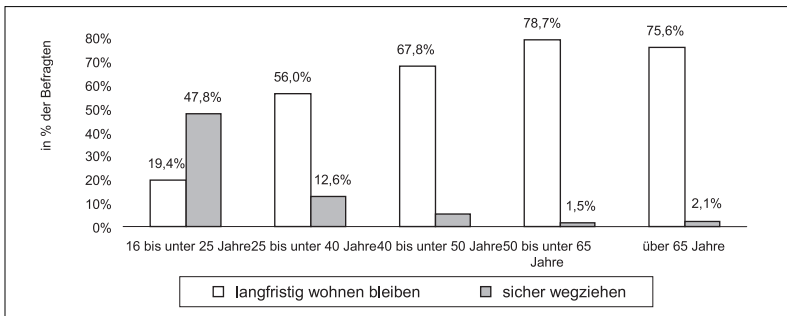
Gedanken an Wegzug oder Verbleib in der Stadt	Altersgruppen					Gesamt
	16 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre	
	in % der Befragten					
langfristig hier wohnen bleiben	19,4	56,0	67,8	78,7	75,6	65,0
noch keine Gedanken gemacht	8,3	6,0	9,0	10,7	16,1	10,4
manchmal Gedanken an wegziehen	24,4	25,3	17,7	9,0	6,2	15,0
ziemlich sicher irgendwann wegziehen	47,8	12,6	5,5	1,5	2,1	9,6

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681

Im Vergleich der Altersgruppen (Abbildung 49) haben die 50- bis unter 65-Jährigen den größten Anteil von Befragten, die davon ausgehen, in der Kleinstadt „langfristig wohnen zu bleiben“; noch vor den über 65-Jährigen. Die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen ist die Altersgruppe, die generell die größten Schwierigkeiten hat, einen Arbeitsplatz zu finden und sieht offensichtlich auch nur wenige Perspektiven außerhalb ihrer Stadt. Allerdings liegt hier der Anteil der Arbeitslosen unter dem der jüngeren Altersgruppen, weil hier ein hoher Anteil an Vorruheständlern und Pensionierten (47,5 %) zu verzeichnen ist.

Die Unterschiede zwischen den Erwerbs- bzw. Nichterwerbsgruppen sind im Vergleich zu den Differenzen innerhalb der Alters- Gruppen gering (vgl. Tabelle 59): Arbeitslose (hier einschließlich ABM und Umschulung) wollen zu 55,1 % „langfristig in der Stadt wohnen bleiben“ und auch 64,6 % der Erwerbstätigen (einschließlich Auszubildende).

Abbildung 49: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Altersgruppen (nur Kategorien „langfristig wohnen bleiben“ und „sicher wegziehen“)



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.679

Noch geringer sind die Unterschiede, wenn man die Aussage „sicher wegziehen“ betrachtet. Mit 11,5 % ist der Anteil unter den Arbeitslosen kaum höher als unter den Erwerbstätigen mit 9,8 %. Nur in der Kategorie „manchmal denke ich an Wegzug“ liegen die Arbeitslosen mit 25,9 % deutlich über den Erwerbstätigen mit nur etwa 17 %. Insgesamt scheint aber die Arbeitslosigkeit vergleichsweise geringe Auswirkungen auf die Wegzugsperspektive zu haben. Eine eindeutige Wegzugsperspektive hat jedoch die – sehr junge – Gruppe der Schüler, Studierenden und Wehrdienstleistenden: 52,7 % wollen sicher wegziehen, gefolgt von der – altersstrukturell sehr unterschiedlich zusammengesetzten – Gruppe, die in der Untersuchung angab, im Haushalt tätig zu sein (als Hausfrau/-mann oder in der Kindererziehung) mit 20,5 %.

Tabelle 59: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Erwerbsgruppen

Gedanken an Wegzug oder Verbleib in der Stadt	Erwerbsgruppen					Gesamt
	Schüler/ Student/ Wehrdienst	Hausfrau/ mann, Kinderer- ziehung	Rentner/ Vorruhe- stand	Arbeits- los/ABM/ Umschu- lung	Erwerbs- tätig/ Auszubil- dender	
	in % der Befragten					
langfristig hier wohnen bleiben	16,1	52,3	77,7	5,1	64,6	65,0
noch keine Gedanken gemacht	8,6	6,8	14,2	7,4	8,4	10,4
manchmal Gedanken an wegziehen	22,6	20,5	6,5	25,9	17,2	14,9
ziemlich sicher irgendwann wegziehen	52,7	20,5	1,6	11,5	9,8	9,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.680

Einen deutlichen Zusammenhang von Bleibe- versus Wegzugsorientierung gibt es mit der Ortsansässigkeit der eigenen Familie in der Stadt: Die Personen, deren Familien schon mehr als 40 Jahre in der Stadt lebten, zeigen eine deutlich geringere Wegzugsneigung als die, deren Familien später zugezogen sind (Tabelle 60): Von den Befragten mit Familientradition

Tabelle 60: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Familienansässigkeit

Gedanken an Wegzug oder Verbleib in der Stadt	Dauer der Familienansässigkeit					Gesamt
	Nach der Wende (seit 1990)	Seit dem Mauer- bau bis zur Wende (1961– 1989)	Seit Kriegs- ende bis zum Mauer- bau (1945- 1960)	Seit der Jahrhun- dertwen- de bis zum Kriegs- ende (1900- 1945)	Schon vor der Jahr- hundert- wende (vor 1900)	
	in % der Befragten					
langfristig hier wohnen bleiben	58,9	58,6	69,6	67,0	67,0	65,8
noch keine Gedanken gemacht	5,6	7,1	5,7	11,7	13,8	9,6
manchmal Gedanken an wegziehen	20,0	16,2	15,8	14,5	12,5	15,0
ziemlich sicher irgendwann wegziehen	15,6	18,1	9,0	6,8	6,7	9,6

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.402

seit 1945 bis 1960 wollen nur 9,0 %, von denen, deren Familientradition seit 1900 bis 1945 besteht, 6,8 % und 6,7 % von denen, die eine über 1900 zurückreichende Familientradition haben, ziemlich sicher wegziehen. Von der Gruppe, deren Familien nach 1990 zugezogen sind, wollen 15,6 % „ziemlich sicher wegziehen“ und von denjenigen, deren Familien zwischen 1961 und 1990 zugezogen sind, 18,1 %.

Interessanterweise zeigt die Korrelation von Bleibe- bzw. Wegzugsorientierung mit dem Vorhandensein von Wohneigentum nur eine geringe Ausprägung. Bei dieser Auswertung wurden nur Befragte über 21 Jahre einbezogen, um Verzerrungen bei der Interpretation durch im elterlichen Haushalt lebende Jugendliche möglichst auszuschließen: Der Anteil der „Abwanderungswilligen“ unter den Mietern beträgt 8,9 % und unter den Eigentümern nur 3,9 %. Der Anteil der „Beständigen“ unter den Mietern liegt bei 66,8 %. Dieser unterscheidet sich damit wenig vom Anteil der Eigentümer – es sind 71,1 % – die sicher bleiben wollen.

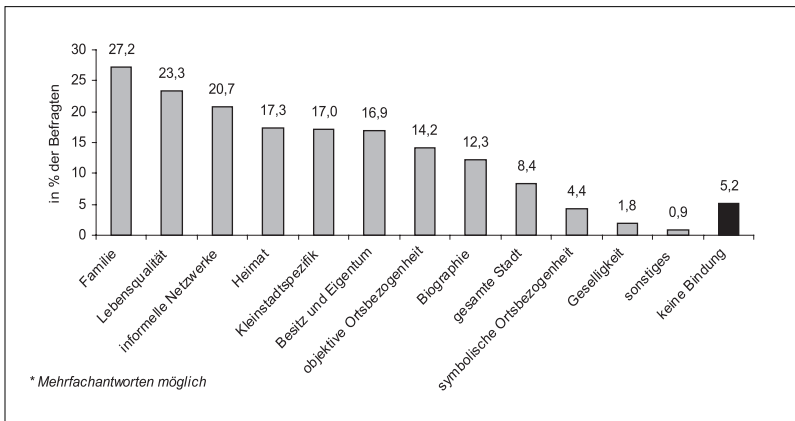
Wichtigste Bindungsfaktoren¹¹⁰ an die Kleinstadt

Über ein Viertel der Befragten nennen die Familie als wichtigsten Bindungsfaktor an die Stadt (Abbildung 50, Tabelle 61). In allen Kleinstädten hat diese Nennung eine ähnlich hohe Prozentzahl und steht – bis auf Teterow – an der Spitze. Mit 23,3 % folgt die Bindung durch die

¹¹⁰ Die Frage wurde offen gestellt und die Antworten anschließend zu folgenden Kategorien zusammengefasst:

- gesamte Stadt („Die ganze Stadt“, „die Schönheit der Stadt“ etc.)
- Heimat (z. B. „Heimat“, „Heimatort“, „Heimatsstadt“ etc.)
- Biografie (durch Biografie gebunden: z.B. „lange Lebenszeit in der Stadt“, „hier geboren“, „hier geheiratet“, „hier liegt Mann begraben“ etc.)
- Familie („meine Familie“, „meine Kinder“ etc.)
- symbolische Ortsbezogenheit („Verbundensein“, „Heimischfühlen“, „Geborgenheit“, „Gefühl des Verwachsenseins“)
- Besitz und Eigentum („meine Wohnung“, „mein Haus“, „mein Garten“, „meine Laube“)
- Lebensqualität (Bindung durch hohe Lebensqualität in der Kleinstadt insbesondere Wohnen, Lage und Natur)
- objektive Ortsbezogenheit (Arbeitsstelle, Lehrstelle, Betrieb, „zu alt für Umzug“)
- informelle Netzwerke (Freunde, Bekannte, Nachbarn)
- Kleinstadtspezifika (Bindung durch positive Eigenschaften der Kleinstadt „Kleinstadtidylle“, „man grüßt sich“, „die Ruhe“, „die kurzen Wege“)
- Geselligkeit (Bindung durch gesellschaftliches Leben, Vereine und Hobbys)
- Sonstiges und unklar.

Abbildung 50: Bindungsfaktoren an die Kleinstadt



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, N=1.660

Tabelle 61: Was bindet Sie besonders an Ihre Stadt?

Bindungsfaktoren	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten, Mehrfachantworten möglich				
Familie	28,2	25,8	28,8	26,1	27,2
Lebensqualität	19,5	24,1	19,1	29,3	23,3
Informell. Netzwerke	17,8	18,2	24,6	22,7	20,7
Heimat	18,1	15,6	15,6	18,7	17,3
Kleinstadtspezifika	12,2	25,7	14,5	17,5	17,0
Besitz und Eigentum	14,2	20,3	23,3	12,9	16,9
objektive Ortsbezogenheit	13,4	17,3	14,4	12,5	14,2
Biographie	15,4	9,1	12,0	11,7	12,3
gesamte Stadt	7,7	10,9	3,9	10,4	8,4
symbolische Ortsbezogenheit	4,8	1,6	4,3	6,0	4,4
Geselligkeit	2,5	0,9	1,6	2,0	1,8
Sonstiges	0,7	1,9	0,5	0,7	0,9
keine Bindung	6,3	4,4	7,1	3,7	5,2

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.660

„Lebensqualität der Kleinstadt“.¹¹¹ Nur in der Stadt Teterow steht dieser Bindungsfaktor nicht an zweiter, sondern mit 29,3 % an erster Stelle und überflügelt hier selbst die Nennung „Familie“.

An dritter Stelle stehen für die Befragten die „informellen Netzwerke“ (Freunde, Bekannte etc.) und an vierter und fünfter Stelle folgen die Bindungsfaktoren „Heimat“ und „Kleinstadtspezifik“ (kleinstadtspezifische Qualitäten wie „die Ruhe“, „das Zusammengehörigkeitsgefühl der Leute“, „das Kleinstadttypische“ etc.). Während im Durchschnitt 17,0 % der Befragten kleinstadtspezifische Faktoren angaben, waren es in Bad Wilsnack 25,7 %. Hier scheint der „kleinstadtspezifische“ Bindungsfaktor besonders ausgeprägt zu sein. Faktoren der „objektiven Ortsbezogenheit“ (wie Arbeitsstelle, Ausbildung, Schulbesuch etc.) liegen erst an siebenter Stelle aller Nennungen.

Eng mit der Kategorie „durch Familie gebunden“ ist die Kategorie „durch Biografie gebunden“ verknüpft. Hier finden sich Aussagen wie: „weil ich hier aufgewachsen bin“, „weil ich hier geheiratet habe“ und auffällig viele Nennungen der Bindung an den Friedhof der Stadt, „weil meine Eltern hier liegen“, „weil mein Mann hier begraben ist“. Mit 12,3 % steht diese Kategorie an achter Stelle. Angermünde weist hier mit 15,4 % den deutlich höchsten Wert auf. Keine Bindung zu besitzen, geben lediglich 5,2 % der Befragten an (mit 3,2 % die wenigsten in Teterow und mit über 7 % die meisten in Goldberg).

Fasst man die einzelnen Bindungsfaktoren zu drei übergeordneten Kategorien zusammen (persönliche, materielle und stadtbezogene¹¹²) zeigt sich, dass mit 61,5 % persönliche Bindungen überwiegen, danach folgen mit 42,5 % stadtbezogene Bindungsfaktoren und mit 27,7 % materielle Bindungen (vgl. Tabelle 63). Während die Unterschiede bei den persönlichen Bindungsfaktoren zwischen den Städten eher gering sind (maximal 4,4 Prozentpunkte Abweichung vom Durchschnitt), sind die Differenzen bei den stadtbezogenen Bindungsfaktoren größer: Den größten Anteil von diesen Bindungsfaktoren haben Teterow mit 50,8 % und Bad Wilsnack mit 48,8 %. Damit liegen sie deutlich über den Werten für Angermünde mit 34,4 % und Goldberg mit 35,7 %. Materielle Bindungsfaktoren (z.B. Eigentum, Beruf, Ausbildung) sind in den Städten

¹¹¹ Hier wurden Aussagen zur Wohn-, Lebens- und Naturqualität zusammengefasst.

¹¹² Zu stadtbezogenen Bindungsfaktoren wurden „Lebensqualität“, „Kleinstadtspezifik“, „gesamte Stadt“ und „symbolische Ortsbezogenheit“ gerechnet und zu materiellen Bindungsfaktoren „Besitz und Eigentum“ und „objektive Ortsbezogenheit“. Unter ‚persönliche Bindung‘ wurden alle anderen Aussagen zusammengefasst.

stärker, Bad Wilsnack (31,8 %) und Goldberg (33,1 %), die durch mehr Wohneigentum charakterisiert sind.

Zwischen den verschiedenen Altersgruppen zeigen sich hinsichtlich der Bindungsfaktoren – bedingt durch die unterschiedlichen Situationen in den jeweiligen Lebensabschnitten – deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 62). Die unter 25-Jährigen sind stärker durch persönliche Beziehungen gebunden (Familien mit 49,5 % und Freunde/Bekannte mit 44,7 %). Sonstige Bindungen an die Kleinstadt (z.B. Heimatgefühl, Biografie) spielen kaum eine Rolle. Das kann Folgen für die Zukunft haben, weil sich daraus Mobilitätsüberlegungen ableiten lassen, die eine weitere Verringerung der Bewohnerzahl zur Folge hätte. Auch dürfte die geringe Bindung an die Stadt nicht eine Bereitschaft zum Engagement entstehen lassen.

Tabelle 62: Was bindet Sie besonders an Ihre Stadt? (nach Hauptgruppen zusammengefasst)

Bindungsfaktoren	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten*				
Persönliche Bindung	63,5	56,1	63,6	61,7	61,5
Stadtbezog. Bindung	34,4	48,8	35,7	50,8	42,5
Materielle Bindung	25,5	31,8	33,1	23,5	27,7
Keine Bindung	6,3	4,5	7,2	3,2	5,2
* Mehrfachantworten möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.660

Die materielle Ortsbezogenheit, etwa die Bedeutung des Arbeitsplatzes, hat mit 24,2 % den höchsten Stellenwert bei den 25- bis unter 40-Jährigen. Mit einem Anteil von 24,8 % weist die Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen in der Kategorie „Besitz und Eigentum“ den stärksten Bindungsfaktor auf. Die höchsten Werte für „Heimat“ haben mit 21 % die 50- bis unter 65-Jährigen und mit 20,5 % die über 65-Jährigen. Die Älteren werden jedoch nicht nur durch diesen „emotionalen“ Faktor an ihre Stadt gebunden: Die spezifische Lebensqualität der Kleinstadt (z.B. Natur, Wohnen) ist insbesondere für die Älteren (über 65 Jahre) mit 30,1 % der wichtigste Bindungsfaktor.

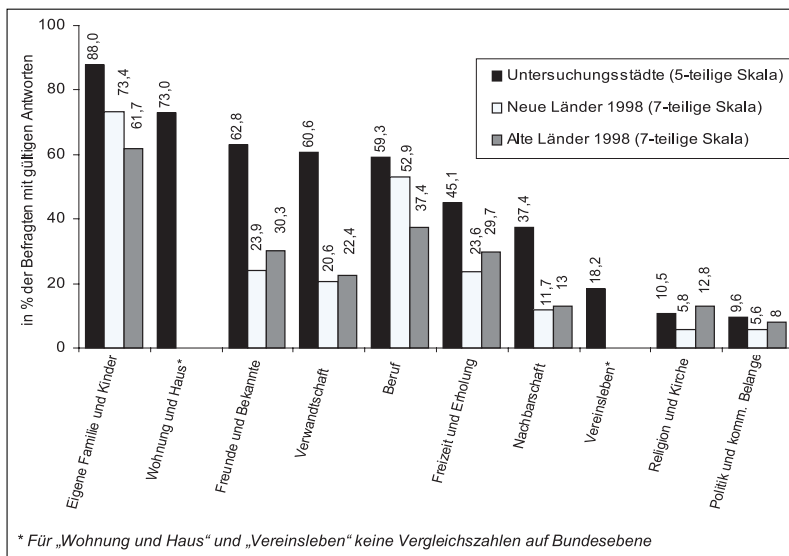
Die Unterschiede in der Einschätzung der Wichtigkeit der einzelnen Lebensbereiche¹¹³ zwischen den Untersuchungsstädten sind gering und va-

¹¹³ Die Befragten konnten jeden Lebensbereich mit 1 für „sehr wichtig“ bis 5 für „unwichtig“ bewerten. Im Folgenden werden immer die Prozentzahl der Befragten, die Antworten gaben und nicht die aller genannten Fälle angegeben.

riieren nur um wenige Prozentpunkte. Daher lassen sich Grundaussagen für die Kleinstädte verallgemeinern: In allen Städten stehen „die eigene Familie und Kinder“ als Lebensbereich an erster Stelle, 88 % bezeichnen ihn als „sehr wichtig“ (Abbildung 51). Auch bei Befragungen auf Bundesebene wird dieser Bereich als „sehr wichtig“ mit 61,7 % (Alte Länder) und 73,4 % (Neue Länder) an erster Stelle der Lebensbereiche genannt.¹¹⁴

Mit deutlichem Abstand folgt „Wohnung und Haus“ (73 %). Dieser Zusammenhang ist in den Eigentümerstädten Goldberg und Bad Wilsnack wichtiger als in den Mieterstädten Angermünde und Teterow. An dritter Stelle folgen „Freunde und Bekannte“ mit 62,8 % und an vierter Stelle die „Verwandtschaft“ mit 60,6 %. Beide Kategorien werden im Vergleich zu den Alten Ländern (30,3 % Freunde und Bekannte und 22,4 % Verwandte) und den Neuen Ländern (23,9 % und 20,6 %) sehr hoch eingestuft. Hier zeigt sich eine höhere Wertschätzung von verwandtschaftlichen und sonstigen persönlichen Netzwerken.

*Abbildung 51: Wichtigkeit von Lebensbereichen:
Nennung von „sehr wichtig“*



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gew., N=je nach Bereich 1.576-1.683, ALLBUS 1998

¹¹⁴ Die Prozentzahlen sind leider nur eingeschränkt zu vergleichen, da die ALLBUS-Befragung eine 7-teilige Skala (vgl. ALLBUS 1998) und die Kleinstadtbefragung eine 5-teilige Skala verwendete und somit die Nennungen für „sehr gut“ auf Bundesebene tendenziell geringer ausfallen müssen.

Tabelle 63: Vergleich Bindungsfaktoren und Alter

Bindungsfaktoren	Altersgruppen					Gesamt
	16 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre	
	in % der Befragten, Mehrfachantworten möglich					
Familie	49,5	33,2	27,1	19,6	20,4	27,2
Lebensqualität	10,5	14,9	26,5	26,7	30,1	23,3
informelle Netzwerke	44,7	25,0	19,7	12,5	16,1	20,7
Heimat	6,1	16,0	15,5	21,0	20,5	17,3
Kleinstadtspezifika	11,1	15,1	19,4	19,0	17,3	17,0
Besitz und Eigentum	3,3	19,7	24,8	20,0	10,6	16,9
objektive Ortsbezogenheit	15,1	24,2	20,8	11,0	3,1	14,2
Biographie	3,8	9,5	11,5	14,9	16,4	12,3
gesamte Stadt	4,7	7,5	5,0	10,7	10,8	8,4
symbolische Ortsbezogenheit	0,5	3,0	4,2	4,4	7,6	4,4
Geselligkeit	2,6	1,8	1,3	1,3	2,8	1,8
Sonstiges	1,0	0,2	1,0	1,4	0,8	0,9
keine Bindung	9,4	4,4	4,2	4,8	5,0	5,2

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.660

Der „Beruf“ steht mit 59,3 % aller Nennungen erst an fünfter Stelle. Die anderen Lebensbereiche haben alle Nennungen mit einer Häufigkeit unterhalb von 50 % der Befragten: „Freizeit und Erholung“ wird von 45,1 % und „Nachbarschaft“ von 37,4 % eine „sehr wichtige“ Rolle zugebilligt. Auch hier zeigt sich – wie bei „Verwandtschaft“ und „Freunde und Bekannte“ – ein sehr hoher Abstand zu den Werten der Bundesrepublik (West 13 %, Ost 11,7 %), was wiederum für eine größere Bedeutung der Netzwerke spricht.

Religion und Kirche spielen mit 10,5 % eine geringe Rolle: Während ihnen in Angermünde, Goldberg und Teterow nur zwischen 8,8 % und 9,9 % der Befragten eine wichtige Rolle zubilligen, zeigt Bad Wilsnack mit 14,7 % eine größere kirchliche Orientierung. Noch hinter „Kirche und Religion“ rangiert an letzter Stelle der Lebensbereich „Politik und kommunale Belange“: Diesem wird nur von 9,6 % der Befragten eine sehr wichtige Stellung als Lebensbereich eingeräumt, womit sich jedoch keine gravierenden Unterschiede zu den Werten auf Bundesebene zeigen (West 8 %, Ost 5,6 % für „sehr gut“ auf 7-teiliger Skala).

Beteiligungskulturen in den Kleinstädten

Aussagen über Beteiligungskulturen in Kleinstädten ermöglichen auf der formalen Ebene zunächst die Analyse der Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinigungen. Dazu wurde durch die Befragung die Mitgliedschaft in politischen Organisationen, wie Gewerkschaft, Parteien und Bürgerinitiativen, sowie die Zugehörigkeit zu Vereinen und ähnlichen Assoziationen erhoben. Ergänzend wurden die Gründe erfasst, sich in einem Verein zu engagieren.

Im Durchschnitt aller Städte sind 44,3 % der Befragten, die dazu Angaben machten, in Vereinen und Vereinigungen einschließlich politischer Vereinigungen (Parteien, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften) organisiert (vgl. Tabelle 64). Den höchsten Anteil hat dabei Bad Wilsnack mit 50,3 % gegenüber 42,4 % in Goldberg, wie auch in Teterow mit 42,7 % und Angermünde mit 42,9 %. Im Vergleich mit den Alten Bundesländern sind 58 %, in den Neuen Bundesländern nur 38 % der Bevölkerung (über 18 Jahre) Mitglied in mindestens einer der genannten Organisationen bzw. Vereinigungen (Wohlfahrtssurvey 1998: 8.9). Demnach ist der Organisationsgrad in den Untersuchungsstädten deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Neuen Länder.

Tabelle 64: Vereinigungsmitgliedschaften mit mindestens einer Zugehörigkeit in den Untersuchungsstädten

Mitglied- schaft	Alte Länder 1998	Neue Länder 1998	Untersuchungsstädte				
			Anger- münde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	Gesamt
	in % der über 18-Jährigen		in % der Befragten				
Ja	58	38	42,9	50,3	42,4	42,7	44,3
Nein	42	62	57,1	49,7	57,6	57,3	55,7
keine Angabe	--	--	0,2	0,6	0,3	0,8	0,5

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.674, Wohlfahrtssurvey 1998: 8.9.

Betrachtet man nur das Engagement in – den im engeren Sinne gesellschaftspolitischen Vereinigungen – Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, so zeigt sich ein Organisationsgrad von 7,6 % in mindestens einer der genannten Organisationen (vgl. Tabelle 65). Die Stadt Angermünde hat mit 9,6 % der Befragten den höchsten Organisationsgrad, gefolgt von Goldberg mit 7,7 % und Bad Wilsnack mit 6,9 %. In

Teterow sind lediglich 6,0 % organisiert. Mit 3,8 % sind Gewerkschaften von den drei genannten Organisationsformen die wichtigsten.

Zum Vergleich mit den Daten der Bundesrepublik werden im Folgenden zur Gewährleistung der gleichen Grundlage nur die Anteile der über 18-Jährigen betrachtet. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder liegt in den Untersuchungsstädten mit 4 % deutlich unter dem der Alten Länder mit 12 % und dem der Neuen Länder mit 13 % (vgl. Tabelle 66). Bei der Parteizugehörigkeit ist der Unterschied geringer: 2,4 % der Befragten sind Parteimitglied. Mit 3 % sind es in den Neuen Ländern und 4 % in den Alten Ländern nicht wesentlich mehr. Der Anteil der Mitglieder in Bürgerinitiativen liegt mit 2,1 % in den Untersuchungsstädten über dem

Tabelle 65: Mitgliedschaft in Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative¹¹⁵

Mitgliedschaften	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten*				
Partei	2,5	1,6	2,6	2,3	2,3
Gewerkschaft	5,6	3,1	4,8	2,0	3,8
Bürgerinitiative	1,9	2,5	1,0	2,3	2,0
Mitgliedschaft in einer der drei Organisationen	9,6	6,9	7,7	6,0	7,6
Keine Mitgliedschaft	90,4	93,1	92,3	94,0	92,4
* Mehrfachantworten möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681

Tabelle 66: Mitgliedschaft in „gesellschaftspolitischen“ Organisationen

	Gewerkschaft	Partei	Bürgerinitiative
	in % der Bevölkerung über 18 Jahre		
Neue Bundesländer und Berlin Ost	13,0	3,0	1,0
Alte Bundesländer und Berlin West	12,0	4,0	1,0
Untersuchungsstädte	4,0	2,4	2,1

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681, Wohlfahrtssurvey 1998, 8.3- 8.5

¹¹⁵ Vereine, sonstige Organisationen einschließlich Partei, Gewerkschaft, Bürgerinitiative

Anteil in den Alten und Neuen Ländern mit jeweils 1 % (Wohlfahrts-survey 1998: 8-3 bis 8-5). Den größten Anteil der Organisierten in den Untersuchungsstädten weist die Altersgruppe der 35- bis unter 55-Jährigen auf: 4,7 % sind in einer Gewerkschaft, 3,1 % in einer Partei und 2,3 % in einer Bürgerinitiative. Alle Werte liegen jedoch deutlich unter den Anteilen in den Neuen Ländern.

Frauen sind sowohl in den Alten wie Neuen Ländern deutlich seltener Mitglied in Parteien und Gewerkschaften. Bei der Angabe „Gewerkschaftsmitgliedschaft“ zeigt sich das eindeutig in den Untersuchungsstädten: Hier sind Männer (über 18 Jahren) mit 5,2 % stärker engagiert als Frauen mit 2,9 % (vgl. Tabelle 67). Ähnliches gilt auch für die Parteimitgliedschaft. Abweichend von diesem Trend sind jedoch Frauen in den Untersuchungsstädten in Bürgerinitiativen etwas stärker engagiert als Männer (2,6 % der Frauen gegenüber 1,5 % der Männer).

Tabelle 67: Mitgliedschaft in „gesellschaftspolitischen“ Organisationen nach Alter und Geschlecht

		Gewerkschaft	Partei	Bürgerinitiative
		<i>in % der Bevölkerung über 18 Jahre</i>		
Untersuchungsstädte		4,0	2,4	2,1
davon	Männer	5,2	3,4	1,5
	Frauen	2,9	1,4	2,6
	18 bis 34 Jahre	2,4	0,8	1,5
	35 bis 54 Jahre	4,7	3,1	2,3
	55 Jahre und älter	4,1	2,5	2,1
Neue Bundesländer und Berlin Ost		13,0	3,0	1,0
davon	Männer	16,0	4,0	1,0
	Frauen	10,0	3,0	1,0
	18 bis 34 Jahre	9,0	3,0	2,0
	35 bis 54 Jahre	17,0	2,0	2,0
	55 Jahre und älter	12,0	5,0	2,0
Alte Bundesländer und Berlin West		12,0	4,0	1,0
davon	Männer	19,0	6,0	1,0
	Frauen	6,0	3,0	1,0
	18 bis 34 Jahre	11,0	3,0	1,0
	35 bis 54 Jahre	16,0	3,0	2,0
	55 Jahre und älter	9,0	5,0	1,0

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.681; Wohlfahrtsurvey 1998: 8.3- 8.5

Im Folgenden werden die Mitgliedschaften in Vereinen und sonstigen Vereinigungen ohne Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften betrachtet. 40,3 % der Befragten gaben an, Vereinsmitglieder zu sein. (vgl. Tabelle 68) Damit liegen die Kleinstädte deutlich über dem Durchschnitt

Tabelle 68: Vereinsmitgliedschaft nach Untersuchungsstädten

Vereinsmitglied- schaften	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Anger- münde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten*				
Vereinsmitglieder (mit Nennung der Vereinsart)	38,0	46,7	37,9	39,7	40,3
Keine Mitgliedschaft	61,0	52,8	61,8	59,2	58,9
Keine Angabe bzw. keine Vereinsnennung	1,0	0,5	0,3	1,1	0,8
* Mehrfachnennungen möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.683

der Neuen Länder (26 % Stand 1993, StaBA1995: 560; 27 % Stand 1998; ALLBUS 1998) und kaum unter dem der Alten Länder (47 % Stand 1993, StaBA1995: 560, 46,6 % Stand 1998, ALLBUS 1998). (vgl. Tabelle 69) Zwischen den einzelnen Städten treten hier kaum Unterschiede auf: In Bad Wilsnack ist die Vereinszugehörigkeit mit 46,7 % am höchsten und in Goldberg mit 37,9 % am niedrigsten (vgl. Tabelle 68).

Der Organisationsgrad in Vereinen/Vereinigungen steigt mit höherem Bildungsniveau (Tabelle 70) deutlich an. Das ist sowohl bei der Analyse des Schulbildungsabschlusses (nur 38 % der Hauptschulabsolventen, aber

Tabelle 69: Kumulation von Vereinsmitgliedschaften in Ost- und Westdeutschland

	Anteil Bevölkerung, der mindestens in einem Verein Mitglied ist in %	
	Westdeutschland (1993)	Ostdeutschland (1993)
Insgesamt	47	26
Geschlecht		
Männer	55	33
Frauen	39	21
Altersgruppen		
18-24 Jahre	50	27
25-39 Jahre	47	23
40-64 Jahre	50	29
65 und älter	37	24
Wohnort		
Dorf	53	21
Kleinstadt	53	25
Mittlere Stadt	42	36
Großstadt	39	28

Quelle: StaBA 1995: 560

51,8 % der Besitzer der Fachhochschul- und Hochschulreife sind Vereinsmitglieder) als auch bei der Betrachtung des Berufsbildungsabschlusses (nur 34,6 % derjenigen ohne Abschluss, aber 51,1 % der Besitzer eines Fachhochschul- oder Hochschulabschlusses sind organisiert) festzustellen.

Tabelle 70: Mitgliedschaft in Vereinigungen nach Bildungsstatus

Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer sonstigen Vereinigung?	Bevölkerung nach höchstem allgemeinbildenden Abschluss					
	Kein Abschluss	Hauptschulabschluss, 8. Klasse	Mittlere Reife, 10. Klasse	Fachhoch-, Hochschulreife	Gesamt	
	in % der Bevölkerung über 16 Jahre					
	Ja	XX*	38,0	38,8	51,8	40,8
Nein	XX*	62,0	61,2	48,2	59,2	
Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer sonstigen Vereinigung?	Bevölkerung nach höchstem beruflichen Abschluss					
	Kein Abschluss	Beruflich-betriebl. Berufsausbildung (Lehre)	Beruflich-schulische Berufsausbildung	Meister-, Techniker-, Berufs- oder Fachakad., Fachschule	Fachhoch-, Hochschulabschluss, sonst. akad. Grad	Gesamt
	in % der Bevölkerung über 16 Jahre					
	Ja	34,6	39,3	38,5	43,0	51,1
Nein	65,4	60,7	61,5	57,0	48,9	59,2
* zu kleine Fallzahl in diesem Bereich						

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gew. N=1.638 Schulbildung; N=1.677 Berufsabschluss

Der Wohnort innerhalb der Stadt korreliert nur gering mit der Häufigkeit der Vereinszugehörigkeit: Die Bewohner der Neubaugebiete liegen genau im Schnitt, die Bewohner der Altstadt etwa zwei Prozentpunkte darunter, die Bewohner sonstiger Gebiete etwa zwei Prozentpunkte darüber.

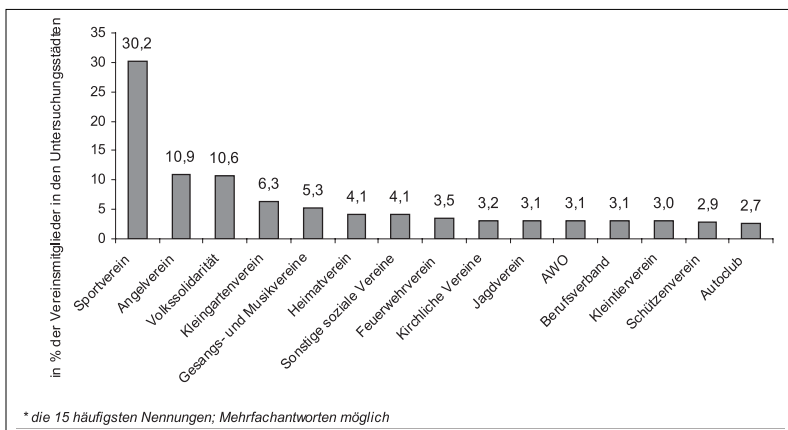
Die Dauer der Ansässigkeit der Familie zeigt eine – wenn auch nur leichte und unregelmäßige – Korrelation zur Vereinszugehörigkeit: Den höchsten Mitgliedschaftsgrad haben diejenigen, deren Familie schon seit mehr als 100 Jahren in der Stadt leben mit 45,3 %, während die nach der Wende Zugezogenen nur zu 37,4 % organisiert sind. Allerdings zeigen auch diejenigen, deren Familien zwischen 1900 und 1945 in die Stadt kamen, mit 38,5 % einen niedrigen Wert, während die Befragten aus Familien, die erst 1945 bis 1960 zugezogen sind, mit 44 % bzw. aus Famili-

en, die erst 1961 bis 1989 zugezogen sind, mit 42,8 % relativ hohe Werte aufweisen.

Sehr deutliche Unterschiede im Grad der Vereinszugehörigkeit zeigen sich zwischen den Geschlechtern: 49,1 % der Männer sind Mitglieder in Vereinen oder Vereinigungen gegenüber nur 33 % der Frauen. Unterschiede zwischen den Geschlechtern finden sich auch bei der Bevorzugung einzelner Vereine. So sind in der Volkssolidarität eher die Frauen und im Angelverein eher die Männer organisiert. Bei vielen anderen Vereinsmitgliedschaften zeigen sich ebenfalls diese Unterschiede, wenn sie auch nirgends sehr stark ausgeprägt sind. Tendenziell sind Frauen eher in sozialen und kulturellen Vereinen, die Männer stärker in Sport- und Hobbyvereinen organisiert.

Die Vereinsart, die in den Kleinstädten die stärkste Bedeutung hat, ist der Sportverein: Von allen Vereinsmitgliedern gaben 30,2 % der Befragten an, hier Mitglied zu sein (vgl. Abbildung 52 und Tabelle 71). Die Dominanz der sportorientierten Vereine zeigt sich noch deutlicher durch die Zusammenfassung der verschiedenen Vereinsarten zu übergeordneten Gruppen): 44,3 % der Vereinsmitglieder sind Mitglieder in Sportvereinen im weiteren Sinne (hier einschließlich Wander-, Angel- und Jagdvereine). Die zweite große Gruppe sind die „sonstigen Vereine“ mit 37,8 %, die ein sehr weites Spektrum vom Auto- über den Mieter- bis zum Kleingartenverein abdecken. Soziale Vereine (z.B. Volkssolidarität, AWO) umfassen immerhin 17 % und kulturelle Vereine (z.B. Heimat- oder Museumsvereine) noch 7,5 % der Vereinsmitglieder.

Abbildung 52: Vereinsmitgliedschaften



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=685

Tabelle 71: Vereinsmitgliedschaften nach Hauptgruppen

Vereinsmitgliedschaften	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Vereinsmitglieder*				
Kirchliche Vereine	2,5	2,9	5,3	2,7	3,2
Musik-, Tanz- und Trachtenvereine	5,9	10,3	5,5	2,3	5,8
Sportvereine	40,3	49,4	49,4	40,8	44,3
Kulturelle Vereine	5,5	4,4	8,7	11,2	7,5
soziale Vereine	18,0	14,9	15,4	18,7	17,0
sonstige Vereine	42,4	36,0	29,6	40,1	37,8
* Mehrfachantworten möglich, nur Befragte mit Angaben zur Art des Vereins					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=680; Nennungen zu Hauptgruppen zusammengefasst

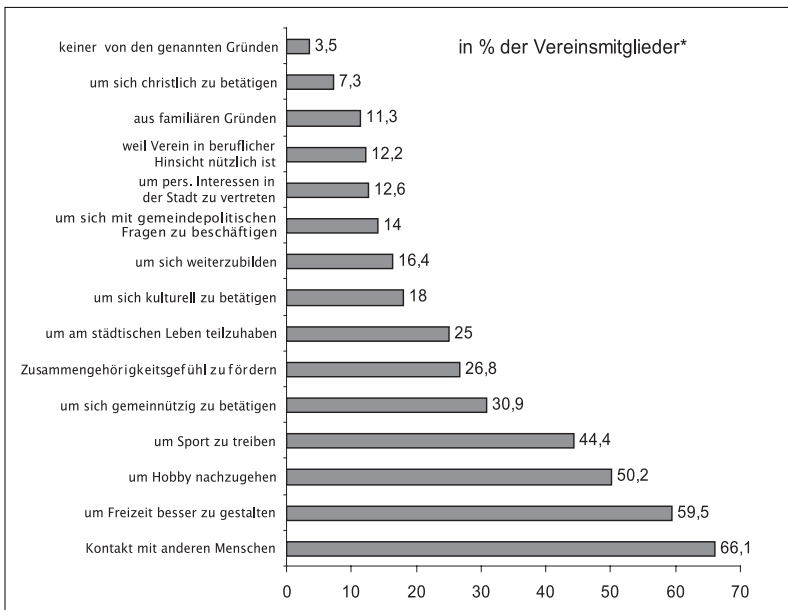
Die Altersgruppe mit dem höchsten Anteil von Vereinsmitgliedschaften ist die der über 65-Jährigen mit 46,3 %. Die Gruppe mit dem geringsten Anteil sind dagegen die 25- bis unter 40-Jährigen mit nur 34,3 %: Die These von einer Überalterung der Vereine wird auch durch diese Untersuchung belegt (vgl. StaBA 2001d: 536). Betrachtet man einzelne Vereinsarten, dann zeigt sich, dass insbesondere in den Heimat- und Museumsvereinen eindeutig die Gruppe der über 65-Jährigen dominiert. Wenn alle kulturellen Vereine zusammenbetrachtet werden, ist der Anteil der über 65-Jährigen unter den Mitgliedern mit 57,7 % sehr hoch, auch die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen ist mit 23,0 % stark vertreten, Jüngere finden sich nur sehr unterdurchschnittlich in diesen Vereinen. Von allen Vereinsmitgliedern sind 18,2 % Mitglied in mehr als einem Verein. Den größten Anteil von Mehrfachmitgliedern hat Bad Wilsnack mit 19,2 %, den niedrigsten Angermünde mit 15,1 %.¹¹⁶

Zwischen den einzelnen Erwerbstätigen- bzw. Nichterwerbstätigen- gruppen sind die Unterschiede in der Vereinszugehörigkeit nicht sehr stark ausgeprägt: Den geringsten Organisationsgrad haben Befragte, die angaben zur Gruppe Haushalt/Kindererziehung zu gehören, mit 31,8 %. Den höchsten Organisationsgrad haben dagegen diejenigen, die vor bzw. nach der Erwerbstätigkeitsphase stehen: die Schüler/Studenten/Wehrpflichtigen mit 46,2 % und die Rentner/Vorruheständler mit 45,3 %. Der Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen (einschließlich ABM und Umschulung) ist gering: Mit 39 % liegen die Erwerbstätigen nahe dem Durchschnitt von 40,9 %. Die Arbeitslosen liegen jedoch mit 34,6 % nur wenig hinter den Erwerbstätigen.

¹¹⁶ Ein Vergleich mit den Werten der Bundesrepublik war aufgrund fehlender Daten nicht möglich.

Als Gründe für eine Vereinsmitgliedschaft wurden folgende Antworten angegeben (Abbildung 53), geordnet nach der Anzahl der Nennungen: 66,1 % der Vereinsmitglieder gaben an, dass sie „Kontakt mit anderen Menschen“ suchen, 59,5 % möchten durch die Vereinsmitgliedschaft ihre „Freizeit besser gestalten“ und 50,2 % wollen ihrem „Hobby nachgehen“. Erst an vierter Stelle wird der Wunsch „Sport zu treiben“ angegeben (44,4 %). Häufige Nennungen haben mit 30,9 % und 26,8 % auch die Gründe „sich gemeinnützig zu betätigen“ und „das Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern“. Auch der Grund, „um am städtischen Leben teilzuhaben“ wird von einem Viertel der Vereinsmitglieder angegeben (25 %).

Abbildung 53: Gründe für Vereinsmitgliedschaft



* Mehrfachantworten möglich

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=680

Eine genauere Analyse der unterschiedlichen Motivationen für das Vereinsengagement nach einzelnen Vereinstypen ergibt ein differenziertes Bild (vgl. Tabelle 72): Die Motivation „Kontakt mit anderen Menschen“ ist bei allen Vereinstypen auf einem hohen Niveau, jedoch insbesondere bei den Musik-, Tanz-, Trachtenvereinen mit 81,4 % und den sozialen Vereinen mit 72,5 % besonders ausgeprägt. Ein überdurchschnittliches

Tabelle 72: Gründe für Vereinsmitgliedschaft nach Vereinstypen

Gründe für Vereinsmitgliedschaft*	Untersuchungsstädte						Gesamt
	Kirchl. Vereine	Musik/ Trachten/ Tanzver.	Sport- vereine	Kulturelle Vereine	Soziale Vereine	Sonst. Vereine	
	in % der Vereinsmitglieder*						
Kontakt mit anderen Menschen	59,1	81,4	69,1	69,7	72,5	63,6	66,1
um Freizeit besser zu gestalten	51,0	65,7	65,9	56,9	53,2	60,3	59,5
um Hobby nachzugehen	15,5	64,3	65,7	29,9	19,6	53,4	50,2
um Sport zu treiben	7,9	27,0	78,9	18,0	19,0	27,4	44,4
um sich gemeinnützig zu betätigen	64,8	33,4	25,3	44,5	42,6	33,4	30,9
um das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Stadt zu fördern	32,7	28,9	25,8	48,3	30,0	26,4	26,8
um am städtischen Leben teilzuhaben	29,5	33,9	23,8	49,2	31,8	26,0	25,0
um sich kulturell zu betätigen	34,9	39,8	14,3	42,8	18,2	19,7	18,0
um sich weiterzubilden	17,7	17,5	13,0	26,8	17,4	20,5	16,4
um sich mit gemeindepolitischen Fragen zu beschäftigen	27,3	13,7	12,3	37,5	18,0	16,4	14,0
um persönliche Interessen in der Stadt zu vertreten	15,7	17,8	12,1	25,2	12,4	15,0	12,6
weil Verein in beruflicher Hinsicht nützlich ist	18,9	5,1	10,7	18,7	17,9	12,6	12,2
aus familiären Gründen	23,7	19,4	11,6	8,8	4,4	14,1	11,3
um sich christlich zu betätigen	69,5	8,2	4,2	12,3	9,6	6,2	7,3
keiner von den genannten Gründen	7,9		0,4		6,7	6,0	3,5
* Mehrfachantworten möglich							

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=680

Interesse, sich an gemeindepolitischen Fragen zu beteiligen, zeigt sich bei den Mitgliedern in kirchlichen Vereinen mit 27,3 % und insbesondere bei den kulturellen Vereinen mit 37,5 %. Auch bei zwei anderen auf die Stadt bezogenen Motivationen haben die Mitglieder der kulturellen Vereine den höchsten Anteil: Die Antwort „um am städtischen Leben teilzuhaben“ gaben 49,2 % und „um das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Stadt zu fördern“ 48,3 % der Befragten als Grund für ihre Vereinsstätigkeit an. Auch der Grund „um sich gemeinnützig zu betätigen“ wird mit 44,5 % sehr häufig genannt. Er rangiert damit höher als bei den Mitgliedern sozialer Vereine (42,6 %). Nur die Mitglieder kirchlicher Vereine gaben mit 64,8 % diese „stadtbezogene“ Begründung, während sie bei den Sportvereinsmitgliedern eine geringere Rolle spielt. Sie rangieren bei den Gründen „um sich gemeinnützig zu betätigen“ (25,3 %), „um am

städtischen Leben teilzunehmen“ (23,8 %) und „um das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Stadt zu fördern“ (25,8 %) im Vergleich zu den Mitgliedern der anderen Vereinstypen an letzter Stelle. Der offizielle Vereinszweck „sich sportlich zu betätigen“ entspricht tatsächlich mit 78,9 % der Motivation zur Mitgliedschaft.

Familiäre Gründe werden häufiger nur von den Mitgliedern der kirchlichen Vereine und der Tanz-, Musik- und Trachtenvereine mit 23,7 % und 19,4 % genannt.

Ebenso wie die geschlechtsspezifische Präferenz von Vereinsarten differieren auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Gründen für die Vereinsmitgliedschaft: Für Männer steht der Sport als Grund stärker im Vordergrund (48,4 % der männlichen aber nur 39,0 % der weiblichen Vereinsmitglieder gaben dies an). Während Frauen mit 22,9 % als meistgenannten Grund „kulturelle Betätigung“ angaben, wählten 14,4 % der Männer diese Antwortmöglichkeit.

Teilhabe an städtischen Mitwirkungsstrukturen und Engagement

Zur Bewertung der bürgerschaftlichen Aktivität der Befragten wurde ein Set von Indikatoren gebildet, z.B. die Häufigkeit der Lektüre des Amtsblattes und der Lokalzeitung, der Besuch von Sitzungen des Stadtparlaments,¹¹⁷ von Ausschüssen und Informationsveranstaltungen, die Teilnahme an Kommunalwahlen¹¹⁸ und privaten Gesprächen über die Stadtpolitik.

Zur Bewertung des kommunalen Engagements wurden ebenfalls Fragen nach Besuch und Mitwirkung am letzten Stadtfest herangezogen. Aus diesen Fragen wurde eine gemeinsame Variable „Teilnahmeskala“¹¹⁹ gebildet.

¹¹⁷ Die kommunale Volksvertretung heißt im Land Brandenburg amtlich ‚Stadtverordnetenversammlung‘ und in Mecklenburg-Vorpommern ‚Stadtvertretung‘.

¹¹⁸ Die Angaben zur Teilnahme an Kommunalwahlen waren extrem hoch: 81,9 % der Befragten gaben an, *immer* an den Wahlen teilzunehmen! Die Unterschiede der Angaben zwischen den Städten waren dabei eher gering (79,5 % bei Angermünde als niedrigster Wert und 85 % bei Bad Wilsnack als höchster Wert). Vergleicht man diese Angaben jedoch mit den realen Beteiligungsquoten an den letzten Wahlen, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild: An diesen beteiligten sich 45,6 % der Wahlberechtigten in Teterow (1998) und 77 % in Bad Wilsnack (1999). Die Bürgermeisterwahlen im Jahr 2000 in Angermünde und 2001 in Goldberg hatten lediglich eine Wahlbeteiligung von 40,2 % und 57,5 %. Offensichtlich wurde bei der telefonischen Befragung die eigene Beteiligung an Wahlen übertrieben dargestellt, da diese als sozial erwünscht gilt.

¹¹⁹ Aus den sechs Fragen zur Teilnahme am kommunalen Leben wurde eine additive Skala gebildet. Sie hat fünf Kategorien: 1. Sehr starke Teilnahme, 2. Starke

Die höchsten Werte für eine „sehr starke“ und „starke“ Teilnahme hat Bad Wilsnack, die geringsten Angermünde (vgl. Tabelle 73). Teterow und Angermünde haben hohe Werte für „mittlere Teilnahme“. Teterow hat dabei sowohl unterdurchschnittliche Werte für „starke“ als auch für „schwache“ Teilnahme. Der Wert „Teilnahme“ korreliert jedoch nicht mit der schon mehrfach beobachteten Rangfolge der Städte: Bad Wilsnack und Teterow als Städte mit stark gebundenen und sich mit der Stadt identifizierenden Bewohnern, Angermünde mit mittleren Werten und Goldberg mit schlechteren Werten.

Tabelle 73: Teilnahme an städtischen Mitwirkungs- und Informationsstrukturen

Intensivität der Teilnahme (Teilnahmeskala)	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten*				
Sehr starke Teilnahme	4,7	5,7	4,8	4,1	4,8
Starke Teilnahme	21,0	30,2	24,9	23,2	24,3
Mittlere Teilnahme	50,0	45,5	45,8	52,3	48,9
Schwache Teilnahme	18,0	15,0	19,8	16,8	17,4
Sehr schwache Teilnahme	6,3	3,6	4,8	3,5	4,6

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.640

Deutliche Unterschiede ergeben sich, wenn man die Teilnahmeskala mit der Vereinsmitgliedschaft kreuztabelliert. Hier zeigt sich ein stärkerer Anteil von Vereinsmitgliedschaften bei den „sehr stark“ und „stark“ engagierten Befragten: Von den Vereinsmitgliedern sind 40,3 % „sehr stark“ und „stark“ engagiert, von den Nichtmitgliedern nur 21,3 %. Es zeigt sich auch eine starke Korrelation mit dem Alter: Je älter, desto engagierter sind die Befragten. Die höchsten Teilnahmewerte hat die Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen: 37 % sind hier „stark“ oder „sehr stark“ engagiert. Bei den 16- bis unter 25-Jährigen entfallen nur 9,3 % auf diese beiden Werte. Ebenso – wenn auch geringer – zeigt sich eine Korrelation mit der Familienwohndauer.

Höher Gebildete sind entsprechend dieser Teilnahmeskala eindeutig stärker engagiert: Befragte mit Fachhochschul- oder Hochschulreife ga-

Teilnahme, 3. Mittlere Teilnahme, 4. Schwache Teilnahme, 5. Sehr schwache Teilnahme.

ben an mit 42 % „stark“ oder „sehr stark“ engagiert zu sein, bei denen mit Hauptschulabschluss waren dies nur 20 %.

Das Bürgerengagement wird allerdings von den meisten Schlüsselpersonen als gering eingeschätzt, von einigen wenigen jedoch als „durchaus vorhanden“ charakterisiert. Außerdem handele es sich in der Regel um denselben Personenkreis, der sich engagiere. Vor allem seien dies Mitglieder des Stadtparlaments, Vereinsvorsitzende, örtliche Gewerbetreibende und einige wenige Lehrer sowie andere Einzelpersonen. In Bezug auf die Gewerbetreibenden wird auf die geschäftsfördernde Wirkung des Engagements verwiesen: Der Bekanntheitsgrad wachse durch Bürgerengagement. Häufiger sei das jedoch an Interessen von Einzelpersonen gebunden.¹²⁰ Das Engagement in Vereinen und bei Festlichkeiten (Stadtfeiern) wird

¹²⁰ A4: „Das Engagement ist schon da.“

A5: „Das sind wieder die Bäcker und Fleischer.“

A6: „Ich hab’ hier noch nie tausend Leute auf die Straße gehen sehen.“

A7: „Die Freiwilligkeit beschränkt sich auf Idealisten.“ „Die Lehrer gehen lieber mit ihren Frauen Händchen haltend einkaufen [als sich in Vereinen zu engagieren].“

A9: „Sie fragen einen, der wünschte, es wäre mehr.“ „Alle Kulturaktivitäten beißen sich an dem Desinteresse der Bürger die Zähne aus.“

A11: „Die Fragestunde in der SVV wird nur von zwei Bürgern besucht, die immer kommen. Davon ist einer ein Querulant.“ „Es gleitet leider oft in wüste Polemik über.“

A13: „Man sieht doch, wer sich in dieser Stadt für die Belange einsetzt und diese Leute holen wir gezielt. Auf die anderen verzichten wir. [...] Das bringt ja nichts.“

A14: „Wenn es um das Portmonee geht, sind sie da. Wenn sie dabei sind, machen sie auch stramm mit.“ „Wir können nicht sagen, dass sich die Bürger drängen mitzumachen.“

B6: „Das Bürgerengagement könnte besser sein.“ „Insgesamt ist aber jeder Bürger doch interessiert, ein bisschen Ordnung nach vorne zu halten.“

B7: „Ich denke mal, das hat er [der Bürgermeister] ganz gut im Griff, die entsprechenden Leute zu aktivieren.“ „Es gibt da immer irgendwo so ein paar tragende Säulen, die muss man dafür ansprechen und dann kommt eigentlich immer irgendeine Reaktion.“

B8: „Man möchte meinen, die [Aktiven] sind etwas intelligenter als die anderen. (Keine Bildungsabschlussintelligenz). Die sich dann auch dafür interessieren, was in Wilsnack passiert.“ „Wenn man das Thema mal betrachtet: Was tut der einzelne Bürger für die Stadt, dann braucht man selbst bloß mal mit offenen Augen durch die Stadt zu gehen, man kehrt normalerweise den Dreck vor seiner eigenen Tür. Aber sie regen sich nur alle auf, dass der Nachbar nicht kehrt.“

B11: „Sie werden Bürger sehen, die nie einen Finger krumm machen.“

G1: „Es sind einige Wenige, die sich dort sehr engagieren. Es sind auch immer die Gleichen.“

höher als bei städtischen Angelegenheiten eingeschätzt, wie Probleme der Stadtentwicklung, andere Informationsveranstaltungen, Bürgerfragestunden und kommunaler Wahlbeteiligung.¹²¹

Zur Bedeutung informeller Netzwerke

Bei der Analyse von sozialen Beziehungen und informellen Netzwerken haben sich in der empirischen Sozialforschung Netzwerkanalysen bewährt. In der vorliegenden Untersuchung hätte jedoch eine egozentrierte Netzwerkanalyse den zeitlichen und finanziellen Rahmen gesprengt. Als Kompromiss wurde daher in der Haushaltsbefragung ein Fragenkomplex erhoben, der die Art der Aktivitäten und der sozialen Kontakte in der Stadt untersucht.

G2: „Früher kamen die Leute und haben auch mal gesagt, wir machen die Kirche sauber oder dies oder das. Nach der Wende fragen sie alle, was kriegen wir dafür.“

G3: „Sie müssen nur einmal zur SVV gehen!“ „Ich fühl mich als Hase auf dem Acker, man stiehlt mir meine Zeit, Bürger fast null beteiligt.“ „So kriegt man die Leute kurz.“ „Es ist wie im Märchen Hase und Igel, wo man ankommt, warten neue Konflikte, man stiehlt mir meine Zeit.“

G9: „Die Resonanz [auf SVV- und Ausschusssitzungen] ist erschreckend.“ „Wir [die Unternehmer] haben noch so die Einstellung, wenn keiner was macht, dann läuft überhaupt nichts.“ „Umso mehr Leute man kennt, umso mehr Aufträge bekommt man auch.“

G10: „Ich würde sagen, mittelmäßig.“ „Wenn wir Stadtverordnetenversammlung haben, kann man im Durchschnitt sagen, es sind so 15 Einwohner da.“

T3: „Könnte besser sein.“ „Wer was sagt, ist der Gebranntmarke.“ „Die Stadt hatte nicht eine Zeile in die Zeitung gebracht.“ „Es gibt viele Bürger, die sehr kritisch sind, aber keinen Hintern in der Hose haben, auch etwas zu sagen.“

T4: „Es läuft ordentlich.“

T5: „Leider im Großen und Ganzen nicht gerade positiv. Es gibt eine Hand voll und dann ist Schluss.“ „Das liegt, denk ich mal, an der Mentalität der Menschen. Sie sind eben schwer ranzukriegen.“

T6: „Schwerfällig, einfach schwerfällig und in der Minderheit [...]“

T7: „Eigentlich ganz gut, insgesamt ganz gut, ich glaube dass wir da nicht so schlecht dastehen.“

T8: „Von 10.000 sind's 500.“

T10: „Aber es muss eben ein Motor da sein.“ „Wenn's losgeht, geht's los, man kann die Teterower auch schon bewegen.“

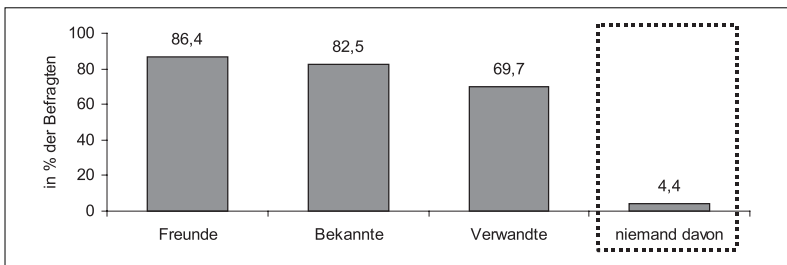
T11: „Das ist ein Großteil der politisch gewählten Abgeordneten und der Rest splittet sich in angesiedelte Unternehmer und den Aktiven in den Vereinen.“

¹²¹ A2: „Nur wenn's um Feste geht, geht's ab wie Schmidts Katze.“

A12: „Was die politische Willensbildung betrifft, sehr mager, im Bereich des Vereinswesens, doch ja, da ist noch sehr viel - sehr viel will ich nicht sagen - viel Initiative vorhanden.“

Danach haben 86,4 % der Befragten Freunde in der Stadt, fast ebenso viele haben dort Bekannte (82,5 %) (vgl. Abbildung 54). Der Anteil derjenigen mit Verwandten in der Stadt ist mit 69,7 % geringer, jedoch immer noch hoch – mehr als zwei Drittel der Befragten haben Verwandte in der Kleinstadt. Goldberg weist bei Freunden, Bekannten und Verwandten die höchsten Werte auf: Hier haben lediglich 3 % der Befragten niemanden aus diesem Personenkreis in ihrer Stadt. Durchweg die geringsten Werte hat Bad Wilsnack bei den ansässigen Kontaktpersonen. Hier haben 5,9 % der Befragten keine nähere Kontaktperson außerhalb ihres Haushalts in der Stadt.

Abbildung 54: *Leben Freunde, Bekannte oder Verwandte in der Stadt?*
(Antwort „Ja“)



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.682

Insgesamt haben „face-to-face-Kontakte“ eine große Bedeutung, ‚enge Bindungen‘ sind sogar sehr wichtig. Viele Kontaktpersonen werden als Bekannte und Freunde bezeichnet, außerdem hat fast jeder Verwandte in der Stadt. Das soziale Netz in den Kleinstädten ist sehr eng.

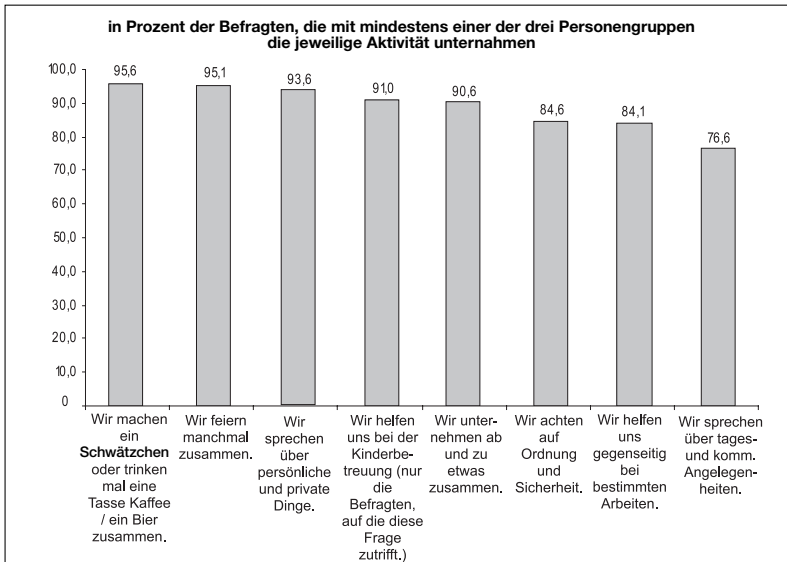
In allen Untersuchungsstädten gab es bei den acht durch die Fragestellung vorgegebenen Aktivitäten mit Verwandten, Freunden oder Bekannten nur geringe Unterschiede (vgl. Abbildung 55). Die Aktivitäten rangierten überall zwischen 76,6 und 95,6 % im oberen Bereich. Es scheint sich also um ein kleinstadtspezifisches Muster zu handeln.

B1: „[...] da [bei den Ellefeld-Festspielen] trafen sich also Leute völlig verschiedener Couleur. Da sind also plötzlich Leute zusammen, die vor der Wende ganz bestimmt nirgendwo zusammen waren, nämlich Pastoren z.B. und Lehrer.“

B9: „Das [Bürgerengagement] läuft überwiegend über die Vereine und auch die Handwerksmeister, also, wenn die Stadt ein Problem hat, das funktioniert eigentlich Hand in Hand.“

G6: „So doll ist es eigentlich auch nicht.“ „Da war ich positiv überrascht.“ [bei der 750-Jahrfeier]

Abbildung 55: Welche der folgenden Aktivitäten unternehmen Sie mit Freunden, Bekannten und Verwandten?



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet

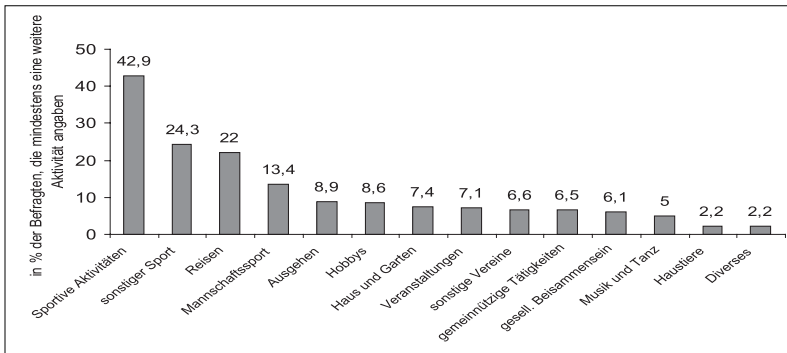
Die wichtigste Aktivität in den Kleinstädten ist mit insgesamt 95,6 % „wir machen ein Schwätzchen oder trinken mal eine Tasse Kaffee/ein Bier zusammen“. Als Partner bzw. Partnerin bei dieser Aktivität werden zu 78,3 % Freunde, zu 77,1 % Bekannte und zu 59,5 % Verwandte genannt (Mehrfachnennungen waren möglich). Auch bei anderen Aktivitäten rangieren diese Partner deutlich vor den Verwandten.

95,1 % nennen als zweithäufigste Aktivität „wir feiern manchmal zusammen“, wobei 77,3 % dies mit Freunden, 74 % mit Bekannten und 67,5 % mit Verwandten tun. Der größere Anteil von Verwandten ist wahrscheinlich auf Familienfeste zurückzuführen.

„Verwandte“ sind die wichtigsten Bezugspersonen, auf die man sich bei der „Kinderbetreuung“ stützt, mit 65,3 % liegen diese weit vor „Freunden“ mit 34,8 % und „Bekannten“ mit 29,5 %. Von allen Aktivitäten liegt „wir sprechen über tages- oder kommunalpolitische Themen“ zwar am Schluss der Rangfolge, hat aber mit 76,6 % immer noch einen großen Anteil.

Bei weiteren Aktivitäten (Abbildung 56) wurden mit 42,9 % „sportive Tätigkeiten“ (darunter fielen u.a. Wandern, Angeln, Rad fahren) am häufigsten genannt, gefolgt von 24,3 % sonstige Sportaktivitäten (alle Sportaktivitäten, die nicht unter die Kategorie „sportive Aktivitäten“ oder Mannschaftssportarten fallen, z.B. Motorsport). Mit 13,4 % stärken auch

Abbildung 56: Weitere Aktivitäten, die man mit Freunden, Bekannten oder Verwandten unternimmt



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=776

Mannschaftssportarten (z.B. Fußball) die Bedeutung sportlicher Betätigungen. ‚Verreisen‘ hat mit 22,0 % ebenfalls einen hohen Anteil bei den sonstigen Aktivitäten.

Die Auswertung der Angaben der Befragten nach den Aktivitäten der letzten drei Monate ergibt das Bild einer stark wohnungsbezogenen Orientierung: Man trifft sich weniger in Cafés und Restaurants, sondern besucht sich eher gegenseitig zu Hause (vgl. Tabelle 74). Wiederum sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten gering. Die Reihenfolge der Häufigkeiten ist in allen vier Städten identisch; sie variieren um den Gesamtdurchschnitt nur zwischen ein bis drei Prozentpunkten.

Tabelle 74: Welche Aktivitäten haben Sie in den letzten drei Monaten unternommen?

Aktivitäten	Untersuchungsstädte				Gesamt
	Angermünde	Bad Wilsnack	Goldberg	Teterow	
	in % der Befragten*				
jemand nach Hause zum Essen eingeladen	71,6	75,4	70,4	71,1	72,0
waren zum Essen eingeladen	74,0	77,0	74,3	78,1	75,9
jemanden in dessen Wohnung besucht	90,6	95,1	92,6	92,7	92,6
mit jemanden ausgegangen	55,5	61,2	56,4	53,9	56,4
außerhalb der Wohnung getroffen	83,9	87,8	84,5	82,6	84,5
* Mehrfachnennungen möglich					

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.619

Die häufigsten Aktivitäten der Kleinstadtbewohner sind Besuche in der Wohnung von Bekannten (92,6 % taten dies in den letzten 3 Monaten) und Treffen außerhalb der Wohnung (84,5 %). Die anderen Aktivitäten fallen deutlich dahinter zurück: 75,9 % waren zum Essen eingeladen, 72 % haben jemanden zum Essen eingeladen. „Ausgehen“ spielt mit nur 56,4 % für die Kleinstadtbewohner eine geringere Rolle.

Die Frage nach den Gesprächspartnern der letzten 24 Stunden wurde in den einzelnen Städten wenig unterschiedlich beantwortet: 40,6 % der Gesprächskontakte haben informellen Charakter¹²², gefolgt von 28,1 % Verwandten und 18,9 % Nachbarn. Immerhin 9,7 % gaben an, dass sie mit niemandem gesprochen hätten. Auch in Kleinstädten sind nachbarschaftliche Beziehungen in geringem Maße Grundlage städtischer Kommunikation. „Informelle Kontaktpersonen“ spielen eine wesentlich wichtigere Rolle.

Zukunftserwartungen:

Die Kleinstädte werden nicht untergehen!

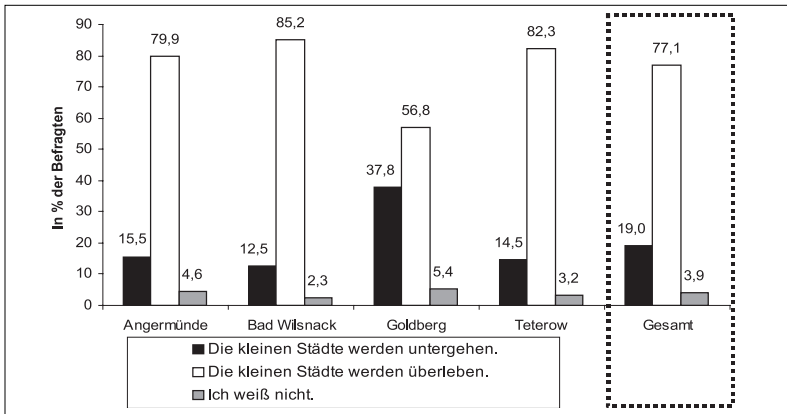
Die verschiedenen Dimensionen sozialer Stabilität haben ihren Fluchtpunkt in einer Option auf die Zukunft. Nur wenn soziales Handeln auf Dauer als aussichtsreich angesehen wird, kann es als Ressource zum Tragen kommen. Daher ist zur Ausbildung soziokultureller Ressourcen unabdingbar, dass bei den Akteuren eine grundsätzliche Zukunftsoffenheit und -zuversicht vorhanden ist. Tatsächlich ist in allen Untersuchungsstädten, wenn auch differenziert, ein hoher Grad an Optimismus nachweisbar.

Insgesamt sind 77,1 % der Befragten der Meinung, dass die kleinen Städte auch in Zukunft überleben werden (vgl. Abbildung 57). Diese Erwartung korrespondiert mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Kleinstadt: Je besser diese gegenwärtig ist, umso optimistischer sind die Zukunftsannahmen. Die Tendenz der Zukunftsperspektive ist mit Ausnahme von Goldberg in den Untersuchungsstädten ähnlich: Der Aussage „die kleinen Städte werden untergehen“ haben in Bad Wilsnack nur 12,5 %, in Teterow 14,5 % und in Angermünde 15,5 % zugestimmt. Einzig in Goldberg schließen sich 37,8 % dieser Aussage an.

Größere Unterschiede werden hier deutlich, wenn man nach Altersgruppen differenziert: Die unter 25-Jährigen glauben zu 26,8 %, dass die kleinen Städte untergehen werden, während das nur 16,3 % der über 65-Jährigen annehmen (vgl. Tabelle 75). Dennoch gehen durchweg über 70 % der Befragten aller Altersgruppen davon aus, dass die kleinen Städte weiter existieren werden.

¹²² Alle Kontakte, die nicht durch Verwandtschaft, Nachbarschaft, Verein, Beruf, Einkaufen, Ämter und andere formale Beziehungen bestimmt sind.

Abbildung 57: Zukunftserwartung: Untergang oder Überleben der Kleinstädte



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.676

Tabelle 75: Zukunftserwartung: Untergang oder Überleben der Kleinstädte (nach Altersgruppen)

Altersgruppen	Die kleinen Städte werden untergehen	Die kleinen Städte werden weiter überleben	Weiß nicht
	in % der Befragten		
16 bis unter 25 Jahre	26,8	70,4	2,8
25 bis unter 40 Jahre	17,3	79,0	3,7
40 bis unter 50 Jahre	18,1	78,7	3,2
50 bis unter 65 Jahre	20,2	76,1	3,7
über 65 Jahre	16,3	78,5	5,2

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.678

Auch die Antworten auf die Alternativfrage nach der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit – „mit Ihrer Stadt wird es wirtschaftlich bergab gehen“ versus „mit ihrer Stadt wird es wieder bergauf gehen“ – ergab eine vergleichbare Rangfolge (Tabelle 76). Insgesamt gehen 29,2 % der Bewohner aller Untersuchungsstädte von einer Verschlechterung und 61,3 % von einer Verbesserung aus: Von einem generell negativen Zukunftsbild kann daher nicht gesprochen werden. Wiederum bildet Goldberg die Ausnahme: Hier erwarten über 52 % der Befragten eine weitere Verschlechterung der Lage, nur 36,8 % eine Verbesserung. Am optimistischsten sind hingegen die Bewohner Bad Wilsnacks. 83,1 % gehen hier von einer wirtschaftlich positiven Entwicklung aus, nur 10,8 % von einer Verschlechterung. Ebenfalls optimistisch sind die Teterower (72,8 %),

Tabelle 76: Zukunftserwartung: Wirtschaftlicher Niedergang oder Aufschwung (nach Untersuchungsstädten)

Untersuchungsstädte	Mit der Stadt wird es wirtschaftlich bergab gehen	Mit der Stadt wird es wirtschaftlich wieder bergauf gehen	Weiß nicht
	in % der Befragten		
Angermünde	35,7	51,4	12,9
Bad Wilsnack	10,8	83,1	6,1
Goldberg	52,2	36,8	11,0
Teterow	20,0	72,8	7,3
Gesamt	29,2	61,3	9,4

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.666

während sich in Angermünde nur noch knapp die Hälfte der Befragten zu einer positiven Aussicht bekennt (51,4 %). Trotzdem liegt die Stadt immer noch sehr deutlich vor Goldberg.

Diese Einschätzungen unterscheiden sich nur gering nach Altersgruppen (vgl. Tabelle 77). Die 40- bis unter 50-Jährigen sind am pessimistischsten: 34 % erwarten eine weitere negative Entwicklung. Bei den 65-Jährigen hingegen neigen nur 26,1 % zu der pessimistischen Erwartung. Die unter 25-Jährigen liegen mit 29,3 % genau im Durchschnitt der negativen Zukunftsoption. Allerdings ist der Anteil der Unentschiedenen bei den beiden letztgenannten Altersgruppen mit über 12 % für „weiß nicht“ überdurchschnittlich hoch.

Tabelle 77: Zukunftserwartung: Wirtschaftlicher Niedergang oder Aufschwung (nach Altersgruppen)

Altersgruppen	Mit der Stadt wird es wirtschaftlich bergab gehen	Mit der Stadt wird es wirtschaftlich wieder bergauf gehen	Weiß nicht
	in % der Befragten		
16 bis unter 25 Jahre	29,3	58,0	12,6
25 bis unter 40 Jahre	29,5	62,7	7,8
40 bis unter 50 Jahre	34,0	59,5	6,5
50 bis unter 65 Jahre	28,6	62,8	8,6
über 65 Jahre	26,1	61,6	12,3

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.666

Die Frage nach der Perspektive der Jugendlichen in ihren Städten bot die alternativen Antwortoptionen „alle Jugendlichen verlassen die Stadt“ bzw. „die Jugendlichen werden wieder zurückkehren“. Die Unterschiede zwischen den Städten waren geringer ausgeprägt als bei den beiden vorhergehenden Fragen (Tabelle 78). Bei allen vier Städten überwiegt eine negative Erwartungshaltung. Mehr als die Hälfte der Befragten nimmt an, dass die Jugendlichen die Stadt verlassen werden. Im Durchschnitt aller Städte sind dies 67,4 %. Goldberg ist auch hier mit 84,0 % wieder deutlich pessimistischer als die Vergleichsstädte. Fast alle Goldberger können sich zu dieser Frage festlegen, nur 3,6 % der Befragten geben „weiß nicht“ an. Allerdings gehen 22,7 % der Befragten davon aus, dass die Jugendlichen wiederkehren werden.

Tabelle 78: Zukunftserwartung: Verlassen die Jugendlichen die Stadt?

Untersuchungsstädte	Alle Jugendlichen verlassen die Stadt	Die meisten werden wiederkehren	Weiß nicht
	in % der Befragten		
Angermünde	70,7	17,4	11,9
Bad Wilsnack	51,9	35,5	12,6
Goldberg	84,0	12,3	3,6
Teterow	63,5	26,3	10,2
Gesamt	67,4	22,7	9,9

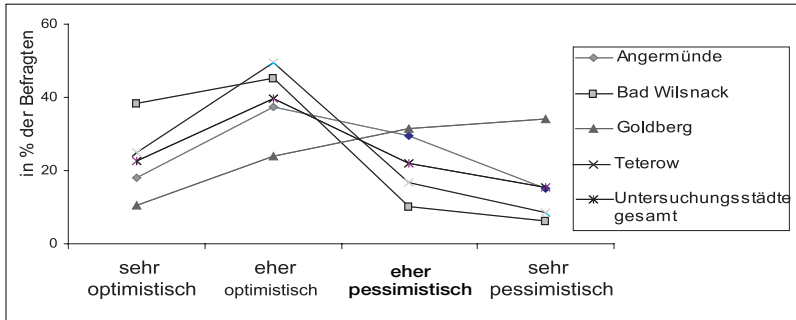
Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.667

Eine aus den drei Fragen gebildete gemeinsame Variable „Zukunftserwartung“¹²³ verdeutlicht diesen Trend noch eindeutiger (vgl. Abbildung 58): 8,7 % der Teterower und 6,2 % der Bad Wilsnacker, jedoch 15,1 % der Angermünder und sogar 34,1 % der Goldberger sind sehr pessimistisch; bei einem Durchschnitt von 15,3 % aller Befragten!

Die altersstrukturelle Differenzierung ist nicht sehr ausgeprägt: Der größte Optimismus lässt sich in der Altersgruppe der 25- bis unter 40-Jährigen feststellen (vgl. Tabelle 79). Die schlechtesten Werte zeigen sich bei der jüngsten Bevölkerungsgruppe (16 bis unter 25 Jahre) mit 19,4 % und bei der ältesten Gruppe (über 65 Jahre) mit 17,1 %. Die älteren Jahrgänge sind jedoch nicht grundsätzlich pessimistisch, sie neigen eher

¹²³ Die Antworten der drei Fragen wurden binär kodiert und danach zu einer additiven Skala verknüpft. Es ergaben sich so vier Kategorien: 1. „sehr optimistisch“, 2. „eher optimistisch“, 3. „eher pessimistisch“, 4. „sehr pessimistisch“. Befragte ohne Angabe oder mit der Antwort „weiß nicht“ wurden nicht in die Klassifizierung einbezogen.

Abbildung 58: Aggregierte Variable „Zukunftserwartung“



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.676

Tabelle 79: Zukunftserwartung zur Kleinstadt nach Altersgruppen

Indikator Zukunftserwartung	Altersgruppen					Gesamt
	16 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre	
	in % der Befragten					
sehr pessimistisch	18,8	14,4	15,9	14,6	14,9	15,3
eher pessimistisch	23,6	18,3	25,2	23,1	20,8	22,1
eher optimistisch	38,2	38,0	39,1	37,2	47,2	39,9
sehr optimistisch	19,4	29,2	19,8	25,1	17,1	22,7

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.318

zu mittleren Aussagen: 47,2 % optieren für die Aussage „eher optimistisch“. Diese Altersgruppe hat damit den höchsten Wert für diese Aussage. Dagegen korrespondiert bei den Jungen ein geringer Wert in der Kategorie „sehr optimistisch“ mit einem hohen Wert für „sehr pessimistisch“.

6.2.5 Tabellarische Übersicht: Zur Wirksamkeit und Ausschöpfung soziokultureller Potenziale

Um die Vielzahl der Untersuchungsergebnisse zu ordnen, werden nachfolgend die wichtigsten Aussagen tabellarisch (Tabelle 80) dargestellt und in ein Verhältnis zur in Kapitel 5.4 entwickelten Typologie des Schrumpfens gesetzt. Deutlich wird die besondere Wirksamkeit der Konstellation des lokalen Akteurssystems („stark bestätigt“), welches die objektiven Determinanten einer schrumpfenden Wirtschaftsbasis modifizieren und relativieren.

Tabelle 80: Ausschöpfung und Wirksamkeit soziokultureller Potenziale

Dimensionen soziokultureller Potenziale	aus kultureller und wirtschaftlicher Tradition	aus regionaler Bedeutung	aus Konstellation des lokalen Akteursystems (Gruppe der Stadtaktiven)	aus soziokulturelle Ressourcen der Kleinstadtbewölkerung
Angermünde „stagniert“	ja - einerseits Verwaltungstradition Hindernis für gewerbliche Entwicklung - andererseits weiterhin wichtige wirtschaftliche Basis	ja - Dienstleistung für engeres Umland zurückgehend - landschaftliche Besonderheiten bisher wenig für Tourismus wirksam - Konkurrenz zu Schwedt	ja - längere Orientierungslosigkeit und Konfliktgepräge Sozialpolitik - späte Konsolidierung und Zielbestimmung - breite (administrative) Spitze	nein - Sozialstruktur durch Verwaltungs- und Landwirtschaftstätigkeiten geprägt - Vereinszugehörigkeit über Schnitt der Neuen Länder - hohe Identifikation / Bindung an die Stadt - hohe Bedeutung informeller Netzwerke im Vergleich zum Bundesdurchschnitt
Bad Wilsnack „konsolidiert“	ja - Kurstadttradition weiterentwickelt und Erhaltung der spezialisierten, verarbeitenden Gewerbebetriebe - herausragendes Baudenkmal „Wunderblutkirche“	ja - Ausweitung der Bedeutung als Kurstnadorf - Erhaltung der historisch begrenzten Umlandfunktion	ja - schnelles, zielgerichtetes Handeln bei Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten nach 1990 - Spaltung des lokalen Elitekonsens in der Stadt (Konflikt zur Klinik und auf wenige Personen zugespielt)	ja - Sozialstruktur: Landwirtschaft, spezialisierte Kleinindustrie (Metallbereich), Arbeitspendler - Vereinszugehörigkeit über Schnitt der Neuen Länder und deutlich über den Untersuchungsstädten - sehr hohe Identifikation / Bindung an die Stadt - hohe Bedeutung informeller Netzwerke im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

Soziokulturelle Potenziale in den Kleinstädten

Goldberg „erodiert“	nein - Garnisonsstandort und Landwirtschaft abgebrochen	nein - kein Dienstleistungszentrum für ländliche Umgebung - geringe Bedeutung als Einkaufsort - Funktionsverlust - naturräumliche Lage kaum für touristische Entwicklung nutzbar	nein - Blockade durch Garnisonsfrage - Konflikte in der Zielbestimmung der Stadtentwicklung, trotz schneller Ausweisung eines Gewerbegebietes - „Cliquenwirtschaft“ und keine eindeutige Führung	nein - Sozialstruktur: geprägt durch Garnison, Landwirtschaft - Vereinszugehörigkeit über Schnitt der Neuen Länder, jedoch unterdurchschnittlicher im Vergleich zu den Unterungsstädten - geringere Identifikation / Bindung an die Stadt - hohe Bedeutung informeller Netzwerke im Vergleich zum Bundesdurchschnitt
Teterow „stabilisiert“	ja - Teile der gewerblichen und landwirtschaftlichen Tradition abgebrochen, aber wichtige Fortführungen und Kompensation durch „wurzellose“ Neugründungen - überregional bekannte Motorradrennbahn	jein - Umlandbedeutung weitgehend erhalten geblieben - Funktionsverlust - Funktionskonkurrenz in Güstrow	ja - schnelles, zielgerichtetes Handeln bei Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten nach 1990 und Eröffnung neuer Perspektiven - enge politische Spitze auf breiter Basis wirtschaftlicher Akteure	jein - stärker gewerblich geprägte Bevölkerungsstruktur: wenig Beschäftigte in Bio-technik; vor allem Schlachthof und kleinere Gewerbebetriebe - Vereinszugehörigkeit über Schnitt der Neuen Länder - sehr hohe Identifikation / Bindung an die Stadt - hohe Bedeutung informeller Netzwerke im Vergleich zum Bundesdurchschnitt
GESAMT	teilweise bestätigt Prägung durch Traditionen bestätigt, aber als Potenzial nicht durchgängig wirksam.	rückläufig und gefährdet Potenzial stark beschnitten, überlagert aufgrund negativer, wirtschaftlicher Entwicklung in Ostdeutschland und struktureller Veränderung im ländlichen Raum (Verflüssigung der Lebensweisen)	stark bestätigt insbesondere durch Persönlichkeit des Bürgermeisters bestimmt; Übereinstimmung in Zielfindung für Stadtentwicklung entscheidend; relative Konfliktreduziertheit der stadtpolitischen Arena.	teilweise bestätigt Potenziale wenig aus sozialstrukturellen Merkmalen identifizierbar, aber Vereinszugehörigkeit und Identifikation / Bindung an die Stadt wirken positiv problematisch: Jugendliche (müssen Abwanderungsmentalität entwickeln)

7. Zusammenfassung und theoretische Diskussion

Die Marginalisierung von Kleinstädten ist wesentlich durch historische und gesamtwirtschaftliche Prozesse, also von exogenen Faktoren bestimmt. Auf der überregionalen Ebene werden die Bedingungen für Wachstum, Stagnation oder Rückgang (Schrumpfung) – als grundsätzlich mögliche Szenarien von Stadtentwicklung – geschaffen. Die Untersuchungsstädte der Studie gehören zum dritten Typus von Stadtentwicklung: Es sind „schrumpfende Städte“. Gegenstand der vorliegenden Untersuchung war die Frage nach den Entwicklungschancen von Kleinstädten in peripheren Regionen unter diesen Bedingungen. Da Schrumpfungsprozesse in der Regel regional wirksam werden, ist das Schicksal der Kleinstädte und das der größeren Verflechtungsräume aufeinander bezogen. Mit dem Fortschreiten der Marginalisierung von Regionen stellt sich die Frage nach überlebensfähigen Siedlungskernen. Im ländlichen Raum geraten dabei vor allem die Kleinstädte ins Zentrum des Interesses. Anders als die vielen Dörfer, deren demografische und soziale Basis zunehmend zu erodieren droht, verfügen viele der marginalisierten Kleinstädte immer noch, und dies bereits über eine längere Zeit der Rückbildung, über soziokulturelle Potenziale, die ihre Lebensfähigkeit sichern können. Die vorliegende Studie untersuchte diese Wirkungsfähigkeiten. Es stellte sich heraus, dass neben der wirtschaftlichen Situation vor allem die Akteurskonstellation im städtischen Kontext ausschlaggebend für das Entwicklungspotenzial der jeweiligen Stadt ist.

Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass es sowohl theoretisch wie aber auch kommunal- respektive regionalpolitisch irreführend ist, den „ländlichen Raum“ über den Siedlungstyp „Dorf“ und die Wirtschaftsform „Landwirtschaft“ zu erschließen. Es sind die Kleinstädte, welche als Zentren ihres Umlands diesem auch dann einen Halt geben, wenn die landwirtschaftliche Monokultur zunehmend an Bedeutung verliert. Es wäre sogar zu fragen, ob sich aus dieser Einsicht auch Folgerungen für eine Agrarsoziologie ergeben.

Nachfolgend werden zunächst die wichtigsten Ergebnisse zur Lebenssituation und Stadtqualität resümiert (Kapitel 7.1), um danach die Lebensweise marginalisierter Kleinstädte zwischen Großstadt und Dorf zu charakterisieren (Kapitel 7.2). In Kapitel 7.3 wird der zentrale Befund der Studie, die Bedeutung einer Kultur, in der Ressourcen in spezifischen Akteurskonstellationen produktiv verwendet werden, herausgearbeitet. Dazu wird inhaltlich die theoretische Diskussion der internen Entwicklungspotenziale wieder aufgenommen und in eine soziologische Neufassung transformiert. Im Anschluss an die neuere Diskussion von Sozialkapital schlage ich vor, die entscheidende strukturelle Vorausset-

zung kommunaler, selbst gesteuerter Entwicklung mit dem Konzept des „lokalen Sozialkapitals“ zu bestimmen. Abschließend wird daher dieser Schlüsselbegriff ausführlich diskutiert und auf die empirischen Ergebnisse angewendet.

7.1 Lebenssituation und Stadtqualität in den Untersuchungsstädten¹²⁴

Die repräsentative, telefonische Haushaltsbefragung in den vier Untersuchungsstädten war neben den Interviews mit Schlüsselpersonen und der Erarbeitung von Stadtprofilen die wesentliche empirische Grundlage der Kleinstadtuntersuchung.¹²⁵ Die wichtigsten Ergebnisse werden nachfolgend zusammenfassend referiert.

Die sozioökonomischen und -demografischen Daten der Untersuchungsstädte entsprechen, so hat es der Einzelvergleich gezeigt, weitgehend den Werten der Neuen Länder insgesamt. Die Werte für das Bildungsniveau liegen etwas höher als der Durchschnitt in Ostdeutschland. Von den Untersuchungsstädten entsprechen die Befragungsergebnisse Angermündes bei fast allen Fragestellungen sehr häufig den Durchschnittswerten der vier Städte.

Entgegen der landläufigen Annahme einer demografischen Überalterung der Kleinstädte in Ostdeutschland zeigen das altersstrukturelle Profil der Befragten, ebenso wie die amtlichen Daten für die Untersuchungsstädte, keine bemerkenswerten Abweichungen von den Werten für die Neuen Länder insgesamt. Allerdings ist eine Tendenz zunehmender demografischer Alterung beobachtbar, die durch abnehmende Kinderzahlen und eine starke Abwanderung in den Altersjahrgängen um das 20. Lebensjahr verursacht wird.

Zwei- und Dreipersonenhaushalte mit und ohne Kinder haben den höchsten Anteil an der Haushaltsstruktur in den Untersuchungsstädten.

¹²⁴ Dieser Abschnitt ist die Zusammenfassung der ausführlichen Darstellung der Ergebnisse der Haushaltsbefragung aus verschiedenen vorhergehenden Kapiteln. Aus diesem Grund wurde auf die Angabe der Quellen für die verwendeten Zahlenangaben verzichtet, diese finden sich in den entsprechenden Abschnitten.

¹²⁵ Die telefonische Haushaltsbefragung wurde mit einem weitgehend standardisierten Fragebogen durchgeführt und erreichte in jeder der ausgewählten Städte ca. 400 Haushalte, insgesamt lagen für 1.683 Haushalte auswertbare Fragebögen vor. Die telefonische Haushaltsbefragung wurde in der Zeit vom 15.01.2001 bis zum 9.02.2001 gleichzeitig in den vier Städten von der USUMA GmbH – Unabhängiger Service für Umfragen, Methoden und Analysen – realisiert. Aufgrund der üblichen Repräsentanzannahmen spiegelt die der Auswertung zugrunde liegende Stichprobe die Situation in den Untersuchungsstädten mit hoher Repräsentativität wider (s.a. Anhang 1: Methoden).

Im Vergleich mit den Zahlen für die Bundesrepublik ist der Anteil der Einpersonenhaushalte in den Kleinstädten stark unterdurchschnittlich: Nur 21,3 % der Haushalte sind Einpersonenhaushalte gegenüber 35,7 % in der gesamten Bundesrepublik. Der Anteil der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder in den Untersuchungsstädten liegt 3,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Betrachtet man die Anteile aller Haushaltsformen mit Kindern, zeigt sich ein deutlich höherer Anteil: In den Untersuchungsstädten sind in 27,7 % der Haushalte Kinder vorhanden, im Bundesdurchschnitt dagegen nur in 24,6 %. Wird die Haushaltsgröße unabhängig von der Haushaltsform betrachtet, zeigt sich, dass durchschnittlich 2,48 Personen in einem Haushalt der Untersuchungsstädte leben.

Ein Vergleich der höchsten allgemein bildenden Schulabschlüsse der Untersuchungsstädte mit den Daten der amtlichen Statistiken ergibt, dass der Durchschnitt der Befragten mit Fachhochschul- und Hochschulreife in den Untersuchungsstädten 17,9 % beträgt und damit mit 2,7 Prozentpunkten über dem Schnitt der Neuen Länder liegt. Der Wert liegt dicht am Bundesdurchschnittswert von 19,1 %. Die wichtigste Abweichung von den Werten der Bundesstatistik ist im deutlich geringeren Anteil von Volksschul- und Hauptschulabschlüssen zu sehen: Nur 26,7 % im Durchschnitt der Untersuchungsstädte stehen 34,3 % der Neuen Länder und 52,2 % der früheren Bundesrepublik gegenüber. Das Niveau der Berufsbildungsabschlüsse in den Untersuchungsstädten entspricht weitgehend dem der Neuen Bundesländer.

Von allen Befragten befinden sich 40,9 % in einer Erwerbstätigkeit oder in einem Ausbildungsverhältnis. Mit 36,6 % gibt es in den untersuchten Kleinstädten einen hohen RentnerInnenanteil (einschließlich Frührentner). 14,5 % aller Befragten beziehen Arbeitslosenunterstützung oder sind in einer Arbeitsbeschäftigungsmaßnahme oder Umschulung untergebracht. Frauen betrifft dies mit 13,9 % etwas weniger als Männer (15,2 %). Setzt man die Angaben der Befragten zur Arbeitslosigkeit zur Anzahl der Erwerbspersonen (alle Erwerbstätigen, Auszubildenden und Arbeitslosen) in Bezug, errechnet sich eine Arbeitslosenquote von 22,9 %. Die Arbeitslosenquote in den Untersuchungsstädten ist sehr hoch: Sie liegt beträchtlich über der der Bundesrepublik West, die hier im Januar 2001 8 % betrug, aber auch noch über der von 18,7 % in den Neuen Ländern insgesamt.¹²⁶

¹²⁶ Die Arbeitslosenquote für die offizielle Statistik wird auf einer etwas anderen Grundlage berechnet. Außerdem ist die für die Untersuchungsstädte genannte Quote nicht vollständig mit der amtlichen Quote und deren komplexer Berechnungsbasis vergleichbar. So kann jemand in der offiziellen Statistik als Vorruheständler geführt werden, der sich selber hingegen als arbeitslos bezeichnet.

Die durchschnittliche Arbeitszeit liegt leicht über dem Schnitt der Neuen Länder. Schichtarbeit ist immer noch stark verbreitet. Trotz aller wirtschaftlichen Probleme gab der größere Teil der Erwerbstätigen, nämlich ca. 57 %, als Arbeitsort die eigene Stadt an. Der Anteil der Fernpendler ist nicht höher als in Gemeinden vergleichbarer Größe im Bundesdurchschnitt: 11,3 % der Beschäftigten gaben an, täglich mehr als 50 km zu pendeln.

Die kleinen Städte sind heute vor allem Angestelltenstädte mit deutlich überdurchschnittlichen Anteilen im Vergleich zu Ostdeutschland. Die Anteile der Selbstständigen liegen über dem Schnitt der Neuen Länder auf dem Niveau der früheren Bundesrepublik. Ein genaueres Bild von der Wirtschaftsstruktur der Kleinstädte zur DDR-Zeit vermitteln die Antworten der Befragten auf die Frage nach der Wirtschaftsbranche, in der sie vor 1990 tätig waren: Hier zeigt sich, dass 12,2 % der Befragten Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft waren. Im DDR-Durchschnitt waren dies 10,8 %. Kleinstädte in der DDR waren offensichtlich generell weniger von der Landwirtschaft dominiert als landläufig angenommen.

Die Haushaltseinkommen entsprechen der durchschnittlichen Einkommensstruktur der Neuen Bundesländer. Anders als häufiger angenommen leben in den Altstädten keinesfalls Haushalte mit einem geringeren Einkommen als in den DDR-Neubaugebieten. Die höheren Einkommensgruppen sind hier sogar etwas stärker vertreten: 27,2 % der Haushalte haben hier ein Einkommen über 4.000 DM, im Vergleich zu 20,7 % in den Neubaugebieten. Die sozialräumliche Struktur der Kleinstädte kennzeichnet im Vergleich zu Großstädten, die zunehmend segregierte Stadtgebiete aufweisen, eine höhere Homogenität. Das hat die Aufschlüsselung der sozioökonomischen Befragungsergebnisse nach Stadtgebieten ergeben. Die Altstadt ist nicht der Wohnort sozialer Problemgruppen. Sozialräumliche „Problemgebiete“ sind am ehesten bei einzelnen Wohngebäuden anzutreffen. Kleinstädte sind zu klein für eine ausgeprägte Segregation, wenn überhaupt tritt diese punktuell auf. In den DDR-Neubaugebieten zeigt sich jedoch ein größerer Anteil von „jungen Alten“, die überwiegend Vorruheständler sind. Des Weiteren finden sich höhere Einkommen etwas häufiger in den Stadtbereichen mit Kleinhäusern des 20. Jahrhunderts.

Bei fast allen Fragen erwies sich das Alter als entscheidende Variable. Die Geschlechtszugehörigkeit war nur in einigen typischen Aspekten relevant, so bei der Vereinszugehörigkeit. Das Alter hingegen ist bei allen Antworten von Bedeutung, die Aufschluss über die personale Bindung an die Stadt geben. Selbst der Unterschied zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit erweist sich als weniger bedeutsam. Ebenso bei Fragen, die

das Engagement für die Stadt untersuchen: Die Erwerbstätigen sind hier nur wenig engagierter, etwa in Vereinen.

Als ein wichtiger Faktor für die „Bindung an die Stadt“ hat sich die Dauer der Familienansässigkeit herausgestellt: Hier lassen sich Korrelationen – wenn auch schwache – mit der Intensität des Engagements und des Stolzes auf die Stadt nachweisen. Bei allen Indikatoren, die Bindung, Zufriedenheit und Stolz erfragen, weist Teterow, gefolgt von Bad Wilsnack, die höchsten Werte auf. Angermünde und – zumeist mit deutlichem Abstand – Goldberg weisen niedrigere Werte auf. Nur bei Fragen, die den Optimismus bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt betreffen, liegt Bad Wilsnack vor Teterow. Generell ist die Lebenszufriedenheit in den Städten stark altersabhängig: Die Älteren sind zufriedener und an ihre Stadt gebunden, während die Jungen bei größerer Unzufriedenheit eine starke Wegzugsbereitschaft signalisieren. Vor stadtbezogenen und materiellen Bindungsfaktoren haben persönliche Bindungen an die jeweilige Kleinstadt die größte Bedeutung. Insbesondere die Familie sowie die Freunde und Bekannten binden an die Heimatstadt. Unter den stadtbezogenen Bindungsfaktoren spielen „die Qualität der Kleinstadt“ und kleinstadtspezifische Vorteile eine große Rolle. „Stolz“ und „Zufriedenheit“ sind in den Städten mit größeren wirtschaftlichen Problemen (Angermünde und Goldberg) signifikant geringer ausgeprägt. Insgesamt wird eine hohe Lebenszufriedenheit angegeben, die allerdings in den jüngeren Altersgruppen abnimmt.

Für Befragte aller Altersgruppen ist die Stadt vor allem Wohn- und Heimatort, am wenigsten jedoch „Einkaufszentrum“ oder „Arbeits- und Gewerbeort“. Es überwiegen die persönlichen vor den funktionalen Bindungen. Dem entspricht, dass sich die Wertschätzung der Stadt auf soziale Netzwerke und auf örtliche Identität bezieht, und weniger auf materielle Aspekte wie Eigentum. Die Wertschätzung der Stadt gründet sich weniger auf Geschichte und Tradition der Stadt. Als räumliche Identifikationspunkte spielen Hauptplatz, Einkaufsstraße und Rathaus eine herausragende Rolle.

Auch bei der Einschätzung der Wichtigkeit der Lebensbereiche zeigt sich die herausragende Bedeutung der Netzwerke: „Freunde und Bekannte“, „Verwandtschaft“ und „Nachbarschaft“ werden in der Rangfolge als sehr viel wichtiger eingeschätzt als im Bundesdurchschnitt.

Die durchschnittliche Ansässigkeit der Familie der Befragten beträgt 65,3 Jahre. Die Unterschiede zwischen den Städten sind dabei sehr gering: Teterow weist hier mit 65,6 Jahren kurz vor Angermünde mit 65,5 Jahren den höchsten Durchschnitt auf. Bad Wilsnack liegt mit 64,9 Jahren noch nach Goldberg mit 65,1 Jahren an letzter Stelle. In Goldberg wirken sich insbesondere die starken Zuzüge der 1960er und 1970er

Jahre mindernd auf die Familienansässigkeitsdauer aus, während es sich in Bad Wilsnack stärker um Zugezogene der letzten Jahre handelt. Ein Fünftel der Familien der Befragten lebt seit mehr als 100 Jahren in der Stadt. Das trifft auf alle untersuchten Kleinstädte etwa in gleichem Maße zu und lässt sich deshalb für Kleinstädte verallgemeinern.

In den Untersuchungsstädten ist die Verteilung von Wohneigentum sehr unterschiedlich: Je nach Überformung oder Nichtentwicklung der Wohnbaustrukturen während der DDR-Zeit sind die Kleinstädte vorwiegend Eigentümer- oder Mieterstädte. Der Anteil der Wohneigentümer liegt leicht über dem Schnitt der Neuen Länder. Eine ausgeprägte, mit westdeutschen Kleinstädten vergleichbare „Eigentümerstadt“ ist jedoch nur Bad Wilsnack.

Die Zugänglichkeit von privaten Garten-, Grün- und Freizeitgrundstücken ist in den Untersuchungsstädten sehr hoch: Fast 80 % aller Befragten gaben an, einen Haus- oder Kleingarten bzw. ein Wochenendgrundstück zu nutzen.

Aktivitäten der KleinstadtbewohnerInnen, die nicht an Vereine gebunden sind, werden vorwiegend wohnungsbezogen realisiert. Treffen mit Freunden oder Bekannten finden zumeist in privaten Räumen statt. Auch in Kleinstädten sind nachbarschaftliche Beziehungen nur in geringem Maße Grundlage städtischer Kommunikation. „Informelle Kontaktpersonen“ spielen eine große Rolle. So ist der Anteil von Verwandten in den Untersuchungsstädten sehr hoch. Zusammen mit den zahlreichen Freunden, Bekannten und Nachbarn bilden sie enge informelle Netzwerke.

Vereine haben eine große Bedeutung in den Untersuchungsstädten: Der Anteil der Mitglieder ist deutlich höher als im Durchschnitt der Neuen Länder. Nach ihrer Mitgliederzahl dominieren die Sportvereine. 44,3 % aller Vereinsmitglieder sind in Sportvereinen im weiteren Sinne (incl. Wandern, Angeln etc.) organisiert. Der Anteil bei den Männern liegt mit 49,1 % sehr deutlich über dem Anteil der Frauen mit 33 %. Tendenziell sind Frauen eher in sozialen und kulturellen Vereinen, die Männer stärker in Sport- und Hobbyvereinen aktiv. Trotz der großen Bedeutung der Vereine zeigt sich mit der überdurchschnittlichen Repräsentanz der über 65-Jährigen eine deutliche Tendenz der Überalterung der Vereine.

Die Teilnahme an städtischen Informations- und Mitwirkungsstrukturen ist bei Vereinsmitgliedern deutlich stärker ausgeprägt als bei Nichtmitgliedern. Auch höhere Bildung und höheres Alter korrelieren mit einer stärkeren Teilhabe am kommunalen Leben. Ein wichtiges Forum der Teilhabe sowie der Mitwirkung bilden die Stadtfeste: 60,9 % der Befragten waren als Besucher und 6,2 % als Akteure an der Organisation und Durchführung beteiligt, was eine eindrucksvolle Akzeptanz und Identi-

fikation mit dem jeweiligen Kleinstadtfest widerspiegelt. Bemerkenswert ist, dass die Akzeptanz der Stadtfeste keinesfalls auf ältere Bevölkerungsgruppen beschränkt ist, sondern alle Altersgruppen erfasst.

Auf die Frage, wer die Probleme der Stadt lösen solle, wird der Bürgermeister an erster Stelle genannt. Mit deutlichem Abstand folgen die Stadtverwaltung und das Stadtparlament. Die Erwartungen der Kleinstadtbewohner an „Problemlöser“ von außerhalb – seien es Investoren, das Land, der Bund, Europa – sind sehr gering.

Zwei Drittel der Kleinstadtbewohner wollen langfristig in ihrer Stadt wohnen bleiben. 9,6 % der Befragten wollen „ziemlich sicher“ aus der Stadt wegziehen. Die Wegzugsabsicht ist innerhalb der Gruppe der unter 25-Jährigen deutlich stärker ausgeprägt: Fast die Hälfte der Befragten dieser Altersgruppe wollen „ziemlich sicher wegziehen“. Ein Zusammenhang der Wegzugsabsicht mit der Erwerbs- und Nichterwerbstätigen besteht dagegen kaum, denn die Angaben der befragten Erwerbstätigen und Arbeitslosen (einschließlich ABM und Umschulung) unterscheiden sich hier kaum. Die Arbeitslosen sind nur unwesentlich negativer eingestellt als die regulären Beschäftigten: Die Stärke der Bindung an die Kleinstadt ist offensichtlich unabhängig von der aktuellen Beschäftigungssituation. Während sich ein Zusammenhang zwischen größerer Ansässigkeitsdauer der Familie in der Stadt und einem größeren Beharrungsvermögen feststellen lässt, korreliert die Bleibe- bzw. Wegzugsorientierung nur gering mit dem Vorhandensein von Wohneigentum.

Hinsichtlich der Zukunft ihrer Städte sind mehr als drei Viertel der Befragten überzeugt, dass „die kleinen Städte überleben“ werden. Die wirtschaftlichen Perspektiven werden indes – nach Stadtsituation differenziert – eher negativ gesehen. Insbesondere herrscht die Erwartung vor, dass die Jugendlichen die Stadt verlassen werden. Eine durchweg negative Zukunftserwartung haben lediglich die Befragten Goldbergs.

7.2 Kleinstadt als marginalisierte Lebensweise

Die Klein- und Landstädte sind eine Besonderheit deutscher Siedlungsentwicklung, die jahrhundertlang neben den größeren Städten das Städtetnetz vervollkommneten und den Schwerpunkt des Städtesystems bildeten. Das Bild der rückständigen, rein auf landwirtschaftliche Produktion orientierten Ackerbürgerstädte muss dabei revidiert werden: Kleinstädte im ländlichen Raum waren historisch immer wichtige Zentren für ihr Umland. Daher dominierten Dienstleistungen aller Art, die sich um die zentrale Marktfunktion und die sich anlagernden staatlichen und kulturellen Funktionen gruppierten. Ein zweites wichtiges Merkmal der Kleinstadt ist ihre räumliche und bauliche kompakte Gestalt. Das Fehlen starker Innovationsschübe und das schwache Wachstum von Einwohnerzahl

und Stadtfläche haben bereits seit dem Ausgang des Mittelalters den Abstand zwischen den größeren Städten mit ihren Handels- und Residenzfunktionen und den Klein- und Landstädten vergrößert. Die Attraktivität der wachsenden Arbeitsmärkte in den Großstädten prosperierender Regionen seit der Industrialisierung vergrößerte dieses Gefälle weiter. Als positive Folge dieser Entwicklungen haben sich in ostdeutschen Kleinstädten, so sie nicht durch den Zweiten Weltkrieg starke Zerstörungen erfuhren, die stadträumlichen Strukturen und das historisch gewachsene Stadtbild in bemerkenswertem Maße erhalten. Für viele der kleinen Städte gilt heute noch, dass die „Stadt“ weitgehend identisch ist mit dem historischen Kern. Der Stadtgrundriss weist häufig eine historisch einmalige Beständigkeit auf: Stadtmauer, Stadttore, Stadtkirchen und der Marktplatz sind über Jahrhunderte Fixpunkte der Entwicklung geblieben. Zwar wurden insbesondere im 20. Jahrhundert Stadterweiterungen vorgenommen, diese haben aber aufgrund ihrer geringen Dimensionen und funktionellen Bezüge zur alten Stadt keine Verschiebung der Stadtstruktur bewirkt: Der Mittelpunkt des alltäglichen Lebens ist auch für die „Randgebiete“ auf den Ortskern bezogen. Diese Persistenz der räumlichen Strukturen wurde wesentlich durch die Parzellenstruktur und die damit verbundene Vielfalt von Einzeleigentümern bestimmt und wirkt als Hauptmerkmal ihrer inneren Gliederung unabhängig von der Lebensdauer der Bürgerhäuser. Nach dem Stadtgrundriss ist die Stadtsilhouette ein weiteres prägendes Charakteristikum der Stadtgestalt. Auch diese hat in vielen Kleinstädten ihre historische Authentizität bewahrt. In den kleinen Städten Westdeutschlands wurde im Verlauf des starken wirtschaftlichen Wachstums während der 1950er und 1960er Jahre die funktionale Situation gesichert bzw. erneuert, aber in vielen Fällen um den Preis einer Zerstörung des historischen Stadtbildes und der historischen Struktur. Die baulich-räumliche Struktur der Kleinstädte ist heute durch die Überlagerung mehrerer Zeitebenen geprägt: Die Stadt des Mittelalters (Sakralbauten, Wehranlagen und auch Rathäuser) und die Stadt des 18. und 19. Jahrhundert (Bürgerhäuser, Bauten des Staates und der Kommune) prägen bis heute ihr Erscheinungsbild.¹²⁷

Die Wahrnehmung der Kleinstädte als „historisch“ verdeutlicht aber auch den mit der Industrialisierung einsetzenden rigorosen Abkoppelungsprozess vieler Städte dieses Siedlungstyps von der allgemeinen Entwicklung. Die sich nunmehr entwickelnden Großstädte neuen Typs

¹²⁷ Diese Aussage gilt zwar für einige wenige Großstädte, so etwa Bremen, Schwerin oder Lübeck, sie gilt auch für mehrere Mittelstädte. Insgesamt aber gelingt es den historischen Ortskernen in verstädterten Regionen nicht, die einst dominante Stadtsilhouette zu erhalten.

und agglomerierten städtischen Räume (Reulecke 1985) gewannen im weiteren Verlauf der Geschichte eine immer stärkere Bedeutung. Die Expansion städtischer Bevölkerung im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit vielen anderen sozioökonomischen Veränderungen brach das bisher durch Regeln und Traditionen festgelegte Stadtgefüge nachhaltig auf. Die soziokulturelle Verfasstheit der Gesellschaft wurde zunehmend von den (Groß)städten aus bestimmt (Reulecke 1985: 10f.). Ein großer Teil der Kleinstädte nahm an dieser Entwicklung nicht teil. Hier kam es zu einer „Bestandsentwicklung“ oder gar rückläufigen Tendenz, die Resultat der ungleichen urbanen Wachstumsprozesse der Industrialisierung war. Der Bedeutungsverlust vieler Kleinstädte basierte zum einen auf der Unterlegenheit ihrer handwerklichen Tradition in der wirtschaftlichen Konkurrenz mit der industriellen Produktion in den Großstädten. Zum anderen war mit diesen Prozessen eine Bedeutungsabnahme als Umlandzentrum verbunden. Die neue Bedeutung von Großstädten zeigte sich auch im Rückzug von administrativ-staatlichen Funktionen aus der Fläche. Des Weiteren verfestigte die verspätete Verkehrsanbindung an ein leistungsfähiges Verkehrssystem Entwicklungsnachteile. Viele Kleinstädte verloren immer mehr ihre zentralörtlichen Funktionen. Andere Kleinstädte konnten demgegenüber Anschluss an die Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts. behalten und gingen ihren Weg der Modernisierung als kleine Industrie-, Verwaltungs-, Wohn- oder Erholungsstädte. Inwieweit sie den Anschluss an die moderne Entwicklung im späten 19. und im 20. Jahrhundert behielten, hing neben ihrer räumlichen Lage vor allem von der Zusammensetzung und dem Modernisierungswillen ihrer Eliten ab.

Im Untersuchungsgebiet war seit der frühen Neuzeit eine deutliche Schwäche des Städtewesens festzustellen, die mit einem Entwicklungsrückstand der gesamten Region einherging. Das Gebiet blieb von Kleinstädten geprägt, die nur in begrenztem Umfang Anschluss an die Industrialisierung gewannen. Die heutige Strukturschwäche hat in Mecklenburg-Vorpommern und Nordbrandenburg zum Teil also sehr weit zurückreichende historische Ursachen.

Prägte das Mittelalter die Kleinstädte vor allem in bauhistorischer Sicht, wurde eine zweite wesentlich „historische“ Schicht in Ostdeutschland durch die DDR-Zeit begründet: Dort, wo der Zweite Weltkrieg die Städte zerstörte, sind diese in dieser Zeit in der Phase bis in die 1950er Jahre dem Stadtgrundriss entsprechend wieder aufgebaut worden. Mit der „Industrialisierung des Bauwesens“ begannen in den kriegszerstörten Städten die eklatantesten Veränderungen: Ein sensibles Eingehen auf örtliche Bedingungen wurde nur noch bei spektakulären „Prestigeobjekten“ realisiert. Die „Erzeugnisse des industriellen Wohnungsbaus“, die ‚Platte‘, wurden in diesem Stadttyp nur in geringem Umfang eingesetzt. Das

bedeutete für viele Kleinstädte die Vernachlässigung ihrer historischen Bausubstanz gerade in den historisch wertvollen Altstädten, was sich zumindest stadtästhetisch heute als Glücksfall erweist.

Während der DDR-Zeit wurde die historisch gewachsene Rolle der Kleinstädte durch das herrschende System der Planwirtschaft überformt. Die Entwicklung der Kleinstädte wurde durch die Funktionen bestimmt, die sie entsprechend ihrer Lage und Stellung im Städtesystem der DDR im Rahmen der zentralstaatlich verfassten Wirtschafts- und Politikstruktur zugewiesen bekamen. Ausschlaggebend für Entwicklungschancen war die Statuszuerkennung als Kreisstadt, im Zuge der 1952 durchgeführten Verwaltungsreform, die entsprechende Ressourcenzuweisung durch die zentrale Planwirtschaft bewirkte, die in Nichtkreisstädten im wesentlich geringeren Umfang erfolgten.

Die Kleinstädte der DDR waren vor allem Industriestandorte. Die Betriebsgrößenstruktur war zumeist durch eine Vielzahl kleinerer Betriebe und in der Regel einen Großbetrieb geprägt. Dominant waren im Durchschnitt Betriebe der Leichtindustrie und der metallverarbeitenden Industrie sowie der Konsumgüter- und Zulieferproduktion für größere Betriebe. Auch agrarisch strukturierte Kleinstädte wurden im Rahmen der Industriensiedlungspolitik der DDR zu Industriestandorten, auch wenn die industrialisierte Landwirtschaft für viele Kleinstädte eine wichtige wirtschaftliche Basis blieb. In Großstadtnähe hatten Kleinstädte oft reine Wohnfunktionen. Einige wenige Kleinstädte wurden während der DDR-Zeit zu Garnisonsstandorten ausgebaut.

Nach der Wende haben sich ihre wirtschaftliche Struktur und der bauliche Verfall der Innenstädte als äußerst problematisch für den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft erwiesen. Die Kleinstädte des Untersuchungsgebiets haben durch den Abbau von Industrie wie Militär und den Rückgang der Landwirtschaft seit der Wende ihre ökonomische Existenzbasis verloren. Dazu kommt der Verlust zentraler Funktionen: als Standort von Bildungseinrichtungen, Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen. Ihre Position als lokales Einkaufszentrum der Umgebung ist zurzeit rückläufig. Die Konkurrenz der Großkaufcenter, die Entleerung des ländlichen Raums und die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs verstärken die Tendenz des generellen Funktionsverlusts der Kleinstädte. Heute haben Kleinstädte vor allem bauhistorisch als „Stadt-denkmäler“ (Friedrichs/Häußermann 2001: 319), eine identitätsstiftende, kulturelle und touristische Bedeutung. Die spätestens seit dem 19. Jahrhundert deutlich erkennbare Abkopplung vieler kleiner Städte von der wirtschaftlichen Entwicklung ließ Raum für die Erhaltung traditioneller, baulich-räumlicher Strukturen und wichtiger identitätsstiftender Bauwerke.

Der Funktionsverlust begann bereits früher und hat eine dreifache Marginalisierung dieses Stadttyps zur Folge: Ein erster Marginalisierungsschub erfasste viele Kleinstädte während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Die ostdeutschen Kleinstädte wurden in einem zweiten Schub durch das sozialistische System vernachlässigt. Ein dritter nachhaltiger Marginalisierungseffekt ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Strukturabbau, dem räumlichen Wandel und dem administrativen Umbau in Ostdeutschland im Zuge der Vereinigung. Ostdeutsche Kleinstädte sind an das untere Ende der städtischen Hierarchie verwiesen. Die funktionelle Begründung ihrer Existenz wird zunehmend fragiler. Obwohl zentrale Orte, verlieren sie zunehmend zentrale Funktionen. Und in manchen Fällen drohen Kleinstädte jegliche funktionelle Bedeutung zu verlieren.

Der Funktionsverlust verschärft ein Problem, das allen Kleinstädten eigen ist. Als Orte mit geringer Bevölkerungszahl und relativ homogener Bevölkerungsstruktur sind sie in ihrer Provinzialität und Enge durch die Stagnation zusätzlich zurückgesetzt. Städte dieser Größenordnung stehen im Gegensatz zum urbanen Ideal von Heterogenität und Dichte. Soziale Anonymität ist nur in begrenztem Maße möglich. Die Form des sozialen Zusammenlebens ist stark durch soziale Kontrolle, etwa durch „Klatsch und Tratsch“ gekennzeichnet. Dies wird durchgängig in den Schlüsselpersonengesprächen als der Nachteil des kleinstädtischen Lebens genannt. Als weiteres entscheidendes Defizit ist zu nennen, dass das Potenzial an Menschen, die kulturelle Einrichtungen nutzen würden, in der Kleinstadt nicht vorhanden ist. Für die Jugend sei die Großstadt generell viel interessanter.¹²⁸ Für die Entwicklung einer offenen Haltung zur Welt fehlt in den Kleinstädten eine Vielfalt an kulturellen Einrichtungen. Insbesondere die Jugend ist aufgrund des engen Angebots mit bestimmten Optionen und Entwicklungen nicht konfrontiert.

Kleinstädte bieten aufgrund ihrer soziokulturellen und räumlichen Struktur kaum Nischen für Subkulturen. Dafür fehlt die „kritische Masse“. Wer eine Lebensweise außerhalb der Konventionen präferiert, kann

¹²⁸ A1: „Sicherlich gibt es einen kleinstädtischen Lebensstil: Das städtische Leben endet am späten Nachmittag.“ „Viele verstecken sich hinterm Fernseher.“ „Den rechtsradikalen Mainstream nimmt man selbst gar nicht mehr so wahr: Meine Cousine aus den alten Bundesländern war zu Besuch. Sie kam ganz aufgeregt nach Haus und meinte dort wäre ein rechtsradikaler Aufmarsch. Dabei war nur Schulschluss.“ „Auf der einen Seite der Stadt kann man einen Pups lassen, dann wird auf der anderen Seite einer erschossen.“ „Man kann an so einer Struktur auch vergehen. Man muss sich ein dickes Fell zulegen.“

A2: „Die Kleinstadt birgt immer die Gefahr, nicht über den eigenen Suppentopf hinauszuschauen.“ „Wir haben es das ‚dritte Seitental in Tirol‘ genannt.“ „Wir betrachten uns zu sehr als Nabel für bestimmte Dinge.“

dies leichter in der Großstadt realisieren. Nonkonformität kann in der Kleinstadt sehr schnell zur sozialen Exklusion führen. Frauen sind in der Kleinstadt eher auf ihre traditionelle Rolle verwiesen. Das in der Kleinstadt häufig anzutreffende Misstrauen gegenüber Fremden, im Osten stärker noch als im Westen, das sich bis zur Fremdenfeindlichkeit steigern kann, hat seine eigenen Ursachen. Während großstädtische Toleranz häufig auf Desinteresse beruht, so ist die kleinstädtische Abwehr durchaus mit persönlichem Interesse am Einzelnen vereinbar. Die Kleinstadt präferiert einen Sozialtypus, der durchaus hohe Kommunikationsfähigkeit besitzt, diese aber sehr stark auf das alltägliche Umfeld beschränkt. In diesem vermischen sich informelle mit den formellen Beziehungen: Rolledistanz ist in der Kleinstadt schwierig. Anders als im Dorf gibt es in der Kleinstadt dennoch verschiedene „Verkehrskreise“, so dass durchaus Öffentlichkeit, wenn auch begrenzt, entstehen kann.

Die Kehrseite von Marginalisierung und „sozialer Enge“ verweist auf Qualitäten, die das „Überleben“ kleiner Städte befördern: Kleinstädte existieren noch immer, weil sie zu einem Zeitpunkt eine „Kultur der Marginalität“ einüben konnten, als urbane Rückbildungsprozesse für größere Städte noch ein undenkbarer Stadtentwicklungspfad waren. Ihre „Dauerbenachteiligung“ bewirkte eine Ausformung und Rückbesinnung auf Qualitäten, die zu einer „Persistenz der sozialen Netze trotz Marginalisierung des Stadtyps“ beitrug.

Dies umfasst eine produktive Verarbeitung von ungünstigen Rahmenbedingungen, welche von der kleinen Stadt nicht oder nur gering beeinflussbar sind. Eine Affinität dieses kulturellen Musters zum Phänomen der „Kultur der Armut“, wie es von dem Anthropologen Oscar Lewis in den 1960er Jahren entwickelt wurde, ist jedoch damit nicht intendiert. Bei Lewis wird den spezifischen Verhaltensweisen von „Armen“ nicht nur eine Problembewältigungsweise zugeschrieben, sondern diese scheinen

A11: „Ich will jetzt nicht das Wort ‚Inzucht‘ sagen, [...] das wäre übertrieben.“ „Wenn sie hier gegen jemanden was sagen, haben sie am nächsten Tag 3.000 Leute gegen sich. Das ist halt der typische Kleinstadttratsch.“ „Viele würden ohne den Tratsch gar nicht leben können.“

G9: „Ich sag mal nein.“ [d.h. es gibt keine Vorteile]

T6: „Abends mal ausgehen ist nicht drinne [...], es sitzt keiner in der Gastronomie.“ „Wenn man in unserem Alter ausgehen möchte, ist das nicht möglich, gleich null.“ „Bergring ist das Ding.“ „Hier ist noch Schlummerschlaf, aber Dörfer sind tot.“ „Das stimmt einen traurig, da fragt man sich, ‚was will der Teterower?‘“

T10: „Ich denke nicht, dass die Kleinstadt in Wirklichkeit gegenüber einer Großstadt einen Vorteil hat, außer dass es weniger Gewalt gibt.“

selbst die „Armut“ weiterhin zu reproduzieren, und sie damit zumindest teilweise auch zu erzeugen. Eine „Kultur der Marginalität“ hingegen reproduziert diese nicht, sondern entwickelt Interaktionsformen und Institutionengefüge, die aus den begrenzten Ressourcen ein Maximum an kollektiver Lebensbewältigung herausholen. „Kultur der Marginalität“ ist eine kollektive Coping-Strategy und nicht eine „Kultur des Scheiterns“.

Kleinstädte „überleben“, weil die Bewohner von starken Bindungskräften gehalten werden. Die KleinstadtbewohnerInnen schätzen die Erhaltung und die Qualität der (subsistenz)wirtschaftlichen wie der sozialen Lebensbedingungen am Ort. Überschaubarkeit des familiär geprägten Ortes, Vertrautheit und Verlässlichkeit der Freunde und Bekannten, niedrigschwellige Möglichkeiten der Teilhabe an Stadtereignissen und Mitwirkung in Vereinen machen Kleinstädte für ihre BewohnerInnen attraktiv – und sind eine stabile Form lokaler Integration. Fehlende Anonymität, vielfältige Freizeitmöglichkeiten, geringe sozialräumliche Segregation und das Fehlen von „sozialen Brennpunkten“ machen die Kleinstadt in den Augen ihrer BewohnerInnen lebenswert. Noch fließende Transferleistungen, subsistenzwirtschaftliche Orientierungen und nachbarschaftliche Unterstützungssysteme, familiäre Solidarität und vor allem Freundschaftsbeziehungen vergrößern die Lebensqualität in der Sicht der Bewohner. Außerdem gewährleisten sie auch bei geringeren Einkünften einen gewissen Lebensstandard. Die Entscheidung für die Kleinstadt erscheint als eine Wahl von Risikominimierung in unsicheren Zeiten – minimiert werden die Risiken der Anonymität und der Entfremdung in einer globalisierten Welt, die der Fährnisse eines unsicheren Arbeitsmarktes und die ungewisser Partnerschaften. Die Risiken steigern sich, so meinen viele KleinstadtbewohnerInnen, mit der „Großstadt“, während sich die Kleinstadt als „problemreduziert“ und „vollständiger“ darstellt – im Sinne von ‚räumlich überschaubar‘ und ‚sozial nah‘. Zumal hier physischer und sozialer Raum weitgehend zusammenfallen. Die sich in Auflösung oder zumindest in Diffusion befindlichen sozialen, familialen und geistigen Bindungen werden durch die Einheit „Kleinstadt“ nicht nur scheinbar, sondern auch real-alltäglich zusammengehalten. Die Trennung von sozialem Bezugsort und von „Lebensort“, wie etwa bei Schlafgemeinden, tritt hier weniger auf, trotz multipler räumlicher Funktionsorientierungen, etwa bei Bildung, Konsum und Erwerbsarbeit. Die jeweilige Kleinstadt bleibt der wichtigste Bezugsort.

Die Aussagen aus der Haushaltsbefragung zu den Vorteilen des Lebens in den Kleinstädten stützen diese Interpretation: Als wichtigster Vorzug

(vgl. Tabelle 81) wird von den Befragten¹²⁹ vor allem „die Ruhe“ (65 %) angegeben. Innerhalb der vier Untersuchungsstädte ist dabei die Häufigkeit der Nennung „Ruhe“ umgekehrt proportional zur Größe der Stadt: Die niedrigsten Werte weisen Teterow mit 55 % und Angermünde mit 64 % auf, die jeweils knapp über bzw. knapp unter 10.000 Einwohner haben; deutlich höhere Werte haben Goldberg mit 70,7 % und Bad Wilsnack mit 75 % bei jeweils ca. 3.000 Einwohnern. Offensichtlich nimmt „die Ruhe“ als zentrales Vorteilskriterium schon bei leichter Zunahme der Stadtgröße ab. Auf den Plätzen zwei und drei der wichtigsten Klein-

Tabelle 81: Vorteile des Lebens in einer Kleinstadt nach Altersgruppen

Vorteile des Lebens in der Kleinstadt	Nach Altersgruppen					Gesamt
	16 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	über 65 Jahre	
	in % der Befragten (Mehrfachantworten möglich)					
die Ruhe	65,9	63,2	68,1	64,2	64,9	65,0
die engen Beziehungen der Menschen	44,9	56,2	52,3	50,4	45,0	50,2
die nahe Natur	41,5	45,0	47,9	49,6	49,0	47,5
die kurzen Wege	23,3	35,1	32,0	37,0	28,2	32,2
man kann sich auf die Nachbarn verlassen	15,1	24,0	30,8	26,5	22,3	24,6
die gute Wohnqualität	10,7	21,0	20,3	22,2	19,3	19,7
dass es mir vertraut ist	12,4	19,1	21,6	15,4	18,7	17,8
das schöne Stadtbild	12,7	16,1	16,9	18,6	18,8	17,2
die Sicherheit	12,6	20,8	13,1	15,1	8,9	14,3
Nähe der Familie	14,5	16,3	18,0	11,8	11,5	14,1
die Sauberkeit	11,3	11,3	10,4	13,0	8,9	11,0
die nahe Arbeit	6,4	13,1	15,3	5,8	3,9	8,8
die zahlreichen Parkplätze	2,2	4,6	4,2	5,6	1,9	3,9
Kleinstadtfair allgemein	0,5	1,7	2,0	1,1	2,2	1,6
Lage im Raum		1,4	0,4	1,8	0,2	0,9
niedrige Preise		0,6	0,7		0,4	0,4
keine Vorteile	0,5	0,9			0,8	0,4
Vorteile für Ältere			0,3	0,2	0,9	0,3
Kultur und Freizeitangebot		0,2	0,4	0,3	0,6	0,3
Eigentum am Ort			0,3		0,6	0,2
sonstiges				0,5	0,2	0,2

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.637

¹²⁹ Im Folgenden wird immer die Prozentzahl der Befragten, die Antworten gaben und nicht die Prozentzahl von allen genannten Fällen angegeben.

stadtvorteile folgen „die engen Beziehungen der Menschen“ (50,2 %) und „die nahe Natur“ (47,5 %), auf Platz vier und fünf „die kurzen Wege“ (32,2 %) und „man kann sich auf Nachbarn verlassen“ (24,6 %). Bemerkenswert ist, dass bei den vier Untersuchungsstädten diese fünf Nennungen in nahezu gleicher Reihenfolge an vorderster Stelle stehen: Diese Eigenschaften sind als Vorteile für alle Kleinstädte gleichermaßen charakteristisch.

Die geringe Nennung des Vorteils „die nahe Arbeit“ ist angesichts des problematischen Arbeitsplatzangebotes in den Kleinstädten nicht verwunderlich (mit 8,8 % erst an zwölfter Stelle). „Sicherheit“ (14,3 %, an neunter Stelle) und „die Sauberkeit“ (11 %, elfte Stelle) werden relativ selten genannt und damit wahrscheinlich von den Kleinstadtbewohnern als Selbstverständlichkeit wahrgenommen.

Die Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen sind vergleichsweise gering: Alle schätzen besonders die „Ruhe“: Sie wird in allen Altersgruppen durchgehend von über 63 % als Vorteil genannt. Die „engen Beziehungen“ werden ebenso von 44,9 % der unter 25-Jährigen geschätzt, wie von 45 % der über 65-Jährigen (vgl. Tabelle 81). Insgesamt werden die Vorteile des Kleinstadtlebens von allen Altersgruppen im Wesentlichen ähnlich eingeschätzt. Differenzierungen aufgrund der unterschiedlichen Lebenssituation zeigen sich beispielsweise beim Wert der Nennung, „dass man sich auf die Nachbarn verlassen kann“: Nur bei 15,1 % der unter 25-Jährigen, aber bei 30,8 % der 40- bis unter 50-Jährigen wird dies als ein Vorteil genannt.

Indiz für die hohe wahrgenommene soziale Qualität der Kleinstadt zeigt insbesondere auch der Vergleich der Mittelwerte der Zufriedenheit mit dem Leben in der Stadt und dem Erwerbsstatus aus der Haushaltsbefragung: RentnerInnen und VorruhestandlerInnen sind, wie zu erwarten, mit deutlichem Abstand am zufriedensten, gefolgt von den Erwerbstätigen (vgl. Tabelle 82). Beide Gruppen mit relativ gesichertem Einkommen und klarer Zukunftsperspektive wohnen am liebsten in ihrer Stadt. Der Unterschied zur Gruppe der Arbeitslosen und der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen befindlichen Personen ist jedoch äußerst gering: Sie leben in ihrer Stadt fast so gern wie die Erwerbstätigen und haben sogar noch etwas höhere Werte als jene Befragten, die angaben, Hausfrau/mann oder im Elternurlaub zu sein. Weniger gern in ihrer Stadt leben SchülerInnen, Studierende und Wehrdienstleistende.

Generell zeigen die Untersuchungsergebnisse für die Gruppe der Jugendlichen einen tendenziellen Bewertungswandel. Die hohe Identifikation mit ihrer Stadt, die in allen Generationen insgesamt festzustellen ist, nimmt mit steigendem Alter zu. Insbesondere die über 50-Jährigen, die auch das Gros der Stadtaktiven stellen, verbinden ihr persönliches

Tabelle 82: Mittelwerte der Zufriedenheit im Vergleich zum Erwerbsstatus

Erwerbs- und Nichterwerbsgruppen	Mögliche Nennungen 1 bis 5 (1= außerordentlich gern, 5 = ganz und gar nicht gern)
Rentner/Vorruhestand	1,67
Erwerbstätige/Auszubildende	2,01
Arbeitslos/ABM/Umschulung	2,09
Hausfrau/-mann/Kindererziehung	2,19
Schüler/Student/Wehrdienst	2,54
Gesamt	1,93

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N=1.680

Wohlbefinden mit einer hohen Ortsbindung und gesteigertem bürger-schaftlichen Engagement. Auch nimmt die emotionale Qualität dieser Bindung mit dem Alter zu. Es ist gerade diese biografische Dimension, die auf einen sozialpsychologischen Mechanismus hinweist, der aus der Schwäche der marginalisierten Stadt eine relative Stärke entstehen lässt. Während nämlich bei den Jüngeren die Perspektive der Abwanderung stark ist, nimmt diese Chance bei höherem Alter faktisch ab.

Das insgesamt positive Bild des kleinstädtischen Lebens, das in den Schlüsselpersonengesprächen und der Haushaltsbefragung offensichtlich wurde, kippt bei dieser Gruppe wegen der schlechten Zukunftserwartungen: Als besonders negative Folge der Wende wird in den Untersuchungsstädten von den Stadtaktiven neben der hohen Arbeitslosigkeit, dem Verlust an sozialer Sicherheit und der demografischen Überalterung die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen gesehen. Insbesondere die Reaktionen auf die Aussage in der Haushaltsbefragung „alle Jugendlichen verlassen die Stadt ... oder die Jugendlichen werden wieder zurückkehren“ zeigen, dass die unter 25-Jährigen zu 26,8 % glauben, dass die kleinen Städte keine Perspektive bieten. Die Älteren sind zufrieden und an ihre Stadt gebunden, während die Jungen unzufrieden sind und eine sehr starke Wegzugsbereitschaft zeigen, da sie gar keine andere Wahl haben, wenn sie selbstständig werden wollen. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation müssen Jugendliche eine „Abwanderungsmentalität“ entwickeln. Aber die Untersuchungsergebnisse zeigen auch, dass es in allen Städten eine Hoffnung auf Rückkehr der Jugendlichen gibt.¹³⁰ Die Lösung des Problems

¹³⁰ Dass diese Hoffnung nicht unbegründet sein muss, zeigt eine qualitative Untersuchung von Stephan Beetz zur räumlichen Mobilität und Immobilität im ländlichen Raum in Südbrandenburg (Beetz 2001). Im ländlichen Raum seien nicht

der Perspektivlosigkeit für Jugendliche in den untersuchten Kleinstädten und Ostdeutschland insgesamt entscheidet – trotz aller vorhandenen Beharrungskräfte – über die Zukunft der Kleinstädte. Die Älteren sind zwar noch Garanten kleinstädtischer Stabilität – allerdings nur für eine demografisch begrenzte Zeit. Bei aller Qualität der Sozialbeziehungen, die gerade auch durch die Jugendlichen geschätzt wird, bedeutet deren Abwanderung mittelfristig eine existenzielle Gefahr für die Kleinstädte.

7.3 Lokales Sozialkapital marginalisierter Städte

Die empirische Analyse der schrumpfenden Kleinstädte hat neben den tief greifenden Problemen eine Vielzahl von sozialen Qualitäten und soziokulturellen Potenzialen aufgezeigt. Offensichtlich verfügen Kleinstädte über soziale Bindungskräfte, deren Fehlen in der modernen Gesellschaft häufig konstatiert wird. Hochindividualisierte postmoderne Gesellschaften haben nach der Individualisierungsthese zunehmend Integrationsprobleme. Gemeinhin wird ein Verlust sozialer Gewissheiten diagnostiziert, die Folge ist das Auseinanderbrechen stabiler Strukturen in Familie und Nachbarschaft und deren Wandel in Richtung eines perforierten Nebeneinanders von Individuen (vgl. Putnam 1995; Heitmeyer (Hg.) 1997, Immerfall 1999). Die sozialwissenschaftliche Debatte zum Sozialkapitalkonzept versucht, auf dieses Problem eine theoretische und praktische Antwort zu geben. Es wird gefragt, unter welchen Bedingungen soziales Vertrauen und freiwilliges Engagement als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts funktionieren können. Zwar bleibt die positive Grundannahme der Kompensation von reduzierten sozialstaatlichen Sicherungssystemen durch „Sozialkapital“ in vielerlei Hinsicht fraglich. Aus soziologischer Sicht ist jedoch bedeutsam, dass das Vorhandensein sozialen Kapitals als Grundvoraussetzung für die Überwindung sozialer Dilemmata angesehen wird (Immerfall 1999: 121).

nur Mobilitätsmuster dominant, die, wie die klassische Landfluchtdiskussion argumentiert, dem Dableiben eine höhere Begründungsbedürftigkeit zuweisen als dem Weggehen. Mobilitätsmuster, die eine Rückkehroption einbeziehen, funktionieren jedoch nur bei entsprechendem „Passungsverhältnis“ (Beetz), wie der Autor anhand qualitativer Interviews mit Probanden, die in den 1980er und 90er Jahren in ihren ländlichen Herkunftsort zurückgezogen sind, feststellt. Dabei seien nicht Grund- und Hauseigentum das entscheidende Argument, sondern familiäre Beziehungen und informelle Bindungen. Genau diese Beziehungsqualitäten werden von allen Altersgruppen der Haushaltsbefragung in den Kleinstädten als besonders positiv benannt.

Mit dem Sozialkapitalkonzept soll im Weiteren das Problem schrumpfender Städte und Regionen gedeutet werden. Seit den 1980er Jahren wurde in der geografischen, ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Regionalforschung sowie in der Raumplanung als Lösungsansatz die Entwicklung „endogener Qualitäten“ verfolgt. Mit dem Sozialkapital-Ansatz bietet sich ein Zugang für die nähere Bestimmung endogener Entwicklungsfaktoren. Entwicklungskonzepte für Städte ohne Wirtschaftswachstum müssen solche Potenziale einbeziehen. Dies gilt nicht nur für die hier thematisierte Kleinstadt, sondern für eine Vielzahl von deutschen Städten, die von realen Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Zur genaueren Analyse von lokal-regionalen Kulturen bietet sich das Sozialkapitalkonzept gerade deshalb an, weil es die Bereiche begrifflich und inhaltlich genauer fasst, die bisher im „endogenen Nebel“ noch unscharfe Konturen aufweisen. Auch hat der Durchgang durch die soziologische „Kleinstadtforschung“ (s. Kap. 2.3) gerade die Bedeutung von Kooperationen und Netzwerken für diese Form von Community verdeutlicht.

Da Sozialkapital eine relationale Eigenschaft sozialer Gefüge ist, werden in der Literatur verschiedene Bereiche und Ebenen seiner Analyse diskutiert. Übereinstimmend werden Sozialkapital-Bezüge unterschieden in solche, die gesamtgesellschaftlich wirken, und solche, die sich auf lokale Zusammenhänge beziehen (vgl. z.B. Putnam 1993; Haug 1997; Offe 1999; Immerfall 1999).¹³¹ Indem in sozial kleinräumlich verorteten Zusammenhängen die Bindungskraft von gemeinschaftlichen Qualitäten untersucht wird, kann die Frage nach dem Ort von Sozialkapital auf existierende Siedlungsstrukturen bezogen und dadurch konkretisiert werden. In der Diskussion um die Integrationskräfte einer Gesellschaft wird der Stadt als einer „robusten Integrationsmaschine“ (Häußermann 1995a:

¹³¹ Putnam selber unterscheidet zwei Arten von Sozialkapital. Zum einen das „bonding capital“, das schon bestehende Beziehungen, z.B. zwischen Bewohnern einer Nachbarschaft stärkt. Zum anderen das „bridging capital“, das Personen oder Gruppen zusammenbringt, die einander nicht bekannt sind (vgl. Putnam 2000: 22f.). Aus der Vielzahl weiterer Varianten sollen einige Beispiele genannt werden, die ganz unterschiedliche Differenzierungsvorschläge symbolisieren: Offe unterscheidet zwischen kommunitären und zivilgesellschaftlichen Erscheinungsformen von Sozialkapital (Offe 1999: 115f.). Immerfall wiederum differenziert drei kontextspezifische Ebenen von Sozialkapital: 1. überschaubare, interpersonale Beziehungen, 2. mittlere, intermediäre Bereiche und 3. den gesellschaftlichen Großbereich. (Immerfall 1999: 121f.) Haug wiederum unterscheidet nach Auswertung ihrer Literaturanalyse die Bedeutung von Sozialkapital in eine Mikro- und eine Makroebene: Zum einen wird Sozialkapital als individuelle Ressource behandelt und zum anderen als Gesamtkapital einer Gesellschaft (Haug 1997: 39f.).

96) eine (noch) positive Rolle zugeschrieben, da die räumliche Mikroebene einer Zivilgesellschaft unmittelbar an lokale Identität gebunden ist. Dies ist der Anknüpfungspunkt, der das Konzept für die Stadtsoziologie interessant werden lässt.

Die Bedeutung einer raumbezogenen Identität in ihrer soziologischen Dimension lässt sich in der Literatur auf das Konzept der „symbolischen Ortsbezogenheit“ zurückführen. Es wurde 1965 von Heiner Treinen in einer Studie zur Entstehung von Ortsbindung in einer oberbayerischen Gemeinde mit mehr als 50 % Zugewanderten nach 1949 (Treinen 1965: 235) entwickelt. Eine Anzahl von Untersuchungen hat sich seitdem mit den Kriterien zur Bestimmung von Ortsbindung und lokaler wie regionaler Identität auseinander gesetzt. Danach wirken räumliche Faktoren überlagert von Interaktionsstrukturen wie das Vorhandensein lokaler Kulturen und eine gewisse Bevölkerungshomogenität besonders identitätsstiftend und ortsbindend.¹³²

Das Sozialkapitalkonzept, wie es von Robert Putnam in die gesellschaftstheoretische Debatte in den 1980er Jahren eingeführt wurde, orientiert sich nicht an der soziologischen Diskussion kollektiver oder lokaler Identität, sondern begründet eine Theorie gemeinschaftlichen Handelns. Sozialkapital ist eine soziale Quelle von Wirtschaftswachstum, soziale Interaktion wird bei Putnam als Produktionsfaktor funktional gedeutet. Vor ihm hatten bereits Soziologen wie James Coleman und Pierre Bourdieu ebenso wie die Urbanistin Jane Jacobs¹³³ diesen Begriff sehr unterschiedlich verwendet.¹³⁴ Hintergrund der Überlegungen von Putnam zur Bedeutung von „Sozialkapital“ sind Analysen zur Geschichte

¹³² Für eine ausführliche Thematisierung von „lokaler Identität“ aus (stadt)soziologischer Perspektive siehe die Studie von Albrecht Göschel (1984) „Lokale Identität als Element der Stadtentwicklung“. Für eine neuere Übersicht siehe die Untersuchung von Christina Reinhardt (1999, insbesondere S. 67ff.) zu lokaler Identität und Ortsbindung in einer Bochumer Straße.

¹³³ Weniger bekannt dürfte sein, dass schon Jane Jacobs 1961 in „The death and life of great American cities“ auf die Bedeutung von Sozialkapital für die Entwicklung von Nachbarschaften hingewiesen hat. Im sechsten Kapitel „Funktion von städtischen Nachbarschaften“ heißt es: „Wenn die Selbstverwaltung funktionieren soll, müssen bei aller ziellosen Fluktuation der Bevölkerung kontinuierlich Menschen vorhanden sein, die das nachbarschaftliche Gewebe spinnen und festigen. Solche Gewebe sind das unersetzliche soziale Kapital einer Großstadt. Wenn dieses Kapital aus irgendeinem Grunde verloren geht, dann versiegen auch die Einkünfte daraus; sie kehren nicht eher wieder, ehe sich nicht neues Kapital ebenso langsam und beiläufig angesammelt hat“ (zit. nach Jacobs 1976: 89).

¹³⁴ Für eine kurze Skizze des Begriffshintergrundes siehe Putnam 2000: 21ff., desgleichen in deutscher Übersetzung in Putnam 2001: 15ff.

der italienischen Kommunalverwaltung, die er in der Studie „Making Democracy Work“ (1993) publizierte. Hier untersuchte er die Frage, weshalb 20 Jahre nach der Reform der Kommunalregierungen Italien die neu geschaffenen norditalienischen Provinzregierungen erfolgreicher arbeiteten als die süditalienischen. Auf der Basis umfangreicher empirischer Erhebungen entwickelt er die These, dass sich die Differenz zwischen partizipatorischen Strukturen in Norditalien und den klientelistischen, korruptionsanfälligen Strukturen in Süditalien aus der unterschiedlichen Qualität des jeweiligen Sozialkapitals erkläre. Der Begriff des Sozialkapitals wird also aus der Analyse von Differenzen regionaler, soziokultureller Kulturen theoretisch verallgemeinert. Er definiert Sozialkapital als „[...] features of social organization, such as trust, norms, and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“ (Putnam 1993: 167). Er verwendet diesen Begriff als Bezeichnung für die Summe bürgerschaftlicher Qualitäten und Tugenden, die im Falle Italiens räumlich ungleichmäßig verteilt sind und unterschiedlich erfolgreiche regionale Wirtschaftsentwicklungen begründen. Nicht der höhere Wohlstand in Norditalien begründet die regionalen Disparitäten, sondern die das Sozialkapital konstituierenden Variablen seien regional differenziert, und insbesondere die Qualität der Vernetzungen zum politisch-administrativen System wie zur Ökonomie sei das entscheidende Erklärungsmerkmal. Denn im Unterschied zu anderen Kapitalformen ist Sozialkapital nicht an einzelne Akteure gebunden, sondern resultiert aus den Beziehungen zwischen Akteuren (vgl. ebd.).

Mit seinem Konzept zum Sozialkapital lenkt Putnam den Blick auf nichtökonomische, kulturelle Faktoren wirtschaftlichen Handelns und auf die von Politik nicht erzeugbaren, aber in Anspruch genommenen moralischen Ressourcen des Gemeinwesens. Nach Putnam verbessern Normen und Netzwerke des Zivilengagements (Sozialkapital) Bildung, verringern Armut, befördern einen responsiveren Staat. Umgekehrt führe der Mangel an Sozialkapital zu sozialen, ökonomischen und politischen Missständen. Indikatoren sind für Putnam beispielsweise Wahlbeteiligung, Anteil der Zeitungsleser in der Bevölkerung, Mitarbeit in ehrenamtlichen Organisationen und Teilnahme an Nachbarschaftstreffen. Sozialkapital entwickelt sich auf der Grundlage von Vertrauen und Kommunikation. Es bildet sich durch zwischenmenschlichen Kontakt und die dabei entstehenden sozialen Bindungen (vgl. ebd.).

In der deutschen Diskussion ist das Konzept mittlerweile, wenn auch nicht kritiklos (vgl. Braun 2001), etabliert. Jüngstes Beispiel ist der Sammelband „Gesellschaft und Gemeinssinn“, der die Ausformung und Wirksamkeit gesellschaftlicher Bindungskräfte in acht fortschrittlichen postindustriellen Demokratien, so auch in Deutschland, untersucht (Putnam

(Hg.) 2001). In den USA, so beschreibt es James DeFilippis (2001), hat sich das Sozialkapitalkonzept nach Putnam zu „one of the dominant trends in American social science and public policy over the past decade“ entwickelt und „this is particularly true of work in housing and community development“ (DeFilippis 2001: 781).¹³⁵

Das Sozialkapitalkonzept hebt Eigenschaften hervor, die in der Stadt- und Regionalforschung stärker berücksichtigt werden sollten. Denn die Qualität des Konzepts besteht nach Claus Offe und Susanne Fuchs darin, auf Ressourcen zu verweisen, die hypothetisch in der befördernden Wirkung von positiver Wirtschaftsentwicklung und effizienter Verwaltung bestehen, da an die Sozialkapitaldefinition Verhaltensdispositionen von BürgerInnen gebunden seien, die „Beiträge zur Senkung der Transaktionskosten in Wirtschaft und Politik leisten. Die über Raum und Zeit auftretenden Schwankungen in der Qualität politisch-administrativer und ökonomischer Performanz lassen sich deshalb auch durch das Niveau und die Verbreitung von Sozialkapital in einer Gesellschaft erklären“ (Offe/Fuchs 2001: 417). Städte und auch Regionen lassen sich nicht einfach auf einen positiven Entwicklungspfad bringen, wenn, wie etwa durch die traditionelle Regionalplanung, lediglich Bündel von Standortfaktoren bestimmt werden. Für Entwicklungskonzeptionen ist die Erkenntnis wichtig, dass Impulse eher durch die Aktivierung endogener lokaler Ressourcen als durch externe geschaffen werden können. Das Sozialkapitalkonzept eignet sich, trotz methodischer und methodologischer Probleme,¹³⁶ zur Benennung solcher Perspektiven. Das Konzept ist der „gemeinsame Nenner“ einer undogmatischen und pragmatischen Ordnungs- und Orien-

¹³⁵ DeFilippis kritisiert diese Entwicklung allerdings massiv. Er beanstandet insbesondere die Implementierung des Sozialkapitalansatzes in amerikanische Antipoverty- und Community-Development-Strategien: Die Anwendung des Sozialkapitalkonzepts durch die „community development“ Politik in den USA sei irreführend und müsse überdacht werden. Putnams Konzept, wie auch die Anwendung durch „his followers“, sei logisch fehlerhaft, da es die Wirkung der community power nicht einbeziehe und Stadtentwicklung von ökonomischem Kapital trenne. Damit reiht er sich in die Reihe der Putnam-Kritiker ein. Dagegen kann darauf verwiesen werden, dass Putnam durchaus die ökonomische Wirkung von Sozialkapital thematisiert und ebenso die Machtverhältnisse in Städten in ihrer Wirkung auf die Entstehung von Sozialkapital untersucht.

¹³⁶ So stellt beispielsweise Sonja Haug (1997) in ihrer Literaturstudie „Soziales Kapital: Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand“ resümierend eine „(unzulässige) Begriffserweiterung“ (ebd.: 40) fest. Insbesondere der Doppelcharakter des Begriffs „Sozialkapital“ – es gibt inhaltliche Überschneidungen zu den Themenbereichen „Netzwerke“, „Vertrauen“ und „Kollektivgut“

tierungsgröße zur Beschreibung von sozialen Qualitäten im städtischen Raum. Es dient somit als Mittel zur Bestimmung von lokalen Beteiligungspotenzialen. Diese können in einer älteren Theoriesprache auch als Netzwerke charakterisiert werden. Als Begriff einer formalen Soziologie erfasst es jede Vernetzung menschlicher Aktivitäten, wie sie von Georg Simmel als „soziale Kreise“ definiert wurden, ohne inhaltliche Spezifizierungen. Eine Partei, ein Sportverein, eine rechtsradikale Gruppierung wie eine Kartellbildung örtlicher Gewerbetreibender entsprechen der Definition von Netzwerken. Sozialkapital ist ein Netzwerk, das die Mehrung des Gesamtnutzens, in diesem Fall einer Kleinstadt, zum Ziel und zur Folge hat. Es wirkt als potenziell gemeinwohlorientierte und wohlfahrtssteigernde Ressource, mit der Gesellschaften oder Teile derselben ausgestattet sein können (vgl. Offe 1999: 118).

Zu den lokalspezifischen Qualitäten und Potenzialen gehören Vertrauensbestände, Zugehörigkeits- und Verantwortungsgefühle, gemeinsame Zielvorstellungen sowie Intensität und Wirksamkeit bürgerschaftlichen Engagements. Zentral dafür seien „voluntary associations“ wie z.B. Sport-, Gesang-, Musik- oder auch religiöse Vereinigungen. Denn nur in diesen lokalgebundenen Assoziationen gebe es vielfältige „face-to-face“-Beziehungen zwischen den Menschen. Dies sei die Voraussetzung für die Herausbildung identifikatorischer und solidarischer Netzwerke. So können jene Verhaltensdispositionen erlernt werden, die Kommunikation,

– schränke seine empirische Nützlichkeit sehr ein. Eine eindeutige Ausarbeitung dieses Konzepts stehe noch aus (ebd.: 40/41). Auch Claus Offe, der in einem Aufsatz begriffliche Probleme und Wirkungsweise von Sozialkapital diskutiert, setzt sich kritisch mit dem Begriff „Sozialkapital“ auseinander. Er bezeichnet Sozialkapital als „sozialmoralische Ressource, eine in den kulturellen Traditionen und alltäglichen Routinen und Gewohnheiten verankerte Disposition, die lokalen, regionalen und nationalen Gesellschaften bzw. Ausschnitten derselben zur Verfügung steht“ (Offe 1999: 114). Er kritisiert den Begriff „Sozialkapital“ jedoch als „irreführende Metapher“ (ebd.: 117), da wichtige semantische Implikationen, die „Kapital“ suggeriert, also auf monetären Prozessen beruhende Inhalte (Stichworte: Eigentumsrechte, Gelderträge, Investitionen und Abschreibungen), gerade nicht gemeint seien. Stattdessen schlägt er den Begriff „Sozialvermögen“ vor. Des Weiteren verweist z.B. Sebastian Braun auf die Probleme der Vieldeutigkeit des Terminus „social capital“ bei Putnam. Dies sei ein typisches Kennzeichen von Begriffen, die zu Integrationsideologien avancieren (Braun 2001: 347/348). Insbesondere drei Schwachpunkte seien dabei hervorzuheben: die Vermischung der Ursache und Wirkung des sozialen Kapitals, die theoretisch nicht überzeugende Ausdehnung des Begriffs auf Regionen und Staaten und die Idealisierung seiner positiven bei weitgehender Ignorierung seiner negativen Effekte (vgl. ebd.: 349).

Kooperation und Vertrauen innerhalb und außerhalb von Assoziationen erhöhen (vgl. Putnam 2000: 49ff.).

In der Diskussion zum Sozialkapital ist seine Verortung im Raum bzw. auf Siedlungsstrukturen zwar bisher nur am Rande behandelt worden, jedoch stellen sowohl Putnam (2000) als auch Offe und Fuchs (2001) hier einen signifikanten Zusammenhang fest.¹³⁷ Die Einwohner großer Städte und ihrer Suburbia, so Putnam, seien weniger organisiert. „In fact, even among suburbs, smaller is better from a social capital point of view. Getting involved in community affairs is more inviting – or abstention less attractive – when the scale of everyday life is smaller and more intimate.“ (Putnam 2000: 205) Dies stellen ebenfalls Offe und Fuchs in einer bundesweiten Untersuchung fest. Allerdings zeige sich in Ostdeutschland diese Korrelation nicht. Hier gebe es keinen Zusammenhang zwischen Ortsgröße und der Bereitschaft zum Engagement, gemessen an Mitgliedsquoten in Assoziationen (Offe/Fuchs 2001: 472). Ihre Aussagen basieren allerdings auf Daten von Anfang der 1990er Jahre, als sich Ostdeutschland in einer starken Umbruchssituation befand: Die DDR-Gesellschaft

¹³⁷ Ein Beispiel für die US-amerikanischen Forschung enthält die Evaluationsstudie von Ross Gittell und Avis Vidal (1998), die Erfahrungen der Anwendung des Sozialkapitalkonzepts im Rahmen von „community development“ aus einem nationalen Demonstrationsprogramm für die Local Initiatives Support Corporation (LISC) analysiert – „Community Organizing“. Building social capital as a development strategy. Die LISC ist eine von vielen nationalen intermediären Organisationen zur Unterstützung von lokalen Initiativen des Community Developments (CD), was im Deutschen in etwa mit Gemeinwesenarbeit beschrieben werden kann. Die Autoren begleiteten das Projekt durch Materialauswertungen und regelmäßigen Interviews mit allen Akteuren. Die Erfahrungen wurden über drei Jahre hinweg in drei Regionen in den USA gesammelt, die stark vom industriellen Strukturwandel getroffen wurden und die bisher keine eigenen Versuche zur Überwindung der Krise entwickelt hatten. Ziel war die Erprobung eines Ansatzes zur Stärkung bzw. Induktion von sozialem Kapital, das in Anlehnung an Putnams Theorie zu mehr Kommunikation und Vertrauen in den Gebieten führen sollte und somit zu stärkerer, eigenständiger Entwicklung. Gittell und Vidal zeichnen ein insgesamt positives Bild des Demonstrationsprogramms. Eine der grundlegenden Aufgabenstellungen, nämlich das Füllen von „strukturellen Löchern“ in Gebieten mit mangelhafter dynamik, sei zu einem gewissen Grad erfüllt worden. Zudem wurde das Programm lokal jeweils komplett aus privaten Mitteln finanziert, was für den Zusammenhalt einer Region sicher positiv zu bewerten ist. Trotzdem sei aufgrund der Kürze des Programms zu fragen, so die Autoren, ob die Ergebnisse die These untermauern, dass Sozialkapital gezielt von außen implementierbar sei.

war implodiert und die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht vollständig implementiert.¹³⁸ Wie in dieser Studie gezeigt wird, hat sich gerade in Kleinstädten ein starkes Engagement entwickelt, was zu einer ausgebildeten Vereinskultur geführt hat.

Die implizite Idee des Sozialkapitalkonzepts, an vorhandene städtische, gemeinschaftliche Qualitäten anzuknüpfen, wird offensichtlich insbesondere bei kleinstädtischen Strukturen tragfähig. Während bei größeren Städten dieser Aspekt von Sozialkapital auf kleinteilige Gebiets-einheiten beschränkt bleiben muss und wohl nie übergreifende Wirkung entwickeln wird, lassen sich bei Kleinstädten lokal-regionale Kulturen beschreiben, die explizit an die jeweilige sozial-räumliche Einheit dieses Siedlungstyps geknüpft sind: Es umfasst die Gesamtheit von kleinstadt-spezifischen Kulturen, die die Lebensqualität mitbestimmen, also lokalem Sozialkapital, das sich im Vereinsleben, in den informellen Netzwerken und der lokalen Identität zeigt.

Als besondere Elemente von Sozialkapital lassen sich aufgrund der gewonnenen empirischen Untersuchungsergebnisse (Stadtprofile, Schlüsselpersonenengespräche und Haushaltsbefragung) und des Vergleichs der Daten der Haushaltsbefragung mit übergreifenden Sozialstatistiken folgende Aspekte hervorheben:

(1) Vereine und andere Vereinigungsformen: Im Durchschnitt aller Städte sind 44,3 % der Befragten, die dazu Angaben machten, in Vereinen und Vereinigungen einschließlich politischer Art (Parteien, Gewerkschaften) organisiert. Demnach ist der Organisationsgrad in den Untersuchungsstädten Untersuchungsstädten deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Neuen Länder mit 38 %. Gerade Vereine finden, im Gegensatz zu Bürgerinitiativen¹³⁹, in Kleinstädten großen Zuspruch. Diese Art von „lokaler Öffentlichkeit“ (vgl. Dunkelman 1975), also sich in der Freizeit zu organisieren und zu engagieren, ist in den Kleinstädten sehr akzeptiert. Gibt es ein bürgerschaftliches Engagement außerhalb des Er-

¹³⁸ Für Westdeutschland konstatieren Offe und Fuchs, dass die Beziehung nach Gemeindegröße und Bereitschaft zum Engagement eindeutig sei: je größer eine Gemeinde, desto niedriger sei die Mitgliedschaftsquote. In Ostdeutschland sei die Korrelation nicht so eindeutig nachzuweisen (Offe/Fuchs 2001: 39).

¹³⁹ Diese Form von lokaler Öffentlichkeit bildet sich in den Untersuchungsstädten nur in Ausnahmefällen und zwar vor allem dann, wenn durch bauliche bzw. fehlende derartige Maßnahmen Defizite im unmittelbaren Wohnumfeld existieren oder beseitigt werden sollen. Des Weiteren bewirkt die Problematik der hohen Abwassergebühren aufgrund der neu gebauten, überdimensionierten Klärwerke, zunehmend eine Aktivierung der Abgaben Zahlenden in Bürgerinitiativen.

werbs- und des Privatlebens, beschränkt sich dieses, bis auf wenige Ausnahmen, auf das Vereinsleben. Die Vereine verkörpern das gemeinschaftliche Interesse der BürgerInnen in den Kleinstädten. Dies äußert sich in der lokalen Dominanz der Sport-, Garten-, Kleintierzucht- und Schützenvereine. Stadtpolitische und kulturelle Belange werden in Vereinen zusammengeführt, die sich mit der Heimatgeschichte, dem Tourismus und/oder der Organisation von Heimatfesten beschäftigen. Die Vereine in den Kleinstädten bedienen nicht nur die Nachfrage nach Aktivitäten, sondern schaffen darüber hinaus ein Wir-Gefühl. Sie sind das nach außen weniger sichtbare „öffentliche Leben“ der Stadt. Das Vereinsleben erhöht den Bekanntheitsgrad und stärkt die Netzwerkstrukturen unter den KleinstädterInnen.

Durch eine gute Vernetzung von Stadtverwaltung und Vereinen können, trotz der beschränkten kommunalen finanziellen Möglichkeiten, vielfältige Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden, indem die Stadt den Vereinen Räumlichkeiten und Mittel zur Verfügung stellt oder immaterielle Unterstützung leistet, beispielsweise Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln oder Beratung bei der Organisation bestimmter Aktivitäten und Veranstaltungen. Durch diese Art der Zusammenarbeit von Stadt und Vereinen ist es möglich, Beiträge niedrig zu halten und somit auch Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger u.a. ins Vereins- und Stadtleben zu integrieren. Persönliche Isolation wird minimiert. Fraglich ist allerdings, ob sich eine gesamtstädtische Öffentlichkeit über die Vereine hinweg artikuliert. Vereinsbildung kann auch Indiz für die Vorherrschaft privater Interessen über die öffentlichen Belange sein, wenn sich in den Vereinen vor allem bestimmte soziale Gruppen organisieren. Eine weitergehende Machtanalyse, die hier nicht vorgenommen werden konnte, hätte zu klären, inwieweit die Vereine auch Orte informeller Machtbildung oder partikularer Netzwerke sein können.

(2) *Informelle Netzwerke:* Aus Größe und Überschaubarkeit der Kleinstädte und der fehlenden Anonymität entwickeln sich eigene Formen und Strukturen im Umgang der Menschen miteinander. Auf der Basis des „einander Kennens“ (vielfach über Generationen oder seit dem Kindergarten) und des sich „häufig Begegnens“ findet ein unmittelbarer Austausch über Geschehnisse und Neuigkeiten statt. Die lokalen Eliten und die Bevölkerung treffen im Alltag aufeinander und können auf informellen Wegen ihre Informationen austauschen. Darüber hinaus fördern kleinstadtspezifische Kulturen die Hilfsbereitschaft untereinander, was in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Freundes-, Bekannten- und Verwandtschaftskreis, beim Hausbau, Umzügen und gegenüber älteren Menschen zum Ausdruck kommt: Hier gibt es einen ausgeprägten in-

formellen, nichtmonetären Leistungsaustausch. Bei der Bewertung der Wichtigkeit von verschiedenen Lebensbereichen stehen „Freunde und Bekannte“ mit 62,8 % an dritter Stelle und die „Verwandtschaft“ mit 60,6 % an vierter Position. Gleichwohl hat die Dichte der informellen Beziehungsnetzwerke in Gestalt des Klatsches auch eine, in der Regel negativ gewertete, Kehrseite. Dieser wirkt als eine Form sozialer Kontrolle, die insbesondere Privates, bis hin zum intimen Bereich, einer weitgehenden subkutanen „Veröffentlichung“ anheim gibt. Damit werden Formen von Individualisierung, die von devianten bis innovativ-kreativen Haltungen reichen, ausgegrenzt, verhindert oder gar stigmatisiert. Die Antizipation des „Klatsches“ führt dazu, das eigene Verhalten im Sinne der sozialen Kontrolle zu zensieren und im Zweifelsfall zu unterlassen. Strukturell wirkt „Klatsch“ in der Kleinstadt jedoch vergemeinschaftend und bietet damit auch die Möglichkeit zur Partizipation an den Angelegenheiten der Gemeinde.

(3) *Sachorientierte Machtbindung*: Die Analyse der kleinstädtischen Stadtpolitik ergibt, dass die Entscheidungszentren hochgradig eingebunden sind in die lokale Kommunikation. Die starke Wahrnehmung der Personen und die starke Prägung durch einzelne Persönlichkeiten führen zu einer stärkeren Transparenz des Elitenhandelns. Die Stadtaktiven sind durch vielfältige face-to-face-Kontakte in ständigem Austausch mit den BürgerInnen. Dies führt dazu, dass neben Personenzentriertheit und face-to-face-Orientierung parteipolitische Frontbildungen nicht aufgebaut werden. Auch die Verwaltung kann nicht, wie häufig in Großstädten, die fachlichen Diskurse zur Stadtentwicklung dominieren. Der Zwang zum Handeln verschiebt die Relevanzkriterien zu einem problemorientierten Politikstil. Allgemein gilt, dass Parteipolitik in den Kleinstädten eine untergeordnete Rolle spielt. In erster Linie sei in den vier Kleinstädten die Stadtpolitik durch „Sachfragen“, so die Schlüsselpersonen, bestimmt. Gleichzeitig wird immer die persönliche Einzelleistung wahrgenommen und gewertet. So werden auch persönliche Motive im Handeln der Stadtaktiven schnell offenkundig. Hinter den Entscheidungen werden häufig auch persönliche Motive vermutet. Letztendlich überschneiden sich Koalitionen in Sachfragen mit Interessenkonstellationen in der Stadtpolitik. Lokalpolitik ist grundsätzlich personalisiert.

(4) Einen vierten Schwerpunkt bildet die *Identifikation mit der eigenen Stadt*, ihren (historischen) Gebäuden und ihrem Flair. Die Kleinstadt hat als Gesamtgefüge eine aktivierende Präsenz im Leben der StadtbewohnerInnen. Unabhängig von der konkreten wirtschaftlichen Situation sind hohe Bindungswerte vorhanden, auch wenn diese mit dem wirtschaftli-

chen Erfolg bzw. Misserfolg korrespondieren. Insgesamt zeigt sich in allen Untersuchungsstädten eine hohe Lebenszufriedenheit: 38,2 % leben „außerordentlich gern“ in ihrer Stadt. Außerdem sind 26,2 % der Befragten „sehr stolz „ und 55,8 % „stolz“ auf die lange historische Tradition ihrer Stadt. Insgesamt ist in allen Städten eine deutliche Mehrheit der Kategorien „stolz“ und „sehr stolz“ (von 70,7 % in Goldberg bis 89,2 % in Teterow) zu verzeichnen. Auffallend ist, dass die emotionale Qualität in Bezug zum Ort häufig mit dem Wort „Heimat“ charakterisiert wird. Mit deutlichem Abstand werden von acht Begriffen, die die Bedeutung der jeweiligen Stadt charakterisieren, „Wohnort“ (79,8 %) und „Heimatort“ (77,9 %) am häufigsten als „sehr zutreffend“ genannt. Dass die Stadt Heimat ist, steht außer Frage. Diese Heimatbindung hat indes auch zur Folge, dass die Region nur als symbolischer Bezugspunkt von Zugehörigkeit gesehen wird, ohne daraus jedoch einen regionalen Handlungsbezug abzuleiten. Kirchturmpolitik verhindert allzu oft übergreifende Kooperationen. Gerade die wirtschaftlich erfolgreicher Städte Bad Wilsnack und Teterow beziehen ihr Selbstbild auch aus der ignorierenden Distinktion gegenüber den Nachbargemeinden und der Region.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Kraft, die dem Sozialkapital zugeschrieben wird, zeigt die Einzelbetrachtung der Untersuchungsstädte, dass die lokalen Eliten unterschiedlich erfolgreich in ihren Strategien zur Stadtentwicklung sind: Alle genannten Aspekte von lokalem Sozialkapital sind in der ökonomisch erfolgreichsten Stadt stärker ausgeprägt. Umgekehrt gilt: In der Untersuchungsstadt, in der die wirtschaftliche Situation sich sehr negativ darstellt, sind die Aspekte von Sozialkapital am niedrigsten ausgeprägt. Somit werden Untersuchungsergebnisse bestätigt, die davon ausgehen, dass ein angemessener Bestand an Sozialkapital sich als Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung erweisen kann (vgl. Putnam verschied. Jg.; insbesondere Putnam 2001: 19).

Eine theoretische Frage, die sich an diese Ergebnisse unmittelbar anschließt, ist die nach Ursache und Wirkung: Vermehrt wirtschaftlicher Erfolg das Sozialkapital oder vermehrt Sozialkapital den wirtschaftlichen Erfolg? Die Studie zeigt, dass die ökonomisch erfolgreichere Entwicklung in den Städten zu beobachten ist, in der sich die Vertrauensnetzwerke am schnellsten und am effizientesten entwickelt haben. Dies betrifft insbesondere die jeweiligen Akteurskonstellationen: Gerade in den Städten, die den Schrumpfungsprozess aufhalten konnten, wird dieser Erfolg von einem rechtzeitig gebildeten, leistungsfähigen Verbund von lokalen Akteuren getragen. Als wichtige kognitive Voraussetzung haben sich dabei Fähigkeiten und Kompetenzen des jeweiligen Bürgermeisters erwiesen. Konzentriert auf ein gemeinsames strategisches Vorgehen und die Interessen höchst unterschiedlicher lokaler Gruppen bzw. Organisationen wie

auch individueller Akteure zusammenführend, wurde durch eine breit getragene Führungsstruktur die aktuell zu konstatierende Stabilisierung des Schrumpfungsprozesses erreicht.

Das Potenzial kleinstädtischer Kultur besteht darin, eben die Ressourcen, welche die Modernisierungstheorie im Schwinden begriffen sieht, immer noch ausreichend zu erzeugen. Die Kleinstadt beantwortet das Problem der sozialen Integration mit gelingender Integration. Die Existenz kleinstadtspezifischer Kulturen und besonderer Konstellationen von Sozialkapital wirkt stabilisierend. Lokales Sozialkapital trägt zur sozialen Existenzsicherung, zur Bewahrung von Lebensqualität und zur Erhaltung eines Kulturguts bei. Von den BewohnerInnen werden arbeitsmarktorientierte und finanzielle Erfolge nicht unbedingt höher bewertet als Einbettung in soziale Netze. Dies erklärt auch, warum viele Menschen in den Kleinstädten ausharren und eben nicht abwandern.

Als Potenzial erweist sich diese spezifische soziale Konstellation jedoch nur dann, wenn sie die sozial integrativen Dimensionen mit den marktorientierten Handlungsmotiven lokaler Akteure verknüpft. Nur so entstehen produktive Ansatzpunkte, aus denen heraus Sozialkapital an den Markt angeschlossen wird. Nur dann wird Sozialkapital auch in der nächsten Generation weiter gegeben werden können. Gelingt dies nicht, ist die Gefahr groß, dass die ökonomisch erzwungene Abwanderung der Jungen, die ihre berufliche Zukunft durchaus mit dem Sozialleben der Kleinstadt verbinden möchten, die Reproduktion von lokalem Sozialkapital versiegen lässt.

8. Literatur

Anmerkung: Alle Literaturangaben, die mit „Archiv Forschungsprojekt“ gekennzeichnet sind, liegen zur Einsicht für wissenschaftliche Zwecke am Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin vor.

- A&S GmbH Neubrandenburg 1999: Teterow. Historischer Stadtkern. Städtebaulicher Rahmenplan. Fortschreibung 1999. o.O., ohne Seiteneinteilung.
- A&S GmbH Neubrandenburg 2000: Flächennutzungsplan der Stadt Teterow. Erläuterungsbericht für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange; Stand August 2000. Neubrandenburg.
- AA Schwerin 2000: Arbeitsamt Schwerin. Arbeitslose nach kreisfreien Städten und Ämtern - Landkreis Parchim, Stand Ende Juni 2000, mit Schreiben der Stadtverwaltung vom 7.11.2001. (Archiv Forschungsprojekt)
- AC Itzehoe 1994: Rahmenplan der Stadt Goldberg, Itzehoe: Typoskript.
- AC Itzehoe 1996: Stadt Goldberg. Flächennutzungsplan. Erläuterungsbericht, Stand: Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, März 1996, Itzehoe: Typoskript.
- Albers, Gerd 1975: Entwicklungslinien im Städtebau - Ideen, Thesen, Aussagen 1875 - 1945. Düsseldorf: Bertelsmann.
- ALLBUS 1998: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. Mannheim und Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung Köln.
- ALLBUS 2000: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. Mannheim und Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung Köln.
- Amt Bad Wilsnack/Weisen 1998: Informationen für Bürger und Gäste, Bad Wilsnack.
- Amtsgericht Perleberg 2000: Auskunft aus dem Vereinsregister zur Stadt Bad Wilsnack vom 18.12.2000. (Archiv Forschungsprojekt)
- Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 1999: Module einer „Gesunden Stadt Bad Wilsnack“, Konzept der Verwaltung.
- Amtsverwaltung Bad Wilsnack/Weisen 2000a: telefonische Auskünfte der Amtsverwaltung zu Gewerbebetrieben in der Stadt im Oktober 2000.
- Amtsverwaltung Bad/Wilsnack Weisen 2000b: telefonische Auskunft über Sozialhilfeempfänger in der Stadt vom 3.12.2000.
- Arbeitsamt Neuruppin 2000: Auskünfte zu Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquote zu Bad Wilsnack im Oktober 2000.
- Arensberg, Conrad M. 1974: Die Gemeinde als Objekt und als Paradigma. In: König, René (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 4 (3. Aufl.). Stuttgart: Enke, S. 82-141

Literatur

- Aring, Jürgen; Herfert, Günter 2001: Neue Muster der Wohnsuburbanisierung.
In: Brake, Klaus u. a. (Hg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle
Tendenzen. Opladen: Leske + Budrich, S. 43-56.
- ARL (Hg.) 1984: Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover:
Der ländliche Raum in Bayern. Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten
Rahmenbedingungen. Hannover: Vincentz.
- B.D. 1999: Byfornyelsesselskabet Danmark Stadterneuerungsgesellschaft: Historischer
Stadtkern Teterow. Behutsame Stadtsanierung. o.O., ohne Seiteneinteilung.
- BAA 2001: Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitslose nach Gemeinden, Kreisen,
Regierungsbezirken, Bundesländern [http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/
detail/index.html](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html): 22.8. 2001.
- Bahrdrdt, Hans-Paul 1961: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum
Städtebau (hg. 1998 v. Ulfert Herlyn). Opladen: Leske + Budrich.
- Bauamt 2000: Protokoll des Gesprächs mit dem Teterower Bauamtsleiter am 4.10.2000.
(Archiv Forschungsprojekt).
- Bauamt Goldberg 2000: Protokoll des Gesprächs mit dem Leiter des Bauamtes am
19.9.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Beetz, Stephan 2001: Räumliche Mobilität und Immobilität als Handlungsmuster
im Wandel einer ostdeutschen Gesellschaft. Eine empirische Untersuchung in
Südbrandenburg. Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophische Fakultät
III, Institut für Sozialwissenschaften, unv.
- Benke, Carsten 2001a: Zehdenick und die Ziegelindustrie - Industrialisierung und
Stadtentwicklung in einer märkischen Kleinstadt, in: Neitmann, Klaus (Hg.):
Das brandenburgische Städtewesen im Übergang zur Moderne. Stadtbürgertum,
kommunale Selbstverwaltung und Standortfaktoren vom preußischen Absolutismus bis
zur Weimarer Republik. Berlin: Arno Spitz, S. 213-246.
- Benke, Carsten 2001b: Kleinstädte in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.
Historische Entwicklungslinien eines Stadttyps vom Mittelalter bis zur DDR.
Humboldt Universität zu Berlin: Institut für Sozialwissenschaften, Stadt- und
Regionalsoziologie, Workingpaper: www2.hu-berlin.de (Stadtsoz/MitarbeiterInnen/
Kleinstädte_in_B_und_MV_6-10.pdf): 9.10.2002.
- Benke, Carsten 2002: Les petites villes. Kleinstädte in Frankreich – Querschnitt
der aktuellen Forschungslage. Zusammengestellt für das Forschungsprojekt
„Kleinstädte in Ostdeutschland“ an der Humboldt Universität zu Berlin, Stadt- und
Regionalsoziologie, unv. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bergmann, Klaus 1970: Agrarromantik und Großstadtfeindschaft.
Meisenheim/Glan: Hain.
- Bittner, Regina 1998: Kolonien des Eigensinns: Ethnographie einer ostdeutschen
Industrieregion. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- BIG Städtebau GmbH 1997: 46 x Stadterneuerung Mecklenburg-Vorpommern.
Stralsund: Eigenverlag.
- BIG Städtebau GmbH 1997: Stadterneuerung Mecklenburg-Vorpommern: Goldberg.
Stralsund: Eigenverlag, S. 58-61.

Literatur

- BIG Städtebau GmbH 1998: Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Altstadt Bad Wilsnack. Zwischenbericht zum Stand der vorbereitenden Untersuchung, Stand Juli 1998, o.O.
- BIG Städtebau GmbH 1999: Bad Wilsnack Städtebauförderung 1991-1999, o.O.
- BIG Städtebau GmbH 2000: Sanierungsmaßnahme Stadtkern Goldberg, Informationen zum Stand der Sanierung vom 21.9.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bluhm, Harald 1997: Facetten des militarisierten Sozialismus. In: Berliner Debatte Initial, 8. Jg., H. 6, S. 3- 12.
- BMELF 1992: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Zur aktuellen Entwicklung der Agrarwirtschaft in den neuen Ländern – Bilanz und Ausblick. Bonn: Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- BMVBW 2000: Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin.
- BMVBW 2002: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Pressemitteilung Nr. 020/02 vom 28. Januar 2002: <http://www.bmwbw.de/cms-aussen-spezial/externalViews/ExternalViews.jsp?contentId=7836&printView=true>.
- Brauer, Kai; Neckel, Sighard 1998: Antrag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie durch die Gruppe „Moderne Gemeindesozioologie“. In: News in Community Studies. Mitteilungsblatt der Arbeitsgruppe Moderne Gemeindesozioologie, 1. Jg., H. 1, S. 9-13. Berlin: Eigenverlag.
- Braun, Sebastian 2001: Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. In: Leviathan, 29. Jg., H. 3, S. 337-354.
- Brugger, Ernst A. 1984: „Endogene Entwicklung“: Ein Konzept zwischen Utopie und Realität, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2/1984, S. 1-19.
- Bucher, Hannsjörg; Kocks, Martina 1999: Die Bevölkerung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Prognose der BBR bis zum Jahr 2015. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, S. 755-772.
- Bucher, Hansjörg 1996: Der Geburtenrückgang in den neuen Ländern. In: Heinritz, Günter (Hg.): Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit. 50. Deutscher Geographentag Potsdam, Stuttgart: Steiner, S. 9-20.
- Burdack, Joachim 1993: Kleinstädte in den USA: jüngere Entwicklungen, dargestellt am Beispiel der Upper Great Lakes Area. Diss. 1990, Bamberg: Universität Bamberg.
- Bürgermeister A 2001: Bürgermeister Angermünde: Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 8.10.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bürgermeister B 2000: Bürgermeister Angermünde: Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 31.3.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bürgermeister B 2001: Bürgermeister Bad Wilsnack: Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts mit dem Bürgermeisters am 30.11.2001. (Archiv Forschungsprojekt).

Literatur

- Bürgermeister G 2000: Bürgermeister Goldberg. Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 7.4.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bürgermeister G 2001: Bürgermeister Goldberg. Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 4.10.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bürgermeister T 2000a: Bürgermeister Teterow. Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 6.4.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Bürgermeister T 2000b: Bericht des Bürgermeisters auf der Stadtvertretersitzung zur Arbeitsmarktsituation am 29.9.2000.
- Bürgermeister T 2001: Bürgermeister Teterow. Protokoll des Gesprächs im Rahmen des Forschungsprojekts am 2.10.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- BWG 2000: Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH Angermünde: Antwortschreiben zum Wohnungsbestand vom 7.11.2000.
- Castells, Manuel 1991: Die zweigeteilte Stadt – Arm und Reich in den Städten Lateinamerikas, der USA und Europas. In: Schabert, Tilo (Hg.): Die Welt der Stadt. München: Piper: 199-216.
- Claessens, Dieter 1995: Sozialgeschichte für soziologisch Interessierte. Stuttgart: Teubner.
- Coleman, James S. 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital. In: Am. Journ. of Soc., Vol. 94, Supplement: S95-S120.
- Cors, August 1930: Chronik der Stadt Bad Wilsnack. Berlin: Berliner Stimmen Verlag.
- CSC 2001: University of Wisconsin Stevens-Point: Center for the Small City. <http://www.uwsp.edu/polisci/smallcity/center.html>: 31.8.2002.
- Dahrendorf, Ralf 19682: Die angewandte Aufklärung: Gesellschaft und Soziologie in Amerika. Frankfurt/M. U. Hamburg: Fischer.
- DeFilippis, James 2001: The Myth of Social Capital in Community Development. In: Housing Policy Debate, vol. 12, is. 4, pp. 781-806.
- Diekmann, Andreas 2002: Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbeck: Rowohlt.
- Diercke Weltatlas 1996: Braunschweig: Westermann-Verlag.
- Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 1993: Endogene Regionalentwicklung – ein Konzept für die sächsische Schweiz. Dortmund: Institut für Raumplanung Universität Dortmund (IRPUD).
- Dövényi, Zoltán 1984: Die Lage und die Rolle der Kleinstädte in der Siedlungsstruktur der DDR und Ungarns unter besonderer Berücksichtigung der Landstädte in Agrargebieten. Diss. A, Universität Halle-Wittenberg.
- Duany, Andres; Plater-Zyberk Elisabeth 1992: The Second Coming of the American Small Town. Wilson Quarterly. <http://user.gr.net/domz/duany.htm>: 30.7.2002.
- Duckwitz, Gert 1971: Kleinstädte an Nahe, Glan und Alsenz. Ein historisch-geographischer, wirtschafts- und siedlungsgeographischer Beitrag zur regionalen Kulturlandforschung. Paderborn: Schöningh.
- Dunkelmann, Henning 1975: Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung. Stuttgart u. a.: Kohlhammer.

Literatur

- Dust, Norbert; Kunz, Christian 1999: Teterow – ein Jahrhundert in Bildern. Bremen: Edition Temmen.
- Einwohnermeldeamt 2000: Auskunft über die Bevölkerungsverteilung im Gemeindegebiet zum Stichtag 28.11.2000, Schreiben vom 29.11.2000.
- Einwohnermeldeamt 2000: Auskunft über die Bevölkerungsverteilung im Gemeindegebiet zum Stichtag 28.11.2000, Schreiben vom 29.11.2000.
- Einwohnermeldeamt Angermünde 2000: Antwortschreiben an das Forschungsprojekt zu den Einwohnern nach Ortsteilen vom 17.11.2000.
- Enders, Lieselott 1984: Ortslexikon Uckermark. Weimar: Verlag Böhlau.
- Enders, Lieselott 1997: Ortslexikon Prignitz. Weimar: Verlag Böhlau.
- Engel, Evamaria 1993: Die Deutsche Stadt des Mittelalters. München: C.H. Beck.
- Engel, Evamaria u.a. 2000: Städtebuch Brandenburg und Berlin. Stuttgart: Kohlhammer.
- Engler, Wolfgang 2001: Friede den Landschaften. Zur politischen Geographie Ostdeutschlands. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7, S. 872-879.
- Ferchland, Rainer 1989: Sozialstrukturelle Besonderheiten von Städten verschiedenen Typs. Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie Berlin.
- Festkomitee 1998 (Festkomitee zur 750-Jahr-Feier der Stadt Goldberg): Festschrift zum Jubiläum der Stadt Goldberg 1248-1998. Schwerin: Obotritendruck.
- Fischer, Claude S. 1995: The Subcultural Theory of Urbanism: A Twentieth-Year Assessment. In: American Journal for Sociology, 101. Jg., H. 3, S. 543-577.
- Frey, James H. 1989: Survey research by telephone. Newbury Park: Sage Publ.
- Friedrichs, Jürgen 1973: Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek: Rowohlt.
- Friedrichs, Jürgen 1988: Stadtsoziologie - wohin? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 29. Sonderheft, S. 7-17.
- Friedrichs, Jürgen u. a. 1986: Zum Problem des Nord-Süd-Gefälles in der Bundesrepublik. In: dies. (Hg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2-10.
- Friedrichs, Jürgen; Häußermann, Hartmut 2001: Die Entwicklung der Städte in den neuen Bundesländern. In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich, 315-339.
- Gemeindespiegel 1981: Gemeindedaten der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung, Bundesarchiv Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033, Gemeindenummer 031232.
- Gemeindespiegel 1981: Gemeindedaten der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung, Bundesarchiv Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033, Gemeindenummer 020612.
- Gemeindespiegel 1981: Gemeindedaten der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung, Bundesarchiv Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033, Gemeindenummer 020895.

Literatur

- Gewerbeamt Goldberg 2000: Betriebe pro Gemeinde mit Arbeitnehmern, Stand 6.11.2000, mit Schreiben der Stadtverwaltung vom 7.11.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- Gittell, Ross; Vidal, Avis 1998: Community Organizing. Building social capital as a development strategy. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Glaser, Hermann 1969: Kleinstadt-Ideologie. Zwischen Furchenglück und Sphärenpflug. Freiburg: Kore.
- Glock, Birgit 2002: Schrumpfende Städte. In: Berliner Debatte INITIAL, 13. Jg., H. 2, S. 3-10.
- Golle, Kristine 1984: Zu Entwicklungstendenzen, Entwicklungsproblemen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kleinstädte in der Deutschen Demokratischen Republik. Arbeitskreis Siedlungs- und Bevölkerungsgeographie, Leipzig, unveröffentlicht.
- Göb, Rüdiger 1977: Die schrumpfende Stadt. In: Archiv für Kommunal-wissenschaften, 16. Jg., II. Halbjahresband, S. 149-177.
- Göschel, Albrecht 1984: Lokale Identität als Element der Stadtentwicklung – Pilotstudie im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn.
- Göschel, Heinz (Hg.) 1984: Lexikon Städte und Wappen der DDR. Leipzig: Bibliographisches Institut.
- Grabher, Gernot 1988: De-Industrialisierung oder Neo-Industrialisierung? Innovationspolitik und Innovationsprozesse in traditionellen Industrieregionen. Berlin: edition sigma.
- Gräf, Holger Th. 1997: Probleme, Aufgaben und Methoden historischer Kleinstadtforschung. In: ders. (Hg.): Kleine Städte im neuzeitlichen Europa. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz, S. 11-24.
- Grauhan, Rolf-Richard 1975: Einführung. In: ders. (Hg.): Lokale Politikforschung. Frankfurt/M. u.a.: Campus, S. 11-37.
- Grötzbach, Erwin 1963: Geographische Untersuchung über die Kleinstadt der Gegenwart in Süddeutschland. Kallmünz u. a.: Lassleben.
- Grundmann, Siegfried 1981: Das Territorium - Gegenstand soziologischer Forschung. Berlin: Dietz Verlag.
- Grundmann, Siegfried 1984: Die Stadt. Gedanken über Geschichte und Funktion. Berlin: Dietz Verlag.
- Grundmann, Siegfried; Schmidt, Ines 1988: Wohnortwechsel. Volkswirtschaftliche und soziale Aspekte der Migration. Berlin: Dietz Verlag.
- Grundsätze 1978: Grundsätze und Leitlinien für die staatliche Siedlungspolitik der DDR. Forschungsstelle für Territorialplanung der staatlichen Plankommission der DDR. Berlin, unv. Material.
- Hager, Frithjof; Schenkel, Werner 2000: Einleitung. In: Schrumpfungen: Chancen für eine anderes Wachstum. Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften. Berlin: Springer, S. 3-8.

Literatur

- Hahn, Gudrun 1984: Architekturführer DDR: Bezirk Schwerin.
Berlin: Verlag für Bauwesen.
- Hahne, Ulf 1985: Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale: zu den Chancen „endogener“ Entwicklungsstrategien. München: Florentz.
- Haindl, Erika 1983: Kulturanalyse einer „historischen“ Kleinstadt als Grundlage für kommunalpolitische Planungs- und Sozialaufgaben. Frankfurt/M. u.a.: Lang.
- Hamm, Bernd 1973: Begriff: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs. Düsseldorf: Vieweg.
- Hamm, Bernd 1977: Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozialökologischen Theorie der Stadt. Frauenfeld u.a.; Huber.
- Hamm, Bernd 1982: Einführung in die Siedlungssoziologie. München: Beck.
- Hannemann, Christine 2000a: Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Berlin: Schelzky & Jeep.
- Hannemann, Christine 2000b: Zukunftschance Schrumpfung - Stadtentwicklung in Ostdeutschland - eine Skizze. In: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hg.): Schrumpfungen: Chancen für ein anderes Wachstum. Berlin: Springer, S. 99-105.
- Hannemann, Christine 2000c: Historischer Abriss zu wesentlichen Entwicklungslinien städtischen Wohnens in Deutschland seit 1945. [http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz/Veroeffentlichungen/wohngeschichte\[1\].pdf](http://www2.hu-berlin.de/stadtsoz/Veroeffentlichungen/wohngeschichte[1].pdf); 26.08.02.
- Hannemann, Christine u. a. 2002: Neue Länder – Neue Sitten? Fazit und Forschungsfragen. In: dies. u.a.: Neue Länder – Neue Sitten? Berlin: Schelzky & Jeep, S. 255-261.
- Hannemann, Christine; Benke, Carsten 2002: Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadttyp? Forschungsprojekt gefördert durch die Fritz Thyssen Stiftung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie. Abschlussbericht April 2002, (Archiv Forschungsprojekt).
- Harth, Anette u. a. 1998: Segregation in ostdeutschen Städten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hartke, Stefan 1978: Stadtentwicklung ohne Wachstum: dargestellt am Beispiel ausgewählter, voraussichtlicher nicht wachsender Mittelzentren in Niedersachsen; ein Beitrag zur differenzierten Funktionsbestimmung der Niedersächsischen Mittelzentren bis 1990. Hannover: Institut für Landesplanung und Raumforschung der Universität.
- Hartke, Stefan 1984: Periphere Klein- und Mittelstädte in Bayern: Entwicklung auch ohne Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover (Hg.): Der ländliche Raum in Bayern. Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen. Hannover: Vincentz, S. 17- 58.
- Hartke, Stefan 1996: Stichwort „Endogene Potentiale“. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 219-220.
- Haug, Sonja 1997: Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich II/Nr. 15.

Literatur

- Hauptamt 2000: Protokoll des Gesprächs mit dem Leiter des Teterower Hauptamtes am 5.10.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- Häußermann, Hartmut 1992: Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen. In: ders. (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas: Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Basel u.a.: Birkhäuser, S. 10-34.
- Häußermann, Hartmut 1994: Das Erkenntnisinteresse von Gemeindestudien. Zur Re- und Dethematisierung des Lokalen. In: Darlien, Hans-Ulrich u. a. (Hg.): Systemrationalität und Partialinteresse. Baden-Baden: Nomos, S. 223-245.
- Häußermann, Hartmut 1995a: Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. In: Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg., H. 1, S. 89-98.
- Häußermann, Hartmut 1995b: Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 12/95, S. 3-15.
- Häußermann, Hartmut 1996a: Sicherung der Lebensqualität und der Zukunft in Klein- und Landstädten des Landes Brandenburg. In: MSWV aktuell, H. 3, Potsdam, S. 21-24.
- Häußermann, Hartmut 1996b: Von der Stadt im Sozialismus zur Stadt im Kapitalismus. In: ders.; Neef, Rainer (Hg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 5-47.
- Häußermann, Hartmut 2002: Lynd/Lynd. In: Kaesler, Dirk; Vogt, Ludgera (Hg.): Hauptwerke der Soziologie. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, S. 257-260.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1985: Die Chancen des Schrumpfens: Plädoyer für eine andere Großstadtpolitik. In: Die Zeit v. 22. März 1985, S. 33 - 37.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1986a: Restrukturierung der Produktion und die Konsequenzen für die Städte. In: Thien, Hans-Günter; Wienold Hanns (Hg.): Herrschaft, Krise, Überleben: Gesellschaft der Bundesrepublik in den 80er Jahren. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot, S. 13-24.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1986b: Neue Entwicklungstypen von Großstädten. In: Stadtbauwelt, H. 36, S. 1355- 1361.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1987: Neue Urbanität. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 1988: Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 29. Sonderheft, S. 78.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter 2000: Neue Entwicklungstypen von Großstädten. In: Hager, Frithjof; Schenkel, Werner (Hg.): Schrumpfungen: Chancen für ein anderes Wachstum. Berlin: Springer, S. 75-85.
- Heinrich, Gerd 1985: Berlin und Brandenburg. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 1997: Bundesrepublik Deutschland - Auf dem Weg von der Konsensgesellschaft zur Konfliktgesellschaft. 2 Bde.: Was treibt die Gesellschaft auseinander?; Was hält die Gesellschaft zusammen?. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Henckel, Dietrich u. a. 1993: Entwicklungschancen deutscher Städte - Die Folgen der Vereinigung. Stuttgart: Kohlhammer.

Literatur

- Herbst, Andreas u.a. 1994: So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen Band 1 und Band 2. Reinbeck: Rowohlt.
- Herlyn, Ulfert 1998: Zur Neuauflage des Buches „Die moderne Großstadt“. In: Bahrdt, Hans-Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau hg. v. Ulfert Herlyn. Opladen: Leske + Budrich, S. 7-26.
- Herlyn, Ulfert; Bartels, Lothar (Hg.) 1994: Stadt im Umbruch: Gotha. Opladen: Leske + Budrich.
- Hinrichs, Wilhelm 1996: Wohnungsversorgung in Ostdeutschland – Kontinuität und Neuformierung. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland: Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, S. 253-282.
- Hofmann, Wolfgang 1987: Hermann Jansen. In: Ribbe, Wolfgang; Schäche, Wolfgang (Hg.): Baumeister, Architekten, Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins. Berlin: Stapp, S.387-406.
- Hummon, David. M. 1990: Commonplaces: Community Ideology and Identity in American Culture. Albany: State University of New York.
- IfS 1956: Frankfurter Institut für Sozialforschung (Hg.): Gemeindestudien. In: Soziologische Exkurse: Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 134-149.
- Immerfall, Stefan 1999: Sozialkapital in der Bundesrepublik. In: Kistler, Ernst u. a. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: 121-128.
- Irmen, Elionore; Blach, Antonia 1997: Aktualisierung des Abgrenzungsvorschlags: „Strukturschwache Räume“. Bundesanstalt für Landeskunde und Raumplanung, Bonn, Internes Papier F II 1 vom 31.11.1997.
- Irmen, Elionore; Blach, Antonia 1996: Typen ländlicher Entwicklung in Deutschland und Europa. In: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumplanung (Hg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12, Bonn, S. 713-728.
- ISW 1995: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg: Klein- und Landstädte im Land Brandenburg, Schriftenreihe „Stadtentwicklung und Wohnen“, H. 2, Potsdam.
- Jacobs, Jane 1976: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Braunschweig: Bertelsmann (1961).
- Jann, Werner 1996: Öffentliche Verwaltung. In: Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 526-539.
- Jezmann, Meike 1999: Die Rolle der Ackerbürger für die Stadtentwicklung Teterows, Manuskript als Information für eine Ausstellung des Stadtmuseums. (Archiv Forschungsprojekt).
- Johansson Börje; Karlsson, Charlie; Stough, Roger R. 2001: Theories of Endogenous Regional Growth. Lessons for Regional Policies Advances in Spatial Science. Berlin u. a.: Springer.
- Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine 2000: Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Literatur

- Känel, Alfred v. 1963: Kleinstädte im östlichen Bezirk Rostock. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung ihrer Entwicklung und Struktur. Diss. A, Universität Greifswald, 2 Bd.
- Känel, Alfred v. 1975: Grundzüge der Siedlungsstruktur in den Nordbezirken der DDR. In: Entwicklung der Siedlungsstruktur im Norden der DDR, Tagungsband anlässlich des Geographen-Kongresses der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. bis 16. Mai 1975 in Neubrandenburg hg. vom Kollegium unter Leitung von Hans Richter. Gotha; Leipzig: Haack, S. 45- 68.
- Kaase, Max; Lepsius, Rainer M. 2001: Transformationsforschung. In: Bertram, Hans; Kollmorgen Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, S. 343-363.
- Kegler, Harald 1987: Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung – ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte. Diss. A, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.
- Keim, Karl-Dieter 2001a: Neubestimmung der ostdeutschen Städte. In: IRS aktuell Nr. 32, S. 1-2.
- Keim, Karl-Dieter 2001b: Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Regenerierung der ostdeutschen Städte. In: ders. (Hg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, S. 9-39.
- Keim, Karl-Dieter (Hg.) 2001: Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung.
- Keyser, Erich 1939: Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kil, Wolfgang 2001: Überflüssige Städte? Im Osten wird der Leerstand bekämpft, doch der Wohnungsmarkt ist nicht das Problem. In: Kommune, 19. Jg., H. 9, S. 6-10.
- Kilper, Heiderose, 1998: Regionalisierung. Prinzipielle Überlegungen und Denkanstöße aus der internationalen Bauausstellung Emscher Park. In: Institut Arbeit und Technik: Jahrbuch 1997/98. Gelsenkirchen, S. 114-129.
- Kind, Gerold 1995: Stichwort :Raumplanung in der DDR. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumplanung, Hannover, S. 776-782.
- Kleinstädte 1981. Vorschläge für die städtebauliche Umgestaltung von Innenstadtbereichen / Vorschläge für den traditionellen Wohnungsneubau: Berlin: Schriftenreihe Bauinformation DDR.
- Klöpfer, Rudolf 1995: Stichwort: Stadtypologien. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumplanung, Hannover, S. 911-916.
- KMG 2000: Gesprächsprotokoll mit der Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Klinik-Management-Gesellschaft (KMG) am 7.7.2000. (Archiv Forschungsprojekt)

Literatur

- Kohl, Sybill u. a. 2002: Verlassene Stadt. Architektur- und Stadtführer Ostdeutschland, Band 1. Katalog zur Ausstellung „Verlassene Stadt“ in der Galerie Kamm Berlin v. 18.7-3.8.2002.
- Kommission 2002: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Deutscher Bundestag - Drucksache 14/8800, März.
- König, René 1957: Einige Bemerkungen zur Soziologie der Gemeinde. In: ders. (Hg.) 19724: Soziologie der Gemeinde. Opladen: West-deutscher Verlag, (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1), S. 1-11.
- König, René 1958: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde. Hamburg: Rowohlt.
- König, René 1972: Stichwort „Gemeinde“. In: Bernsdorf, Wilhelm (Hg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 1. Frankfurt/M.: Fischer, S. 273-275.
- Köpping, Günther; Meinke, Renate 1974: Probleme der der Sicherung architektonisch wertvoller Bausubstanz in Kleinstädten. In: Architektur der DDR, 23. Jg., H. 8, S. 502f
- Krätke, Stefan 1995: Stadt Raum Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel u. a.: Birkhäuser.
- Krautzbeger, Michael 2001: Wohnungsleerstand und Rückbau: die ostdeutsche Stadtentwicklung. In: Raum, H. 44, S. 40-43.
- Kreis Perleberg 1956: Statistisches Taschenbuch Kreis Perleberg, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Perleberg.
- Kreis Teterow 1953: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Kreisstelle Teterow, Statistisches Taschenbuch, Teterow.
- Kreis Teterow 1991: Landkreis Teterow. Kreis im Herzen Mecklenburg-Vorpommerns, o.O.
- Kromrey, Helmut 19915: Empirische Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- KS 2000: Kölner Stadtanzeiger vom 08.05.2000 „Die Blutwäscher von Teterow“.
- Kuhnert, Nikolaus 1986: Architektur, Architektur. In: Arch+, H. 86, S. 25.
- Kujath, Hans Joachim (Hg.)1998: Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin: ed. sigma.
- Laborie, Jean-Paul; Renard Jean (Hg.) 1998: Bourgs et petites villes. Toulouse: Presses Universitaires du Mirail.
- Land, Rainer 2000: Von der LPG zur Agrar-Fabrik – Ein Literaturbericht. In: Berliner Debatte INITIAL, 11. Jg., Heft 5/6, S. 204-218.
- LDS 2000a (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg): Auskünfte zu den Kommunalwahlen in Bad Wilsnack und Angermünde.
- LDS 2000b (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg): Bautätigkeit und Wohnen, Land Brandenburg, Wohnungsbestand -Strukturdaten, <http://www.statistik.brandenburg.de/lds/daten/buw/tab6.htm>: 8.8.2000.
- LDS 2001a (Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg): Schreiben vom 26.10.2001: Bevölkerung nach Altersgruppen am 31.12.2000. (Archiv Forschungsprojekt)

Literatur

- LDS 2001b (Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik): Bevölkerung nach Altersgruppen 1990 - 1999 [im Land Brandenburg], <http://www.brandenburg.de/lds/daten/bev/tab21.htm>, 4.12.2001.
- LDS 2001c (Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort, E-Mail vom 16.10.2001. (Archiv Forschungsprojekt)
- LDS Bbg 2000: (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg): Auskunft zu melderechtlich registrierten Einwohnern in den Kleinstädten 1999 und 1989.
- LDS Bbg 2001: (Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik): Einzelauskunft für das Forschungsprojekt zur Altersstruktur Ende 2000 für die Städte Angermünde und Bad Wilsnack. (Archiv Forschungsprojekt).
- LDS GWZ 95 Prignitz 1996: (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik): Gebäude- und Wohnungszählung '95, Gemeindetabellen: Landkreis Prignitz. Potsdam: Eigenverlag.
- LDS GWZ 95 Uckermark 1996: (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik): Gebäude- und Wohnungszählung '95, Gemeindetabellen: Landkreis Uckermark. Potsdam: Eigenverlag.
- Leykauf, Joachim; Schramm, Mathias 1981: Kleinstädte und kleine Siedlungen und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Siedlungsstruktur. In: Scholz, Dieter; Oelke, Eckhard (Hg.): Ballungsgebiete in der DDR. Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg/Wissenschaftliche Beiträge 1981/16 (Q7), Halle (Saale), S. 112-123.
- Lichtenberger, Elisabeth 1991/2: Stadtgeographie. Stuttgart: Teubner.
- Lindner, Rolf 1990: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lindner, Rolf 1994: Einleitung. In: ders. (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen: Über neue Formen kultureller Identität. Frankfurt/M; New York: Campus.
- LUA 1996: Landesumweltamt Brandenburg: Brandenburg Regional '96. Potsdam: Unze Verlagsgesellschaft GmbH.
- LUA 2000: Landesumweltamt Brandenburg, Referat Raumbewachung: Indikatorenzeitreihen für Gemeinden, Aufstellung für d. Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt).
- LUA/LDS 1999: Landesumweltamt Brandenburg und Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik: Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg 1998 - 2015, Teil II, ausgewählte Städte und Gemeinden. Potsdam: Eigenverlag.
- Luckmann, Benita 1970: Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart: Enke Verlag.
- Lütke Daldrup, Engelbert 2001: Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung. In: Stadtbauwelt 150 (Bauwelt Nr. 24), 92. Jg., S. 40-45.
- Lutz, Burkart u. a. (Hg.) 1996: Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen: Leske + Budrich.

Literatur

- Lutz, Burkart; Grünert, Holle 1996: Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993. In: Lutz, Burkart u. a. (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Opladen: Leske + Budrich, S. 69-120.
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle 2001: Beschäftigung und Arbeitsmarkt. In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Opladen: Leske + Budrich, S. 133-162.
- Lynd, Robert S.; Lynd, Helen M. 1956: Middletown. A Study in Modern American Culture. New York: Harvest Book.
- Lynd, Robert S.; Lynd, Helen M. 1965: Middletown in Transition. A study in Cultural Conflicts. New York u. a.: Harvest Book.
- Machalz, Peter 1989: Anforderungen an die langfristige komplexe Planung der Wohnungsfondsentwicklung in Kleinstädten dargestellt am Beispiel des Bezirkes Rostock. Diss. A, Technische Hochschule Wismar.
- Marcuse, Peter 1993: Wohnen in New York. Segregation und fortgeschrittene Obdachlosigkeit in einer vierteilten Stadt. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): New York – Strukturen einer Metropole. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 205-238.
- Matzerath, Horst 1985: Urbanisierung in Preußen 1815-1914. Stuttgart u.a: Kohlhammer.
- Meldeamt 2000: Einwohnermeldeamt der Stadt Goldberg, Objektliste mit Summen, Stand 6.11.2000; schriftliche Aufstellung der Stadtverwaltung vom 7.11.2001. (Archiv Forschungsprojekt)
- Menge, Wolfgang 1998: Flächennutzungsstruktur. In: Eckart, Karl u. a. (Hg.): Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 159-177.
- MfAB MV 2000: Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern Abt. 4, Referat Raumbeobachtung: Indikatorenzeitreihen, Stand 6/2000, Aufstellung für das Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt)
- Miegel, Meinhard u.a. 1991: Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland: Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Militärarchiv Freiburg: Chronik des PR-8 1979 - 1980 (VA 10 18000), Chronik der Raketenabteilung 8 1973 bis 1975 (VA 05 33607), Chronik des Bataillon Chemische Abwehr 8 von 1984 bis 1985 (VA 10 24418).
- Mollenkopf, John H.; Castells, Manuel (Hg.) 1991: Dual City - Restructuring New York; New York.
- Monti, Daniel J. 1999: The American City: A Social and Cultural History. Malden, Mass.; London: Blackwell.
- MOZ 2000: Märkische Oderzeitung vom 16.11.2000 „Schlüsselübergabe und ein Richtfest“.
- MOZ 2001: Märkische Oderzeitung vom 15.11.2001 „Angermünde wird um 6300 Bürger reicher“.
- Mühlberg, Dietrich 1999: Nachrichten über die kulturelle Verfassung der Ostdeutschen. In: Berliner Debatte Initial 10. Jg., H. 2, S. 4-17.

Literatur

- Museumsleiter 2000: Protokoll des Gesprächs mit dem Leiter des Heimatmuseums am 18.9.2000. (Archiv Forschungsprojekt)
- Neckel, Sighard 1999: Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Frankfurt a. M.; New York: Campus.
- Neubert, Friederike 1997: Güstrow. Bützow, Teterow und Umgebung. Ein illustriertes Reischandbuch. Bremen, Rostock: Edition Temmen.
- Niedermeyer, Martin 2000: Regulationsweisen der Kleinstadtentwicklung. Eine Analyse peripherer Kleinstädte im Grenzraum von Südthüringen und Nord-Unterfranken. In: ders. (Hg.): Kleinstadtentwicklung. Würzburg: Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Würzburg (Würzburger Geographische Arbeiten 93), S. 47-375.
- NK 2000a: Nordkurier vom 20.5.2000 „Das Wunder von Teterow“.
- NK 2000b: Nordkurier vom 06.06.2000 „Besucherzahlen nach oben korrigiert“.
- NK 2000c: Nordkurier vom 4.10.2000 „Bergringstadt wird Mitglied im Fremdenverkehrsverband“.
- NK 2000d: Nordkurier vom 30.10.2000 „Madrigalchor Teterow singt im Staatstheater Schwerin“.
- NK 2001c: Nordkurier vom 15.10.2001 „Teterow braucht Landesmittel. Erweiterung des Biomedizin-Technikums - Stadt kann keine Kredite mehr aufnehmen“.
- NK 2001b: Nordkurier vom 05.12.2001 „Interesse an Räumen im BMTT“.
- NK 2001c: Nordkurier vom 10.12.2001 „Teterower votieren für Dettmann“.
- NordLB 1997: Norddeutsche Landesbank: Lebenswertes Teterow. Perspektiven über das Jahr 2000 hinaus. Dokumentation eines Werkstattgesprächs von 1997. Hannover: Eigenverlag.
- Offe, Claus 1986: Die Utopie der Null-Option. In: Berger, Johannes (Hg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren; Soziale Welt, Sonderband 4, S. 97- 117.
- Offe, Claus 1999: „Sozialkapital“ – Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In: Kistler, Ernst u.a. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin: edition sigma, S. 113
- Offe, Claus; Fuchs, Susanne 2001: Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. In: Putnam, Robert 2001 (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 417-514.
- OZ 2000: Ostsee-Zeitung vom 2.6.2000 „Auf der Suche nach dem Glück. Zehntausende Mecklenburger wanderten im 19. Jahrhundert in die USA aus“.
- OZ 2001: Ostsee-Zeitung vom 10.4.2001 „Baustart für Aktivkohlewerk“.
- Pahl, Ray E. 1968: A Perspective on Urban Sociology. In: ders. (ed.): Readings in Urban Sociology. Oxford u. a.: Pergamon Press, S. 3-44.
- Park, Robert E. 1925: The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. In: ders. u. a. (Hg.) 1967: The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment. Chicago, London: The University of Chicago Press, S. 1-45.

Literatur

- Park, Robert E.; Burgess Ernest W. 1921 (1972): Introduction to the science of sociology including the original index to basic sociological concepts. Chicago, London: Univ. of Chicago Press.
- Pfeiffer, Ulrich 2001: Der Leerstandsschock. In: Stadtbauwelt 150 (Bauwelt Nr. 24), 92. Jg., S. 28-39.
- Pfeil, Elisabeth 1972: Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand. Hannover: Jänecke.
- Piore, Michael J.; Sabel, Charles F. 1985: Das Ende der Massenproduktion: Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft. Berlin: Wagenbach.
- Planitz, Hans 1954 (19975): Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen. Wiesbaden: VMA-Verlag.
- Planungsgruppe Nord-Ost 1991a: Historische Altstadt Angermünde. Sanierungsvoruntersuchung, Stand Juni 1991, Angermünde: Typoskript.
- PlasmaSelect 2001a: Unternehmensbericht für 2000.
<http://www.plasmaselect.de/pdf/3monatsber.pdf>: 21.2.2001.
- PlasmaSelect 2001b: Pressemitteilung 3.12.2001 „PlasmaSelect AG setzt neuen Schwerpunkt“. www.plasmaselect.de: 7.12.2001.
- PLK Städtebau 2000: Stadt Angermünde: Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan in der Fassung der 2. Änderung (Vorentwurf Oktober 2000), Frankfurt (Oder).
- Pollack, Peter 1999: Die Landwirtschaft in der DDR und nach der Wende.
In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. III/2. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 1429-1499.
- PR 2001a: Der Prignitzer vom 11.7.2001 „Manfred Stolpe kommt zum Brunnenfest. Am 1. August Einweihung des Gradierwerks.“
- PR 2001b: Der Prignitzer vom 13.7. 2001 „Kurpark soll Besucher anziehen. Vorhaben Kurpark Bad Wilsnack wird untersucht / GIG übernimmt erneut Projekt“.
- PR 2001c: Der Prignitzer vom 24.7.2001 „Cleo bewirbt sich um Designpreis. Bad Wilsnacker Schreibgerätewerk macht sich mit hochwertiger Qualität einen Namen.“
- Priewe, Jan 2001: Ostdeutschland 1990-2000. Bilanz und Perspektive. In: AG - Perspektiven für Ostdeutschland (Hg.): Ostdeutschland eine abgehängte Region? Perspektiven und Alternativen. Dresden: Junius, S. 16-47.
- Prove, Ralf 1997: Ökonomie und Gesellschaft in Friesack und [Bad] Freienwalde im Jahre 1843. Überlegungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte brandenburgischer Kleinstädte. In: Gräf, Holger Th. (Hg.): Kleine Städte im neuzeitlichen Europa. Berlin: Verlag Arno Spitz, S. 195-222.
- Putnam, Robert (Hg.) 2001: Gesellschaft und Gemeinsinn. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, NJ.: Princeton University Press.
- Putnam, Robert D. 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, vol. 6, no. 1, S. 65-78.

Literatur

- Putnam, Robert D. 2000: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York u. a.: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D. 2001: Einleitung. In: ders. (Hg.): *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 15-43.
- Rat der Stadt Angermünde 1983: *Angermünde - Impressionen aus der Geschichte der Stadt*. Angermünde: Eigenverlag.
- Rat der Stadt Bad Wilsnack 1983: *600 Jahre Bad Wilsnack. Von den Anfängen bis 1700*.
- Rat der Stadt Teterow 1955: *Heimatfest Teterow*. Teterow.
- Rat der Stadt Teterow 1960: *Teterow gestern heute morgen*. Festschrift zur 725-Jahrfeier. Teterow.
- Rat der Stadt Teterow 1985: *750 Jahre Teterow*. Teterow: Eigenverlag.
- Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel 1998: *Regionalplan I Prignitz-Oberhavel, Zentrale Orte / Gemeindefunktion*. Neuruppin.
- Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim 1996: *Regionalplan Uckermark-Barnim*. Eberswalde: Eigenverlag.
- Regionaler Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte 1998: *Regionales Raumordnungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte*. Neubrandenburg: Obotritendruck GmbH.
- Regionaler Planungsverband Mittleres Mecklenburg 1994: *Regionales Raumordnungsprogramm Mittleres Mecklenburg/Rostock*. Rostock: Eigenverlag.
- Regionaler Planungsverband Westmecklenburg 1996: *Regionales Raumordnungsprogramm Westmecklenburg*. Schwerin: Eigenverlag.
- Reinhardt, Christina 1999: *Die Richardstraße gibt es nicht. Ein konstruktivistischer Versuch über lokale Identität und Ortsbindung*. Frankfurt/M.; New York: Campus.
- Reulecke, Jürgen 1985: *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Reißig, Rolf 2000: *Die gesplante Vereinigungsgesellschaft: Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung*. Berlin: Dietz.
- Riehl, Wilhelm Heinrich 1853: *Land und Leute: Stadt und Land*. In: Schmals, Klaus M. (Hg.) 1983: *Stadt und Gesellschaft*. München: Academic, S. 203-226.
- ROB 2000: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): *Raumordnungsbericht 2000*. Bonn: Selbstverlag.
- Rosenkranz, Christa 1987: *Demographische und soziale Aspekte der gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung von Kleinstädten*. Diss. A, Berlin: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie.
- Rosenkranz, Christa 1988a: *Demographische und soziale Aspekte der gesellschaftlichen Funktion kreisangehöriger Kleinstädte*. In: *Architektur der DDR*, 37. Jg., H. 7, S. 42-43.
- Rosenkranz, Christa 1988b: *Zur gesellschaftlichen Funktion und Entwicklung kreisangehöriger Kleinstädte in der DDR*. In: *Architektur der DDR*, 37. Jg., H. 7, S. 6-8.

Literatur

- Rosenkranz, Christa 1989: Zur städtebaulichen Leitplanung von Mittel- und Kleinstädten.
In: Architektur der DDR, Jg. 38, Nr. 3, S. 24-26.
- Rübberdt, Rudolf 1972: Geschichte der Industrialisierung, Wirtschaft und Gesellschaft
auf dem Weg in unsere Zeit. München: Beck.
- Rupp, Ferdinand; Gisder, Günter 1959: Templin erhält ein neues Gesicht.
In: Deutsche Architektur, Heft 11, S. 607.
- Rust, Edgar 1975: No Growth. Impacts on Metropolitan Areas. Lexington,
Mass. u.a.: Lexington Books.
- Saldern, Adelheid v. 2000: Stadtrepräsentationen. Zum Verhältnis von urbaner Kultur
und Herrschaftssystem in Deutschland der 1930 und 1960er Jahre. Forschungsprojekt
gefördert von der VW-Stiftung. Universität Hannover: Historisches Seminar.
- SBB 1995: Stadtforschung Berlin-Brandenburg (Büro Häußermann/Baumert): Sicherung
und Stabilisierung der Lebensqualität in Klein- und Landstädten in Brandenburg.
Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Brandenburg, Potsdam.
- Schade, Kristina 1992: Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftsförderung
in Kleinstädten (untersucht an Beispielen aus den neuen Bundesländern), Diss. im
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Schäfer, Rudolph u. a. 1992: Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern -
Aufgabenfeld für die städtebauliche Erneuerung. Göttingen: Otto Schwartz & Co.
- Schäfers, Bernhard 1989: Gemeindesozioogie. In: Endruweit, Günter; Trommsdorff,
Gisela (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart: Enke, S. 223-231.
- Scherf, Konrad 1998: Siedlungsstruktur. In: Eckert, Karl u.a. (Hg.): Raumplanung und
Raumforschung in der DDR. Berlin: Duncker & Humblot, S. 179-209.
- Scherf, Konrad u. a. (Hg.) 1990: DDR: ökonomische und soziale Geographie 1990.
Gotha: VEB Hermann Haack.
- Schilling, Heinz 1993: Die Stadt in der frühen Neuzeit. München: Oldenbourg.
- Schlegelmilch, Cordia 2002: Überblick über die Wurz-Studie: Biographien und kleine
Lebenswelten im Transformationsprozeß. Das Beispiel einer ostdeutschen Kleinstadt;
unv. Man. (Archiv Forschungsprojekt).
- Schmals, Klaus M. (Hg.) 1983: Die Entwicklung der Gemeindesozioogie in der
Bundesrepublik Deutschland. In: Stadt und Gesellschaft. München: ACADEMIC,
S. 481-580.
- Schmals, Klaus M.; Voigt, Rüdiger (Hg.) 1986: Krise ländlicher Lebenswelten: Analysen,
Erklärungsansätze und Lösungsperspektiven. Frankfurt/M; New York: Campus.
- Schmidt, Rudi 2001: Restrukturierung und Modernisierung der ostdeutschen Industrie.
In: Bertram, Hans; Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands.
Opladen: Leske + Budrich, 163-193.
- Schneider, Herbert 1991: Kommunalpolitik auf dem Lande.
München: Minerva-Publikation.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke 1996: Methoden der empirischen
Sozialforschung. München; Wien: Oldenbourg.

Literatur

- Schreiner, Dietrich 1995: Klein- und Landstädte in peripheren und ländlichen Räumen - Stabilisierung und Entwicklung durch Stadterneuerung. In: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (Hg.): Klein- und Landstädte im Land Brandenburg. Schriftenreihe „Stadtentwicklung und Wohnen“ des ISW, H. 2, S. 5-15.
- Schubert, Andreas 1991: Vernachlässigte Kleinstädte. In: Marcuse, Peter; Staufenbiel, Fred (Hg.): Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Berlin: Akademischer Verlag, S. 141ff.
- Sewing, Werner 1991: Zur sozialwissenschaftlichen Analyse der Stadt. In: Bodenschatz, Harald; ders.: Stadtbaugeschichte Berlins aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Materialien zur Architektur- und Planungssoziologie, H.3., Technische Universität Berlin, S. 26-37.
- Sewing, Werner 1998: Zwischen Hochkultur und Populärkultur. Neotraditionalismus in den USA und Großbritannien. In: Die alte Stadt, 25. Jg., H. 4, S. 359-371.
- Simmel, Georg 1903: Die Großstädte und das Geistesleben. In: ders. (1984), Das Individuum und die Freiheit – Essays. Berlin: Wagenbach, S. 192-204.
- Simon, Karl-Heinz 1988: Probleme vergleichender Stadtforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 29. Sonderheft, S. 381 - 409.
- StaBA 1965: Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 1990: Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1990. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 1995: Statistisches Bundesamt: Datenreport 1994. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- StaBA 1999: Statistisches Bundesamt: Auszug aus Gemeindeverzeichnis: Gemeinden mit Stadtrecht am 31.12.1999. Wiesbaden: Sonderauswertung für Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt).
- StaBA 2000: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 2001a: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 2001b: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, Vorbericht 2000, Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 2001c: Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000. Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 2001d: Statistisches Bundesamt: Datenreport 1999, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, teilk aktualisiert 2001 auf homepage www.statistik-bund.de.
- StaBA 2001e: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.1999, Wiesbaden: Eigenverlag.
- StaBA 2001f: Statistisches Bundesamt: Auszug aus Gemeindeverzeichnis, Gemeinden mit Stadtrecht am 31.12.1999. Einzelauskunft für das Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt).
- Stadt Goldberg 1980: Chronik von Goldberg. Plau: A.C. Froh.

Literatur

- Stadt Goldberg und Weka Verlag 1998: Stadt Goldberg. Die Informationsbroschüre ihrer Stadt. Mering: WEKA Informationsschriften- und Werbevertrag.
- Stadt Land Fluss 2000: Stadt, Land, Fluss, Büro für Städtebau und Umweltplanung: Gemeinsamer Flächennutzungsplan der Gemeinden Bad Wilsnack, Breese, Groß Breese, Grube, Quitzöbel, Rühstädt, Weisen. Entwurf Mai 2000, Typskript.
- Stadt Teterow 1999a: Stadt des Bergrings. Teterow. Perle in der Mecklenburgischen Schweiz. Nordhorn.
- Stadt Teterow 1999b: Programm zur Anerkennung der Stadt Teterow als Staatlich anerkannter Erholungsort, Teterow 1993, aktualisiert 1999, unveröffentlichtes Papier der Stadtverwaltung. (Archiv Forschungsprojekt).
- Stadt Teterow 2001: Angaben zu Arbeitsplätzen von Firmen Stand 6.11.2001, Zusammenstellung der Verwaltung für das Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt).
- Stadtmuseum 1999: Chronik der Stadt und kleine Chronik des 20. Jahrhunderts, Manuskript.
- Stadtplan Teterow o.J. Fellbach: Städteverlag E. v. Wagner & Mitterhuber GmbH.
- Stadtumbau 2001: Stadtumbau in den neuen Ländern. Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte zur Gestaltung des Strukturwandels auf dem Wohnungsmarkt der neuen Länder. Berlin: Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen.
- Stadtverwaltung 2000: Übersicht über eingetragene Vereine bzw. beantragte Eintragung ins Vereinsregister Angermünde, Stand 10.5.2000, Ausdruck für das Forschungsprojekt. (Archiv Forschungsprojekt).
- StaGemeinden 1990: Deutscher Städtetag (Hg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Köln: Bachem.
- StaGemeinden 1999: Deutscher Städtetag (Hg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden. Köln: Bachem.
- StaLA MV GWZ 95 Güstrow 1996: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Gebäude- und Wohnungszählung 1995, Landkreis Güstrow. Schwerin: Eigenverlag.
- StaLA GWZ 95 Parchim 1996: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Gebäude- und Wohnungszählung 1995, Landkreis Parchim. Schwerin: Eigenverlag.
- StaLA MV 1995: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Wahlen 94. Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 12. Juni 1994, Statistische Sonderhefte, 5. Jahrgang, 1995, Heft 4, Schwerin: Eigenverlag.
- StaLA MV 1996: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Statistische Daten 1950-1990. Schwerin: Eigenverlag.
- StaLA MV 1999: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Gemeindedaten Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: Eigenverlag.
- StaLA MV 2000a: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Auskunft zu Melderechtlich registrierten Einwohnern in den Kleinstädten 1999 und 1989. (Archiv Forschungsprojekt).

Literatur

- StaLA MV 2000b: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Einzelauskunft für das Forschungsprojekt zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende 1999 für die Städte Goldberg und Teterow vom 1. und 6.12.2000. (Archiv Forschungsprojekt).
- StaLA MV 2001a: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Einzelauskunft für das Forschungsprojekt zur Altersstruktur Ende 2000 für die Städte Goldberg und Teterow, Mail vom 9.11.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- StaLA MV 2001b: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Einzelauskunft für das Forschungsprojekt zu Kommunalwahlen in Goldberg und Teterow vom 1.4.2001. (Archiv Forschungsprojekt).
- StaLA MV 2001c: Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2001, Schwerin: Eigenverlag.
- Standortkonzept 2001: Das neue Standortkonzept der Bundeswehr.
In: Informationen aus der Forschung der BBR, Nr. 3.
Bonn: Bundesamt für Bauwesen u. Raumordnung, S. 9.
- Stat. Amt DDR 1990: Statistisches Amt der DDR: Statistisches Jahrbuch '90 der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin: Haufe.
- Staufenbiel, Fred 1989: Zur lokalen Spezifik der Lebensweise in kleinen Städten.
In: ders.: Leben in Städten. Berlin: Verlag für Bauwesen, S. 92-102.
- Stewig, Reinhard (Hg.) 1987: Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein. Kiel: Geographisches Institut.
- Stewig, Reinhard 1987: Zusammenfassung und Ergebnisse.
In: ders. (Hg.): Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein.
Kiel: Geographisches Institut, S. 359-364.
- Stoob, Heinz 1956: Kartographische Möglichkeiten zur Darstellung der Stadtentstehung in Mitteleuropa, besonders zwischen 1450 und 1800. In: Brünig, Kurt (Hg.): Historische Raumforschung I (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumplanung und Landeskunde, Bd. VI). Bremen-Horn: Walter Dorn Verlag, S. 21-76.
- Stoob, Heinz 1979: Stadtformen und städtisches Leben im späten Mittelalter. In: ders. (Hg.): Die Stadt. Gestalt und Wandel bis zum industriellen Zeitalter. Köln, Wien: Böhlau, S. 157-179.
- Strubelt, Wendelin u.a.1996: Städte und Regionen - Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen: Leske + Budrich.
- SVV 1999: Stadtverordnetenversammlung Angermünde vom 27.10.1999: Satzung zum Schutz des Denkmalbereichs Altstadt Angermünde.
- SVZ 2000a: Schweriner Volkszeitung vom 23.5.2000 „Mit 400 Bäumen fing alles einmal an. Kleingartenverein ‚Mühlenkamp‘ feierte seltenes Jubiläum“.
- SVZ 2000b: Schweriner Volkszeitung vom 20.6.2000 „Stadt bricht Verhandlungen ab“.
- SVZ 2000c: Schweriner Volkszeitung vom 7.7.2000 „Die Arbeitsmarktlage entspannte sich weiter“.
- SVZ 2001a: Schweriner Volkszeitung vom 3.2.2001 „TSV Goldberg mit neuer Führung ins 100. Jahr“.

Literatur

- SVZ 2001b: Schweriner Volkszeitung vom 12.3.2001 „Klares Votum in Lübz und Goldberg“.
- SVZ 2001c: Schweriner Volkszeitung vom 24.11.2001 „Grünes Licht für Pflegeheim“.
- Tagungsbericht 1997: Krämer-Badoni, Thomas; Petrowsky, Werner (Hg.): Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen, 14.-16. November 1996, Universität Bremen.
- Tessenow, Heinrich 1919: Kleinstadt und Handwerk. Berlin: Verlag Bruno Cassirer.
- Teterow.de 2001: Auflistung der Vereine. <http://www.de/1081.HTML>: 12.8.2001.
- Tönnies, Ferdinand 1887 (1918): Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Tönnies, Gerd 1995: Stichwort „Verdichtungsräume“. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1006-1011.
- Treinen, Heiner 1965: Symbolische Ortsbezogenheit. In: Atteslander, Peter; Hamm, Bernd 1974: Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 234-259.
- TS 2000: Der Tagesspiegel vom 3.4.2000 „Die Insel der Gesundheit“.
- TS 2001: Der Tagesspiegel vom 31.03.2001 „Teterow“.
- Usbeck, Manfred 1978: Urbanisierungsprozesse in agrarisch strukturierten Gebieten - dargestellt an Beispielen aus dem Bezirk Schwerin., Diss. A, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
- VBWGZ 1981: Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung 1981, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: Gemeindespiegel. Bundesarchiv Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, DE 2/32033.
- Vidich, Arthur J.; Bensman, Joseph 1958: Small Town in mass society. Class, power and religion in a rural community. Princeton, NJ.: Princeton University Press.
- Weber, Max 1920/21: Die Stadt. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Politik 47, S. 621-772.
- Wedekind, Hartwig 1985: Familie und Wohnen. Ein Beitrag zum Zusammenhang von Wohnbedürfnissen, Familienformen und Wohnbedingungen, dargestellt an einer Studie ausgewählter Kleinstädte, Diss. A., Humboldt Universität zu Berlin.
- Weiske, Christine; Schmitt Jürgen 2000: Metamorphosen der Stadt. Cities on the Move. Thesen zur Diskussion des städtischen Wachstums. In: RaumPlanung H. 91, 161-163.
- Werner, Frank 1985: Die Raumordnungspolitik der DDR. Hannover: Vincentz Verlag.
- Wieden, Helge bei der; Schmidt, Roderich (Hg.) 1996: Mecklenburg Pommern. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Wienold, Hanns 1994: Stichwort „endogen“. In: Fuchs-Heinritz, Werner u. a. (Hg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 166.
- Wiese, Leopold v. 1971/9: Geschichte der Soziologie. Berlin: de Gruyter.
- Wirtschaftsförderung Angermünde 2001: Fax zu Finanzen und Unternehmen in der Stadt vom 17.10.2001.
- Wirtschaftsperspektive 2002: Deutsche Nationalstiftung, Weimar; Institut für Wirtschaftsforschung, Halle (Hg.): Die Wirtschaftsperspektiven der neuen Länder. Dokumente für die 9. Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung.

Literatur

- Wohlfahrtssurveys 1998: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen - ZUMA (Hg.) 2001: Die Wohlfahrtssurveys 1978 bis 1998. Zeitreihendaten zur Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Mannheim, http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/Wohlfahrtssurvey/WS_.pdf/WS_Komplett.pdf: August 2002.
- Zang, Gert (Hg.) 1978: Provinzialisierung einer Region: regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert; Untersuchung zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz. Frankfurt/M: Syndikat.
- Zapf, Katrin 1998: Urbanisierung im Dorf. In: Stadtentwicklung, Wohnformen, private Haushalte. Aufsätze zur Stadtsoziologie. Berlin: Eigenverlag, S. 123-134.
- Zimmermann, Clemens 1999: Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, 30. Jg., H. 2, S. 5-11.

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Ackerbürgerstadt
ACZ	Agrochemisches-Zentrum
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Bbg	Brandenburg
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
BHG	Bäuerische Handelsgenossenschaft
EW	Einwohner
FNP	Flächennutzungsplan
Jh.	Jahrhundert
Kfz	Kraftfahrzeug
KMG	Klinik Management Gesellschaft – Kliniken Bad Wilsnack
KVP	Kasernierte Volkspolizei (Vorläufer der NVA bis 1956)
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MA	Mittelalter
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NVA	Nationale Volksarmee der DDR
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
SPSS	Statistical Package for the Social Sciences
SVV	Stadtverordnetenversammlung
USUMA	Unabhängiger Service für Umfragen, Methoden und Analysen
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kleinstädte (Städte mit Stadtrecht) in Deutschland unter 20.000 Einwohner am 31.12.1999	17
Abbildung 2: Die Stadtbildung im Mittelalter bis 1250	46
Abbildung 3: Siedlungskategorien der DDR	59
Abbildung 4: Karikatur zur Kleinstadtplanung in der DDR	60
Abbildung 5: Neubauplanung für die Altstadt Teterow von 1960	66
Abbildung 6: Neubauplanung für die Altstadt Templin	66
Abbildung 7: Aktuelles Luftbild der Hansestadt Demmin, Stadtrecht zwischen 1236 und 1249	67
Abbildung 8: Neubaugebiet Ost in Teterow	68
Abbildung 9: Schematisches Modell der DDR-Kleinstadt	70
Abbildung 10: Strukturmodell der Städte in Ostdeutschland	92
Abbildung 11: Strukturschwache ländliche Räume 1996	104
Abbildung 12: Strukturschwache ländliche Räume 2000	106
Abbildung 13: Abgrenzung des Untersuchungsgebietes	109
Abbildung 14: Städte im Untersuchungsgebiet	112
Abbildung 15: Einwohnerzahlen der Kleinstädte im Untersuchungsgebiet 1999	114
Abbildung 16: Karte des Untersuchungsgebietes mit den vier Untersuchungsstädten	120
Abbildung 17: Chancenausstattung der Untersuchungsstädte	123
Abbildung 18: Lage von Angermünde	125
Abbildung 19: Luftbild von Angermünde	126
Abbildung 20: Die Kernstadt Angermündes	127
Abbildung 21: Einwohnerentwicklung Angermünde	133
Abbildung 22: Lage von Bad Wilsnack	137
Abbildung 23: Luftbild von Bad Wilsnack	138
Abbildung 24: Die Kernstadt von Bad Wilsnack	140
Abbildung 25: Einwohnerentwicklung in Bad Wilsnack	146
Abbildung 26: Lage von Goldberg	151
Abbildung 27: Die „Lange Straße“ in Goldberg	152
Abbildung 28: Luftbild von Goldberg	153
Abbildung 29: Die Kernstadt Goldbergs	155
Abbildung 30: Einwohnerentwicklung in Goldberg	160
Abbildung 31: Neubaugebiet mit neuer Brunnenanlage in Goldberg	162
Abbildung 32: Der neu gestaltete Schützenplatz mit der sanierten Grundschule in Goldberg	163
Abbildung 33: Lage von Teterow	167
Abbildung 34: Luftbild von Teterow 1997	168

Abbildung 35: Die Kernstadt Teterows	170
Abbildung 36: Einwohnerentwicklung in Teterow	179
Abbildung 37: Vergleich der Altersstruktur der Untersuchungsstädte und der Bundesrepublik	184
Abbildung 38: Altersstruktur nach Lebensjahren	185
Abbildung 39: Arbeitslosenquote in Bezug zu den Erwerbspersonen im Januar 2001	194
Abbildung 40: Wohnsituation der Haushalte: Eigentum oder Miete?	199
Abbildung 41: Bewohner in Stadtgebietstypen nach Untersuchungsstädten	207
Abbildung 42: Stadtfest: Besucher oder Akteur	226
Abbildung 43: Welche Straßen, Orte oder Plätze in der Stadt haben Sie besonders gern?	229
Abbildung 44: Gebäude, Orte, Plätze, die die Befragten am liebsten ihren Gästen zeigen würden	229
Abbildung 45: Bedeutung der Stadt nach Einschätzung der Befragten	236
Abbildung 46: Ansässigkeit bzw. Zuzug der Schlüsselpersonen	242
Abbildung 47: Engagementbeginn der Schlüsselpersonen	244
Abbildung 48: Relative Ansässigkeit in der Stadt	267
Abbildung 49: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Altersgruppen	269
Abbildung 50: Bindungsfaktoren an die Kleinstadt	272
Abbildung 51: Wichtigkeit von Lebensbereichen: Nennung von „sehr wichtig“	275
Abbildung 52: VereinsmitgliedschaftenQuelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet	282
Abbildung 53: Gründe für Vereinsmitgliedschaft	284
Abbildung 54: Leben Freunde, Bekannte oder Verwandte in der Stadt?	290
Abbildung 55: Welche der folgenden Aktivitäten unternehmen Sie mit Freunden, Bekannten und Verwandten?	291
Abbildung 56: Weitere Aktivitäten, die man mit Freunden, Bekannten oder Verwandten unternimmt	292
Abbildung 57: Zukunftserwartung: Untergang oder Überleben der Kleinstädte	294
Abbildung 58: Aggregierte Variable „Zukunftserwartung“	297
Abbildung 59: Vergleich der Altersstruktur des Samples mit der amtl. Statistik	366
Abbildung 60: Vergleich Geschlechterverteilung zwischen Grundgesamtheit und Sample	367

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stadtgrößenklassen in der Bundesrepublik Deutschland	16
Tabelle 2: Bevölkerung im Wandel nach Gemeindegrößenklassen	19
Tabelle 3: Migrationelle Mobilität* der Wohnbevölkerung	62
Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung einiger Städte 1950–1971	80
Tabelle 5: Wohnbevölkerung auf dem Gebiet Ostdeutschlands von 1939 bis 1989 nach Gemeindegrößenklassen	81
Tabelle 6: Rahmendaten zur Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in den Neuen und Alten Ländern	88
Tabelle 7: Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern	91
Tabelle 8: Flächenverteilung in strukturschwachen ländlichen Räumen nach Ländern – Aktualisierung der Abgrenzung nach dem Verfahren der kumulierten Defizite	107
Tabelle 9: Vergleich der Grunddaten der Städte der Grundausswahl und der Städte der engeren Auswahl	119
Tabelle 10: Auswahl der Untersuchungsstädte in der Region „Typ 4: Strukturschwache ländliche Räume ohne nennenswerte (aus Bundessicht messbare) Entwicklungs- potenziale“ n.d. Kriterium „most similar cases“	122
Tabelle 11: Erwerbstätige nach Arbeitsstätten in Angermünde 30.6.1990	130
Tabelle 12: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in Angermünde	132
Tabelle 13: Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Angermünde	135
Tabelle 14: Arbeitslose in Bad Wilsnack	145
Tabelle 15: Kommunalwahlergebnisse von Bad Wilsnack	149
Tabelle 16: Wichtige Betriebe 1981 in Goldberg	158
Tabelle 17: Arbeitslose in Goldberg	160
Tabelle 18: Wahlen zur Stadtvertretung in Goldberg	165
Tabelle 19: Wichtigste Betriebe 1988 in Teterow in der DDR-Zeit	173
Tabelle 20: Wichtige Arbeitgeber in Teterow 2001 (Auswahl)	174
Tabelle 21: Arbeitslose in Teterow	178
Tabelle 22: Wahlen zur Stadtvertretung in Teterow	181
Tabelle 23: Vergleich der Haushaltsform in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik	187
Tabelle 24: Vergleich des Familienstandes in den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik	188
Tabelle 25: Allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung in den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik	190
Tabelle 26: Vergleich beruflicher Bildungsabschlüsse der Bevölkerung in der Bundesrepublik 2000 und in den Untersuchungsstädten	191
Tabelle 27: Höchste berufliche Qualifikation in den Untersuchungsstädten	192
Tabelle 28: Vergleich des Erwerbsstatus nach Untersuchungsstädten und Geschlecht	193

Tabelle 29: Vergleich von Wochenarbeitsstunden und Schichtarbeit in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik	195
Tabelle 30: Arbeit in der Stadt oder Pendler	196
Tabelle 31: Entfernung zum Arbeitsort	196
Tabelle 32: Erwerbstätige nach Entfernung zur Arbeit	197
Tabelle 33: Nutzungsmöglichkeiten von Garten-, Grün- und Freizeitgrundstücken	200
Tabelle 34: Vergleich der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf zwischen den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik	201
Tabelle 35: Vergleich der Erwerbstätigen nach beruflicher Stellung und Geschlecht in den Untersuchungsstädten und in der Bundesrepublik	202
Tabelle 36: Vergleich des Haushaltsnettoeinkommens zwischen den Untersuchungsstädten und der Bundesrepublik	203
Tabelle 37: Vergleich des Haushaltsnettoeinkommens nach Haushaltsform zwischen den Untersuchungsstädten und den neuen Ländern	203
Tabelle 38: Vergleich der höchsten beruflichen Qualifikationen vor 1990 zwischen den Untersuchungsstädten	204
Tabelle 39: Angaben der Befragten zur Berufstätigkeit vor 1990 nach Wirtschaftsbereichen	206
Tabelle 40: Altersstruktur nach Wohnort in der Stadt	209
Tabelle 41: Haushaltsformen nach Stadtgebietstyp	209
Tabelle 42: Kinder im Haushalt nach Stadtgebietstyp	210
Tabelle 43: Erwerbsstatus nach Stadtgebietstyp	211
Tabelle 44: Haushaltseinkommen nach Stadtgebietstyp	212
Tabelle 45: Soziokulturelle Potenziale in Kleinstädten - Quellen für Interpretationen und Wertungen	223
Tabelle 46: Stadtfestteilnahme nach Untersuchungsstädten	225
Tabelle 47: Sind Sie stolz darauf, dass Ihre Stadt eine Stadt mit langer Tradition ist?	227
Tabelle 48: Stadttradition und Familienansässigkeit	228
Tabelle 49: Welche Gebäude, Plätze, Orte würden Sie am liebsten Ihren Gästen zeigen?	231
Tabelle 50: Anzahl der Aktivitäten der Schlüsselpersonen in den Untersuchungsstädten	243
Tabelle 51: Schlüsselpersonen und berufliche Tätigkeit	243
Tabelle 52: Gewerbetreibende und Wirtschaftsstatus	243
Tabelle 53: Von wem erwarten Sie die Lösung der Probleme?	263
Tabelle 54: Wie lange ist Ihre Familie schon in der Stadt ansässig?	265
Tabelle 55: Persönliche Wohndauer in der Stadt	266
Tabelle 56: Bleibe- und Wegzugsorientierung	267
Tabelle 57: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Wohnort in der Stadt	268

Tabelle 58: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Alter	268
Tabelle 59: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Erwerbsgruppen	270
Tabelle 60: Bleibe- und Wegzugsorientierung nach Familienansässigkeit	270
Tabelle 61: Was bindet Sie besonders an Ihre Stadt?	272
Tabelle 62: Was bindet Sie besonders an Ihre Stadt? (nach Hauptgruppen zusammengefasst)	274
Tabelle 63: Vergleich Bindungsfaktoren und Alter	276
Tabelle 64: Vereinigungsmitgliedschaften mit mindestens einer Zugehörigkeit in den Untersuchungsstädten	277
Tabelle 65: Mitgliedschaft in Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative	278
Tabelle 66: Mitgliedschaft in „gesellschaftspolitischen“ Organisationen	278
Tabelle 67: Mitgliedschaft in „gesellschaftspolitischen“ Organisationen nach Alter und Geschlecht	279
Tabelle 68: Vereinsmitgliedschaft nach Untersuchungsstädten	280
Tabelle 69: Kumulation von Vereinsmitgliedschaften in Ost- und Westdeutschland	280
Tabelle 70: Mitgliedschaft in Vereinigungen nach Bildungsstatus	281
Tabelle 71: Vereinsmitgliedschaften nach Hauptgruppen	283
Tabelle 72: Gründe für Vereinsmitgliedschaft nach Vereinstypen	285
Tabelle 73: Teilnahme an städtischen Mitwirkungs- und Informationsstrukturen	287
Tabelle 74: Welche Aktivitäten haben Sie in den letzten drei Monaten unternommen?	292
Tabelle 75: Zukunftserwartung: Untergang oder Überleben der Kleinstädte (nach Altersgruppen)	294
Tabelle 76: Zukunftserwartung: Wirtschaftlicher Niedergang oder Aufschwung (nach Untersuchungsstädten)	295
Tabelle 77: Zukunftserwartung: Wirtschaftlicher Niedergang oder Aufschwung (nach Altersgruppen)	295
Tabelle 78: Zukunftserwartung: Verlassen die Jugendlichen die Stadt?	296
Tabelle 79: Zukunftserwartung zur Kleinstadt nach Altersgruppen	297
Tabelle 80: Ausschöpfung und Wirksamkeit soziokultureller Potenziale	298
Tabelle 81: Vorteile des Lebens in einer Kleinstadt nach Altersgruppen	313
Tabelle 82: Mittelwerte der Zufriedenheit im Vergleich zum Erwerbsstatus	315
Tabelle 83: Übersicht über Anzahl und Dauer der Schlüsselpersonen- gespräche in den Untersuchungsstädten	360
Tabelle 84: Anzahl der Befragten in den Untersuchungsstädten	364
Tabelle 85: Befragte im Untersuchungsgebiet	366

Anhang 1: Inhalt und Methode der empirischen Untersuchung

Probleme, Differenzierungen und Chancen der Marginalisierung von Städten wurden exemplarisch in vier ausgewählten ostdeutschen Kleinstädten untersucht. Für die Untersuchungsanordnung wurde die „most similar cases strategy“ gewählt. Es handelt sich um eine aus den Politikwissenschaften übernommene Strategie, mit der möglichst gezielt alle Untersuchungsobjekte mit ähnlichen oder identischen Basisstrukturen, zum Beispiel ähnlicher Wirtschaftsordnung und politischer Struktur, verglichen werden. Auf diese Weise lassen sich die Wirkungen der Basisstrukturen für die Analyse neutralisieren und die Effekte anderer Unterschiede umso exakter isolieren. In einem ersten Schritt wurde dazu ein Untersuchungsraum bestimmt, der eine weitgehende Ähnlichkeit der externen Rahmenbedingungen für die vier auszuwählenden Untersuchungsstädte gewährleistet. In Kapitel 5.2.1 ist die Auswahl des Untersuchungsraumes detailliert beschrieben und begründet. Die Städteauswahl erfolgte als zweiter Schritt, indem aus den 55 Kleinstädten des Untersuchungsraumes vier Fälle (cases) so ausgewählt wurden, dass sie der angestrebten ‚Ähnlichkeit‘ weitgehend entsprechen. Variiert wurde bei der Auswahl der Städte der Faktor Chancenausstattung, mit dem Ziel, die Heterogenität der Kleinstädte widerzuspiegeln. Allgemeine Entwicklungsbedingungen, wie z.B. Wirtschaftsabbau, Bevölkerungsrückgang, Arbeitslosenrate und kulturhistorische Bedeutung der Bausubstanz, wurden konstant gehalten (Kapitel 5.2.2).

Vier Fälle mögen angesichts der Vielzahl und Verschiedenheit der Städte im Untersuchungsraum und in Ostdeutschland insgesamt als eine schmale Basis erscheinen, um verallgemeinernde Aussagen zu erlauben. Abgesehen von der zeitlichen und finanziellen Begrenzung der Erhöhung der Anzahl der Fallstudien wurde diesem möglichen Einwand Rechnung getragen, indem die Untersuchungsstädte so ausgewählt wurden, dass sie weitgehend ähnliche Merkmale – most-similar-cases – aufweisen und gleichzeitig durch unterschiedliche individuelle Chancenausstattung gekennzeichnet sind: Stadtanalysen sind vergleichend, wenn sich die Beschreibung und Erklärung auf Sachverhalte bezieht. Das methodisch reflektierte, qualitativ orientierte Vorgehen bei der Auswahl der Untersuchungsstädte reduziert das bei Fallstudienansatz wie vergleichender Stadtforschung methodisch „immer“ auftretende Problem der Verallgemeinerungsfähigkeit und der Validität der Ergebnisse auf ein kleinstmögliches Maß (vgl. Simon 1988). Die Beschränkung der Fallstudienzahl erbringt den Vorteil, die lokale Situation und Entwicklung wesentlich breiter und tiefer ausleuchten zu können.

Da sich die Analyse auf Zusammenhänge zwischen demografischen, sozialen, ökonomischen und baulich-räumlichen Merkmalen einerseits und eines bestimmten Stadttyps, der historischen Entwicklung und stadtpolitischer Maßnahmen andererseits richtete, lief die empirische Konzeption der Untersuchung auf eine variablenorientierte Mehrebenenanalyse (ebd.: 384) bzw. Kontextanalyse

hinaus: Merkmale der Ebene „Stadt“ (Stadtprofil) wurden mit Merkmalen der Ebene „Individuum“ (Schlüsselpersonengespräche und Haushaltsbefragung) verknüpft.¹⁴⁰ Mehrebenenanalysen lassen sich methodisch konsistent mit einem Mehrmethodenansatz, der in der Literatur auch Methodenkombination/-integration genannt wird, realisieren. Durch die gewählte Vorgehensweise ist gewährleistet, dass zum einen die vielfältigen Aspekte der untersuchten Städte hinreichend genau abgebildet und zum anderen instrumentenspezifische Verzerrungen weitgehend vermieden werden. Zugleich sichert die Anlage der Untersuchung mit unterschiedlichen Methoden eine verlässlichere Abbildung der Empirie. Die Vorgehensweise der parallelen Annäherung an den Forschungsgegenstand entspricht außerdem der in den Sozialwissenschaften zunehmend für notwendig gehaltenen Verknüpfung unterschiedlicher Erhebungsmethoden über wissenschaftstheoretische und methodologische Grenzen hinweg. Der Gebrauch einer spezifischen Methode oder einer spezifischen Kombination von Methoden wird nicht nach einem bestimmten Wissenschaftsparadigma, sondern von der Forschungsfrage ausgehend bestimmt (vgl. Kromrey 1991: 427f.).

In der wissenschaftlichen Methodenliteratur wird ein solcher Untersuchungsansatz, also die Verknüpfung von quantitativen und qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung, neuerdings als „Triangulation“ bzw. „cross examination“ bezeichnet. Die Kombination verschiedener Methodologien und Methoden bei der Untersuchung desselben Phänomens gewährleistet eine möglichst weitgehend adäquate Erfassung des Forschungsgegenstandes (vgl. Schnell u.a 1999: 245; Diekmann 2002: 18). Für die empirische Untersuchung wurden stadtspezifische Erkenntnisse, die im Wesentlichen mittels Dokumentenanalyse gewonnen wurden, in Stadtprofilen zusammengestellt. Des Weiteren wurden aggregierte Individualdaten durch fokussierte Schlüsselpersonengespräche und eine telefonische Haushaltsbefragung gewonnen. Die durch die verschiedenen Untersuchungsmethoden gewonnenen Untersuchungsergebnisse wurden auf ihr „gemeinsames Drittes“ die Kleinstadt projiziert.

A. Stadtprofile

Die Stadtprofile konzentrieren sich räumlich auf die „Kernstädte“, die für jede Stadt einzeln definiert wurden und dabei zumeist die in den letzten Jahrzehnten eingemeindeten, von der eigentlichen Stadt entfernt liegenden Dörfer und Sied-

¹⁴⁰ Bei der stadtsoziologischen Mehrebenenanalyse wird häufig zwischen die Ebene „Stadt“ und „Individuum“ die Ebene „Teilgebiete“ eingezeichnet. In der vorliegenden Untersuchung erübrigte sich dies wegen der geringen Größe der Untersuchungsstädte. Die Ebene „Teilgebiet“ wurde jedoch insofern berücksichtigt, indem für ausgewählte Aspekte der Haushaltsbefragung nach unterschiedlichen Wohnstrukturen – DDR-Neubaugebiet, Kleinsiedlungsgebiet und Altstadt – differenziert wurde.

lungen ausschlossen, da diese ein weitgehendes Eigenbewusstsein bewahrt haben und auch aus Sicht der Stadt lediglich funktionell-administrativ dazu gehören. Die für die vier Untersuchungsstädte erarbeiteten Profile setzen sich im Einzelnen aus folgenden Bausteinen zusammen:

- allgemeine Beschreibung der jeweiligen Kleinstadt wie geografische Lage, administrativ-funktioneller und raumordnerischer Status, Auswirkung der Gebiets- und Gemeindereform und Verkehrsanbindung
- historische Entwicklung, hier insbesondere die aus der Sozialgeschichte begründeten städtischen Traditionen und Brüche wie lokale Identifikationsmerkmale
- Bevölkerungsentwicklung
- Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur einschließlich Erwerbsarbeitsituation
- städtebauliche Situation, Bausubstanz und Nutzungsstruktur insbesondere der Innenstadt, einschließlich Stadtsanierung sowie der Siedlungsentwicklung
- Aspekte der Wohnsituation einschließlich der Eigentumsverhältnisse
- Art und Anzahl der Vereinigungsmitgliedschaften und politische Machtverhältnisse

Für die Stadtprofile wurden umfangreiche Materialien gesichtet. Zur Analyse der Stadtentwicklung wurden vor allem Rahmenpläne, Flächennutzungspläne, vorbereitende Untersuchungen und Sanierungssatzungen ausgewertet. Außerdem wurden Lokalzeitungen, Tourismusbroschüren und Publikationsreihen über Heimatgeschichte herangezogen. Des Weiteren fanden Erkenntnisse, die aus Gesprächen mit Schlüsselpersonen und in anderen Informationsgesprächen gewonnen wurden, Eingang in die Stadtprofile. Unterlagen aus den Heimatmuseen und Stadtarchiven sowie Architekturführer, Ortslexika, Städtebücher und Festschriften wurden ausgewertet.

B. Schlüsselpersonengespräche

Als Schlüsselpersonen wurden Personen definiert, die zu den lokalen formellen Eliten, mit administrativen oder politischen Positionen in der Stadt, gehören oder von den Kontaktpersonen als wichtige informelle Akteure im öffentlichen Leben der Kleinstadt benannt wurden. Die Schlüsselpersonen wurden mittels ‚Schneeballmethode‘ und dem aus der Elitenforschung bekannten Reputationsverfahren ermittelt, indem, angefangen beim Bürgermeister, jede kontaktierte Person in den Untersuchungsstädten danach gefragt wurde, wer wichtig und aktiv in der Stadt sei. Wurde ein Name mehr als dreimal genannt, haben wir uns um einen Interviewtermin bemüht. Mit fast allen Personen, der durch diese Methode gebildeten Gruppe der „Stadtaktiven“ konnte ein Gespräch realisiert werden. Lediglich ein Gespräch kam aus Termingründen nicht zustande und ein Interview wurde explizit verweigert.

So wurden nicht, wie häufig in der Stadtforschung, nur die Funktionselite und andere offizielle städtische Akteure interviewt, sondern auch Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihrer persönlichen Einstellung aktiv an der Stadtentwicklung beteiligt sind. Mit dieser Methode wurden für die Schlüsselpersonengespräche AkteurInnen – z.T. auch pensionierte Akteure – aus folgenden Bereichen gewonnen:

- Stadt- und Amtsverwaltung; Landesbehörden
- Stadtparlament, Parteien und politische Bürgervereinigungen
- Vereine und andere Assoziationen
- Kirche
- lokale mittelständische Unternehmen, Gewerbetreibende und Einzelhändler
- Medien
- lokale Institutionen wie Heimatmuseum und Schule
- städtische Unternehmen/Einrichtungen und Wohnungsunternehmen

Es wurden 54 Schlüsselpersonengespräche realisiert. Die Leitfadengespräche wurden protokolliert und durch Tonbandaufzeichnungen gesichert. Diese Materialien wurden themenfokussiert in Gesprächsprotokollen der Einzelgespräche verschriftlicht. Die Bürgermeister der einzelnen Kleinstädte wurden trotz häufiger Nennungen (Bad Wilsnack 23-mal; Angermünde 21-mal; Teterow 10-mal und Goldberg 6-mal) nicht in die Leitfadengespräche aufgenommen, weil von vornherein davon auszugehen war, dass sie zu den stadtaktiven Bürgern zählen. Mit den Bürgermeistern wurden ausführliche Gespräche zum Beginn und zum Ende der empirischen Phase des Forschungsprojektes geführt. Die Informationen daraus sind in die Stadtprofile und die Auswertung der Schlüsselpersonengespräche eingeflossen. Mit drei weiteren städtischen AkteurInnen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung Aussagen zur jeweiligen Stadt machen konnten, die jedoch nicht für die jeweilige Stadtpolitik als wichtig genannt wurden, sind ergänzend Informationsgespräche geführt worden. Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden in die Stadtprofile eingearbeitet.

Die nachfolgende Tabelle 83 gibt eine Übersicht zu Anzahl und Dauer der Schlüsselpersonengespräche, aufgeschlüsselt nach den Untersuchungsstädten. Das längste Leitfadengespräch dauerte 250 und das kürzeste 40 Minuten. Die durchschnittliche Dauer betrug eineinhalb Stunden.

C. Haushaltsbefragung

Die Durchführung einer repräsentativen, telefonischen Haushaltsbefragung in den vier Untersuchungsstädten war neben den Interviews mit Schlüsselpersonen und der Erarbeitung von Stadtprofilen wesentliche empirische Grundlage der Untersuchung. Sekundärstatistische Auswertungen etwa des amtlichen Mikrozensus oder der Sozialforschungsumfrage ALLBUS waren für das Projekt nicht

Tabelle 83: Übersicht über Anzahl und Dauer der Schlüsselpersonengespräche in den Untersuchungsstädten

	Anzahl der Schlüssel- personengespräche	durchschnittliche Dauer der Gespräche (in Minuten)
Angermünde	16	84,4
Bad Wilsnack	12	74,6
Goldberg	13	96,9
Teterow	13	106,2
Insgesamt	54	90,5

nutzbar, da diese Datenbestände keine oder nur sehr unbefriedigende Aussagen zu den hier untersuchten Fragestellungen zulassen.¹⁴¹ Die vom statistischen Bundesamt bereitgestellten „scientific-use-files“ beinhalten nur Daten in Bezug auf die gesamte BRD und die jeweiligen Bundesländer. Das Bundesamt stellt darüber hinaus allgemein nur Daten bis Regierungsbezirksebene zur Verfügung. Die Landesämter können für Sondererhebungen bis zur Landkreisebene gehen. Der statistische Fehler, der mit 5-10% noch sehr gut ist, erhöht sich dann aber um „ein Vielfaches“. Regionalisierte „scientific-use-files“ werden wahrscheinlich erst in 1 bis 2 Jahren zur Verfügung stehen.

Die prekäre Datenlage zu den Kleinstädten erzwang somit eine Primärerhebung in Form einer Haushaltsbefragung. Dies erlaubte, neben der Erfassung sozioökonomischer Daten, ein genaueres und repräsentatives Bild der Struktur und der Verhaltensdispositionen der kleinstädtischen Bevölkerung zu erhalten.

C. 1 Erhebungsinstrument und -methodik

Die telefonische Haushaltsbefragung wurde mit einem weitgehend standardisierten Fragebogen durchgeführt. Bei der konkreten Formulierung der einzelnen Fragen wurde überwiegend auf erprobte Frageformulierungen und bewährte Antwortvorgaben zurückgegriffen. Im konkreten Fall wurden Fragestellungen und Antwortvorgaben an die jeweils spezifische kleinstädtische Situation angepasst.

Der Fragenkatalog setzte sich aus folgenden Themenkomplexen zusammen:

- soziodemografische Merkmale und sozialräumliche Strukturen
- Bewertung der städtischen Lebensverhältnisse
- Perspektiven auf die historische Stadt
- kleinstadtspezifische Werte und Einstellungen und Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche
- Wohndauer und Wohnsituation

¹⁴¹ Vergleiche im Internet: www.zuma-mannheim.de/data/allbus oder Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen GESIS-Service sowie Statistisches Bundesamt, Statistik regional bzw. www.statistik-bund.de.

- Aktivitäten und soziale Kontakte
- Mitgliedschaften in Vereinen und anderen Organisationen
- Teilhabe an städtischen Informations- und Mitwirkungsstrukturen
- Ortsbindung und Bleibeorientierung
- Zukunftserwartungen

Neben überwiegend standardisierten Fragestellungen und Antwortvorgaben wurden im Fragebogen sechs halb offene Fragen verwendet, als Ergänzung und Erweiterung einer geschlossenen Frage. So waren beispielsweise bei der Frage nach der Vereinszugehörigkeit 40 mögliche Vereine vorgegeben. Um auch Mitgliedschaften in anderen Vereinen zu erfassen, konnten unter „Sonstige“ weitere Vereine eingetragen werden. Von den Interviewern wurde die jeweilige Antwort des Interviewten in Stichworten notiert. Im Rahmen der Auswertung wurden diese Antworten geordnet und in auswertbare Kategorien eingeordnet. Es zeigte sich, dass die offenen Antworten zu vergleichsweise wenigen Kategorien zusammengefasst werden konnten.

Aus der Haushaltsbefragung lagen insgesamt 1.683 auswertbare Fragebögen vor. In Angermünde und Teterow wurden jeweils 500 Personen befragt, in Goldberg 336 und in Bad Wilsnack 347. Die Befragung erfolgte anonym. Eine Rückcodierung über die angewählte Telefonnummer und deren Verbindung mit den gemachten Aussagen ist ausgeschlossen. Mit der im Vergleich zur Grundgesamtheit sehr hohen Fallzahl werden die Anforderungen an die Repräsentanz der Erhebung in jedem Fall erfüllt und übertroffen, so dass auf dieser Grundlage Aussagen in Bezug auf die Grundgesamtheit mit einer befriedigend geringen Irrtumswahrscheinlichkeit gemacht werden können.

Die Erhebung wurde als telefonische Haushaltsbefragung durchgeführt. Die Befragung per Telefon – die Telefondichte in den neuen Bundesländern liegt inzwischen bei deutlich über 90 % – liefert Ergebnisse von hoher Datenqualität und ist vergleichsweise kostengünstig.¹⁴² Es wurde diese Form der Haushaltsbefragung gewählt, weil dieses Verfahren im Gegensatz zur schriftlichen Befragung, eine weit höhere Ausschöpfung der Stichprobe ermöglicht.

Die so genannten CATI-Interviews (Computer aided telephone interviewing) werden in der heutigen Sozialforschung als ein sinnvolles Instrument zur Datenerhebung angesehen, wenn der Zielperson keine Dokumente, Bilder oder Karten vorgelegt werden müssen und auch die Einsicht in Unterlagen oder die Einbeziehung von Verhalten und Reaktionen der zu interviewenden Personen nicht erforderlich ist. Die Befragung wurde durch das Institut für Markt-, Meinungs- und Sozialforschung USUMA GmbH (Berlin) durchgeführt. Die Daten

¹⁴² Dem Problem, dass sich eine erhebliche Anzahl von Haushalten nicht ins Telefonbuch eintragen lässt, kann durch das Verfahren des „Random digital dialing“ begegnet werden. Dabei generiert der Auto-Dialer selbständig Telefonnummern, indem die letzten beiden Ziffern eingetragener Nummern per Zufall abgewandelt werden.

der Haushaltsbefragung wurden als gelabeltes SPSS-File übergeben. Die Auswertungsarbeiten wurden in eigener Regie durchgeführt.

C. 2 Stichprobenziehung

Zur Durchführung der telefonischen Befragung wurde im vorliegenden Fall eine Stichprobe aller eingetragenen Telefonnummern der definierten Untersuchungsgebiete (Kernstadt)¹⁴³ der vier Auswahlstädte generiert. Zusätzlich wurden 20 % der Telefonnummern aus randomisierten (per Zufall erzeugten neuen Nummern) gebildet: Dieses Verfahren war notwendig, da – gerade in den Neuen Bundesländern – ein relativ großer Anteil der Haushalte nicht in den Telefonbüchern verzeichnet ist.¹⁴⁴ Auf das durch dieses Verfahren gewonnene Adressenband wurden 20 % per Zufallsauswahl getroffener Nummern aufgesetzt, bei denen Hunderterblöcke auf zwei Ziffern randomisiert wurden. Somit umfasste der Pool der Telefonnummern zu 80 % solche, die mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ins Zielgebiet fallen und zu 20 % solche, bei denen diese Wahrscheinlichkeit etwas geringer ist.

Folgende Nummernkontingente standen nach der Generierung für die Einzelstädte zur Verfügung: Angermünde: 2.072, Bad Wilsnack: 820, Goldberg: 846, Teterow: 2.520. Da das Nummernsample aufgrund der Orientierung an Vorwahlnummern nicht nur die für die Untersuchung vorgesehene Kernstadt (d.h. die Altstadt mit direkt angrenzenden Siedlungsbereichen ohne eingemeindete Dörfer) enthielt, wurde zu Beginn jedes Interviews, das mit randomisierter Telefonnummer arbeitete, mit einer Screeningfrage ermittelt, ob der Befragte im Untersuchungsraum wohnt. Dazu wurden konkret die Ortsteile der jeweiligen Stadt genannt, die in die Befragung eingeschlossen und ausgeschlossen werden sollten. Bei Verneinung der Zugehörigkeit zum definierten Untersuchungsraum wurde die Kontaktaufnahme beendet.

Die Person, die bei einem erfolgreichen Anruf mit einer Nummer der Stichprobe erreicht wurde, wird im Folgenden als Kontaktperson bezeichnet. Sie ist jedoch nicht notwendigerweise identisch mit der für eine repräsentative Befragung gesuchten Zielperson. Zur Bestimmung der Zielperson wurde die so genannte „Last-Birthday-Methode“ (vgl. Frey 1989: 110ff.) eingesetzt. Diese Methode

¹⁴³ Für die Abgrenzung der Untersuchungsgebiete siehe die jeweilige grafische Darstellung in den Städteprofilen.

¹⁴⁴ In diesem Verfahren werden Telefonnummern gewonnen, indem bei ausgewählten Nummernblöcken die letzten beiden Ziffern eingetragener Nummern per Zufall abgewandelt werden. Hierbei entstehen naturgemäß auch Nummern, die zu keinem Anschluss führen, bzw. Büro-, Computer- oder Faxanschlüsse darstellen und damit beim Beginn des Interviews als „falsche Telefonnummer“ herausgefiltert wurden. Nummern, die mit bereits in der Stichprobe enthaltenen identisch sind, werden aussortiert.

ist bewährt und wird in der heutigen Umfragepraxis häufig eingesetzt. Sie stellt eine möglichst zufällige, also repräsentative Auswahl der Gesprächspartner sicher: Wenn im Haushalt mehrere Zielpersonen (16 Jahre und älter) leben, dann wurde die/derjenige für das Interview ausgewählt der/die als letzte Geburtstag hatte. Diese Festlegung ist zufällig, während der Kontakt zur Kontaktperson durch deren Häufigkeit der Anwesenheit im Haushalt beeinflusst wird. So konnte die Eingrenzung auf die Zielgruppe sichergestellt werden.¹⁴⁵

Die stärker begrenzte Anzahl der verfügbaren Nummern in der Stichprobe bei den Städten Bad Wilsnack und Goldberg machte dabei ein sehr sorgfältiges Vorgehen notwendig (z.B. sehr häufiges Anrufen (bis zu zehn Anrufe pro Adresse), wenn die gesuchte Zielperson nicht anwesend oder der Anschluss besetzt war, deshalb volle Ausschöpfung der Feldzeit), um auf die vorgesehene Gesprächszahl und damit die angestrebte Repräsentativität zu kommen. In Goldberg und Bad Wilsnack wurde die vorhandene Nummernstichprobe vollständig ausgeschöpft, um die angestrebte Zahl von Gesprächen zu erhalten.

Die Ausfallquote betrug insgesamt 44,2 % (N=1335). Der Anteil der real Verweigernden betrug 33 % (N=996); die Verweigerungsquote war dabei in allen Städten ähnlich. Eine solche Verweigerungsquote ist nach Aussage und Erfahrung von USUMA als normal zu bewerten. Auch in der wissenschaftlich-methodischen Literatur sind ähnliche Einschätzungen dokumentiert: So geben die AutorInnen des Grundlagenlehrbuchs „Methoden der empirische Sozialforschung“ (Schnell u.a. 1999) die mittlere Verweigerungsquote telefonischer Umfragen mit durchschnittlich 28 % an. Diese Zahl basiere allerdings auf der Grundlage von 182 amerikanischen Studien. Hinsichtlich der Situation in Deutschland beziehen sich die AutorInnen auf eigene unveröffentlichte Auszählungen und stellen fest: „In der Bundesrepublik finden sich bei akademischen Surveys in der Regel vergleichbare Verweigerungsraten.“ (Schnell u.a. 1999: 344f.)

Die Ausschöpfung der verwendeten Nummernstichprobe mit Anschlüssen in den Untersuchungsgebieten betrug insgesamt 55,8 % (vgl. Tabelle 84). Die leicht höheren Ausschöpfungsquoten in Bad Wilsnack und Goldberg beruhten auf stärkeren Bemühungen des Umfrageinstituts, die Zielperson tatsächlich für ein Interview zu gewinnen, weil die Stichprobe vergleichsweise kleiner als in den beiden größeren Städten war. Hier wurde die Anruhfrequenz pro Adresse auf bis zu 15-mal erhöht.

¹⁴⁵ Das Vorgehen lässt sich am Beispiel Teterow verdeutlichen: 2.520 Telefonnummern lagen in der Telefonstichprobe vor. Im Laufe der Feldzeit wurden davon 1.760 Nummern genutzt, indem mindestens ein Anruf erfolgte. Von diesen 1.760 Nummern waren 786 so genannte „qualitätsneutrale Ausfälle“, die aus unterschiedlichen Gründen ausfielen, ohne die Repräsentativität der Befragung zu beeinträchtigen. Dabei handelte es sich z.B. um Telefonnummern, die nicht

Tabelle 84: Anzahl der Befragten in den Untersuchungsstädten

	Anzahl der Kontaktaufnahmen mit Personen aus den Untersuchungsgebieten	Anzahl der realisierten qualitativ verwendbaren Interviews mit den Zielpersonen	Ausschöpfung in %
Angermünde	947	500	52,8
Teterow	974	500	51,3
Bad Wilsnack	542	347	64,0
Goldberg	555	336	60,5
Gesamt	3018	1683	55,8

Quelle: Haushaltsbefragung 2001, Feldbericht USUMA

Die telefonische Haushaltsbefragung wurde in der Zeit vom 15.01.2001 bis zum 9.02.2001 gleichzeitig in den vier Städten durchgeführt. Das Feldinstitut begleitete die Erstellung des Fragebogens und die CATI-gerechte Aufbereitung der Fragestellungen. Für den Zeitraum der Haushaltsbefragung wurde eine Jahreszeit gewählt, in der mit einer sehr geringen Urlaubswahrscheinlichkeit der Zielpersonen zu rechnen war (Witterungsverhältnisse, keine Schulferien). Die durchschnittliche Dauer der Interviews lag bei etwa 23 Minuten.

Im Vorfeld der Feldphase der Telefoninterviews fand ein Pretest zur Evaluierung des Fragebogens in einer weiteren Kleinstadt von vergleichbarer Größe und Struktur außerhalb des Samples der Untersuchungsstädte statt. Diese Voruntersuchung prüfte die Akzeptanz der Befragungssituation, die Verständlichkeit des Fragebogens und die Zielgenauigkeit der Nummernstichprobe (vgl. Friedrichs 1973: 245 und Schnell u.a. 1999: 324ff.). Er wurde in der mecklenburgischen Kleinstadt Altdenkow zwischen dem 11.12.2000 und 13.12.2000 durchgeführt. Es standen 100 Nummern einer Stichprobe zur Verfügung. 20 Interviews mit Zielpersonen konnten realisiert werden. Grundsätzliche Probleme traten beim Pretest nicht auf. An einigen Stellen wurden Formulierungen des Fragebogens sprachlich klarer gestaltet und die Listen von Antwortvorgaben, z.B. bei den Vereinen, erweitert, um die standardisierte Aufnahme und spätere Auswertung zu erleichtern.

zum Untersuchungsbereich gehörten (Wohnung außerhalb des Untersuchungsgebiets); der Anschluss nicht existierte, es sich um einen Fax- bzw. Computeranschluss handelte oder die Zielperson war in der Feldzeit nicht anwesend. Bei 974 Anschlüssen im Untersuchungsgebiet kam ein erster Gesprächskontakt zustande, 500 Interviews wurden durchgeführt. Damit liegt die Ausschöpfung der Stichprobe bei 51,3 %.

Die Feldzeit betrug etwa drei Wochen. Die vorgesehene Feldzeit von genau 14 Tagen wurde geringfügig überschritten, da die optimale Ausschöpfung der – im Verhältnis zur angestrebten gültigen Befragungszahl knappen – Stichprobe eine etwas längere Zeit in Anspruch nahm. Die relativ kurze Feldzeit der Befragung wurde angestrebt, um zu vermeiden, dass die Fragestellungen innerhalb der – nur wenige Tausend Einwohner zählenden – Kleinstädte schon durch persönlichen Kontakt von Interviewten und zukünftigen Zielpersonen zu stark im Vorfeld verbreitet werden und es damit zu einer Verfälschung der Ergebnisse kommt.

Die Bewohner der Städte waren vorab über die Durchführung der Befragung durch Veröffentlichungen in den jeweiligen städtischen Mitteilungs- und Amtsblättern informiert. Die Bürger wurden über den wissenschaftlichen Charakter der Befragung und über die Unterstützung des Projekts durch ihre Stadtverwaltung unterrichtet. Es wurde betont, dass es sich nicht um Marktforschung handelt.

C. 3 Repräsentativität des Samples (Probleme der Stichprobe und Gewichtung)

Das gewählte Erhebungsverfahren gewährleistet die Repräsentativität der Studie für die vier Städte. Da die Teilnahme an der Befragung jedoch auf Freiwilligkeit beruht, kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass eine völlige Übereinstimmung zwischen der Struktur der Befragten im Sample und der Grundgesamtheit aller Bewohner garantiert ist. Die theoretischen Annahmen einer Zufallsstichprobe sind in der Realität ohne Einschränkungen kaum zu verwirklichen. Eine Befragung gilt dann als repräsentativ, wenn wesentliche Strukturmerkmale des Samples mit denen der Grundgesamtheit übereinstimmen. Dazu bedarf es bestimmter „Repräsentanznachweise“. Dies setzt die Bekanntheit einiger Grundgesamtheitsparameter voraus (vgl. Schnell u.a. 2001: 284ff.). Im Falle der vorliegenden Erhebung bietet die amtliche Statistik Grundgesamtheitsparameter für Altersstruktur und Geschlechterverteilung. Nach Abschluss der Befragung ist die Nettostichprobe mit diesen grundlegenden Strukturdaten der amtlichen Statistik verglichen worden, um die Repräsentativität der Haushaltsbefragung zu überprüfen.

Zuvor wurden zunächst die Anteile der Befragten an der Grundgesamtheit betrachtet. Hier zeigt sich, dass ein großer Anteil von Personen und damit Haushalten durch die telefonische Befragung erreicht werden konnte (vgl. Tabelle 85). Durch die Befragung wurden 7,9 % der über 16-Jährigen bzw. 18,3 % der Haushalte in den Untersuchungsgebieten erreicht, das ist für Befragungen ein vergleichsweise hoher Wert. Besonders in den kleinen Städten Bad Wilsnack und Goldberg ist mit einem Drittel bzw. einem Viertel der Haushalte ein großer Anteil erreicht worden.

Die Betrachtung der Alters- und Geschlechterverteilung der Stichprobe im Vergleich zur amtlichen Statistik zeigt zunächst, dass – wie häufig bei Telefonbefra-

Tabelle 85: Befragte im Untersuchungsgebiet

	Ein- wohner in der Gesamt- stadt	Einwoh- ner über 16 Jahre	davon in der Kern- stadt*	erfolgte Inter- views	Anteil in % an Bevölke- rung der Kern- stadt ü. 16 Jahre	Anzahl der Haus- halte (ge- schätzt**)	Anteil in % der Haus- halte der Kern- stadt
Gesamt	26.776	22.816	21.336	1.683	7,9	9.200	18,3
Angermünde	10.015	8.487	8.030	500	6,2	3.422	14,6
Teterow	9.997	8.564	8.187	500	6,1	3.453	14,5
Bad Wilsnack	2.833	2.430	1.945	347	17,8	980	35,4
Goldberg	3.931	3.335	3.174	336	10,6	1.345	25,0

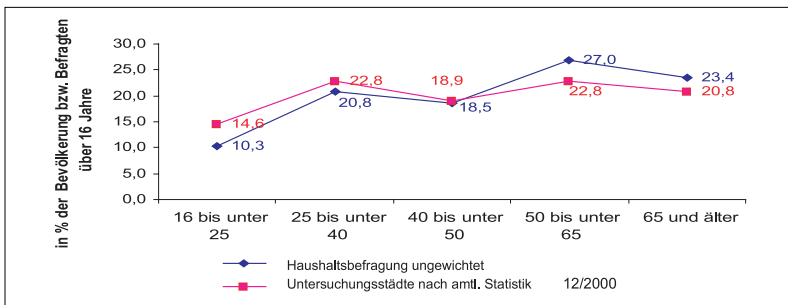
* Geschätzt gemäß Anteil an der Gesamtbevölkerung der Kernstadt an der Gesamtstadt Ende 2000 (Okt. bzw. Nov. gemäß Meldeämtern der Städte).

** Geschätzt mit 2,48 Personen pro Haushalt (diesen Durchschnittswert ergab die Haushaltsbefragung)

Quelle: StaLa MV 2000 und LDS Bbg 2000

gungen – keine 100 %ige Übereinstimmung erreicht werden konnte. Der Anteil der Frauen und der Anteil der Älteren sind in jeder der Untersuchungsstädte deutlich höher als aus den vorliegenden amtlichen Statistiken ersichtlich. Hinsichtlich der Altersstruktur ist diese Abweichung (vgl. Abbildung 59) nicht als bedenklich anzusehen, da diese in der Regel in den einzelnen Altersgruppen nicht mehr als fünf Prozentpunkte von den Daten der amtlichen Statistik

Abbildung 59: Vergleich der Altersstruktur des Samples mit der amtl. Statistik

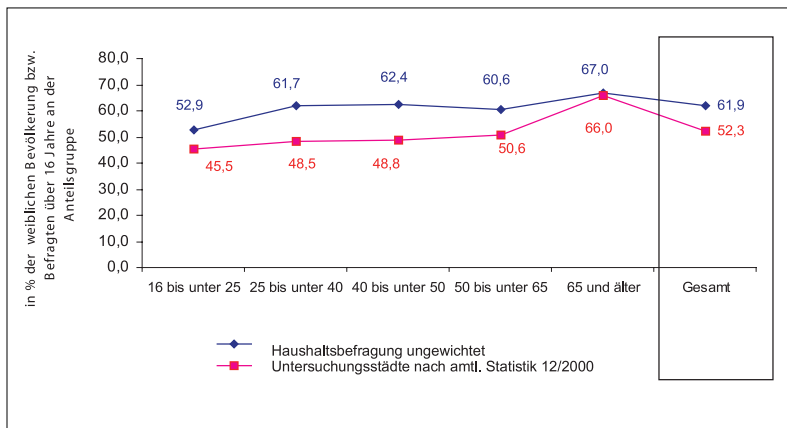


Quelle: Haushaltsbefragung 2001, ungew., N=1.683; StaLA MV 2000b, LDS Bbg 2000

abweichen. Außerdem ist anzunehmen, dass viele Jüngere, die noch offiziell in den Städten gemeldet sind, nicht mehr in diesen wohnen und deshalb auch nicht telefonisch zu erreichen waren (z.B. weiterhin im Elternhaus gemeldete Auszubildende und Studierende). Auch beziehen sich die Daten der amtlichen Statistik auf das gesamte Gemeindegebiet der Untersuchungsstädte, während bei der Stichprobenziehung außerhalb der Untersuchungsgebiete liegende Ortsteile ausgeschlossen wurden. Insgesamt stellt die Abweichung von der Altersverteilung kein Problem dar, welches die Repräsentativität in Frage stellen würde.

Beim Vergleich der Geschlechterverteilung zeigt die Stichprobe (Abbildung 60), dass jedoch der Anteil der Frauen um fast zehn Prozentpunkte höher ist als in der amtlichen Statistik ausgewiesen. Das betrifft fast alle Altersgruppen. Die Geburtsfrage konnte offensichtlich nicht verhindern, dass zu einem größeren Teil im Haushalt anwesende Frauen befragt wurden. Zum Ausgleich dieses Fehlerfaktors wurde das Sample deshalb einer Gewichtung nach Geschlecht pro Stadt unterzogen. Auf eine weitere Gewichtung, z.B. je Altersgruppe und zusätzlich nach Geschlecht, wurde ebenso verzichtet wie auf eine Gewichtung der einzelnen Befragten je Untersuchungsstadt nach Stadtgröße,¹⁴⁶ da dies zu einer zu starken Veränderung der ursprünglichen Befragungsdaten geführt hätte.

Abbildung 60: Vergleich Geschlechterverteilung zwischen Grundgesamtheit und Sample (Frauenanteil)



Quelle: Haushaltsbefragung 2001, ungewichtet; StaLA MV 2000b, LDS Bbg 2000

¹⁴⁶ Die kleinen Städte gehen etwas überproportional in die Gesamtdurchschnitte ein, da der Anteil der Befragten über dem Anteil an der Einwohnerschaft der Untersuchungsstädte insgesamt liegt. Die mit einem zusätzlich gewichteten Datensatz gemachten Stichproben zeigen jedoch, dass es keine wesentliche Verzerrung durch diese Tatsache gibt.

Nach der Durchführung der Gewichtung entspricht die Geschlechterverteilung bis auf die erste Stelle nach dem Komma der amtlichen Statistik. Dabei wurden folgende Gewichtungsfaktoren für die einzelnen Städte angesetzt:¹⁴⁷

Gewichtung	Faktor
Angermünde	
männliche Interviewte:	1.3268
weibliche Interviewte:	0.82089
Teterow	
männliche Interviewte:	1.26551
weibliche Interviewte:	0.83587
Goldberg	
männliche Interviewte:	1.20725
weibliche Interviewte:	0.86079
Bad Wilsnack	
männliche Interviewte:	1.16955
weibliche Interviewte:	0.886694

Mit der Gewichtung ist die durch die telefonische Haushaltsbefragung aufgetretene Verzerrung der Geschlechterverteilung bereinigt worden und somit spiegelt diese nunmehr für die Auswertung kreierte gewichtete Stichprobe die Situation in den Untersuchungsstädten mit hoher Repräsentativität wider.

¹⁴⁷ Der Faktor ergibt sich aus der Division des jeweiligen Soll- und Istwertes der Verteilung in jeder Stadt. Jeder Datensatz der Datenbank wurde mit dem entsprechenden Faktor multipliziert. Geringe Rundungsfehler sind bei der Gewichtung nicht zu vermeiden. (Bei bestimmten Auswertungen variiert die Gesamtzahl von 1.683 Fällen um ein bis zwei Fälle.) Zur Ermittlung der Faktoren wurden die damals zur Verfügung stehenden amtlichen Bevölkerungsdaten von Ende 1999 verwendet. Eine spätere Kontrolle der zum Ende des Projektes zur Verfügung stehenden Zahlen von Ende 2000 ergab keine nennenswerten Abweichungen.

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
1	Altenreptow	MV Demmin	6.953 (8.001)	Amsfreie Stadt (Kreisstadt)	Unterkernum	Gründung Anfang des 13. Jh., 1245 Erwähnung als Stadt, 1282 Bestätigung des Lübisches Rechtes	Historischer Altstadt kern, Bebauung fast ausschl. vor 1900, viele Fachwerkhäu- ser des 18. Jh., geringe Re- ste der Mauer u. der Tore	Ursprünglich Ackerbürgerstadt, seit etwa 1850 etwas Industrie (Spinnerei und Weberei, 1877/78 Eisenbahnanchluss, 1870-1914 Großbrauerei)	Seit 1951 VEB Kleiderwerke Altenreptow (bis 700 AP), Fortführung der Nahrungsmittelindustrie (u. a. Molkerei, Käsewerk)
2	Angermünde	Bbg Uckermark	10.217 (11.423)	Amsfreie Stadt mit Amtssitz (Kreisstadt)	Grundzentrum mit Teil- funktionen Mittelzentrum	Gründung um 1233, 1286 erste Erwähnung bei Ver- leihung des Angermünder Stadtrechts an Stolpe, nach 1567 Immediatstadt	Wäufige erhaltene Be- bauung, Reste Stadtmuer, große Stadtkirche, Kloster- kirche, Pulverturm, keine Kriegsschäden	Im Mittelalter Handelsstadt, später ABS, Entwicklung zum Verwaltungssitz durch 1694- 1926 Garnison, 1817-1993 Kreisstadt und Bahn; seit 1768 Tabak-, Woll- und Strumpfw- erei, Nahrungsmittelindustrie, sonstige Industrie unwichtig	Ausbau vor allem der Nahrungs- mittel- und Bausoffindustrie (1977 gab es VEB Kalksandsinwerk, VEB Fleischwaren, VEB Getreide- wirtschaft, Molkerei, VEB Stanz-Emailierwerk)
3	Bad Wilsnack	Bbg Prignitz	2.867 (2.934)	Amsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Grundzentrum	1383 Ersterwähnung des Ortes durch die Wünder- bluthosten und Gewin- nung städtischer Rechte im Laufe des 15. Jh.	Wäufige erhalten, Altes und Neues Rathaus, überregional bedeutsames Bauwerk der Wallfahrts- kirche	Ehemals Wallfahrtsort, seit 1550 Ackerbürger- und Hand- werkerstadt, 1907 Moorbad- anstalt, 1929 Kurort Bad Wilsnack	VEB Cleo (Stribent), VEB Schalelektronik, Rheumaklinik (Moorbad)
4	Brissow	Bbg Uckermark	1.642 (1.792)	Amsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Kleinzentrum	1259 Stadtrecht, in Neu- zeit nur als Dorf oder Flecken genannt, 1808 Einführung der Städte- ordnung	Stadtkirche und Rathaus, Fachwerk-Bürgerhäuser	Ackerbürgerstädtchen, Nieder- gang nach 1500, nur noch „Flecken“, Dienstleistung f. Umland, Nahrungsmittel- gewerbe	Lebensmittel- und Futterproduktion
5.	Dargun	MV Demmin	3.962 (4.347)	Amsfreie Stadt (Stadt ohne Kreissitz)	Ländlicher Zentralort	600 erste, 1173 zweite Burg, 1172 Kloster, seit 1556 fürst. Nebenresi- denz, 16. Jh. „Flecken“, 17. Jh. „Städtlein“, 1875 komm. Selbstständigkeit, 1935 endgültig Stadtrecht	Historische Altstadt mit Bebauung seit dem 17. Jh. Eher dörflicher Charakter. Kriegszerstörungen (im Wesentlichen nur das Schloss und die Kirche)	Kurzzeitig Teilfunktion einer Residenz, wenig städtisches Ge- werbe, begrenzte wirtschaftliche Blüte im Mittelalter durch Kloster, später Niedergang	Geringe industrielle Entwick- lung, vor allem Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie (Molkerei, Fischverarbeitung), kleines Landmaschinen- und Möbelwerk, Wohnungsbau am Orstrand

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner (31.12.89)	Admin.Status; Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
6.	Demmin	MV Demmin	13.955 (16.429)	Kreisstadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum	Burgort schon um 1070, zwischen 1236 und 1249 Verleihung des Lübisches Stadtrechtes	Historischer Stadtkern, 80% Kriegszerstörungen, noch 1 Tor und Mauerreste, kaum Wiederaufbau, viele Bau- lücken. (1998 Neuerrichtung des hist. Rathauses)	im MA wichtige Handelsstadt (Hansemitglied), frühe Neuzeit: zurückgehender Handel, ver- stärkter Ackerbau, Fischerei, Brauerei, Handwerk, seit 1850 Industrie (Eisengießerei, Werf- ten, Zuckerfabrik), 1720 bis 1914 Garnison	Plattenbau im Stadtzentrum, Fortführung Nahrungsmittel- industrie (u. a. VEB Demminer Brauerei), Ansiedlung Möbelfabrik, Instand- setzungsbetrieb
7.	Eggesin	MV Uecker- Randow	7.154 (9.278)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreissitz)	Unterkern	1216 Erwähnung des Dorfes, 1966 Stadtrecht nach Wachstum durch Garnison	Kaum städtischer Charakter: alte dörfliche Struktur und Plattenbau (Militärstadt)	Dörfliche Strukturen, ab ca. 1800 Ziegeleinindustrie und Sägewerke, nach 1935 Rüstungsbetriebe (Luftmuni- tionsanstalt und die Deutsche Sprengchemie)	1949 VEB Holzindustrie Eggesin, seit 1949 KVP- Garnison, später NVA- Standort, 1971 Elektro- motorenwerk, 1990 Bundeswehr
8.	Feldberg	MV Meck- lenburg- Strelitz	2.743 (2.944)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreissitz)	Unterkern	Aus mittelalterlichem Dorf wird bis 19. Jh. „Flecken“, 1919 Stadtrecht	Urspr. Burgstandort (1256 nachgew.), später Dorf, große Stadtkirche, dörflicher Grundriss	Seit 1850 Kaltwasserheilstadt, 1866 Kurort, belebtes Ausflugsziel, 1910 Stichbahn nach Thuro-Neustrelitz	Fortführung der Heilanstalt, Erholungseinrichtungen, keine bedeutenden Industriean- siedlungen
9	Freystein	Bbg-Ost- prignitz- Ruppin	1.254 (1.375)	Amtsangehö- rige Stadt, o. Sitz (Stadt ohne Kreissitz)	Ländlicher Versorgungsort	1287 Neugründung bei Burg, Mediatstadt, später nur „Flecken“, 1865 Wie- dererlangung des Stadt- rechts	Kirche, Schloss u. Reste Stadtbefestigung, nur teil- weise städtischer Charakter	Ansiedlung von Neubauern nach 1945, kleinere Betriebe, seit 1976 kleiner Zweigbetrieb des Trikotagenwerkes Witstock	
10	Friedland	MV Mecklenbur g-Strelitz	7.827 (8.365)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreissitz)	Unterkern	1244 gegründet, Stendaler Stadtrecht	Starke Kriegszerstörungen 1945, große Befestigungs- anlage erhalten (u. a. mehrere große Türme und Stadtore)	Handel, wichtige Propstei, Niedergang im Dreißigj. Krieg gegen Ende 19. Jh. Industriean- siedlungen (vor 1880 Fliesen- werk, 1891 Zuckerfabrik, 1897 Stärkefabrik, 1925 Molkerei) „größte Industriestadt“ in Mecklenburg-Strelitz.	Fortführung bestehender Betriebe (Fliesenwerk, Molkerei, Stärkefabrik), Landwirtschafts- betriebe (LPG, ACZ etc.)

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktional-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
11	Fürstenberg/ Havel	Bbg Oberhavel	4.792 (5.241)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Grundzentrum	1278 erste urkundl. Erwähnung, 1318 erstmals Stadtnennung	Bausubstanz erhalten, ohne herausragende Bauten	Handels- und Umschlagplatz an der Havel (Fischer und Schif- fer), nach 1877 Verlust dieser Rolle, später Berliner „Sommer- frischler“, Garnisonstadt, Tuchweberei, Spinnerei	Wenig Elektro-, Futtermittel- & Holzindustrie, Kleinbetriebe, großer Garnisonsstandort, KZ- Gedenkstätte
12	Gartz/Oder	Bbg Uckermark	2.069 (2.176)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Grundzentrum	1236 slawische Burg/ Kastellansitz, 1249 Stadtrecht	Die Stadt wurde 1945 zu 80% zerstört, wenige Bau- denkmäler erhalten (z.B. Kirchenruine)	Tabakanbau, Ackerbürgerstadt Landwirtschaft und Dienstleistung für Umland	kaum Industrie, weiterhin Landwirtschaft und Dienstleistung für Umland
13	Gnoien	MV Güstrow	3.667 (4.307)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Untzentrum	1287 Erwähnung einer städtischen Selbst- verwaltung, 1290 Rostocker Stadtrecht	Bausubstanz erhalten, gotische Marienkirche	Wichtiger Handelsort im 13. und 14. Jh., Mühlen, später nur einige Platanbauten am Stadt- rand, Landwirtschaftsbetriebe (2 LPG, VEG, ACZ, BHG, Brauerei, im 19. Jh. wenig Industrialisierung (Dampf-mühle und Maschinenfabrik)	Als Nichtkreissitz kaum Ausbau, einige Platanbauten am Stadt- rand, Landwirtschaftsbetriebe (2 LPG, VEG, ACZ, BHG, Getreidehandel), kleiner Maschinenbaubetrieb
14	Goldberg	MV Parchim	4.098 (5.168)	Amtsfreie Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Untzentrum	1248 Stadtrecht (Parchimer), seit 1316 nahgelegene Burg	Historischer Kern seit Mitte des 18. Jh. gut er- halten, kein Marktplatz, Stadtkirche, Amshaus, Rathaus	Seit 1817 einige Jahrzehnte Badebetrieb an "Stahlquelle", vor 1900 Sägewerk und che- mische Fabrik, ackerbürgerliche Strukturen aber dominierend	Ansiedlung einer großen Garnison seit 1963, Neubaugbiete, Kleiderwerk, Molkerei, Landwirtschaft, Baubetriebe
15	Gransee	Bbg Oberhavel	6.599 (7.136)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Kreisstadt ohne Kreissitz)	Grundzentrum mit Teilfunkt. Mittelzentrum	Gründung zwischen 1230 und 1250; 1262 Stadtrechtsverleihung	Fast vollständige Stadt- mauer, historischer Kern, dreischiffige Stadtkirche, Luisendenkmal	Ackerbau, Handwerk, Handel, Bierbrauerei, später Obstbau, Ziegelei, kaum Industrie	VEB Getreidewirtschaft, VEB Mühlenwerke, VEB Ziegelei, 1965 Restaurierung der Stadt- mauer, seit 1952 Entwicklung zum Zentrum eines Agrar- kreises; trotz Kreissitz eher geringe Entwicklung

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktional-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
16	Greiffenberg	Bbg Uckermark	706 (739)	Amtsangehö- rige Stadt ohne Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Kleinzentrum	1261 Civitas, 1373 oppidum, 1850 Mediat- stadt, Verzicht auf Stadtrecht nach 1. WK, 1935 wieder Stadt, seit 1993 zum Amt	Sehr kleine Stadanlage, von den ehemaligen Befestigungen sind der Torturm, Teile der Ring- mauer und Reste von Ge- bäudefundamenten erhalten.	Ackerbürger, starke Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg, Zeitweise Sitz des Akzisesamtes, Kleingewerbe, wirtschaftlicher Niedergang ab 1860, da kein Bahnanchluss, Konkurrenz durch Kreissitz Angermünde	keine Industrieanstellung, kaum Wohnungsbau, nur Landwirtschaftsbetriebe (2 LPG, VEG)
17	Gützkow	MV Ost-Vor- pommern	2.845 (2.989)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Ländlicher Zentralort	Keine Überlieferung der Stadtrechtsverleihung, wohl 13. Jh., Lübisches Stadtrecht	Historische Altstadt aus dem 18. Jh. (Fachwerk- häuser) sehr klein, fast dörflicher Grundriss	Nach 1815 wirtschaftl. Auf- schwung, Weberei, Handel, wichtiger Pferdemarkt nach 1860 Ablehnung der Eisenbahn und Industrie, deshalb Stagnation	ehe. Stärkefabrik wird VEB Landmaschinenbau, PGH „Heimkultur“
18	Jarmen	MV Demmin	3.224 (3.592)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreissitz)	Unterkzentrum	1269 Ersterwähnung, Stadtrechtsverleihung unbekannt, 1280 villa, 1290 oppidum, 1631 Amtsstadt, 1777 Immediatsadt	Historische Altstadt erhalten, keine Befestigung	ABS: Landwirtschaft, Handwerk und Leineweber in früher Neuzeit, 1897 Zuckerfabrik und 1893 Kleinbahnanbindung	Landwirtschaftsbetriebe prägend, Fortführung der Zuckerfabrik, Molkerei, Kleiderwerk
19	Joachimsthal	Bbg Barnim	3.465 (3.127)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreissitz)	Grundzentrum	1249 erste Erwähnung einer Siedlung, 1604 Stadtgründung durch Kurfürsten Friedrich Joachim	Fürstenschule (1607) - Joachimthal'sches Gymnasium, schwere Kriegszerstörung, Teile der Stadtbefestigung erhalten	Immer ackerbürgerlicher Charakter, wichtiger Schulstandort, Ziegeleien, Holz- industrie, seit Ende 19. Jh. auch verstärkter Fremdenverkehr.	Weiterführung der Baustoff- und Holzindustrie (u. a. VEB Sägewerk und VEB Tonwerke), sowie des Erholungswesens
20	Krakow am See	MV Güstrow	3.154 (3.551)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreissitz)	Unterkzentrum	Stadterhebung zwischen 1235 und 77 (1298 oppidum), 1358 Stadt- rechtsverlust, 1436 erneut Stadtrecht	Komplett erhaltene Stadt- anlage, Besonderheiten: Mühle, Rathaus, Synagoge, Stadtkirche	Holzhandel durch Eisenbahnanchluss 1882, später Luftkurort	Weitere Tourismusentwicklung

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
21	Kyritz	Bbg Ospriognitz- Ruppin	9.263 (10.077)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Grundzentrum mit Teil- funktion Mittelzent.	1237 erhielt Kyritz das Stendaler Stadtrecht	Keine Zerstörungen im Waldkrieg, Rekonstruktion in DDR, einige Fachwerkhäuser des 17. Jh. erhalten, Reste der Stadtmauer	Im 13.-15. Jh. zeitweise in Hanse; später vor allem Tuchge- werbe (Niedergang der häusli- chen Tuchproduktion in Folge der Industrialisierung n. 1800), Kreisstadt seit 1817, Ende 19. Jh. Stärfefabrik, kleinere Textil- industrie, Lebensmittelgewerbe	Ausbau der Lebensmittel- und Leichtindustrie z. B. 1956 VEB Stärfefabrik (331 AP, heute Kyritzer Stärke GmbH), VEB Nahrungsmittelbetrieb (106 AP)
22	Laage	MV Güstrow	5.534 (6.320)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Untzentrum	1309 Erwähnung als oppidum, bereits 1216 als Dorf erwähnt	Unregelmäßige Stadtan- lage (da als Dorf entstan- den), Große Stadtkirche, wenig bedeutende Bau- substanz	Im MA wichtiger Ort an der Handelsstraße, später typische Ackerbürgerstadt, 1886 Eisen- bahnanchluss: kleinere Fabri- ken, 1933 Milchzuckerwerk	Fortführung Milchzuckerwerk, VEB Möbelwerkstätten und Landwirtschaftsbetriebe, Bau eines Regionalflughafens in der Nähe der Stadt
23	Lenzen	Bbg Prignitz	2.465 (2.778)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Kleinzentrum	um 1223 Entstehung einer städtischen Siedlung, 1252 Salzwedder Stadtrecht, blieb Mediastadt	3 Türme erhalten, Kirche 15 Jh., Rest Burgfried, schlichtes Rathaus (1713), Bürgerhäuser (Fachwerk)	Ackerbürgerstadt ohne wichtige Handelstradition, etwas Mühlengewerbe	Nur kleine Gewerbebetriebe: VEB Leichtbauplattenwerk, VEB PianoFabrik, Landwirtschaftsbetriebe
24	Lindow/Mark	Bbg Ospriognitz- Ruppin	2.559 (2.655)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Kleinzentrum	1240 Nonnenkloster, Stadt bald danach aus Fischerdorf gegründet, 1375 „oppidum“	„Städchen“, umgeben von mehreren Seen, geschlossene Bebauung von ca. 1803	Bis 19. Jh. Ackerbau, Bierbrauerei, Tuchmacherei, später kleiner Kurort, Ziegeleien, keine Industrie	Ausbau der Erholungsfunktion, VE Melorationsbau, keine Industrie
25	Loitz	MV Demmin	4.604 (5.012)	Amtsfreie Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreisitz)	Untzentrum	Slawischer Burgort, 1242 (Lübisches Stadtrecht)	Historische Altstadt weit- gehend erhalten, Stadt- mauer und Tor	Industrien seit 1850 (Stärke, Maschinenbau, Sägewerk, Mühlenbau), seit 1900 Bevölkerungsrückgang	Ausbau der Erholungsfunktion (1971 staatlich anerkannter Erholungsort), VE Melora- tionsbau, nur kleine Gewerbe- betriebe
26	Lübb	MV Parchim	6.976 (8.073)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Untzentrum	1224 erwähnt als Kirchdorf, im späten MA Entwicklung zur Stadt, 1506 als Stadt erwähnt	Bergfried (Amsturm der Burg) erhalten, barocke Kirche, Neubaugebiet der DDR-Zeit	Urspr. reine Ackerbürgerstadt, Aufschwung durch Schifffahrt und seit 1886 Eisenbahn, seit 1893 große Zuckerfabrik, bedeutende Brauerei, Molkerei	Weiterer Ausbau der Nahrungs- mittelindustrie (u. a. Brauerei, Zucker, Molkerei), Mineral- wollwerk, Landwirtschafts- betriebe, Wohnungsbau

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status; Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
27	Lychen	Bbg Uckermark	3.413 (3.538)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	1248 Gründung	Schwere Kriegsschäden (60%), Reste der Stadt- befestigung	Im MA ungünstige Verkehrs- lage: Fischerstadt mit etwas Holzhandel, Handwerk und Ackerbau, später Tourismus- funktion, nach 1900 kleinere Industriebetriebe (Kohlensäure-, Reißzweckenfabrik etc.)	VEB Holzindustrie, VEB Mühlenwerke, VEB Binnen- fischerei, Ansiedlung von Kleinbetrieben (Werkzeug- maschinen), Ausbau der Erholungsfunktion
28	Malchin	MV Demmin	8.878 (10.731)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum mit Teil- funktion	1236 civitas, Schweriner Stadtrecht, Immediatstadt	2/3 der Altstadt durch Zweiten Weltkrieg zerstört, Teile der Stadtbefestigung erhalten	ABS, 1621-1916 teils Ort für Mecklenburger Landage; durch gute Anbindung (1854 Kanalbau, 1864 Bahn): Ansied- lung von kleineren Fabriken (Eisenbahnmaschinenwerkstatt, Zuckerfabrik, Ziegelei, Fenster- fabrik u. a.), 1884 Kreisstadt	Wiederaufbau in Platten- bauweise, Kleinindustrie (u. a. Tabakwerk, Sägewerk, Möbel- werk, Betonfabrik) nach 1966 Bau eines großen Mischfutter- werkes (VEB Getreidewirt- schaft)
29	Malchow	MV Müritz	7.680 (8.386)	Amtsfreie Stadt m. Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Unterzentrum	Schweriner Stadtrecht 1235, Mediatstadt	Historische Altstadt, Kloster (neugotisch), verputzte Fachwerkhäuser, 1723 Stadterweiterung auf anderes Ufer der Elde	In früher Neuzeit Tuchmacher- handwerk, Webereien, Mühlen; n. Ausbau d. Verkehrsverbin- dungen (1863 Brückenbau, 1885 Nebenbahn), wirtschaftl. Auf- schwung, 1940 Sprengstoffwerk	Touristische Entwicklung in der DDR, Textilbetriebe, unter anderen das Teppichwerk Nord, Sägereibetriebe und große landwirtschaftliche Genossen- schaften.
30	Meyenburg	Bbg Prignitz	2.418 (2.742)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtssitz/Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	Entstehung um 1300, Mediatstadt	mittelalterliche Bauten 1795 durch Brand zer- stört, Befestigung teils erhalten, Reste der Burg, Schloss von 1500	Ackerbürgerstadt, Burgstadt, kaum Bedeutung über das enge Umland hinaus, keine Industrie	Landwirtschaft, seit 1971 VEB Mey, Möbelwerke (seit 1995 MeyMöbelwerke) und Elektrobau

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktional-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
31	Mirow	MV Mecklen- burg-Strelitz	3.943 (4.434)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreisitz)	Unterezentrum	1227 Johannienieder- lassung mit Konturrei und Kirche, seit 1587 im Besitz der meckl. Herzöge, nahe der Burg Ansiedlung von Handwerkern und Bauern, 1730 Brand und Neu- anlage, 1919 Stadtrecht	Historische Altstadt, Reste der Stadtmauer, Pfarkirche, Residenzschloss, kein sädtisches Siedlungsbild	Seit 1700 verstärkte gewerb- liche Entwicklung: Ziegeleien, Färberei, Salpeterfabrik, Brauerei, Brennerlei, kaum wirkliche Industrialisierung im 19. Jh.	Schloss bis 1979 Landesalters- heim, VEB Geflügelwirtschaft, Landwirtschaft, keine Industrie- ansiedlung
32	Neukalen	MV Demmin	2.431 (2.679)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Ländlicher Zentralort	1244 Stadtgründung (Altkalen) 1281 Verlegung an heutigen Standort, Amtsstadt, 1782 Inmediatsstadt	Sehr regelmäßige Anlage Rathaus von 1799, Stadt- brände, frühneuzeitliche Bausubstanz	Ackerbürgerstadt, keine gewerbliche Ent-wicklung, Bahnanschluss erst 1907	Landwirtschaft, Ziegelwerke, keine Industrieansiedlung
33	Neustadt (Dosse)	Bbg Ostprignitz- Ruppin	3.622 (3.464)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	(1375) als fester Platz der Prignitz erwähnt, 1525 Städtchen, 1664 Stadt, Mediastadt bis 1809	Zentralkirche von 1696, Rathaus von 1884	Zeitweise nach 1660 Eisenhütte, Spiegelhütte wichtig, wenig Ackerbau, Pferdezuucht seit 1790, seit 1863 ff kleine Ma- schinenfabrik, 1891 Molkerei	1968 staatl. Hengsdepot, Land- wirtschaftseinrichtungen und Nahrungsgüterwirtschaft wirt- schaftlicher Schwerpunkt
34.	Oderberg	Bbg Barnim	2.781 (3.123)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	1259 civitas, vorher Burgstandort	Im Zweiten Weltkrieg wenig zerstört, 1960 umfangreiche Abrisse bei Straßendurchbruch, Fischerhäuser und Stadtkirche erhalten	Im MA wichtiger Handelsort, später Rückgang, 1753 Verlust der Wasselage, nach 1877 Holz- und Konservenindustrie, nach 1918 Fremdenverkehr, Ruhesitz, 1930er Jahre Rüstungsbetriebe	Bedeutungsverlust der Industrien, etwas Schiffbau, Holzindustrie, Kiesabbau Wohnungsneubau außerhalb, Straßendurchbruch

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
35	Pasewalk	MV Uecker- Randow	12.996 (15.768)	Kreisstadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum	1188 erste Erwähnung des Marktes, 1276 erste Erwähnung als Stadt (Gründung 1251 angenommen)	Starke Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg und Zweiten Weltkrieg (82 %), Wiederaufbau bis in die 1980er Jahre, Teile der Befestigung erhalten	Alte Handelsstadt, seit 1720 Garnisonsstadt (bis 1991), Tabakanbau, bedeutender Getreidehandel in der Neuzeit, wichtige Eisenbahn seit 1863, Rückgang des Handels, aber Industrieansiedlungen	Seit 1950 Kreisstadt, Neubauten, Ausbau der Verwaltungsfunktion, Fortbestand der Garnison und zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe; starker Ausbau der Industrie (Schlachthof, Mischfutterwerk, VEB Großbäckerei, Metallgießerei, Betonwerk), Wohnungsbau
36	Penkun	MV Uecker- Randow	1.300 (1.395)	Amtsangehörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreissitz)	Ländlicher Zentralort	Urspr. Slaw. Burgort; 1240 Ersterwähnung, Mittelpunkt der Besiedelung; um 1269 Stadtrecht	Stadtmauer in Teilen erhalten, 62% der Gebäude nach 1854 erbaut.	Reine Ackerbürgerstadt, im 19. Jh. Weberei und Strohhüte; bis 1906 Pferdemarkt mit regionaler Bedeutung	Keine Industrieansiedlung, kaum Wohnungsbau, nur Sitz von Landwirtschaftsbetrieben
37	Penzlin	MV Müritz	2.623 (3.008)	Amtsangehörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreissitz)	Ländlicher Zentralort	Stadt wohl um 1226 gegründet, erstmals 1263 civitas (Schweriner Recht)	Histor. Altstadt mit Platteinbauten in zentr. Lage, Reste einer Burg, Zerstörung 1/6 der Stadt 1945	Ackerbürgerstadt, wenig Gewerbe	Kaum Veränderung der Gewerbestruktur, 2 LPGs und 2 Baubetriebe
38	Perleberg	Bbg Prignitz	14.128 (15.445)	Kreisstadt (Kreisstadt)	Grundzentrum mit Teilfunktion Mittelzentrum	1239 Stadtrecht, Immediatsstadt im 14. Jh.	Bedeutende Einzeldenkmale: Roland von 1546, große Kirche, Rathaus von 1850, mit Gerichtslaube, zahlreiche Fachwerkhäuser	Im MA wichtigste Stadt der Prignitz (Fernhandel u. Tuchgewerbe), im 16. Jh. Niedergang, Wiederbelebung durch Handel an der Straße Berlin-Hamburg, später kein Hauptbahnschluss, deshalb wenig Industrie im späten 19. Jh. (z.B. Brauereien, Essigfabrik) Kreisstadt seit 1817; Entwicklung z. Dienstleistungs- u. Verwaltungszentrum	Nach 1968 Ausbau der Nahrungsmittelindustrie, kleinere VEB (Fleisch/Frucht/Molkerei) sowie Elektrobau und Baugewerbe, Wohnstadt für die Industrie in Wittenberge

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
39	Plau am See	MV Parchim	6.031 (6.528)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Untierzentrum	Gründung 1225 Stadt- recht um 1235 (Parchimer Recht)	Mehrzahl der Altbauten (zweigeschoss. Fachwerk- häuser) im 18. Jh. entstan- den. Mittellaterlicher Stadtgrundriss, großes Neorenaissance-Rathaus	Ackerbürgerstadt mit gewissen Handels-funktionen, Fischer und Wollweber, Industrialisierungsansätze (Textil, Metall, Holz), um 1900 Fremdenverkehr	Weitere Förderung des Fremdenverkehrs, in DDR größte Edelpelzierfarm Mitteleuropas, Fortführung der Holz- und Baustoffindustrie
40	Pritzwalk	Bbg Prignitz	10.979 (12.596)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum	1147 Burg in Pritzwalk, Ende 12.Jh. Ansiedlung von Handwerkern und Händlern, 1256 Stadtrecht, Immediatstadt	Große Stadtkirche, Rat- haus um 1850, Großbrand 1821, Kriegszerstörungen 1945 (Bahnhofsgegend), Teile des Mauerrings er- halten, Heutige Bebauung etwa von 1900 (Trafen- häuser mit verputztem Fachwerk)	Im MA: Hansemitglied, Tuch- produktion u. Getreidehandel. Wirtschaftl. Niedergang im 16. und 17. Jh. Mitte 19. Jh. ene- wickelte sich das Tuchmacher- handwerk zur Industrie. Seit 1839 bedeutende Tuchfabriken. Ansiedlung von Arbeiterbevöl- kerung, weitere Industriali- sierung bis in die 1940er Jahre	Starke Förderung der Industrie (Lebensmittel, und Maschi- nenbau): VEB Getriebewerk, VEB Zahnradwerk (wichtigster Betrieb), VEB Brauerei, VEB Mühlenwerk, VEB Bekleidung, VEB Fleischverarbeitung, Hefe- fabrik, 1995 existierten noch Zahnradwerk GmbH, Preußenpils GmbH.
41	Putzitz	Bbg Prignitz	1.884 (2.130)	Amtsangehö- rige Stadt mit Amtsitz (Stadt o. Kreisitz)	Grundzentrum	Erste urkundl. Erwähnung als Stadt 1319, Mediastadt der Edlen von Gans	Reste der Stadtbefestigung erhalten	Konnte sich über den Status eines „Städtchens“ bei einer Burg kaum hinaus entwickeln, dessen Handwerk (vornehmlich Schuster) die umliegenden Dörfer versorgte.	VEB Getreidewirtschaft, kleinere Betriebe, Landwirtschaft und Markt für Umland, keine Industrie- ansiedlung
42	Rheinsberg	Bbg- Oxprignitz- Ruppin	5.200 (5.442)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtsitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	1291 erstmals Burg erwähnt, 1368 wird die Burgsiedlung erstmals als Stadt genannt, Mediats- stadt	Renaissanceschloss mit barocken Erweiterungen, keine planmäßige Anlage, erhaltene Bausubstanz	Ackerbürger, Brauerei, Fischerei und Kleinhandel, seit 18. Jh. Zeitweise fürstliche Nebenresidenz, im 20. Jh. etwas Holzindustrie und Luftkurort zu Wohnungsbau	Erholungsheime, kulturelle Ein- richtungen, wenig Industria- lisierung, seit 1966 Kernkraft- werk in der Umgebung führte zu Wohnungsbau

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planischer Status	Stadtrechtsgründung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
43	Röbel (Müritz)	MV Müritz	5.785 (6.942)	Amtsfreie Stadt mit Amtssitz (Kreisstadt)	Unterzentrum	1227 erwähnt, um 1250 Stadtrecht (erstmal 1261 erwähnt	Plannmäßige Anlage mit Markt und Reste der Stadtmauer unverändert erhalten. Früher Klosterstandort. Mühle von 1432.	Ackerbürger- und Fischerstadt, auch etwas Getreide- und Woll- handel, seit dem 19. Jh. Frem- denverkehr, kleinere ländliche Industriebetriebe (Sägewerk, Kartoffelflockenfabrik)	Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs, heute staatlich anerkannter Fremdenverkehrsort, außerdem Landwirtschaftsbetriebe
44	Burg Sargard	MV- Meck- lenburg- Strelitz	4.541 (3.912)	Amtsfreie Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Unterzentrum	1259 Ort erhält brandenburgisches Stadtrecht	Burg, historischer Stadtkern, kaum Zerstörungen	„Burgstadt“ mit Verwaltungen und Residenzen, Handel und Diensten im MA, später vor allem Ackerbürger- und Tuch- machersstadt, im 19. Jh. etwas Industrie (Mühle, Spinnereien, Sägewerke).	Kurzzeitig Kreisstadt (1945-52), Entwicklung zum Wohnort von Neubrandenburg, wenig Industrie (2 Textilbetriebe), Produktionsstätten der Landwirtschaft prägend
45	Stavenhagen	MV Demmin	7.439 (9.031)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Unterzentrum	Stadtrecht um 1236 (spätestens 1264 erhielt die Stedlung Stoverthage das Stadtrecht, benannt nach Reinbern von Stove)	Historische Altstadt, Schloss auf den Grundmauern früherer Burganlagen, spätbarocke Stadtkirche	Kleine Handels- und Acker- bürgerstadt, im 19. Jh. Industrieanstaltungen: 1881– 1901 Zuckerfabrik, Molkerei, Schlachthof, Dampfmühle, Sägewerk, Ziegelei, Energie- zentrale	Großmolkerei, Dauermilch- werk, Kofflerfabrik und große landw. Anlagen, Garnison der NVA (mit Wohnungsbau), heute Bundeswehrstandort, nach 1990 bedeutende Gewerbeansiedlungen
46	Strasburg	MV Uecker- Randow	7.035 (8.145)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Unterzentrum	Plannmäßige Kolonial- gründung vor 1250, Immediatsstadt	Historische Altstadt, Kriegszerstörungen (u. a. das Rathaus)	Im MA wohlhabende Handels- stadt, Rückgang in der Neuzeit, zeitweise Tabakanbau und Tuchmacherei, 1867 Eisenbahn: kleinere Betriebe Zuckerfabrik, Molkerei, Ofenfabrik	Betriebe der metallverarb., Bau- stoff- und Lebensmittelindustrie

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgründung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
47	Templin	Bbg Uckermark	14.122 (14.734)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum	Wegkreuzung, Gründung wahrscheinlich 1250, 1270 1. Erwähnung	Hohe Ringmauer mit Türmen und Toren, 1 von 3 Spielern erhalten, 2/3 kriegszerstört, aber Stadtbild dennoch intakt	Umfangreiche Feld- und Forst- mark. Landwirtschaft, Hand- werk, Fischerei. Wohlstand jedoch durch Fernhandel (Dänemark). Wirtschaftliche Blüte endete im 16. Jh. Fürsten- schule, keine Industrialisierung. Kreisstadt seit 1817, Verwal- tungs- und Beamtenstadt.	Fortführung und Neugründung von Betrieben (Sägewerk und Holzverarbeitung, Möbelschrein- Bekleidungsindustrie), Ausbau der Kultur- und Erholungs- einrichtungen, nach 1990 Weiterentwicklung des Fremdenverkehrsgewerbes
48	Teterow	MV Güstrow	10.150 (11.590)	Amtsfreie Stadt mit Amtssitz (Kreisstadt)	Mittelzentrum mit Teil- funktionen	die Stadtgründung im Jahre 1235 vermutet, 1272 erstmals erwähnt als oppidum	Mittelalterlicher Stadt- kern, Große Stadtkirche, Befestigungen, gotische Stadtmauer, planmäßige Anlage, seit Anfang 19. Jh. Entstehung von 3 Vorstädten	Im MA Handelsstadt, später kleine Handelsstadt mit Handel und Handwerk, im 19. Jh. Industrie: Nahrungsgüter und Metallverarbeitung, Motor- radrennbahn, traditionelles Hochfest, Viehmärkte	Fortführung des Nahrungs- mittelgewerbes (Schlachthof, Molkerei) und metallverarb. Industrie (Ansiedlung von Rüstungsbetrieben), große Neubaugebiete, nach 1990 neue Gewerbesiedlungen
49	Torgelow	MV Uecker- Randow	11.711 (13.609)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Unterrzentrum	1281 erste urkundliche Erwähnung als Kirchdorf, 4.5.1945 Stadtrecht durch sowjet. Stadtkommandanten	Bebauung aus dem 19. und 20. Jh., kein Markplatz, DDR-Miet- wohnungsbau am Strand, strukturell eher „Fabrikdorf“ als Kleinstadt	1750 Eisenhüttenwerk, bis Ende 19. Jh. 13 Gießereien, 30er: Luftmunitionsanstalt und Sprengchemie AG, Garnison umfänglicher Wohnungsbau	Garnison während DDR, Fort- führung der Metallindustrie (VEB Gießerei- und Maschinenbau Torgelow), umfänglicher Wohnungsbau
50	Vierraden	Bbg Uckermark	952 (865)	Amsange- hörige Stadt, ohne Sitz (Stadt ohne Kreisitz)	keine	1515 Stadtrecht	80% kriegszerstört, bedeutende Burgruine	„Ackerbürgerstädchen“, „Zweigstadt“, bis 1518 Herrsitz (Umsiedlung der Markgrafen nach Schwedt), seit 17. Jh. wichtiger Tabakanbau, 1885 Zement- und Dach- pappenfabrik	Fortführung der Tabakproduktion, LPG- Einrichtungen, keine Industrie, seit 1965 Aufschwung als Wohnstadt von Schwedt

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgewinnung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
51	Wesenberg	MV Mecklenburg-Strelitz	3.108 (3.159)	Amtsangehörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Ländlicher Zentralort	Entstehung als planmäßige Anlage vor Burg-Stadterhebung um 1250	Burg und Stadtkirche	Sitz e. landesherrlichen Amtes, Landwirtschaft und Handel im MA, bis 19. Jh. auch Tuchmacherei, seit 1840 auch Holzverarbeitung, Fremdenverkehr	1975 Gemeindeverband mit 5 Dörfern, Fortführung der Holzindustrie, Nahrungsmittelindustrie prägend
52	Wittstock/ Dosse	Bbg Oxprignitz-Ruppin	13.258 (15.007)	Amtsfreie Stadt (Kreisstadt)	Mittelzentrum	946 Ersterwähnung Wittstocks, eine der ältesten Städte Brandenburgs, 1248 Stendaler Stadtrecht, Residenz des Bischofs von Havelberg	Historische Innenstadt, unversehrt, Burg und herausragende Stadtbefestigung, bedeutende Kirche (nordt. Backsteingotik)	Im MA aufblühen durch bischöflichen Hof, um 1800 wirtschaftlich wichtigste Stadt der Prignitz, um 1900 Handels- und Schulstadt der Oxprignitz. Nach 1830 entwickelte sich das Textilgewerbe industriell, um 1900 auch Maschinenbau und Ziegeleien.	1952 Kreisstadt, Starker Ausbau der Industrie Holzindustrie (237 AP 1965), Tuchfabrik (117 AP 1965), Stahlbau (55 AP 1965) Ziegelei (50 AP 1965), Oberrichtagenwerk (2.500 AP 1970), VEB Küchenmöbel, 1995 Betonwerke
53	Woldegk	MV Mecklenburg-Strelitz	4.264 (3.768)	Amtsfreie Stadt (Stadt ohne Kreisitz)	Untierzentrum	Entstehung zwischen 1236 und 1250, 1271 erstmalig als Stadt erwähnt	Historische Altstadt, Kriegszerstörungen 70%, teilweise erhaltene Befestigungen, 5 Windmühlen	Handwerker- und Ackerbürgerstadt, Mühlenwirtschaft, seit spätem 19. Jh. zeitweise Zuckerfabrik, Ziegeleien	landwirtschaftliche Betriebe (LPG, ACZ, Tierzucht, Landmaschinenbau), Betriebsstell des Ölherzgerätekwerkes Neubrandenburg, seit 1976 Sitz eines Gemeindeverbandes mit 5 Gemeinden
54	Wusterhausen/ Dosse	Bbg Oxprignitz-Ruppin	5.517 (5.868)	Amtsangehörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum	Entstehung zwischen 1200 und 1232; 1291 Stadtrecht (vitas), ab 1524 Immediatsstadt	Dreischiffige Pfarrkirche, ein Stadtor; geschlossener Eindruck einer märk. Stadt des 18 Jh.	Im MA Handelsstadt, später vor allem Ackerbau, Holzhandel, Tuchmacher, zahlr. Schuhmacher („Schusterhausen“), im 19. Jh. trotz Bahnanschluss keine Industrie, Berliner Ausflugsverkehr	Fortführung Landwirtschaft, Ansiedlung von VEB (Sägewerk, Geflügelschlachthof, Tanklager)

Anhang 2: Basisangaben der 55 Kleinstädte im Untersuchungsgebiet

Nr	Stadt	Bundesland Landkreis	Einwohner 30.6.99 (31.12.89)	Admin.Status: Stand 2000 (DDR-Zeit)	Heutiger landes- planerischer Status	Stadtrechtsgründung bzw. -gründung	Städtebaulich- architektonische Merkmale	Funktionell-wirtschaftliche Merkmale bis 1945	Entwicklung nach 1945
55	Zehdenick	Bbg Oberhavel	10.664 (11.635)	Amtsange- hörige Stadt mit Amtssitz (Stadt ohne Kreisitz)	Grundzentrum mit Teil- funktion Mittel- zentrum	Stadtgründung zwischen 1216 und 1250; 1216 erste urkundliche Erwähnung der Burg- anlage	Histor. Stadtbild erhalten, jedoch wenig herausragen- de Bauten (bis auf Kloster- ruine), starkes Wachstum über Altsstadt, Einfamilien- haussiedlung, Plattenbau- gebiet	Ursprünglich Ackerbürger, Handwerker, Fischer, Havel- schiffer, Eisenhütte bis Ende 18. Jh., seit 1883 bedeutende Zie- gelindustrie, Akkumulatoren- fabrik, Stärkefabrik, weitere Kleinindustrie	Starker Ausbau der Industrie (Textil, Elektronik, Baustoff), Wohnungsbau am Stadtrand